

Springer ist tot — Sein Werk lebt S. 10

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 15, Nr. 263, 21.10.85 — 4 DM, Förderpreis DM 5,- — C 21734 E

Aus dem Inhalt

Auf dem Pflaster fließt das Blut



Frankfurt, den 28. September 1985, 20.54 Uhr. Ein Mann liegt auf der Straße, überfahren von einem Wasserwerfer. Es ist der 36-jährige Günter Sare, Arbeiter und Vorstandsmitglied im ältesten Frankfurter Jugendzentrum, dem JUZ Bockenheim. Über seinem Körper schlagen Polizisten auf einen zu Hilfe eilenden Jugendlichen ein. Günter Sare hatte gegen eine Veranstaltung der NPD demonstriert. Die Verantwortlichen erklären sich für unschuldig. Wer anderer Meinung war, bekam in Frankfurt und anderswo eine konkrete Ahnung, was Polizeistaat bedeutet (siehe Seite 3f).

MORD IN PRETORIA

Am Freitag wurde Benjamin Moloise im Zentralgefängis von Pretoria gehenkt — vom südafrikanischen Staat ermordet. Neben ihm wurde ein weiterer Mann, dessen Namen wir schon nicht mehr erfahren, umgebracht. Das einzige, was wir wissen, ist: Moloise war ANC-Mitglied und ist nach einer bewaffneten Aktion gegen die Rassisten-Herrscher verhaftet worden.

Alles weitere weiß niemand, außer der Polizei von Pretoria. Moloise und der uns namentlich ungenannte Mann gehen ein in die große Zahl der Toten, die der Kampf der Unterdrückten in Südafrika seit Verhängung des Ausnahmezustandes gekostet hat. Die Zahl ist schon längst größer als Tausend. Achtjährige, Greise, Mütter, Väter, jung verheiratete. Sie wurden erschossen und erschlagen um der Aufrechterhaltung des Regimes in Südafrika willen, an dem so viele auch in der BRD teilhaben. Das hindert sie nicht, sich nun künstlich über die faschistischen Buren aufzuregen, die ihnen ihr Geld hüten. Aber es ist seit Jahren bekannt, daß in Südafrika die Todesstrafe vollstreckt wird, daß in Polizeihaft gefoltert wird, daß dort Menschen totgeschlagen werden oder aus dem siebten Stock des Gebäudes der Sicherheitspolizei in Johannesburg geworfen werden. Sie können nicht beides haben, auf Jahre 25 Millionen Menschen bis aufs Blut ausbeuten und quälen, und gleichzeitig Ruhe und Ordnung. Der Mord an Moloise und dem unbekannten Mann in Pretoria ist schrecklicher Alltag für die Unterdrückten in Südafrika. Auch das geht verloren über dem pharisäerhaften Geschrei westlicher Politiker. Es sind wohlkalkulierte Worte und Statements, die mit Begriffen wie „Bestürzung", „Abscheu und Verachtung" garniert sind. Mit Solidarität gegenüber den Unterdrückten in Südafrika hat dies nichts zu tun, dagegen sehr viel mit der Angst um „ihr" Südafrika: Gold, Aktien, Fabriken.

Kommentar:

Hessen »rot-grün«

Koalition um jeden Preis!

Drei lang zwei breit lassen sich der Frankfurter „Pflasterstrand" und seine Geschwister in der „taz" über Politik und Moral aus. Grund: Der Tod von Günter Sare paßt ihnen nicht ins Realo-Konzept. Nichts kommt ungelegener, als dieser staatliche „Ausrutscher" just in dem Moment, als die „Architektur einer neuen Politik" in Hessen kurz vor ihrem Abbröckeln noch schnell unter das „rot-grüne" Koalitionsdach geschoben werden sollte. Doch der Zeitplan ließ nicht mehr als zweieinhalb Wochen Schamfrist zu.

Forsetzung Seite 14

»Auf der Flucht erschossen ...«

6 Tote im Gefängnis von Santiago de Chile

Am Freitagnachmittag (18.10.) sind in einem der bestbewachten Gefängnisse Santiagos sechs politische Gefangene erschossen worden, 26 wurden teilweise schwer verletzt. Darüberhinaus sollen auch zwei Wärter tot sein.

Die Nachrichten, die bisher zu erhalten waren, sind widersprüchlich; nachdem die Junta eine offizielle Erklärung gegeben hat, ist nichts Neues zu erfahren. Es scheint, als sei quasi eine Nachrichtensperre verhängt worden. Nach der offiziellen Verlautbarung, von der es verschiedene Versionen gibt, soll es im ehemaligen Zuchthaus von Santiago zu einem mehrstündigen Schußwechsel zwischen Sicherheitskräften und politischen Gefangenen gekommen sein, als diese versucht haben sollen, bewaffnet und mit einer Wache als Geisel zu fliehen. Zu den Toten gehört u.a. Victor Zuniga, der im September letzten Jahres von einem Militärgericht zum Tode verurteilt wurde. Schwer verletzt sein soll Jorge Palma Donoso, verletzt ist auch Hugo Marchant, für die beide von der Militärjustiz die Todesstrafe gefordert wird. Weitere Namen sind bisher nicht bekannt. Unabhängig davon, ob die Gefangenen tatsächlich versucht haben, aus dem Gefängnis zu fliehen, haben die sogenannten Sicherheitskräfte mindestens die Gelegenheit sofort wahrgenommen, einige der als „terroristische Kriminelle" inhaftierten politischen Gefangenen umzubringen.

Es spricht aber auch einiges dafür — und die Familienangehörigen gehen in ihrer Erklärung davon aus —, daß es sich um kaltblütig inszenierten Mord handelt. So sind einige der jüngst verhafteten Gewerkschaftsführer (unter ihnen M. Bustos und R. Seguel) evakuiert worden, nach nicht sicher bestätigten Angaben vor Beginn des Schußwechsels. Es ist auf bestürzende Art auffallend, daß unter den Toten und Schwerverletzten drei der Genossen sind, für die die Todesstrafe gefordert oder ausgesprochen worden war. Bisher hatte die Junta die Todesurteile nicht vollstrecken lassen. Mit dazu beigetragen hat wohl die Empörung über die Ermordung dreier Kommunisten im März dieses Jahres (s. Artikel in diesem AK), die als Ausdruck einer auch in bürgerlichen Kreisen zunehmenden Ablehnung gegenüber bestimmten „Auswüchsen" der Repression zu sehen ist.

Es ist auch denkbar, daß es sich um eine Aktion eines Geheimdienstes handelt. Die rechten Kreise sind an einer möglichen „Aufweichung" und „Liberalisierung" der Juntapolitik nicht interessiert, wie sie sie durch die „nationale Übereinkunft", falls diese zustande käme, befürchten. Gleichzeitig hat die Untersuchung der März-Morde und das Bekanntwerden der Methoden und Figuren des „schmutzigen Krieges" eine Eigendynamik gewonnen, die zu einer Zuspitzung der innenpolitischen Situation geführt hat. Just zu diesem Zeitpunkt ist ein direkt nach den Morden im März als Militärattaché nach Südafrika endsandter ehemaliger Luftwaffengeneral zurückberufen und verhaftet worden. Er soll nun als Beschuldigter in einem Verfahren wegen der Ermordung mehrerer Kommunisten durch Geheimdienste 1976 aussagen.

Das Gefängnis ist zur Zeit abgeriegelt; weder Verwandte noch Anwälte können zu den verletzten Gefangenen. Es bleibt nur zu hoffen, daß es keine weiteren Toten unter denen gibt, die als politische Gefangene und militante Linke am wenigsten geschützt sind.

l., Lateinamerika-Kommission

Vom Feuerwehrschlauch zur Hochdruckkanone

Deutsche Wertarbeit weltweit Spitze

Da wackelte die Heide: 16 Wasserwerfer rumpelten im Herbst 1984 über das Übungsgelände der 32. Panzergrenadierbrigade bei Bremen. Die Mannschaften hatten sich zum 3. Norddeutschen Wasserwerfervergleichskampf versammelt. Auf dem Programm standen fahrtechnische Geschicklichkeitsprüfungen und Einsatzsimulationen, u. a. ,,*Slalom mit Treffen von Figuren; pro gekippte Slalomstange und nicht getroffener Figur = Strafzeit*'' und ,,*Tonne mit Strahl über eine Ziellinie treiben*'' (1).

Die ausgefeilte Wasserwerfertechnik stellt die Polizei auch im Einsatz unter Beweis: Seit der Brokdorf-Demonstration im Februar 1981 fegen die Hochdruckkanonen der Bauserien ,,WaWe 6000'' und ,,WaWe 9000'' Menschenansammlungen von der Straße. Die Fahrgestelle produziert Mercedes-Benz, die Aufbauten stammen von dem Karlsruher Feuerwehr-Ausrüstungsbetrieb Metz (2).

Feuerwehrschläuche als Wasserwerfer waren bereits bei der Premiere moderner Polizeimethoden im Spiel: Am 1. März 1927 rückten Polizei und Feuerwehr erstmalig mit Tränengas und Schläuchen gegen Streikposten in der nordamerikanischen Textilregion Passaic vor. Doch trotz des obendrein beißenden Frostes wichen die Streikenden nicht. Bereits am nächsten Morgen hatte die von Willi Münzenberg in's Leben gerufene Internationale Arbeiterhilfe für Schutzkleidung und ärztliche Hilfe gesorgt. Nach sechsmonatiger Dauer endete der Ausstand erfolgreich (3).

Spätere Modelle zeigten ebenfalls wenig abschreckende Wirkung: Noch gern erinnern sich Rock-Veteranen an die ,,Duschen'' nach Bill-Haley-Konzerten Mitte der fünfziger Jahre in mehreren westdeutschen Städten. Auch die 68er Studentenbewegung ließ sich durch Wasserwerfer wenig beeindrucken.

Den letzten Anlaß für eine technische Fortentwicklung gaben Anti-Brokdorf-Demonstrationen im Herbst 1976: Ohne Wasser, manövrierunfähig und umringt von einer tausendköpfigen Menge blieb ein ,,WaWe 4000'' im Graben stecken; nur ein Kampfgaseinsatz von Hubschraubern bewahrte die Blechkiste vor ernster Beschädigung (5).

Fünf Jahre später stand das neuentwickelte Spitzemmodell ''WaWe 9'' einsatzbereit. Das allradgetriebene Ungetüm — Anschaffungspreis: eine dreiviertel Million — erzielt mit einem Zehn-Zylinder-Dieselmotor und 320

(5).
Fünf Jahre später stand das neuentwickelte Spitzemmodell ''WaWe 9'' einsatzbereit. Das allradgetriebene Ungetüm — Anschaffungspreis: eine dreiviertel Million — erzielt mit einem Zehn-Zylinder-Dieselmotor und 320

Pferdestärken eine Fahrgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern; die von einem zweiten Motor getriebenen Wasserpumpen können mit einer maximalen Druckleistung von 16 bar 2200 Liter Wasser pro Minute bis zu 65 Meter weit schießen. Zwei hydraulisch gesteuerte Wasserkanonen auf dem Fahrzeugdach sind rundum einzurichten, die toten Winkel am Bug und Heck werden durch je ein zusätzliches Rohr in Kniehöhe abgedeckt. Den 9000 Litern Tankinhalt des ,,WaWe 9'' (Gesamtgewicht: 26 Tonnen) können CN oder CS beigemischt und als gezielter Stoß oder Regen (Polizeijargon: ,,Mit Geschmack'') unter's Demonstrantenvolk gebracht werden (4). Selbst Experten der mit Unterdrückungstechnologie überaus vertrauten nordirischen Polizei mußten vor zwei Jahren bei einer Vorführung im hessischen Eschwege einräumen, daß die deutsche Entwicklung weltweit keinen Vergleich zu scheuen braucht (15).

Im Arsenal der polizeilichen Distanzwaffen rangieren Hochdruck-Wasserwerfer unterhalb von abschießbaren Gasbehältern (max. Weite: 120 Meter) (6) und sollen — so jedenfalls die offiziellen Einsatzbeschreibungen der Polizei — ,,Störer jenseits der Steinwurfgrenze'' halten, ohne daß Schußwaffen eingesetzt werden müssen. Tatsächlich dienen ,,WaWe 9'' und der lediglich um 3000 Liter leichtere ,,WaWe 6'' dazu, Einzelpersonen gezielt umzuwerfen und Menschenansammlungen abzuräumen. Insbesondere Sitzblockaden lassen sich reihenweise vom Pflaster wirbeln, was gegenüber einem herkömnmlichen Schlagstockeinsatz zwei Vorteile hat: Niedergeknüppelte Demonstranten behindern das rasche Vorrücken der Einsatzzüge, während ein ,,WaWe'' für freie Straßen sorgt; zudem klingt der Begriff ,,Wasserwerfer'' weit weniger aggressiv als ,,Schlagstock'' — ein psychologischer Aspekt, der vor der Öffentlichkeit die knochenbrecherische Wirkung der Wasserkanonen leicht verdeckt.

Bereits 5 bar Wasserdruck reichen aus, auf kurze Entfernung ,,einem Demonstranten den Helm vom Kopf zu reißen'' (7) und noch in 35 Meter Entfernung Protestierer naß zu machen (8) — die äußerste Reichweite des alten ,,WaWe 4''. Strömungsmechaniker der Universität Hannover errechneten, daß die maximale Druckstärke von 16 bar ,,aus drei Metern Entfernung eine Kraft von 25 kg auf eine Fläche von 10 Quadratzentimeter'' erzielt — vergleichbar einer Geschoßwaffe mit Breitflächenwirkung (9).

Zahlreiche Verletzungen mußten infolgedessen seit den Gorlebener Ereignissen vom Oktober 1982 ärztlich behandelt werden. Dort war erstmals aus fünf bis zehn Metern Entfernung voll auf Blockadegruppen gehalten worden. Unter den schweren medizinischen Folgen waren:

— Rippenbrüche mit Beteiligung von Herz und Lungen
— Augenverletzungen mit teilweisem Verlust der Sehkraft
— Blutergüsse am ganzen Körper
— Nierenprellungen
— Gehirnerschütterungen.

Schon ,,ausgedehnte Blutergüsse'', attestierte ein behandelnder Arzt, könnten durchaus ,,zu Embolien und Thrombosen'' führen und bedeuten damit ,,Lebensgefahr''. Und der an der Startbahn West häufig tätige Rettungsmediziner Gerhard Schneider wundert sich, daß ,,nicht längst durch die Wucht der Wasserstrahlen Menschen zu Tode gekommen sind'' (10).

Auch die Polizei ist sich der Wirkung von Wasserwerfern voll bewußt: ,,*Auf kurze Distanz gefährlich*'', merkte ein Polizeimagazin bereits vor Indienststellung der Ungetüme an und stellte die einsatztaktische Anforderung, der Strahl müsse ,,*gegebenenfalls schmerzhaft sein, umwerfen oder verletzen können*''. ,,*Eine kalte Dusche reicht nicht*'', brachte es der ehemalige Chef der Hamburger Wasserwerferzüge auf den Punkt (11).

Doch die Hochdruckkanonen werden in den zuständigen Polizeigesetzen nicht als ,,Waffen'' geführt, sondern als ,,*Hilfsmittel der körperlichen Gewalt*'' (12). ,,*Hier ist das Gesetz längst von der technischen Entwicklung überholt*'', urteilt der Bremer Rechtsanwalt Bernhard Docke, der einige Demonstrantenverletzte vertritt (13).

walt'' (12). ,,*Hier ist das Gesetz längst von der technischen Entwicklung überholt*'', urteilt der Bremer Rechtsanwalt Bernhard Docke, der einige Demonstrantenverletzte vertritt (13).

Die praktischen Regelungen für den Einsatz blieben ebenfalls hinter der Zeit zurück: Seit 1975 schreibt die Polizeidienstvorschrift für Wasserwerfereinsätze lediglich vage vor, die ,,Verhältnismäßigkeit der Mittel'' zu wahren. Keine Erwähnung finden die seitdem neu entwickelten Modelle, und eine Regelung, auf welche Entfernung die Kanonen mit welchem Druck gefahren werden dürfen, ist ebenfalls nicht enthalten. Die Hamburger Bereitschaftspolizei hat deshalb dienstintern Vorschriften erlassen, nach denen ein Einsatz unterhalb 10 Meter generell nur in Notwehrsituationen zulässig ist, und bis 20 Meter Entfernung nicht direkt in's Gesicht gespritzt werden darf (14).

Eine Kontrolle ist ohnedies nicht möglich: Die jeweils gewählte Druckstärke wird angeblich nicht aufgezeichnet. Nachträglich läßt sich deshalb nicht mehr feststellen, mit welcher Wucht Günter Sare vor drei Wochen in Frankfurt zu Boden geschleudert wurde, ehe er unter die Räder geriet.

Eines jedoch läßt sich mit Sicherheit behaupten: Die von Fachzeitschriften hochgelobte ,,bedienungsfreundliche Gestaltung der Arbeitsplätze'' (2) mit ihren großflächigen Frontscheiben aus Acrylglas läßt es absolut unglaubwürdig erscheinen, daß der Kommandant niemanden auf der Kreuzung gesehen haben will. Die PDV 122 schreibt ihm die Aufgabe vor, die ,,Wasserwirkung zu beobachten''; außerdem sind Wasserstrahl und Scheinwerfer parallel geschaltet, so daß Günter Sare, wie auf den veröffentlichten Fotos zu erkennen ist, nicht übersehen werden konnte.

Redaktion Straßenmedizin
Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen
Hamburg, den 17. Oktober 1985

Kontakt über:
Straßenmedizin, c/o BUU — Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
Weidenstieg 17, 2 Hamburg 20

Quellen

1) Bereitschaftspolizei heute (bepo-heute), 10/84
2) sämtl. technischen Angaben aus: Uebe, Taschenbuch der Polizeitechnik, Boorberg-Verlag, Stuttgart 1982; hessische polizeirundschau (hpr), 8/78; bepo-heute, 4/80
3) Willi Münzenberg: Fünf Jahre Internationale Arbeiterhilfe (IAH), Berlin 1926, Nachdruck Hamburg o. J.
4) s. 2
5) Nach Augenzeugenberichten und nach einem Bericht der schleswigholsteinischen Landesregierung, u. a. zitiert in „Der Spiegel", 41/85
6) interner Bericht der Technischen Kommission des Arbeitskreises II an die Innenministerkonferenz, Herbst 1981
7) „Bild" (Frankfurt-Ausgabe), 13.10.81
8) lt. Angaben der Fa. Metz, veröffentlicht in bepo-heute, 4/80
9) Niedersächsischer Landtag, 10. Wahlperiode, 6. Plenarsitzung, 27.10.82, S. 396
sterkonferenz, Herbst 1981
7) „Bild" (Frankfurt-Ausgabe), 13.10.81
8) lt. Angaben der Fa. Metz, veröffentlicht in bepo-heute, 4/80
9) Niedersächsischer Landtag, 10. Wahlperiode, 6. Plenarsitzung, 27.10.82, S. 396
10) Atteste und Zitate liegen den Autoren vor
11) bepo-heute, 5/80
12) „Die Polizei", 12/81
13) zitiert nach „Stern", 20.6.84
14) laut telefonischer Auskunft der Innenbehörden des Landes Hessen und der FHH Hamburg
15) bepo-heute, 10/83

Offensive? Neue Bewegung?

Der Tod von Günter Sare löste eine Welle des Protestes aus. Es gibt kaum eine mittelgroße Stadt in der BRD, in der sich spontaner Zorn und Trauer in den Tagen danach nicht unmittelbar entluden.

Die Politiker des Landes und die veröffentlichte Meinung sahen wieder einmal die öffentliche Sicherheit durch die Gewalt von der Straße in Gefahr. Schon wenige Tage nach dem Tod Günter Sares konnte ,,Die Welt'' eine ganz offensichtlich von der Polizei gelieferte ,,Dokumentation der Gewalt'' veröffentlichen. Darin werden ca. 50 Städte aufgezählt, die bis zum 2.10. von nächtlichem ,,Glasbruch'', Brandanschlägen und ,,Spontandemonstrationen'', in deren Verlauf weitere Scheiben von Banken, Kaufhäusern uam. zu Bruch gingen, heimgesucht worden seien. Von 726 vorübergehend Festgenommenen ist die Rede. Sie wurden bei Einkesselungs- und Präventivmaßnahmen der Polizei gleich dutzendweise, z,T. als ganze Demonstrationszüge festgesetzt. 60 Menschen wurden verhaftet. Die Versicherungsschäden betragen angeblich Millionen.

Eine Woche später ließ Bundes-Inne[illegible]inister Zimmermann verbreiten, [illegible]ch dem Tod von Günter Sare sei die ,,linksextreme Szene schlagartig aktiviert'' worden. In über 90 Städten habe es Ausschreitungen gegeben. Über Schäden im Zusammenhang mit Spontan-Demonstrationen und Kundgebungen hinaus seien seither Tag für Tag auch Anschläge, zumeist gekoppelt mit Brandsätzen, auf Polizeistationen, Banken, und Kaufhäuser durchgeführt worden.

Auf Seiten der Linken gibt es bisher keine annähernd vollständige und ins Detail gehende eigene Übersicht über das Ausmaß und die Art der Proteste, sowie deren Opfer an Verletzten und Verhafteten. Dies wird nachzuliefern sein. Einige Charakteristika aber, über die nachzudenken lohnt, lassen sich bereits beim jetzigen Informationsstand festhalten:

Erstens die entsetzlichen Ausschreitungen, die den Bürger beim Lesen der Boulevardpresse erbleichen liessen: Wenn in Frankfurt beispielsweise 350qm Glas zu Bruch gingen, so entspricht das grob geschätzt weniger als 1% der Fassade der Deutschen Bank-Zentrale (es gibt darüber hinaus an die hundert Filialen dieses Unternehmens allein in Frankfurt, es gibt dort ferner rund 150 weitere Bankhäuser mit ihren jeweiligen Filialen). Die angegebenen Schadenssummen, deren Überprüfung unsere Möglichkeiten überschreitet, dürften in den Chefetagen der Versicherungskonzerne als ökonomischer Faktor nicht einmal mit der Lupe wahrgenommen werden.

Zweitens: In der Regel äußerte sich der Protest zunächst in spontanen

cherungskonzerne als ökonomischer Faktor nicht einmal mit der Lupe wahrgenommen werden.
Zweitens: In der Regel äußerte sich der Protest zunächst in spontanen

Aktionen, bei denen die Effektivität von den Beteiligten offenbar mehr am 'Klirrfaktor', weniger dagegen an der Vermittlung politischer Inhalte an die Bevölkerung gemessen wurde. Die Parolen dazu lauteten: Rache für Günter Sare! Wir lassen uns nicht kleinkriegen. Feuer und Flamme für diesen Staat usw. Es soll hier nichts gegen die Berechtigung spontaner Äußerungen des Zorns und selbst nichts gegen die aus hilfloser Wut gegen die Verlogenheit und den repressiven Charakter dieses Systems resultierende ziellose Randale gesagt sein. Aber es gilt zu sehen, daß selbst Kundgebungen und Protestdemonstrationen zumeist spontan und mit geringem Mobilisierungsanlauf, d.h. auch geringer Außenwirkung gegenüber der Bevölkerung zustande kamen. Sicher nicht allein, aber auch deswegen liegen die Durchschnittszahlen der Demos und Kundgebungen außerhalb Frankfurts etwa bei nur ca. 100. Faktisch demonstrierte die Linke unter sich ihre eigene Betroffenheit. Aktionen mit längerem Mobilisierungsanlauf gab es ansatzweise in WestBerlin. Ausschließlich in Hamburg gelang eine längerfristige Mobilisierung für eine zentrale Demonstration am 5.10. Mit ca. 5.000 Menschen stellt diese Demonstration eine Ausnahme unter den bisherigen Protestaktionen nach den Frankfurter Ereignissen dar.

Drittens: Auffallend ist die ganz ungewöhnliche Bereitschaft der DKP und ihres gesamten Spektrums, vor allen anderen der VVN/BdA, zur weitgehend bedingungslosen Kooperation mit der radikalen Linken bis hin zu den 'schwarzen Blöcken'. Wo immer Aktionsbündnisse zustandekamen, war das DKP-Spektrum mit von der Partie. Die ,,UZ'' verzichtete so gut wie ganz auf ihre bisher bei solchen Gelegenheiten übliche penetrante Warnung vor ,,Provokateuren''. Sie beschuldigte stattdessen die Polizei eindeutig, Schuld am Tod Günter Sares zu sein und ihrerseits die Unruhen provoziert zu haben. Statt der von ihr aus der Vergangenheit bekannten Spaltungslinie — noch sattsam in Erinnerung z.B.aus dem Anti-Strauß-Wahlkampf — propagierte sie ,,jetzt den antifaschistischen Wiederstand zu verbreitern''. Für die staatstragende Presse war dies Anlaß genug zu verbreiten, der Befehl zur Entfachung des Terrors sei direkt von Gorbatschow und Honnecker ausgegeben worden.

Tatsache ist, daß durch die überraschende Kooperationsbereitschaft des DKP-Spektrums eine in den letzten Jahren nicht gekannte Gemeinsamkeit eines linken antifaschistischen Protestes zustandekam. Es ist zu hoffen, daß dies keine Augenblicks-Erscheinung bleibt.

Viertens: Die parlamentarische, linkssozialdemokratische und liberale sog. demokratische Öffentlichkeit wurde unter den Protestlern so gut wie nicht gesichtet. Zwar rangen sich die GRÜNEN Hessens ein paar verbalradikale Proteste ab. Für das Eingehen einer Koalition mit den für solche Polizeieinsätze Verantwortlichen ließen sie sich jedoch mal eben gerade eine müde

GRÜNEN Hessens ein paar verbalradikale Proteste ab. Für das Eingehen einer Koalition mit den für solche Polizeieinsätze Verantwortlichen ließen sie sich jedoch mal eben gerade eine müde

Woche Schamfrist. Lediglich in Hamburg und Westberlin trugen die GAL und die AL aktiv zu den Protesten bei.

Fortsetzung auf Seite 7



Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Auf dem Pflaster fließt das Blut

Drei Wochen nach der Frankfurter Katastrophe: Wie erwartet, hat sich die öffentliche Erregung gelegt. Wie erwartet, sind die militanten Aktionen abgeebbt. Wie erwartet, ist es der Polizei schließlich gelungen, die Straßen vom sogenannten randalierenden Mob zu säubern. Mit Fleiß und Erfindungsreichtum sind die Medien bei der Sache, das Geschehen zu verarbeiten, und die Politiker haben sich eine feste und telegene Meinung gebildet: Was wir schon immer für richtig hielten, hat sich auch dieses Mal bewährt. Der Alpdruck der Lüge hat die aufgewühlte Szenerie befriedet. Ruhe, Ordnung und Sicherheit herrschen wieder in den Städten. Es bleibt das direkte, greifbare Erleben von Geschichte in einer Krisensituation, und das heißt in diesem Land: Das direkte, greifbare Erleben von Gemeinheit, Niedertracht, Entmenschlichung. Es bleibt das Verstummen angesichts des Todes — Schweigen angesichts unbeantwortbarer Fragen, aber auch Schweigen angesichts der anderen Fragen, von denen man spürt, daß sie, obwohl man vor einfachen Antworten zurückschreckt, gräßlich einfach zu beantworten sind. Eben eine Mischung aus Gefühl und Verstand, die ganz folgerichtig harte Gegenstände in glitzernde Glasfassaden treibt, obwohl alle wissen, daß auch das Bersten der Scheiben keine Besserung verheißt. Es bleibt die Aufgabe eines mühseligen, komplizierten, ungewissen und daher riskanten Denkprozesses, den vielleicht nur Wenige auf sich nehmen werden: Über die neue Qualität, daß die Polizei erstmals zum Schutz einer faschistischen Veranstaltung über Leichen gegangen ist. Es bleibt der Verlust eines Menschenlebens, das unersetzlich ist, und die bittere Erkenntnis, daß man dieses Menschenleben erst jetzt wahrnimmt, wo Günter Sare tot ist.



Nach Abschluß einer genehmigten Gegenkundgebung versuchen Demonstranten, den Eingang zum Versammlungslokal der NPD zu blockieren.

Beginnen wir mit dem Geschehen. Ein wehrloser Mensch wird von einem riesigen Wasserwerfer, einem Produkt sog. moderner Hochleistungstechnik, welches die Anforderungen polizeilicher Einsätze „optimal" erfüllen soll, totgefahren. Augenzeugen berichten: Es gab in jener Situation, an dem betreffenden Ort und zu der betreffenden Zeit, erstens keinen Anlaß für ein polizeiliches Eingreifen. Eine kleine Gruppe von Demonstranten war dort von einem Wasserwerfer alten Typs vertrieben worden; Günter Sare stand allein im Strahl dieses Wasserwerfers und versuchte, in eine Seitenstraße zu entkommen. Er war also zweitens auf der Flucht — so wie Benno Ohnesorg in den Rücken geschossen wurde, und wie Klaus Jürgen Rattay von einem angreifenden Polizeitrupp vor einen Bus gehetzt wurde, und wie Olaf Ritzmann vor den Schlagstöcken auf die S-Bahn-Gleise sprang.

Flucht und Jagd

Drittens war die Szene mindestens durch die Suchscheinwerfer dieses Wasserwerfers hell erleuchtet. Ein zweiter Wasserwerfer, der todbringende vom neuesten Typ, kam hinzu, richtete seine Kanone ebenfalls auf den Flüchtenden, setzte sie in Betrieb, traf ihn und folgte ihm in die Seitenstraße hinein. Daraus ergibt sich viertens, daß die Besatzung dieses Wasserwerfers Günter Sare gesehen hat. Günter taumelt im Hochdruck-Strahl, versucht sich zu fangen, wird von dem Fahrzeug erfaßt und überrollt. Bremsspuren wurden nicht festgestellt.

Solches nennt man ... einen Unfall. Es ist nicht erlaubt, in diesem Geschehen eine Absicht — z.B., was nicht selten von Polizisten zu hören ist, „Euch kriegen wir noch" und „Dem zeigen wir's mal" — oder eine heimtückische Methode — z.B., was nicht selten vorkommt, die gezielte Jagd mit Wasserwerfern auf einzelne Personen — oder

ten von Polizisten zu hören ist, „Euch kriegen wir noch" und „Dem zeigen wir's mal" — oder eine heimtückische Methode — z.B., was nicht selten vorkommt, die gezielte Jagd mit Wasserwerfern auf einzelne Personen — oder

auch niedrige Beweggründe zu sehen — wie sie z.B. durch die totale Verhetzung von Polizisten gegenüber Demonstranten entstehen können, was übrigens auch nicht gerade selten ist.

Wer aber von Mord spricht, erhebt, auch wenn dies mehr politisch als juristisch gemeint ist, einen „ungeheuerlichen Vorwurf", begeht „Vorverurteilungen", maßt sich eine „Richterrolle" an oder versucht, sich für politische Zwecke „Märtyrer" zu schaffen, was auf „Leichenfledderei" herausläuft. Da die Wucht dieser Argumente offenbar nicht für ausreichend gehalten wird, erstattet die Gewerkschaft der Polizei auch gleich Anzeige gegen alle, die diese **Anklage** aussprechen. Merke: Wer die Polizei von Schuld freispricht, maßt sich keineswegs ein vorschnelles Urteil an. Der bleibt fair und demokratisch.

Fair, objektiv, neutral und demokratisch präsentierte die Frankfurter Staatsanwaltschaft 14 Stunden nach dem Tod Sares eine erste Hypothese. Die Obduktion habe neben den tödlichen Verletzungen am Brustkorb eine Kopfverletzung ergeben, die nicht durch die Gewalteinwirkung des Wasserwerfers erklärt werden könne. Möglicherweise sei ein Steinwurf die Ursache — man habe auch einen Stein in der Blutlache gefunden.

Von den Sanitätern, die dem Sterbenden sofort zur Hilfe eilten, hat niemand diesen Stein bemerkt. Auf den zahlreichen Fotos, die diese Situation dokumentieren, ist ebenfalls kein Stein nachzuweisen. Nach den Augenzeugenberichten auf Demonstrantenseite hat sich in den Sekunden des Geschehens überhaupt niemand in Wurfnähe zu Günter Sare befunden. Schließlich hat der Kommandant des todbringenden Wasserwerfers zwar bisher kaum etwas ausgesagt, jedoch soviel, daß er in/auf der Straße, in die er hineinfahren ließ, überhaupt niemanden gesehen haben will — also Günter Sare nicht (was eine Schutzbehauptung ist), aber auch niemanden anders, der als Steinewerfer infrage käme. Und noch etwas: Der Staatsanwalt, der die nächtliche Spurensicherung vor Ort leitete, war abgebrüht genug, aber auch dumm genug, die Hypothese vom Steinwurf schon dort ausführlich zu erörtern — lange bevor die Obduktion vorgenommen war. Er tat dies laut genug, daß es von Herumstehenden mit angehört werden konnte. Um die Steinwurf-Version ist es mittlerweile arg still geworden, sie läßt sich offensichtlich nicht aufrechterhalten.

Aber man hat es versucht, und das ist bezeichnend. Halten wir erstens fest: Pünktlich mit den offiziellen Ermittlungen begannen die Vertuschungen. Hier ist eine Gleichzeitigkeit zu registrieren, die man geradezu als Koinzidenz bezeichnen kann. Zweitens: Wer eine Hypothese konstruiert, die Schuld und Verantwortung an Unbekannt, tendenziell sogar an die Demonstranten selbst, also an die Opfer delegiert, der trifft keine Vorverurteilungen, der begeht keine Ungeheuerlichkeit, der lügt nicht einmal, sondern der vertritt eine berechtigte Auffassung im Rahmen der Meinungsfreiheit. Hier handelt sich lediglich um einen Irrtum von der Sorte, die die bürgerliche Öffentlichkeit ihrer Staatsanwaltschaft und ihrem Landeskriminalamt gern vergibt. Solche Irrtümer sind historisch gesehen Gewohnheitsrecht, und es ist zu fragen, warum eigentlich noch nie jemand auf die Idee gekommen ist, daraus ein echtes Gesetz zu machen, beispielsweise daß die fdGO die freie Wahl der Wahrheit durch die zuständigen (!) Instanzen voraussetzt.

Klüger verhielt sich das Staats-Organ „Bild". Darin wurde am 30.9. in relativ sachlichem Tonfall verbreitet, Günter Sare sei auf der Flucht vor einem Wasserwerfer vor einen zweiten

Klüger verhielt sich das Staats-Organ „Bild". Darin wurde am 30.9. in relativ sachlichem Tonfall verbreitet, Günter Sare sei auf der Flucht vor einem Wasserwerfer vor einen zweiten

gelaufen, der hinter dem ersten vorbeigefahren sei. Diese Version legt nahe, daß einerseits Sare die Gefahr nicht erkennen konnte, andererseits die Besatzung des todbringenden Fahrzeugs ihn nicht oder zu spät gesehen hat. Das entspricht der plausiblen und auch unter Linken verbreiteten Vorstellung, daß im Grunde jeder Wasserwerfer-Einsatz in einem unübersichtlichen Demonstrationsgeschehen lebensgefährlich ist. Demgemäß bleibt es mehr oder weniger dem Zufall überlassen, ob und was dabei passiert. Allgemein ist das sicher richtig — doch die Wahrheit ist konkret.

Zwei Tage später wurde ein Foto veröffentlicht, welches Günter Sare in den Strahlen von zwei Wasserwerfern zeigt. Im Vordergrund ist eindeutig das Fahrzeug zu erkennen, welches ihn Sekunden später überfahren hat. Günter ist allein, er versucht zu fliehen, und die Situation auf der Straßenkreuzung ist völlig übersichtlich wie auch hell erleuchtet. Damit sind die übereinstimmenden Zeugenaussagen der Demonstranten bestätigt. So spielt sich kein Unfall ab. So sieht vielmehr eine Situation aus, in der ein panzerähnliches Fahrzeug eine gezielte Menschenjagd veranstaltet. Das Kräfteverhältnis lautete in diesem Fall: fünf Bullen, 26 Tonnen, 320 PS, 9000 Liter Wasser und zwei Rohre mit 15 Atü, den zweiten Wasserwerfer nicht mitgerechnet, gegen einen Menschen. **Dies wird durch den Begriff Staatsterrorismus vielleicht am treffendsten beschrieben.**

Das Foto sehe *„schlimm"* aus, räumte der hessische Innenminister Winterstein (SPD) ein. Allerdings handele es sich nur um eine *„Momentaufnahme"*, die noch nicht erkläre, was sich vorher und hinterher abgespielt hat. Es blieb dem „Spiegel" (14.10.) überlassen, den vorläufig letzten Versuch einer Manipulation zu präsentieren. Gestützt auf die Aussage eines einzelnen Fotografen, die zudem nur höchst selektiv wiedergegeben ist, resümiert das Magazin: *„Eine Art Spiel"*. Dem „Spiegel" kam es dabei weniger auf die Darstellung nachprüfbarer Fakten, sondern vor allem auf subjektive Eindrücke und Interpretationen an (siehe das durchaus davon verschiedene Gespräch desselben Fotografen mit der „FR", 15.10.!).

Selber schuld ...

Günter Sare habe dem (ersten) Wasserwerfer mutwillig getrotzt, als ob er den Helden spielen wollte. *„Daß Konfrontationen zwischen Polizisten und Demonstranten mitunter fast spielerische Züge annehmen, so als spielten welche Haschen, ist gar nicht so selten. Für den übermütigen Tanz auf der Kreuzung gibt es womöglich aber noch eine andere Erklärung: Die gerichtsmedizinische Untersuchung von Sares Blut ergab einen Alkoholgehalt von 1,49 Promille."* Es bleibt jedem unbenommen, auch als Nachrichten-Magazin von der dichterischen Freiheit Gebrauch zu machen und sich Vorstellungen über die letzten Sekunden eines getöteten Menschen zu machen. Man sollte bloß so ehrlich sein, zuzugeben, daß solche Projektionen nichts über das objektive Geschehen, einiges jedoch über den „Dichter" sagen. Man sollte ferner ehrlich eingestehen, daß nach den geltenden Maßstäben auch ein wesentlich höherer Drogenkonsum nicht als Beeinträchtigung angesehen wird, solche Artikel in solchen Publikationen zu schreiben.

Und wenn es wahr wäre, was der „Spiegel" in die Situation hineindichtet: Änderte das auch nur das Geringste am Sachverhalt? Könnte das die Vorwürfe gegen die Polizei abschwächen? Offensichtlich nicht. Und doch kann das liberale Vorzeige-Blatt der

„Spiegel" in die Situation hineindichtet: Änderte das auch nur das Geringste am Sachverhalt? Könnte das die Vorwürfe gegen die Polizei abschwächen? Offensichtlich nicht. Und doch kann das liberale Vorzeige-Blatt der

BRD nicht darauf verzichten, dem Opfer ein deutlich vernehmbares „selber schuld!" hinterherzurufen — eine nur noch als sadistisch zu begreifende, wenn auch keineswegs neue Reaktion. Diesen spezifischen Sadismus scheinen einige Leute jedoch dringend für eine bessere Nachtruhe zu brauchen.

Doch der „Spiegel" betet in diesem Fall tatsächlich nur das Zentralorgan nach, d.h. er konkretisiert das, was die „FAZ" sofort (Ausg. v. 30.9.) als Urteil für das Gesamtgeschehen parat hatte: *„Der Tod des Demonstranten ist das Ergebnis eines absichtsvollen Spiels (sic!) mit der provozierten Staatsgewalt."* Daraus schimmert die Realität immerhin recht deutlich hervor. Die Polizei hat sich demnach „provoziert" gefühlt und entsprechend aufgeführt, wofür die „FAZ" Verständnis äußert. Dies bedeutet das Eingeständnis eines besonders harten und aggressiven Einsatzes, den die „FAZ" keinesweg aus der **Situation** heraus zu erklären versucht, etwa daß sich beide Seiten gegenseitig hochgeschaukelt hätten o.ä. Nein, es wird ausdrücklich eine **politische** Ursache angegeben und damit kommen wir zur Sache: *„Diese Ereignisse von Frankfurt ... haben ihre Ursache in dem als Antifaschismus getarnten Willen von Staatsgegnern, die Polizei als Organ des Staates in die Nähe der alten und neuen Nazis zu rücken."*

***Weil* man deutschen Polizisten vorwirft, Faschisten zu schützen, eben deshalb sind deutsche Polizisten, *wenn* sie Faschisten schützen, so empört, daß sie sich dazu „provozieren" lassen, einen Antifaschisten umzubringen.** Die Polizei ist so beschaffen, daß sie sich, wenn man sie mit Nazis ver-

Fortsetzung nächste Seite



Ein Foto, das einen Ausschnitt dieser Szene so zeigt, daß nur der am Boden liegende Helm zu sehen ist, erschien am 30.9. in der „Bild". So hätten die Auseinandersetzungen begonnen. „Militante Demonstranten warfen Steine, Molotowcocktails gegen die Polizisten. Sie haben den Beamten die Helme vom Kopf gerissen, auf die Straße geworfen." Tatsächlich hatten diese die Helme noch gar nicht aufgesetzt, mehr als Gerangel war zu diesem Zeitpunkt nicht.



Sekunden davor...



Sekunden danach...

Foto: H. Fricke

Fortsetzung von vorheriger Seite

gleicht, prompt wie Nazis verhält — offenbar ein glänzendes Beispiel einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Den Widerspruch kann man einstweilen als typisch stehen lassen; jedenfalls folgt erstens, daß die Polizei ihrem Ruf gerecht wird. Zweitens versucht die „FAZ", eine wenn auch seltsam anmutende Begründung für das empirisch nachweisbare Phänomen zu liefern, daß beim „Schutz" von Nazi-Veranstaltungen häufig oder sogar regelmäßig besondere polizeiliche Härte angesagt ist.

Dies wirft die Frage nach den Einsatzbefehlen und der Planung der Polizei an diesem Abend auf. Ist am 28.9., wenige Minuten vor 21 Uhr, die Besatzung eines Wasserwerfers, geleitet von einem als Draufgängertyp bekannten Choleriker namens Reichert, ausgerastet? Gewiß — aber die Frage lautet, wie es dazu kommen konnte. In den hessischen Dienstvorschriften über den Einsatz von Wasserwerfern heißt es, daß diese nur in Begleitung eines Trupps oder Zuges von Polizisten vorrücken dürfen; lediglich in Notsituationen dürfe diese Regel gebrochen werden. D.h. daß ein Wasserwerfer, wenigstens auf dem Papier, normalerweise hinter einer oder mehreren Reihen Uniformierter herfährt. Das war auf der nach Auswertung des Fahrtenschreibers insgesamt 115 Meter langen Todesfahrt von WaWe IV-1 nicht der Fall, von Anfang an nicht. Die Wasserwerfer-Besatzung bekam also einen Einsatzbefehl wie in einer „Notsituation", obwohl keine Notsituation vorlag (dies wird ja nicht einmal von der Polizei selbst behauptet).

Zwei Erklärungen sind möglich. Zum einen ist es eine früher häufig geübte Praxis gewesen, zum Zweck der Aufhetzung angebliche Notfälle zu melden, die sich später als glatte Lüge herausstellten. Da war über Polizeifunk schon mal zu hören gewesen, gerade sei ein Kollege mit einer Eisenstange niedergemacht oder gar totgeschlagen worden. Zum anderen liegt die Vermutung nahe, daß Einsatzleiter Rehmann gehalten war, an diesem Abend die Dienstvorschriften „großzügig" auszulegen.

Tatsächlich wurde gegen 19.45 Uhr, als vor dem NPD-Versammlungslokal Scharmützel zwischen Antifaschisten und der Polizei ausbrachen, ein Funkspruch aus dem Frankfurter Polizeipräsidium abgehört. Wortlaut: „Diesmal nicht wie bei der Südafrika-Demo!" Bei dieser Demonstration, fünf Wochen zuvor, hatte die Polizei relativ zurückhaltend agiert; die Scheiben einiger Banken waren zu Bruch gegangen, woraufhin die Frankfurter Reaktion in ein lautstarkes Wutgeheul ausbrach. Schuld sei das Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsge-

geheul ausbrach. Schuld sei das Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsge-

richts, das die Ordnungsmacht am Durchgreifen hindere, „Liberalität" und „Laxheit" seien nicht mehr zu ertragen usw.usf.

Es existierte also eine ausdrückliche Anweisung der Frankfurter Polizeiführung (Gemmer, Vogel), hart vorzugehen, und das heißt: Hemmschwellen, sofern vorhanden, werden gesenkt. Diese Anweisung wiederum deckte sich in mehrfacher Hinsicht mit der politischen Landschaft. Hier ging es nicht um polizeiliche Techniken, hier ging es um Polizei-Politik.

Erstens ist der permanente Lärm aus den Reihen der CDU/CSU für eine Verschärfung des Demonstrationsrechts Anlaß für geistesverwandte Polizeistrategen, Öl ins Feuer zu gießen und dann vollendete Fakten zu schaffen. Zweitens ist man im Frankfurter Präsidium seit geraumer Zeit entschlossen, den „Startbahn-Chaoten", also einem anhaltenden sozialen Widerstand mit beträchtlichem politischen Erfahrungsschatz, den Garaus zu bereiten. Drittens sind die „Sicherheits"-Politiker seit diesem Sommer dabei, eine neue Phase der „Terrorismus-Bekämpfung" einzuleiten, und so unglaublich es für manchen heutigen Ökopax-Aktivisten klingt: Noch vor zehn Jahren wußte die Linke nur zu gut, daß jede solche Antiterrorismus-Kampagne auch auf der Straße ausgetragen wird, wenngleich dies keineswegs das Terrain der RAF ist.

Helden am Bildschirm

Zwei Tage bevor der Wasserpanzer zu seiner finalen Aktion startete, flimmerte eine maßlose Hetz-Sendung jenes Gerhard Löwenthal über das ZDF, der nicht nur als Sprachrohr rechtsradikaler Geheimdienstkreise fungiert, sondern sich auch keine Mühe gibt, dies etwa journalistisch zu verbrämen. **In dieser Sendung nutzte der ehemalige Hamburger Verfassungsschutz-Chef Horchem das Schlußwort einer Gesprächsrunde sogenannter Experten zu einem eindeutigen und unmißverständlichen Aufruf: Terroristen auch zu töten.** Wohlgemerkt, da war nicht von Notwehrsituationen die Rede. Es hieß nicht: Wenn die Terroristen unbeteiligte Geiseln bedrohen, dann ... Es ging auch nicht um eine Einführung der Todesstrafe. Es war ein nackter, nicht weiter relativierter Aufruf zum Mord. Dieser Aufruf kam kühl und überlegt — Horchem hatte als „Fachberater" Herrn Löwenthal bei der Vorbereitung und Produktion der Sendung zur Seite gestanden. Gesprächsteilnehmer Boeden, Leiter der Terrorismus-Abteilung des BKA, widersprach nicht. Und der GSG 9-Führer, Wegener, „Held von Mogadishu", pflichtete bei: Konzessionen dürften nicht gemacht werden.

Horchem selbst hatte vor diesem gespenstischen Sendeschluß (nachfolgend wie üblich die Nationalhymne) ausdrücklich die sog. Sympathisantenszene aufs Korn genommen. Diese bestünde aus einem klar überschaubaren und vom sonstigen Protestpotential isolierten Kreis von bis zu 2.000 Personen. Bei einer so hohen Zahl kann sich jede(r) ungefähr ein Bild machen, wer alles gemeint sein könnte —

Personen. Bei einer so hohen Zahl kann sich jede(r) ungefähr ein Bild machen, wer alles gemeint sein könnte —

jedenfalls weit mehr als diejenigen, die sich selbst so verstehen. Von diesen Sympathisanten werde die RAF auch noch „negativ beeinflußt", nämlich daß sie „keine Geiseln mehr" nehmen (sondern gleich schiessen) solle. Dieser Vorwurf — **Bruder Goebbels winkt aus der Hölle!** — wiegt offenkundig weit schwerer als alles, was eine Woche später landauf, landab über Chaoten, Gewalttäter, Randalierer, Plünderer, Brandstifter etc. zu lesen war. Man muß sich gründlich vor Augen halten, welches infame Bild hier erzeugt wurde — ein Bild, das der Polizeiapparat oder jedenfalls beträchtliche Teile davon mühelos auf militante Demonstrantengruppen überträgt.

Die „FAZ" besprach die hemmungslose Horrorshow wohlwollend. *„Jetzt werden die Handschuhe ausgezogen"*, nachzulesen in der Ausgabe vom 28.9. Die Prognose sollte sich schnell erfüllen. Am Abend war Günter Sare tot.

Wenn es richtig ist, daß „Bild" politisch-publizistisch verantwortlich war für das Attentat auf Rudi Dutschke, dann trifft ZDF und FAZ eine Mitschuld an der tödlichen Frankfurter Demonstranten-Jagd. Freilich sind die Schreibtisch- und Mikrophon-Täter heute in der glücklichen Lage, sich mit demokratischem Protest nicht herumschlagen zu müssen. Für die einen ihrer Widersacher sind sie nicht besonders beachtenswert. Sie sind halt „System" und das System reicht nun einmal vom BND bis zu den Grünen, von der FAZ bis zur taz. „Ein Schwein wie das andere Schwein."

Für die anderen ihrer Widersacher gibt es diesen ursächlichen Zusammenhang nicht. Sie sind der Meinung, es hätte jeden treffen und bei zahllosen Demonstrationen ebenso passieren können: an der Startbahn, beim Häuserkampf, bei Anti-AKW-Demonstrationen. Man sei immer mit der gleichen Polizeimaschine konfrontiert und diese sei nun einmal mörderisch. Dies ist ebenso richtig wie unvollständig.

Als etwa der Startbahn-Konflikt im Oktober 1981 in die Phase seiner größten Massenhaftigkeit eintrat, gab es ganz andere Auffassungen über den Charakter der Polizei. Es hieß damals, die Ordnungstruppen seien weitgehend zersetzt; ständig wurden Meldungen über angebliche Befehlsverweigerung kolportiert. Noch heute klingen einem die Megaphon-Durchsagen im Ohr, siebzig Polizisten hätten ihren Dienst quittiert, „jetzt sind es schon über hundert", drei hätten geweint und einer nach seiner Mama gerufen ... Diese Gerüchte, die mindestens maßlos übertrieben waren, reflektierten lediglich ein bestimmtes, relativ zurückhaltendes Vorgehen der Polizei, das nicht einmal eine Woche anhielt.

Wichtig ist, zu erkennen, daß diese Maschine unterschiedlich eingesetzt wird, daß die Art ihres Einsatzes vorab präzise festgelegt wird, und daß damit selbstverständlich auch politischer Einfluß genommen wird. Um ein (viel zu einfaches) Bild zu gebrauchen: Die Maschine hat zwölf Gänge, die auf Befehl eingelegt werden, und innerhalb dieser Gangarten besteht natürlich noch die Möglichkeit, zu beschleunigen oder abzubremsen. Von letzterer wird allerdings kaum Gebrauch gemacht. Man sollte sich auch vergegenwärtigen: Mehr als die „niedrigen Gänge" haben wir noch gar nicht kennengelernt.



Foto: H. Fricke

Uhrwerk grün

Uhrwerk grün

Diese Maschine funktioniert. Wie sie funktioniert, das konnte man in besonders zynischer Weise in der Stunde Null, als Günter Sare überrollt war, erleben. Von den ersten Sekunden danach existiert ein Foto, welches Polizisten zeigt, wie sie über dem Sterbenden einen zur Hilfe eilenden Jugendlichen wegprügeln. Dieses Bild kündigt an, was in den folgenden Stunden und Tagen in Frankfurt passieren sollte: Die gewaltsame Niederschlagung von Trauer und Protest auf eine Weise, daß man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte: Denen reicht es nicht, die müssen auf dem Toten noch herumtrampeln.

Denn was auch immer dann passierte, und egal, ob die geltende Verkehrs-, Kleidungs-, Eigentums- und Brandschutzordnung dabei beachtet wurde oder nicht — es war Trauer und Protest und das unterscheidet die Menschen, die daran teilnahmen, in äußerst vorteilhafter Weise vom Rest dieser Gesellschaft. Auf diese winzige Minderheit wurde die Maschine losgelassen, angetrieben durch eine schäumende Presse und eine Politikerriege von Wallmann bis Kohl („Das sind Verbrecher"), die sich alle Mühe gab, die Kehrseite bürgerlicher Gemütlichkeit bekannt zu machen. Bei der Gruppe der uniformierten Täter war keine Schrecksekunde wahrzunehmen, kein stockender Atem, kein Sinken des erhobenen Schlagstocks, nicht einmal eine wenigstens formal höfliche Geste gegenüber der Familie des Toten. Die Frankfurter Polizeiführung erfand den Satz, man sei *„von dem tragischen Unglücksfall genauso betroffen"*. Ob das „genauso" nun der Dummheit oder Gedankenlosigkeit entspringt — es muß wie Hohn klingen.

Kommen wir abschließend zu demjenigen Bereich des politischen Hintergrunds, der nicht nur im Dunkeln liegt, der auch aus triftigen Gründen unheimlich ist, an den man sich folglich aus Angst vor schlimmen Entdeckungen nicht herantraut. Mit heftiger emotionaler Abwehr, teilweise sogar aggressiv reagiert ein beträchtlicher Teil der Linken auf den, freilich durch die Realität vorgegebenen, Zusammenhang von Polizeiterror und NPD-Veranstaltung. Es sei doch irre, schrie etwa eine Frau auf einem teach-in in Frankfurt, zu glauben, der Tod des Demonstranten habe mit dem Anlaß — Protest gegen Faschisten — zu tun. Rein zufällig sei es an diesem Abend passiert; wer etwas anderes behaupte, sei völlig bescheuert. Rein zufällig, völlig bescheuert ... **Rein? Völlig?** 70 Teilnehmer bei der NPD, diese lächerlichen 70 Leutchen, heißt es immer wieder, das könne doch kein wirklicher Anlaß gewesen sein.

Etwas distinguierter, aber auch härter formuliert es der Frankfurter „Pflasterstrand": Dies habe auch kein wirklicher Anlaß zum Demonstrieren sein können. *„Der Totschlag an der Frankenallee kommt aus ‚heiterem Himmel' — anläßlich einer Gegenkundgebung zu einer ins proletarische Gallusviertel abgedrängten NPD-Parteiveranstaltung, von der niemand etwas wußte oder wissen wollte. Außer jenen Parteidemonstranten und Autonomen, die an einem solchen Ereignis noch und immer wieder ihre politische Identität erproben ... Da war kein sozialer Konflikt oder politischer Kampf — wie etwa um die Startbahn West — zum Ausdruck seiner Ernsthaftigkeit gekommen, nein, die Organisation der staatlichen Zwangsmittel plus Polizistenpsychologie bewies ihre banale Fähigkeit zu töten."* (PS, Nr. 220)

staatlichen Zwangsmittel plus Polizistenpsychologie bewies ihre banale Fähigkeit zu töten." (PS, Nr. 220)

Verdrängungen

Nein, da war gar nichts. Nichts, nichts, nichts! Da war kein Bitburg in diesem Jahr. Keine Verneigung vor SS-Gräbern. Keine Aufforderung, daß wir zur Vergangenheit unserer geliebten Nation wieder stehen sollen. Keine aufgestaute, aber in Meinungsumfragen sichtbare Volkswut, daß man es endlich satt habe, immer wieder an Auschwitz erinnert zu werden. Da war keine Stimmung gegen Antifaschismus, diese schlimmste aller Miesmachereien gegen Deutschland.

Und sollte es das alles doch hier und da gegeben haben — dann jedenfalls nicht bei der Polizei. Bei der Polizei gibt es kein faschistoides Untermenschenbild von Staatsfeinden. Bei der Polizei gibt es keine Ausländerfeindlichkeit. Bei der Polizei gibt es keine Ordnungsvorstellungen, die von denen der NPD nicht mehr zu unterscheiden sind. Bei der Polizei gibt es keine NPD-Wähler und keine NPD-Anhänger. Sowas gibt es in Frankreich, in den USA natürlich, in der Schweiz, Italien logo, auch Österreich. Aber nicht in der Bundesrepublik. Oh nein!!! (Wie stünden wir denn da, wenn das rauskäme ...)

Wenn aber die Maschine Polizei am 28.9.85 auf eine harte Gangart eingestellt worden ist, wenn der Befehl, kompromißlos durchzugreifen, gegeben worden ist, wenn es also eine Planung gegeben hat, die notwendigerweise die Wahrscheinlichkeit von schweren Verletzungen und sogar Toten erhöht, dann haben die beteiligten Politiker und Polizeiführer in dem Bewußtsein gehandelt, daß dies zum Schutz von Faschisten geschehen sollte. Sie haben ihr Gewaltmonopol auffahren lassen und tödlichen Gebrauch davon gemacht, obwohl oder gerade weil oder auch unabhängig davon, daß es der NPD zugute kam. Darauf muß eine Antwort gefunden werden. Es kann keinen Versuch einer konkreten Analyse geben, wenn diese Frage ausgeklammert wird.

Politische Kämpfe und Identitäten kann man sehr unterschiedlich bewerten. Wir möchten nicht versäumen, dem „Pflasterstrand" auch hierin zu widersprechen: Kleine antifaschistische Aktionen können ernsthafter, für manche Beteiligte sogar beträchtlich ernsthafter sein als große Naturschutz-Demos.

Auf dem schon erwähnten teach-in, welches durch Eierwürfe auf ehrwürdige Studentenpäpste, Schlägereien zwischen schwarzen und GRÜNEN Blöcken und andere Belanglosigkeiten einen kurzfristigen Nachrichtenwert errang, hielt eine Frau aus dem früheren Frankfurter Frauen-AStA einen von allen Selbstdarstellern geflissentlich überhörten Beitrag, in welchem sie versuchte, Erinnerungen an ein Gespräch mit Günter Sare wiederzugeben. **Dieser habe die NPD nur für die sichtbare Spitze eines Eisbergs gehalten. Sehr viel relevanter und sehr viel gefährlicher sei der weniger sichtbare Teil des Rechtsradikalismus, den Günter im Staatsapparat und in der CDU/CSU ansiedelte. Insgesamt werde der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik seit Jahren unterschätzt.**

Da kann es einem kalt den Rücken herunterlaufen.

de., Frankfurt


Günter Sare



Foto: K. Malorny

DIE POLIZEISTADT

Zeugen berichten über die Frankfurter Ereignisse



Foto: Klaus Malorny

Frankfurt in den Tagen nach dem Tod Günter Sares. Die folgenden Augenzeugen-Berichte waren auf einem teach-in an der Universität ausgestellt worden. Sie müssen Verbreitung finden, weil es dringend geboten ist, Gegenöffentlichkeit gegen die Verhetzung in den bürgerlichen Medien zu schaffen. Beobachtungen und Aussagen werden von der Bunten Hilfe, c/o Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, 6000 Frankfurt/Main, Telefon 069-28 39 48 gesammelt. Die Bunte Hilfe bittet um Spenden unter dem Kennwort ,,Günter Sare'' auf das Konto Barbara Krebs, Konto Nr. 545 85 34, Commerzbank AG Frankfurt, BLZ 500 400 00, oder Barbara Krebs, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 160 72-603.

Auf der linken Straßenseite standen Polizeiautos, Polizisten sowie ein Wasserwerfer. Die Straße war ziemlich belebt und auch ziemlich erleuchtet. Wir gingen auf der rechten Straßenseite. Auf einmal bewegten sich einige Polizisten auf uns zu, fingen auch an zu rennen, worauf acht Leute von uns versuchten, wegzulaufen. Wir versuchten, normal und ruhig weiterzugehen, als wir auch schon von hinten gepackt und auf die andere Straßenseite gebracht wurden, wobei mir der Hals so zugedrückt wurde, daß ich kaum noch Luft bekam. Wir wurden ziemlich unsanft gegen ein Polizeifahrzeug (Bus) gedrückt, das genau vor dem Wasserwerfer stand. Wir mußten die Arme hochnehmen und wurden abgetastet. ... Ein Polizist schlug einen Festgenommenen so heftig mit dem Kopf gegen die hintere Scheibe des Busses, daß diese mit einem lauten Knall völlig zerbrach. Daraufhin konnten wir uns umdrehen. Bei diesem Vorfall ließ mich der Polizist, der mich festhielt, los. Er wirkte sichtlich geschockt und wandte seine Aufmerksamkeit völlig von mir ab. Der Festgenommene war benommen und verlangte einen Arzt. Die Polizisten reagierten mit folgenden Sprüchen auf den Vorfall: ,,Also, einfach die Scheibe kaputtschlagen — was soll das denn!'', ,,Was — erst die Scheibe zerschlagen und dann noch einen Arzt wollen — wo gibt es denn sowas!'' Ich fragte den Festgenommenen, ob er verletzt sei, worauf er keine Antwort geben konnte.

In der Zwischenzeit wurden fünf weitere Festgenommene gebracht. Einer davon wirkte so, wie wenn er Schmerzen hätte und berichtete von Schlägen in die Nieren. Wir mußten uns in den Bus mit der kaputten Scheibe setzen und wurden dann zum Polizeipräsidium gebracht. Im Aufzug des Polizeipräsidiums, mit dem wir hochfuhren, redeten die Polizisten über den Vorfall, wobei einer sagte, es wäre ein Rettungswagen angefordert worden. Das stellte sich aber hinterher als falsch heraus.

* * *

30.9.1985 ca. 21.30Uhr, Hauptwache

Ich stand mit zwei anderen Menschen an einer Straßenecke und unterhielt mich mit ihnen. Als eine Gruppe älterer Polizisten an uns vorbeiging, spuckte ein Mann auf die Straße. Sofort schlug ihm ein bärtiger Polizist die Faust ins Gesicht. Wir wollten seinen Namen wissen oder den des Einsatzleiters. Kurz darauf packte ein korpulenter blonder Polizist den geschlagenen Mann an beiden Oberarmen und rammte ihm das Knie zwischen die Beine. Der Zugführer kam dann dazu und gab dem Mann seine
ihnen. Als eine Gruppe älterer Polizisten an uns vorbeiging, spuckte ein Mann auf die Straße. Sofort schlug ihm ein bärtiger Polizist die Faust ins Gesicht. Wir wollten seinen Namen wissen oder den des Einsatzleiters. Kurz darauf packte ein korpulenter blonder Polizist den geschlagenen Mann an beiden Oberarmen und rammte ihm das Knie zwischen die Beine. Der Zugführer kam dann dazu und gab dem Mann seine
Karte, ohne sich jedoch die beiden von uns beschuldigten Polizisten anzusehen.

* * *

Einige Männer — wie sich herausstellte, Zivile — schlugen mit Holzknüppeln auf die am Boden Liegenden ein. Die am Boden krümmten sich zusammen und leisteten keinen Widerstand. Ich sah, wie ein oder zwei Zivile mit Füßen auf die am Boden Liegenden eintraten. Ein Ziviler stellte seinen Fuß in den Nacken eines am Boden liegenden Mannes und schlug weiter auf ihn ein. Die beiden am Boden lagen mit dem Gesicht auf der Erde. Einige Demonstranten wollten nach etlichen Schrecksekunden zu Hilfe eilen. Allerdings bildete eine Schar von etwa 15 Zivilen mit Knüppeln in den Händen einen Ring, so daß es unmöglich war, Hilfe zu leisten. Der Ring wurde vergrößert, löste sich dann auf, und die Gruppe Ziviler zog sich in Richtung Neue Kräme zurück, verfolgt von einem Grüppchen Demonstranten. Etwas später kamen einige Demonstranten wieder zurück und führten einen jungen Mann in ihrer Mitte, der aus der Nase blutete.

* * *

30.9.1985 ca. 22 Uhr, Hauptwache/Neue Kräme

Die Zivis zogen sich langsam zurück in die Neue Kräme. Ein Teil der Leute ging ihnen nach, und sie riefen Proteste hinter ihnen her. Die Zivis bogen in den Holzgraben ein. Eine Flasche flog hinterher und zersplitterte auf der Straße. Sie drehten sich um und schlugen blitzartig auf die Leute ein. Eine Person lag ziemlich verletzt am Boden (Gesicht). Am Eingang vom ,,Burger-King'' kniete in diesem Moment ein Zivi mit gezogener Pistole und zielte auf die Leute. Später bestätigten Angestellte des Lokals den Vorfall.

* * *

1.10.1985 gegen 21 Uhr, Hauptbahnhof

Am 1.10.1985 bin ich nach Frankfurt gefahren. Als ich gegen 21 Uhr den Bahnhof in Frankfurt verlassen wollte, wurde ich von einem Polizeihund gebissen. Ich habe Strafantrag gegen Unbekannt beim 4. Polizeirevier in Frankfurt getellt. Anschließend wurde ich von der Feuerwehr ins Krankenhaus gefahren, zusammen mit einer anderen Person (im folgenden B genannt). Erst wurde B (Kopfverletzung) auf einer Bahre in den OP gefahren. Dann kamen Streifenpolizisten (keine Bereitschaftspolizei) und verhinderten, daß ich Kontakt zu B aufnahm. Sie drückten mich weg und fragten: ,,Was haben Sie überhaupt am Bahnhof gemacht?'' Ich zeigte meine Fahrkarte. Zu meiner Verletzung sagten sie: ,,Das war kein Hund.'' Aber der Arzt bestätigte die Verletzung als Hundebiß. Die Polizisten verhielten sich hochmütig. Am Bahnhof behinderten sie einen Arzt, für B einen Krankenwagen zu holen, obwohl der Arzt seinen Ausweis zeigte.

* * *

1.10.1985 21.45 Uhr, Hauptbahnhof, Taxistand

Ich wollte den Bahnhofsvorplatz von der Düsseldorfer Straße kommend überqueren. Hier standen in mehreren Reihen Bahnhofspolizisten mit Hunden, ohne Hunde und Bereitschaftspolizisten. Dazwischen befanden sich keine Demonstranten,
* * *

1.10.1985 21.45 Uhr, Hauptbahnhof, Taxistand

Ich wollte den Bahnhofsvorplatz von der Düsseldorfer Straße kommend überqueren. Hier standen in mehreren Reihen Bahnhofspolizisten mit Hunden, ohne Hunde und Bereitschaftspolizisten. Dazwischen befanden sich keine Demonstranten,
nur Pressefotografen liefen dazwischen herum. Plötzlich ertönte vom Taxistand Geschrei. Ich lief hin und sah, daß ein großer, kräftiger Mann auf dem Boden lag. Eine andere Person (kein Polizist) versuchte, ihn festzuhalten und zu beruhigen. Die beiden waren eingekreist von Bahnpolizisten, von denen einzelne mehrmals auf die verletzte Person zusprangen, sie traten oder mit dem Knüppel auf den Kopf schlugen. Obwohl offensichtlich war, daß der inzwischen blutüberströmte Mann nicht mehr bei Sinnen war, erhielt er, wenn er sich aufbäumte, neue Schläge auf den Kopf. Es sah aus, als wollten sie ihn umbringen.

* * *

...Wir wußten, daß die Demonstranten in der Mainzer Landstraße eingekesselt waren. Somit konnten wir weder zurück noch vorwärts, überall waren Bullen. Vereinzelt und in Gruppen standen wir Demonstranten am Hauptbahnhof-Nord. Plötzlich kam aus der Ottostraße ein Aufgebot von etwa 20 bis 30 Bullen, die Schlagstöcke schon in Schlagposition auf die Demonstranten gerichtet. Wir (ca. 10 Demonstranten) blieben zunächst stehen. In eiligem Schritt liefen sie auf uns zu. Nach der Biegung sind sie dann losgerannt unbd ließen auf unserer Höhe einen schrecklichen, frohlockenden Kriegsschrei (hoi-hoi-hoi) los und fingen an, die Demonstranten vor uns zusammenzuknüppeln.

Jeder Bulle hatte sich einen Demonstranten vorgenommen. Gezielt wurde auf Köpfe und Nacken geprügelt. Eine von uns war etwas abseits von uns. Sie wurde von einem Bullen angegriffen. Sie stand hilflos da, ihren Kopf schützend sackte sie durch die Schläge in die Knie. Ein Bulle holte aus und schlug ihr gezielt auf den Nacken. Bei einem anderen Demonstranten verlief es genauso...

* * *

(Am Hauptbahnhof) Als ich mich umdrehte, sah ich etwa 200 Meter hinter mit einige Leute rennen, die von der Polizei verfolgt wurden. Deshalb ging ich etwas schneller zum Eingang, der jedoch verschlossen war. Plötzlich rannten mir Polizisten mit gezogenem Schlagstock entgegen. Da bin ich stehengeblieben, erhielt Schläge ins Gesicht und auf den Kopf und stürzte über ein Geländer, das den Bürgersteig von der Fahrbahn trennte. Auf der Fahrbahn liegend, wurde ich im Brustbereich getreten und noch einige Male geschlagen. Wie oft ich nun getreten und geschlagen worden bin, weiß ich nicht genau.

* * *

Um 21.45 Uhr wurde vor dem Hauptbahnhof von einem Bahnbullen eine Personenkontrolle durchgeführt. Ein rotblonder Mann wurde aufgefordert, sich durchsuchen zu lassen, was er anstandlos über sich ergehen ließ. Er reichte dem Beamten mit den drei Sternen sogar seine Jeansjacke. Daraufhin wurde er geschlagen, er schlug wohl wie im Reflex (er zitterte) zurück. Ich fotografierte mit zwei anderen Fotografen diese Szene. Daraufhin und wegen der anwesenden Menschen, die schrien, rückten etliche Bahnschläger auf uns zu und prügelten. Von der Seite bekamen sie Schützenhilfe von ,,normalen'' Uniformierten, von der Bahnhofshalle kamen andere Sheriffs und Zivis und jagten uns.
Daraufhin wurde er geschlagen, er schlug wohl wie im Reflex (er zitterte) zurück. Ich fotografierte mit zwei anderen Fotografen diese Szene. Daraufhin und wegen der anwesenden Menschen, die schrien, rückten etliche Bahnschläger auf uns zu und prügelten. Von der Seite bekamen sie Schützenhilfe von ,,normalen'' Uniformierten, von der Bahnhofshalle kamen andere Sheriffs und Zivis und jagten uns.

* * *

Eine Polizeieinheit verfolgte Leute an der Nordseite des Bahnhofs und verprügelte dabei einige Menschen schwer. Ich befand mich auf der Düsseldorfer Straße und rannte sofort los. Kurz vor Erreichen des Ortes des Geschehens wurde ich unsanft angehalten, man wollte mich daran hindern, Hilfe zu leisten. Erst nach einigem Hin und Her und meiner Legitimierung durch meinen Arztausweis wurde ich vorgelassen. Es lagen drei Menschen auf dem Boden. Ich versorgte sofort den ersten, einen Mann, der eine große Beule am Hinterkopf aufwies, kurzzeitig bewußtlos war und über sehr starke Schmerzen im Kopf klagte. Der Mann war kaltschweißig. Dünner, fadenförmiger Puls. Ich forderte sofort mehrere Krankenwagen zu bestellen. Erstmal keine Reaktion, bis dann einer sich doch bequemte. Nach der Erstversorgung des Mannes mit Infusion und Schocklage wandte ich mich den anderen Verletzten zu. Eine Frau mit Schlag auf den Hinterkopf. (d.h. Schlag von hinten!), eine Frau mit Nasenbeinbruch und Verdacht auf Bruch des Augenbodens, ein Mann mit Hundebißverletzung an der linken Hand. Material zur Versorgung war in keinem Zeitpunkt ausreichend vorhanden. Die Erste-Hilfe-Station des Bahnhofs, die hätte helfen können, war nicht alarmiert (wie ich später feststellte). Die Polizisten stellten mir keine Infusionslösungen zur Verfügung, obwohl sich ihr Krankenwagen in der Nähe des Knüppelortes befand und schnell hätte alarmiert werden können.

Weiter vorne versorgte ich noch einen Mann mit Hundebißverletzungen. Immer wieder versuchte sowohl die Bahnpolizei als auch die normale Polizei, mich an Hilfeleistung zu hindern, teils, indem sie mich abdrängte, teils, daß sie sich mir in den Weg stellte. Auf dem Vorplatz versorgte ich mindestens sechs Verletzte mit Schädelverletzungen (vorwiegend) und Hundebißverletzungen...

Ich versorgte mehrere Fotografen und andere. An der Ecke zum Kaisereck wurde der Schlagstockeinsatz immer massiver. Dort erwischte es dann eine junge Frau von hinten. Während ich versuchte, ihr zu helfen, drängte die Polizei nach, ohne Rücksicht darauf, daß dort ein Mensch am Boden lag. Ich fühlte ein paar Mal den Schlagstock im Kreuz, und anderen, die am Helfen waren, erging es ähnlich. Wir konnten gerade noch einen Platz von 1 x 1 Meter beanspruchen, um die nötige Hilfe zu geben. Die Frau, die ich dort versorgte, hatte eine Gehirnerschütterung und einen Bruch der rechten Mittelhand. Ich fuhr mit ihr dann in die Uni...

* * *

...Plötzlich kamen ca. 30 Polizisten im Laufschritt um die Ecke (aus der Ottostraße) hinter den Leuten her. Sie lachten und johlten und riefen: ,,Auf geht's!'' Wild um sich prügelnd rannten sie in Richtung Hauptbahnhof; dabei prügelten sie auch auf am Boden liegende Menschen ein. Alles, was dort war und sich bewegte, war Angriffspunkt der Bullen. Ungefähr fünf Leute waren recht schwer verletzt; sie lagen am Boden, krümmten sich vor Schmerzen. Einige waren leicht verletzt (Prellungen).
johlten und riefen: ,,Auf geht's!'' Wild um sich prügelnd rannten sie in Richtung Hauptbahnhof; dabei prügelten sie auch auf am Boden liegende Menschen ein. Alles, was dort war und sich bewegte, war Angriffspunkt der Bullen. Ungefähr fünf Leute waren recht schwer verletzt; sie lagen am Boden, krümmten sich vor Schmerzen. Einige waren leicht verletzt (Prellungen).

Es dauerte ziemich lange, bis ein Polizist Krankenwagen anforderte; zum Glück war ein Helfer vom ASB zur Stelle, der sich um die Verletzten kümmerte. Die Polizei (etwa 50) sperrte die Poststraße ab; sie stellte einen VW-Bus quer über die Fahrbahn, so daß die Krankenwagen erst nicht zu den Verletzten durchkamen. Die Polizisten standen rum und lachten über die Verletzten. ... Nachdem die Krankenwagen endlich durchkamen und die Verletzten abtransportiert werden konnten, lösten sich die Polizeisperren auf.

Nachsatz: Nur ein einziger Polizist versuchte, einem Leichtverletzten zu helfen.

* * *

Am Dienstag, den 1.10.1985, ca. 19.45 Uhr, kam ich von meiner Arbeitsstelle mit dem Auto über die Bockenheimer Landstraße ion Richtung Stadtmitte/Opernplatz. Am Opernplatz wollte ich rechts auf die Mainzer Landstraße abbiegen und geriet an der Ecke Mainzer Landstraße/Bockenheimer Landstraße in eine Demonstration. Ich hielt mit dem Auto so lange, bis ich eine Möglichkeit hatte, rechts an die Seite zu fahren und dort in einer Feuerwehreinfahrt zu parken (ungefähr 50 m von der Ecke Bockenheimer Landstraße/Mainzer Landstraße entfernt.)

Der Demonstrationszug war bereits vorbeigezogen, es folgten ihm Wasserwerfer, Polizeifahrzeuge und eine große Anzahl von Polizeibeamten mit Schlagstöcken, Schildern und Helmen. Ich hatte am Ende des Demonstrationszuges aus der Entfernung meinen Cousin entdeckt und stieg aus dem Auto aus, winkte ihm und rief seinen Namen. In diesem Augenblick spürte ich einen Schlag in den Rücken. Ich drehte mich um und sah zwei Polizeibeamte, die sofort weiter auf mich einschlugen. Ich erhielt Schläge auf den Kopf, ins Gesicht, auf die Hüfte, in den Bauch, auf den Arm und in den Rücken. Meine Nase blutete stark und ich hatte große Angst. Ich lief dann in einen Hof und versteckte mich dort. Verfolgt wurde ich nicht. ...

Zu bemerken wäre noch, daß die Demonstranten, die vom Opernplatz aus aus der Richtung Goethestraße in Richtung Mainzer Landstraße, Richtung Platz der Republik gingen, sich völlig ruhig und diszipliniert verhielten und es keine Anhaltspunkte für Ausschreitungen oder Auseinandersetzungen mit der Polizei gab.

* * *

Ich befand mich auf dem Rückweg von einer Gaststätte. ... In diesem Moment sah ich eine Gruppe Fahrradfahrer, etwa dreißig Personen, von dem Grüneburgweg in die Eschersheimer Landstraße, Richtung Innenstadt, einbiegen. Alle hatten ihr Licht eingeschaltet, klingelten (wie dies auf den vergangenen Fahrraddemonstrationen üblich war) und fuhren verkehrsrechtlich ordnungsgemäß auf den rechten Fahrspuren der Eschersheimer Landstraße. Dies alles erweckte einen eher friedlichen Eindruck. Ich habe keinen einzigen Tatbestand feststellen können, der zu den nun folgenden Geschehnissen hätte Anlaß bieten können. Im krassen Gegensatz zu diesem friedlichen Bild stand das Verhalten aller Polizeiwagen und -kräfte, die diesen Zug ,,begleiteten''.
...

Dabei nahm vor allem ein Fahrzeug der Polizei (Einsatzwagen, PKW) offensichtlich Ziel auf die vorderste Reihe der Fahrradfahrer. Dabei bedrängten sie vor allem zwei Radfahrer derart lebensgefährlich, daß für mich als Passant der Eindruck entstand, daß sie diese Radfahrer absichtlich überfahren wollten. In ihrer panischen Angst sprangen bzw. stürzten diese zwei Radler von ihren Rädern. Die Fahrräder kamen, eines auf der rechten Fahrspur, eines auf der Gegenspur zum Liegen. Das sie bedrohende Polizeifahrzeug hatte ganz dicht vor ihren Rädern scharf abgebremst — nun enstprangen diesem, ebenso wie aus dem folgenden Mannschaftsfahrzeug, mehrere (mindestens sechs) behelmte Beamte und liefen, ihre Schlagstöcke drohend über dem Kopf gehoben, hinter den vom Rad Gestürzten hinterher. ...

Dies alles beobachtete ich vom Bürgersteig Ecke Finkenhofweg/ Eschersheimer Landstraße aus. Der Verkehr auf den zwei Spuren stadtauswärts war mittlerweile durch das auf diese Fahrbahnen durch den Sturz geschleuderte Fahrrad zum Erliegen gekommen. Als ich das Fahrrad auf das Trottoir zu schieben versuchte, wurde ich umgehend von zuerst einem, wenige Sekunden später von zwei weiteren Polizisten tätlich angegriffen. Trotz meiner Beteuerungen, völlig unbeteiligt zu sein, wurden mir die Arme auf den Rücken gedreht. Unter sichtbarer und verbaler Androhung von Prügeln und wiederholtem Reißen an den Haaren schleppten die drei mich zum Mannschaftswagen. Dort sollte ich ,,mitgenommen'' werden. In der Zwischenzeit waren fast alle Teilnehmer des Fahrradkonvois — z.T. unter brutaler Androhung von Gewalt — festgenommen worden und in die Mannschaftswagen verfrachtet worden. Dies, obwohl keiner von ihnen meinen Beobachtungen zufolge etwas sich hätte zuschulden kommen lassen. ...

Daß ich nicht, wie die Teilnehmer der Fahrradfahrergruppe völlig unbescholten ,,abtransportiert'' worden bin, verdanke ich nur dem Zufall, daß ich an diesem Dienstag eine Hospitation bei der Frankfurter Presse begonnen habe und mich so als
Mannschaftswagen verfrachtet worden. Dies, obwohl keiner von ihnen meinen Beobachtungen zufolge etwas sich hätte zuschulden kommen lassen. ...

Daß ich nicht, wie die Teilnehmer der Fahrradfahrergruppe völlig unbescholten ,,abtransportiert'' worden bin, verdanke ich nur dem Zufall, daß ich an diesem Dienstag eine Hospitation bei der Frankfurter Presse begonnen habe und mich so als
Mitarbeiter dieses Pressehauses ausgeben konnte.

* * *

1.10.1985 23.55 Uhr, Konstabler Wache

Am 1.10.1985 um 23.55 Uhr beobachteten wir an der Konstabler Wache eine Gruppe von ca. 30 Jugendlichen, die auf der Treppe saßen. Ohne ersichtlichen Grund (Provokation etc.) rannten auf einmal etwa 20 Polizisten mit gezücktem Schlagstock unter Gejohle von der anderern Straßenseite der Konrad-Adenauer-Straße aus auf die Jugendlichen los, die versuchten zu fliehen. Etwa fünf Minuten später kamen die ersten Polizisten mit sechs Festgenommenen, die sich nicht wehrten, zurück. Einer der Festgenommenen blutete am Kopf. Wir können die Polizisten leider nicht wiedererkennen (Dienstnummer war nicht zu sehen), aber wir wollen auf keinen Fall, daß dieser Überfall so einfach vbergessen wird.

* * *

5.10.1985 ca. 16.30 Uhr, Hauptwache/-Ecke Schillerstraße

Ich bekam Blickkontakt mit einem Bullen, der mit erhobenem Gummiknüppel hinter mir war. Das alles passierte im Laufen. Ich drehte mich um, um den Schlag nicht ins Gesicht zu bekommen. Dafür bekam ich ihn dann auf den Hinterkopf. Ich fiel hin und prallte nochmal auf derselben Stelle mit dem Kopf auf. Aufstehen konnte ich nicht mehr, weil mir schwindelig war. Ich bin zum Geschäftseingang von WMF gekrochen und da liegengeblieben. Es kamen gleich Leute, die mich untersucht haben. Sanis vom ASB kamen erst 10 Minuten später, weil kein Wagen durchkam. Mindestens zwei Frauen wurden bei der Aktion auch verletzt. Bei der Hilfsaktion der Sanis vom ASB hat ein Zivilbulle einem Sani Tränengas ins Gesicht gesprüht, das auch bei mir vorübergezogen ist. ...

»Das Aufrechnen kaputter Scheiben ist pervers«

Interview mit Michael Wilk, Mitglied der BI gegen die Flughafenerweiterung

ARBEITERKAMPF: Als Sani warst du einer der ersten, die bei Günter Sare gewesen sind. Von dir sind häufig Aussagen dazu zitiert worden, aber immer nur auszugsweise. Kannst du deswegen die Situation nochmal insgesamt, wie du sie erlebt hast, schildern?

Michael Wilk: Wie viele andere Leute war ich auf der Kundgebung gegen die NPD. Die NPD wurde von der Polizei geschützt, wie es ihr verfassungsmäßiger Auftrag ist, hinter dem sie sich ja gerne versteckt. Dazu kann man nichts sagen, außer daß es in diesem Staat normal ist, die NPD wie jede andere nicht verbotene Organisation zu schützen ... Die Stimmung war zwar sehr unruhig, bewegte sich aber im Bereich des Üblichen. Es gab Rangeleien und vereinzelt flogen Gegenstände wie Farbbeutel und ähnliches, als die Polizei NPDler in den Saal hinein geleitete. Kurz vor 21 Uhr passierte es dann. Ich selber habe es nicht genau gesehen, ich habe nur gehört, wie Wasserwerfer losfuhren. Andere Zeugen bestätigen, daß zwei Wasserwerfer losfuhren, wovon der eine spritzte. Wie Bilder und Augenzeugen belegen, spritzte der kleine Wasserwerfer auf Günter Sare. Dann fuhr der andere vor, der Günter überfuhr.

Die einzelnen Umstände müssen noch untersucht und geklärt werden. Wir fordern eine unabhängige, öffentliche Untersuchungskommission — also nicht diese Staatsgeschichte mit dem einzelnen Untersuchungsbeauftragten — mit totaler Einsicht in die Akten, vom pathologischen Befund bis zu jeder einzelnen Zeugenaussage. Unserer Meinung nach gibt es da nichts zu verstecken.

Ich selber habe es quasi erst in dem Moment mitbekommen, wo es passiert ist. Ich habe einen dumpfen Aufschlag gehört. Ich drehte mich um, hörte meinen Namen rufen, weil einige Leute wissen, daß ich Mediziner bin, ich stand ca. 50 Meter weiter weg und bin hingerannt. Um den Schwerstverletzten war schon ein loser Polizeikordon gebildet. Irgendjemand war bereits bei Günter. Ich habe zwei Anläufe gebraucht, um zu ihm durchzukommen. Beide Male zog mich nämlich die Polizei zurück, wobei ich einmal einen Schlagstock oder ein Schild, jedenfalls etwas Hartes, von der Seite in die Rippen bekam. Ich weiß nicht, von wem. Kann aber nur Polizei gewesen sein ... Bei Günter war schon ein Arzt anwesend, außerdem kam noch eine Sanitäterin aus den Startbahn-Initiativen dazu. Gemeinsam haben wir versucht, Günter zu helfen. Das war dadurch sehr erschwert, daß die Polizei auf die Forderung nach Licht überhaupt nicht reagiert hat. Wir mußten den Schwerstverletzten ca. 10 Meter weiter, in das Scheinwerferlicht eines parkenden PKWs, schleifen. Dort haben wir versucht, Erste Hilfe-Maßnahmen durchzuführen — nur mit Material, das nicht von der Polizei oder sonstwoher kam, sondern das die Sanitäterin dabeihatte. Während der ersten Zeit waren wir auch Beschimpfungen ausgesetzt, wie ,,Ihr wollt Ärzte sein" oder ,,Du Schwein willst Arzt sein". Das fiel in irgendeiner Polizeireihe; wer es genau gewesen ist, weiß ich nicht. In dem Augenblick hat es uns auch wenig interessiert. Uns ging es um den Verletzten.

Uns war sofort klar, daß er schwerstverletzt sein mußte. Blut quoll aus Mund, Nase und Ohren. Bei den ersten Wiederbelebungsversuchen, externe Herzmassage, habe ich sofort gemerkt, daß der Brustkorb zermatscht und die Rippen gebrochen waren. Wir haben trotzdem unser Möglichstes getan, bis schließlich zwei Krankentransportwagen eintrafen, die allerdings für so einen Fall nicht ausgerüstet sind. Wir mußten also nochmals warten, bis endlich der Notarztwagen eintraf, den wir sofort angefordert hatten. Das hat für unsere Begriffe ziemlich lange gedauert.

Wie reagierte die Polizei, als ihr das verlangt habt?

Die haben gar nicht viel gesagt. Wir wissen nicht, ob sie den Notarztwagen gleich gerufen haben oder nicht. Das wird alles zu klären sein, wenn die Funkprotokolle vorliegen. Die Wiederbelebungsversuche gingen im Notarztwagen weiter, aber erfolglos. Das ist kein Wunder bei der Schwere der Verletzungen, wie sich später herausstellte: zerdrückter Brustkorb wahrscheinlich durch Überfahren vom Zwillingsreifen des -zig Tonnen schweren Wasserwerfers und Schädelbasisbruch.

Konnte man, wenigstens in den ersten Augenblicken, sowas wie Betroffenheit bei den herumstehenden Polizisten bemerken?

Die Reaktionen in der unmittelbaren Situation wie auch in den Stunden und Tagen danach waren bei der Masse der Polizisten, soweit ich das feststellen konnte, relativ kalt, ja kaltschnäuzig bis hin zum typischen Verdrängungsphänomen, daß sogar darüber gelacht wurde. Bei der Demonstration, die noch am gleichen Abend in die Innenstadt ging, fielen Sprüche wie ,,Ihr seid die Nächsten". Die Haltung der Polizei ließ überhaupt nicht erkennen, daß sie irgendwie moralische oder emotionale Konsequenzen daraus gezogen hätte. Es war vielmehr ein eiskaltes Auftreten nach dem Motto: «Was geht uns das an? Es war eben Günters Risiko.» Es gab aber auch Ausnahmen. Ein, zwei Polizisten haben bei unseren Bemühungen um Günter geholfen. Sie hielten die Infusion. Mittlerweile wissen wir auch, daß ein Polizist bei der Mahnwache für Günter Sare mitgemacht hat. Das sind aber einzelne Ausnahmen. Insgesamt hat die Polizei kaltschnäuzig reagiert, was leider viel über ihre psychische oder innere moralische Einstellung gegenüber solchen Ereignissen aussagt.

In den ersten Stellungnahmen der Polizei war von einem Stein die Rede, der in dem Blut auf der Straße gelegen hätte. Habt ihr das gesehen?

Derartiges haben wir nicht bemerkt. Natürlich achtet man auch nicht auf solche Dinge, wenn man einen Schwerverletzten versorgt. Von Leuten, die danach an der Unfallstelle waren, wur-

terin aus den Startbahn-Initiativen dazu. Gemeinsam haben wir versucht, Günter zu helfen. Das war dadurch sehr erschwert, daß die Polizei auf die
wurde. Bei der Demonstration, die noch am gleichen Abend in die Innenstadt ging, fielen Sprüche wie ,,Ihr seid die Nächsten". Die Haltung der Poli-
Derartiges haben wir nicht bemerkt. Natürlich achtet man auch nicht auf solche Dinge, wenn man einen Schwerverletzten versorgt. Von Leuten, die danach an der Unfallstelle waren, wur-

de erzählt, es läge ein — allerdings blütenweißer! — Kalksandstein in einer Blutlache, und es sei daher sehr unwahrscheinlich, daß er von Anfang an dort gelegen habe. Das alles muß noch genau untersucht werden.

Mit welchem Ziel seid ihr von der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung zum Protest gegen die NPD-Veranstaltung gekommen?

Die BI ist eine Initiative, die sich gegen den Ausbau dieses Molochs wendet, der unseren Befürchtungen nach noch weiter gehen wird. Im Lauf der Jahre ist die BI keine reine Ein-Punkt-Bewegung geblieben, ihr Anliegen ist schon breiter. Wir haben erkannt, daß Aktivitäten gegen Umweltzerstörungen nicht an der eigenen Haustür aufhören können, sondern daß antifaschistischer Widerstand oder die Aufrüstungsproblematik ein eigenes Gewicht haben und auch nicht von unseren Bemühungen gegen dieses Mammutprojekt zu trennen sind. Infolgedessen waren viele Leute als Einzelpersonen auf dieser Demonstration. Von den Organisatoren her war es das Ziel, ein Gegenbündnis gegen die NPD herzustellen. Die NPD-Veranstaltung fand im Gallus statt, also in einem Stadtteil, wo sehr viele Ausländer leben. Die Forderungen der NPD in Bezug auf Ausländer sind bekannt. Es ist zum Schutz der Ausländer einfach nötig, die Leute, die solche ausländerfeindlichen Dinge verzapfen, zu isolieren.

Allerdings stellte ich zu meinem Bedauern fest, daß eine Menge Redner seitens des DGB nach ihren Reden nichts Eiligeres zu tun hatten, als die NPD NPD sein zu lassen und zu verschwinden. Viele Menschen, denen es um mehr ging, als Reden zu halten, blieben aber stehen, um den Eingang des Saals zu blockieren bzw. den Besuchern der NPD-Veranstaltung den Zugang zu erschweren. Ich finde, es ist eine völlig normale Angelegenheit, daß man sich im Rahmen seiner sonstigen Tätigkeiten um derartige faschistoide Veranstaltungen kümmert, und daß man dagegen vorgeht. Ich betrachte jetzt aber nicht die NPD und die neofaschistischen Organisationen als das Hauptproblem, womit wir uns auseinandersetzen müssen. Es ist ein Teil der gesamten Problematik innerhalb der Verschärfungen dieses Systems. Man sollte aber gegen die einzelnen Geschichten etwas tun. Ich selber würde das nicht schwerpunktmäßig betreiben, aber ich bin — wie viele andere auch — bereit, soetwas zu unterstützen.

Ich nehme an, auch wenn es etwas blöde klingen mag, daß das Geschehen von diesem Samstag abend auch persönliche Spuren hinterlassen hat. Man reagiert ja nicht nur rational-politisch.

Natürlich macht es einen fertig. Es hätte mich auch total geschafft, wenn es kein Demonstrant gewesen wäre. Es macht dich auch fertig, wenn dir als

reagiert ja nicht nur rational-politisch
Natürlich macht es einen fertig. Es hätte mich auch total geschafft, wenn es kein Demonstrant gewesen wäre. Es macht dich auch fertig, wenn dir als

medizinisch Helfendem jemand quasi unter den Fingern wegstirbt. Ich habe übrigens anfangs gedacht, die Polizei hätte einen Passanten überfahren. Günter sah nämlich nicht so aus, wie viele Demonstranten auszusehen pflegen. Oder anders gesagt: Er entsprach nicht dem typischen Demonstrantenbild, das man mittlerweile schlimmerweise auch selber schon hat. Egal also, wer da nun erwischt worden war — wir waren alle runter mit den Nerven. Ich halte es nicht für eine heuchlerische Betroffenheit. Jeder, der das mitbekommen hat, war schlichtweg schockiert — weil es eine Sache ist, die vielleicht schon tausend Mal hätte passieren können. Aber wenn es wirklich passiert, dann kann man nicht rational danebenstehen.

Praktisch in der gesamten Presse wurde von unpolitischer Randale, von vorgeschobener Trauer, Mob, der nur einen Anlaß für Putz sucht, usw.usf. geschrieben. Selbst der ,,Pflasterstrand" spricht von unpolitischen kids, für die man linke Sozialarbeiter braucht.

Stichwort Krawalle: Was am Tag danach an Glasbruch in der Stadt passierte — ich will es weder verteidigen noch angreifen — erklärt sich schlichtweg aus der Wut der Leute. Auch ein Stück Hilflosigkeit ist dabei. Was sollen Leute tun, die mitbekommen, wie einer von ihnen im wahrsten Sinne des Wortes plattgewalzt wird, die keine Medien in der Hand haben, um auch nur die einfachsten Informationen in die Öffentlichkeit zu bringen, die als Einzelpersonen oder kleine Gruppen diesem wahnsinnigen Apparat gegenüberstehen? Gewiß — es gibt auch Leute, die meinen, ohne zerbrochene Scheiben kann man überhaupt keine Öffentlichkeit herstellen. Wir — damit meine ich nichts Festgefügtes, keine starre Organisation, sondern ein sehr loses Konglomerat, eine Mischung verschiedenster Betroffener, Gruppen oder Einzelpersonen — haben uns direkt danach getroffen. Daraus hat sich eine Art Kreis entwickelt, der versucht hat, dem Protest einen gewissen Ausdruck zu verleihen. Ich kann nicht für alle sprechen. Wenn ich mich selber politisch klassifizieren soll, bin ich ein Libertärer, der seit Jahren versucht, über Bürgerinitiativen im Sinne einer Bewußtseinsveränderung zu arbeiten. Ich kann aber so etwas wie eine Tendenz wiedergeben. Anfangs konnte man in der Presse eine gewisse Bemühung um Ausgewogenheit feststellen, wenigstens bei einzelnen Reportern. Es wurde über Günters Tod berichtet, viele Informationen konnten in den Medien untergebracht werden. Je mehr das Ereignis zeitlich zurücklag, desto mehr gewann das Hervorheben von Krawallen an Gewicht. Das ist bei manchen Zeitungen wohl Methode. Bei denjenigen, die es nicht von selbst betreiben, wurde es wohl ganz stark von den politisch Verantwortlichen forciert und geht in Richtung einer Stimmungsmache. Das ist ganz klar und an sich nichts Neues. Das ist bei jedem Ereignis so gewesen, angefangen mit Brokdorf und den anderen Großdemonstrationen. Letztlich wird von den Medien versucht, die kaputte Scheibe gegen das eigentliche Anliegen zu gewichten. Hier, wo es einen Toten gibt, der von einem Wasserwerfer überrollt worden ist, ist es für mich pervers, es wieder mal so aufzurechnen. Verwunderlich ist es aber nicht, es ist Methode, es ist normal. Es soll dazu dienen, beim breiten Publikum, das diese Zeitungen liest, ein Nachdenken zu verhindern. Beziehungsweise: Es wird kaschiert. Das eigentliche Ereignis wird kaschiert und andere, unwesentliche Dinge werden in den Vordergrund gerückt.

In einem ,,stern"-Interview geben zwei — nach Darstellung der Interviewer — Hamburger Militante markige Sprüche von sich, sozusagen als Kronzeugen für Streetfighter-Mentalität. Da heißt es z.B., sie würden keinen Notwehrbegriff kennen, während es doch gerade umgekehrt ist: Die Polizei kennt tatsächlich keinen Notwehrbegriff. Der ,,stern" will wohl nahelegen, daß solche Auffassungen repräsentativ für die Aktionen nach dem Tod von Günter Sare gewesen sind.

Ich habe das Interview nur schnell gelesen, kann also keine analytische Antwort geben. Ich kann nur sagen, der Protest hier vor Ort war sehrbreit. Mit unterschiedlichsten Menschen. Auch Leute, die noch in der SPD oder in anderen Parteien und Organisationen

wort geben. Ich kann nur sagen, der Protest hier vor Ort war sehrbreit. Mit unterschiedlichsten Menschen. Auch Leute, die noch in der SPD oder in anderen Parteien und Organisationen

sind, sowie die diversen Fraktionen der Grünen, wenn auch nur als Einzelpersonen, waren vertreten. Leute aus BIs, Unorganisierte, Leute, die sich als Autonome bezeichnen, auch Libertäre unterschiedlichster Couleur. Demgemäß ist dieses ,,stern"-Interview ganz bestimmt nicht beispielhaft für die Bewegung, weil es *die* Bewegung anläßlich des Todes von Günter Sare gar nicht gibt. Die Bewegung ist spontan — aus der Betroffenheit verschiedenster Leute entstanden. Es ist ja gottseidank noch so, daß ganz unterschiedliche Menschen vom Tod Günter Sares betroffen waren mit ganz unterschiedlichen Gewichtungen, die einen mehr emotional, die anderen mehr politisch.

Zum Inhalt des Interviews: Es gibt verschiedenste Leute mit verschiedensten Ansichten. Allerdings muß ich sagen, daß mich persönlich eine gewisse Kaltschnäuzigkeit und Arroganz geärgert hat, wie dort über Menschenleben, auch wenn es um Menschenleben der Polizei und des Staatsapparates geht, gesprochen wird. Ich kann diesem in weiten Teilen unmenschlichen System nur etwas entgegensetzen, das auf humanen, menschlichen Ansichten basiert. Das mag moralisch klingen. Dazu stehe ich aber auch. Ich kann dieses System nicht mit der gleichen kalten Technik bekämpfen. Das kam mir in dem Interview so vor. Das ist nicht mein Stil und bestimmt auch nicht derjenige vieler anderer Leute.

Ich fand die Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen aber nicht gerade sensationell.

Ja, es hätten natürlich mehr sein können. Ich kann aber über die Art und Weise, wie Leute ihre Betroffenheit äußern, nicht urteilen. Ich denke, es gibt unterschiedliche Möglichkeiten.

Der Bulle hat das Wort

,,Wenn du so blöd guckst, hau ich dir'n paar in die Fresse."

... im Aufzug auf dem Weg zur Haftzelle im Polizeipräsidium:
,,Jetzt gehts zum Schafott."

... auf dem Flur im Klapperfeld (UG):
,,Stehenbleiben, oder ich schieße!"

... vor der Auflösung des Hauptbahnhof-Kessels über Polizeilautsprecher:
,,Das nächste Mal kommt ihr ins Stadion!"

... über eine aus der Polizeiumzingelung flüchtende Person, der zwei Polizisten nachrannten (wahrscheinlich vom Einsatzleiter):
,,Hoffentlich hauen sie den ordentlich zusammen."

... ein junger Mann, zusammengeschlagen, ruft einem Polizeibeamten zu:
,,Und da guckst du zu?" Dieser antwortet grinsend: *,,Na sicher."*

... Polizeibeamte im Klapperfeld auf die Frage eines anderen Beamten, ob in die Frauenzelle mit Gas gesprüht worden sei:
,,In jede Zelle müßte man da reinhalten, bis alles ruhig ist." — Lachen —

... bei der Durchsuchung einer Jacke durch einen Polizeibeamten:
,,Wenn ich was finde, bringe ich dich um."

... Zuruf bei der Entlassung aus dem Polizeipräsidium:
,,Den hätte man auch mit dem Wasserwerfer überfahren sollen!"

Foto: K. Malorny



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Entscheidend ist, daß sich möglichst viele Menschen dazu verhalten. Das muß nicht unbedingt im Rahmen einer Demonstration geschehen. Ich denke, es gibt eine ganze Menge Leute, die entsetzt sind und vielleicht auch Konsequenzen, welcher Art auch immer, ziehen, die aber dennoch nicht zu den Demos gegangen sind. Vielleicht haben sich auch viele durch das, was die Polizei einem bot, abschrecken lassen, durch die totale Polizeipräsenz in der Stadt und die Verhängung eines inoffiziellen Ausnahmezustandes. Das ist gut verständlich. Jede(r) hat Angst gehabt, auf diese Demos zu gehen. Man kann es eben nicht so leicht verdauen, daß kurz zuvor einer umgefahren wurde und dann die gleichen Wasserwerfer, die gleichen Polizeibeamten mit tatsächlich gnadenloser Härte gegen die Nachfolge-Demonstrationen vorgehen.

Siehst du keine Verantwortung der Linken? Immerhin wird in manchen Kreisen Frankfurt als Hochburg der Linken stilisiert.

Das ist keine Erscheinung, die erst am Tode Günter Sares deutlich geworden wäre. Es ist ein allgemeiner Prozeß. Klar kann man sagen, daß man in einem solchen Fall, der auch tief in emotionale Bereiche geht, mehr hätte erwarten können. Aber weshalb sich allgemein zu wenig Leute engagieren — dazu müßte man ein gesondertes Interview machen.

Was hältst du überhaupt von der Frankfurter Linken?

Was für eine Frankfurter Linke? Interessant ist das Verhältnis zwischen denen, die sich Altspontis nennen, und denen, die die Proteste tragen. Auf einer Veranstaltung sind die Altspontis bei vielen gegen die Wand gelaufen, die sich darüber empörten, daß Leute, die in ihren Augen quasi schon zum Establishment gehören, sich zu Sprechern von Sachen machen, die sie einfach nicht verkörpern. Daß sie sich zu Betroffenen machen. Das wurde kritisiert, auch wenn es im allgemeinen Chaos nicht rüberkam. Es geht darum, daß Leute, die früher stark am außerparlamentarischen Widerstand teilhatten, heute Funktionsträger des offiziellen Systems geworden sind. Jüngstes Beispiel Joschka Fischer, zuständig wohl bald für Umwelt und Energie. Vonwegen parlamentarisches Bein der Bewegungen. Genau das wurde ihnen von denjenigen vorgehalten, die innerhalb dieser Gesellschaft wenig zu erwarten haben. Die neuen Parlamentarier tun sich recht schwer, mit diesem Protest umzugehen. Daraus erklärt sich auch die Empfehlung des „Pflasterstrand" an die Grünen, Sozialarbeit innerhalb der außerparlamentarischen Bewegungen zu betreiben. Das ist ein Widerspruch, der sich m.M. noch verschärfen wird. Man kann feststellen, daß es mit dem parlamentarischen Bein des außerparlamentarischen Widerstands nicht weit her ist, sondern daß sich die Sache fast umdreht. Es hat fast zu einer Interessensspaltung innerhalb der Bürgerinitiativen und in weiten Kreisen geführt. Die Politik der SPD — teile und herrsche — ist relativ erfolgreich. Man assimiliere einen Teil, man integriere einen Teil und man schwäche und breche den außerparlamentarischen Widerstand. Diese Rechnung scheint zumindest bei den hessischen Grünen sehr gut aufzugehen. Genau das ist die Kritik an den Altspontis.

Was würdest du selber von den Grünen erwarten?

Ich bin Anhänger der Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit. Ich bin der Meinung, daß Freiheit sehr viel mit Verwirklichung der eigenen Interessen zu tun hat, und daß diese Interessen nicht vorher durch einen Filter der Delegierung laufen können. Wenn ich Interessen an jemanden delegiere, habe ich keine Kontrolle mehr darüber, was er mit meinem Anliegen anfängt. Oft werden diese Interessen zu Dingen verarbeitet, die letztlich gegen das ursprüngliche Anliegen der Betreffenden stehen. Das ist keine Politik, wie sie mir vorschwebt. Ich befürworte die Eigenorganisation, die Selbstverantwortung. Das ist auch das, was wir m.M. dem, was im Lande passiert, entgegensetzen müssen: selbstorganisiertes Handeln. Das heißt, daß wir den sich verschärfenden Bedingungen, ob im ökonomischen, politischen oder ökologischen Bereich, verstärkt selbstbestimmte Strukturen im Sinne von Arbeitslosen-Inis, Stadtteilzentren, oder auch der guten alten Bürgerinitiativen entgegensetzen müssen.



Trotzdem muß es doch konkrete Kritiken einerseits und konkrete Anforderungen andererseits an die Grünen geben. Zum Beispiel ihre Zustimmung zum Polizeihaushalt, mit dem wahrscheinlich auch drei neue Wasserwerfer finanziert worden sind — darauf gehen die Koalitionspolitiker mit keiner Silbe ein. Genau das wird penetrant umschifft.

Das ist schon ein wichtiger Punkt, aber auch nur ein Teilaspekt. Wer an der Macht partizipiert, der steht auch in der Verantwortlichkeit dessen, was diese Macht verübt. Dazu gehört nicht nur die Finanzierung neuer Gefängnisse oder Wasserwerfer sondern in letzter Konsequenz auch das, was durch diese Wasserwerfer angerichtet wird. Die Unterstützung der Grünen für diesen Untersuchungsbeauftragten von Winterstein (hess. Innenminister, Anm. AK) ist eigentlich eine Farce. Weder Winterstein noch die Grünen noch dieser Untersuchungsbeamte sind vom Exekutivapparat losgelöst. Es ist insgesamt ein Machtkomplex — entweder man partizipiert daran oder man versucht, diesen Machtkomplex zu beobachten, im Zweifelsfall auch zur Rechenschaft zu ziehen. Das fällt umso leichter, je weiter man von diesem Machtapparat entfernt ist. Und die Grünen sind darin sehr stark integriert. Ich als Einzelperson habe keine Forderung an die Grünen. Auch wenn die BI Forderungen stellt, wie z.B. Nachtflugverbot, richtet sie sich an den gesamten Apparat, nicht speziell an die eine oder andere Partei. Für sehr viele sind die Zeiten vorbei, wo in den Grünen unsere Vertreter in den Parlamenten gesehen wurden. Es gibt wohl noch eine ganze Menge Leute, die das hoffen und die sie wählen. Aber bei weiten Teilen der außerparlamentarischen Bewegungen sind die Illusionen hierzu stark zurückgegangen.

Auch SDAJ bzw. DKP wurden auf einzelnen Treffen stark kritisiert. Sie hätten versucht, das Geschehen parteipolitisch zu vereinnahmen. Vereinzelt wurde gesagt, man wolle mit denen überhaupt nichts mehr zu tun haben.

Ich war bei der Beerdigung und habe die Rede eines DKPlers gehört (auf Wunsch der Mutter sprach neben einem Pfarrer, der mit Günter befreundet war, auch Emil Carlebach; Anm. AK). Ich empfand es als taktlos. Ich selber habe nie für jemanden gesprochen, sondern als jemand, der das Geschehen zwangsläufig miterlebt hat.

Ich habe mich immer davor gehütet, Günter als jemanden, der quasi im Kampf gefallen wäre, darzustellen. Ich empfinde es einfach als unangebracht in diesem Zusammenhang. Denn Günter ist nicht *für* etwas gestorben, sondern er ist *durch* etwas gestorben, nämlich durch einen Wasserwerfer-Einsatz der Polizei. So schrecklich das auch ist, muß man feststellen, daß es auch an der Startbahn oder bei der Südafrika-Demonstration in Frankfurt hätte passieren können. Im Grunde genommen bei jeder Gelegenheit, wo sich Demonstranten oder Kritiker dieses Systems und Polizei gegenüberstehen. Das ist Strategie der Polizei: Die Polizei nimmt beim derzeitigen Stand der Dinge bei ihren Einsätzen anscheinend auch Tote in Kauf.

Was muß jetzt gemacht werden? Ermittlungsarbeit? Aktionen? Veranstaltungen?

Zunächst mal: Was an Arbeit direkt nach dem Ereignis gelaufen ist, kann in dieser Intensität nicht weiter betrieben werden. Die Leute müssen zum sog. «normalen» Alltagsleben zurück, zur Arbeit, Schule, Uni ... Was geleistet werden muß, ist der Versuch einer Analyse, die sich mit den Hintergründen dieses Ereignisses beschäftigt. Es soll also nicht vordergründig bei der Forderung nach einem Verbot der NPD stehen geblieben werden oder bei der Forderung nach einer vordergründigen Bestrafung der direkt Verantwortlichen. Die Strukturen selber, also die Strukturen von Polizeieinsätzen müssen näher untersucht werden. Das Ganze muß in der Öffentlichkeit so hinterfragt werden, daß über die prinzipielle Möglichkeit gesprochen wird, daß man bei Demonstrationen umkommen kann. Inwiefern das von uns selber geleistet werden kann, weiß ich nicht. Da sind vor allem Gruppen gefragt, die in anderen sozialen Zusammenhängen arbeiten, z.B. die Bunte Hilfe oder auch die Rechtsanwälte, die Zeugenaussagen sammeln. Es wird versucht werden, eine Dokumentation herzustellen und in Frankfurt soll eine Veranstaltung stattfinden.

Es gibt ja durchaus Kontroversen, wie es weitergehen soll. Die Darmstädter BI gegen die Flughafenerweiterung hat ein vierseitiges Flugblatt veröffentlicht, wo vor allem die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses gegen den Abbau der demokratischen Rechte, für Verteidigung der Versammlungsfreiheit usw. betont wird. Sie fordert auch eine Bestrafung der direkt Verantwortlichen, d.h. der Wasserwerfer-Mannschaft, und den Rücktritt von Winterstein.

Natürlich — was hier an sog. Grundrechten existiert, muß man weiterhin fordern, in Anspruch nehmen, und man darf auf keinen Fall Rückschritte akzeptieren. Das ist ja letztlich das, was der Staat aufgrund vorausgegangener Auseinandersetzungen einem zur Verfügung stellen muß. Und das kann immer nur wieder überprüft werden, indem man es auch in Anspruch nimmt. Insofern muß man sich gegen die Bestrebungen zum Abbau demokratischer Rechte wenden, ob es jetzt das Demorecht oder das Streikrecht betrifft. Man soll aber nicht dabei stehen bleiben, sonst wäre es m.M. eine vordergründige Auseinandersetzung.

Wie sieht es in diesem Zusammenhang mit Bündnisbereitschaft oder Bündnisabsichten aus? Ganz lapidar: Wer soll mit wem wofür kämpfen?

Es ist die Frage, inwiefern sich verschiedene Gruppen und Initiativen in der Lage sehen, sich anzunähern. Anläßlich des Todes von Günter, unter dem ungeheuren Druck von außen, gab es auch einige positive Aspekte. Es gab eine Zusammenarbeit von verschiedensten Gruppen, die sich sonst kaum noch begegnet sind. Hier möchte ich übrigens betonen, daß es eine absolute Schweinerei ist, die BI gegen die Flughafenerweiterung, nach dem Motto „Startbahn-Chaoten", als Hauptträger des Protestes zu bezeichnen. Sie war nur eine von vielen anderen Gruppen und Initiativen, die das, was sie im Zuge der Jahre an der Startbahn gelernt hat, zur Verfügung gestellt hat. Ich hoffe, daß diese Zusammenarbeit und vor allem die Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppen weitergeht.

Ich bin ein ganz starker Gegner von Abgrenzungen im Sinne einer nicht geführten Auseinandersetzung. Sektierertum ist auf Dauer tödlich. Was wir anhand der BI gelernt haben, ist, daß eine gesellschaftliche Veränderung, eine Kritik an diesem Staat, ein aktives Vorgehen zum Beispiel gegen den ökologischen Wahnsinn dann am wirksamsten sind, wenn auf allen Ebenen, so breit wie möglich, in allen sozialen Schichten Berührungspunkte gesucht werden. Das ist allerdings nicht mit der Aufgabe von Inhalten zu verwechseln. Ich bin für Auseinandersetzungen, Diskussionen, aber es geht nicht um Verbreiterung im Sinne populistischer Bündnispolitik. Das hat keinen Sinn. Man kann Handkäs nur flach schlagen. Der wird breiter, gewinnt aber nicht an Substanz.

(Die Fragen stellte E., KB/Gruppe Frankfurt)

Fortsetzung von Seite 2

Im übrigen hielt sich die Bundestagsfraktion der Grünen vollständig bedeckt.

Die Jusos und andere linkssozialdemokratische Kräfte ließen sich ebenfalls nicht blicken: in Hamburg erklärten die Jusos n a c h der Demonstration, sie hätten von den Verhandlungen nichts gewußt, obwohl die über eine Woche öffentlich geführt worden waren. In Kiel unterstellten sie der geplanten Demonstration öffentlich beabsichtigte Randale, distanzierten sich und demobilisierten. Proteste einschlägiger sozialdemokratischer Organisationen wie „Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen" u.ä. — Fehlanzeige. Auch bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die bei früheren Gelegenheiten warnend ihre Stimme zu erheben pflegten, übten sich in Zurückhaltung.

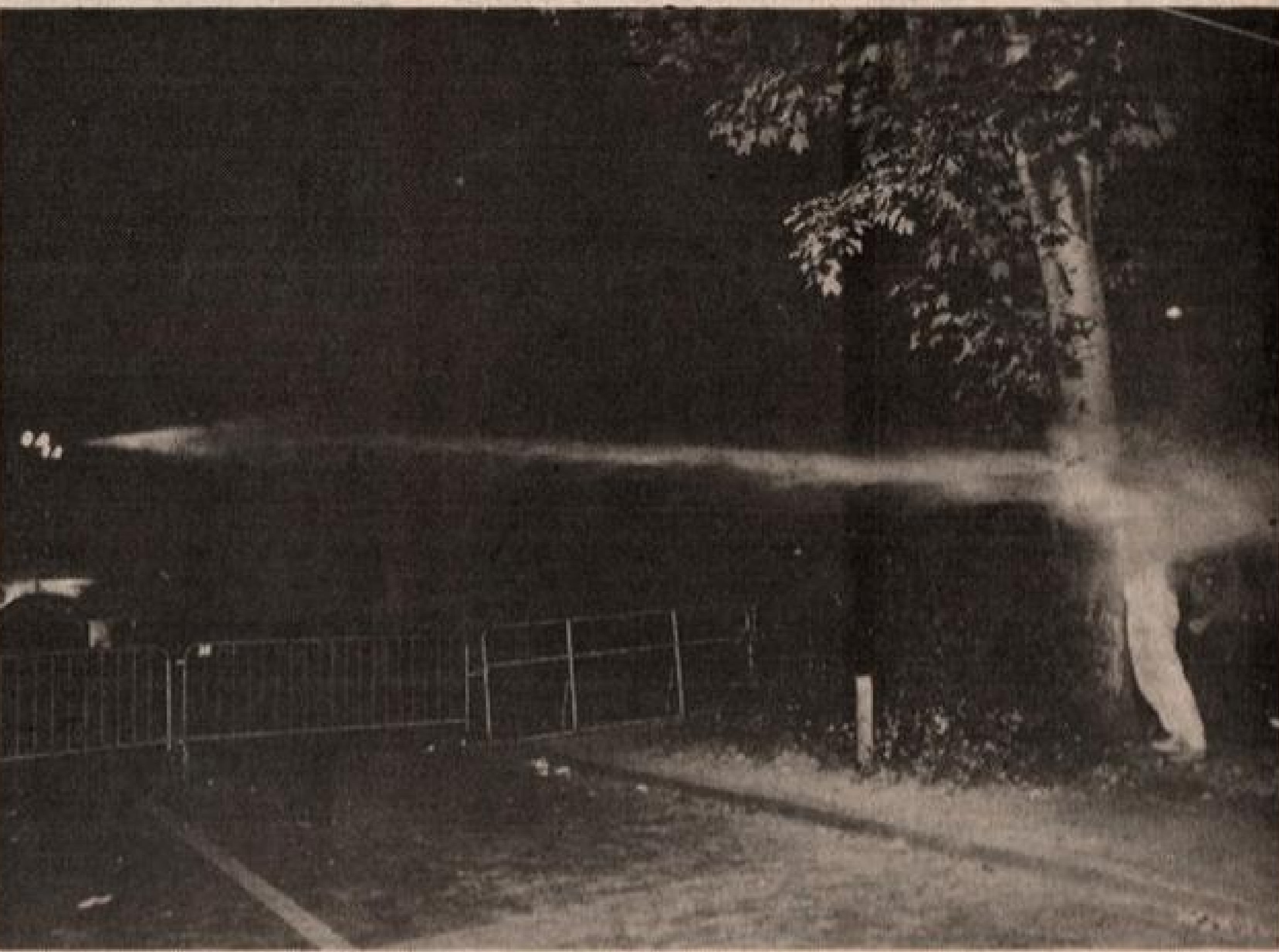
Stattdessen echote auch aus dieser Ecke die neuaufgelegte Anti-Terrorismus-Hetze der Staatsschutzorgane. Charakteristisch dafür z.B. das — zu allem Überfluß noch unsäglich platte — Agitations-Schnell-Gedicht von Gerhard Zwerenz, in dem er die eigentliche Gefahr der NPD darin sieht, der RAF neue Kader zuzutreiben — das kommentarlos nachzudrucken sich die „taz" nicht zu blöd war!

Charakteristisch dafür auch ein ansonsten eher gegen den Frankfurter Polizeieinsatz engagierter Bericht in der „Zeit" vom 18.10., in dem am Schluß die Frage steht: „Endstation RAF?"

Zwei Stimmen für viele: ein Gespenst geht wieder mal um. Distanzierung vom Terrorismus , als ob dieser den Toten zu verantworten hätte und nicht die repressive Politik dieses Staates gegenüber sozial und politisch unruhigen Minderheiten bei gleichzeitigem Polizeischutz für Nazis.

Zweifellos hat es eine Welle von Randale und Protesten gegeben, die sich von der relativen Ruhe der letzten zwei drei Jahre abhebt. Vielleicht ist sogar die radikale Linke bei diesen Protesten trotz aller Differenzen etwas zusammengerückt. Von einer Offensive, selbst nur von einer Verbreiterung des antifaschistischen Widerstands wird man aber nicht ernsthaft reden können: Bisher jedenfalls haben die Proteste die aktuelle Isolations- und Kriminalisierungs-Taktik der Strategen der 'Inneren Sicherheit' trotz einzelner Erfolge wie z.B. bei der Hamburger Demonstration nicht wirksam durchbrechen können. Der linksradikale Protest steht in der Ecke der Gewalttäter und Terroristen. Wenn eine Offensive geboten ist, dann die politische Durchbrechung dieser Isolation. An diesem Maßstab müssen die Erfolge der Proteste gemessen werden.

F.



50.000 in München:
Keine Ruhe für die WAA-Betreiber



Die Demonstration am 12.10.85 in Mnchen gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf kann als großer Erfolg der Anti-WAA-Bewegung gewertet werden. Über 50.000 — die bisher größte Mobilisierung gegen die bayerische WAA — waren gekommen, um entschlossen und selbstbewußt zu demonstrieren, daß eine WAA in Wackersdorf und anderswo nicht gebaut werden darf.

Zum ersten Mal war es hier gelungen, in einem breiten Bündnis wirklich alle Spektren der Anti-WAA-Bewegung zusammenzufassen. Angefangen von den BIs, über den Bund Naturschutz, BBU und SPD bis hin zu den Autonomen war alles dabei.

Damit wurde der DWK ein — zumindest kleiner — Strich durch die Rechnung gemacht: Hatte doch erst einen Tag vor der Demo die „Süddeutsche Zeitung" unter der hämischen Überschrift „Der Widerstand — schon abgebrannt?" Mutmaßungen über das angebliche „Abflauen der Widerstandskraft" angestellt. Der DWK-Pressesprecher Peter Schmidt: „Wenn es nicht viel mehr als 20.000 werden, dann ist es mit der Protestbewegung gegen die Kernenergie in der Bundesrepublik rasch vorbei." Da war wohl mehr der Wunsch der Vater des Gedankens.

Die Geschlossenheit der Demonstration drückte sich besonders bei den Vorfällen aus, die sich in einem der drei Züge (BIs aus der Oberpfalz und Autonome) abspielten. Von Anfang an unternahm die Polizei provokative Vorstöße, um schwarze Blocks zu isolieren oder einzelne Demonstranten herauszugreifen. Als die Polizei an einer Straßenkreuzung versuchte, den Zug durch einen Keil zu teilen, wurden Ketten gebildet und die Autonomen vor Zugriffen geschützt. So gelang es selbst den SEK-Leuten an keiner Stelle, einzelne herauszugreifen. Eine für Bayern wirklich außergewöhnliche Situation!

Das Vorgehen der Polizei

Die Münchener Demo bot natürlich einen willkommenen Anlaß, die neue „Frankfurter Linie" auch in Bayern schnellstens einzuführen. Bereits in ei-

schnellstens einzuführen. Bereits in ei-

nem Vorgespräch wurde die Demonstrationsleitung aufgefordert, sich von dem Autonomen Block abzuspalten, „räumlich zu distanzieren", wie es die Polizei formulierte. Bei auch nur dem geringsten Zwischenfall werde man „deutlich Flagge zeigen". Auch auf Flugblättern der Polizei, die zu Beginn der Demo massenhaft verteilt wurden, wurde eine Isolierung der Leute „mit den schwarzen Lederjacken" verlangt. Als sicheres Erkennungszeichen von Autonomen wurde ein vermummtes Auftreten angegeben.

Parallel zu diesen Gesprächen wurde aber bereits alles für eine harte Auseinandersetzung vorbereitet. So wurden am Tag vor der Demo Zellen im Frauenknast Neudeck freigemacht. Für den Samstag wurden 10 Ermittlungsrichter eingeteilt, obwohl sonst in München wesentlich weniger gleichzeitig tätig sind.

sind.

Provokationen von Anfang an

Schon Stunden vor Demo-Beginn provozierten Zivilbeamte, indem sie versuchten, einzelne Punker einzuschüchtern oder sogar festzunehmen. Während der ganzen Demo wurden diese Sticheleien fortgesetzt, so z.B. das beliebte Spiel, Transparentstangen aus dem Zug zu reißen u.ä. Das gelang aber aufgrund der oben beschriebenen Geschlossenheit nicht. Um 12.45 Uhr wurde schließlich ein Punker von 10 SEK-Beamten festgenommen. Die spätere Begründung: Er habe sich mit seiner Tasche konspirativ an einen Polizeiwagen gedrückt. Bis zur Kundgebung gelangen der Polizei keine weiteren Festnahmen mehr, obwohl die Scheiben von fünf Banken das Zeitliche segneten.

che segneten.

Die Kundgebung

Auch die Kundgebungsreden drückten eine Entschlossenheit und Selbstsicherheit aus, die sich deutlich von der ersten spontanen Großdemo in Wackersdorf vor rund 8 Monaten abhob. Durchweg alle Rednerinnen und Redner betonten — trotz ihrer sehr unterschiedlichen ideologischen Herkunft — zwei Punkte: Erstens den Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung der WAA-Technologie und zweitens die Rücksichtslosigkeit der Regierung bei der Durchsetzung ihrer Ziele. Gerade der letzte Punkt brachte die realen Erfahrungen der Region in den letzten Monaten zum Ausdruck.

Für den gesamten Trägerkreis sprach Hubert Weinzierl, CSU-Mitglied und 1. Vorsitzender des BUND.

„Wir fühlen uns bedroht von Atomstaat und Polizeigewalt, wir sorgen uns um die Demokratie und um unsere Freiheit, weil wir wissen, daß die bayerische Linie des Durchsetzens nicht gerade demokratiefreundlich ist! Und wir fürchten auch, daß die Schwandorfer Wiederaufbereitungsanlage der Plutoniumswirtschaft in die Hände arbeitet und den Frieden gefährdet. Und dies in einem Grenzgebiet, das mit Kriegsgerät und Militär vollgestopft ist! WAA-Plutonium, sagen sie volksverdummend, sei nicht waffenfähig, obwohl in den Vereinigten Staaten daraus schon vor zehn Jahren Atombomben hergestellt wurden! Dies darf sich in Schwandorf nicht wiederholen, auch wenn ein paar Wahnsinnige schon mit dem Ablauf des Atomwaffensperrvertrages liebäugeln ..."

Besonders ging er mit der bayerischen Führung der katholischen Kirche ins Gericht: *„Im Stich gelassen fühlen wir uns vor allem von der Katholischen Amtskirche, die gerade in der Oberpfalz ihre gläubigen Christen allein läßt. Und anstatt Rat und Hoffnung zu geben, wo Unsicherheit und Zwietracht durch die Familien geistern, entmündigt der Regensburger Atombischof seine besorgten Pfarrer und reiht sich selbstzufrieden in die Kumpanei der Mächtigen ein — das Konkordat von Staat und Kirche funktioniert!"*

Die zweite Rednerin, Erna Wellnhofer vom Vorstand der BI Schwandorf, betonte noch einmal besonders die Gefahren einer laufenden WAA und leitete daraus ab: *„Deshalb leisten wir Widerstand, denn wir wissen, daß das Widerstandsrecht ein letztes Mittel gegen einen Staat ist, der bewußt und permanent gegen Recht und Gemeinwohl verstößt. (...) Wenn wir heute mit den Menschen unserer Heimat sprechen, so klingt ihre Betroffenheit durch, überschattet von der Angst um ihre Existenz, von permanenter Überwachung, vor Terror: vor allem aber ihre Ohnmacht gegenüber den Mächtigen, die da sind, Atomindustrie und Regierung, kurz Atomstaat, den wir alle bereits hautnah spüren. (...) Mir kam plötzlich klar zum Bewußtsein, welcher Übermacht wir gegenüberstehen: dem Bündnis von Atomindustrie und Staatsmacht, das über nahezu unbegrenzte Geld- und Machtmittel verfügt, an dem alles beteiligt ist, was in der Industrie Rang und Namen hat: Siemens, AEG, RWE, VEBA, Mannesmann, Thyssen, Hoch-Tief, Bayer, Hoechst, Deutsche Bank, mit auffallend vielen Persönlichkeiten, die bereits im Dritten Reich führende Positionen eingenommen hatten."*

SPD-Landrat Schuirer war wegen einer Krankheit verhindert und so las seine Frau eine Grußadresse vor, in der auch die Erfahrungen der letzten Zeit zum Ausdruck kamen: *„Die Atom-Allianz, die CSU-Regierung und DWK, haben in den zurückliegenden Monaten in einer beispiellosen Hetz- und Verleumdungskampagne friedliche Bürger und die dem Allgemeinwohl verpflichteten Idealisten beschimpft, eingeschüchtert, bedroht und kriminalisiert, selbst vor Rufmord nicht zurückgeschreckt."*

Als Vertreterin der Bundes-Anti-AKW-Bewegung sprach Anita Aschenbrenner von der Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen. Viel Beifall erhielt sie unter anderem für ihre Kritik an der widersprüchlichen Politik der SPD: *„Wenn die SPD den WAA-Widerstand auf die nächsten Bundestagswahlen orientieren will, um mit einer SPD-Mehrheit die WAA zu kippen, dann müssen wir auf die Zustimmung von SPD-regierten Bundesländern vor wenigen Monaten hinweisen, die es erst ermöglichte, daß die WAA-Lobby eine Investitionszulage in Höhe von 600 Millionen erhält. Im März dieses Jahres hat die bayerische SPD zwei zusätzlichen Polizeihundertschaften zugestimmt zum Einsatz gegen den WAA-Widerstand. Vor einer Woche wurde ein Antrag der Grünen im Bonner Parlament geschlossen von SPD Hand in Hand mit der CDU/CSU und FDP abgelehnt — der Antrag lautete auf sofortige Beendigung von Forschung und Betrieb nuklearer Wiederaufbereitungstechnik."*

Nach dieser Einstimmung trat „Die neue Kraft in Bayern" (so der zentrale SPD-Slogan für ihren neuen Spitzenmann) ans Rednerpult. Karl-Heinz Hiersemann wurde diesem Anspruch aber nicht gerecht. Das Pfeifkonzert, das sich schon zu Beginn seiner Rede über dem Odeonsplatz erhob, die anfliegenden Bananenschalen, vor denen ihn nur ein weiß-blauer Regenschirm schützen konnte: das packte er überhaupt nicht. Dieser Mann, der sich stark genug fühlt, um gegen Strauß anzutreten, machte schon nach drei Minuten schlapp. Mit dem Spruch „Berufsdemonstranten und Chaoten" verließ er schnaubend die Tribüne.

Weiter wurde von einer Frau (Autonome aus Frankfurt) eine Rede zum Tod von Günther Sare gehalten.

Nach der Kundgebung

Nach den erfolglosen Versuchen während der Demo, den radikalen Teil der Demonstranten vom Rest zu isolieren und festzunehmen, konzentrierte sich die Polizeiführung mehr auf die Peripherie. Bereits während der Kundgebung begann die Polizei, im gesamten Münchener Stadtgebiet willkürliche Festnahmen durchzuführen. Die Kriterien: schwarze Kleidung, bunte Haare, Atom-Sticker und ein Alter von ca. 20 Jahren. Angeblich hatten irgendwelche Beamten Stunden später Steinwerfer wiedererkannt, zumindest aber wurde den Festgenommenen „Zugehörigkeit zum Schwarzen Block" vorgeworfen — ein ganz neuer Straftatbestand! So kam es schon in der Zeit zwischen Kundgebung und Straßenfest zu 50-70 Festnahmen.

Das Straßenfest in der Pariser Straße

Das Straßenfest in der Pariser Straße

Hier sollte nun der Mißerfolg während der Demo wettgemacht werden. Sehr bald schon zeichnete sich ab, daß das angemeldete Straßenfest von der Polizei abgeräumt werden sollte. Ca. 3.000 Mann Polizei, SEK und BGS waren im Münchener Stadtteil Haidhausen zusammengezogen, es war nur noch eine Frage der Zeit und des Anlasses.

Der Wurf einer leeren Bierdose wurde zu letzterem gemacht. Vieles deutet inzwischen darauf hin, daß sie von einem Zivi geworfen wurde. Polizeipräsident Häring meinte später am Rande einer Pressekonferenz zu einem Journalisten, das Straßenfest sollte sowieso geräumt werden, nur sei der Flaschenwurf eigentlich zu früh gekommen. Der Einsatzleiter Dr. R. Koller (AK-Lesern übrigens bekannt wegen seines Artikels in der Europäischen Wehrkunde 1/84, in dem er die deutsche Atombewaffnung fordert, siehe AK 243) meinte nachträglich, zwar seien Provokationen von Seiten der Polizei durchaus üblich, aber „hier mußte die Polizei nicht provozieren, die Gegenseite war aktiv genug".

Jedenfalls entwickelte sich das Straßenfest zu einer Knüppelorgie der Polizei. Die Fest-Straße wurde lückenlos eingekesselt und jeder festgenommen, der sich dort aufhielt. Es gab 10 schwerverletzte und 20 weitere verletzte Fest-Teilnehmer. Ärzte und Sanitäter wurden nicht zu den Verletzten gelassen. Minderjährige Festgenommene konnten ihre Eltern nicht verständigen — so eine 14jährige, die um 21 Uhr aus einer Kneipe im abgesperrten Teil festgenommen wurde, eigentlich um 21.30 zuhause sein sollte und erst um 3 Uhr ihre Mutter benachrichtigen konnte. Völlig Unbeteiligte wurden festgenommen, Verletzte erst nach langer Zeit versorgt. Auch wurde mindestens ein Zivi von seinen Kollegen zusammengeschlagen, bis er die Kennummer rufen konnte.

Am Ende der Aktion waren weit über 200 Festnahmen am ganzen Tag zu zählen.

Die Reaktionen

Noch in der Nacht bemühten sich der Münchener Ermittlungsausschuß und Rechtsanwälte der Presse zu vermitteln, was in Haidhausen wirklich geschehen war. Zahlreiche Augenzeugenberichte belegen die brutale Polizeiaktion. Am drauffolgenden Montag bestimmten jedoch die üblichen Schlagzeilen die Presselandschaft: „Straßenfest wird zur Straßenschlacht", „Schwere Krawalle" usw. Von CSU-Seite wird mit hämischem Unterton gegen die SPD gewütet, weil sie sich mit Chaoten eingelassen hat.

Und die SPD reagiert wie immer in solchen Fällen: Sie zieht den Schwanz ein. Besonders schockiert vom Pfeifkonzert gegen ihren Vorsitzenden reihen sich viele ihrer bayerischen Funktionäre in die Hetzkampagne ein und kündigen bereits offen die Spaltung des Bündnisses an: Zusammen mit dem Bund Naturschutz wolle man ein eigenes „Widerstandsbündnis" aufbauen. „Ungebetene, zu Radau und Gewalt neigende Randgruppen, denen es nicht um die Sache, sondern um Rabatz geht, müssen von diesem Pakt ausgeschlossen bleiben", so der inzwischen wieder sehr vollmundige Hiersemann.

geht, müssen von diesem Pakt ausgeschlossen bleiben", so der inzwischen wieder sehr vollmundige Hiersemann.

Es bleibt abzuwarten, wie weit die SPD- und Bund Naturschutz-Basis dabei mitzieht. Wir können uns eigentlich nicht vorstellen, daß Hiersemann sein Vorgehen detailliert mit Willy Brandt durchgesprochen hat. Inzwischen regt sich auch schon bei Spitzen-SPDlern in Bayern leiser Verdacht, ob das nicht ein übereilter Schnellschuß war.

Das „bayerische Anti-Atom-Magazin" RADIOAKTIV hat inzwischen ein Extra-Blatt in hoher Auflage herausgebracht, um eine gewisse Gegenöffentlichkeit zu schaffen und die Diskussionen, die jetzt im Widerstand zwangsläufig laufen werden, zu fördern. Der Münchener Ermittlungsausschuß plant die Herausgabe einer Broschüre. In einigen Städten sind Veranstaltungen und Demonstrationen gegen das Vorgehen der Polizei geplant. Diese Aktivitäten sind jetzt ungeheuer wichtig. Es wird sich erst in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, ob München wirklich einen dauerhaften Fortschritt des WAA-Widerstand signalisiert.

KB/Gruppe Nürnberg

Nachtrag

Autonome, Grüne, der ASTA und verschiedene Gruppen hatten für den 19.10. zu einer Demonstration gegen die Massenverhaftungen im Stadtteil Haidhausen aufgerufen. Einen Tag vorher, am Freitag, kam um 18.30 Uhr das Demonstrationsverbot unter Hinweis auf sämtliche Aktivitäten seit dem Tod von Günter Sare. **In der Verhandlung über eine sofortige Einstweilige Verfügung machte der zuständige Richter den Vorschlag, die Demo dann zu erlauben, wenn alle kommunistischen und autonomen Gruppen davon ausgeschlossen würden!** Es blieb beim Demo-Verbot. Die Veranstalter einigten sich darauf, die Demo abzusagen. Dennoch kamen über 200 Leute am Samstag, die nach kurzer Beratung mehrheitlich beschlossen, die Demo nicht durchzuführen. 60 Menschen, überwiegend Jugendliche, zogen dennoch zum Knast nach Stadelheim, wo sie nach nur wenigen Minuten und einigen Sprechchören alle festgenommen wurden.

Erfolgreiche DGB-Aktionswoche
Und nun weiter wie gehabt?

600.000 Menschen haben sich nach Angaben des DGB zum Abschluß der Aktionswoche gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, für Mitbestimmung an den 17 Demonstrationen und Kundgebungen beteiligt. Die größten davon fanden in Stuttgart mit 150.000 und in Dortmund mit 100.000 Teilnehmern statt.



Als ,,Schlag ins Wasser'' bezeichnete CDU-Geißler den DGB-Versuch der Mobilisierung gegen die Regierungspolitik und setzte damit den Krieg der Worte aus den Tagen der Aktionswoche fort. Als ,,vollen Erfolg'' wertete zufrieden der DGB seine Mobilisierungsbemühungen und sieht damit das bestätigt, was er vor der Woche verkünden ließ, die Arbeitnehmer sind gegen die Regierungspolitik. Ein Erfolgskriterium war unabhängig von der zentralen Mobilisierung zum 19. Oktober bereits vorab verkündet worden: 5 Millionen verteilte Flugblätter, 1.000 Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen aller Art, die Broschüre ,,Solidarität ist unsere Stärke'' in einer Auflage von 400.000, zahllose Betriebsversammlungen zum Thema — all das habe der Aufklärung über Arbeitslosigkeit und Sozialabbau gedient.

Ein Erfolg war diese Aktionswoche für das angeschlagene Image des DGB allemal. Nicht nur, daß er Mobilisierungsfähigkeit bewies, auch die Wirkung auf die Bundesregierung war unverkennbar. In einer umfangreichen Dokumentation war das Bundesarbeitsministerium bemüht die Sozialabbauvorwürfe des DGB zu entkräften. Mit zwei Flugblattaktionen (,,Es geht aufwärts mit Wirtschaft und Arbeit''; ,,Soziale Sicherung gibt es nicht zum Nulltarif'') versuchte die ,Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände' Schützenhilfe zu leisten. In der Bundestagsdebatte am 16.10. war Kanzler Kohl sichtlich bemüht, harte Töne gegenüber dem DGB zu vermeiden und erneuerte sein Angebot für einen weiteren Dreiergipfel am Jahresende. Sicher, er warnte auch vor ,,einer Politik der verbrannten Erde'' (Interview in BILD, 3.10.). Regierungssprecher Ost befürchtete, daß der DGB ,,radikalen Kräften außerhalb des DGB eine Plattform für Kampfaktionen gegen unsere staatliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung'' bieten könnte (FR, 12.10.). Andere CDUler sahen die ,,sozialistische Ein-
DGB eine Plattform für Kampfaktionen gegen unsere staatliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung'' bieten könnte (FR, 12.10.). Andere CDUler sahen die ,,sozialistische Ein-
heitsgewerkschaft'' heraufziehen. Springerpresse und die ,FAZ' wurden nicht müde, einen Nährboden für kommunistische Strategien, insbesondere für die DKP, zu beschwören, doch blieben diese Versuche eher unter dem hierzulande üblichen Maß an Hetze.

Scharfe Töne beim DGB

Ganz anders und ungewohnt nahmen sich dagegen Angriffe aus dem DGB gegen die Bundesregierung aus. Mal drohte Fehrenbach (DGB und CDU) angesichts gewerkschaftsfeindlicher Gesetze mit einem ,,Dauerkrieg zwischen Regierung und Gewerkschaften'', dann wieder warf der Gewerkschaftsvorsitzende Breit ,,ernstzunehmenden Gruppierungen im Regierungslager ... ein gefährliches Spiel mit dem Feuer'' vor. Sein Stellvertreter Muhr sah eine ,,Kriegserklärung der Regierung an die Gewerkschaften'' und drohte: ,,Wo Krieg ist, da wird auch zurückgeschossen''. Was
Spiel mit dem Feuer'' vor. Sein Stellvertreter Muhr sah eine ,,Kriegserklärung der Regierung an die Gewerkschaften'' und drohte: ,,Wo Krieg ist, da wird auch zurückgeschossen''. Was
wiederum CDU-Dregger zum Pazifisten werden ließ, seine Regierung wolle keinen Krieg mit dem DGB. Und Breit zu dem Appell veranlaßte: ,,Alle Beteiligten müssen sprachlich abrüsten. Ich bitte dringend darum, mit dieser kriegerischen Sprache Schluß zu machen'' (Interview in BILD, 4.10.).



Doch all das ist nichts Neues und sollte nicht zu falschen Schlüssen veranlassen. Klappern gehört zum Geschäft, und dies um so mehr, als solcherart verbaler Kriegserklärungen eine Befriedungsphase rund um den ,,Sozialen Trialog'' am 5. September vorausging, die viele im DGB befürchten ließ, sie könne sich negativ auf die Mobilisierung zur Aktionswoche auswirken. Realistischerweise erklärte Bundeskanzler Kohl schon vorher, daß er nicht glaube, daß zwischen Regierung und Gewerkschaften ,,das Tischtuch zerschnitten ist. Wenn der Schlachtenlärm auf der Straße vorüber ist, werden die Gespräche weitergehen'' (BILD-Interview, 3.10.). Die reale Sorge der Bundesregierung ist nicht so sehr die Radikalisierung auf
Schlachtenlärm auf der Straße vorüber ist, werden die Gespräche weitergehen'' (BILD-Interview, 3.10.). Die reale Sorge der Bundesregierung ist nicht so sehr die Radikalisierung auf
der Straße, dafür bot die Aktionswoche wenig Anhaltspunkte, sondern vielmehr der Verlust von Wählermehrheiten. So hatte denn die Aktionswoche viel, viel mehr mit Vorwahlkampf zu tun, als mit ernsthafter außerparlamentarischer Mobilisierung zur Erzwingung einer anderen Politik, auch wenn DGB-Führer unermüdlich ihre Formel, ,,Wir wollen keine andere Regierung, wir wollen eine andere Politik'' herunterleierten.

Was kommt nach der Aktionswoche?

Der in der Aktionswoche häufig beschworene ,,Aufschrei gegen die Arbeitslosigkeit'' ist bei aller Mobilisierungsfähigkeit ausgeblieben. Disziplinierte Gewerkschaftsmitglieder, ebenso disziplinierte Aktionen voll und ganz im Rahmen der Legalität, biedere Gewerkschaftsführer mit ebenso biederen Reden, denen man bei allem Bemü-
nierte Gewerkschaftsmitglieder, ebenso disziplinierte Aktionen voll und ganz im Rahmen der Legalität, biedere Gewerkschaftsführer mit ebenso biederen Reden, denen man bei allem Bemü-
hen kaum ernsthaft abnehmen konnte, daß sie ihre kämpferischen Töne auch so meinten, wie sie klangen. In diesen Rahmen passen Gewerkschaftskongresse wie der der IG Bergbau Ende September, dessen bedrückende Geschlossenheit jeden Veränderungsansatz erschlug oder wie der Kongreß der IG Bau Steine Erden kurz vor der Aktionswoche, auf dem sich der Kampf auf Vorschläge für eine neue Baukonjunktur reduzierte. So blieb die Radikalität, nach allem was bislang bekannt wurde, 500 Mitarbeitern von MBB in Varel (Ostfriesland) vorbehalten, die am 17.10. während der Arbeitszeit fünfzehn Minuten gegen die Regierungspolitik warnstreikten.

Wer glaubt, die Aktionswoche sei der Auftakt für weiterreichende Aktionen gewesen, muß diese Aspekte mit einbeziehen. Eher dürfte die Perspektive dort anzusiedeln sein, wo sie der IG Bau-Vorsitzende Konrad Carl sieht: ,,Wir können den Wählern vor Augen führen, daß eine Veränderung der Verhältnisse nur mit dem Stimmzettel möglich ist. Das kann zu ganz überraschenden Quittungen führen — wie in Nordrhein-Westfalen oder Hessen in diesem Jahr'' (Interview in der Hamburger Morgenpost, 5.10.). Die SPD hat ohne Zögern — ganz im Unterschied zur Kampagne um die 35-Stunden-Woche — Partei für den DGB und seine Aktionswoche ergriffen und will, nach einer Ankündigung von Glotz, zusätzlich eine Kampagne ihrer Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen nachschieben.

Wie weit sie bislang zusätzliche Punkte bei den Wählern gutmachen konnte, läßt sich derzeit wohl kaum beurteilen. Auf jeden Fall läßt die mehr oder weniger offene parteipolitische Instrumentalisierung der DGB-Aktionen für die SPD erwarten, daß sie eine zusätzliche Belastung für das bringen wird, was hierzulande unter dem Begriff ,Einheitsgewerkschaft' kursiert. Ob es eine Zuspitzung oder Entspannung im Verhältnis DGB/Bundesregierung gibt, wird sich voraussichtlich an der Auseinandersetzung um den § 116 Arbeitsförderungsgesetz entscheiden. Die Stimmen aus dem CDU-Wirtschaftsrat, der FDP und der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die eine gesetzliche Novellierung des § 116 verlangen, nehmen an Gewicht zu. Gleichzeitig verschärft die Regierung über die CDU-Sozialausschüsse den Druck auf den DGB. Wie die CDU auch riefen führende Sozialausschüßler die CDU-orientierten Arbeitnehmer auf, sich nicht an der DGB-Aktionswoche zu beteiligen. Ernst Breits be-
Druck auf den DGB. Wie die CDU auch riefen führende Sozialausschüßler die CDU-orientierten Arbeitnehmer auf, sich nicht an der DGB-Aktionswoche zu beteiligen. Ernst Breits be-
schwörende Worte auf der Bundestagung der Sozialausschüsse, sie seien ,,eine verläßliche Stütze der Einheitsgewerkschaft'' (DGB-Nachrichten-Dienst, 4.10.), wurden nicht von allen geteilt. Innerhalb der Sozialausschüsse hat sich das Gewicht der rechten Gewerkschaften wie DAG, Beamtenbund, Christlicher Gewerkschaftsbünde und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung verstärkt. DGB-Mitglieder aus der CDU sind nicht mehr im Vorstand der Sozialausschüsse vertreten. Das prominente DGB-Vorstandsmitglied Fehrenbach ist unter seinen eigenen Kollegen in Ungnade gefallen. Seine CDU-Kollegin im Vorstand des Gewerkschaftsbundes — Irmgard Blättel, Blüms einstige Stellvertreterin — erreichte nur mit Mühe die notwendigen Stimmen als Beisitzerin in den Sozialausschüssen. Zwar haben sich die Christ-Gewerkschafter auf ihrer Tagung gegen eine gesetzliche Neufassung des § 116 ausgesprochen — sie könnten damit eine Gesetzesänderung blockieren. Doch ginge dies nur um den Preis von Zugeständnissen des DGB an die CDU-Regierung. Dieses könnte sich zum Beispiel auf die bisher verhalten geäußerte Ablehnung von DGB-Vertretern zu Kohls Angebot für erneute Dreiergespräche auswirken. Daher liegen erneute Gespräche ohne Ergebnisse im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Anti-Gewerkschaftsgesetze im Bereich des Möglichen.

Damit wäre der Stand nach der Aktionswoche ähnlich dem vorher. Die Arbeitslosen und die Noch-Beschäftigten können sich darauf einrichten, daß dieses Spielchen bis zur Bundestagswahl 1987 anhalten wird. Erst dann werden die Karten neu gemischt.

hr.

Und das alles mit 60 Mark Startkapital

Aufbau und Werden des Springer-Konzerns

Sie haben einen großen Mann und Freund begraben. ***,,Er hat den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands wirkungsvoll unterstützt. Sein Tod ist für die deutsche Wirtschaft ein schwerer und schmerzlicher Verlust.'' (1) ,,Die deutsche Automobilindustrie dankt dem Verstorbenen für die Aufgeschlossenheit dem Automobil und seinen Problemen gegenüber''. (2)***

,,Er hat für das ganze Deutschland, für die eine deutsche Nation gelebt und gearbeitet''. (3)

,,Die Vertriebenen verlieren in ihm einen großen Freund, der sie in schwierigsten Zeiten in der Treue zur Heimat und zu Deutschland bestärkte und in seiner Presse ihrer Stimme Raum gab''. (4)

,,Mit Axel Springer verliert die Bundesrepublik nicht nur einen bedeutenden Verleger, sondern auch einen der Architekten der Zeitungsstadt Hamburg''. (5)

,,Mit dem Tode Axel Springers hat das westliche Bündnis einen seiner überzeugtesten Freunde verloren. Sein Mut und seine Unbeirrbarkeit trugen dazu bei, die Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges auf den hervorragenden Platz zu führen, den sie heute in der westlichen Welt einnimmt.'' (6)

,,Axel Springers Tod reißt eine Lücke, die durch nichts und durch niemanden aufzufüllen ist. Das Judentum und der Staat Israel haben seit 1945 keinen solchen Freund wie diesen Mann gehabt.'' (7)

,,Berlin hat einen Freund verloren'' (8).

,,Schleswig-Holstein hat einen Freund verloren'' (9).

Franz Josef Strauß hat ***,,einen großen Freund verloren''*** **(10).**

Einige besonders Verwegene Hinterbliebene rühmen dem Toten sogar nach, er sei *,,sensibel und nachdenklich''* gewesen, und *,,stets maßvoll selbst maßlosen Angriffen gegenüber''* (11). *,,Die große humanistische Verlegerpersönlichkeit unseres Jahrhunderts''* soll er gewesen sein (12), und sogar ein **,,Kämpfer für die Freiheit''**, der geprägt war von der **,,Liebe zu allen Unterdrückten und zu den unterworfenen Völkern, die um ihre Menschenrechte ringen.''** (13)

Selten wird so maßlos gelogen wie in Traueranzeigen und auf Beerdigungen. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß das besonders für die Verabschiedung eines Verlegers gilt, dessen Macht und Reichtum auf Lügen aufgebaut war und sich täglich neu aus Lügen speiste. Seinem Gesamtwerk hat Axel Springer in Gestalt der ,,Bild-Zeitung'' ein Denkmal von absoluter Eindeutigkeit gesetzt. Dort sind seine Liebe zur journalistischen Wahrhaftigkeit, sein Respekt für die Menschenwürde jedes ein Denkmal von absoluter Eindeutigkeit gesetzt. Dort sind seine Liebe zur journalistischen Wahrhaftigkeit, sein Respekt für die Menschenwürde jedes Einzelnen, sein Mitleiden mit allen getretenen Minderheiten am faßbarsten.

Ein paar gute Freunde

Axel Springer war Herr über zuletzt 11.000 Beschäftigte. Sein Konzern machte nahezu 2.5 Milliarden DM Jahresumsatz, wies davon allerdings nur knapp 30 Millionen DM als Gewinn aus. Fast 500 Millionen DM investierte der Springer-Konzern allein in den letzten drei Jahren, vor allem in die neuen elektronischen Medien.

Das alles begann, wie zweifelsfrei feststeht, mit jenen 60 DM Startkapital, die Springer wie alle Bundesdeutschen nach der Währungsreform 1948 auf die Hand bekam. Springer selbst steuerte dazu diese Anekdote bei: Seit Ende 1947 hatte er vergeblich versucht, von den britischen Besatzungsbehörden die Lizenz für die Herausgabe einer Hamburger Tageszeitung zu bekommen. *,,Im Mai 1948 gaben die Engländer das Lizenzrecht an die deutschen Behörden ab. Kurz danach, zwei Tage nach der Währungsreform, sagte mir dann (der damalige SPD-Bürgermeister) Max Brauer: ‚Axel, jetzt kannst du deine Zeitung machen. Wieviel Geld hast du eigentlich?' Wie alle anderen hatte ich zunächst nur 60.- pro Arbeitnehmer. Brauer meinte: ‚Für dich ist das genug!''* (13).

Brauer, damals schon über 60, dutze alle anderen hatte ich zunächst nur 60.- pro Arbeitnehmer. Brauer meinte: ‚Für dich ist das genug!'' (13).

Brauer, damals schon über 60, duzte den 25 Jahre jüngeren Springer, weil man sich noch aus der Zeit vor 1933 gut kannte: Brauer, 1924-33 Bürgermeister im preußischen Altona, war ein enger Freund von Springers Vater gewesen, der bis 1941 die ,,Altonaer Nachrichten'' herausgegeben hatte. Axel Springer war 1937 Stellvertretender Chefredakteur des Blattes geworden. Da lebte Max Brauer, der 1933 emigriert war, allerdings schon in den USA.


,,machen Se man ruhich so weiter, Herr Schmidt!'' — Begegnung auf dem Berliner Presseball 1977.

Noch eine weitere Vorkriegsfreundschaft erwies sich für Axel Springer beim Aufbau seines Presse-Imperiums als förderlich: die zum ungefähr gleichaltrigen Erik Blumenfeld, Sohn und Erbe einer hanseatischen Kapitalistenfamilie. Blumenfeld, der nach den NS-Gesetzen als ,,Halbjude'' galt, hatte 1939 bis 1941 noch Kriegsdienst in der Wehrmacht geleistet, war dann entlassen worden und mußte schließlich die Zeit von 1942 bis Kriegsende im KZ Buchenwald erleiden. Nach dem Krieg baute er den Familienbetrieb wieder auf, wurde von den britischen Besatzungsbehörden in Verwaltungspositionen eingesetzt und engagierte sich seit 1946 an führenden Stellen in der CDU. So u.a. als Bundestagsabgeordneter 1961-80 und als Hamburger Bürgermeister-Kandidat 1974 und 1977. Er vermittelte Springer schon sehr früh den direkten Draht zum Bundeskanzler Adenauer. Daraus entstand eine enge Verbindung für die gesamte Amtszeit Adenauers. Man weiß, daß der den direkten Draht zum Bundeskanzler Adenauer. Daraus entstand eine enge Verbindung für die gesamte Amtszeit Adenauers. Man weiß, daß der Kanzler manchmal noch in allerletzter Minute die Chefredaktion der ,,Bild'' anrufen ließ, um noch eine Meldung einrücken zu lassen, an der er interessiert war.

Springer fügte diesen bestehenden engen persönlichen Verbindungen zu den Spitzen der Hamburger CDU und SPD später noch solche zu anderen Parteien hinzu: Springers 1975 verstorbener langjähriger Mitarbeiter Alfred Frankenfeld war FDP-Bürgerschaftsabgeordneter 1953-70, 1961-66 Leiter der FDP-Fraktion und 1966-70 Vizepräsident der Bürgerschaft. Sein Chefjustitiar (Rechtsvertreter) Hermann F. Arning machte gleichfalls Parteikarriere in der FDP und verfügte über einen ‚direkten Draht' zu Genscher. Peter Boenisch, den sich Springer 1959 an Land zog, brachte aus seiner Leitungstätigkeit bei der ,,Revue'' in München (1955-59) eine Freundschaftsbeziehung zu F.J. Strauß mit ins Haus Springer.

Der aufstrebende Axel Springer der späten 40er und der 50er Jahre war also im vollen Sinn des Wortes ein Mann über den Parteien.

Die Anfänge des Imperiums

Als Springer und Brauer das zitierte kleine Gespräch führten, besaß Springer allerdings außer den 60 DM Bargeld schon die Programmzeitschrift ,,Hör Zu'', die er im Dezember 1946 mit einer Auflage von 250.000 gestartet hatte. Sein erstes Presseobjekt nach dem Krieg war aber nicht die ,,Hör Zu'', sondern die seit Frühjahr 1946 erscheinenden ,,Nordwestdeutschen Hefte'' (Auflage 100.000) gewesen. Dort wurden, was wenig Kosten verursachte und politisch sehr opportun war, Rundfunktexte des von den britischen Behörden kontrollierten und von deutschen Demokraten gestalteten NWDR nachgedruckt. Als Herausgeber der ,,Nordwestdeutschen Hefte'' fungierte neben Peter von Zahn der honorige Linke und Antifaschist Axel Eggebrecht. Damit ist über die frühesten Anfänge des kommenden erzkonservativen Pressezaren genug ausgesagt.

Übrigens wurden die ,,Hefte'' schon im April 1948 eingestellt. Seiner ,,Hör Zu'' verordnete Springer von Anfang an ein weitgehend unpolitisches Konzept. Die Zeitschrift sollte dem Publikum ,,wohltuen'' und es nicht mit Mahnungen an die NS-Vergangenheit, demokratischen Appellen oder Tagespolitik belästigen. Nicht wesentlich anders war das Konzept für das ,,Hamburger Abendblatt'' — jene Tageszeitung, für die Max Brauer im Mai 1948 grünes Licht signalisiert hatte und die im Oktober gleichen Jahres erstmals erschien. Springer hatte sich für dieses Produkt seines Hauses den Slogan ,,Seid nett zueinander!'' ausgedacht.

Während sich das ,,Abendblatt'' in erschien. Springer hatte sich für dieses Produkt seines Hauses den Slogan ,,Seid nett zueinander!'' ausgedacht.

Während sich das ,,Abendblatt'' in Form und Anspruch eng an eine bekannte Vorkriegszeitung, das ,,Hamburger Fremdenblatt'', anlehnte, wurde mit der im Juni 1952 gestarteten ,,Bild'' ein ganz neuer Typ von Zeitung vorgestellt: Ein Blatt für Analphabeten und solche, die es werden wollen. Der Name ,,Bild'' signalisierte das Programm: das moderne Massenpublikum sei mehr an visuellen Reizen als an intellektueller Information interessiert, am Betrachten mehr als am Lesen. Wenn Springer später höhnte: **,,Ich war mir seit Kriegsende klar, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall will, nämlich nachdenken''**, so ist daran lediglich zu korrigieren, daß ihm diese Erkenntnis zweifellos schon vor Kriegsende gekommen war. Sie entsprach ohnedies dem Geist, der bis zum 8. Mai 1945 in Deutschland geherrscht hatte, weit mehr als den demokratischen Idealen, die nach diesem Datum plötzlich das Bild bestimmten. Eine Zeitung wie die ,,Bild'' läßt sich nur mit absoluter Massenverachtung und einem bis an den Rand der Selbstzerstörung gehenden Zynismus produzieren. Wie das in der Praxis aussieht, hat Wallraff bestens beschrieben.

Die Startauflage der ,,Bild'' im Juni 1952 lag mit 250.000 unter der gleichzeitig verkauften Auflage des ,,Abendblatt'' (260.000). Das neue Blatt hatte ein halbes Jahr Durststrecke zu überwinden, bevor sich Anfang 1953 die Auflage mit monatlichen Hunderttausender-Sprüngen in Bewegung setzte. Im Juni 1953 war man bei 700.000 angekommen, Ende des Jahres bei 1.2 Millionen, 1955 bei 2 Millionen. 1962 kam man erstmals über 4 Millionen, überstand die lange aufgeschobene erste Preisanhebung von 10 auf 15 Pf. 1965 ohne Schaden, und schaffte 1964-66 an Spitzentagen mehrfach den Schritt über die 5-Millionen-Traumgrenze, Wahrscheinlich als Folge der Anti-Springer-Kampagne (ab 1967) und der anfangs zügellosen Hetze der ,,Bild'' gegen die Regierung Brandt (ab 1969) sank die verkaufte Auflage bis 1972 auf einen Tiefpunkt von 3.4 Millionen ab. (Untersuchungen ergaben, daß unter den ,,Bild''-Lesern mehr SPD-Wähler als CDU-Wähler sind).

1978 jedoch war die verkaufte ,,Bild''-Auflage schon wieder bei 4.8 Millionen und zeichnete damit die beginnende geistig-politische Tendenzwende nach Rechts nach. Inzwischen hat sich die Auflage bei knapp über 5 Millionen eingependelt.

Es fehlte Springer Anfang der 50er Jahre immer noch eine dezidiert politische, ernstgenommene Tageszeitung für das Mittelschichten-Publikum. Diese Lücke sollte die ,,Welt'' füllen, die bis zum Erwerb durch den Springer-Konzern im September 1953 die Zeitung der britischen Besatzungsmacht gewesen war. Springer bekam den Zuschlag für die ,,Welt'' zu einem vergleichsweise günstigen Preis und gegen ein halbes Dutzend Mitbewerber unter bis heute nicht ausreichend geklärten Umständen. Es wird vermutet, daß dabei eine direkte Intervention Adenauers, der sehr an einer zuverlässig regierungsnahen Tageszeitung interessiert war, eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Als Chefredakteur der ,,Welt'' setzte Springer seinen *,,Freund und Mentor''* (14) Hans Zehrer ein. Man hatte sich, auf Initiative Springers, schon 1943 oder 1944 kennengelernt. Zehrer war bis 1933 Herausgeber der Zeit-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite


Das Unheil nimmt seinen Lauf. Baubeginn für das Hamburger Springerhaus an der Kaiser-Wilhelm-Straße 17. Oktober 1950.

Glückspilz

,,Unter allen, denen von den Alliierten, vom Staat, von der Gesellschaft Vorteile zugeschanzt worden sind, steht er weit obenan.

Es begann mit den Engländern: Die Lizenz für zwei Publikationen bekam er alleine, die für die dritte zur Hälfte. Ich kenne keinen anderen Deutschen, dem zweieinhalb Lizenzen, jede einzelne identisch mit einer Geldgrube, zugeteilt wurden. (Ich beispielsweise, Nutznießer des gleichen Systems, hatte eine Drittel-Lizenz).

Daß Springer ein besserer Geschäftsmann ist als alle anderen, zeigte sich schon zu Beginn. Aber war das ein Grund, ihm 1953 zu den zweieinhalb Lizenzen noch drei wohlfundierte Zeitungen (‚Welt', ‚Welt am Sonntag' und ‚Das Neue Blatt') gegen ein Spottgeld zu verscherbeln? Die Engländer und Adenauer mögen auch dafür ihre Gründe gehabt haben ...''.

Rudolf Augstein im ,,Spiegel'' 5/1970

27.6.79

BILD-Kommentar

Die Früchte des Schweigens

„Ein wahrer Diplomat ist ein Mann, der zweimal nachdenkt, bevor er nichts sagt" (Winson Churchill).

Hans-Dietrich Genscher, Chefdiplomat der Bundesrepublik, ist so einer: Lautlos, mit allen Raffinessen der Diplomatie vertraut. Dem libyschen Staatschef Ghaddafi gegen beinharte Konkurrenz acht Millionen Tonnen mehr Öl aus dem Sand zu kratzen — das ist schon eine Leistung **(Seite 1).**

Wie macht man das? Zäh und geduldig hat Genscher mit dem Terroristenfreund Ghaddafi über Jahre verhandelt, hat ihn kritisiert, vor den gefährlichen Terror-„Freunden" gewarnt. Aber er hat zusammen mit Frankreich dafür gesorgt, daß Ghaddafi nicht von den Staatsmännern der Welt geschnitten wurde.

Ghaddafi sorgt nun mit dafür, daß wir nicht von den Ölquellen abgeschnitten werden.

So hat stille Diplomatie ihren Sinn.

30.3.78

BILD - Kommentar

Was wiegt ein Eichensarg?

Gaddafi, der libysche Gewaltläter, ließ töten: ausgerechnet den SED-Funktionär Lamberz und gleich zehn weitere Menschen dazu. Ein Mitarbeiter Gaddafis gestand: „Er opferte Lamberz und zehn andere Menschen, um mit einem Schlag seine Gegner auszuschalten zu können." Seelenruhig beobachtete Gaddafi den Mord.

Das ist Weltformat an Menschenverachtung.

SED-Chef Honecker wird trotzdem zu dem mörderischen Ende seines Kronprinzen schweigen.

Gaddafis Ölmilliarden wiegen eben schwerer als ein Eichensarg.

Fortsetzung von vorheriger Seite

schrift ,,Tat'' gewesen, die einen führenden Platz im sog. nationalrevolutionären Spektrum gehabt hatte. Teile dieser Strömung gingen dann in der NSDAP auf, während andere sich zurückzogen. Das hatte auch Zehrer getan. Als die britischen Besatzungsbehörden Anfang 1946 den Start der ,,Welt'' vorbereiteten, war Zehrer als Chefredakteur vorgesehen, mußte aber (u.a. aufgrund von SPD-Einsprüchen) diesen Posten noch vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe räumen. Bei Springer gab es solche Probleme nicht mehr. Erstaunlicherweise blieb die ,,Welt'' sogar auf einem relativ liberalkonservativen Kurs, solange Zehrer die Redaktionsgeschäfte führte. Erst danach wandelte sich die ,,Welt'' (etwa ab Mitte der 60er Jahre) zu einem wildgewordenen Kampfblatt rechts von der offiziellen CDU. Auflagenmäßig und finanziell blieb die ,,Welt'' seither unter häufig wechselnden Chefredakteuren und manchen seltsamen Experimenten das gefräßigste Sorgenkind des Springer-Konzerns, das jährlich Millionen an Zuschüssen verschlingt. Springer hat sich den Luxus, die mit Abstand schlechteste ,,große'' Tageszeitung des Kontinents zu besitzen, einiges kosten lassen.

Mit dem Aufkauf des traditionsreichen Ullstein-Verlags in Westberlin Ende der 50er Jahre rundete Springer sein Imperium vorerst ab. Dieser Handel brachte ihm neben dem Buchverlag die großen Berliner Tageszeitungen ,,BZ'' und ,,Berliner Morgenpost''. Springer war zu dieser Zeit besessen von der Vorstellung, die Heimholung der DDR ins Reich (sog. Wiedervereinigung) stehe unmittelbar vor der Tür. Berlin sollte dann der Brückenkopf für eine gigantische Expansion der Springer-Presse auf den DDR-Markt werden. Im Mai 1959 wurde mit dem Bau des Springer-Hauses in Westberlin begonnen. Als es im Oktober 1966 unter reger Anteilnahme hoher und höchster Springer-Sympathisanten aus Staat und Gesellschaft eingeweiht wurde, war der Traum vom großdeutschen Presse-Imperium eigentlich schon ausgeträumt. Trotzdem ließ Springer noch im Jahre 1979 auf dem Grundstück seines Berliner Verlagshauses Wegweiser mit den Namen ,,ostdeutscher'' Städte und den Entfernungsangaben anbringen: 147 km nach Stettin, 330 km nach Breslau, 470 km nach Danzig, 590 km nach Königsberg. Das alles im Namen und Auftrag eines Verlegers, der ständig behauptete, er habe aus der deutschen Geschichte gelernt.



Ein guter Freund bringt Blumen vorbei. Natürlich in blau-weiß. Sehr dekorativ!

Politische Ambitionen

Als entscheidender politischer Wendepunkt für Springer wird in den meisten Darstellungen seine Moskau-Reise im Januar 1958 interpretiert. Springer sei, getrieben von naivem missionarischen Drang und von dem Wahn, Träger einer historischen Mission zu sein, zu Chruschtschow gefahren, um ihm die deutsche Wiedervereinigung abzuschwatzen. In dieser Hoffnung frustriert und zudem nicht mit den erwarteten diplomatischen Ehren hofiert, sei Springer als entschlossener Antikommunist zurückgekommen. Im vertrauten Kreis hörte man ihn damals schwadronieren: ,,*Erst werden wir die Wiedervereinigung machen, dann werden wir nach Berlin ziehen und mit der ,Welt' eine Zeitung machen, wie es sie in Deutschland noch nie gegeben hat. Und mit dieser Zeitung werden wir ein deutsches Volk machen, wie es das auch noch nicht gegeben hat.*'' (15) Im November 1958 startete Springer die Aktion ,,Macht das Tor auf''. Damals war das (Brandenburger) Tor, die Grenze in Berlin, tatsächlich noch offen; geschlossen wurde es erst drei Jahre später.

Man kann spekulieren, ob es wirklich eine politische Wendung in Springers Leben gab, oder ob er nicht vielleicht einfach den Zeitpunkt für gekommen hielt, seine eigentlichen Vorstellungen und Ziele deutlicher hervortreten zu lassen: Tatsache ist jedenfalls, daß seit Ende der 50er Jahre eine heftige Politisierung der Springer-Presse im Sinne eines Rucks nach Rechts stattfand. 1967 formulierte Axel Springer die Generallinie seines Konzerns in vier Grundsätzen, auf die sämtliche Angestellte eingeschworen wurden. Sie lauten ,,**1. Das Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit, nach Möglichkeit in einem vereinten Europa. 2. Die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden sowie die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes. 3. Die Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus. 4. Die Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft**''. Das meint nach Lage der bundesdeutschen Dinge nichts anderes, als daß die Springer-Presse staatsbejahend und staatstragend sein sollte, zugleich aber auch staatsbestimmend. Springer sah sich selbst als Politiker und genoß sichtlich die Devotheit, mit der ihm Politiker aller etablierten Parteien zu begegnen pflegten. Gegen Springer könne man eben nicht regieren, lautete ein Spruch in der Hamburger SPD, und genau dieser Eindruck war beabsichtigt. Mitunter waren es willkürlich gewählte Nebensächlichkeiten, an denen Springer die Politiker nach seiner Pfeife tanzen ließ. So ließ er einmal mit Hilfe einer großen ,,Bild''-Kampagne den Bundestag aus den Ferien holen, um über eine Erhöhung der Telefongebühren neu zu beraten. Die öffentliche Vorführung dieses flatternden, dienstbeflissenen Haufens von Volksvertretern war ihm weit wichtiger als der konkrete Anlaß.

Hinter der Formel, gegen Springer sei nicht zu regieren, steckt wohl auch sehr viel Opportunismus und dumme Ausrede. Umgekehrt hat sich die Springer-Presse sichtlich schwer getan, wenn sie versuchte, gegen die Regierenden anzuschreiben und sich dem herrschenden Trend entgegenzustellen. Insbesondere das Ergebnis von Springers maßloser Hetzkampagne gegen die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition kann als totales Fiasko bezeichnet werden. Auch Springers gewagtes Engagement für die Bildung einer rechtsextremen ,,Vierten Partei'' brachte ihm kein Glück. Dieser Art von Presse scheint Übereinstimmung mit den herrschenden Verhältnissen besser zu bekommen als der Versuch, aus einer Oppositionsrolle gegen den Strom zu schwimmen.

Das gilt besonders für Springers Massenblatt, die ,,Bild'' mit ihrem parteipolitisch heterogenen Publikum. Die oft aggressive, gewalttätige Polemik der ,,Bild'' setzt Übereinstimmung mit der Masse der Leser voraus. Der Leser muß spontan zustimmen können, ohne erst nachzudenken oder gar über ein kontroverses Argument zu stolpern. Die ,,Bild'' kann sich ohne Schaden keine direkte Polemik gegen Figuren und Gruppen leisten, mit denen sich erhebliche Teile des Publikums identifizieren. Sie kann daher eine politische Trendwende aus eigener Kraft nicht herbeiführen, sondern kann lediglich vorhandene Trends verstärken. Damit sind einerseits die Gefahren, andererseits aber auch die Grenzen dieser Art von Presse bezeichnet. Sie ist mehr der Spiegel der Nation als ihr Lehrmeister. An diesem Problem haben sich alle Anti-Springer-Kampagnen die Zähne letztlich doch wohl vergeblich ausgebissen.

Anmerkungen

1) Hans-Günther Sohl, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie
2) Hans-Erdmann Schönbeck, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie
3) Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
4) Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen
5) Klaus von Dohnanyi (SPD), Erster Bürgermeister in Hamburg
6) George Bush, Vizepräsident der USA
7) Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien
8) Eberhard Diepgen (CDU), Regierender Bürgermeister in Westberlin
9) Uwe Barschel, Ministerpräsident Schleswig-Holsteins
10) ,,Bild'', 28.9.85
11) E. Diepgen
12) Hartmut Perschau, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft
13) Wilfried Hertz-Eichenrode, Chefredakteur der ,,Welt'' (24.9.85)
14) Mentor: soviel wie geistiger Lehrer, Leiter und Ratgeber Springer schrieb in seiner Todesanzeige für Zehrer (1966): ,,Er war mein Freund und Mentor. Ohne ihn wäre mein Leben anders verlaufen. Ohne ihn wäre mein Haus nicht das geworden, was es ist.''
15) Auf der Weihnachtsfeier der ,,Welt''-Redaktion 1957. Zit. nach ,,Spiegel'' 1/68, S.30

Kt.

Worüber die wohl sprechen: Bundeswirtschaftsminister Friderichs, Flick-Geschäftsführer von Brauchitsch und die große humanistische Verlegerpersönlichkeit unseres Jahrhunderts. 22. Mai 1975.

Bild, 8.10.82

Der Wert der Familie

Es ist erschütternd, wie viele junge Menschen an Selbstmord denken. Der Bericht auf dieser Seite klagt auch viele Erwachsene an: In einer intakten Familie kommen Selbstmordgedanken viel seltener auf, sagen die Wissenschaftler.
Die antiautoritäre Erziehung hatte das Ziel, die Familienbande zu lösen. Kinder sollten sich von den Eltern „emanzipieren", abwenden. Schulische Richtlinien befahlen, Kinder zur Kritik fast um jeden Preis zu erziehen.
Die Konflikttheoretiker wühlten Kinderseelen auf. Über Jahrhunderte war die Familie der Hort der Geborgenheit. Das muß wieder so werden. E. v. L.

Bild, 4.1.80



Axel Springer jr. schied aus dem Leben

Axel Springer jr. (38), der älteste Sohn des Verlegers Axel Springer, ist in der Nacht zum 5. Januar freiwillig aus dem Leben geschieden. Springer jr. litt als Folge einer vor einem halben Jahr aufgetretenen Infektionskrankheit unter Depressionen.

Lange Jahre hatte sich Axel Springer jr. mit großem Erfolg als Fotograf unter dem Pseudonym Sven Simon einen Namen gemacht. Noch seinem Eintritt in das väterliche Haus übernahm er zunächst journalistische Entwicklungsaufgaben. Zur Zeit seines Todes war er einer der Chefredakteure der WELT am SONNTAG.

«Im Zweifel immer für Israel»

Unter den vier ,,Richtlinien für die redaktionelle'' Arbeit, die Axel Springer 1967 formulierte, steht als Punkt 2: ,,**Die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden sowie die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes**''. Im Juli 1966 war Springer das erste Mal nach Israel gereist, nachdem ihm sein Jugendfreund Erik Blumenfeld (2) dafür grünes Licht gegeben hatte: ,,*Ich glaube, die Zeit ist reif.*'' (3) Kurz zuvor waren, gleichfalls mit Blumenfeld als Wegbereiter, diplomatische Beziehungen zwischen Israel und der BRD aufgenommen worden. Von nun an war Axel Springer ein regelmäßiger Gast in Israel und baute enge persönliche Beziehungen — man sprach beiderseits von Freundschaft — zu vielen führenden Politikern des Landes auf. ,,*Noch ehe sich der Pulverdampf von den Schlachtfeldern verzogen hatte*'' (4), jettete Springer 1967 und 1973 an die Front. ,,*Unglücklicherweise kam ich als Reservist nicht in Frage*'' (4), beklagte er sich später einmal, und das hielt er möglicherweise für witzig.

Immerhin war es ihm gegönnt, im Juni 1967 zur Klagemauer im frisch eroberten Ostjerusalem zu pilgern und im Oktober 1973 über eine Ponton-Brücke das Westufer des Suez-Kanals zu betreten.

Die Pressepolitik seines Hauses im Juni-Krieg 1967 stellte Springer in einer Rede in Jerusalem 1969 mit einem launigen Zitat vor: ,,*Ein Spaßvogel hat damals gesagt: ,Während des Sechs-Tage-Krieges hat Axel Springer in Deutschland sechs Tage lang israelische Zeitungen herausgebracht. Sein Instinkt für Verkaufsmöglichkeiten hat ihn allerdings daran gehindert, die Zeitungen in hebräischer Sprache zu drucken.*'' (5) Ob die israelische Presse damals tatsächlich genauso wie Springers Zeitungen in die Sprache der Wehrmacht-Sondermeldungen verfiel, sei dahingestellt. ,,Bild'' damals: ,,**Israelis sind nicht zu halten! Schon am Suez!**'' (6). ,,**Ägyptische Gegenangriffe blutig zurückgeschlagen**'' (7). ,,**Der militärische Sieg Israels darf nicht, wie schon einmal, durch faule Kompromisse in eine halbe Niederlage verfälscht werden.**'' (8) ,,**BILD-Leser danken Israel. Ihr habt auch für Europa gesiegt.**'' (9) ,,*Unsere wirkliche Wiedergutmachung*'' habe ,,*genau in dem Augenblick*'' begonnen, wo Deutsche in Bayern, Düsseldorf und Berlin sagen: ,,**Donnerwetter, diese Juden...**''.

Kein Zyniker hätte Springers besitzergreifende Sympathie für Israel präziser auf den Punkt bringen können als dieser authentische ,,Bild''-Kommentar vom 15.Juni 1967. Springer selbst rühmte später am israelischen Soldaten den ,,*Geist der Todesverachtung, gewachsen aus der Gewißheit eines jeden Israelis, daß es für ihn nur Halten oder Fallen geben konnte*'' (9 b). Ein Geist, für den sich das deutsche Publikum schon immer erwärmen konnte.

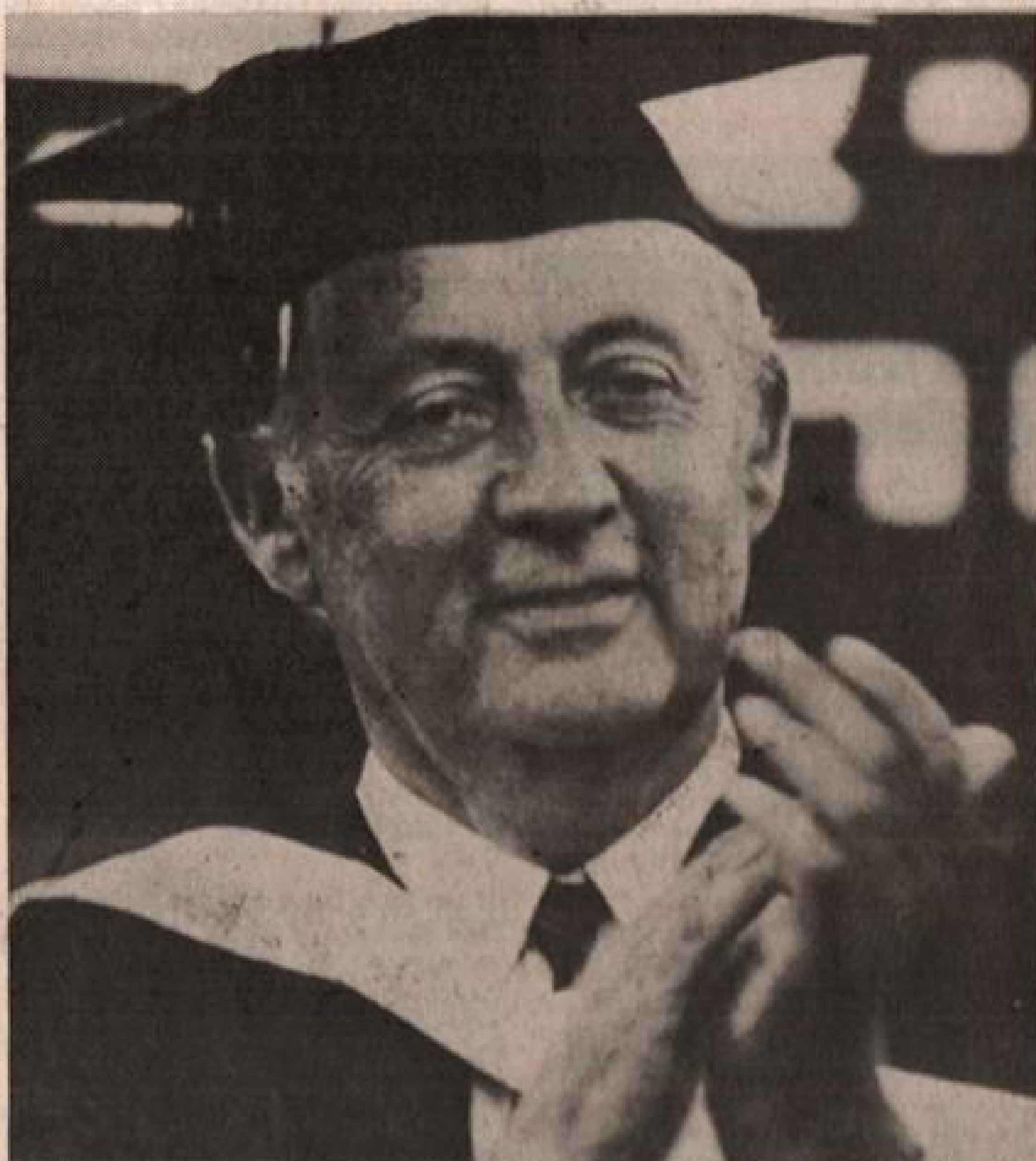
Zunächst konnte noch der (zweifellos trügerische) Eindruck entstehen, als verhalte sich das offizielle Israel gegenüber dem stürmischen Werber Springer eher reserviert und vielleicht sogar ein bißchen irritiert. Seit Anfang der 70er Jahre wurde Springer allerdings in Israel mit Ehrungen überhäuft wie in keinem anderen Land, die BRD selbst eingeschlossen. Er wurde Ehrendoktor der religiösen Bar-Ilan-Universität (1974) und der Hebräischen Universität Jerusalem (1976), Ehrenmitglied des Weizmann-Instituts in Rechowoth (schon 1969), wurde geehrt mit dem Titel ,,Bewahrer Jerusalems'' (1983), wurde Ehrenbürger der Stadt Jerusalem, bekam die neugestiftete Goldmedaille der Verleger Israels und die Goldmedaille des Bhai Brith (10) verliehen (beides 1985). Vermutlich gibt es keinen anderen Nicht-Juden, der in Israel im gleichen Ausmaß geehrt wurde.

Prominente iraelische und jüdische Stimmen würdigten Springer nach seinem Tod als guten Freund. Ob man in ihm wirklich mehr gesehen hat als einen ebenso mächtigen wie zuverlässigen Propagandisten der Interessen und Wünsche Israels, läßt sich nicht beantworten, ohne ins Spekulieren zu verfallen. Daß Springers Konzern alte und neue Rechtsextremisten beherbergte (11), daß insbesondere in der ,,Bild'' faschistoide Methoden zum Zuge kommen, daß Springers Liebe zum jüdischen Staat nicht zuletzt das Produkt einer frechen deutsch-nationalen Vereinnahmung war, konnte eigentlich kaum jemandem verborgen bleiben.

Jerusalem und Berlin, zwei heilige Städte

Springer war gern in Israel. Nicht nur wegen des stets in der Luft hängenden herben Dufts von Pulverdampf. Sondern auch wegen der Verkörperung sei-

Fortsetzung nächste Seite



Da freut er sich: Dr. h.c. Springer. 27. Juni 1974 in Ramat Gan, Israel.

Fortsetzung von vorheriger Seite

ner eigenen Ideale, die er dort wahrzunehmen meinte oder vielleicht zu Unrecht hineininterpretierte: *„Ich finde, daß Israel im Verband aller westlichen Völker das fleißigste, das intelligenteste, das intensivste Volk ist. Auch wenn es altmodisch klingt, wage ich es zu sagen: Es ist ein Land, in dem man zum Beispiel das Wort Vaterland noch ohne Beigeschmack aussprechen darf. Hier darf man Mutter oder Vater ehren, hier ist Pornographie immer noch Pornographie und keine Kunst. Diese Dinge nehmen mich sehr für Israel ein, und ich bin gern in diesem tüchtigen Land."* (12)

Springer liebte den Körperkontakt mit dem Heiligen Land aber noch aus einem weiteren Grund: wegen der von ihm konstruierten Schicksalgemeinschaft zwischen Juden und Deutschen. Den Juden war Palästina von Gott als Heimat versprochen worden, und das hat sich in unseren Tagen auf wunderbare Weise erfüllt. Den Deutschen ist die Wiedervereinigung zwar nicht gerade von Gott versprochen worden, aber warum sollten wir, die doch auch ganz schön tüchtig und willensstark sind, weniger Glück mit unseren nationalen Ambitionen haben als die Juden? *„Wenn ich zu den Deutschen über Deutschland spreche, erinnere ich oft daran, daß die Juden 2000 Jahre lang gebetet haben: Nächstes Jahr in Jerusalem! Und letzten Endes hat es sich erfüllt. Wir müssen für uns aus all dem, was die Juden zu ertragen wußten, um dieses Ziel zu erreichen, die Lehre der Standhaftigkeit ziehen. Woraus sich ein echtes Band zwischen Berlin und Jerusalem ergibt."* (13) *„Für mich sind seit damals"* (seit seinem Besuch in Israel unmittelbar nach dem Juni-Krieg 1967) *„diese beiden geweihten Städte schicksalhaft verbunden: Berlin und Jerusalem."* (13) *„Es gab einmal einen Mann namens Theodor Herzl (14). In scheinbar aussichtsloser Lage versprach er den Juden jenen Staat, auf den sie seit 2000 Jahren tagtäglich — vergeblich — hofften. Herzl hämmerte den Juden ein: ‚Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen.' Das heißt für uns: Wenn wir nur wollen, wenn wir alles wagen, dann ist die Freiheit kein Märchen. In Deutschland nicht. In Polen nicht. In Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten nicht. Und nicht in Rußland."* (15)

Frage: Was mag Springer wohl gemeint haben mit den Worten **„Wenn wir alles wagen"**? Israels Geschichte — bisher vier Kriege zwecks Durchsetzung und Verteidigung der Verheißung — bietet Anhaltspunkte für die Antwort. Zwar, wir sind uns alle einig, die Wiedervereinigung und die Befreiung Osteuropas muß mit friedlichen Mitteln angestrebt werden. Aber was soll man machen, wenn man angegriffen wird? Dann muß man mannhaft zurückschlagen und steht plötzlich am Suez-Kanal und am Rand von Beirut, oder an der Weichsel und kurz vor Warschau. Schicksal!

Der sinnenbetörende Pulverdampf des Juni-Krieges lag noch voll in der Luft, als Axel Springer am 14.6.67 in der „Bild" Kriegsbereitschaft auch für die BRD anordnen ließ: **„Wann läßt sich der Bundeskanzler von unseren Generalen Bericht erstatten? Wie steht es mit der Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr? Was geschieht, wenn ‚unsere Araber' — Ulbrichts Volksarmee oder die Tschechen oder die Polen oder alle drei — die Bundesrepublik angreifen? Und wenn dann Washington und Moskau sich heraushalten? ... Sind unsere ‚Starfighter' ebenso wie die israelischen ‚Mirage-Bomber' in der Lage, in einem begrenzten Krieg unseren Luftraum zu schützen und einen möglichen Gegner schon am Boden zu vernichten? Sind unsere Panzer jedem eventuellen gegnerischen Panzer gewachsen? Auf diese Fragen müssen Antworten gegeben werden. Freundschaft mit Amerika ja. Aber wir müs-**

die israelischen ‚Mirage-Bomber' in der Lage, in einem begrenzten Krieg unseren Luftraum zu schützen und einen möglichen Gegner schon am Boden zu vernichten? Sind unsere Panzer jedem eventuellen gegnerischen Panzer gewachsen? Auf diese Fragen müssen Antworten gegeben werden. Freundschaft mit Amerika ja. Aber wir müs-

sen uns auf uns selbst verlassen können." (16) Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß der Krieg von 1967 mit einem vernichtenden „präventiven Luftschlag" gegen die arabischen Nachbarstaaten begann. Das wurde mit der Behauptung gerechtfertigt, ein arabischer Angriff habe unmittelbar bevorgestanden. Für deutsche Militärstrategen und Pulverdampf-Schnüffler also ein sehr vertrautes Szenario.

Die Idee ist wirklich allzu verführerisch: *„Unser Volk hat die Gnade des Himmels, an Israel die unfaßbar schwere Schuld von einst wiedergutmachen zu können."* (17) Und als himmlische Draufgabe haben wir auch noch die Chance, selbst in die Rolle der Israeli schlüpfen zu können, alle biblischen Heilsverheißungen kühn auch auf Berlin und das kommende Großdeutschland beziehen zu dürfen und im Geiste schon mal mögliche Gegner vorbeugend am Boden zu vernichten. Zufällig sind sie mit unseren Gegnern im etwas daneben geratenen Zweiten Weltkriegs ein bißchen identisch. Schicksal!

Schuld und Sühne

Es soll und kann hier nicht der Frage nachgegangen werden, wieweit Axel Springer an das geglaubt hat, was er sprach und schrieb. Es kann ohne weiteres unterstellt werden, daß er sich seiner religiösen Ungereimtheiten nicht nur zynisch bediente, sondern daß er „in der Tiefe seines Herzens ein gläubiger Mensch" oder präziser bezeichnet ein höchst gefährlicher religiöser Fanatiker war. Es kann ebenso unterstellt werden, daß Springer Scham und Schuldbewußtsein angesichts der deutschen Verbrechen am jüdischen Volk nicht nur zielbewußt geheuchelt, sondern ehrlich und sogar leidend empfunden hat.

Daß sich damit zufällig auch ganz phantastisch deutsch-nationale Politik machen ließ, war reinste göttliche Gnade. Denn dem Schuldbekenntnis gegenüber den Juden und Israel entsprach nun einmal eine sehr weitgehende Selbst-Absolution gegenüber allen anderen Untaten des NS-Staats und ihren Opfern. Springer wäre es niemals in den Sinn gekommen, von einer besonderen deutschen Verantwortung für Polen, Tschechoslowaken, Jugoslawen, Russen, Ukrainer usw. zu sprechen oder daraus gar eine Richtlinie für seinen Presse-Konzern zu machen. Im Gegenteil: Ihnen gegenüber bewegten sich Springers Zeitungen oft nahe an den alten nazistischen Feindbildern. Springers unablässig ins Land getrommelte Propaganda, als warte die Sowjetunion nur auf eine günstige Gelegenheit zum Angriff, stellt eine nachträgliche Legitimierung des deutschen Überfalls von 1941 dar. Nicht einmal vor revanchistischen Ambitionen auf Städte und Gebiete, die nun einmal seit 1945 polnisch oder sowjetisch sind, schreckt das Haus Springer zurück. Es gilt in dieser Hinsicht so ziemlich alles als erlaubt, bis hin auch zur Diffamierung von Herbert Wehner und Willy

trägliche Legitimierung des deutschen Überfalls von 1941 dar. Nicht einmal vor revanchistischen Ambitionen auf Städte und Gebiete, die nun einmal seit 1945 polnisch oder sowjetisch sind, schreckt das Haus Springer zurück. Es gilt in dieser Hinsicht so ziemlich alles als erlaubt, bis hin auch zur Diffamierung von Herbert Wehner und Willy

Brandt als „Landesverräter" wegen der sozialliberalen Politik der Aussöhnung mit dem Osten. In diesen Dingen ähnelte Springer sehr zwei anderen notorischen „großen Freunden Israels", Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß.

Das Geschichts- und Schuldbewußtsein im Hause Springer reduziert sich im Grunde auf die Unterstützung Israels. Die allerdings absolut und total, ohne Rücksicht auf Verluste. Rückgabe der besetzten Gebiete? Eine Zumutung! Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser? Verrat an Israel! Israelische Vergeltungsangriffe auf palästinensische Flüchtlingslager? Ein Vorbild für die ganze freie Welt! Deutsche Wertwaffen in arabische Hand? Es gibt doch genügend andere Kunden! Da wurde in der „Bild" sogar aus dem Stolz der Nation, dem besten Panzer der Welt, unserem sagenhaft guten Friedens-Leo, eine böse „Mordmaschine". In jener Zeitung, die sonst Rüstungsexport lediglich als Arbeitsplatz-Beschaffer kennt, wurde plötzlich darauf hingewiesen, daß Waffen auch zum Zweck des Totmachens verwendet werden können.

Schon bei der Vertretung nicht speziell israelischer, sondern allgemein jüdischer Belange und Forderungen hört jedoch die Konsequenz im Hause Springer wieder auf. Schließlich sind jüdische und deutsch-nationale Interessen so umstandslos eben doch nicht zu versöhnen und zu verschmelzen. Wenn es um die sog. Kriegsverbrecher-Prozesse geht, um die Verjährung von NS-Verbrechen, um die Aufarbeitung des Holocaust, um neonazistische Tendenzen, schwimmt die Springer-Presse gern im Strom des gesunden Volksempfindens, das von all dem nichts mehr hören, lesen und sehen möchte. **„Deutsche, wollt Ihr ewig büßen?"** und **„Wir können und wollen uns nicht bis in alle Ewigkeit in den Staub werfen"**, mahnte die „Bild" schon Mitte der 60er Jahre. Folgerichtig sprach die „Bild" sich heuer auch gegen das sog. Auschwitz-Lüge-Gesetz aus, d.h. gegen das Verlangen, die Leugnung des NS-Völkermords an den Juden strafbar zu machen. In die Debatte über die Verjährung von NS-Morden 1979 griff Springer persönlich in der „Welt" mit einem Beitrag ein, in dem er sich (im Gegensatz zur vorherrschenden Linie seiner Presse) gegen die Verjährung aussprach. Allerdings sei erstens auch die Gegenposition völlig ehrenwert und plausibel, und zweitens dürften dann aber ebensowenig auch jene Verbrechen verjähren dürfen, *„die noch heute im GULag-Archipel begangen werden, der von der Elbe bis zum Pazifik reicht."* Nachdem er zu diesem Gesichtspunkt seiner Phantasie noch ein wenig freien Lauf gelassen hatte, setzte er verschärfend hinzu: *„Eigentlich kann nur derjenige guten Gewissens und mit überzeugender moralischer Konsequenz gegen die Verjährung von Mord in Deutschland auftreten, der auch die vergleichbaren Verbrechen kommunistischer Unmenschlichkeit als unverjährbar anerkennt und das offen ausspricht ... Denn der schicksalhaften Schuld, die uns Deutsche von damals her unverjährbar begleitet ..., stehen neue Verbrechen gegen Menschheit und Menschlichkeit gegenüber ... Sie ebenfalls nicht verjähren zu lassen, bedeutet auch eine Wiedergutmachung gegenüber dem, was damals war."* (18) Den großartigen, sehr nützlichen Gedanken, daß die Sowjetunion heute genau das Gleiche sei wie Hitler damals, sodaß es geradezu ein moralisches Gebot und praktische Wiedergutmachung sei, sie schonungslos zu bekämpfen, hat Springer auch bei anderen Gelegenheiten gern verwendet. (19) Es ist nicht ganz uninteressant, daß sich im Streit um das sog. Auschwitz-Lüge-Gesetz genau die eben zitierte Argumentation Springers durchgesetzt hat. Die Freundschaft scheint darunter nicht gelitten zu haben.

Wir werden durch das Brandenburger Tor reiten



Von PETER BOENISCH

Es war – abgesehen von privaten Schicksalsschlägen – der traurigste Tag im Leben von Axel Springer:

13. August 1961, der Bau der Berliner Mauer. Sein großer Traum, die Einheit Deutschlands in Freiheit, schien in unerreichbare Ferne gerückt. Wir spazierten durch Berlin. „Zeig mir eine Gegend, die ich noch nicht kenne", sagte er. Ich zeigte ihm die idyllisch gelegene Halbinsel Schwanenwerder am Wannsee. An einem großen Ruinengrundstück kletterte er über den Zaun: „Das werde ich kaufen. Hier werde ich bauen", sagte er, obwohl er bereits ein Haus in Berlin hatte und andere die Stadt in jenen Tagen verließen.

„Nun erst recht", sagte Springer. „Wir werden eines Tages wieder durch das Brandenburger Tor gehen." Und dann lachte er: „Noch besser, wir werden winkend durch das Brandenburger Tor reiten."

. . .dann pilgerte er zur Klagemauer



Von ASHER BEN-NATHAN
Israels Ex-Botschafter in Bonn

Er war ein wahrer Freund Israels und des jüdischen Volkes. Ich erinnere mich, daß er mich nach Ausbruch des Sechstagekrieges von 1967 in einem Zustand größter Besorgnis in Bonn anrief. Seine Stimme klang von Tränen erstickt. Ich beruhigte ihn und sagte: „Axel, wir werden einen großen Sieg erringen und du wirst in wenigen Tagen die befreite Jerusalemer Klagemauer besuchen können". Damals, zu Ausbruch des Krieges, klangen solche Worte ganz utopisch. Und doch bewahrheitete sich meine Voraussage: Schon am Tage nach der Eroberung Ost-Jerusalems durch die israelische Armee konnte Axel Springer zur Klagemauer pilgern.

Bild, 24.9.85

Schnelles „Ja" für den Schah

Vierzig Milliarden Mark aus Persien — das ist eine lebenswichtige Spritze für unsere kranke Konjunktur. Für diese Summe will der Schah deutschen Firmen Rüstungs-Aufträge erteilen.
Er schätzt das technische Wissen und die gute

Schnelles „Ja" für den Schah

Vierzig Milliarden Mark aus Persien — das ist eine lebenswichtige Spritze für unsere kranke Konjunktur. Für diese Summe will der Schah deutschen Firmen Rüstungs-Aufträge erteilen.

Er schätzt das technische Wissen und die gute Arbeit der Deutschen.

Schon einmal wollte der Schah 1000 deutsche Leopard-Panzer kaufen, aber die Regierung (die Rüstungsgeschäfte genehmigen muß) zögerte so lange, bis das Geschäft platzte — die Engländer machten es.

Diesmal muß Bonn schnell alle Hindernisse beseitigen, damit die Konjunkturspritze aus Persien auch wirksam wird — viele zehntausend Arbeitsplätze hängen davon ab!

Bericht Seite 1

Bild, 24.4.78

24.1.84

BILD-Kommentar

Das darf nicht wahr werden...

Von AXEL SPRINGER

Wie viele Juden werden diesmal von deutschen Waffen getötet?" lautet die Überschrift einer Anzeige in der „New York Times".

Eine jüdische Organisation appelliert darin an Bundeskanzler Kohl, keine Panzer an Saudi-Arabien zu verkaufen. Die Anzeige ist mit „American Survivors of the Holocaust" (Amerikanische Überlebende des Holocaust) gezeichnet.

In der Anzeige wird darauf aufmerksam gemacht, daß Saudi-Arabien wie Hitler einen „Heiligen Krieg" gegen die Juden erklärt hat und die syrischen Waffenkäufe in der Sowjetunion finanziert.

Nun will die Bundesrepublik Deutschland diesem Land modernste Waffen im Wert von ca. 14 Milliarden Mark liefern. Das kann doch nicht wahr sein, meinen die amerikanischen Überlebenden der Hitlerschen Politik. Das darf nicht wahr werden, meine ich.

Eine kritische Stimme aus Israel

Kritik an Axel Springer, selbst eine nur halbwegs realitätstüchtige Betrachtung dieses „guten" oder gar „besten" Freundes Israels findet in der israelischen Presse kaum statt. Eine der wenigen Ausnahmen ist ein Artikel von Tom Zegew in der radikal-liberalen Wochenzeitung „Koteret Raschit" (etwa: „Schlagzeile") vom 2.10.85.

Unter dem Motto **„Freunde! Die Wehrmacht ist tot, es lebe das israelische Militär!"** schildert Zegew die Beziehungen Springers zu Israel, charakterisiert dessen Hauptprodukt „Bild" („Sex, Hetze, Ideologie") und die Funktion dieser Zeitung für das Nachkriegs-Westdeutschland.

Zegew schreibt u.a.: *„Springer war für das ungeteilte Israel wie er für das ungeteilte Deutschland war.(...) Das Israel, das Springer schätzte, war ein militaristischer Staat des Heldentums, expansionistisch — das Sparta des Nahen Ostens. Und vielleicht war Israel in seinen Augen ein Ersatz für das, was Deutschland nach seiner Weltanschauung hätte sein sollen, aber nicht war: Stoßtrupp im Kalten Krieg und im Kampf für puritanische Moral und bürgerliche Wertvorstellungen."*

Zegew beklagt, daß „Israel-Freunde", je mehr Macht sie haben und je mehr Geld sie für Israel geben, umso weniger *„gefragt (werden), was sie eigentlich von uns wollen"*, und schließt seinen Artikel mit dem Stoßseufzer: *„Wie schwer ist es manchmal, die Freundschaft unserer Freunde zu erwidern."*

K., Hamburg — mit Dank an eine israelische Freundin für die Übersetzung

diesem Gesichtspunkt seiner Phantasie
Freundschaft unserer Freunde zu erwidern."
K., Hamburg — mit Dank an eine israelische Freundin für die Übersetzung

---

Anmerkungen

1) Das Motto stammt vom ehem. Regierenden Bürgermeister Westberlins, Dietrich Stobbe. Springer machte es sich in einem Artikel für die „Welt am Sonntag" (5.8. 79) zu eigen.
2) Erik Blumenfeld ist CDU-Politiker seit 1946, u.a. langjähriger Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft und des Bundestags, jetzt im Europa-Parlament und seit 1977 Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.
3) Springer erzählte diese Anekdote in seiner Rede anläßl. der Eröffnung der von ihm gestifteten Bibliothek des Israel-Museums in Jerusalem, 24.3.69.
4) Aus einer Rede Springers anläßlich der Eröffnung eines von ihm durch Spenden mitfinanzierten medizinischen Zentrums in Jerusalem, 15.6.76. Es ist vielleicht psychologisch interessant, daß Springer, der aus Gesundheitsgründen vom Dienst in der Wehrmacht verschont geblieben war, die dämlich-verklärende Formel vom Pulverdampf, der sich kaum verzogen hat, offenbar sehr liebte: er benutzte sie wortgleich schon in der eben erwähnten Rede am 24.3.69.
5) Aus Springers Rede am 24.3. 69
6) 8.6.67
7) 9.6.67
8) 9.6.67
9) 13.6.67
9 b) Aus Springers Artikel „Gestern am Suez, morgen an der Elbe", „Welt" vom 1.2.74
10) Eine 1843 in den USA gegründete weltweite Vereinigung, die eine Art jüdisches Gegenstück zu den Freimaurer-Logen darstellt.
11) Eine besonders unerfreuliche Erscheinung war der langjährige Chefkarikaturist der „Welt", Wolfgang Hicks. Dem NS-Staat hatte er u.a. mit antijüdischen Schmierereien gedient. Im gleichen Stil und Geist bediente er Axel Springer dann mit brutalen Studenten und verschlagenen Arabern.
Der „Welt"-Chefredakteur in den Jahren 1966 bis 1968, Gerhard Starke, war bis 1945 Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gewesen und hatte u.a. eine antisemitische Besprechung zum Film „Jud Süß" auf dem Kerbholz. Redakteur der gleichen Zeitung ebenfalls bis Kriegsende war Alfred Frankenfeld, u.a. Geschäftsführer der Stiftung „Die Welt" und „Chefredakteur z.b.V." bei Springer in den 60er Jahren. Die „Welt" und mehr noch die „Welt am Sonntag" wurde in den 60er Jahren zum Tummelplatz rechtsextremer Kolumnisten. Bekannt sind die offenen Sympathiekundgebungen für die Errichtung der Militärdiktatur in Griechenland, Chile und der Türkei, für die Regimes in Spanien und Portugal (beide nicht mehr vorhanden), sowie für die Rassisten in Südrhodesien (heute Simbabwe) und in Südafrika (demnächst...?).
12) Aus einem Fernseh-Interview. Dokumentiert in A.S., Von Berlin aus gesehen, S.283. Soweit nicht anders angegeben sind alle Springer-Zitate aus diesem Buch oder aus A.S., Aus Sorge um Deutschland.
13) Aus einem Interview Springers mit „LExpress", 18.6.73
14) Th. Herzl (1860-1904) gilt als Begründer des ideologischen Zionismus und der zionistischen Bewegung. Grundgedanke des Zionismus ist die Sammlung aller Juden in einem eigenen Staat, dessen Begrenzung jedoch zwischen verschiedenen Fraktionen des Zionismus umstritten war und ist.
15) Aus einem Interview Springers mit der Dissidenten-Zeitschrift „Kontinent", Januar 1977
16) Als Autor dieses Kommentars ist nach Stil und Geist der damalige „Bild"-Chefredakteur Boenisch, späterer Bundespressechef und Steuerbetrüger, zu vermuten. Als Freund der Juden und Israels hat Boenisch allerdings nicht immer eine glaubwürdige Figur gemacht.
17) Aus Springers Artikel „Israels Recht und die Pflicht der Deutschen", „Welt am Sonntag" vom 5.2.84.
18) Aus Springers Artikel „Darf Mord verjähren?", „Welt am Sonntag" vom 7.1.79.
19) „Der Widerstand gegen den Kommunismus ist für mich die Fortsetzung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus." Er trete für die Wiedervereinigung ein, „weil ich glaube, daß wir Deutsche, die wir schon einmal unsere Augen vor dem an unseren Mitbürgern begangenen Unrecht — damals waren es die jüdischen Mitbürger — verschlossen, uns nicht noch einmal schuldig machen dürfen, unsere Augen zu verschließen vor neuem Unrecht, vor neuer Sklaverei, dieses Mal unter einem anderen politischen Vorzeichen." (Aus Springers Rede in der jüdischen Brandeis-Universität in den USA, 9.4.68). „Ich fürchte, wir schicken uns an, nach den Ungeheuerlichkeiten zwischen den Jahren 1933 und 1945 zum zweiten Male schuldig zu werden, auf andere Weise, in-

uns nicht noch einmal schuldig machen dürfen, unsere Augen zu verschließen vor neuem Unrecht, vor neuer Sklaverei, dieses Mal unter einem anderen politischen Vorzeichen." (Aus Springers Rede in der jüdischen Brandeis-Universität in den USA, 9.4.68). „Ich fürchte, wir schicken uns an, nach den Ungeheuerlichkeiten zwischen den Jahren 1933 und 1945 zum zweiten Male schuldig zu werden, auf andere Weise, in-

dem wir den Staat als Selbstbedienungsladen im öden Materialismus betrachten und dabei unseren Nächsten in der Zone vergessen und preisgeben...". (Aus Springers Rede in der Feierstunde ‚100 Jahre Ullstein', 9.9.77).

Kt.

Schlußstrich

„In Stadtoldendorf, Kreis Holzminden, wurden in Anwesenheit des Bürgermeisters und aller Ratsmitglieder die Entnazifizierungsakten im Ofen des städtischen Gaswerkes verbrannt.

Vor dem geöffneten Ofen verwies der Bürgermeister in einer Ansprache darauf, daß Stadtoldendorf als erste Stadt der Bundesrepublik einen Schlußstrich unter die gesamte Entnazifizierung ziehe. Er übergab dann eine dickleibige Akte mit den Fällen von etwa 400 Entnazifizierten auf einer Koksschaufel den Flammen.

Den Beschluß, die Akten zu verbrennen, hatte der Stadtrat auf einer Feier zum 50jährigen Bestehen des Städtischen Krankenhauses gefaßt, bei der des Stifters Max Lewy gedacht und auf dem jüdischen Friedhof ein Kranz niedergelegt wurde." („Hamburger Abendblatt", 2.10.51)

Als wäre diese Geschichte noch nicht phantastisch genug, bleibt nachzutragen, daß der Stadtoldendorfer Bürgermeister mit der Koksschaufel der SPD angehörte und den klassischen Familiennamen Noske trug.

SPRINGER ist tot — sein Werk lebt weiter



6.5.85

Ein Tag der Zukunft

Ronald Reagan und Helmut Kohl haben es geschafft: Der Tag der Gräber wurde zu einem Tag der gemeinsamen Zukunft.

Dieses Ergebnis ist genauso überraschend wie der Sturm aus der Vergangenheit, der in den letzten Wochen die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu verdunkeln drohte.

Die deutsch-amerikanische Freundschaft hat einen Sieg davongetragen. Es darf nie wieder neuer Haß entstehen, erklärte der Präsident. Dafür gibt es Kronzeugen: Die 6 000 Ehen, die in den letzten 30 Jahren zwischen Deutschen und Amerikanern in Bitburg geschlossen wurden. Und die 16 000 Kinder, die aus der Verbindung der Liebe hervorgegangen sind.

24.2.79

Wer verleumdet Deutschland?

Holländer behandelten den deutschen Oppositionsführer vorgestern abend in einer ZDF-Sendung wie den Abgesandten einer Diktatur. Berufsverbote, Schnüfflerstaat und Polizeiterror — ein deutsches Horrorgemälde wurde da gemalt.

Wer lieferte die Farben dazu? Wir, selbst. Die Verleumdung ist hausgemacht. Einigde Illustrierte, ein paar Zeitungen, Schriftsteller, Professoren haben seit Jahren kaum ein gutes Haar an unserem Staat gelassen.

Wenn wundert's, daß im Ausland etwas hängenbleibt.

3.2.79

Müssen erst Kinder sterben?

In England quellen die Straßen über von Müll **(siehe Foto links auf dieser Seite)** — schlimm.

Noch schlimmer: In den Kinderkrankenhäusern drohen Epidemien, weil das Personal streikt.

Streik ist ein gutes Recht. Streik wird zum Unrecht, wenn er über Leben und Tod entscheidet.

Deutsche Arbeiter sind nie so weit gegangen. Die Briten können lernen, ehe es zu spät ist, ehe Kinder sterben, die geheilt werden sollten.

1.2.80

Braun oder Rot — wer bedroht uns wirklich?

Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ wurde zu Recht verboten, Gewehre, Granaten, selbstgebauter Panzer wurden beschlagnahmt. Stand die Bundesrepublik vor einem Umsturz von rechts? Nein. 400 Mann zählt das Häuflein.

Die Blitzaktion war notwendig. Aber die Zahlen
bedroht uns wirklich?
Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ wurde zu Recht verboten, Gewehre, Granaten, selbstgebauter Panzer wurden beschlagnahmt. Stand die Bundesrepublik vor einem Umsturz von rechts? Nein. 400 Mann zählt das Häuflein.

Die Blitzaktion war notwendig. Aber die Zahlen sprechen für sich: Die NPD hat nur noch 1400 eingeschriebene Mitglieder; 1969 waren es 28 000. Es gibt also nur ein braunes Trüppchen, keine Truppe.

Die Gefahr von rechtsaußen muß man ernst nehmen; aber eine wirkliche Gefahr für den Staat ist sie nicht.

Unsere Demokratie wird überwiegend von den 72 000 Linksextremisten gefährdet.

12.5.75

Blick nach vorn

Deutschlands Kapitulation am 8. Mai vor 30 Jahren hat verspätete Sprengwirkung — in Frankreich.

Der junge und kluge Staatspräsident Giscard d'Estaing hat nämlich entschieden, daß sie künftig nicht mehr gefeiert wird.

Eine freundliche Geste, weil aus Erbfeinden Verbündete geworden sind.

Die ewig Gestrigen aber sind anderer Meinung. Die Kommunisten und auch einige Gaullisten blicken zurück im Zorn. Der Sieg von gestern ist ihnen wichtiger als die Freundschaft von heute. Sie wollen ihren schönen patriotischen Feiertag behalten.

Gott sei Dank denkt die Jugend anders — hüben wie drüben.

11.11.76

So nicht, Partner!

Dänemark hat uns vor der UNO in die Pfanne gehauen. Weil wir mit Südafrika Handel treiben.

Wir sollten das nicht so wichtig nehmen. Aber: die Dänen sind schließlich unsere Partner in der EG und kassieren ganz schön.

Aus der gemeinsamen EG-Kasse (Haupteinzahler sind wir) bekamen sie bisher drei Milliarden Mark Subventionen. Um die schwachbrüstige dänische Währung zu stützen, kaufte die Bundesbank allein in diesem Jahr für vier Milliarden Mark Dänenkronen, die kein Mensch haben will.

Ministerpräsident Jörgensen — verantwortlich für den Angriff gegen uns — sollte mal darüber nachdenken, wie man seine Freunde behandelt. **Meldung auf dieser Seite**

10.2.79

Adenauers Saat geht auf

Jeder dritte Franzose betrachtet Deutschland als „besten Freund“ Frankreichs.

Nur noch drei Prozent sehen in Deutschland „eine Gefahr“.

Drei schreckliche Kriege in 100 Jahren schienen Mißtrauen, Haß und Erbfeindschaft unüberwindlich gemacht zu haben.

Und nun Vertrauen, ja Freundschaft.

Wie das? Es ist eine Saat aufgegangen, die Konrad Adenauer mit den großen Franzosen Schuman und de Gaulle vor einem Vierteljahrhundert legte. Aussöhnung: Das war ein Leitmotiv dieser Staatsmänner.

Aber auch dies sind Gründe: Wir Deutsche waren nie so schreckliche Nachbarn, wie eine anti-deutsche Propaganda behauptete. Und: immer mehr Franzosen kommen zu uns, wir zu ihnen.

Da lernt man sich wirklich kennen.

9.6.78

Gänse von Piraten

Sind wir eine Bananen-Republik, mit der jeder machen kann, was er will?

Ein deutscher Fischkutter-Kapitän wird in Polen wie ein Dieb verurteilt, ein zweiter festgehalten — staatliche Piraterie!

Was tut Bonn?

Wir sind einer der wichtigsten Handelspartner Polens. Vielleicht setzt die Regierung da mal den Hebel an.

Unsere polnische Weihnachtsgans können wir vielleicht in diesem Jahr woanders kaufen.

24.1.79

Ein Partner bringt sich um

Während deutsche Lastwagenfahrer ihre Brummer über Schnee und Glatteis schaukeln und deutsche Lokführer ihre Züge über frostklirrende Gleise fahren, sitzen Zehntausende ihrer britischen Kollegen im Warmen beim Bier und streiken.

Irgendwer streikt in England immer. Die Wirtschaft des Landes wird kaputtgestreikt. Die Inflation galoppiert wieder; die Zahl der Arbeitslosen auch.

Diesen wirtschaftlichen Selbstmord auf Raten und die Brutalität einiger Gewerkschaftsbosse kann sich das krisengeschüttelte Land eigentlich nicht leisten.

Wir fühlen uns mit den Menschen in England als Partner der EG solidarisch.

Aber wir sind glücklich, daß wir keine britischen Gewerkschaften haben, sondern — wie Hessen zeigt — faire Tarifpartner.

10.7.82

Wozu es gut war

Gegen Algerien haben wir 1:2 verloren. **Katastrophal.** Gegen Österreich gab es nur Ballgeschiebe. **Beschämend.**

Nach beiden Spielen wurde unsere Mannschaft in der Luft zerissen. **Heute wissen wir, wozu das gut war:** Sie gaben sich einen Ruck. Sie steigerten sich ungeahnt.

Sie stellten die Ehre des deutschen Fußballs wieder her. **Dafür ein Dankeschön.**

schaft in der Luft zerissen. Heute wissen wir, wozu das gut war: Sie gaben sich einen Ruck. Sie steigerten sich ungeahnt.
Sie stellten die Ehre des deutschen Fußballs wieder her. Dafür ein Dankeschön.

13.12.78

BBC — auf einem Auge blind

Deutschland — die große Angst" — hieß eine Sendung des britischen Fernsehens BBC — 50 Minuten wurde dem englischen Bürger überwiegend ein Zerrbild unserer Republik gezeigt: Da hagelte es „Berufsverbote", im Hintergrund grinste der „häßliche Deutsche", der Neo-Nazismus.

Was der Film nicht zeigt: Daß wir eine neue menschenfeindliche Diktatur, ob braun oder rot, verhindern wollen. Daß wir uns deshalb leidenschaftlich gegen Verfassungsfeinde wehren, daß wir nur demokratische Staatsanwälte, Richter, Lehrer haben wollen — und keine Extremisten.

Die Engländer sind fair. **Schade, daß BBC auf einem Auge blind ist — wenn es um uns Deutsche geht.**

19.4.77

Hundejahre

An der Autobahn im Ruhrgebiet steht ein Schild, das auf die deutsche Stadt Allenstein hinweist — 1348 als Deutschordenburg gegründet. Es wird nicht mehr lange dort stehen. Der SPD-Geschäftsführer im Nordrhein-Westfälischen Landtag, Eckbert Reinhard, will es weg haben. Weil Allenstein seit 32 Jahren zur Volksrepublik Polen gehöre und heute „Olsztyn" heiße.

Die Polen, die ihren nationalen Stolz über Jahrhunderte geschichtlicher Nacht bewahrten, werden über diese deutsche Kriecherei den Kopf schütteln.

Wenn die Trillerpfeife des Moskauer Imperiums schrillt, gehen unsere abgerichteten Abgeordnete" bei Fuß. Hundejahre.

24.2.82

Sind Besen und Schaufel eine Zumutung?

Wer bei uns Zuflucht sucht, weil er verfolgt wird, muß Asyl bekommen. Dieses Grundrecht jeder Demokratie ist uns heilig. In Berlin bat man nun einige Asylbewerber, Straßen zu fegen. Niemand erschien.

Ist es unter der Würde von Asylbewerbern, Besen und Schaufel in die Hand zu nehmen? Wenn deutschen Arbeitslosen zugemutet wird, auch „unterhalb“ des erlernten Berufes zu arbeiten, darf Asylanten zugemutet werden, mit anzupacken.

27.9.80

Roter Rauch in Bio's Bahnhof

Der Wiener Café-Haus-Poet André Heller hat versucht, „Bio's Bahnhof“ in eine Wahlkampf-Arena gegen Strauß umzubauen. Der Österreicher sagte, das Klima in Deutschland sei eine Art Hölle. Und Strauß sei die Wurzel dieses Klimas — eine Art menschgewordene Sonnenfinsternis.

Der sonst auf hochgestapelten Tiefsinn gedrillte Schmäh-Macher als Hetz-Hiwi.

Bis Biolek lächelnd den tiefroten Rauch aus dem Studio blies: „Sie wissen genau, daß im Augenblick eine Verteufelungskampagne läuft, die ungeheuer einseitig ist. Sie tun jetzt etwas, was Sie selbst angreifen."

Der Poet war entlarvt.

27.11.80

So verlieren wir die Zukunft

Erst haben viele die Augen vor der tatsächlichen Lage der Wirtschaft und der Finanzen zugekniffen, jetzt reißt mancher von uns die Augen weit auf.

Betroffenheit zeigt sich, Verdruß, vielleicht sogar Mutlosigkeit. Die Debatte über die Regierungserklärung zeigte es: Der Pessimismus über die Zukunft sitzt tief, auch bei der Opposition.

Zu tief. Diesem tüchtigen Volk darf man nicht auch noch Pessimismus einreden. Ärmel hochkrempeln — das muß die Losung sein.

Wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren, dann verlieren wir auch die Zukunft.

2.11.79

Deutsche Manager sind besser

Ausgerechnet Großbritannien, das zielstrebig über Jahre in eine schlimme Wirtschaftskrise gestreikt wurde, soll ein Paradies für deutsche Unternehmer sein?

Ja, sagen die 152 deutschen Unternehmer auf der Insel. Und belegen das mit Zahlen: Fast kein Streiktag — zumindest bei ihnen; die Arbeitsleistung ist so gut wie in Deutschland, manchmal sogar noch besser.

Warum? Die deutschen Manager behandeln ihre englischen Mitarbeiter

bei ihnen; die Arbeitsleistung ist so gut wie in Deutschland, manchmal sogar noch besser.
Warum? Die deutschen Manager behandeln ihre englischen Mitarbeiter

gut; sie verlangen Leistung, aber leisten auch selbst gute Arbeit.

Was das lehrt? Eine straffe, soziale und kollegiale Betriebsführung wirkt letztlich überall auf der Welt zum Nutzen aller!

20.10.79

Ein Lob, das eine Warnung ist

Die deutschen Autos sind die besten der Welt. Wer sagt das — VW-Chef Schmücker? BMW-Chef von Kuenheim? Mercedes-Chef Zahn?

Die sind sicher auch der Meinung. Aber das dicke Lob kam aus Amerika — vom prominentesten Auto-Tester des Landes.

Er bekam dafür keine Spesen von deutschen Autofirmen; er tat's freiwillig.

Dieses Urteil wiegt schwer: Es ist eine Auszeichnung für die deutschen Ingenieure, für die exzellenten Facharbeiter an den Fließbändern.

Lob verpflichtet. Wenn wir den deutschen Vorsprung halten wollen, dürfen wir uns keine Minute auf unseren Lorbeeren ausruhen. Die Japaner, aber auch die Amerikaner sind hellwach geworden. Denn das Lob des Autotesters ist ein Warnsignal.

27.4.82

Danken wir's Nicole

Kaum ist die Freude über den ersten deutschen „Grand Prix"-Sieg verhallt, fallen einige Kritiker über Nicole (17) und ihr Lied „Ein bißchen Frieden" her:

„Banal", sagt Werner Höfer. „Mickriger Schlager", ein Herr Knocke im Deutschlandfunk. Und ein Moderator vom Südwestfunk III höhnt: „Ein Liedchen."

Dabei gelang der kleinen Nicole, was diesen Geschmackshirten der Nation nie gelingen wird: Sie holte einen riesigen Ozeandampfer Ansehen für Deutschland über den Kanal. Europa klatschte.

Es gibt nicht viele, die soviel Sympathie für Deutschland erworben haben.

14.1.83

Die wahre Ellbogen-Gesellschaft . . .

Samstags versammelt sich morgens vor den Kiosken eine Ellbogen-Gesellschaft: Ellbogen an Ellbogen stehen Tausende, um in Zeitungen Wohnungsangebote zu lesen. Eine Million Wohnungen fehlen.

Die Regierung Kohl/Genscher will das ändern; sie will auch die vielen Millionen häßlicher Wohnungen in oft 100 Jahren alten Häusern modernisieren. Nur Zauberer (und offenbar SPD und Mieterbund) schaffen das Kunststück, all das kostenlos zu realisieren.

Anders sind die ununterbrochenen Attacken gegen das neue Mietrecht nicht zu erklären. Die Wahrheit aber ist: Der Mieter ist wie bisher vor Willkür geschützt. Leider ist die Regierung erschreckend ideenlos, dem Bürger mit einfachen Worten zu erklären, daß sie etwas Vernünftiges tut.

Unsere Hymne

Der Bundespräsident ehrt einen Mann, der sich für unsere Nationalhymne einsetzt. Auf den ersten Blick eine schöne Geste.

Auf den zweiten Blick eine Geste zum Nachdenken. Ist es nicht eigentlich selbstverständlich, daß sich ein Volk immer wieder zu seiner Nationalhymne bekennt?

Das ist natürlich selbstverständlich. Nur bei uns nicht. Aber vielleicht ändert sich das.

Siehe Carstens.

6.8.77

Ein deutsches Leben

Stalingrad, Januar 1943:

284 000 verzweifelte deutsche Soldaten kämpfen ums Überleben, eingeschlossen, in bitterster Kälte. Einer von ihnen ist Jürgen Ponto, damals 19 Jahre alt. 146 000 verbluteten, erfroren, verkungerten — er entkam der Hölle. Schwer verwundet wurde er ausgeflogen — einer der letzten, die rauskamen.

34 Jahre später: Jürgen Ponto organisiert eine große internationale Dollar-Anleihe, um Rußland, in dem er einst als Soldat lag, den Bau einer riesigen Gasleitung vom Ural nach Mitteleuropa zu finanzieren. Es war sein letztes Werk, ehe ihn Meuchelmörder erschossen.

Gestern haben wir Abschied von Jürgen Ponto genommen. Selten gab es einen Mann, der Deutschlands Geschichte dichter erlebt und erlitten hat. **(Bericht Seite 1)**

30.7.75

Zwei Milliarden Lösegeld

Wer einen Menschen kidnappt und nur gegen Lösegeld freiläßt, dem drohen bei uns zehn Jahre Haft, in manchen Ländern die Todesstrafe.

Polen hält mehrere hunderttausend Deutsche zurück und will sie nur gegen Geld, gegen Lösegeld freilassen. In Bonn spricht man

Jahre Haft, in manchen Ländern die Todesstrafe.
Polen hält mehrere hunderttausend Deutsche zurück und will sie nur gegen Geld, gegen Lösegeld freilassen. In Bonn spricht man

von über 2 Milliarden Mark für 120 000 deutsche Aussiedler. Und wahrscheinlich wird das auch noch als Sieg der Menschlichkeit gefeiert.

Neue Moral:

Eine Million für einen gekidnappten Menschen ist ein Verbrechen.

Zwei Milliarden für 120 000 Menschen — das ist Entspannung.

8.7.82

Sie wollen „made in Germany“

VW wird wieder deutsch – in Amerika. Und das soll wieder Erfolg bringen. Der ist nämlich abhanden gekommen, seit die Wolfsburger den Golf als „Rabbit" in USA produzieren.

Der „Rabbit" wurde amerikanisiert: Schreiende Plastikfarben, kitschige Ausstattung, knieweiche Federung.

Das aber wollten die Amerikaner unter dem VW-Zeichen nicht haben. Der Absatz schrumpfte um 47,7 Prozent.

„Made in Germany" wollen sie drüben, Autos die spritzig sind, handlich, in der Technik vorn.

Die Wolfsburger hoffen auf bessere US-Zeiten.

glo.

18.4.79

Sonnenfinsternis in Spanien

Spanien: Sonne, billiger Wein, freundliche Kellner . . .

Es war einmal. Die Preise steigen, Kellner streiken, verprügeln Touristen. (Bericht auf der letzten Seite).

Wir sind dafür, daß Kellner, Köche, Zimmermädchen gut bezahlt werden. Aber in Spanien geht es nicht nur um höhere Löhne. Kommunisten schüren die Streiks. Sie wollen den Urlauberstrom — noch immer Devisenquelle Nr. 1 — austrocknen.

Denn Spanien steht und fällt mit dem Tourismus — und damit auch seine junge Demokratie. Hinter den Streiks steht mehr als nur der Kampf um höhere Löhne.

3.1.85

Schweizer zur Kasse!

Da kommt einem die Galle hoch – ausgerechnet die reiche und sonst so freie Schweiz belegt deutsche Autofahrer mit einer Strafsteuer. 37 Mark verlangt sie von allen, die ihre Autobahnen oder Nationalstraßen benutzen.

Im guten war mit den Eidgenossen nicht zu reden. Wer nicht hören will, muß fühlen. **Bonn sollte auch die Schweizer bei uns zur Kasse bitten.**

13.11.81

Ein Lob den Mädchen made in Germany

Fräuleinwunder ohne Ende: 1000 Amerikaner haben sich auf die Anzeige der blonden Regina gemeldet, wollen sie heiraten.

Schon toll – und das muß doch einen Grund haben (schließlich gibt's auch in Amerika Frauen, die einen Mann suchen).

Vielleicht den: Nach dem Krieg heirateten Hunderttausende deutsche Mädchen in die USA. Sie gelten als treu, fleißig, zärtlich und als gute Köchinnen.

Kann sein, daß die Deutsche Mark sinkt, die deutschen Mädchen halten unseren Ruf hoch.

19.2.76

Frohsinn gegen Zwang

Vielleicht haben Sie sich darüber geärgert, daß die „DDR" in Innsbruck mehr Medaillen bekam als wir.

Auf Seite 20 berichtet Claus Tuchscherer (21), mit welchen Methoden die „DDR" das erreicht hat.

Wenn Sie das gelesen haben, werden Sie mit BILD sagen: Werdet selig mit euren vielen Kollektiv-Medaillen. Die drei Medaillen, die Rosi Mittermaier fröhlich, unbeschwert und ohne Zwang erlief, sind uns lieber.

25.2.82

Wer die Flut stoppt, stoppt den Haß

Auch die SPD hat erkannt, daß die Flut der Ausländer gestoppt werden muß (Seite 1). Die Richtung ihres Programms stimmt: Weniger neue Gastarbeiter (und Angehörige). **Wer aber schon bei uns ist, soll wirklich Mitbürger werden.**

Denn immer mehr Deutsche vergessen, daß wir selber die Gastarbeiter einst als Helfer geholt haben. Wohin aufkeimender Haß führen kann, zeigt die furchtbare Tragödie des kleinen Türken, den Schulkameraden in den Selbstmord trieben (Seite 8).

Wir alle müssen etwas dagegen tun – am Arbeitsplatz, bei der Erziehung. Für

Wir alle müssen etwas dagegen tun – am Arbeitsplatz, bei der Erziehung. Für unsere Politiker gilt: **Stoppt die Ausländerflut, dann stoppt ihr den Haß.**

2.6.77

Eine Idee der Wolga-Deutschen

Neun Wolga-Deutsche, die aus der Sowjetunion ausreisen wollen, aber nicht dürfen, haben Bundeskanzler Schmidt um Hilfe gebeten. Und sie haben ihm einen guten Vorschlag gemacht:

Die deutschen Kommunisten, die mit dem Leben bei uns so unzufrieden sind, sollten in die Sowjetunion übersiedeln — in das von ihnen so sehr gelobte Land — raten die Wolga-Deutschen. Dafür sollte Moskau alle ausreisen lassen, die lieber bei uns leben wollen.

Die Idee ist prima.

Nur — die Sache hat einen Haken: Unsere Kommunisten wollen gar nicht weg. Die Sowjetunion finden sie zwar schön — aber nur aus weiter, weiter Entfernung.

17.9.83

Spart lieber bei den Sowjets

Da bleibt einem fast der Bissen im Halse stecken: Kantinenessen teurer (Seite 1).

Sicher, Bonn muß sparen. Aber warum beim kleinen Mann?

Wie wäre es, wenn man die Bonner Frühpensionäre, die mit stolzen Bezügen spazierengehen, wieder an die Arbeit schicken würde?

Oder den Russen nicht mehr Millionen hinterherwirft, damit Moskaus Hausfrauen billige EG-Butter kaufen können?

Fortsetzung von Seite 1

Realo-Phantasien: Weltpremiere auf unserem Planeten

Dabei war die der Vereinbarung zugrundeliegende Politik der Grünen bereits so korrupt, daß der Umgang mit den Frankfurter Ereignissen und die Bewältigung von Sares Tod eigentlich nur konsequenter Endpunkt dieser Entwicklung war. Preisfrage: warum wohl benutzt kpk in der „taz" so sensationelle Begriffe wie „Weltpremiere" in Hessen oder spricht vom „ersten grünen Minister dieses Planeten" — vermutlich sogar des gesamten Sternensystems, ist man geneigt hinzuzufügen? Antwort: „*Diese Koalition ist nur als politischer Akt begreif- und vermittelbar; von den In-*

Kommentar:

Hessen »rot-grün«

Koalition um jeden Preis!

halten der Koalitionsvereinbarungen her dürfte es sie eigentlich nicht geben." Zu so was wäre „nicht einmal die marode FDP bereit gewesen", bekennt derselbe kpk in der „taz" (18.10.). Doch, so interpretiert das Sprachrohr der „Realos", sie ist vertretbar als „hessische ‚Parade' " gegen jene Sozis, die die Grünen bis 1987 ausradieren wollen. Weltpremiere? Alles schon mehrfach gehabt, wenn auch in wechselnden Kostümen.

Soll man sich nun aufregen über die Geheimniskrämerei bei den Koalitionsgesprächen (spöttischer Kommentar in der „FR": wie Kinder, die beim unerlaubten Naschen erwischt wurden)? Geschenkt, das überlassen wir den grünen Fundis, die wirklich ernsthaft geglaubt haben, mit den Grünen sei *die neue politische Kultur* in die Parlamente eingezogen, die die Mauschelei hinter verschlossenen Türen an das Licht der Öffentlichkeit zerren würde. Aufregung ist angebracht über Machtphantasien einer Sechs-Prozent-Partei, der mehr und mehr die gesellschaftliche Basis flötengeht und deren hessische Repräsentanten um so mehr von Einflußmöglichkeiten auf der regierenden und administrativen Ebene schwätzen. Was also ist an Einfluß herausgekommen?

Erstens: Eine Koalition, so sie denn wirklich kommt, mit Mitsprachemöglichkeit für die Grünen. Sechs Prozent oder wieviel und warum mehr als „das fünfte Rad am Wagen", das Albert Sellner als grüne Rolle in den Koalitionsverhandlungen beklagt (Pflasterstrand, 19.10.), die — so ein weiterer unverdächtiger Kommentator (Cohn-Bendit in der „taz") „die Grünen bis an den Rand der Selbstverleugnung" treibt?

Zweitens: Ein grüner Umwelt/Energieminister plus Staatssekretär mit Kompetenz im Bereich Umwelt- und Naturschutz, Abfall- und Wasserwirtschaft; nicht aber mit der von den Grünen angestrebten Kompetenz für Aufsicht oder Genehmigung von Atomanlagen (fast könnte man hierzu be-

Naturschutz, Abfall- und Wasserwirtschaft; nicht aber mit der von den Grünen angestrebten Kompetenz für Aufsicht oder Genehmigung von Atomanlagen (fast könnte man hierzu be-

glückwünschen, daß sich ein grüner Minister nicht in der Bund-Länder-Kompetenz-Rangelei zu verheddern braucht); sowie mit dem Zwang, alle zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Koalitionskonsens zu erhalten.

Drittens: Eine grüne Frauensstaatssekretärin, die der sozialdemokratischen Wissenschaftsministerin Vera Rüdiger beigeordnet wird und ein noch zu definierendes Arbeitsfeld plus Kompetenzen erhält. Sicher ist, daß parlamentarisch damit die SPD-Ministerin Sprecherin für Frauenfragen sein wird, da ihr Rederecht auch ohne Wahlmandat zusteht.

Sind Fundis die besseren Realos?

Zwei Kritikansätze am hessischen „Rot-grün" sind möglich. Der eine lamentiert darüber rum, es sei zu wenig für die Grünen herausgekommen. Er konzentriert sich gegenwärtig auf das fehlende Frauenministerium. „*Wieder einmal sollen die frauenpolitischen Forderungen der Grünen als Verhandlungsmasse geopfert werden*", tönt es aus realo-kritischer und Frauen-Fundi Ecke. Wieso das, muß man da zur Verteidigung der Realos fragen? Als am 17.11.84 das alte Tolerierungsbündnis platzte und am 1.12.84 die grüne Landesversammlung in Lich erstmals die Koalition erwog, als Holger Börner im Mai 1985 sein Koalitionsangebot machte und die grüne Versammlung in Niedernhausen ein konditioniertes Ja beschloß, da war von dem so wichtigen Frauenministerium keine Rede. Nur von zwei grünen Minister/inne/n.

Dieser popularitätsheischende Vorschlag wurde erst in der Sommerpause ausgeheckt. Gisela Wülfing strapazierte im „Pflasterstrand" vom 24.8.85 noch einmal das Beste, was die Spontis an Spruch mal hervorgebracht haben: „*Wir wollen alles*", berichtete sie ihren jüngsten Traum, um dann fortzufahren: „und ich wünsche zunächst so etwas wie eine Frauenministerin". Aller Anfang ist schwer, aber das Kind war geboren. „Wachsende Unbescheidenheit" nennt die designierte Ministerin Marita Haibach diese Forderung. Und warum soll, was in nur zwei Monaten zur Staatssekretärin wuchs, und — postmoderner Sprachgebrauch — „Einstieg für ein Frauenministerium" heißt (Priska Hinz), nicht weiter wachsen können?

Die Realos hätten ja nur eine aufgepäppelte Frauenbeauftragte herausgeschlagen und keinen Einfluß auf die Atomwirtschaft bekommen, kritisiert der Fundamentalist Jan Kuhnert die Ergebnisse. Eine absurde Kritik: Die Sechs-Prozent-Grünen ohne Einfluß auf einen wesentlichen kapitalistischen Industriezweig! So kommt man der hessischen Realo-Linie kaum bei. Denn Nichts ist ja nicht passiert. Sicher ist eine „aufgepäppelte Frauenbeauftragte" mehr und besser, als keine oder gar eine CDU-Frauenstaatssekretärin. Und auch die Drohung der Hoechst AG, Investionsverlagerung aus Hessen sei „eine durchaus ernsthafte Alternative" (BILD: 50.000 Arbeitsplätze in Hessen bedroht), das rechte Gepöbel gegen das „rot-grüne Chaos", signalisieren ja durchaus ein Maß an Polarisierung, die hessische Entwicklung stört den konservativen Kurs. Nur gilt dies selbstverständlich auch für die bundesweite Entwicklung hin zu einer in Grenzen erneuerten SPD.

Der andere Kritikansatz stellt die Frage danach, wieweit die Grünen ihre Politik im Unterschied und Abgrenzung zur Sozialdemokratie sehen und nicht, ob die Koalitionsverhandlungen mit einem Mini(ster)posten mehr oder weniger nachgebessert werden könnten.

Scheißpolitik erfordert eine Scheißmoral

Womit wir wieder bei der Moral-Debatte wären. Hessens Sozialdemokraten haben sich aufgeregt. Nicht über die Verursacher von Günter Sares Tod, sondern über eine grüne Dokumentation, herausgegeben von Jutta Ditfurth. Schweinerei, sagen die hessischen Realos. Jutta habe „den Rechten das Feld bestellt". Sie habe „politischen Flurschaden" angerichtet, verkünden staatsmännisch die hessischen Grünen. Warum? „Günter Sare ermordet" heißt der Titel der inkriminierten Pressedokumentation. Das paßt natürlich ebensowenig in eine Koalitionsverhandlung wie ein dreißigzeiliges Vorwort von Jutta Ditfurth, in

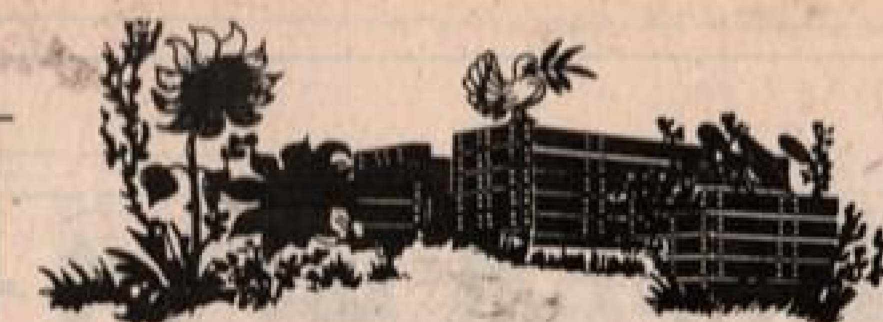
mordet" heißt der Titel der inkriminierten Pressedokumentation. Das paßt natürlich ebensowenig in eine Koalitionsverhandlung wie ein dreißigzeiliges Vorwort von Jutta Ditfurth, in

dem Verständnis für Scheibenklirren geäußert wird angesichts eines bundesdeutschen Polizeiapparats, der sich „*in seiner Struktur nicht mehr wesentlich vom Polizeiapparat in Chile oder Polen*" unterscheidet. Wie parlamentarisch etabliert nehmen sich daneben die Presseerklärungen der Landtagsgruppe aus, die vor allem davon geprägt sind, wieder und wieder die beiderseitige Gewalt, die „Gewaltspirale" (Joschkas Lieblingsschöpfung) zu beschwören, die Gewaltfreiheit einzuklagen usw. Keine Angst, ich will hier nicht die moralische Verkommenheit korrupter Parlamentarier beklagen. Sie würden ihre Sache dann gut machen, wenn sie sich auf die Aufgabe konzentrieren würden, die ihnen als oppositionelle Parlamentarier zukommen kann: radikaldemokratische Opposition. Doch da wird erst einmal die Einsetzung eines „unabhängigen" Untersuchers, dieses Winterstein'schen Vertuschers nach französischem Greenpeace-Modell, begrüßt. Da sorgt man sich um das Koalitionsklima, statt in dieser Frage auch konsequent parlamentarisch gegen das widerwärtige Sich-vor-die-Polizei-stellen der SPD zu opponieren. Da fabuliert Albert Sellner im „Pflasterstrand" von einem klaren grünen „Rechtsstaatsprogramm" mit Minderheitenschutz und der klaren Absage „*an alle Bürgerkriegsmentalitäten rechts wie links*". Die Absage an die Gewalt, so der Autor, „*enthält die existentielle politische Entscheidung, ob der politische Feind zu vernichten ist, oder ob eine wie mühsame Koexistenz immer mit ihm zu suchen ist.*"

Der Tod von Günter Sare und seine Umstände haben den Prozeß der Koalitionswerdung der Grünen zwar gestört, aber nicht verhindert. Im Gegenteil hat er bei den Grünen Realos die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols beschleunigt, der die Anerkennung der Polizei folgen wird. Die hessischen Grünen haben die von Börner geforderte Bringeschuld erbracht, überreichlich. Die Frage ist, bis zu welchem Grad von Verkommenheit die grüne Partei dies mitmacht.

Vielleicht hilft diese Koalition, die Beantwortung dieser Frage zu erleichtern.

hr.



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn
Bundeshaus
Fernruf 16-.....7583.....
Telex 885589 gruen d

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Krise hin oder her — der Apparat der Bundestagsgrünen arbeitet nach der Sommerpause wie gewohnt auf Hochtouren. Im folgenden ein kleiner Ausschnitt der parlamentarischen Aktivitäten.

Rund um die „Spionageaffäre"

Anläßlich der „*sich ausweitenden Spionagefälle*" fordern die grünen Haushaltsexperten Jö Müller und Hubert Kleinert erneut, daß die Grünen nicht länger von der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste ausgeschlossen bleiben: „*Angesichts der Spionagefälle erweist es sich erneut als ein Skandal, daß ein Teil der Opposition in den parlamentarischen Aufsichts- und Kontrollgremien der Nachrichtendienste nicht vertreten ist. Die GRÜNEN wurden aus folgenden Gremien ausgeschlossen:*

— Parlamentarische Kontrollkommission (CDU/CSU 3, SPD 3, FDP 2 (!) Sitze)

— Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste.

Die Nachrichtendienste und der Verfassungsschutz sind aufgeblähte Apparate, die ihre Legitimation im wesentlichen aus den ebenso aufgeblähten Apparaten im Ostblock begründen. Die gegenseitige Bespitzelung ist im Grunde nur ein ‚Beschäftigungsprogramm' in Sachen Blockkonfrontation und ist weitgehend Selbstzweck der Geheimdienste beider Seiten geworden. Spionage erfordert Gegenspionage, was wieder zur Errichtung einer Gegenspionageabwehr usw. führt.

Die aufgeblähten Geheimdienstapparate sind ein Relikt des Kalten Krieges und die Ausgaben dafür eine Verschwendung von Steuergeldern.

Die Nachrichtendienste, insbesondere aber der Verfassungsschutz, bespitzeln, überprüfen und erfassen zahllose Bürger wegen lächerlicher Verdächtigungen — an den Spitzen dieser Dienste jedoch können offensichtlich Spione aus der DDR sitzen." (27.8.)

Im übrigen wenden die Grünen sich gegen die Bonner „Spionagehysterie":

„*Zu den Behauptungen des Staatssekretärs Spranger vom Bundesinnenministerium und des Professor Theodor Eschenburg, die Spionageaffäre Tiedge lasse den Schluß zu, daß der Datenschutz zu Lasten der Sicherheit überzogen werde, stellen die Abgeordneten Dr. Joachim Müller und Christian Ströbele für die Fraktion der GRÜNEN IM BUNDESTAG fest:*

Tiedge lasse den Schluß zu, daß der Datenschutz zu Lasten der Sicherheit überzogen werde, stellen die Abgeordneten Dr. Joachim Müller und Christian Ströbele für die Fraktion der GRÜNEN IM BUNDESTAG fest:

Wenn die Spionageaffäre überhaupt einen in sich logischen Schluß zuläßt, dann doch wohl den, daß es in der Bundesrepublik nicht zu v i e l, sondern zu w e n i g Datenschutz gibt. Es ist eine geradezu unverfrorene Zumutung, wenn die Herren Spranger und Eschenburg die Spionagehysterie in Bonn dazu nutzen, die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger/innen in Frage zu stellen. Über den Fall Tiedge war alles bekannt: sein Lebenswandel, seine Probleme. Und die DDR weiß wahrscheinlich sowieso alles über die Mitarbeiter und die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Wo soll da der Datenschutz gewesen sein?" (28.8.)

Am 3.10. haben die Grünen einen eigenen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Spionagefällen eingebracht:

„*Eine Unterstützung des SPD-Antrags zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses lehnten die GRÜNEN mit dem Argument ab, es sei nicht ihr Ziel, das Verfassungsschutzamt ‚zu renovieren und noch wirksamer zu machen'. Ziel des GRÜNEN Antrags soll deshalb sein, die Praktiken des Verfassungsschutzamtes gegen Angehörige der Friedensbewegung, der Gewerkschaften, von Bürgerinitiativen, internationalen Solidaritätskomitees und politischen Parteien aufzuklären.*"

Hannegret Hönes schreibt an Kohl

Die Fraktionssprecherin hat Kanzler Kohl in einem Brief aufgefordert, sich bei seinem Zusammentreffen mit Frankreichs Staatspräsident Mitterand Ende August als Fürsprecher von Greenpeace zu betätigen:

„*Es wäre nicht richtig, würden bei diesem Treffen das verbrecherische Attentat auf die ‚Rainbow Warrior', die Ermordung des portugiesischen Pazifisten Fernando Pereira, der schleichende Völkermord an den Völkern im Südpazifik und die nachträgliche Rechtfertigung des gewalttätigen Vorgehens gegen die gewaltfreien Aktionen der Organisation Greenpeace unerwähnt bleiben.*

Wir fordern Sie dringend auf, um eine weitere Eskalation dieser menschenverachtenden Vorgänge zu verhindern, schärfstens dagegen zu protestieren, wenn die Aussage aus Ihrer Regierungserklärung: ‚...Ich bitte alle unsere Bürger und die Verantwortlichen, den Schatz unserer Natur, Boden, Wasser und Luft pfleglich zu nützen,' nicht nur eine leere Phrase bleiben soll.

Wir bitten Sie, uns nach Ihrer Rückkehr umgehend über den Verlauf Ihres Gespräches zu informieren." (23.8.)

Von einer Antwort des Kanzlers ist uns nichts bekannt.

„Positive Identifikation mit schwulen Politikern"

Mit dem grünen Nachrücker Herbert Rusche sitzt erstmalig ein offen schwuler Abgeordneter im Bundestag. Aus diesem Anlaß erklärt der grüne Pressedienst:

„*Wie in fast allen gesellschaftlichen Gruppen gibt es auch unter den Bundestagsabgeordneten ca. 5 % homosexuelle Frauen und Männer. Leider wird das von den meisten Betroffenen noch immer verheimlicht und geleugnet.*

Zu einem vernünftigen und diskriminierungsfreien Umgang mit Homosexualität ist es unerläßlich, daß sich Schwule in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ihrer sexuellen Orientierung

net.

Zu einem vernünftigen und diskriminierungsfreien Umgang mit Homosexualität ist es unerläßlich, daß sich Schwule in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ihrer sexuellen Orientierung

bekennen. In diesem Zusammenhang begrüßen die GRÜNEN IM BUNDESTAG das mutige Bekenntnis des Bundesanwalts Manfred Bruns. (...)

Herbert Rusche und Manfred Bruns können nur ein Anfang sein! Wir fordern alle Homosexuellen, vornehmlich jene in gesellschaftlich wichtigen Positionen (z.B. Bundestag) auf, zu ihrer Homosexualität zu stehen. Dies wäre eine Voraussetzung dafür, daß sich das Zusammenleben von Homosexuellen und Heterosexuellen frei von Diskriminierung gestalten läßt. Eine positive Identifikation mit i h r e n schwulen Politikern, Schauspielern, Ärzten, Sportlern etc. würde homosexuellen Jugendlichen das ‚Coming out' überdies erleichtern.

Herbert Rusche überreichte dem Bundestagspräsidenten ein Buch über den schwulen Politiker Harvey Milk aus San Francisco für die Bundestagsbibliothek." (4.10.)

Bundesregierung soll PLO anerkennen

Zu dem Bomben- und Raketenangriff der israelischen Luftwaffe auf die Zentrale der PLO in Tunesien erklärt der Sprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Christian Schmidt: „*Der Bomben- und Raketenangriff der israelischen Luftwaffe auf die Zentrale der PLO in Borj Cedria (Tunesien) ist ein Schlag gegen alle Friedens- und Verständigungsbemühungen im Palästina-Konflikt. Die israelische Regierung ist offensichtlich eher bereit, einen neuen Nahost-Krieg anzustiften, als über Verhandlungen mit der PLO einen Weg zu suchen, der das Zusammenleben, den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen u n d des palästinensischen Volkes in dieser Region sichern könnte. Der israelischen Regierung ist bei der Verfolgung ihres Ziels — die PLO zu zerschlagen, um das palästinensische Westjordanland und den Gaza-Streifen besetzt zu halten — auch die Souveränität anderer Staaten in der Region gleichgültig: daran hat sich seit dem israelischen Überfall auf den Libanon im Juni 1982 offenbar nichts geändert. Umso ernster müssen darum auch die Drohungen der israelischen Regierung genommen werden, auch das PLO-Büro in der jordanischen Hauptstadt Amman anzugreifen. Für die Kriegspolitik der israelischen Regierung gegen die PLO und die arabischen Staaten, in denen die PLO Asylrecht genießt, sind Terroranschläge gegen jüdische Bürger — wie jüngst in Larnaca — keine Entschuldigung. Die PLO hat erklärt, daß sie für diesen Anschlag nicht verantwortlich ist, und hat ihn verurteilt — so wie sie nachweislich auch nicht für den seinerzeitigen Anschlag im Frühjahr 1982 in London verantwortlich war, den die israelische Regierung als Vorwand für ihren Libanon-Krieg benutzt hat.*

Die Grünen im Bundestag verurteilen gleichfalls die Rückendeckung, die die Regierung der USA der israelischen Regierung für ihren Überfall in Tunesien gegeben hat. Es ist vor allem die amerikanische Billigung und Unterstützung solcher Politik, die die israelische Regierung in ihrer Auffassung bestärkt, sie könne fortgesetzt im Nahen Osten den wilden Mann spielen." (2.10.)

„SPD auch in der Sicherheitspolitik koalitionsunfähig"

Zu den Haushaltsberatungen im Verteidigungsausschuß erklärt der Obmann der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Torsten Lange:

„*Mit Spannung sehen die GRÜNEN IM BUNDESTAG den Anträgen der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß entgegen. Ließen doch die ‚von Bülow-' und ‚Scheer-Papiere' erwarten, daß die SPD gemäß ihrer neuen Devise ‚Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit' einschneidende Reduzierungen bzw. Streichungen bei Beschaffung von vor allen Dingen offeniv verwendbaren Großwaffensystemen und beim Personal vorschlagen würde: Die SPD bleibt jedoch ihrer militaristischen Tradition treu: Leopard 2, MRCA, Alpha-Jet, Fregatte 122, MARS, usw.*

von vor allen Dingen offeniv verwendbaren Großwaffensystemen und beim Personal vorschlagen würde: Die SPD bleibt jedoch ihrer militaristischen Tradition treu: Leopard 2, MRCA, Alpha-Jet, Fregatte 122, MARS, usw.

sollen auch nach ihrem Willen beschafft werden. Keine einschneidenden Vorschläge beim Personalabbau; und auch den Titel 1420 ‚Wehrforschung', der finanzielle Grundstein für die Waffen von morgen, läßt die SPD ungeschoren. Die GRÜNEN IM BUNDESTAG dagegen haben ein Paket von Kürzungs- und Streichungsanträgen vorgelegt, in dem

— die Beschaffungsprogramme für offensiv verwendbare Großwaffensysteme gestrichen werden,

— die Erforschung destabilisierender Waffen von morgen unterbunden wird,

— sich die Personalplanung an der demographischen Entwicklung orientiert,

— die militärischen Aktivitäten gesenkt werden,

— ein Umstellungsprogramm von Rüstungs- und Friedensproduktion vorgeschlagen wird,

— eine Bundesanstalt für diese Umstellung (Konversion) gefordert wird.

Hilfs- und konzeptionslos dagegen die SPD. Originalton Erwin Horn, Obmann im Verteidigungsausschuß: ‚Die SPD läßt sich nicht zum Inststrument einer Partei machen, die gegen die Bundeswehr und die NATO ist.' Er kündigte an, daß seine Fraktion keinem Antrag der GRÜNEN zustimmen werde. Der SPD-Abstimmungsblock rollte selbst über unstrittige Vorschläge der GRÜNEN hinweg, wie die Erhöhung von ‚Ersatzleistungen für Straßen- und Wegeschäden'.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG werden ihre und die Anträge der SPD der Friedensbewegung vorstellen. Dort trennt sich die Spreu vom Weizen." (3.10)



Vor der Bundestagswahl 1987: Die SPD will die Mehrheit

Ein Überblick über die SPD-Programm- und Erneuerungsdebatte

Das neue ‚Wir-Gefühl bricht sich Bahn in der SPD. Dem Rausch nach den Wahlerfolgen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen folgte ein vorübergehender Katzenjammer: Die Angst vor dem Erfolgsdruck bei der Bundestagswahl 1987 und die innerparteiliche Verzagtheit gegenüber der Möglichkeit eines Wahlsieges. Doch die ist überwunden. Die SPD setzt auf Sieg 1987. Johannes Rau wird der Kanzlerkandidat werden: „*Indem wir Johannes Rau um die Kandidatur bitten, zeigen wir, daß wir 1987 auf Sieg setzen. Wenn ich noch einmal angetreten wäre, würde dies als ein Signal verstanden, wir wollen erst 1991 wieder an die Regierung kommen*". Kein Geringerer, als der Kanzlerkandidat 1983 und Fraktionsvorsitzende der Bundestagsopposition, Hans Jochen Vogel, gab dieses Signal für die Öffentlichkeit (FR, 18.9.85).

Intern waren die Weichen allerdings recht früh nach dem NRW-Wahlsieg im Mai auf die 87er Mehrheit gestellt worden. Willy Brandt hatte auf dem Bremer SPD-Parteitag am 22. Juni dieses Jahres davon gesprochen, daß die Partei den Wahlsieg „*mit aller Kraft anstreben*" will und den Zeitplan der Programmerstellung — der ursprünglich die Wiedergewinnung der Regierungsmehrheit 1991 einplante — korrigiert. Zwar soll die programmatische Erneuerung weiterhin mit der Verabschiedung des „neuen Godesberg" 1988 abgeschlossen werden, doch soll die allseits programmatisch erneuerte Sozialdemokratie bereits 1986 präsentiert werden. Da „*1986 der Wahlkampf noch wichtiger (ist), als die Programmdebatte*", soll jetzt bereits im Frühsommer 1986 ein erster Programmentwurf vorgelegt werden und im Herbst 1986 dem Parteitag „*in einer Art Erster Lesung unterbreitet*" werden. Dadurch, so Brandt, soll „*der politische Gegner keine Chance haben zu behaupten, wir verschwiegen unsere weiterreichenden Absichten*". Zugleich soll so erreicht werden, „*daß die Impulse einer Programmdiskussion, die erst 1988 abgeschlossen werden soll, schon 1987 ihre Schubkraft entfaltet*". Noch ein anderer macht ganz auf Sieg. Die SPD hat, „*wenn überhaupt nur 87 die Chance, noch in diesem Jahrhundert die Regierungsmacht in Bonn zurückzugewinnen ... So schlecht wie jetzt wird die CDU nie wieder sein*", so das SPD-Jung-„Genie" und Rau-Manager, Bodo Hombach. Für ihn ist das Brechen der CDU-Kompetenz auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die mehrheitsentscheidende Frage. In den neunziger Jahren aber käme der Union die demographische Entwicklung zugute, die den Arbeitsmarkt auch ohne eigenes Zutun entspannen würde (Hombach in FR, 28.6.85).

Das Ende der ‚Rot-Grün'-Option

Beflügelt wird die SPD zunehmend durch positive Umfrageergebnisse, die Rau als Kanzler (laut Allensbach im September 43 %) weit vor Kohl (32 %), die SPD (44 %) vor der CDU/CSU (43%) sehen. Damit im Rücken wird der Kurs der Partei festgelegt: Priorität für 1987 hat das Ziel, Mehrheitspartei zu werden. So banal diese Absicht klingen mag, hat sie auch etwas mit der veränderten Parteistrategie und ihren Bündnisbemühungen zu tun. Noch im letzten Jahr schien die Festlegung auf „rot-grüne" Bündnisse zu überwiegen, Hessen sollte Modell hierfür werden. Allerdings war dies noch von anderen Überlegungen bestimmt: Niemand in der SPD sah die Rückgewinnung einer Mehrheitsposition als realistisch an, so daß der Machterhalt in den Ländern Priorität hatte. Dies ging aber weder mit einer ‚Großen Koalition', noch mit einem Koalitionspartner FDP, da beides ein Sprengsatz für die christlich-liberale Koalition im Bund geworden wäre. Blieben also nur die Grünen. Erst die Wahlerfolge ohne die Grünen im Saarland und NRW sowie der anhaltende Meinungstrend für die SPD haben die derzeitige Strategie möglich gemacht.

Der Sieg Lafontaines wurde mit einer deutlichen Abgrenzung von den Grünen erreicht. In NRW war Rau noch deutlicher anti-grün und in Niedersachsen ist Schröder, der ursprünglich sehr klar auf eine Mehrheit mit den Grünen gegen Albrecht gesetzt hatte, vollständig auf den neuen Kurs eingeschwenkt. Seither gelten die Grünen als „*nicht bündnisfähig*"; sie seien „*weder in der Lage noch willens*" eine Koalition einzugehen, und unverfroren wird der Person Otto Schily ein Angebot zur Zusammenarbeit unterbreitet, wenn er mit den Grünen bricht.

Weder im Bund, wie der designierte Kanzlerkandidat Rau mehrfach erklärte, noch im Land Niedersachsen wird auf die Koalition mit den Grünen gesetzt. Rau spricht von der „*Koalition mit den Wählern*" und der Erringung der absoluten Mehrheit. Schröder sieht zwei etwa gleich große Lager SPD/Grüne gegen CDU/FDP. „*Die Frage ist jetzt, wer das Lager links vom konservativen Block organisieren wird. Ich meine, die Sozialdemokraten müssen den Wahlkampf mit diesem Anspruch führen, daß wir allein dieses Lager organisieren. Ich kämpfe für die SPD, nicht für eine Koalition, zumal es gar nicht sicher ist, ob die Koalition mit den Grünen überhaupt möglich wäre*" (FR, 1.10.85).

Damit wird die SPD auch weiterhin nicht Bündnisse mit den Grünen ausschließen, wenn dies wie in Hessen dem Machterhalt dient oder wie es möglicherweise in Niedersachsen kommen könnte, dem Machterwerb dienlich wäre. Aber zu Grabe getragen ist damit Willy Brandts Option aus den Jahren 1982/83 einer „rot-grünen" Mehrheit links von der CDU. Die Grünen werden nicht mehr erstlinig als in kauf zu nehmender Koalitionspartner auf absehbare Zeit behandelt werden, sondern das grüne Potential, zumindest ein Teil davon, soll gleich für die SPD gewonnen werden. Bündnispolitisch hält sich die SPD zudem immer noch, oder schon wieder, die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Liberalen offen, sichtbar an dem Bemühen, die Gemeinsamkeiten in der Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik mit der FDP zu betonen und entsprechende Differenzen in der Regierungskoalition zu vertiefen.

Das Mehrheitskonzept

Erste Säule ist die Stabilisierung des Einflusses in der traditionellen SPD-Wählerschaft, insbesondere bei den Arbeitern durch Schulterschluß mit den Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und beim Thema Arbeit und Umwelt, sowie durch die Rückgewinnung 1983 verlorengegangener Stimmen an die CDU. 2,5 % mehr Wählerstimmen erhofft Willy Brandt sich hier (Spiegel, 1.7.85).

Zweite Säule soll die Stabilisierung als Reformpartei gegenüber dem im weitesten Sinne grünen Wählerpotential sein (Brandt: + 2,5 %). Dem gelten die Bemühungen in der Friedensbewegung, die Profilierung als Umweltpartei, die neuentdeckte Frauenfrage sowie die Aufnahme solcher Fragen wie „Selbstbestimmt arbeiten".

Dritte Säule, nicht starr unterscheidbar von den ersten beiden, soll die Gewinnung des „liberal-kulturellen Milieus"(Brandt: + 1 %) sein, das insbesondere durch das „ Projekt der Moderne" (Glotz) angesprochen werden soll, „Zukunft der Arbeit", „technologische Modernisierung" etc.

Vor diesem Hintergrund muß die derzeitige Programmdebatte gesehen werden. Während die sozialdemokratisch orientierte Linke innerhalb wie außerhalb der Partei mit Feuereifer in die Programmdebatte einsteigt und den Sozialismus in und mit der SPD heranreifen sieht, Peter von Oertzen vor den Juso-Hochschulgruppen referiert, „Wie marxistisch kann die SPD sein?", Glotz vor linkem Publikum Gramsci für die SPD reklamiert, sind die Parteimanager und Pragmatiker dabei, den Godesberger Volksparteiansatz auf die Höhe der Zeit zu bringen und Gewerkschaften, konservative sozialdemokratische Wähler, Friedens-,Frauen- und Ökologiebewegte sowie die Linke der siebziger Jahre unter das weite Dach einer erneuerten sozialdemokratischen Reformpartei Nummer Zwei zu bewegen.

Immerhin bietet die Partei für (fast) jeden etwas: Für die Linken — die, wie Bodo Hombach in der „FR" spöttelt, „*die Neuorientierung und Programmarbeit akademisch sauber abschließen wollen*" — die Programmdebatte. Für die Rechten — deren Formierungsversuche in der neugegründeten „Kurt-Schumacher-Gesellschaft" kaum vom Fleck kommen — einen Kanzlerkandidaten Rau, der politisch eher einer der ihren ist, die volle Integration von Hermann Rappe in die Programkommission, der bereits als Arbeits- und Sozialminister gehandelt wird, SPD-Rechte wie Holger Börner, Richard Löwenthal, Helmuth Rohde und Philip Rosenthal in der Programmkommission. Für die Frauen die Quotierungspower („*Schwestern zur Sonne, zur Gleicheit*"), die in Stufen den Anteil von Frauen in Parteigremien und Wahlmandaten erhöhen soll. Da ist es schon ein Erfolg, wenn in der 202-köpfigen Bundestagsfraktion (davon 23 Frauen) der Frauenanteil im Fraktionsvorstand von 5 auf 8 erhöht wird (bei insgesamt 40 Mitgliedern). Dabei hat die personelle Erneuerung der Partei, das Heranziehen von Willys ‚Enkeln — und ‚Enkelinnen wie er später ergänzte — nur Männer nach vorn gebracht: den ‚reifen Enkel Rau für den Bund, Gerhard Schröder in Niedersachsen, Oskar Lafontaine im Saarland (plus Jo Leinen), Klaus Wedemeier und Henning Scherf in Bremen, Rudolf Scharping in Rheinland-Pfalz, Karl-Heinz Hiersemann und Rudolf Schöfberger in Bayern.

Doch was stören solche Kleinigkeiten? Die SPD scheint es trotz aller Erfahrung mit dieser Partei wieder einmal zu schaffen, nach vielen Seiten integrierend zu wirken. Dabei sind die Methoden überhaupt nicht neu. Zweieinhalb Jahre Wende-Regierung haben ausgereicht, daß heute schon kleinste Versprechungen genügen, Druck auf die politische Opposition in der BRD zu machen und man muß wohl kein Prophet sein, um vorherzusagen, daß nachdem jetzt prominente grüne ‚Fundis wie Annemarie Borgmann und Willi Hoss öffentlich für ein Bündnis mit der SPD plädiert haben, es kaum ein Halten bei den Grünen geben wird, wenn die SPD ihren derzeitigen Kurs weitertreiben kann. Beispielsweise das Interview mit Rau im Kölner „Express" vom 16.10., das einigen Staub aufgewirbelt hat und zu dem die DKP schreibt: „*Wir Kommunisten stellen fest: Würde Rau die hier geäußerten Vorhaben zur Grundlage der Bonner Regierungspolitik machen, dann könnten wesentliche Forderungen der Arbeiter- und der Friedensbewegung durchgesetzt werden*"(UZ, 18.10.). Und was hat Rau gesagt?

„*Es gibt insgesamt 23 neue Gesetze, die in das soziale Netz einschneiden. Ich würde als Kanzler sicherlich alle Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen. Vom Mutterschaftsgeld über Schüler-BAföG bis zur Arbeitslosenunterstützung*". Aufregungen darüber, daß damit ja auch Gesetze aus der Schmidt-Ära betroffen seien, wurden umgehend beruhigt: Rau habe ja nur die aufgezählten drei wichtigsten Gesetze gemeint. Weiter will Rau eine mögliche Gesetzesänderung des 116 Arbeitsförderungsgesetz (kein Kurzarbeitergeld für Ausgesperrte) ebenfalls rückgängig machen und eine gesetzliche Regelung einführen, daß Beamte nicht als Streikbrecher eingesetzt werden können. Und jetzt wörtlich die Passage, die die CDU zum Schäumen und die DKP ins Schwärmen brachte: „*Falls bei der Regierungsübernahme ein SDI-Vertrag vorliegen sollte, werden wir darüber verhandeln, wie das Ganze rückgängig gemacht werden kann. Das gilt natürlich auch für den NATO-Doppelbeschluß*". Schön, schön, nur hat Rau nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß man mittlerweile dagegen ist und darüber mit den Partnern im NATO-Bündnis verhandeln will. Und da gehören ja wohl mindestens zwei dazu, wovon einer Reagan bzw. die US-Administration sein wird. Dann wird man sich nicht einigen und es bleibt das Bedauern. Denn Rau hat nicht gesagt: SDI läuft nicht und die Raketen kommen weg, wohlweislich nicht. Der anlaufende Vorwahlkampf gibt also einigen Vorgeschmack auf das, was an Versprechungen, Relativierungen und Herumlaviererei noch alles zu erwarten ist und wie sehr die Sozialdemokratie schon wieder ohne substantielle Zugeständnisse dabei ist, neue alte Reformhoffnungen zu wecken.

Godesberger Erneuerung

Mit dem Godesberger Programm der SPD aus dem Jahre 1959 schuf die Partei die Voraussetzung für ihre spätere Regierungsbeteiligung (1966 in der ‚Großen Koalition', ab 1969 bis 1982 in der sozialliberalen Koalition).

Godesberg, das war das Bekenntnis zur Westintegration der BRD, das war das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, zur schrittweisen Verbesserung des Kapitalismus ohne seine Grundlagen anzutasten. Das bis dahin in der SPD nach wie vor geltende Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wurde zugunsten der dauernden Aufgabe eines Sozialismus im Geiste der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität revidiert. Willy Brandt hat nun bei der neuen Programmdebatte darauf hingewiesen, daß es nicht um neue Grundsätze der Partei, sondern nur um ein erneuertes Programm gehe (Rede „25 Jahre nach Godesberg" vom 12.11.84). In seiner programmatischen Rede auf dem Bremer SPD-Parteitag am 22. Juni 85 betonte er, „*nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, ‚Godesberg solle in prinzipieller Hinsicht ersetzt werden*", es solle nur fortgeschrieben werden. Er bezog sich dabei positiv auf den Bericht der Grundwertekommission der Partei, die unter Vorsitz von Erhard Eppler (personell weitgehend identisch mit der Programmkommission) die Vorgaben für die Programmatik gemacht hat.

In diesem „Bericht der Grundwertekommission zum Godesberger Grundsatzprogramm" (ohne Datumsangabe) werden als Grundwerte benannt: Das Bekenntnis zur Demokratie, „*das Bekenntnis zum Grundgesetz und damit zum Staat des Grundgesetzes, den die SPD mit begründet, aufgebaut und ausgestaltet hat. Zu diesem Staat gehört auch die Bundeswehr*". Weiter: „*Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus als einer dauernden, niemals abgeschlossenen Aufgabe. Es gibt keinen Endzustand, in dem sich die gesellschaftlichen Widersprüche auflösen*" ... „Das Bekenntnis zu den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität"... „Die Entscheidung für die Volkspartei"... „Die Anerkennung des Marktes als eines wichtigen Mittels für die Wirtschaft jeder Industriegesellschaft. Godesberg hat Planung und Markt, Vergesellschaftung und freie Unternehmerentscheidungen in den Rang von Mitteln zurückverwiesen, , deren sich demokratischer Sozialismus zur Erreichung seiner Ziele pragmatisch bedienen kann und muß. Dabei soll es bleiben". Gleichzeitig wird festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit, der technische Wandel, die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Arbeitsteilung, die Zerstörung der Umwelt, die Verschuldung der armen Länder, das Wettrüsten, der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins (Zukunftssangst) sowie das Entstehen neuer sozialer Bewegungen neue Fragen aufgeworfen haben, die auf der Basis der weiterhin gültigen Grundwerte neue Antworten erfordern würden. Damit sind auch im wesentlichen die politischen Felder der derzeitigen Programmdebatte benannt.

Ein Überblick

„*Zum erstenmal in seiner Geschichte gefährdet der Mensch das Überleben seiner Gattung. Durch nukleare Waffen, aber auch durch Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen kann die Menschheit sich selbst auslöschen*". So beginnt der Entwurf für eine Präambel des neuen Grundsatzprogramms (Vorwärts, 8.6.85). Frieden und Ökologie bilden daher auch Hauptpunkte der programmatischen Erneuerung. Bezieht man die Programmdebatte allerdings entsprechend Brandts Aufforderung auf das Ziel der Mehrheitsgewinnung 1987, so steht die **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** im Mittelpunkt. 1986 will die SPD endgültig den Vorsprung der CDU in der Wirtschaftspolitik brechen. Daher sieht der sozialdemokratische Zeitplan auch vor, dieses Thema voraussichtlich im Mai 1986 auf einem wirtschaftspolitischen Kongreß groß herauszustellen. Hamburg wurde als Ort wegen der bevorstehenden Bürgerschaftswahlen hierfür ausgewählt. Ein neuerer Entwurf zum Thema liegt bislang noch nicht vor.

Relativ weit gediehen sind die Arbeiten auf dem Feld der **Friedenspolitik**, wenngleich auch hier noch kein Entwurf vorliegt. (Das stark in den Vordergrund gespielte „Bülow-Papier" ist bislang nur ein Teilbeitrag). Die Grundlagen wurden mit dem Kölner Parteitagsbeschluß vom 19.11.84 gelegt, auf dem der Stationierungsstopp für Mittelstreckenraketen beschlossen wurde. Die Unterstützuing des Palme-Vorschlags für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gehört ebenso zu den Konturen einer „*neuen Entspannungspolitik*", wie das gemeinsame

Fortsetzung nächste Seite

Mit dem Tanker auf offener See ...

— Die Europa-Vision der SPD —

In diesen Tagen erscheint das Buch von Peter Glotz „Manifest für eine europäische Linke". Die „Zeit" hat Auszüge aus dem Buch bereits veröffentlicht („Ein Kontinent, hilflos und schweigsam", „Die Zeit", Nr. 38, 13.9.85 und Nr. 39, 20.9.85). In der italienischen PCI wird das Manifest bereits diskutiert (s. „Das Argument" Nr. 152, Juli/August 1985, S. 543 ff).

Mit dem Manifest wirft Glotz Fragen nach der Zukunft der EG, nach der kulturellen und ökonomischen Autonomie EG-Europas und den Aufgaben der Linken in der EG auf. Da ist vom Ausverkauf an die USA die Rede, von der Hilflosigkeit der klassischen Arbeiterbewegung, von der ökologischen Misere usw. usf. Kaum ein Stichwort der linken Diskussion, das nicht fiele. Glotz, der mittlerweile selbst das Positive an Gramscis Leninismus für die SPD reklamiert, versucht, die linke Konzeptionslosigkeit zu nutzen.

Es sei jedem dringend angeraten, das Glotz-Manifest gründlich zu lesen, denn es entwickelt die Integrationslinie der SPD, mit der diese in der Linken und den intellektuellen Schichten insgesamt ihre „langfristigen Diskurse" (Glotz) entfalten will, um so den Tanker SPD wieder zum unumstrittenen Zentrum der Linken zu machen.

In diesem Artikel soll sich weitgehend auf die Europa-Strategie beschränkt werden, da diese von besonderem Interesse ist. Glotz versucht mit dem Manifest, der These von Bülows über die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" einen strategischen Rahmen zu geben. Untersucht werden soll hier, ob das Manifest von Peter Glotz tatsächlich eine neue SPD-Politik repräsentiert, eine „Linkswende" der SPD.

Droht der Untergang Europas?

Glotz sieht den Einfluß Europas in der Welt langsam dahinschwinden. Wenn sich nicht Grundlegendes ändere, werde Europa zur Jahrtausendwende ein „imaginäres Museum" sein. Grund für diese Machtverschiebungen in der Welt sei zum einen ökonomisch die „zweite große Stockungsphase des 20. Jahrhunderts" und zum anderen politisch der „Machtverlust der Einzelstaaten ... gegenüber den Zentralbanken, den international operierenden Geschäftsbanken, den transnationalen Finanzmärkten und den multinationalen Konzernen". Glotz geht davon aus, daß EG-Europa in seiner jetzigen Gestalt die dritte technische Revolution nicht überleben wird:

„Entweder wir formen eine neue, die alten Lager und die nationalen Grenzen überspringende, historisch operierende europäische Führungsschicht, oder wir enden im Ekel vor der Selbsterhaltung, sensibel und demoralisiert, bestenfalls in satirischer Résistance".

Die *zentrale These* des Glotz-Manifestes lautet, daß eine nationalstaatliche Lösung der Krise in Europa unmöglich ist — jedenfalls für die Linke, worunter er vornehmlich die SPD versteht. Diese These muß man unter zwei Fragen diskutieren: erstens in bezug auf die Strategiediskussion der SPD und zweitens in ihrer Funktion für das Glotz-Modell einer Wiedererlangung der „Hegemonie". In dieser letzten Funktion dürfte es Glotz durchaus klar sein, daß er damit ein Terrain für die politische Auseinandersetzung, für den „Diskurs", absteckt, auf dem die Grünen der SPD wenig bis nichts entgegenzusetzen haben.

Glotz diagnostiziert „geistig-moralische Erstickungsanfälle der europäischen Eliten", eine „Agonie des Politischen", die hinausliefe auf einen „weinerlichen Austritt Europas aus der Geschichte". Europa sei bloß ein „geographischer Begriff" „ohne soziale Vision und historische Mission".

Verantwortlich macht Glotz für diese intellektuelle Ressourcenknappheit die „politischen Führer der europäischen Bourgeoisie": „Die neokonservativen Führungsgruppen der westeuropäischen Staaten liefern Westeuropa der amerikanischen Hegemonie aus".

Daß bislang die sozialdemokratischen Führungsgruppen nichts anderes taten, verschweigt Glotz natürlich. Aber warum schreibt ein SPD-Funktionär überhaupt solche Sachen?

Glotz geht a. davon aus, daß alle Konfrontationspolitik gegenüber der UdSSR in Europa endgültig gescheitert sei und das hemmungslose Hochrüsten daher keinen Sinn mache und b. davon aus, daß EG-Europa den Anschluß an die „dritte industrielle Revolution" nur schafft, wenn die Rüstungskosten drastisch gesenkt würden. Dabei geht es ebenso wie bei den Thesen von Bülows um die Entwicklung einer neuen außenpolitischen Perspektive. Die Grundthese des „Manifestes" heißt, daß die Beibehaltung der bisherigen außenpolitischen Orientierung EG-Europa ökonomisch und politisch endgültig in's Abseits drängt. In dieser Situation möchte Glotz ein neues Bündnis „quer zu den Klassen" erzielen, eine „europäische Strategie".

Ein „Historischer Block" zur Rettung Europas

Die Linke (d.h. die SPD) müsse „bündnisfähig werden für neue soziale Bewegungen wie für Kernschichten des produzierenden, arbeitenden europäischen Kapitals", um den „Kapitalismus ... weiterzuentwickeln zur sozialen Demokratie". Dabei unterstellt Glotz ein „relatives Klassengleichgewicht" in den EG-Staaten, das dazu führe, daß ein grundlegender Angriff auf den Sozialstaat zu einem „ausblutenden Stellungskrieg der Klassen" werde, der den ökonomischen Fortschritt in Europa vernichte. Mit einem Satz: Wie im 19. Jahrhundert argumentiert ein Teil der heutigen SPD, daß der Ausbau des Sozialstaates im Interesse des Kapitals liege, weil dieses unter einer Zuspitzung der Klassengegensätze letztlich kaputtginge. Der historische Kompromiß, den Glotz da anstrebt, besteht darin, den historisch gewachsenen Sozialstaat den Arbeitern und den industriellen Fortschritt samt internationaler Konkurrenzfähigkeit den Kapitalisten zu garantieren. Dieses Bündnis soll in allen EG-Staaten zustandegebracht werden, um ein „industrielles Europa aufzubauen" (als ob Europa ein Agrarstaat wäre!), d.h. „Mikroelektronik, Telekommunikation und Biotechnologien" durch eine „gemeinsame Forschung und eine gemeinsame Industrieproduktion aufbauen". Dazu gehöre dann auch „eine zweite Ostpolitik, die den Europäern zuerst einmal Luft schafft, indem sie im Osten und im Westen die Rüstungskosten mindert". Daß dies alles im Rahmen der NATO geschehen soll, versteht sich für ein SPD-Mitglied von selbst.

Er sucht einen Ansatz, noch einmal die europäischen Völker für eine Modernisierung des Kapitalismus zu gewinnen. Glotz zieht gar nicht erst in Betracht, daß aus dem prognostizierten „Ausbluten" des europäischen Kapitalismus etwas anderes als Stagnation, als ein „Museum", entstehen könnte: die Einsicht, daß es auf kapitalistischem Wege eben nicht weitergeht. Zugutehalten kann man ihm dabei allerdings, daß bislang nichts für eine sozialistische Alternative spricht. Denn in einem Punkt hat Glotz absolut recht:

„Es ist typisch, daß die europäische Arbeiterbewegung auf diese Entwicklung noch schlechter vorbereitet ist als die angeblich planungswillige Bourgeoisie". (Das ist vermutlich ein Druckfehler in der „Zeit". Es müßte heißen: „planungs*un*willige Bourgeoisie").

Glotz argumentiert vom Standpunkt des „vernünftigen" Kapitalismus aus. Daran gibt es gar nichts zu deuteln. Um „antikapitalistische Strukturreformen", wie sie die Jusos wünschen (vgl. AK 253: „Strategiedebatte bei den Jungsozialisten", S. 43 f), geht es ihm nicht. Sondern es geht ihm darum, den Neo-Konservativen, d.h. konkret der CDU/CSU samt Appendix FDP, die Fähigkeit zur Krisenbewältigung im Sinne des Kapitalismus abzustreiten: „Nur eines wird dem Konzept der Zwei-Drittel-Gesellschaft nicht erreichbar sein: Europas Stellung im wirtschaftlichen Wettbewerb mit den überseeischen Konkurrenten zu halten, eine eigene historische Rolle der alten Nationen oder gar einen neuen Impuls für Europa zu entwickeln". Dieser Impuls ist für Glotz unbedingte Voraussetzung einer Konkurrenzfähigkeit und besteht aus einem Ausbau der europäischen Integration: „Der erste Schritt in eine überstaatliche Organisation für ein wissenschaftliches und industrielles Europa muß in der Europäischen Gemeinschaft versucht werden; wenn er mißlingt, ist nahezu jede andere Konfiguration, die zu übernationalen Institutionen, Strukturentscheidungen und Außenzolltarifen führt, besser als das demagogische Theater und die würdige Hilflosigkeit handlungsunfähiger Gipfelkonferenzen".

Glotz tritt daher für die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat ein, d.h. für das sog. „Europa der zwei Geschwindigkeiten".

Bislang herrscht in der EG das Prinzip der Einstimmigkeit, was de facto jedem Mitgliedsstaat ein Vetorecht einräumt. Zuletzt machte die BRD davon Gebrauch, als sie in Gestalt des Neujunkers Kiechle eine Senkung der Getreidepreise in der EG verhinderte. Seit längerem wird mit wechselnden Fronten in der EG über einen Übergang zum Mehrheitsprinzip diskutiert, was realiter darauf hinausliefe, daß nur ein Teil der EG einen forcierten Integrationskurs einleiten würde, während der Rest entweder zähneknirschend mitspielen oder aber sich verabschieden müßte. Eben dieses „Europa der zwei Geschwindigkeiten" wird von Glotz propagiert.

Der eigentliche Kern dieser Vorstellungen ist ganz klar und eindeutig die sozialdemokratische Sozialstaatsdoktrin, die seit der Weimarer Republik behauptet, daß alle Klassen von der Prosperität des Kapitalismus profitieren, daß die reaktionäre Politik dem Kapital bloß schadet usw. usf.

Ganz traditionell sozialdemokratisch ist auch die Unart, allerlei Reformen zu entwerfen und nicht anzugeben, mit wem und gegen wen man diese erstreiten will. Glotz erklärt, die „konventionelle Linke — die Kader der Gewerkschaftschaften und der sozialdemokratischen Partei, also im Kern die gewerkschaftlich organisierte Facharbeiterschaft und Teile der Staatsbürokratie — ist nirgends stark genug, die Krise im Besitz der Macht durchzustehen". Und in dem Gramsci-Referat behauptete Glotz, in keinem EG-Staat wäre eine einzelne Partei „stark genug, die Rechten kontinuierlich zu begrenzen oder gar zu brechen". Die sich aus solchen Einschätzungen ergebende Frage, mit welchen *politischen* Kräften in der BRD Glotz seine Konzeption umzusetzen gedenkt, bleibt ungestellt und unbeantwortet. Zumal gleichzeitig die Herren Vogel und Rau erklären, die SPD setze auf „Sieg", d.h. absolute Mehrheit.

Interessant sind letztlich nur zwei Stränge in der Glotz-Argumentation: 1. der „Verzicht auf die Wiederherstel-

Fortsetzung nächste Seite

Prophetisches von 1909

Der führende Theoretiker der alten SPD, Karl Kautsky, schrieb 1909 in einer vom Parteivorstand heftig bekämpften Broschüre:

„Die Vereinigten Staaten sind der gefährlichste Konkurrent der deutschen Industrie. ... (Amerika verfügt) über die billigsten Lebensmittel und produzieren fast alle Rohstoffe selbst. Dabei hat es den Vorteil, keine nennenswerte Landmacht zum Nachbarn zu haben. Es braucht nicht eine halbe Million Menschen jahraus jahrein durch öde Soldatenspielerei der Produktion zu entziehen. Je mehr der Militarismus in Europa steigt, desto gewaltiger wächst die industrielle Überlegenheit der Vereinigten Staaten, desto mehr wird der wirtschaftliche Fortschritt Europas verlangsamt. Desto ungünstiger auch die ökonomische Lage der Arbeiterschaft".

(„Der Weg zur Macht", Frankfurt/M. 1972, S. 98f)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Konzept von SPD und SED für eine chemiewaffenfreie Zone. Dabei beschränkt sich die SPD nicht nur auf programmatische Forderungen, sondern versucht ein praktisches Gegengewicht zur derzeitigen Regierungspolitik anzubieten (gemeinsame Initiative mit der SED, Brandt-Besuch bei Honecker, Rau-Besuch in Moskau). Mit der neuen Entspannungspolitik soll gleichzeitig *„eine zweite Ostpolitik"* beginnen, die wie Glotz schreibt, *„den Europäern erst einmal Luft schafft, indem sie im Osten und im Westen die Rüstungskosten mindert. Diese zweite Ostpolitik muß erstens auf der Basis des westlichen Bündnisses operieren und darf zweitens nicht versuchen, das östliche zu zerschlagen oder auseinanderzunehmen; aber sie muß versuchen, beide Bündnisse zu verändern"*.

In seiner Bremer Rede hat Willy Brandt zufrieden resümiert: *„Wir haben die Sozialdemokratie nach Jahren des Zweifels wieder eindeutig als Partei des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung bestätigt. Dadurch haben wir die Partei mit sich selbst und mit einer deutlichen Mehrheit unseres Volkes ins Reine gebracht. Wenn heute einige glauben, hämisch vermerken zu müssen, die Friedensbewegung sei tot, dann sage ich: Ihre Impulse leben, gerade auch in der SPD, und sie sind dort gut aufgehoben"*.

Zur programmatischen Erneuerung gehört auch die **„Europäisierung"** der Partei. *„Mit der Selbstbehauptung Europas muß endlich ernstgemacht werden"*, so Willy Brandt in Bremen. Was damit gemeint ist? Heidemarie Wieczorek-Zeul hat dazu mit dem Segen der Programmkommission einen Entwurf vorgelegt. *„Der Funktionsverlust der Nationalstaaten"* in Europa habe bislang keine Entsprechung in der Schaffung einer europäischen Handlungsebene gefunden. Die aber sei nötig, um im ökonomischen und technologischen Konkurrenzkampf mit den USA und Japan bestehen zu können. Die Stärkung der EG gehört daher ebenso zum Programm wie die Erhöhung des politischen Gewichts des westlichen Europas, eine eigene Außenpolitik, *„entschiedenere Wahrnehmung der europäischen Interessen gegenüber den USA"* sowie eine *„Europäisierung der Sicherheitspolitik"*.

Außenpolitisch hat die SPD mit ihrer von der derzeitigen Bundesregierung unterschiedenen Haltung zu Nicaragua und Südafrika vorgesorgt.

Schließlich der gesamte Bereich der **Umweltpolitik** und grüner Themen. Für die SPD von großer Bedeutung war der Kongreß Arbeit und Umwelt im Frühjahr 1985. Zum einen gelang die Versöhnung der Gewerkschaften mit der Ökologie, zum anderen präsentierte sie sich als ökologische Partei mit Augenmaß. Ihr Programm Arbeit und Umwelt soll sowohl die Umwelt schützen, als auch Arbeitsplätze schaffen, als auch den Prozeß der technologischen Modernisierung, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Schaffung neuer Märkte gleichzeitig fördern. Endlich war der Widerspruch zwischen Arbeit und Umwelt gelöst.

In Reaktion auf grüne Vorbereitungen für ein Entgiftungsprogramm und den Umbau der chemischen Industrie legte die SPD im August „Eckwerte" für eine *„ökologische Modernisierung der Chemieindustrie"* vor. Die Verfasser Hermann Rappe, Freimut Duve und Volker Hauff kündigten einen realistischen Zeitplan für die *„Umrüstung"* der chemischen Industrie auf umweltfreundliche Produktion an, damit — so Rappe — mit einem *„Konzept der Vernunft"* die Chemie *„ihren Wachstumsprozeß ökologisch fortschrittlich fortsetzen"* könne (FAZ, 17.8.85). In Vorbereitung seien ein neues Chemikaliengesetz, eine verschärfte Gefahrstoffverordnung sowie Vorsorgeregelungen für Haushaltschemikalien und Lebensmittelchemie.

In der Atompolitik ist die SPD teilweise auf Distanz zu einigen Projekten gegangen, teils helfen ihr die Grünen wie in Hessen, diesen Eindruck zu erwecken. Kein Ausstieg aus der Atomenergie, aber Protest gegen die WAA wie in Wackersdorf sowie das Bemühen, das Zuschuß-Projekt „Schneller Brüter" in Kalkar vom Hals zu kriegen, gehören zur neuen Linie.

Bleibt schließlich noch ein Thema zu erwähnen, das die SPD den Grünen klauen will: Mit der Bildung einer „Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen" (Klose-Kommisson) soll *„eine Brücke zwischen dem traditionellen Genossenschaftswesen und der Selbstverwaltungswirtschaft neuen Typs"* geschlagen werden. Gefordert wird eine staatliche Förderpolitik, gebunden an Bedingungen wie umweltfreundliche Produkte, Mitbestimmung, um diesen Sektor als Korrektiv zu regionalen Schwächen und „Problemgruppen" zu entwickeln. Erwartet wird durch den *„produktkritischen Ansatz ... eine innovative Chance, auch in etablierte Märkte vorzudringen und für alternative Produkte bzw. Dienstleistungen neue Märkte zu erschließen"* („Selbstbestimmt arbeiten", Materialien zum Genossenschaftswesen).

hr.

SPD-Programmkommission

Vorsitzender: Willy Brandt
Stellvertretende Vorsitzende: Erhard Eppler, Hermann Rappe, Inge Wettig-Danielmeier.
Mitglieder der Kommission: Holger Börner, Ilse Brusis, Horst Ehmke, Hans-Ulrich Klose, Richard Löwenthal, Thomas Meyer, Peter von Oertzen, Heinz Rapp, Fritz Scharpf, Sigrid Skarpelis-Sperk, Franz Steinkühler, Johanno Strasser, Heide Wieczorek-Zeul.
Berater der Kommission: Egon Bahr, Hans Eichel, Tilmann Fichter, Antje Huber, Reimund Jochimsen, Heinz Kluncker, Hans-Jürgen Krupp, Klaus Matthiesen, Helmut Rohde, Philip Rosenthal, Jürgen Schmude, Ulf Skirke, Günter Verheugen, Christoph Zöpel.
Peter Glotz nimmt als Bundesgeschäftsführer regelmäßig an den Beratungen teil.
Die Vorsitzenden der hierfür in Betracht kommenden Kommissionen beim Parteivorstand und eine Reihe weiterer Genossinen und Genossen wurden ebenfalls um Mitarbeit gebeten.

Anmerkung
ARBEITERKAMPF-Artikel zur SPD-Programm-Debatte:
* Viel Lärm um Nichts? (Bülow-Papier) - AK 262
* Die Sicherheitspolitik in der SPD - AK 250
* Rappe/Steinkühler-Papier zur Wirtschaftspolitik - AK 260
* Die ökologische Modernisierung der SPD - Das grüne Wirtschaftswunder - AK 260
* Zum SPD-Programm Arbeit und Umwelt - AK 260

Veröffentlichte SPD-Materialien zur Programm-Debatte:
* 25 Jahre nach Godesberg, Veranstaltung vom 12.11.84 mit Reden von Willy Brandt und Peter von Oertzen
* Godesberg heute, Bericht der Grundwertekommission (ohne Datum)
* Arbeit und Umwelt, Fachkongreß der AfA am 22. und 23.3.85
* Rappe/Steinkühler-Papier zur Wirtschaftspolitik, veröffentlicht in FR, 2.5.85
* Unsere Grundsätze: Entwurf für Grundsatzkapitel des neuen SPD-Programms, veröffentlicht im Vorwärts, 8.6.85
* Die politische Bedeutung Europas für die Strategie der SPD, Manuskript von Heidemarie Wieczorek-Zeul, gebilligte Arbeitsgrundlage der Kommission
* Rede von Willy Brandt vor dem SPD-Landesparteitag Bremen am 22.6.85, Manuskript (auch veröffentlicht in der FR-Dokumentation vom 4. und 5.7.85)
* Selbstbestimmt arbeiten, Materialien zum Genossenschaftswesen und zur Selbstverwaltungswirtschaft, 15.8.85
* Bülow-Papier in FR-Dokumentation vom 13. und 14.9.85
* Wie marxistisch kann die SPD sein? Vortrag von Peter von Oertzen bei den Jusos, FR-Dokumentation, 19.9.85
* Verschiedene Ausgaben der Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Fortsetzung von vorheriger Seite

lung des Kapitalismus in Osteuropa", die „zweite Ostpolitik" mit dem Ziel der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit";
2. die stark betonte „Überstaatlichkeit" der Konzeption, nicht mehr „Modell Deutschland", sondern eine europäische Einigung gegen die US-Hegemonie, die „Figur eines europäischen Sozialstaates" und dies notfalls unter Spaltung der EG.

„Zweite Ostpolitik" — Ausgleich mit der SU?

Im letzten AK wurde der SPD-Militärpolitik nachgesagt, sie stelle sich gegen den „nationalen Konsens", indem sie u.a. mit den Thesen von Bülows der Bedrohungsparanoia entgegenarbeite („Viel Lärm um nichts?", AK 262, S. 2). Glotz argumentiert in die gleiche Richtung wie von Bülow. Womit Glotz dabei bricht, das ist nicht der „nationale Konsens" (Notwendigkeit von NATO und Bundeswehr), sondern allein die Übernahme der US-amerikanischen Aggressionspolitik für EG-Europa.

Glotz geht wie andere auch davon aus, daß eine Austragung der Blockkonfrontation auf der militärischen Ebene reiner Selbstmord wäre und jede „Politik des Roll-back ... eine Verewigung der europäischen Spaltung" erzwinge. Er stellt schlicht fest, daß die Hochrüstung weder zur Kriegsfähigkeit noch zur Überwindung der „europäischen Spaltung" führe und somit sinnlos geworden ist.

Andererseits mag Glotz nicht auf die dämliche Anmerkung verzichten, er wolle zwar keinen „imperialen Anspruch, aber eine gewisse Attraktivität für die osteuropäischen Brüder" erreichen. Die Absage an eine Übernahme der US-amerikanischen Politik für die BRD beinhaltet nicht das Aufgeben integrativer Absichten gen Osten:

„Unser Problem war und ist, daß diese Weltmacht (die SU) sich als mögliche europäische Hegemonialmacht sieht, während wir sie nur als Flügelmacht ertragen wollen". Für Glotz ist die SU heute eine „außereuropäische Macht". Über diese Definition ließe sich akademisch lange streiten. Politisch geht es um ein Szenario, in dem sich die SU langsam aus einem abrüstenden Europa zurückzieht, weil sie mangels struktureller Angriffsfähigkeit des sozialdemokratischen Europa kein

Der Kommentar
Johannes Rau
Vorsicht Vorbild!

Bürgerkanzler Johannes Rau. Was für ein Anspruch. Als ob nicht sattsam bekannt wäre, daß gerade vor Wahlen sich kein Volk so sehr polarisiert, wie das deutsche. Es kann eigentlich nur

Der Kommentar
Johannes Rau
Vorsicht Vorbild!

Bürgerkanzler Johannes Rau. Was für ein Anspruch. Als ob nicht sattsam bekannt wäre, daß gerade vor Wahlen sich kein Volk so sehr polarisiert, wie das deutsche. Es kann eigentlich nur ein CDU-Sympathisant gewesen sein, der dem wackeren Westfalen eine derart blauäugige Strategie empfohlen hat. Abgesehen von der Intelligenz der Wähler — wir hatten einen Bürgerkanzler, Helmut Schmidt. Und wie hat es ihm die eigene Partei schließlich gelohnt?

Hamburger Morgenpost, 30.9.1985

militärisches Glacis mehr braucht. Glotz nennt das, „die Teilung Europas in einem langen historischen Prozeß mildern oder gar erträglich machen". Voraussetzung dessen ist es, Europa zu einer „Zone der Sicherheit" zu machen, „in der weder Chemiewaffen noch nukleare Gefechtsköpfe lagern und in der die Rüstung verdünnt und defensiv ausgerichtet ist".

Was Peter Glotz nicht ausspricht, das ist die *logische* Voraussetzung, daß dieses gesamte Konzept auf der US-amerikanischen Aggressionspolitik basiert. Denn wenn man die Ansicht vertritt, die SU strebe nach Hegemonie über Europa, woher nimmt man dann die Idee, sie könne sich zurückziehen, wenn Europa abrüstet? Einzig aus der Überzeugung, daß angesichts der Weltkriegsdrohung der Ausgleich mit EG-Europa für die SU das geringere Übel ist!

Also entweder die SU strebt nach Hegemonie, dann ist die US-amerikanische Aggressionspolitik integrativer Bestandteil der Glotz-Konzeption; oder die SU strebt gar nicht nach Hegemonie, dann braucht man auch kein „verteidigungsfähiges" Bündnis. Worauf die „zweite Ostpolitik" hinausläuft, ist eine Ausnutzung der Widersprüche zwischen den „Supermächten", ein Ausnutzen der verfahrenen Situation, daß man das „Reich des Bösen" (Reagan) halt nicht zerschlagen kann.

Das soll nicht etwa heißen, es könne der Linken egal sein, welche Variante bürgerlicher Außenpolitik herrscht. Mir ist die sozialdemokratische allemal lieber als der Schlachtruf aus Kalifornien. Klar sein muß man sich nur darüber, daß das „Manifest für eine europäische Linke" eine Weiterentwicklung der alten sozialdemokratischen Entspannungspolitik ist und trotz allem Gerede über die US-Hegemonie an dem NATO-Bündnis festhält. Nicht etwa, weil man von innen heraus die Blöcke besser überwinden könnte, wie J. Rau behauptet, sondern weil erst die US-amerikanische Aggressionspolitik die Voraussetzungen für die sozialdemokratische Außenpolitik schafft. Diese neuzeitliche Variante der Schaukelpolitik, die Glotz anbietet, klingt zunächst recht attraktiv, weil sie effektive Abrüstung in Aussicht stellt. Die Realisierungschancen des Glotz-Konzeptes dürften aber selbst dann minimal sein, wenn die SPD es ernsthaft verfolgen würde (woran viele Zweifel angebracht sind). Das Glotz-Konzept würde nicht allein einen Abzug der US-amerikanischen Gefechtsköpfe und Chemiewaffen aus der BRD, sondern auch die Auflösung der französischen und britischen Atompotentiale beinhalten. Beide Staaten machen alles andere als den Eindruck, ihre Nuklearwaffen verschrotten zu wollen. Vom Malvinas-Krieg bis zur Versenkung der „Rainbow Warrier" läßt sich in beiden Ländern keine politische Kraft ausmachen, die die weltmachtpolitischen Ambitionen grundsätzlich angriffe. Wo also ist überhaupt diese „europäische Linke", mit der Glotz ganz Europa abrüsten will?

Europäische Einigung — für wen?

Von einer Krise der EG ist in letzter Zeit des öfteren die Rede und nicht zum ersten Mal. Spätestens seit Kiechles Veto auch von „Unglaubwürdigkeit" und Konzeptionslosigkeit der westdeutschen Europa-Politik. Die SPD spricht bereits von einem „rasch fortschreitenden Bedeutungsverlust unserer Republik in der Außenpolitik" (Vogel in der „Zeit", Nr. 39, 20.9.1985, S. 3). Demgegenüber entwirft Glotz die „soziale Demokratie als Programm für ein neues Europa". Als Schritte dieses Programms gibt er u.a. an:

„— Eigenständige europäische Entspannungspolitik mit dem Ziel einer radikalen Absenkung der Rüstungskosten in Ost- und Westeuropa.
— Institutionelle Reform der Europäischen Gemeinschaft, Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments vor alem in der Gesetzgebung. Mehrheitsentscheidung im Ministerrat"

(Die übrigen Punkte, von der „Ökologischen Modernisierung" über die „Gleichstellung der Frau" bis hin zum „Kulturprotektionismus" lasse ich beiseite).

Von sämtlichen emanzipatorisch vorgetragenen Ideen findet sich absolut nichts wieder in den Verfassungsfragen der EG. Glotz redet davon, es gelte, in allen EG-Staaten eine „Verfassungsdebatte" zu initiieren zwecks Einführung von Volksbegehren usw. Dies bleibt so abstrakt und nationalstaatlich stehen. Auf der EG-Ebene aber, die er zum Kern der Krisenlösung erklärt, bleibt es bei inkonsequenten Reformen. Wenn schon, warum dann nicht ein wirkliches, handlungsfähiges Europa-Parlament? Wenn schon, warum dann nicht eine konsequente Überwindung der Nationalstaaten?

Dem ganzen Gerede von dem europäischen Sozialstaat, der überstaatlichen Lösung usw. steht an konkreten politisch-strukturellen Änderungen *allein* der Vorschlag von Mehrheitsentscheidungen im *Ministerrat* gegenüber (nicht etwa im EG-Parlament!). Bei Glotz heißt es, „weil nichts davon in den zerbrochenen Gefäßen der Nationalstaaten zu verwirklichen ist: Deshalb Ausbruch nach Europa". Nun ist die Weiterentwicklung der EG tatsächlich ein zentrales politisches Problem für strategische Überlegungen in Europa, denn außer verbohrten Nationalisten kann niemand für ihre Auflösung zugunsten des alten Nationalstaatsprinzips eintreten. Aber wenn man schon diese Frage aufwirft, wie und wohin sich EG-Europa entwickeln soll, dann stellt sich die Frage der demokratischen Struktur. „Europa muß ... den Fortschrittsbegriff sozial und ökologisch rekonstruieren", die „Figur eines europäischen Sozialstaats" herausbilden usw. usf. All das sind hohle Phrasen, wenn man nicht die Frage der staatlichen Struktur aufwirft, die Frage, in welchen politischen Strukturen die europäische Integration einen fortschrittlichen Charakter bekommen kann. (Für Kenner: Glotz imitiert hier auf ganz anderem historischen Boden die Fehler der sozialdemokratischen Programme des 19. Jahrhunderts. Honi soit qui mal y pense ...). Das kann Glotz nur verkaufen, weil niemand bislang die Demokratisierung der EG von links her aufwirft, weil dies für die Linke weitgehend ein Tabu-Thema ist. Man nimmt entweder hin, daß es die EG halt gibt, oder lehnt sie abstrakt-radikal als „imperialistisches Bündnis" ab, ohne sich über ihre Umgestaltung Gedanken zu machen.

So wie sich das Glotz-Konzept darstellt, handelt es sich *nur* darum, *den führenden* EG-Staaten den technologischen Anschluß und eine effektivere Außenpolitik zu erstreiten. Alles was für die europäischen Arbeiterklassen und Mittelschichten dabei abfällt, ist eine Erhaltung des inneren Status quo, des Sozialstaats, den es ohnehin nur im EG-*Zentrum* gibt. Was ist mit der portugiesischen Arbeiterklasse?, der türkischen?, der griechischen? Kein Wort von Glotz zu dem Wohlstandsgefälle innerhalb der EG. Kein Wort zu den politischen Zuständen in der Türkei oder in Irland. Die „Figur eines europäischen Sozialstaats" bleibt solange ein Luftschloß, wie sich eine Handvoll europäischer Führungsmächte an den kleineren EG-Staaten bereichert. Ein Bündnis „quer zu den Klassen" könnte unter Umständen als ein Bündnis zwischen den metropolitären Arbeiter- und Mittelklassen und den benachteiligten Gesellschaften gegen die führenden Bourgeoisien gedacht werden. Ein solches Konzept *könnte* Sinn machen, *wenn* es darum ginge, ein fortschrittliches Europa-Konzept zu verfolgen. Aber Glotz zielt auf ein Klassenbündnis innerhalb der BRD ab, das letztlich auf Kosten anderer Arbeiterklassen der EG lebt. Hehre Kritik am IWF und an der Ausbeutung der Dritten Welt. Bis hin zu dem schönen Satz: „Imperialismus endet in Gewalt, auch wenn es sich um einen Imperialismus der Kredite handelt".

All das soll nach außen, zur Dritten Welt, anders werden, wenn es innerhalb der EG gleich bleibt?, wenn im Namen des „europäischen Sozialstaats" den Basken und Iren nicht einmal das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wird?, wenn Großteile der EG agrarisches Hinterland der EG-Führer bleiben? Glotz will diese Verhältnisse nicht antasten. Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat der EG sind allemal Mehrheitsentscheidungen der europäischen Bourgeoisien, die sich vom Bündnis untereinander mehr versprechen als von Bündnissen „quer zu den Klassen". Daß die BRD-Führer dabei vor allem die eigenen Privilegien im Auge haben, die sich aus ihrer ökonomischen Macht ergeben, liegt auf der Hand. Dabei ist es durchaus denkbar, daß die EG-Strukturen zu einem Hauptobjekt der politischen Kämpfe werden, daß der Straßburger Scheinparlamentarismus auf die Dauer nicht hält. Daß eine Demokratisierung der EG aber ausgerechnet von denen erstritten werden sollte, die die kleineren EG-Staaten als eine Art Kolonialersatz betrachten, ist eine völlig unsinnige Idee.

Achille Occhetto (PCI-Sekretariat) schreibt im „Argument". mit ausdrücklichem Bezug auf Glotz, es gehe um den „Aufbau einer neuen industriellen Demokratie, die auf übernationalem Gebiet den Verlust demokratischer Kontrolle auf der Ebene der Nationalstaaten wettmacht" (S. 545). Richtig darin scheint mir, daß jede sozialistische Strategiebildung heute in nationalstaatlichen Kategorien scheitern muß, daß die ökonomische und politische Verflechtung innerhalb der EG die Linke zu einer (west-)europäischen Strategie zwingt. Es mag zutreffen, daß die Demokratisierung der EG ein sinnvolles Kampfziel ist, um das sich die westeuropäische Linke organisieren ließe. Aber mit der heutigen SPD sicher nicht. Man kann nicht mit Leuten zusammengehen, die mit der europäischen Integration zugleich das Ziel verfolgen, die SU aus Europa zurückzudrängen. Wohl bemerkt: Es geht überhaupt nicht darum, die sowjetischen Soldaten in Europa festhalten zu wollen. Aber in dem Glotz-Konzept steckt schon vom Ansatz her der Wille, Weltpolitik zu machen, am europäischen Wesen den Osten genesen zu lassen. (Daß seine Ausführungen zu diesem Thema ihn bei den Grünen eher hoffähig als unmöglich machen, gehört zu den traurigsten Punkten in Sachen Grüne Partei).



Fazit

Trotz aller Gramsci-Vokabeln, trotz aller Anleihen bei den linken Debatten der letzten Jahre ist das Glotz-Manifest kein Stück fortschrittlicher als die gehabte SPD-Politik (sieht man einmal von bestimmten Etappen der Schmidt-Phase ab). Glotz bricht weder mit der NATO noch mit dem Bündnis EG-USA, er bricht nicht mit der imperialen Absicht, ganz Europa in die kapitalistische EG zu integrieren. Oberster Gott aller Gramsci-Thesen sind die Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals. Er bricht nicht mit dem ökonomischen und politischen Zwang in der EG, der dazu führt, daß sich eine Handvoll EG-Staaten an den anderen bereichert. (Da reicht es auf den Agrarprotektionismus der BRD hinzuweisen oder auf die Handelsstruktur in der EG). Glotz bricht nicht mit der Politik, unter hehrem Geklingel die Linke — und diesmal gleich die europäische! — zur Durchsetzung der ‚vernünftigen' Interessen des Kapitals zu mobilisieren.

Was also an dem Manifest ist fortschrittlich, was bricht mit dem „nationalen Konsens" oder ähnlichem? Das Einzige, was attraktiv scheint, ist die Absage an die US-amerikanische Aggressionspolitik. Aber diese ist doppelzüngig: Es ist eine Absage an die *Übername* dieser Politik für EG-Europa, aber nicht eine Absage an das *Bündnis* mit dieser Politik. Im Gegenteil: Es ist der Versuch, diese *auszunutzen*. Fortschrittlich oder progressiv daran ist allein, daß die radikale Linke die Widersprüche zwischen den herrschenden Parteien nutzen kann, weil die aktuelle NATO-Politik überhaupt zur Diskussion gestellt wird. Mehr aber auch nicht.

Und zugleich versucht Glotz eben einem antimilitaristischen Ausnutzen entgegenzuarbeiten, indem er die Linke einer SPD unterzuordnen versucht, deren kommende politische Physiognomie mehr von Rau als von ihm bestimmt wird. Daß Rau als Kanzlerkandidatem maßgeblicher Einfluß auf das SPD-Programm eingeräumt werden soll, ist längst öffentlich verkündet worden. Daß Rau in der Tradition der Schmidt-SPD steht, ist ein kaum anzuzweifelnder Sachverhalt.

Wenn das Glotz-Manifest und die
nem antimilitaristischen Ausnutzen entgegenzuarbeiten, indem er die Linke einer SPD unterzuordnen versucht, deren kommende politische Physiognomie mehr von Rau als von ihm bestimmt wird. Daß Rau als Kanzlerkandidatem maßgeblicher Einfluß auf das SPD-Programm eingeräumt werden soll, ist längst öffentlich verkündet worden. Daß Rau in der Tradition der Schmidt-SPD steht, ist ein kaum anzuzweifelnder Sachverhalt.

Wenn das Glotz-Manifest und die ganze momentane SPD-Diskussion über NATO und EG-Europa überhaupt etwas wirklich Fortschrittliches hat, dann das, daß sie die gesamte Linke und namentlich die Grünen zwingt, sich über Strategien und Bündnispartner im EG-Rahmen Gedanken zu machen, statt nationalborniert auf den deutschen „Wertewandel" zu hoffen.

Wenn selbst Glotz heute mit Gramsci und Lenin hantiert, will ich nicht nachstehen: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus ... sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär (...) Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich" (Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa; LW Bd. 21, S. 343/44). Damals entstand die Idee der Europäischen Vereinigung aus dem 1. Weltkrieg heraus und führte zu Diskussionen unter der linken Minderheit der 2. Internationale.

Der „Ausbruch nach Europa" gefällt mir; die „deutsche Nation" gleichsam aufzulösen, wäre eine Wohltat. Aber dieser Weg, da hatte Lenin recht, führt über den Zusammenbruch der imperialistischen Strukturen. Die Frage aufgeworfen zu haben, ist vielleicht Glotz' Verdienst, denn öfters vollbringen die Menschen „ihr Interesse, aber es wird noch ein Ferneres damit zustande gebracht, das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag" (Hegel: Philosophie der Geschichte).

jb

Bülows Milizstruktur:
Defensiver, effektiver oder gar alternativ?

Im letzten AK haben wir das Bülow-Papier besprochen und sind auf die Hysterie und das Verratsgeschrei auf der Rechten eingegangen. — In Kreisen, die sich der Friedensbewegung zurechnen, und vor allem in den Reihen der Grünen ist das Bülow-Papier auf Zustimmung bis Begeisterung gestoßen (s. einige Beispiele in diesem AK). Diese Unterstützung bezieht sich aber weniger auf die weit realistischere Bedrohungsanalyse und die Anerkennung von Tatbeständen in Osteuropa durch Bülow als vielmehr auf seine militärischen Alternativvorschläge. Eine alternative Militärmaschinerie und vor allem ein Milizsystem ist heute bereits einem großen Teil der Grünen ans Herz gewachsen; im Saarbrückener Programm war immerhin noch jede militärische Verteidigung der BRD im Ernstfalle abgelehnt worden.

Dies lohnt unseres Erachtens genaueres Hinsehen. Denn immerhin geht es Bülow und fast durchgängig allen Verkündern alternativer Verteidigungsmodelle mit ihren Vorschlägen eines Milizsystems um eine militärische Effektivierung der konventionellen Fähigkeiten der Bundeswehr, die sich auf reale Vorbilder stützt. Vor allem im Kriegsfalle soll sich der kämpfende Teil der Truppe sogar erhöhen, weil in diesem System die Reservisten besser und somit in größerer Zahl in die kämpfende Truppe integriert werden können.

Weiterhin wird bei Bülow und anderen Alternativ-Verteidigern geflissentlich übersehen, daß zwar von einer „nicht-angriffsfähigen" Struktur geredet wird, in der Regel aber die (beweglichen und somit) „offensiven" Systeme zwar reduziert aber durchaus bestehen bleiben sollen. Das Milizsystem wird in aller Regel nur als Ergänzung gedacht.

Bülow kritisiert in seinem neuen, aber auch in seinen Papier vom vergangenen Jahr (1) in einer Reihe von Punkten die Effizienz der jetzigen Bundeswehr und ihrer Strategie. Sie „*verheizt (...) das teuere Material der Panzerverbände in einer starren Verteidigungslinie.*" Zudem zweifelt Bülow die bisherigen Berechnungen der Aufstellung der NATO-Truppen in den grenznahen Räumen an: „*Im Ernstfall müßten die Engländer erst noch ihren Krieg in Nordirland beenden, bevor sie wirklich präsent sein könnten, die Holländer müßten hochgezogen werden, die Belgier ebenso,*" (2) ihre Aufgaben folglich von der Bundeswehr übernommen werden.

Die jetztige Präsenzzahl täusche eine nicht vorhandene Verteidigungsbereitschaft vor: Ein Drittel der Armee sei jeweils noch in der Ausbildung und müßte im Ernstfall „schon heute durch Reservisten ersetzt werden", was in den kommenden Jahren mit zahlenmäßig schwächer werdenden Jahrgängen sich noch verschlimmere.(3)

Würde diese erste Linie einmal durchbrochen, so komme es unweigerlich zur atomaren Eskalation mit ihrem vernichtenden Ergebnis, Reserven seien nicht mehr vorhanden.

Es gebe keine flächendeckende Luftverteidigung, sondern die Verteidigung gegen Luftangriffe hänge davon ab, „*Minuten nach Beginn eines Krieges die Flugplätze der Luftwaffen des Warschauer Paktes zerstören zu müssen. (...) Diese Fähigkeiten bringen Messerstechersituationen mit sich, bei denen es darauf ankommt, in Sekunden dem Gegner den entscheidenden Stoß beizubringen. Schon der Versuch, ein Krisenmanagement anzustreben, kann für den Zögerer zum Verderben werden.*" (3)

Es braucht hier sicherlich nicht bewiesen zu werden, daß alle die aufgezählten Mängel von der NATO selbstverständlich gesehen werden und auch Änderungen geplant sind. Lassen wir Helmut Schmidt zum Problem der konventionellen Kampfkraft hier stellvertretend zu Wort kommen: „*Es geht zunächst nicht primär darum, die Präsenzstärken westlicher Armeen in Europa zu verstärken, wohl aber darum, die Fähigkeit zur Zuführung schnell moblisierbarer, ausreichend konventionell ausgestatteter personeller Reserven herzustellen, insbesondere im Blick auf französische und deutsche Reserven.*" (4)

Gerade darauf zielen nun Bülows Alternativen: „*Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren dreißig Jahren Millionen von Wehrpflichtigen ausgebildet, die im Ernstfall als Reservisten zur Verfügung stehen könnten.*" Und genau mit deren Mobilmachung im Spannungsfall wolle die SPD künftig die „Verteidigungsleistung" sichern. (1) „*600 von 800 km bundesrepublikanischer Grenze*" seien durch Mittelgebirge, „*enge Täler, über Steilhänge und durch Wälder*" mit Panzerabwehr-Milizen zu schützen. (1) Dies könne „*in wenigen Stunden von heimatnah einberufenen und ortskundigen Reservisten besetzt und durch später eintreffende Soldaten ergänzt werden*". Dies gelte auch für die holsteinische Seenplatte und noch andere Gebiete, im Grunde blieben „*maximal 30 bis 50 km Breite, die wirklich ideal für den Panzerdurchbruch geeignet sind.*" Trotzdem will Bülow nur einen Teil der Armee umrüsten, laut Afheld braucht man für solch ein Konzept rund 100.000 Mann, die im Kriegsfalle auf 150.000 zu verstärken wären. (2) Im Zuge dieser Umrüstung sollen dann lediglich „*Teile der bisherigen Panzerverbände (...) abgebaut*", aber andere Teile „gekadert" werden. Kaderung ist das Militär-Fachlatein dafür, daß diese Verbände mit ihren Waffen und einem Restbestand an Führungskadern erhalten bleiben, die dann im Kriegsfalle durch Auffüllung von Reservisten zu vollwertigen Kampfeinheiten würden. Deren Einsatz ist nicht sofort im grenznahen Bereich möglich, denn auch Bülow veranschlagt hier 2 bis 3 Tage Anlaufzeit. (3) Ihr Kampfwert würde dadurch zusätzlich steigen, daß sie es mit einem bereits durch die Miliz geschwächten Gegner zu tun bekämen. Auf diesem Wege will Bülow auch eine „*Verschmelzung von Territorialheer und Feldheer*" erreichen, d.h. die Territorialheeresteile zur Vergrößerung der kämpfenden Truppe bereitstellen.



Weniger preußischer Drill, mehr effektive Kampfkraft schlägt Bülow vor. Ein dolles Bild geben diese exerzierenden Bundeswehrsoldaten auch nicht gerade ab.

Zwar will Bülow den eigentlichen Wehrdienst auf sieben bis acht Monate reduzieren, aber bei Berücksichtigung von Wehrübungen nicht unbedingt die Wehrdienstzeit. Der SPD-MdB-Kollege Scheer unterstellt dabei sogar 20 Monate, die dabei herauskämen. (7) Bülow will den Wehrdienst hauptsächlich vom Leerlauf und der Gammelei befreien. Sowohl der Panzerjäger im Abwehrnetz als auch derjenige, der im Panzerverband ausgebildet wurde, „*kehrt auch als Reservist immer wieder zu dieser Einheit zurück (...),sodaß ein heute weitgehend fehlendes Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen kann*". Ganz entgegen der preußischen Tradition, die zwar den allgemeinen Militärdienst von den französischen Revolutionstruppen übernommen hatte, dafür aber „sicherheitshalber" den Drill zum absoluten Gehorsam einführte, wird dann bei Bülow die „*Reservistenverwaltung (...) dezentralisiert und den Einheiten selbst zur Verwaltung überlassen.*" (3)

Gerade diese Ideen haben ein immenses Geschrei der Rechten und bei Militärs hervorgerufen. Bülow verweist selbst darauf, „*daß es in Deutschland keine Reservisten freundliche Miliztradition gibt*", was damit zusammenhänge, daß hier „*bisher über die Jahrhunderte nur an den Aufbau von Interventions- und Angriffsarmeen gedacht wurde.*" (3) (Vielleicht auch bei der Bundeswehr?) Bülow nennt neben französischen Überlegungen in diese Richtung Schweden und die Schweiz als Vorbilder, bei der möglichen Schnelligkeit der Mobilisierung und Einbeziehung von Reservisten Israel. Bei der Betrachtung dieser Vorbilder kommt man in der Tat zu erstaunlichen Ergebnissen über deren militärischer Effektivität und Umfang für den Kriegsfall.

Israel

Die Kriegsstärke der Armee Israles beruht auf der Einbeziehung von Reservisten und Zivilisten. Vorbild für den Aufbau dieser Armee-Reserve war die schweizerische Armee, auch wenn der Vergleich hier endet. Denn in der Schweiz beträgt die Wehrdienstzeit nur 118 Tage, dem sich dann regelmäßig Wehrübungen anschließen, in Israel immerhin 39 Monate (nur für Juden und Drusen, Christen können freiwillig dienen, der arabische Bevölkerungsteil nicht), für Frauen immerhin noch 24 Monate. Dem schließen sich dann jährliche Wehrübungen bei den Männern bis zum 54. und bei den Frauen bis zum 34. Lebensjahr bzw. bis zur Eheschließung an. Bei einer Bevölkerungszahl von 4.2 Mio. beträgt die Stärke der Armee 141.000 Mann (davon 98.300 Wehrpflichtige) (= 3,3%). Die Mobilisierungsstärke reicht bis zu 500.000, wovon 100.000 innerhalb von 24 Stunden erreicht werden (= 12%). Die israelische Kampfführung beruht neben der Mobilisierungsfähigkeit der Reservisten (die allerdings im Yom Kippur-Krieg nach 3 Fehlalarmen zuvor zu spät kam, um die anfänglichen schweren Verluste der Kampftruppen verhindern zu können) ganz auf einer Blitzkriegsstrategie (bis zu maximal 30 Tagen) und offensiven Überraschungsschlägen zu Beginn eines Krieges, die mit ungewöhnlich hohen Wehrdienstzeiten und einem Militärbudget von bis zu 25% vom gesamten National-Einkommen erreicht wird.(5)(6)

Schweiz

Die Schweiz als das einzige Land in Europa, das es seinen Bürgern erlaubt, Waffen mit nach Hause zu nehmen. Der kurzen Wehrdienstzeit von 17 Wochen entspricht die geringe Gesamtstärke der Streitkräfte in Friedenszeiten von 3.500 aktiven Soldaten und jeweils zweimal jährlich 15.000 Rekruten, bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 6,44 Mio. (BRD rund 60 Mio.). Für 20 bis 32jährige im sog. „Auszug" folgen jährlich dreiwöchentliche Reserveübungen, dann bis zu 42 Jahren dreimal zweiwöchige Übungen für die „Landwehr" und im Alter bis zu 50 Jahren zwei Übungen für den „Landsturm". 300.000 Reservisten werden jährlich zu „Wiederholungslehrgängen" einberufen. Insgesamt kann die Schweiz innerhalb von 48 Stunden eine Kriegsstärke von immerhin 625.000 Mann, d.h. 10% der Bevölkerung, erreichen. Die Verteidigungsstruktur besteht tatsächlich zum Großteil aus heimatnah eingesetzten Verbänden. Das Kriegsgerät ist verbunkert an vorausbestimmten Stellen und aufgebauten militärischen Hindernissen. Daneben unterhält die Armee auch Panzerverbände und eine Luftwaffe. (5)

Schweden

Ähnlich sieht es in Schweden aus: Bei einer Bevölkerungszahl von 8.29 Mio. beträgt die Gesamtstärke der Streitkräfte 65.680 Mann (=0,5%), davon 46.500 Wehrpflichtige. Die Wehrpflicht beträgt bei Heer und Marine siebeneinhald bis fünfzehn Monate (je nach Funktion) und acht bis zwölf Monate bei der Luftwaffe. Darüber hinaus gibt es 120.000 weitere Wehrpflichtige, die jährlich 18- bis 40-tägige Wehrübungen abzuleisten haben (insgesamt fünf Mal), ebenso wie 15.000 Offiziere und Unteroffiziere der Reserve. Damit erreicht die Armee eine Gesamtmobilisierungsstärke von 750.000 Mann in 72 Stunden (= knapp 10% der Bevölkerung), hinzu kommen 500.000 Mann in freiwilligen Verteidigungsorganisationen. Neben fünf Panzerbrigaden, 20 Infanterie- und vier „Norland"-Brigaden werden damit 50 selbstständige Infanterie-, Artillerie- und Flugabwehrbataillone in 23 Militärdistrikten über das ganz Land verteilt. Nicht nur für Waffen und Munition, sondern auch für Luftwaffe und Marine stehen gegen einen Überraschungsschlag Bunker zur Verfügung.(5)(6)

Vergleich mit der BRD

Das schwedische und schweizerische Modell, das Bülow für seine Ideen anführt, hat nun wirklich nichts mit Abrüstung zu tun: „*Das schwedische Militärsystem beruht wie das schweizerische auf dem Milizprinzip im Rahmen einer sog. ,totalen Verteidigung'. Das Kalkül stellt einen Aggressor vor die Aussicht, mit einer ganzen Nation in Waffen, ausgerüstet mit modernen, selbstproduzierten Waffen, trainiert unter extremen klimatischen Bedingungen und geschützt durch die Bevölkerung und einer Logistik in einem Netzwerk von tiefen Verbunkerungen und starken Befestigungen konfrontiert zu werden.*" (übersetzt aus (6))

Auch weichen die Verteidigungsausgaben in ihrem Umfang keineswegs nach unten ab. Während sich zwar die Wehrdienstzeit verkürzt, vergrößert sich dort die Kriegsmobilisierung beträchtlich. Bei der BRD umfaßt sie für die Truppe mit 1,34 Mio. knapp über 2% statt 10% in Schweden oder der Schweiz.

Interessanterweise erschien kürzlich ein weiteres Papier von Mitgliedern der Kommission „Sicherheit" im „Vorwärts", die bei ähnlichen Gedanken wie Bülow eine Milizstruktur ablehnen. Bei Bülows Miliz - so der SPD-Abgeordnete Scheer - sei „*eine Militarisierung der Gesellschaft in Gestalt ständiger Wehrbereitschaft zu befürchten*".(7)

Man kann neben allen anderen denkbaren militärischen Ablehnungen eine solche Kritik sogar in der „Europäischen Wehrkunde" lesen: In einer „*offenen pluralistischen Gesellschaft*" wie der BRD erschienen „*solche*

Fortsetzung nächste Seite

Stellungnahmen

Fritz Vilmar

Mit dem „*sehr präzisen Bülowschen Konzept einer zielbewußten Umstellung der Verteidigung auf strikt defensive, ,nicht-angriffsfähige', aber zur Panzer- und Luftabwehr höchst geeignete(n) Waffen- und Truppensysteme(n), die den schrittweisen Abau der (atomaren) Supermachtsstreitkräfte in Mitteleuropa möglich machen,*" sei „*eine ähnliche grundlegende Neuorientierung sozialdemokratischer Friedenspolitik konzipiert (...), wie es seinerzeit der ,Deutschlandplan' Herbert Wehners war.*" Weil die SPD „*schon wieder Angst vor ihrer eigenen Courage*" habe, müßten „*alle an wirklicher Friedensicherung Interessierten*", der Sache zum Durchbruch verhelfen. Als er, Vilmar, 1971 mit Frankfurter Oberbürgermeister Möller ähnliches dargestellt habe, hätte „*die SPD das Konzept totgeschwiegen — und die ach so radikale ,Neue Linke' hat sich mit solch reformistisch-technokratischem Schweinkram (Neue Waffensysteme? — Pfui Deibel!) gar nicht erst beschäftigt.*" Jetzt „*sollte das zumindest in der SPD und bei den Grünen nicht mehr möglich sein.*"

Thorsten Lange · MdB der Grünen

„*Herr Kollege von Bülow, für Ihren Mut (...)möchten wir Ihnen (...) ausdrücklich danken. Vieles von dem, was in dem Papier gefordert wird, entspricht dem, was schon immer Bestandteil grüner Friedensprogrammatik war*". (Lange im Bundestag) Bülow breche in „*konkreten Schritten (...)eingeschliffene Denkmuster auf. Weg von der Fähigkeit zu Überraschungen mit einem Angriff, Panzerabwehr statt Panzer, Luftabwehr statt Kampfflugzeuge! Weg mit Fofa und Airland-Battle (...) Nicht mehr sondern deutlich weniger Wehrdienst, Weg mit der Pershing II*", etc.

Eine Darstellung, für die die Aussage von Lange voll zutrifft: „*Ideen, wie die des Andreas von Bülow muß man unterstützen, wo es nur geht. Aber man muß aufpassen, daß man nicht aus Versehen die Bündnispolitiker seiner Partei unterstützt, die ihn (...) instrumentalisieren.*"

Ansonsten fehlt Lange die Analyse politischer Rahmenbedingungen, wozu er z.B. die „deutsche Frage", die Frage nach einem „garantierten Selbstbestimmungsrecht" in Europa, u.ä. zählt. (in Kommune 10/85)

„Mit Spannung" hätten dann die Grünen den SPD-Anträgen im Verteidigungsausschuß entgegengesehen, meint Lange (in „Pressemitteilung Nr 621/85, vom 3.10.85): „*Ließen doch die ,von Bülow-' und ,Scheer-Papiere' erwarten, daß die SPD gemäß ihrer neuen Devise ,Struktureller Nichtangriffsfähigkeit' einschneidende Reduzierungen bzw. Streichungen bei Beschaffung von vor allen Dingen offensiv verwendbaren Großwaffensystemen und Personal vorschlagen würde.*" Da hatte man sich aber getäuscht.

Manon Maren-Griesebach und Jürgen Maier, LaVo BaWü

Es sei „*ihre politische Aufgabe, deutlich zu machen, daß sie das sog. Bülow-Papier in seiner Grundtendenz*" unterstützten. Die Grünen müßten das „*in die Tat umsetzen, (...) was von Bülow angedeutet hat*", vom Abzug von US- und SU-Truppen bis hin zur „Reservistenarmee". Falls der Trend nicht umgebogen werde, sei tatsächlich „*ein Stück Neuland in Sicht.*"
(Presseerklärung 28/85, vom 12.9.85)

Annemarie Borgmann

„*Lieber Herr von Bülow,
(...) Ihre Gedanken selbst finde ich — abgesehen vielleicht von den pflichtgemäßen Verbeugungen in Richtung Atlantik — bemerkenswert und anregend, indem Sie einmal ernstgenommen haben, was in Sonntagsreden das Ziel von NATO und Bundeswehr ist: den streng defensiven Auftrag.
Auch ich bin der Meinung, daß wir uns nicht in die Scheinalternative hineinbegeben dürfen, entweder eine Offensivstrategie als ,Verteidigung' zu verkaufen, oder dem nur unsere Friedensträume entgegenzuhalten (...) Ich hoffe, daß ihre Partei sich diese Position offiziell zu eigen machen wird. Damit gäbe es einen nützlichen Ansatzpunkt zu einer mittelfristigen Kooperation auf dem sensiblen Gebiet der Sicherheitspolitik, die für die Vermeidung der Kriegsgefahr für unser Land von großer Bedeutung wäre.*"
Bonn, den 10.9.85

Fortsetzung von vorheriger Seite

Verteidigungskonzeptionen utopisch, die eine fanatisch, einheitlich handelnde und total erfaßte Gesellschaft voraussetzen (z.B. ‚Raumverteidigung', ‚Partisanentaktik', ‚gewaltfreier Widerstand').'' (8) Davon mag man halten, was man will, aber sicher ist, daß sämtliche Kriegsplanspiele in der BRD davon ausgehen, daß in einer Kriegssituation zumindest große Teile der Bevölkerung auf keinen Fall mitmachen wollen und am liebsten in Panik geraten. Eine ,,Verteidigungs''-Identifikation wie im ersten oder zweiten Weltkrieg wird auf keinen Fall angenommen. Eines kann man den Milizvorschlägen von Bülow und anderen bescheinigen: sie haben dazu beigetragen, daß sich Grüne und andere wieder wehrbereit gebärden. Eine wehrunwillige Miliz kann im Ernstfalle garantiert nicht funktionieren.

Bülows ,,Defensive''

Schon der SPD-Parteitag hatte behauptet, die SPD wolle eine ,,nicht-angriffsfähige'' Wehrmacht und hatte dabei schlicht gelogen. Auch v. Bülow bzw. anderen Vätern ,,alternativer Verteidigungsmodelle'' mit Milizstrukturen wird allzu eilfertig bescheinigt, eine strikt ,,nicht-offensivfähige'' Verteidigung zu wollen. Bedauerlicherweise gilt das nicht einmal für den Atomwaffeneinsatz, wo immerhin Afheldt für eine strikte Ablehnung eintritt, während dies für andere nicht gilt.

So erklärte z.B. Eckard Afheldt gegen die vielfachen Unterstellungen auch von rechter Seite: ,,*Sie irren sich. Bei unserem Vorschlag ersetzen die Jäger nicht die mechanisierten Verbände, die weiterhin die Hauptkraft des Heeres bilden. (...)Wir wollen keineswegs die mechanisierten Divisionen abschaffen, sondern in der Bundeswehr vielleicht zwei oder drei mechanisierte Divisionen mit der Zeit verschwinden lassen und die anderen abspecken, um die 100.000 Mann, die wir für unsere ‚Jägertruppen' im Frieden brauchen (wir brauchen 150.000 Mann im Krieg) personell und finanziell aufstellen zu können.''* (2) Aber bleiben wir bei Andreas v. Bülow. Ein reines Raumsystem oder eine reine Verteidigung auf eigenem Territorium (Schweden/-Schweiz) lehnt er strikt ab ebenso wie eine reine Defensivstruktur: ,,*Die SPD bleibt dem Ziel der Vorneverteidigung verpflichtet. Eine Raumverteidigung (...) zum Zwecke der Abnutzung gegnerischer Kräfte wird abgelehnt,''* da sich an der Grenze ungefähr ein Drittel der Bevölkerung befände.

Eine ,,*Faustpfandnahme''* könne ,,*nicht hingenommen werden''* (3) ,,*Die Grenze muß gegen Übergriffe jederzeit mit einer bestimmten Anzahl präsenter Verbände geschützt sein. Ein Teil der präsenten Panzerverbände bleibt zu diesem Zweck erhalten.''* Ein weiterer Teil der Panzerverbände soll auch nicht aufgelöst, sondern gekadert werden, was heißt, daß sie bei ihm als zweite Reihe nach einer Anlaufszeit von 72 Stunden zur Verfügung stünden (s.o.). Nicht flächendeckend, aber für ,,Schwerpunkte von Durchbruchsversuchen'' sollen neben dem Grenzbereich ,,bewegliche Verbände'' bestehen bleiben (1). ,,*Damit bleibt nach diesem Modell die Frage offen, wie die geforderte Verteidigungsstruktur auch in der Perzeption des Gegners als ein Verteidigungssystem verstanden wird, das nur zur Defensive fähig sein soll,''* schreibt Ludwig Schulte in der ,,Wehrkunde''. (9) Bülow möchte das Mischungsverhältnis zwischen diesen ,,offensiv-fähigen'' und anderen Armeeteilen vertraglich mit dem Gegner vereinbaren, also quasi als ,,ungefährlich'' genehmigen lassen.

Auf anderen Gebieten, die wir hier nur kurz streifen wollen, sieht es bei Bülow keineswegs anders aus. Zwar will er eine flächendeckende Luftverteidigung und weg vom Angriff, anderseits findet er halt Flugzeuge viel zu kostbar, um sie bei Einsätzen auf DDR-Gebiet zur Air-Interdiction zu verheizen. Dafür sollen dann bis zu einer Reichweite auf maximal 100 bis 150 km Einsatztiefe gegen ,,*Flugplätze mit ihren Startbahnen, Verkehrsknotenpunkten, Eisenbahnlinien, Brücken (...) nur noch Abstandswaffen (...) Drohnen, Raketen und Cruise Missiles''* ganz in Übereinstimmung mit General Rogers eingesetzt werden. (1) FOFA (der Angriff gegen die zweite Staffel) wird strikt abgelehnt, aber ein bißchen doch wiederum gegen aufmarschierende Truppen aus Polen und der Sowjetunion zugelassen. Taktische Atomwaffen sollen verschwinden - bis auf einen Restbestand. Mittelstreckenraketen auch, und zwar bis auf einen Teil auf See, aber trotzdem will er ,,nur'' die atomwaffenfreie Zone mit 150 km in der BRD und die Waldspaziergangsformel, die immerhin der NATO ein beträchtliche Zahl solcher Mittelstreckenatomraketen genehmigen würde. Das alles soll strukturell nicht angriffsfähig sein, ist aber ganz schön mordsmäßig für den Angriff geeignet.

Der Ex-Freund von Alternativ-Modellen, Mechtersheimer, schrieb dazu: ,,*Eine verbesserte Panzerabwehrfähigkeit der Bundeswehr würde (...) das neue amerikanische Rüstungskonzept nach Air-Land-Battle eher begünstigen als behindern. Gerade die Kombination aus leistungsfähigen Defensivsystemen und starken Offensivkapazitäten (z.B. der Pershing-Rakete) ist ein Schritt hin zum Krieg.''* (10)

HH

(1) Andreas von Bülow: ,,Gedanken zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategien in West und Ost'', abgedruckt u.a. in der Frankfurter Rundschau, im März 1984
(2) Andreas von Bülow, die Brüder Afheldt, u.a. in einem Streitgespräch über Alternative Strategien, abgedruckt in ,,Neue Gesellschaft'' 2/85
(3) Andreas von Bülow: ,,Strategie vertrauenschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa - Wege zur Sicherheitspartnerschaft'', September 1985
(4) Helmut Schmidt in ,,Evangelische Kommentare'', Mai/1984, S.262
(5) Streitkräfte 1984/1985, Die ‚Military Balance' des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, Koblenz 1985
(6) John Keegan, World Armies, 2. ed., London 1983
(7) zitiert nach FAZ, 20.9.85
(8) Gerhard Deckert, in ,,Europäische Wehrkunde'', 8/80, S.373
(9) Ludwig Schulte, in EW 9/85 zu einem ähnlichem Modell
(10) Mechtersheimer in: Zeitbombe Nato, Köln 1984, zitiert nach Kommune, 10/85

Im Schatten von SDI:
Vorschläge der UdSSR zur Abrüstung

Kaum jemand hat ernsthafte Zweifel daran, daß die USA auf ihrem Weg zur Erlangung einer (begrenzten) nuklearen und regionalen Kriegsführungsfähigkeit an ihrem SDI-Programm festhalten. Fragen der technologischen Konkurrenz zwischen den USA und den Westeuropäern, Diskussionen um ,,Zonen unterschiedlicher Sicherheit'' und die Angst um Verlust an politischem Gewicht lassen in Westeuropa so manche kritische Stimme gegen das amerikanische Rüstungsprogramm aufkommen.

,,Die Sowjets wollen die Allianz spalten'' — so lautet die in der bürgerlichen Presse immer wieder auftauchende Parole. Sicherlich nutzt die sowjetische Diplomatie Meinungsunterschiede innerhalb der NATO für ihre Absichten, die DKP macht sie sogar zum Kernpunkt ihrer gegenwärtigen Taktik. Doch Hoffnungen der SU, durch eine Spaltung der NATO deren Kriegsführungsfähigkeit gegen die WVO-Staaten nachhaltig zu schwächen, werden selbst in rechtskonservativen Kommentaren nur sehr zurückhaltend gehandelt. Die ,,FAZ'' vom 30.9. interpretiert einen Kommentar der sowjetischen Regierungszeitung Iswestija: ,,*Nein, die sozialen und die Klasseninteressen, die Westeuropa und die Vereinigten Staaten verbänden, seien zu stark und zu konstant, als daß es aus sowjetischer Sicht realistisch wäre, po-*

handelt. Die ,,FAZ'' vom 30.9. interpretiert einen Kommentar der sowjetischen Regierungszeitung Iswestija: ,,*Nein, die sozialen und die Klasseninteressen, die Westeuropa und die Vereinigten Staaten verbänden, seien zu stark und zu konstant, als daß es aus sowjetischer Sicht realistisch wäre, po-*

litisch auf den Bruch dieser Beziehungen zu bauen.'' Allerdings sei es das Ziel, ,,*den deutlichen Mangel an gesundem Menschenverstand bei der gegenwärtigen US-Administration wettzumachen.''* — Sowjetischer Nachhilfeunterricht für die Westeuropäer?

Zehn Tage nach der Rede des Generalsekretärs bilanziert die ,,Süddeutsche Zeitung'' vom 12./13. Oktober die Wirkung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge: ,,*Inzwischen zeichnet sich ab, daß die neuen sowjetischen Abrüstungsvorschläge für die strategische Rüstung der Großmächte von den Amerikanern und Europäern noch keineswegs einheitlich bewertet werden, nach den Gesprächen, die der amerikanische Abrüstungsbeauftragte Paul Nitze in europäischen Regierungsstädten führte, scheint die amerikanische Bewertung wesentlich negativer als die europäische zu sein. Eine schnelle Antwort an Moskau scheint deshalb weder möglich noch erwünscht zu sein.''* Tatsächlich scheint die sowjetische Friedensdiplomatie gegenwärtig eher auf Stärkung des europäischen Elements innerhalb der NATO zu setzen, denn auf Spaltung.

Gorbatschows Rede in Paris am 3.10.1985

Der militärische Teil der Abrüstungsvorschläge wird mit Verweisen auf den einseitig verkündeten Stationierungsstopp von Mittelstreckenraketen in Europa und dem Teststopp für Nuklearwaffen, der anläßlich des vierzigsten Jahrestages von Hiroschima verkündet wurde, eingeleitet. Die USA hatten darauf demonstrativ mit Testexplosionen geantwortet.

Bevor Gorbatschow auf die Kernpunkte, nämlich die interkontinentale und eurostrategische Nuklearrüstung sowie die SDI-Prolematik eingeht, wird vorgeschlagen, ,,*mit der Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstung beider Seiten in Mitteleuropa zu beginnen — und zwar mit der Reduzierung der sowjetischen und der amerikanischen Truppen. Dabei sind wir bereit, unsere Truppen um eine größere Anzahl zu reduzieren als die Amerikaner.''* (Wortlaut der Rede nach: Die Wahrheit, Ausgabe 229, 1985)

Himmel und Erde

Den Dreh- und Angelpunkt bildet das Verhältnis zwischen dem eingeleiteten SDI-Programm und den interkontinentalen strategischen Waffen. Die

Himmel und Erde

Den Dreh- und Angelpunkt bildet das Verhältnis zwischen dem eingeleiteten SDI-Programm und den interkontinentalen strategischen Waffen. Die

Nichtausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum wird zum Junktim für Abrüstungsschritte, ,,*denn die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum macht die Reduzierung der Kernwaffenarsenale unmöglich''*. Die näheren Vorschläge umfassen zwei Punkte, ein ,,*für beide Seiten geltendes Verbot von Weltraumangriffswaffen sowie eine echte, radikale, nämlich 50-prozentige Reduzierung der eigenen Kernwaffen, die das Territorium des anderen erreichen können.''* (Hervorh. AK) zu vereinbaren.

Die konkreten Vorschläge sollen von der Genfer Verhandlungskommission der SU unterbreitet werden. Davon ist bisher folgendes bekannt: nach Halbierung der strategischen Triade (land-, luft- und seegestützte Systeme) soll keiner dieser drei Bestandteile einen höheren Anteil als 60 % am Gesamtpotential aufweisen. Das strategische Potential der UdSSR besteht zur Zeit etwa zu 70 % aus landgestützten Interkontinentalraketen (ICBMs), während sich das Potential der USA relativ gleichmäßig auf die drei Komponenten verteilt. Nach Zählweise der UdSSR stehen ca. 12.000 Atomsprengkörpern der USA etwa 9.900 eigene gegenüber. Bei den strategischen Nuklearträgern zählt die UdSSR gegenwärtig 2.504 bei sich selbst und 2.210 bei den USA (laut TASS in der ,,SZ'' vom 12./13.10.)

Europa

Europa und die in diesem Gebiet stationierten Systeme bilden den zweiten Teil der Vorschläge. Um auch hier zu einer Reduzierung zu kommen, hält es die UdSSR für möglich, ,,*ein entsprechendes Abkommen gesondert, ohne unmittelbaren Zusammenhang mit dem Problem der Weltraum- und strategischen Rüstungen, abzuschließen. Ein solcher Weg scheint uns praktikabel.''* Da die Nachrüstungswaffen Pershing II und Cruise Missiles zu dem Potential gehören, das das Territorium des anderen erreichen kann, sollen sie bei diesen Gesprächen nicht berücksichtigt werden. Die in Aussicht gestellte Auskoppelung der britischen und französischen Atomwaffen sowie der SS-20 stellt das Angebot zur Installierung einer europäischen Verhandlungsebene neben der sowjetisch - US-amerikanischen dar. Damit bietet die UdSSR den Westeuropäern an, sich mit an den Verhandlungstisch neben die USA zu setzen.

Zum britisch - französischen Atompotential stellt die UdSSR fest: ,,*Dieses Potential nimmt rasch zu, und wir können davor schon nicht mehr die Augen verschließen.''* Doch eine realistische Einsicht über den Erfolg möglicher Verhandlungen folgt auf dem Fuße: ,,*Von französischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Nuklearkräfte Frankreichs ohne dessen Beteiligung nicht zur Debatte stehen.''* Von britischer und französischer Seite wurde inzwischen aber draufgesattelt, indem beide verlautbaren ließen, daß ihr jeweiliges Potential ein Mindestmaß an

darauf hingewiesen, daß die Nuklearkräfte Frankreichs ohne dessen Beteiligung nicht zur Debatte stehen.'' Von britischer und französischer Seite wurde inzwischen aber draufgesattelt, indem beide verlautbaren ließen, daß ihr jeweiliges Potential ein Mindestmaß an

Abschreckung darstelle und eine Reduzierung nicht infrage komme. (Tatsächlich sind beide Staaten dabei, ihre nuklearen Kräfte zu vervielfachen.) Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen räumte Gorbatschow in Frankreich denn auch ein: ,,Heute, so scheint uns, steht nicht die Frage der Reduzierung seiner Rüstung.'' (Frankreichs, Anm. AK)

Die UdSSR hingegen habe die Anzahl ihrer in Europa stationierten Raketen vom Typ SS-20 vermindert. Die diesbezügliche Passage lautet vollständig: ,,*Sie wissen, daß wir ein Moratorium für die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa verkündet haben. Die Anzahl der SS-20-Raketen, die die Sowjetunion in der europäischen Zone im diensthabenden System stationiert hat, beträgt gegenwärtig 243 Einheiten. Das bedeutet, daß die Zahl genau dem Stand vom Juni 1984 entspricht, als mit der zusätzlichen Stationierung unserer Raketen als Antwort auf die Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa begonnen wurde. Die hierbei zusätzlich stationierten SS-20-Raketen wurden jetzt aus dem diensthabenden System herausgenommen, und die stationären Anlagen zur Aufstellung dieser Raketen werden in den nächsten zwei Monaten demontiert. Das ist überprüfbar. Dabei bleiben unsere Gegenmaßnahmen in bezug auf das Territorium der Vereinigten Staaten selbst in Kraft.* (Anm. AK: vor den USA kreuzende Atom-U-Boote) *Ich möchte auch erläutern, was wir in diesem Fall unter dem Begriff 'europäische Zone' verstehen. Das ist die Zone, in der Mittelstreckenraketen stationiert sind, die in der Lage sind, Objekte auf dem Territorium Westeuropas zu vernichten.''* (Entsprechend gibt es eine ,,asiatische Zone''.)

Mit diesem Angebot besonders angesprochen ist die niederländische Regierung, die am 1. November über die Stationierung von Cruise Missiles auf ihrem Gebiet befinden will. Eine Bedingung für die Nichtstationierung der Cruise Missiles in den Niederlanden ist, daß die UdSSR den Gesamtbestand ihrer SS-20 auf den Stand vom Juni 1984 reduzieren soll. Das waren nach NATO-Angaben seinerzeit 378 Systeme. Der aktuelle Gesamtbestand an SS-20 wird zum heutigen Zeitpunkt von der NATO mit 441 Systemen angegeben. Damit wäre nach aktueller Einschätzung der Vorwand für ein vollständiges Durchziehen der NATO-Nachrüstung gegeben.

Im weiteren weist die UdSSR darauf hin, daß die alten Systeme SS-4 und SS-5 vollständig abgebaut würden und daß der Gesamtbestand von Mittelstreckenraketen geringer als vor zehn oder gar 15 Jahren sei. ,,*Wenn wir uns eine solche Selbstbeschränkung auferlegen, lassen wir uns von den weitreichenden Interessen der europäischen Sicherheit leiten. Ich denke, Europa hat jetzt das Recht, von den Vereinigten Staaten von Amerika einen Antwortschritt zu erwarten, und zwar die Einstellung der weiteren Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent.''*

Offensichtlich ist: die sowjetische Friedensdiplomatie will ggf. den gegenwärtig aktuellen Stand der Rüstung als Faktum akzeptieren, um von dieser Basis aus ,,durchsetzungsfähige'' Abrüstungsvorschläge anzubieten.

Offensichtlich ist: die sowjetische Friedensdiplomatie will ggf. den gegenwärtig aktuellen Stand der Rüstung als Faktum akzeptieren, um von dieser Basis aus ,,durchsetzungsfähige'' Abrüstungsvorschläge anzubieten.

Gorbatschow betont, daß es im Atomwaffenkrieg keine Sieger geben könne und umreißt die — seiner Meinung nach gegebene — Breite der westlichen Befürworter einer Abrüstung: ,,*Wir sind der Ansicht, daß alle ehrlichen, realistisch denkenden politischen Kräfte, Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens, alle Menschen, denen ihre Heimat, ihr Leben, das Leben ihrer Kinder und Enkel teuer sind, diese Forderung unterstützen.''*

Chemische Waffen

Als neuen Impuls auf diesem Gebiet schlägt die UdSSR vor, in Anlehnung an den Nichtweiterverbreitungsvertrag für Atomwaffen, einen ähnlichen Vertrag bei chemischen Waffen zu schließen. Bei der Forderung nach vollständigem Verbot der chemischen Waffen sei die UdSSR bereit, dem Westen in der Frage der Kontrollierbarkeit (,,Verifizierung'') entgegenzukommen. Der Gedanke einer chemiewaffenfreien Zone in Zentraleuropa wird gewürdigt.

Das Abschreckungssystem

,,*Noch ist eines der Hindernisse für den Ausbruch eines Krieges, für die Anwendung militärischer Gewalt die Angst vor nicht akzeptierbarer Vergeltung. Alle verstehen jedoch, daß allein auf der Angst kein sicherer Friede errichtet werden kann. Die Frage ist aber, wo ist eine Alternative zur Angst oder, um es in der Sprache der Militärs zu sagen, zur Abschreckung zu suchen?''* Die Antwort auf diese Frage sei, zurückhaltend formuliert, daß es eine Illusion sei, diese Alternative im ,,Krieg der Sterne'' zu suchen. Vielmehr gebe es keinen anderen Weg, als den der friedlichen Koexistenz. Voranbringende Ansätze erkenne die UdSSR in der Stockholmer Konferenz, speziell in den Vorschlägen zum Austausch von Jahresplänen über militärische Aktivitäten, der Schaffung atomwaffenfreier Zonen bzw. Korridore und der Nichteinsatzgarantie von Atomwaffen gegenüber Staaten, die keine besäßen bzw. nicht auf ihrem Territorium stationiert hätten. Die Schlußakte von Helsinki wird als gewichtige Errungenschaft bezeichnet. Zur Stabilisierung, auch des gesellschaftlichen Status Quo in Europa, schlägt die UdSSR die Intensivierung der Beziehungen zwischen RGW und EG vor. Dies schließe auch die politische Ebene ein.

Auch die Notwendigkeit einer ,,blockübergreifenden'' ökologischen Politik wird konstatiert. ,,*Offenbar haben wir seinerzeit nicht weitsichtig genug gehandelt, als wir solche Probleme schufen, die jetzt im nationalen Rahmen schon nicht mehr zu lösen sind. Das ist wahrlich ein Bereich, bei dem sich alle darüber bewußt werden müssen, daß der Kontinent ein gemeinsames Schicksal hat.''*

Menschenrechte

Neben der Forderung nach Ausbau der kulturellen Beziehungen versucht die UdSSR die imperialistische ,,Menschenrechtskampagne'' zu kontern: ,,*Größte Bedeutung mißt die Sowjetunion der Gewährleistung der Men-*

Neben der Forderung nach Ausbau der kulturellen Beziehungen versucht die UdSSR die imperialistische ,,Menschenrechtskampagne'' zu kontern: ,,*Größte Bedeutung mißt die Sowjetunion der Gewährleistung der Men-*

schenrechte bei. Dieses Problem muß allerdings von Heuchelei und Spekulationen, von Versuchen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, befreit werden. Im heutigen Europa sind solche Probleme wie die Lage der Gastarbeiter, Mischehen und Familienzusammenführung recht akut.''

Die Blöcke

Die Herstellung von Kontakten zwischen Warschauer Pakt und NATO wird nicht als für alle Zeiten tabu angesehen. ,,*Ich spreche schon gar nicht von der Überwindung der Spaltung Europas in sich gegenüberstehende Gruppierungen in mehr oder minder überschaubarer Perspektive. Bekanntlich schlagen wir mit unseren Verbündeten gerade das vor. Aber auch unter den Bedingungen der Existenz zweier Blöcke kann man unserer Meinung nach einen solchen 'Modus Vivendi' schaffen, der dem heutigen Gegeneinander die Spitze nehmen würde.''* Aller Unterschiede eingedenk wird Frankreich ein gewisses gemeinsames Herangehen an eine Reihe derzeit bestehender regionaler Probleme und Situationen konzediert: so im Nahen Osten, in Mittelamerika und im südlichen Afrika.

Abschließend betont der sowjetische Generalsekretär nochmals, daß es ihm nicht um einen Spaltungsversuch zwischen den USA und Westeuropa gehe, sondern um die Verbesserung der Beziehungen zu allen Staaten. Die UdSSR sei sich bewußt, ,,*wie stabil die historischen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Westeuropa und den USA sind.''*

Be., Westberlin

Alfred Mechtersheimer und das Forschungsinstitut für Friedenspolitik haben vor kurzem die überarbeitete Fassung ihrer ,,Friedensplattform 87'' veröffentlicht. Christa Nickels und Henning Schierholz haben dieser Plattform ein ,,Kontrastprogramm aus GRÜNER Sicht'' gegenübergestellt.

Dokumentation:

Für eine Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik

In der Einleitung ihrer Gegenüberstellung schreiben die Autorin und der Autor: ,,Die GRÜNEN teilen (Mechtersheimers) Fernziele ,Überwindung der Militärblöcke, atomwaffenfreies Europa, neue europäische Friedensordnung', halten den vorgeschlagenen Weg und die Instrumente aber für korrekturbedürftig. Die vom Friedensforschungsinstitut (FF) vorgelegten Punkte greifen zu wenig die grundlegenden Voraussetzungen von und für Friedenspolitik an (Einbindung in die NATO, deutsch-deutsches Verhältnis, Verhältnis von (Kritik der) Rüstungskontrolle und einseitiger Abrüstung usw.); sie sind (lediglich) erste Schritte auf dem Weg einer Neuorientierung von Friedenspolitik, die ab sofort bis zum Ende der achtziger Jahre eingeleitet werden können. Die folgenden 13 Punkte bilden somit ein Kontrastprogramm aus GRÜNER Sicht, das zudem voll den Anspruch einlösen will, dem die FF-Plattform am Schluß des Vorspanns mit Recht verpflichtet ist: ,Das neue friedenspolitische Denken muß von unten her so wachsen, daß eine Friedenskultur entsteht, ohne die es keine wirkliche Friedenspolitik geben kann. Daran mitzuarbeiten bleibt die Hauptaufgabe der Friedensbewegung, ob es 1987 zu einer friedenspolitischen Wende kommt oder nicht. Kennzeichen einer Friedenskultur ist eine selbstbewußte Gesellschaft, die sich bei der Durchsetzung ihrer Lebensinteressen weder von Regierungen noch von Machtgruppen behindern läßt. Historische Veränderungen werden im allgemeinen von unten und nicht von Regierungen in Gang gesetzt.'

Unsere 13 Gegen-Forderungen ersetzen weder eine friedenspolitische Analyse noch beschreiben sie eine umfassende Strategie zur Durchsetzung von Abrüstung und Blocküberwindung. Zweck der Gegenüberstellung ist vielmehr, ein Kontrastprogramm aus GRÜNER Sicht zu liefern und damit die öffentliche Diskussion anzuregen.''

FF/Mechtersheimer

Abbau von Pershing II und Cruise Missiles

Der Bundestag berät erneut über die sogenannte Nachrüstung, da infolge der Stationierung und der sowjetischen ,,Nach-Nachrüstung'' die Bedrohung für die Bundesrepublik angewachsen ist und der Versuch, durch die ,,Nachrüstung'' eine Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen in Europa zu erreichen, zum Scheitern verurteilt war. Die Bundesregierung erwirkt einen sofortigen Stationierungsstopp und als Vorstufe eines vollständigen Abzugs eine Stillegung der bereits stationierten Mittelstreckensysteme.

Beseitigung der atomaren Gefechtswaffen

Sämtliche auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland lagernden Atomminen sind zu beseitigen. Die Atomsprengköpfe für die Kurzstreckensysteme werden abgezogen. Kommt keine NATO-Regelung zustande, wird die Nuklearfähigkeit der Bundeswehr einseitig aufgehoben. Mit diesen Maßnahmen wird die Schaffung einer blockübergreifenden atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa eingeleitet.

Abzug der chemischen Waffen aus Mitteleuropa

Weltweite Verhandlungen über ein allgemeines C-Waffen-Verbot haben im günstigsten Fall nur langfristig Erfolgsaussichten. Daher strebt die Bundesregierung ein Übereinkommen mit der DDR und anderen europäischen Staaten zur Einrichtung einer C-Waffen-freien Zone in Europa an. Die Bundesregierung wirkt mit allen politischen und juristischen Mitteln auf die USA ein, um das in der Bundesrepublik lagernde Giftgas zu beseitigen.

gierung ein Übereinkommen mit der DDR und anderen europäischen Staaten zur Einrichtung einer C-Waffen-freien Zone in Europa an. Die Bundesregierung wirkt mit allen politischen und juristischen Mitteln auf die USA ein, um das in der Bundesrepublik lagernde Giftgas zu beseitigen.

Kürzung der Militärausgaben

Alle offenen und versteckten Militärausgaben werden für das laufende Jahr reduziert und neu gewichtet. Die Einsparungen aus einer Veränderung der mittelfristigen Finanzplanung werden zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit verwendet. Die deutsche Beteiligung am NATO-Infrastrukturprogramm wird aufgekündigt. Direkte und indirekte Ausgaben für die AirLand-Battle-Kriegsführungsstrategie und die Stationierung von Massenverichtungsmitteln werden gestrichen. Jede Beteiligung an der Militarisierung des Weltraums wird verweigert.

Einschränkung des Streitkräfteumfangs

Der Friedensumfang der Bundeswehr von derzeit 495.000 Soldaten wird schrittweise abgebaut. Die geplante Erhöhung der Kriegsstärke im Jahre 1987 auf 1,34 Mill. Soldaten wird nicht durchgeführt bzw. rückgängig gemacht. Der Grundwehrdienst wird auf 15 Monate begrenzt.



Nickels/Schierholz

1 Abbau von Pershing II und Cruise Missiles

Der Deutsche Bundestag erwirkt bei der US-Regierung einen sofortigen Stationierungsstop sowie einen unverzüglichen Abbau der bereits stationierten atomaren Mittelstreckensysteme. Rüstungskontrollverhandlungen auf der Basis der gegenwärtigen Genfer Konzeption sind für den Deutschen Bundestag unakzeptabel.



2 Beseitigung der Atomwaffen, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone

Sämtliche Atomwaffenlager in einem Grenzstreifen mit einer Breite von 150 km werden im Jahre 1987 aufgelöst und die Regierungen der DDR und CSSR zu denselben Schritten auf ihren Territorien aufgefordert. Im Verlaufe von drei weiteren Jahren wird ein vollständiger Abzug aller atomaren Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Die Nuklearfähigkeit der Artillerie der Bundeswehr wird durch wirksame nationale Maßnahmen aufgehoben.

3 Abzug der C-Waffen aus Mitteleuropa

Die Bundesregierung veranlaßt mit allen politischen und juristischen Mitteln, daß die Vereinigten Staaten ihre in der Bundesrepublik lagernden chemischen Kampfstoffe beseitigen.

3 Abzug der C-Waffen aus Mitteleuropa

Die Bundesregierung veranlaßt mit allen politischen und juristischen Mitteln, daß die Vereinigten Staaten ihre in der Bundesrepublik lagernden chemischen Kampfstoffe beseitigen.
Mit der DDR und anderen europäischen Staaten wird die Einrichtung einer C-Waffen-freien Zone in Mitteleuropa angestrebt und konkrete Verhandlungen darüber begonnen.

4 Reduzierung der Militärausgaben

Der Einzelplan 14 und alle anderen offenen und versteckten Militärausgaben werden in den nächsten vier Jahren auf der Basis des Haushaltsplanes 1986 um mindestens 10% pro Jahr herabgesetzt. Wichtiger und erster Einschnitt ist dabei die vollständige Streichung sämtlicher Ausgaben für die Beschaffung *neuer* Waffensysteme einschließlich Peripheriegerät, Munition usw., sowie die Umwidmung aller Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung (Kapitel 1420 des Bundeshaushalts, vgl. Punkt 12). Die mittelfristige Finanzplanung für die Bundeswehr wird zugunsten von Ausgaben für die Umwelt, für Soziales und für die Dritte Welt verändert.

5 Einschränkung des Personalaufwandes der Bundeswehr

Der Friedensumfang der Bundeswehr wird von heute an (495.000) bis Mitte der 90er Jahre auf ca. 300.000 Mann verringert. Die Umfangszahlen von Luftwaffe und Marine werden überproportional eingeschränkt; die Stärke im ,,Verteidigungsfall'' der Bundeswehr wird ab 1987 in den nächsten vier Jahren um jeweils 10% reduziert. Die Grundwehrdienstzeit wird auf 12 Monate verringert.

5a Verringerung der ausländischen Truppen auf bundesdeutschem Boden

Unbeschadet der Rechte der Siegermächte des 2. Weltkrieges werden deren Truppenverbände in den nächsten vier Jahren bis auf einen symbolischen Beitrag reduziert. Im Rahmen ihres Konzepts der einseitigen Abrüstung tritt die Bundesregierung international auf allen Ebenen dafür ein, ein Abkommen über ein Stationierungsverbot fremder Truppen auf dem Territorium souveräner Staaten zu erreichen.



Begrenzung des Rüstungsexports

Der Rüstungsexport der Bundesrepublik wird drastisch eingeschränkt. Zu diesem Zweck werden die einschlägigen Gesetze und Verordnungen geändert und deren Einhaltung sichergestellt. Der Waffenexport über Drittländer wird unterbunden.

Beseitigung der offensiven Rüstungselemente

Die Bundesrepublik verweigert ihre Einbindung in das neue amerikanische Kriegsführungskonzept AirLand-Battle und die NATO-Planungsrichtlinie FOFA. Alle Waffenbeschaffungen sowie Vereinbarungen mit den USA und der NATO, die der Realisierung

Die Bundesrepublik verweigert ihre Einbindung in das neue amerikanische Kriegsführungskonzept AirLand-Battle und die NATO-Planungsrichtlinie FOFA. Alle Waffenbeschaffungen sowie Vereinbarungen mit den USA und der NATO, die der Realisierung
der neuen offensiven Kriegsführungsstrategie dienen, werden aufgekündigt. Dies gilt auch für Einrichtungen und Abkommen, die für eine Interventionspolitik gegen Länder der Dritten Welt genutzt werden könnten. Struktur und Bewaffnung der Bundeswehr werden schrittweise dem vom Grundgesetz vorgeschriebenen Defensivauftrag angepaßt. Die Friedfertigkeit der Bundesrepublik muß nach innen und außen durch den Verzicht auf Offensivfähigkeiten deutlich gemacht werden.

Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen

Die Bundesregierung bemüht sich, möglichst viele Länder für eine gemeinsame Erklärung zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu gewinnen. Gegebenenfalls erklärt die Bundesregierung einen solchen Verzicht in Übereinstimmung mit der UN-Resolution vom 22. November 1984 auch ohne Zustimmung der NATO-Gremien. Sie verweigert jede Mitwirkung an Ersteinsatzplänen.

Ratifizierung der Zusatzprotokolle von 1977

Der Bundestag ratifiziert die bereits paraphierten Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen ohne einschränkende Zusatzerklärung. Die Bundesregierung wirkt auf die NATO ein, Strategie und Rüstung so zu verändern, daß sie nicht gegen das neue Völkerrecht verstoßen.

5b Überprüfung von NATO-Vertrag, Aufenthaltsvertrag und NATO-Truppenstatut sowie aller einschlägigen damit zusammenhängenden bilateralen Abkommen

Im Rahmen ihrer Politik der einseitig kalkulierten Abrüstungsschritte, der Blockfreiheit und der Entmilitarisierung der Gesellschaft legt die Bundesregierung im Jahr 1987 einen Bericht über die Erfahrungen mit der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland vor, der die Erfahrungen mit der NATO-Politik der letzten Jahre analysiert und mehrere Lösungsmöglichkeiten aufzeigt, von denen eine die Aufkündigung des NATO-Vertrages durch die Bundesrepublik ist. Dabei müssen auch die Scheinalternativen einer weiteren westeuropäischen Rüstungskooperation und Militarisierung (EG, WEU) geschildert werden. Über diesen Bericht soll eine breite Diskussion in der Bevölkerung stattfinden.

6 Einschränkungen des Rüstungsexports

Die einschlägigen Gesetze und Bestimmungen sind so zu korrigieren bzw. zu handhaben, daß der Rüstungsexport der Bundesrepublik nach einer Übergangszeit von drei Jahren vollständig unterbleibt. Eine Stiftung zur Förderung der Rüstungskonversion sowie ein staatliches Abrüstungs-Investitionsprogramm (zur Förderung zivilnützlicher Güter) ist aufzulegen. Die Rüstungskooperationsabkommen mit anderen Ländern sind so zu ändern, daß die Waffenexportpolitik der Bundesrepublik nicht unterlaufen werden kann.

7 Beseitigung aller offensiven Rüstungskomponenten

Der Deutsche Bundestag lehnt das AirLand Battle-Konzept und den sogenannten Rogers-Plan ab und storniert alle Waffenbeschaffungen, die der Realisierung der neuen amerikanischen offensiven Kriegsführungsstrategie dienen. Die einschlägigen Vereinbarungen mit den USA und anderen NATO-Staaten — z.B. WHNS-Abkommen — werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt gekündigt. Dies gilt auch für Einrichtungen und Abkommen, die für eine interventionistische Politik gegenüber Ländern der Dritten Welt genutzt werden könnten.

Struktur und Beschaffung der Bundeswehr werden in den nächsten Jahren so verändert, daß der vom Grundgesetz vorgegebene Defensivauftrag unmißverständlich nach außen und innen deutlich wird. Die Finanzierung von Konzeption und Entwicklung neuer Großwaffensysteme wie Jäger 90, Leopard 3, Mars, Fregatte 90 oder U-Boot-Klasse 211 werden eingestellt.

gegenüber Ländern der Dritten Welt genutzt werden könnten.
Struktur und Beschaffung der Bundeswehr werden in den nächsten Jahren so verändert, daß der vom Grundgesetz vorgegebene Defensivauftrag unmißverständlich nach außen und innen deutlich wird. Die Finanzierung von Konzeption und Entwicklung neuer Großwaffensysteme wie Jäger 90, Leopard 3, Mars, Fregatte 90 oder U-Boot-Klasse 211 werden eingestellt.

Jegliche Maßnahmen im europäischen oder transatlantischen Rahmen zur weiteren Militarisierung des Weltraums sind zu unterlassen.

8 Erklärungen des atomaren Nicht-Ersteinsatzes

in der Übergangszeit, in der eine atomwaffenfreie Zone für das Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland noch nicht existiert, wird eine no-first-use-Erklärung abgegeben. Die Bundesregierung ratifiziert die von ihr unterzeichneten Zusatzprotokolle zum Genfer Abkommen ohne einschränkende Zusatzerklärungen ebenso wie das Genfer ,,Waffenverbots-Übereinkommen'' von 1980 (so weit dies noch nicht geschehen ist).

9 Entmilitarisierungsprogramm

Der Deutsche Bundestag beschließt ein umfassendes Programm zur Entmilitarisierung der Gesellschaft, das u.a. beinhaltet:
- Abbau und Verbot der Rüstungsproduktion
- Die Aufrechterhaltung des Katastrophenschutzes ausschließlich für nicht-militärische Zwecke; Abschied von allen ,,Zivilschutz''-Illusionen
- Die Reduzierung bis hin zum Verbot von Militärmanövern, Tiefflügen und sonstigen militärischen Übungen
- Aufhebung des Landbeschaffungsgesetzes, Einschränkung der bestehenden Truppenübungsplätze
- Ein Programm, das die bisherige Naturzerstörung durch Militär und Rüstung rückgängig macht bzw. die entstandenen Schäden ausgleicht.

SDI-Appell im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung umstritten

Der Streit um die „SDI-Zuspitzung" in der Friedensbewegung wird seit Anfang September auch im Bonner Koordinationsausschuß geführt. Die Diskussion wurde auf Antrag der Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) am 5. September erstmals auf die Tagesordnung gesetzt. Immerhin hatte man gemeinsam im Juni während des „Großen Ratschlags" eine thematisch breit angelegte Friedenswoche im November beschlossen und eine „Zuspitzung" auf einen neuen Mini-Konsens gegen SDI eindeutig zurückgewiesen. Spätestens seit Erscheinen des sogenannten Naturwissenschaftler-Appells (am 6. August) trommeln die DKP und andere bundesweit für diesen neuen Mini-Konsens und eine bundesweite Unterschriftensammlung. Immerhin hatten vier KA-Vertreter/innen den Appell mitunterzeichnet: Gerd Greune (IFIAS und DFG-VK/SPD), Karl Heinz Koppe (Pax Christi), Ute Obermeier (VDS/DKP) und Andreas Zumach (AS/F).

Der BUF trug eine scharfe Kritik an dem Appell und dem Umgehen damit vor, beantragte eine Klärung der Dinge im KA und forderte, der KA müsse auf die Tagesordnung setzen, was er denn 1986 (nach der Friedenswoche) praktisch tun wolle. DKP (als Beobachter anwesend) und KOFAZ wiesen die gegen sie vorgebrachten Vorwürfe zurück. Man stünde nach wie vor hinter der gesamten inhaltlichen Breite des „Kölner Aufrufs" und werde auch in der „Informationswoche" auf dieser Basis agieren. Eine andere Frage sei es, wie man selbst bestimmte Dinge politisch gewichte, da könne auch niemandem reingeredet werden. Schließlich setzte ja auch der BUF deutliche Schwerpunkte in seiner Vorbereitung auf die „Bundeswehrfeierlichkeiten". Natürlich räume man selbst SDI einen zentralen Stellenwert ein und darüber müsse im KA auch noch intensiver diskutiert werden.

Die Mit-Verantwortung für den „Naturwissenschaftler-Appell" wurde bestritten. Allerdings gewinne auch die Friedensbewegung enorm durch die öffentliche Verweigerung der Naturwissenschaftler, sich an der SDI-Forschung zu beteiligen. Die Form der Unterschriftensammlung halte man für ein gutes Mittel, die Naturwissenschaftler in ihrem Bemühen zu stärken.

Im Prinzip halte man die Gewichtung von SDI, wie sie in dem „Kölner Aufruf" vorgenommen wurde, für zu gering. SDI sei in der Öffentlichkeit gegenwärtig *das* Thema; auch der KA müsse sich in die öffentliche Debatte endlich einschalten. Der SPD wurde bescheinigt, daß sie sich in diesem Zusammenhang äußerst geschickt verhalte, indem sie das SDI-Thema für sich besetze. Die Fiedensbewegung dürfe sich da nicht abhängen lassen, sondern stattdessen müsse sie SDI zu *ihrem* Thema machen. Sicher wären auch viele andere Themen wichtig.

Von dem Vertreter des Komitees für Grundrechte und Demokratie wurde Unverständnis über den Verlauf der Diskussion geäußert. Man könne letztendlich niemandem vorgeben, wer welche Schwerpunkte für sich setzt. Dagegen wäre vielmehr das Nebeneinander vieler verschiedener Initiativen und Kampagnen gleichzeitig notwendig. SDI müsse gegenwärtig sicher einen Schwerpunkt in der Aufklärungsarbeit der Friedensbewegung bilden. Eine isolierte Kampagne nur gegen SDI, wobei andere wichtige Inhalte wegfielen, lehnte er allerdings ab.

Ähnliches wurde von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden geäußert.

Der BBU schloß sich sehr weitgehend der Argumentation des BUF an und machte dabei auch seine Ablehnung der Unterschriftensammlung deutlich. Zusätzlich wies er auf die mangelnde Präsens des KA hin. Immerhin hätte der „Naturwissenschaftler-Appell" den Vorteil, daß er von einer ganzen Reihe Prominenter unterzeichnet sei und in der Presse aufgenommen würde. Die Aufmerksamkeit, die man gegenwärtig der Arbeit des KA entgegenbringe, sei dagegen recht kläglich. Der KA müsse jetzt vor allem etwas tun, um seine Ausstrahlungskraft wiederzugewinnen und um selber wieder für die Prominenten anziehend zu werden. Es habe sich übrigens in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, daß die öffentliche Aufmerksamkeit für die Friedensbewegung dann am geringsten ist, je mehr sie sich der Politik der SPD anhängt. Es interessiere niemanden, wenn die SPD sich kontinuierlich und aufsehenerregend gegen SDI stemme und dann der KA eine Presseerkläung anfertige, in der er sagt, daß er auch noch gegen SDI ist. Die Erfahrungen des BBU aus letzter Zeit zeigten dagegen, daß man nur dann eine Meldung wert ist, wenn man sehr deutliche Worte auch mal gegen die Politik der SPD verliert.

Neue Entwicklungen verhärten die Diskussion

Die nächste KA-Sitzung fand am 3. Oktober statt. Inzwischen hatten sich die Befürchtungen des BUF in vielerlei Hinsicht in der Realität bestätigt. In Hamburg platzte aufgrund der Auseinandersetzung um eine „SDI-Zuspitzung" der örtliche Zusammenhang des duch unterschiedliche Spektren geprägten Friedensbündnisses, weil das DKP-Bündnis beschloß, nun in Hamburg jene Unterschriftensammlung gegen SDI zum Schwerpunkt ihrer Aktivitäten zu machen. Die Hamburger Friko hatte in der seit längerem dort laufenden Diskussion schon früher erklärt, daß dies ein Grund wäre, ihre Mitarbeit in der Friedensversammlung zu kündigen. Auch in anderen Städten bahnten sich diese Streitigkeiten immer deutlicher an.

Der BUF hatte unterdessen auf sei-

lung zu kündigen. Auch in anderen Städten bahnten sich diese Streitigkeiten immer deutlicher an.

Der BUF hatte unterdessen auf sei-

ner bundesweiten Konferenz ein Papier verabschiedet, das eine scharfe Kritik an dem Vorgehen der DKP enthält und diesem Spektrum unter anderem vorhält, die Friedensbewegung zum Wahlhelfer der SPD umdirigieren zu wollen. Einige Stimmen im BUF forderten hier schon den sofortigen Austritt aus dem KA, da dieser durch das Verhalten der DKP zur Farce gemacht würde und jedes weitere Stillhalten nicht mehr zu verantworten wäre.

Kurz vor dem 3. Oktober brachte dann die „Krefelder Initiative" einen Unterschriftenappell heraus, der sich ausdrücklich auf den Text des „Naturwissenschaftler-Appells" bezieht, dessen gesamte Unterzeichnerliste aufführt und mit denselben Forderungen an die Bundesregierung schließt: sich nicht an SDI zu beteiligen, sich für die Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen einzusetzen und ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß der Weltraum nicht militarisiert würde.

Vor allem dieser letzte Punkt, die Neuauflage des „Krefelder Appells" gegen SDI, sollte die Diskussion auf dem KA sichtbar beleben. Die Sitzung wurde von drei Statements eingeleitet, die Vertreter von AS/F, BUF und KOFAZ hielten. Der Vertreter von AS/F, Andreas Zumach, der selber den Appell der Naturwissenschaftler unterschrieben hatte, als dieser noch im Frühjahr in der Vorbereitung steckte, übte dennoch scharfe Kritik an seinen Inhalten, sowie an der Vorgehensweise der Initiatoren. Er selbst habe schon im März ein Schreiben der „Naturwissenschaftler-Initiative" erhalten, mit der Bitte, den damals schon vorliegenden Text zu unterzeichnen. In seiner Antwort wies er nach seiner Aussage darauf hin, daß der Text des Appells keine Kritik an EUREKA beinhalte. Wenn diese Kritik eingebaut würde, wäre er bereit, den Appell zu unterzeichnen. Das nächste Schreiben der Naturwissenschaftler, so Zumach, bekam er dann im August — mit seiner Unterschrift, aber ohne Kritik an EUREKA.

Im folgenden legte Zumach seine Einschätzung von SDI dar: In SDI erkenne er *auch* das Streben der USA nach der Erlangung einer Erstschlagsfähigkeit über die Sowjetunion. Tatsächlich halte aber kaum jemand die Realisierung eines funktionierenden Raketenabwehrschirms über den USA für möglich und so käme es seiner Meinung nach auch vor allem darauf an, die gegenwärtig und in sehr naher Zukunft tatsächlich realisierbaren und gefährlichen Bestandteile der SDI-Forschung in den Vordergrund zu stellen. Als Beispiel nannte er u. a. den kürzlich erfolgreich durchgeführten ASAT-Test der USA. Auf keinen Fall aber dürfe in der Kritik der Friedensbewegung das westeuropäische Weltraumrüstungsprogramm EUREKA ausgespart werden. Hier seien große Teile der SPD für ein militärisches Programm und in der Partei selber gäbe es kaum eine Kritik an dieser Sache. Als Beispiel nannte er hier den unter anderem von Bahr propagierten „europäischen Aufklärungssatelliten", der bis hinein in die Partei-Linke auf Sympathie stoße. Die SPD benütze ihre Propaganda gegen SDI unter anderem dazu, in der Öffentlichkeit für EUREKA zu werben und dies als „zivile Alternative" darzustellen. Die SPD sei dabei, sich nach links hin abzugrenzen, was man unter anderem auch an dem Umgang mit dem Bülow-Papier erkennen könne. Die Friedensbewegung müsse für 1986 gerade da ansetzen, wo die SPD ihre Kritik ausläßt; das sei vor allem EUREKA, die konventionelle Aufrüstung und die Raketenstationierung.

Der BUF konnte sich den Ausführungen von Andreas Zumach weitgehend anschließen. Seine Position braucht hier nicht im einzelnen wiedergegeben zu werden. Wenn der KA in Zukunft noch einen (eigenständigen) Sinn und Zweck erfüllen solle, müsse geklärt werden, was er in Zukunft zu tun gedenke, z. B. gegen die geplante Stationierung von Cruise Missiles oder das Bundeswehraufrüstungsprogramm.

Das KOFAZ wies in seinem Einleitungsreferat noch einmal auf ihre sattsam bekannten Positionen hin. SDI sei **das** noch fehlende Kettenglied der USA, um die Fähigkeit zur atomaren „Enthauptung" der SU erlangen zu können. Im Grunde müsse man hier den Naturwissenschaftlern und auch der SPD einen besseren Riecher als dem KA bescheinigen. Bislang sei der KA der Bedeutung des „SDI-Themas" tatsächlich nicht gerecht geworden. Man sei im übrigen völlig einer Meinung, daß der KA bald mit einer Debatte um eine Perspektive für 1986 beginnen müsse. SDI müsse dabei einen zentralen Stellenwert einnehmen. Bis zur Aktionskonferenz am 14./15. Dezember müsse demgemäß ein Konzept

ginnen müsse. SDI müsse dabei einen zentralen Stellenwert einnehmen. Bis zur Aktionskonferenz am 14./15. Dezember müsse demgemäß ein Konzept

entwickelt werden. Die Kritik am „Naturwissenschaftler-Appell" fand man schlicht unverständlich und beim BUF „arrogant". Bei der Raketenstationierung hätte man noch hart mit der SPD ringen müssen, nun habe sie schon frühzeitig ihre Ablehnung von SDI erkennen lassen, während man sich innerhalb der Friedensbewegung so schwer damit tue. Es biete sich diesmal die Chance der Verhinderung der BRD-Beteiligung, die Ausgangsposition sei günstiger als in der Raketenfrage (wo man dasselbe aber auch schon erzählt hatte).

Vom BBU wurde im wesentlichen der inhaltlichen Analyse zugestimmt, wie BUF und AS/F sie dargelegt hatten. Er warnte davor, sich jetzt völlig auf das „SDI-Thema" zu stürzen und alle anderen wichtigen Forderungen zu vergessen, nur weil die SPD dies auch tue. Im Gegenteil dazu müsse die Friedensbewegung wieder damit beginnen, eigene Themen in die Diskussion zu bringen, so wie es bei der Raketenstationierung auch war. Dabei bringe es gar nichts, nur auf die SPD zu schielen, was er an BUF und KOFAZ gleichzeitig gerichtet wissen wollte. In dieser kontroversen Situation endete dann die Debatte, eine Beschlußvorlage des BUF wurde nicht mehr behandelt.

Wie weiter im KA?

Eines ist in der Diskussion deutlich geworden: Das Interesse an einer Schwerpunktsetzung auf das „SDI-Thema" bleibt auf das DKP-Umfeld beschränkt. Alle anderen Redner und Rednerinnen auf der KA-Sitzung sprachen sich in mehr oder weniger scharfer Form gegen eine Einengung der Inhalte und Forderungen in der Friedensbewegung aus. Die DKP scheint sich in dieser Frage auch im KA isoliert zu haben. Randgespräche ergaben zudem, daß zumindest der BUF und die christlichen Organisationen (bei ESG und AGDF ist dies allerdings noch nicht diskutiert) entschlossen sind, eine eigenständige Kampagne auf die Beine zu stellen. Falls der KA sich nicht zu einem solchen Schritt entschließen wird, wird diese Initiative woanders herkommen, so zumindest der gegenwärtige Diskussionsstand. Ob der KA also als handlungsfähiges Gremium weiterhin (oder wieder) bestehen wird, ist also gegenwärtig eine unbeantwortete Frage und hängt nicht unwesentlich vom weiteren Verhalten der DKP ab. Grüne, Jusos und die sozialdemokratische IFIAS haben sich bislang aus dieser Kontroverse herausgehalten.

Th.

(Der Text wurde redaktionell gekürzt.)

Offenlegung der Militär- und Sicherheitspolitik *Militärische Angelegenheiten sind grundsätzlich offenzulegen. Dies gilt auch für die atomare und chemische Rüstung sowie für die Rüstungsbeschaffung, die Militärdoktrin und den Rüstungsexport. Keinesfalls dürfen Daten geheimgehalten werden, die die Sicherheit der Bevölkerung betreffen.*	**10 Offenlegung des Rüstungsbereiches** Alle militärischen Angelegenheiten sind öffentlich zu machen. Dies gilt insbesondere für die atomare und chemische Rüstung, aber auch für die Rüstungsbeschaffung, die Militärdoktrin, den Rüstungsexport sowie Lagerung und Transport von bestimmten Waffensystemen.
Demokratisierung des Wehr- und Zivildienstes *Der Zivildienst wird auf 15 Monate verringert, weil das Grundgesetz gleiche Dienstzeit von Zivil- und Militärdienst verlangt. Der Zivildienst soll den Charakter eines Friedensdienstes erhalten. Der Wille zur Kriegsdienstverweigerung darf nicht durch bürokratische Barrieren behindert werden. Die demokratischen Rechte für die Angehörigen der Streitkräfte werden ausgebaut. Normen, Rituale und Konventionen aus vordemokratischen Zeiten werden beseitigt.*	**11 Realisierung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen** Das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer — und zwar sowohl das Bundesamts-Schnellprüfungsverfahren als auch Ausschüsse und Kammern — wird für ungediente Wehrpflichtige abgeschafft. Der Zivildienst wird zu einem zivilen Friedensdienst umgestaltet; seine Dauer wird auf 12 Monate verringert. Die Möglichkeit eines Friedensdienstes im In- und Ausland anstelle des Zivildienstes werden erhöht; totale Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen werden von der Wehrpflicht befreit. Für alle bisher verurteilten totalen Kriegsdienstverweigerer wird eine Amnestie erlassen.
Errichtung eines Ministeriums für Frieden und Aussöhnung *Durch Errichtung eines eigenen Ministeriums werden die Aufgaben der inneren und äußeren Friedenspolitik, insbesondere der Abrüstung, zusammengefaßt und politisch aufgewertet. Dadurch soll die besondere friedenspolitisch Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland sichtbar werden.*	**12 Verstärkung der friedenspolitischen Planungs- und Forschungskapazitäten** Als Sofortmaßnahme schließt die Bundesrepublik Deutschland einen Folgevertrag zum Grundlagenvertrag mit der DDR, der folgendes beinhaltet: — Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR, — Umwandlung der beiderseitigen Ständigen Vertretungen in Botschaften, — Regelung der Elbgrenze in der Strommitte, — Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter, — Initiierung von Kooperationsabkommen auf den Gebieten Umweltschutz, wirtschaftliche und technologische Kooperation, Jugendaustausch, Familienzusammenführung und andere humanitäre Fragen. Es wird eine gemeinsame Koordinierungsgruppe zwischen BRD und DDR gebildet, um die Abrüstungsbemühungen in den beiden deutschen Staaten zu koordinieren und zu intensivieren. Aus dieser Gruppe heraus wird auch ein Vorschlag erarbeitet, wie in Weiterentwicklung der Schlußakte der KSZE ein Friedensvertrag für Mitteleuropa entwickelt werden kann. Der Koordinationsgruppe gehören Regierungsvertreter, Fachleute der Friedens- und Konfliktforschung sowie Vertreter aus den Friedensbewegungen an.
Deutsch-deutsche Abrüstungskooperation als europäische Friedenspolitik *Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik errichten eine gemeinsame Behörde, um die Abrüstungsbemühungen der beiden deutschen Staaten zu koordinieren und zu intensivieren und um partnerschaftlich die Voraussetzung für einen europäischen Friedensvertrag zu schaffen.*	**13 Deutsch-deutsche Abrüstungskooperation** Die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung einschließlich handlungsbezogener Anwendungen wird drastisch verstärkt. Dazu wird (werden): — beim Bundeskanzleramt ein Abrüstungsamt geschaffen, das sowohl abrüstungspolitische Modelle erarbeiten als auch die abrüstungspolitischen Aktivitäten innerhalb der Bundesregierung koordinieren soll, — die bereits genannte Stiftung zur Rüstungskonversion eingerichtet, — die unabhängigen Institute der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik (in Hamburg, Starnberg, Frankfurt usw.) ausgebaut, andere gegründet und gefördert, — die Aufwendungen für friedenspädagogische Arbeit drastisch erweitert, — Möglichkeiten des Trainings gewaltfreier Aktionen und sozialer Verteidigung ausgebaut, — statt des Beauftragten der Bundesregierung für den Zivildienst ein Beauftragter des Deutschen Bundestages für den Zivildienst und die Friedensarbeit eingerichtet.

Zur aktuellen Lage der Weltwirtschaft
Kurswechsel der USA

In diesem Herbst fanden internationale Konferenzen sowie Krisenmanagement-Treffen von Vertretern der führenden imperialistischen Staaten statt. Zum einen ging es um den hohen Dollarkurs nebst den hohen Zinsen vor dem Hintergrund, daß die USA selbst für dieses Jahr einen neuen Rekord ihres Handelsbilanz-Defizits von rund 150 Mrd. Dollar erwarten; außerdem ist inzwischen das eingetreten, was viele Ökonomen bereits vorausgesagt hatten, die USA sind inzwischen ein Netto-Schuldnerland, d.h. ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland sind per Saldo höher als ihre Forderungen und Guthaben. Damit in engem Zusammenhang stehend wurde diskutiert, wie sich eine Verschärfung des Handelskrieges vermeiden ließe, denn die USA haben in den letzten drei Jahren gegenüber ihren Hauptkonkurrenten aus der EG und Japan rund 25% ihrer Konkurrenzkraft eingebüßt. Das ist nicht allein dem hohen us-amerikanischen Dollarkurs geschuldet, sondern auch und vor allem einer geringeren Produktivität der US-Wirtschaft. Im us-amerikanischen Kongreß liegen über 300 Gesetze in den Schubladen, um sich gegebenenfalls vor den hohen Importen durch protektionistische Maßnahmen zu schützen. Last not least suchen die feindlichen imperialistischen Brüder nach neuen Lösungen zur Entschärfung der internationalen Schuldenkrise.

Zu diesem Zweck wurden auf den Tagungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank neue Beschlüsse gefaßt, die insgesamt darauf hinauslaufen, daß das internationale Finanzkapital gegenüber den Ländern der ,,3. Welt'' die monetären Maßnahmen verschärft.

Dollar-Abwertung: Signal für Verschärfung des Handelskrieges?

Am 22.9.85 zitierten der us-amerikanische Notenbank-Chef und der Finanzminister ihre Amtskollegen aus Japan, Frankreich, Großbritannien und der BRD (Bundesbankpräsident Pöhl und Finanzminister Stoltenberg) nach New York, um über die akuten weltwirtschaftlichen Probleme zu beraten. Als wichtigste Maßnahme wurde beschlossen, daß die Notenbanken der imperialistischen Länder, einschließlich der USA, nach gemeinsamer Abstimmung durch gezielte Dollar-Verkäufe dafür sorgen sollten, eine Wechselkursveränderung des überbewerteten Dollar nach unten (Abwertung) zu bewerkstelligen.
Bis zum 5.10.85 verkaufte die japanische Notenbank ca. 2 Mrd. Dollar, Italien rund 1 Mrd. Dollar, Frankreich 400 Millionen, die USA ca. 300 Millionen, die BRD ca. 1 Mrd. und Großbritannien 200 Millionen Dollar. Die gewünschte Dollar-Abwertung wurde erzielt.

Im Februar dieses Jahres betrug der Wechselkurs zwischen Dollar und DM noch 1:3,47, am 20.9.85 — zwei Tage vor dem Treffen der Notenbankpräsidenten und Finanzminister — noch 1:2,88. Im Verlaufe mehrerer Dollarverkäufe nach dem 22.9.85 betrug der Dollarkurs am 4.10.85 nur noch DM 2,60.

Diese kontrollierte Dollarabwertung, in den bürgerlichen Medien vielfach als ,,weiche Landung'' gefeiert,

Amerikanisches Haushaltsdefizit
Haushaltsjahr Ausgaben Einnahmen Defizit Rüstungsausgaben jeHaushaltsanteil in Prozent Zinsaufwand jeHaushaltsanteil in Prozent

Amerikanisches Haushaltsdefizit

Haushaltsjahr	Ausgaben	Einnahmen	Defizit	Rüstungsausgaben jeHaushaltsanteil in Prozent	Zinsaufwand jeHaushaltsanteil in Prozent
1980	576,7	517,1	59,6	134,0/23,2%	52,5/ 9,1%
1981	657,2	599,3	57,9	157,5/24,0%	68,7/10,5%
1982	728,4	617,8	110,6	185,3/25,4%	85,0/11,7%
1983	796,0	600,6	195,4	209,9/26,4%	89,0/11,2%
1984	841,8	666,5	175,3	227,4/27,0%	111,0/13,2%
1985	959,1	736,9	222,2	246,3/25,7%	*130,2/13,6%

* Schätzung (Angaben in Mrd. US-Dollar)

nutzt zunächst den US-Monopolen, denn die ausländischen Gläubiger, die ihr Geldkapital in us-amerikanischen Staatsschuldtiteln bzw. in Form von Privatkrediten anlegten, bekommen beim Rücktausch weniger. Außerdem verbilligen sich die US-Exporte und — umgekehrt — verteuern sich die Exporte ihrer Konkurrenten. Für die EG-Länder und Japan bedeutet dies auch, daß die Erdölimporte sowie die Importe anderer Rohstoffe sich verbilligen, da diese hauptsächlich auf Dollar-Basis abgerechnet werden. Für die OPEC-Länder und die Länder der sogenannten ,,3. Welt'' bedeutet es wiederum, daß sie real weniger Kapital für ihre Rohstoffe erhalten, wenn berücksichtigt wird, daß die Inflations- und Abwertungsrate immer noch im Schnitt um einiges höher liegen als die Dollarabwertung.
Für die BRD haben Finanzminister Stoltenberg und führende Kapitalisten bereits erklärt, daß die Dollarabwertung keine nennenswerten Auswirkungen auf den Exportboom und die Extraprofite der westdeutschen Konzerne hätten; nach einer Umfrage der ,,Wirtschaftswoche'' bei 250 in die USA exportierenden Firmen liegt die Schmerzgrenze erst bei einem Dollarkurs von ca. DM 2,40. Mit anderen Worten: Die BRD-Industrie bleibt nicht nur weiterhin konkurrenzfähig auf dem US-Markt, sondern die wechselkursbedingten riesigen Extraprofite (windfall-profits) erleiden beim derzeitigen Wechselkurs keine nennswerten Einbrüche.

Die bewußt herbeigeführte Dollarabwertung, die ein Credo der neoliberalen ökonomischen Heilslehren der USA durchbrechen, wonach Wechselkursschwankungen getrost den Selbstregulierungskräften des ,,Marktes'' überlassen bleiben sollten, kündigt jedoch eine gewisse Änderung der us-amerikanischen Weltwährungs- und Wirtschaftspolitik an.

Finanzpolitisch gesehen gelangen nicht nur durch die Verkäufe ausländischer Notenbanken zusätzliche Dollars in die USA, darüber hinaus wirft die us-amerikanische Notenbank selbst durch die Ausweitung der Geldmende weitere Dollars auf den Markt. Durch ein vermehrtes Dollar-Angebot soll versucht werden, den Wechselkurs des Dollar auf niedrigerem Niveau zu halten und außerdem versprechen sich die USA davon auch ein Sinken des hohen Zinsniveaus. Durch die eben beschriebenen Maßnahmen sowie die wechselkursbedingten Importverteuerungen (infolge höherer Importpreise aufgrund der Aufwertung ausländischer Währungen im Verhältnis zum Dollar) wird ein weiteres Credo us-amerikanischer Wirtschaftspolitik durchbrochen, denn mit Sicherheit werden dadurch die Inflationsraten in den USA steigen.

Diese Politik muß allerdings berücksichtigen, daß die ausländischen Gläubiger nicht fluchtartig aus dem Dollar infolge niedrigerer Zinsrenditen aussteigen. Dies wäre fatal fürs Kapital, denn die nach wie vor riesigen us-amerikanischen Haushaltsdefizite müssen auch weiterhin mit ausländischem Kapital abgedeckt werden. Da die USA selbst zu keinem nennenswerten Abbau ihrer Haushaltsdefizite bereit sind, ist auf dem erwähnten Treffen vereinbart worden, daß die us-amerikanischen Hauptkonkurrenten ebenfalls ihre Zinsen senken, um in ihren Ländern billigeres Leihkapital für einen binnenwirtschaftlichen Aufschwung zur Verfügung zu stellen. Durch die abgesprochenen Zinssenkungen ändert sich nichts an der — für das internationale Finanzkapital und die Spekulanten — entscheidenden Zins*differenz*, die immer noch bei rund 4% liegt. Dadurch bleibt der US-Markt für Geldkapital-Spekulationen und Anlagesphäre im Vergleich zu Japan und den EG-Ländern auch weiterhin eine erste Adresse, und die USA müssen keine panikartige Flucht aus dem Dollar befürchten, die erst eine ernsthafte Weltwährungskrise auslösen würde. Derzeit halten sich die internationalen Spekulanten zurück, sie warten ab. Sollte sich der Dollarkurs langsam auf einem niedrigeren Niveau stabilisieren, werden sie unter günstigeren Bedingungen zu einem besseren Wechselkurs in Dollars ihre Anlagen tätigen.
Die eigentliche Kursänderung der us-amerikanischen Politik geht jedoch erst aus einer handelspolitischen Erklärung hervor, die Präsident Reagan einen Tag nach dem Treffen der Notenbankpräsidenten und Finanzminister abgab. Dort kündigte Reagan u.a. an, zunächst 300 Mio. US-Dollar für Exportsubventionen zur Verfügung zu stellen. Außerdem wollen die USA eine Art ,,Feuerwehr'' zur Untersuchung ,,unfairer'' Handelspraktiken ihrer Konkurrenten einrichten, um gegebenenfalls mit Schutzzöllen usw. zu kontern.

Die USA auf dem Wege zum Netto-Schuldner

Jahr	US-Kapitalanlagen im Ausland	Ausländische Kapitalanlagen in den USA	Saldo
1950	54,4	17,6	+ 36,8
1960	85,6	40,9	+ 44,7
1970	165,4	106,9	+ 58,5
1975	295,1	220,9	+ 74,2
1980	606,9	500,8	+ 106,1
1981	719,6	576,5	+ 143,1
1982	838,1	688,6	+ 149,5
1983	887,5	781,5	+ 106,0
1984	892,5	864,5	+ 28,0

(Angaben in Mrd. US-Dollar)

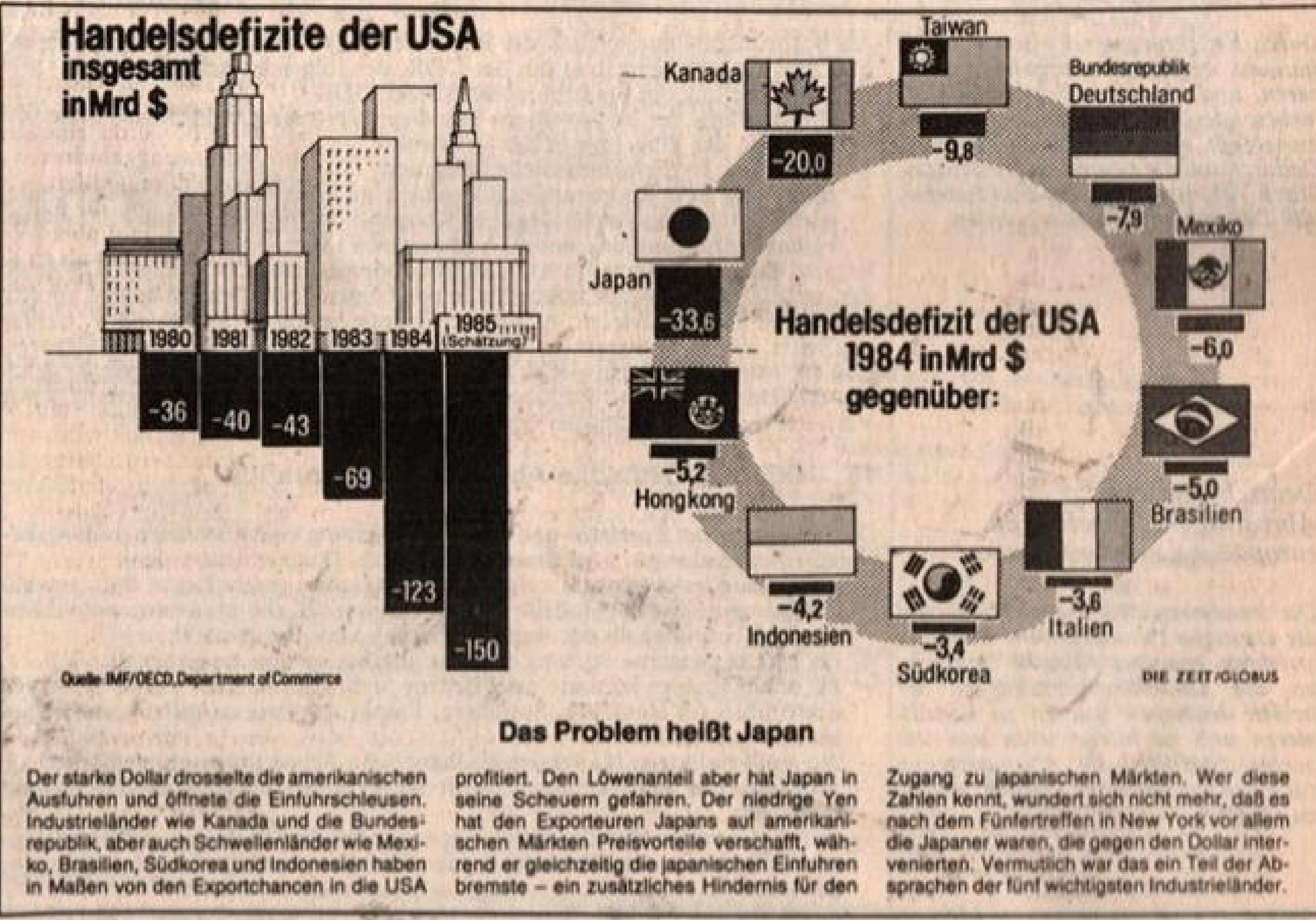
Nach der neo-liberalen Lehrbuchökonomie sind Exportsubventionen so ziemlich das schlimmste Verbrechen gegen die Gesetze des freien Marktes — und **alle** Vertreter imperialistischer Staaten haben sich in zigfachen Erklärungen von solchen Praktiken distanziert. Nichtsdestotrotz werden permanent Exportsubventionen in der Praxis betrieben, sie sind die Regel. Daß Reagan nun dem US-Kapital mit den zunächst aufgelegten 300 Mio. Dollar unter die Arme greift, um für die US-Exportindustrien — neben der Maßnahme der Dollar-Abwertung — ein weiteres Signal zu setzen, spricht dafür, daß die USA nunmehr offen ihren Hauptkonkurrenten den Handelskrieg erklärt haben.
Es spricht daher auch vieles dafür, daß der Dollarkurs in nächster Zeit keine Höhenflüge mehr erleben wird, denn offensichtlich geht es dem US-Kapital nunmehr darum, mit Hilfe der Reaganschen ,,Kriegskasse'' (so werden die 300 Mio. US-Dollar Exportsubventionen in den USA tatsächlich
daß der Dollarkurs in nächster Zeit keine Höhenflüge mehr erleben wird, denn offensichtlich geht es dem US-Kapital nunmehr darum, mit Hilfe der Reaganschen ,,Kriegskasse'' (so werden die 300 Mio. US-Dollar Exportsubventionen in den USA tatsächlich
bezeichnet) und günstigerem Wechselkurs den Konkurrenten aus Japan und den EG-Ländern verlorengegangenes Terrain gerade auch in Ländern der ,,3. Welt'' wieder abzujagen: das US-Kapital scheint gerüstet, auf breiter Front in die Exportoffensive zu gehen. Mit einer Verschärfung des Konkrrenzkampfes zwischen den drei größten wirtschaftlichen imperialistischen Zentren ist also unbedingt zu rechnen!

Schuldenkrise: Imperialismus verfeinert sein Instrumentarium

Anfang Oktober fanden die Jahrestagungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) statt, in deren Zentrum die nach wie vor prekäre Lage der hochverschuldeten Länder der ,,3. Welt'' stand.
Alle Prognosen bürgerlicher Ökonomen, nach denen die Schuldenkrise durch eine der ,,3. Welt'' verordnete Auflagenpolitik, gekoppelt mit Exportsteigerungen in die imperialistischen Metropolen schon bald entschärft sein würde, erwiesen sich als ein völliger Fehlschlag. Es ist genau das Gegenteil eingetreten:
— Die Gesamtschulden der Länder der ,,3. Welt'' werden in diesem Jahr auf 865 Mrd. Dollar ansteigen (gegenüber 830 Mrd. Dollar 1984).
— Damit machen die Auslandsschulden 150% der erzielten Exporterlöse der Länder der ,,3. Welt'' aus. Allein die Zinsendienstquote liegt im Schnitt bei 13% der gesamten Exporterlöse.
— Die Terms of Trade, also das Verhältnis von Export- zu Importpreisen, hat sich für die Länder der ,,3. Welt'' weiter dramatisch verschlechtert. Das gilt sowohl für die erdölexportierenden Länder (OPEC), deren Erlöse aus dem Erdöl sanken, als auch für alle übrigen Rohstoffe, deren Preise noch um 28,3% unter das Niveau von 1980 abgesunken sind. Dadurch sind die Länder der ,,3. Welt'' gezwungen, durch permanente Abwertungen ihrer Währungen ihre Rohstoffe praktisch zu Schleuderpreisen zu verkaufen.
Insgesamt gerät nunmehr die Strategie der permanenten Umschuldungen, d.h. die Verlängerung der Laufzeiten der Kredite, die Stornierung der Zinszahlungen, neue Kreditgewährungen mit längerer Laufzeit, um mit diesen Krediten die Länder der ,,3. Welt'' kurzfristig in die Lage zu versetzen, alte Kredite abzustottern usw. in eine Krise.
der Kredite, die Stornierung der Zinszahlungen, neue Kreditgewährungen mit längerer Laufzeit, um mit diesen Krediten die Länder der ,,3. Welt'' kurzfristig in die Lage zu versetzen, alte Kredite abzustottern usw. in eine Krise.
Mexiko, das lange Zeit als ,,Musterknabe'' bei den Imperialisten für eine erfolgreiche Umschuldungsaktion galt, ist bereits wieder in akute Zahlungsschwierigkeiten geraten und Bolivien hat als bisher einziges Land (Südafrika spielt hier eine Sonderrolle) einseitig seine Zahlungsverpflichtungen eingestellt, um dafür in Kauf zu nehmen, von den Gläubigern keinerlei Kredite mehr zu erhalten.

Der Imperialismus sorgt sich außerdem über die ,,sozialen Folgen'' seiner ruinösen und berüchtigten Auflagenpolitik gegenüber den Ländern der ,,3. Welt'', befürchtet politische Unruhen und Revolten. Die herrschenden Klassen in den verschuldeten Ländern sehen sich mehr und mehr genötigt, radikalere Töne gegen die vom Imperialismus diktierte Wirtschaftspolitik anzuschlagen. Der brasilianische Präsident Sarney erklärte, sein Land werde die Schuldentilgungen nicht mehr um den Preis einer Rezession und sozialer Unruhen leisten — und der frischgebackene Präsident Perus, Alan Garcia, erklärte, sein Land werde künftig nur noch 10% seiner Exporterlöse für den Schuldendienst aufwenden.
Auch wenn diese Erklärungen mehr für die Volksmassen in den eigenen Ländern bestimmt sind und nicht so sehr reale Politik gegenüber dem Imperialismus, mit dem dann doch wieder hinter verschlossenen Türen beim IWF über Umschuldungsmodalitäten Einigung erzielt wird, steckt in diesen Aussagen ein Körnchen Wahrheit.
Insbesondere die für den Imperialismus **politischen** Gefahren haben dazu geführt, das Schulden-Krisenmanagement zu modifizieren. Im Prinzip sind sich die Imperialisten darin völlig einig, daß die berüchtigte Auflagenpolitik des IWF sich bewährt habe und daher beibehalten wird. Das internationale Finanzkapital hat sich allerdings darauf verständigt, daß die verschuldeten Länder nicht nur für ihre Schuldenzahlungen, sondern auch für ihre Wirtschaftspolitik weiteres ausländisches Kapital benötigen. Das bisherige Problem war, daß rund 50% des transferierten Kapitals von den Bourgeoisien der ,,3. Welt'' wieder ins Ausland geschafft werde, da es als Geldkapital angelegt mehr Profite bringt als wenn es daheim in industrielle Investitionen gesteckt würde.
Hier wollen die Imperialisten mit Hilfe von Weltbank und IWF nunmehr stärkere Kontrollen ausüben. Ein weiteres Problem war, daß bislang vor allem der IWF als ,,Feuerwehr'' bei in Zahlungsverzug geratenen verschuldeten Ländern mit kurzfristigen Überbrückungskrediten einsprang; nunmehr soll dieses Instrumentarium durch eine Stärkung der Rolle der Weltbank ausgebaut werden.
Die Weltbank vergibt nämlich langfristige Kredite mit Laufzeiten von 10, 15 oder gar 20 Jahren zu günstigeren Zinskonditionen, was den Vorteil hat, die Länder der ,,3. Welt'' zumindest teilweise von dem Druck zu befreien, zur Überwindung von kurzfristigen Zahlungsschwierigkeiten obendrein noch die IWF-Umschuldungskredite abzahlen zu müssen.
Im einzelnen sehen die Maßnahmen und Beschlüsse von IWF und Weltbank, in denen die imperialistischen Staaten das Sagen haben, folgendes vor:
— Die 13,5 Mrd. Dollar-Grenze der Kredite der Weltbank soll aufgestockt werden, um den verschuldeten Ländern mehr langfristige Kredite zur Ver-
bank, in denen die imperialistischen Staaten das Sagen haben, folgendes vor:
— Die 13,5 Mrd. Dollar-Grenze der Kredite der Weltbank soll aufgestockt werden, um den verschuldeten Ländern mehr langfristige Kredite zur Ver-
fügung zu stellen. Dabei sollen allerdings bei der Kreditvergabe in etwa die gleichen wirschaftspolitischen Auflagen gelten wie beim IWF.
— Politisch bemerkenswert ist die Vorbereitung der Gründung einer ,,MIGA'' (,,Multilaterale Agentur für Investitionsgarantie'') bei der Weltbank. Die MIGA ist eine Art Kredit-

Fortsetzung nächste Seite



Das Problem heißt Japan

Der starke Dollar drosselte die amerikanischen Ausfuhren und öffnete die Einfuhrschleusen. Industrieländer wie Kanada und die Bundesrepublik, aber auch Schwellenländer wie Mexiko, Brasilien, Südkorea und Indonesien haben in Maßen von den Exportchancen in die USA profitiert. Den Löwenanteil aber hat Japan in seine Scheuern gefahren. Der niedrige Yen hat den Exporteuren Japans auf amerikanischen Märkten Preisvorteile verschafft, während er gleichzeitig die japanischen Einfuhren bremste – ein zusätzliches Hindernis für den Zugang zu japanischen Märkten. Wer diese Zahlen kennt, wundert sich nicht mehr, daß es nach dem Fünfertreffen in New York vor allem die Japaner waren, die gegen den Dollar intervenierten. Vermutlich war das ein Teil der Absprachen der fünf wichtigsten Industrieländer.

Fortsetzung von vorheriger Seite

versicherung für private ausländische Investoren, mit der die Gläubiger im Falle von Enteignungen und ,,sozialen Unruhen'' entschädigt werden sollen — also eine Art ,,Revolutionsversicherung''. Die MIGA soll auch deshalb ins Leben gerufen werden, weil die Privatbanken sich bei der Kreditvergabe in Länder der ,,3. Welt'' immer mehr (auch aus politischen Gründen) zurückgezogen haben. Wurden 1983 noch 48 Mrd. Dollar Kredite vergeben, so waren es 1984 nur noch 17 Mrd. Dollar.

— Die regionalen Entwicklungsbanken (Interamerikanische Entwicklungsbank, Afrikanische und Asiatische Entwicklungsbank — allesamt Banken, in denen Privatbanken aus den imperialistischen Staaten vorherrschend sind und ,,Strukturanpassungen'' genau so leisten wie die Förderung von industriellen Investitionen in den Ländern der ,,3. Welt'' für internationale Konzerne) sollen ihre Rolle bei Strukturmaßnahmen ausbauen.

— Die EG fordert, daß der 2,7 Mrd. Dollar starke ,,Treuhänderfonds'', der aus Zins- und Kreditrückzahlungen der Schuldnerländer an den IWF besteht, für Kredite an die ärmsten Staaten Afrikas verwendet wird.

— In Notfällen sollen die Kredite des IWF um ein Jahr erweitert werden, falls die ungelösten Schuldenprobleme eines Landes anhalten.

— Der IWF soll für 1986 ausreichende Mittel für kurzfristige ,,Feuerwehr''-Kredite bereithalten, allerdings mit der Auflage versehen, daß Schuldner, die mindestens sechs Monate in Zahlungsverzug beim IWF geraten sind, überhaupt keine IWF-Mittel mehr erhalten sollen. Obendrein will der IWF künftig die Namen der Zahlungssäumigen veröffentlichen.

— Der us-amerikanische Finanzminister Baker wartete dann auf der Tagung von Weltbank und IWF mit einem weiteren Vorschlag auf, der vor allem auf die am höchsten verschuldeten Länder zielt (Mexiko, Brasilien, Argentinien, die Philippinen, Nigeria, Peru und Venezuela): In den nächsten drei Jahren sollen die Privatbanken diesen Ländern rund 20 Mrd. Dollar Kredite gewähren, und die Weltbank solle im gleichen Zeitraum über die 18 Mrd. Dollar hinaus weitere 9 Mrd. Dollar zuschießen. Diese Kreditspritzen sollen nach dem Bekunden von Baker die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern helfen. Die ganze Sache hat nur den Haken, daß Baker zugleich scharfe Bedingungen an die verschuldeten Länder stellt: sie sollen ihren zu hohen staatlichen Einfluß zurückschrauben und dem ,,freien Unternehmertum'' noch mehr Spielraum gewähren. Gemeint sind damit nicht die Bourgeoisien in den verschuldeten Ländern, sondern vor allem die internationalen Konzerne, für die die ohnehin schon profitablen Produktionsbedingungen noch weiter verbessert werden sollen. Es geht Baker um nichts anderes, als mit den Kreditanreizen die verschuldeten Länder ökonomisch ,,sturmreif'' zu schießen — die gewährten Kredite werden also zum großen Teil den internationalen Monopo-

verschuldeten Länder ökonomisch ,,sturmreif'' zu schießen — die gewährten Kredite werden also zum großen Teil den internationalen Monopo-

len selbst zugute kommen. Wen wundert es da auch, wenn die bundesdeutschen Bankenvertreter diesen Vorschlägen der USA Beifall zollten?!

Daß Forderungen von Ländern der ,,3. Welt'' nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, mehr Kreditmitteln, einer Öffnung der imperialistischen Märkte für Waren aus der ,,3. Welt'' usw. völlig unberücksichtigt blieben, spiegelt nur das reale Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und ,,3. Welt'' wieder.

Die etwas modifizierten Beschlüsse von IWF und Weltbank laufen daher insgesamt darauf hinaus, daß die imperialistischen Staaten sich

- zusätzliche Eingriffe gegenüber den verschuldeten Ländern geschaffen haben, insbesondere dadurch, daß neben dem IWF nun auch die Weltbank als Instrumentarium und ,,Polizist'' eine stärkere Funktion wahrnimmt;
- weiterhin dagegen abzusichern versuchen, ihr **eigenes** Risiko bei eventuellen Zahlungsunfähigkeiten von Ländern der ,,3. Welt'' für **ihr** Währungssystem zu mildern;
- und die wirtschaftspolitischen Daumenschrauben (,,Auflagen'') gegenüber den verschuldeten Ländern abzuwägen zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und **politischen** Risiken, wobei letztere stärker ins Bewußtsein des Finanzkapitals getreten sind.

D., Westberlin

Quellen: ,,Wirtschaftswoche'' 40 und 41, 1985; ,,Die Zeit'' 41-1985; U.S. Department of Commerce: Survey of Current Business; ,,Frankfurter Allgemeine'' und ,,Frankfurter Rundschau'', Ausgaben vom 21.9. bis 7.10.85



Handel, Investition, Profit

Die Südafrikapolitik der BRD

Im September stritt sich die Koalition um die Südafrika-Politik der BRD. Für einige Tage konnte mensch den Eindruck haben, es existierten drei Linien in dieser Frage: Die Forderungen der SPD-Opposition nach Sanktionen und einem gesteigerten Druck auf das Rassistenregime; die kapitalfreundliche aber rhetorisch zurückhaltende Position des Außenministeriums unter Genscher; und die harte Linie in der Form Straußscher Kritik am weichen Verhalten der Bundesregierung. Das Strohfeuer der wüsten Polemiken von SPD, FDP und CDU/CSU verlosch jedoch sehr schnell wieder, die Kontinuität der Südafrika-Politik von Regierung und Kapital bleibt gewahrt. Warum auch nicht, denn das Interesse an Handel, Investitionen und Profit erwies sich über vier Jahrzehnte immer als dominant, ob unter einer christlich-konservativen oder sozialliberalen Regierung.

Die Wurzeln westdeutscher Südafrikapolitik liegen Jahrzehnte zurück. Die Wiederaufnahme der Beziehungen

Die Wurzeln westdeutscher Südafrikapolitik liegen Jahrzehnte zurück. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Südafrika und der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg ging in offener Anknüpfung an die im Faschismus hergestellten Kontakte vonstatten. Doch sollte dieses Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, daß bundesrepublikanische Afrikapolitik mehr ist als die Kontinuität der Verbindungen Ewiggestriger zu ideologisch Gleichgesinnten wie dem Rassistenregime in Pretoria. Schon der Umstand, daß von SPD bis CSU in der politischen Praxis eine übereinstimmende Linie verfolgt wurde, weist darauf hin, daß hier andere maßgebliche Momente zugrunde gelegt werden müssen.

An die Stelle der Deutsch-Südafrikanischen Gesellleschaft von 1933 traten kurz nach Kriegsende die Südafrikaniche Studiengesellschaften in Hamburg, München und anderen Städten, in der sich der frühere Reichspressechef O. Dietrich betätigte. 1952 konstituierte sich die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft neu. In ihrem Präsidium fanden sich u.a. der Außenexperte der Deutschen Bank aus der Zeit des Faschismus. Gesellschaften diese Art entsprachen auch den restaurativen Tendenzen in der BRD. Koloniale Vorstellungen aus diesen Kreisen erwiesen sich jedoch als zu weltfremd in einer Zeit, da viele afrikanische Staaten sich anschickten, ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen.

So büßte diese Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft mit der Zeit ihren Einfluß ein, wichtiger wurde die Deutsche Afrika Gesellschaft, die jahrelang vom Präsidenten des deutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, geleitet wurde.

Zeitgleich mit der Neubildung solcher neo-kolonialer Interessenverbände erfolgte der Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen. 1951 erfolgte der Abschluß des ersten Handelsabkommens zwischen Pretoria und Bonn, 1953 war die westdeutsche Industrie auf der Johannesburger Messe (Rand Easter Show) vertreten. Die BRD war damit die erste ausländische Nation, die sich mit einem eigenen Pavillion beteilgte. 1954 wurde ein weiteres Handelsabkommen zwischen der BRD und Südafrika geschlossen, und fortan wuchs das Handelsvolumen beständig an. Das Massaker von Sharpeville 1960 tat dem ebenso wenig Abbruch wie der Austritt der 1961 von den Buren ausgerufenen ,,Republik Südafrika'' aus dem Commonwealth.

Ökonomische Interessen und politisch herrschende Auffassungen namentlich der Regierungsparteien in der BRD und deren Vertreter deckten sich bis in die 60er Jahre hinein nahezu vollständig. Als Beispiel mag eine Äußerung des ehemaligen Bundespräsidenten Lübke gelten, der anläßlich seines Südafrika-Besuchs 1959 erklärte: *,,Ich weiß die Rassenprobleme hier in guten Händen''* — und: *,,Afrika ist die Flankendeckung für Europa, wenn Afrika kommunistisch wird, dann ist auch Europa in die Zange genommen.''*

Bemerkenswert ist zudem der Aufbau von Propaganda-Instrumenten durch das südafrikanische Informa-

genommen.'' Bemerkenswert ist zudem der Aufbau von Propaganda-Instrumenten durch das südafrikanische Informa-

tionsministerium, das 1962 unter dem Namen ,,Südafrika-Stiftung'' eine Filiale in München eröffnete. Diese Stiftung ist Drehscheibe für Reisetätigkeiten und Informationsvermittlung zwischen Kapitalvertretern und Regierungspolitikern. In ähnlicher Weise wirkt die ,,Gesellschaft für Auswärtige Politik''. Diese südafrikanische Propagandainstitution organisiert Symposien und Reisen, an denen u.a. Prominente wie Kai Uwe von Hassel und FDP-Mitglied Bangemann teilnahmen. Im Herbst 1977 z.B. wurde eine Reise von FDP-Bundestagsabgeordneten in die Rassistenrepublik organisiert, während der Bangemann und die anderen den damaligen Rassisten-Führer Vorster trafen. Bangemann damals zu dieser Reise: *,,Wir haben ein Programm gehabt, das von A bis Z unseren Wünschen entsprochen hat''*. 1965 wurde die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG) wiedergegründet, die teilweise in Personalunion mit der Südafrika-Stiftung geleitet wird. In einer Artikelserie der Wirtschaftsausgabe ,,Blick durch die Wirtschaft/FAZ'' mit dem Titel ,,Deutsche Niederlassungen in Südafrika'' wurden diese Institutionen als Informationsvermittler angepriesen, die DSAG mit den Worten: *,,Sie bemüht sich seit einer Reihe von Jahren, mehr Verständnis für Südafrika in der deutschen Öffentlichkeit zu verbreiten und nimmt sich besonders der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Partnerlandes an.''* Neben diesen Institutionen unterhalten BRD-Unternehmen eigene Kontaktstellen: ,, ... *die deutschen Großbanken (unterhalten) in Johannesburg eigene Vertretungen und verfügen in ihren Mutterhäusern über spezielle Südafrika-Abteilungen''*. (8.11.74) Bezeichnend ist, daß in solcherart Artikeln Einschätzungen über die Lage in Südafrika stehen wie ,, ... *angeblich von Weißen verübte Diskriminierung und Unterdrückung''* und: *,,Es fällt einem kritischen Beobachter schwer, eine objektive Aussage über die soziologische Situation des Landes zu machen.''*

Nahezu ebenso wichtig in der Aussendarstellung ist für das Südafrikanische Regime die Pflege von intensiven Kontakten auf der Ebene des Sports und des Tourismus. Bundesdeutsche Sportler und Sportlerinnen leisten nach wie vor ihren Beitrag, den internationalen Boykott des Rassistenregimes zu unterlaufen. 1971 reiste u.a. die spätere Olympiasiegerin Heide Rosendahl nach Südafrika, Tennisspieler aus der BRD treten auch heute noch in Johannisburg an. 1973 inszenierte das Regime die ,,Internationalen Südafrikanischen Spiele'' um vor der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, daß in Südafrika Menschen verschiedener Hautfarbe zu einem 100m-Lauf antreten können. Die Botschaft ist klar: wenn so etwas möglich ist, kann es mit der Apartheid ja nicht so schlimm sein. Und der deutsche Vorzeigesportler Max Schmeling trägt seinen Part bei, der zu diesen Spielen meinte: Sie *,,haben gezeigt, daß die Zeit für die Zulassung Südafrikas zu den Olympischen*

Max Schmeling trägt seinen Part bei, der zu diesen Spielen meinte: Sie ,,haben gezeigt, daß die Zeit für die Zulassung Südafrikas zu den Olympischen

Spielen gekommen ist.''

Profit kennt keine Moral

Ende der 60er Jahre nahmen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern nochmals zu. Teil dieser neuerlichen Offensive von beiden Seiten war eine vertrauliche Konferenz im Herbst 1967 in Bonn. Einem geheimen Rundschreiben der ,,Deutsch-Südafrikanischen Kammer für Industrie und Handel'' zufolge war diese Konferenz vom damaligen Finanzminister Strauß und einem Wirtschaftsboß aus Südafrika initiiert worden. Auf dieser Konferenz war alles vertreten, was in der BRD in Wirtschaft und Politik wichtig war und ist. Der Präsident des BDI war da, Vertreter der Deutschen, der Dresdner und der Commerzbank, Krupp, Rheinstahl, Thyssen, Klöckner, AEG, Siemens, Bosch, Volkswagen ... Als Regierungsvertreter der damalige Innenminister Lücke, sodann Stoltenberg als Forschungsminister und Richard Jäger (Christdemokrat). Eine der Hauptreden auf diesem Treffen hielt der Patron des deutschen Kapitals durch vier Jahrzehnte: Hermann Josef Abs.

Im darauffolgenden Jahr reiste eine ähnlich hochkarätig besetzte Delegation in die Kaprepublik. Und der südafrikanische Handelsminister jubelte: *,,Endlich kommen die Deutschen! Sie kommen spät, aber sie kommen!''* Etwa gleichzeitig zu dieser Reise war eine Delegation der Hamburger Handeskammer in Südafrika gewesen. Seitdem reißen die Besuche aus der BRD in der Rassistenrepublik nicht mehr ab.

Im November 1975 reiste eine BDI-Delegation in die Kaprepublik; die Ergebnisse dieser Reise wurden aus südafrikanischer Sicht wie folgt zusammengefaßt: *,,Regierung und Wirtschaft der Republik Südafrika (...) (sind) auf der Grundlage traditionell freundschaftlicher Beziehungen, die auch in großen Teilen der Bevölkerung bestehen, stark daran interessiert, die Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und die industrielle Zusammenarbeit mit ihr auszubauen. Der Besuch der Delegation wurde als ein Beweis für das gleiche Interesse auf der deutschen Seite gewertet. Die Delegation sieht in Übereinstimmung mit der Bundesregierung keinen politischen Anlaß den Handels- und Kapitalverkehr mit Südafrika einzuschränken. (...) Für natürliches und in Zukunft auch angereichertes Uran bietet sich Südafrika als fairer und zuverlässiger Lieferant an; (...) Ausländische Investitionen unterliegen keinen Beschränkungen (...) Beständige, wirtschaftsfreundliche Regierungen und eine gesicherte Rechtsordnung sind gewichtige positive Faktoren des südafrikanischen Geschäfts- und Investitionsklimas. (...) Die sich ergänzenden Gegebenheiten der südafrikanischen und deutschen Wirtschaft machen die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Gebot der ökonomischen Vernunft.''*

Was ökonomische Vernunft im Sinne des BRD-Kapitals heißt, mögen

wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Gebot der ökonomischen Vernunft.'' Was ökonomische Vernunft im Sinne des BRD-Kapitals heißt, mögen

zwei Beispiele veranschaulichen. Zu den Löhnen für die Arbeiter in Südafrika erklärte ein Vertreter der Rosenthal AG (Mehrheitsbesitzer Ex-SPD-Bundestagsabgeordneter Ph. Rosenthal): *,,Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Einsparung. Auf diese Weise kommen wir zu sehr interessanten Preisen.''* Über die Vorteile des Zwangsarbeitssystem der Wanderarbeit sagte der damalige Chef von VW (Südafrika): *,,Das wirkt sich positiv auf Geschäft aus: Man weiß, man hat seine Arbeitskräftezufuhr und bekommt soundsoviel aus bestimmten Gebieten. Das alles hat doch nichts mit Moral zu tun, das ist doch nur eine Frage des Geschäfts.''*

Genau deshalb ist in dem Rassistenstaat alles an Firmen aus der BRD vertreten, was Rang und Namen hat. Etwa 450 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften von BRD-Firmen beschäftigen rund 50.000 Menschen. Die Umsätze der BRD-Industrie in Südafrika wurden 1983 auf rund 10 Mrd. DM geschätzt, die Automobilindustrie (VW, Daimler Benz, BMW) ist der am stärksten vertretene Zweig gefolgt von der Elektronikindustrie (Siemens, AEG, Bosch) und der Maschinenbaubranche. Das gesamte Investitionskapital aus der BRD wird auf rund sechs Mrd. DM geschätzt. In den offiziellen Statistiken wird dagegen ein Investitionswert von nur ca. 10% dieser Summe angegeben. Die Differenz zwischen diesen beiden Geldbeträgen ist das, was die BRD-Firmen im Laufe ihrer Geschäfte in Südafrika an Gewinnen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wieder in ihren Firmenniederlassungen investiert haben. Deshalb betonte der Präsident des BDI, R. Rodenstock, noch im Oktober 1981 beim Jahrestreffen der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer: *„Kaum ein Handelspartner der Bundesrepublik bietet der deutschen Industrie derartige Investitionsbedingungen wie Südafrika."* (VWD, 17.10.81)

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die D-Mark für süfafrikanische Schuldner die wichtigste internationale Anleihewährung ist (mehr als 50% am ausstehenden Volumen). Staat, Institutionen und Unternehmen aus Südafrika gehören zu den häufigeren Kunden des DM-Kapitalmarkts. Allein Seit Anfang 1982 sind mehr als 20 südafrikanische DM-Anleihen mit einem Gesamtvolumen von über 2,5 Mrd. DM gegeben worden (Handelsblatt, 2.9.85).

Abschließend möchten wir für die Beschreibung des Klimas zwischen BRD-Kapital und den Rassisten einen Bericht der Deutsch-Südafrikanischen Kammer für Handel und Industrie sprechen lassen. Unter der Überschrift *„Alle Jahre wieder"* heißt es dort: *„Die in einem deutschen Weihnachtslied ausgedrückte Freude über ein hochherrschaftliches Fest ist durchaus passend für das herausragende gesellschaftliche Ereignis der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer, seiner Mitglieder und Freunde, dem ,annual banquet'.*

Über 700 geladene Gäste, die sich im entsprechenden Rahmen des Carlton Hotels in Johannesburg einfanden, durften sich über den Wechsel kulinarischer und intellektueller Genüsse erfreuen.

Seine Pflicht als Gastgeber entsprechend, eröffnete der Präsident der Handelskammer, Herr Wentgs, das Bankett mit freundlichen Grußworten an seine Gäste und verstand es meisterlich, den rhetorischen Rahmen für die kommenden Reden zu setzen.

Der deutsche Botschafter, Dr. Eickhoff, sprach als erster Redner über die Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik Deutschland und unterstrich die Wichtigkeit der Partnerschaft für beide Länder, insbesondere zur Lösung der hiesigen Probleme.

Dem anschließenden Gruß durch einen Vertreter der Stadt Johannesburg folgte die Rede des Präsidenten des BDI, Herrn Prof. Dr. Rodenstock, der sich auf einer Informationsreise in Südafrika befand, deren Beginn mit dem Jahresbankett zusammenfiel." Anschließend trat der südafrikansiche Finanzminister auf, der auf die *„für Südafrika lebenswichtigen Investitionen aus der BRD (hinwies), die (sich) Ende 1980 auf ca. etwa die Hälfte alles Investitionen aus der EG bzw. mehr als ein Viertel aller Fremdinvestitionen in Südafrika (beliefen). Als Bon-Bon des Abends muß wohl die Ankündigung des Ministers gewertet werden, daß Spenden für das von der Kammer vorgesehene ,Teachers In-Service Training Centre' in Soweto (...) von der Steuer*

stitionen aus der EG bzw. mehr als ein Viertel aller Fremdinvestitionen in Südafrika (beliefen). Als Bon-Bon des Abends muß wohl die Ankündigung des Ministers gewertet werden, daß Spenden für das von der Kammer vorgesehene ,Teachers In-Service Training Centre' in Soweto (...) von der Steuer

absetzbar sind und Spenden aus der BRD zusätzlich zur deutschen Absetzbarkeit über den Financial Rand getätigt werden können." (Chamber's News, 5/1981).

Sozialliberal: Business as usual

Wer gedacht hatte, daß mit Antritt der sozialliberalen Bundesregierung sich eine menschenfreundlichere Linie in der Südafrikapolitik durchsetzen würde, wurde herb enttäuscht. Auch diese Bundesregierung erwies sich während ihrer Regierungszeit als getreue Sachwalterin der bundesdeutschen Wirtschaftsinteressen und trug auf ihre Weise zur politischen, ökonomischen und militärischen Stützung des Rassistenregimes bei. Lediglich andere Politiker verbrämten mit anderen Worten die alte politische Praxis der vormaligen christlich-konservativen Regierung. Im Rahmen des sich weltweit verändernden Verhältnisses zwischen den Metropolen und der „3. Welt" wich die sozialliberale Bundesregierung ab von den überholten Standbeinen der Adenauer Außenpolitik: Man begann auch Verbindungen mit Ländern zu pflegen, die ihrerseits die DDR anerkannten, man war entspannter gegenüber fortschrittlichen Staaten und Gesellschaftssystemen. Als Außenminister gab Willy Brandt 1968 eine erste Leitlinie für eine solche Politik. Vor afrikanischen Botschaftern erklärte er, Handel und Politik sollten voneinander abgekoppelt sein. *„Daher fördern wir (die BRD) Handelsbeziehungen selbst mit Ländern, mit denen wir ernste politische Differenzen haben."* Eine solche Position ist selbstverständlich anwendbar auf das Verhältnis zu fortschrittlichen als auch zu faschistischen Regierungen.

1973 reiste der ehemalige Finanzminister Möller mit einem Brief Willy Brandts an Vorster nach Johannesburg. In diesem Brief ließ Brandt den damaligen Rassisten-Präsidenten Vorster wissen, daß die Bundesregierung vor der UN jede evolutionäre Tendenz in Südafrika unterstützen und sich gegen alle revolutionären Stimmungen wenden werde. Die Bundesregierung lehne die Forderung eines Teils der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) ab, das deutsche Konsulat in Windhuk (Namibia) zu schließen, schon aus Rücksicht auf die dort ansässigen Deutschen. Insgesamt verließ SPD-Genosse Möller Südafrika mit einem positiven Eindruck. Im Jahr darauf enthielt sich die BRD infolgedessen bei einer Abstimmung in der UN, bei der es um eine Resolution ging, die alle Staaten aufforderte, durch wirtschaftlichen Druck Südafrika zur Aufgabe Namibias zu zwingen. 1975 wurde durch die Reise des Generalleutnants der Bundeswehr, Rall, die Öffentlichkeil auf die rege militärische Zusammenarbeit zwischen dem Rassistenregime und der BRD aufmerksam. Der General mußte gehen, die Politik blieb. Das nächste und die folgenden Jahre hatte die Bundesregierung viel zu tun, ihr nukleares Geschäft mit der Republik



Südafrika zu vertuschen und zu leugnen. Auch dies war ein Skandal mit einzigartigen Ausmaßen, selbst auf der internationalen Bühne. (Vgl. dazu AK 262, W. Geißler, „Die bundesdeutsche Bombe — made in Südafrika"; AK 261, „Dohnanyi und Südafrika — Beispiel für doppelte Moral").

Ein anderes Bespiel ist das Gezappel um den EG-Verhaltenskodex zu Südafrika, der 1977 aus der Taufe gehoben wurde.

EG-Kodex — eine Farce

Im September 1977 verabschiedete der EG-Ministerrat einen „Verhaltenskodex für Unternehmen mit Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder Vertretungen in Südafrika." Damit reagierten die europäischen Staaten einerseits auf eine Initiative aus den USA, jedoch wollte man seine eigene, spezifische Moral kodifizieren. Zum anderen reagierten die europäischen Staaten auf eine ähnlich starke öffentliche Protestwelle gegen das Rassistenregime, wie sie heute stattfindet. Ein Jahr nach der brutalen Niederschlagung des Aufstandes von Soweto und eine Woche nach der Ermordung des schwarzen Studentenführers Steve Biko legten die Politiker mal wieder eins ihrer Feigenblätter auf die Verbindungen zum Regime in Pretoria. Steve Biko war in der Nacht

welle gegen das Rassistenregime, wie sie heute stattfindet. Ein Jahr nach der brutalen Niederschlagung des Aufstandes von Soweto und eine Woche nach der Ermordung des schwarzen Studentenführers Steve Biko legten die Politiker mal wieder eins ihrer Feigenblätter auf die Verbindungen zum Regime in Pretoria. Steve Biko war in der Nacht

vom 11. auf den 12. September 1977 seinen Verletzungen, die er durch Folter in der Polizeihaft erlitten hatte, erlegen.

Dieser Verhaltenskodex erstreckte sich auf die innerbetrieblichen Beziehungen, also die Gewerkschaftsfreiheit, auf die Freizügigkeit der schwarzafrikanischen Wanderarbeiter und ihre soziale Absicherung, auf die Lohngleichstellung, die Arbeitsbedingungen und die Aufstiegsmöglichkeiten schwarzer Arbeiter, ebenso wie auf freiwillige Sozialleistungen der entsprechenden Unternehmen und die Beseitigung der Apartheid am Arbeitsplatz. Großspurig wandte sich Außenminister Genscher dagegen, daß dieser Verhaltenskodex nur Tünche über das reale Engagement europäischer Firmen in Südafrika sei. *„Er sei überzeugt, daß gerade dieser Verhaltenskodex eine Bewegung auslösen werde, die zur Überwindung der Apartheid-Politik beitragen und von der Regierung in Südafrika nicht mehr aufgehalten werden kann."* (Handelsblatt, 21.9.77)

Bestandteil dieses Kodex war, daß die Unternehmen jährlich einen Bericht über die Fortschritte in ihren Betrieben bei ihren jeweiligen Regierungen abzuliefern hätten. Um mit gutem Beispiel voranzugehen legte das Bundesfinanzministerium im November 1977 einen Bericht über das Verhalten von BRD-Firmen mit Bundesbeteiligung in Südafrika vor — dies betraf: VW, Viag Vereinigte Industrieunternehmungen, Salzgitter South Africa, die VEBA, die Lufthansa sowie die Firma Schenker. Neben der Tatsache, daß diese Firmen Löhne minimal über dem Mindeststandard zahlen, konnte man von keinen Fortschritten berichten.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hatte den Kodex schon in seiner Entstehung kritisiert, denn der BDI sah darin eine Aufforderung zur Verletzung von Landesgesetzen in Südafrika. Der Bericht über das Verhalten der BRD-Firmen ließ dann auch lange auf sich warten. Mit einjähriger Verspätung lag er im Januar 1980 vor: Nicht einmal die Hälfte der betroffenen BRD-Firmen hielt es überhaupt für nötig zu antworten. Lediglich 42 von 180 Niederlassungen lieferten auswertbare Berichte. Insgesamt ging aus den Berichten hervor, daß die BRD-Firmen den lächerlichen Forderungen des EG-Kodex in keiner Weise gerecht geworden waren. Nicht einmal die Hälfte der berichtenden BRD-Firmen zahlten solche Löhne an nichtweiße Arbeiter, die nach dem EG-Kodex über dem Existenzminimum liegen sollen. Trotzem: *„Insgesamt übte der Bericht der Bundesregierung nur vorsichtige Kritik an deutschen Unternehmen in Südafrika. ... Den berichtenden Unternehmen bescheinigt die Bundesregierung, daß sie der Forderung nach Abbau der Rassendiskriminierung aufgeschlossen gegenüberstehen."* (FAZ, 17.1.80)

Insgesamt offenbarte dieser Bericht, daß alles Gerede von einem konstruktiven Engagement der BRD-Firmen in



Südafrika lediglich zur Besänftigung empörter Gemüter bestimmt war und ist. Die sozialliberale Regierung stellte sich nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv an die Seite der von der Apartheid nutznießenden Firmen, wenn sie diesen schon positiv anrechnete, daß *„sie sich nicht negativ gegen den so selbstverständlichen Grundsatz ,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' geäußert hatten."* (FR, 7.1.80)

Im Oktober 1979 reiste der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall nach Südafrika, und bescheinigte den BRD-Firmen, *„sie unternähmen nachhaltige und erfolgversprechende Anstrengungen, den ihnen möglichen Beitrag zur friedlichen und ausgewogenen Lösung der schwierigen Rassenprobleme Südafrikas zu leisten." „Manch einer würde staunen, wie progressiv die deutschen Firmen in Südafrika sind."* (FR, 14.10.80) Gegenüber solchen Dreistigkeiten bezog sogar ein Genscher ironische Distanz, der angesichts ähnlicher Aussagen von BRD-Firmen meinte, da wolle er *„am liebsten Schwarzer werden"*. (FR, 7.1.80)

Auch hier ein kleines Beispiel abschließend dafür, wie dem Primat des Profits Vorzug vor der Moral gegeben wurde (aus einer Kabinettssitzung vom Juli 1981): *„Zäh verteidigten der Bundeskanzler und sein Außenminister am (...) im Kabinett moralische Grundsätze. Es bleibe dabei, so beharrten sie,*

(FR, 7.1.80)

Auch hier ein kleines Beispiel abschließend dafür, wie dem Primat des Profits Vorzug vor der Moral gegeben wurde (aus einer Kabinettssitzung vom Juli 1981): *„Zäh verteidigten der Bundeskanzler und sein Außenminister am (...) im Kabinett moralische Grundsätze. Es bleibe dabei, so beharrten sie,*

daß nach wie vor Großgeschäfte mit dem Apartheid-Staat Südafrika nicht durch staatliche Bürgschaften gefördert werden dürften. Aber Grundsatztreue muß nicht gleich in starrem Dogmatismus ausarten. Noch in derselben Sitzung machten sich Helmut Schmidt und H.-D. Genscher dafür stark, daß deutsche Unternehmen mit Staatsgarantien zwischen 200 und 700 Millionen Mark abgesichert werden, ..." (Spiegel, 13.7.81).

„Eigentlich müßte doch ...?" kontra „In Treue fest!"

Alles was mensch heute in den Polemiken und Kritiken um die Südafrika-Politik der Bundesregierung liest und hört ist mindest zehn Jahre alter, kalter Kaffee. Neun Monate vor den Aufständen in Soweto z.B. fragte die Frankfurter Allgemeine: *„ ... ist der Verkauf eines Kernreaktors an die Republik Südafrika etwas Verwerfliches? Natürlich nicht. Handel und Politik sind zweierlei."* Aber: die Bundesregierung *„erlebt das Drama passiv mit, statt sich aktiv an der Lösung des Konflikts zu beteiligen. Südafrika liegt zwar weit entfernt; gleichwohl ist die Region uns nah (wegen vieler deutschstämmiger Bewohner dort), und sie ist wichtig für uns. ... Die Bundesregierung muß ... zusammen mit ihren Verbündeten eine Strategie für eine friedliche Lösung des Konflikts entwickeln und sie der südafrikanischen Regierung nahebringen. Noch gibt es schwarze Politiker in Südafrika, die bereit sind, zusammen mit den weißen Afrikanern einen Ausweg zu suchen. Aber militante Gruppierungen gewinnen an Boden, graten dabei zunehmend unter kommunistischen Einfluß. Die Zeit drängt also. Weiß das die Bundesregierung? Mit der Ablehnung von Rassendiskriminierung allein ist es nicht mehr getan."* (FAZ, 17.10.1975)

Viele Studien sind in den verschiedenen Stiftungen und Parteiendenkfabriken erschienen. Im Grundatz unterscheiden sie sich je nach dem Zielpublikum, für das sie in der BRD herausgegeben wurden. Studien aus der Friedrich-Ebert-Stiftung glänzen mit einer umfassenden Verdammung der Apartheid, der Anerkennung des Rechts auf Widerstand für die unterdrückte Bevölkerung. Anerkennung wird auch dem Widerstand im Exil, also ANC und PAC, gegeben, wenn auch beschränkt. Bei der Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika, die auf den verschiedenen Ebenen der Kredit- und Handelsgeschäfte den Rassisten ernstliche Schwierigkeiten machen würden, erfolgt jedoch durchgängig ein striktes Nein. Denn: *„Ein weiteres Wachstum der südafrikanischen Volkswirtschaft gibt nicht nur nötigen Spielraum für Reformen und Umverteilung (was allerdings mit politischem Druck erkämpft werden muß), sondern schafft*

den verschiedenen Ebenen der Kredit- und Handelsgeschäfte den Rassisten ernstliche Schwierigkeiten machen würden, erfolgt jedoch durchgängig ein striktes Nein. Denn: *„Ein weiteres Wachstum der südafrikanischen Volkswirtschaft gibt nicht nur nötigen Spielraum für Reformen und Umverteilung (was allerdings mit politischem Druck erkämpft werden muß), sondern schafft*

*auch eher als eine stagnierende Wirtschaft Voraussetzungen für die Entstehung einer bewußten, artikulationsfähigen Schicht von Schwarzen und ihrer Organisationen, die die Durchsetzung ihrer Interessen wirksam vornehmen können."** Angesichts der Tatsache, daß die Aufstände von Soweto und die Ermordung z.B. von Steve Biko in eine Blütephase der südafrikanischen Wirtschaft fielen, muß mensch schon an den lauteren Motiven solcher Aussagen zweifeln. Sodann können *„die Ziele im Politischen (...) nur darin liegen, daß die Bundesrepublik mit ihrer Politik gegenüber Südafrika dazu beiträgt, daß sich innenpolitisch die Kräfte artikulieren können, die auf einen Wandel hinarbeiten, und daß konkrete Fortschritte unterstützt werden."** Tatsache ist jedoch, daß es in den vergangenen Jahrzehnten in Südafrika für die unterdrückte Mehrheit der Menschen keinen Fortschritt, sondern ein Mehr an Elend, Hunger und Repression gegeben hat. Angesichts der beinharten Haltung der südafrikanischen Faschisten sind solcherart Pläne einer europäischen Sozialdemokratie an der Realität vorbeigeschrieben.

Eine Karrikatur ihrer selbst wird diese Politik, wenn in einer gegenwärtigen Debatte um Handlungsmöglichkeiten von der Sozialdemokratie in den Bundestag folgendes eingebracht wird: *„Die Südafrikanische Regierung hat auf den jahrelangen diplomatischen Druck des Westens nicht in befriedigender Weise reagiert. Es ist an der Zeit, die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit unserer Forderungen an Südafrika durch geeignete, überzeugende Druckmittel zu untermauern. Damit soll Südafrika klargemacht werden, daß seine Apartheids-Politik auf aktive Gegnerschaft stößt.*

*Die Bundesreigerung wird daher aufgefordert, einen Katalog **ausgewählter, rücknehmbarer und gegebenenfalls zeitlich befristeter Maßnahmen** zu ergreifen, und für die europäische und weltweite Unterstützung einzutreten. (...)"* Herr Botha wird's mit Freude vernommen haben.

Gemäß den Interessen der BRD-Wirtschaft und in Übereinstimmung mit der BRD-Politik gegenüber Südafrika durch die vergangenenen zwei Jahrzehnte meldete sich Franz Josef Strauß in der jüngsten Debatte zu Wort. In seiner Analyse im „Handelsblatt" (25.9.85) qualifiziert er die gegenwärtige Politik der Botha-Regieung als einen „Weg der friedlichen Lösung der vielschichten Probleme", ist für den Abbau der Apartheid bis zu seiner völligen Beseitigung und stellt im übrigen fest, daß die Abschaffung des Eheverbots zwischen Nicht-Weißen und Weißen, die Beseitigung der „kleinen Apartheid" usw. wesentliche Reformfortschritte sind. Er ist gegen die Einführung des Systems „one man — one vote". Diejenigen, die für die Umsetzung dieser Forderung eintreten, *„sind entweder nicht fähig oder nicht willens, die unabsehbaren und unverantwortlichen Folgen zu erkennen und tragen damit Mitverantwortung für die Vorbereitung eines sich abzeichnenden Bürgerkrieges, dessen Verlierer die Menschen in Afrika und dessen Gewinner die Strategen im Kreml sein müßten." „Wer die sofortige Verwirklichung von Maximalforderungen ohne Wenn und Aber verlangt, öffnet das Tor zu Bürgerkrieg,*

die unabsehbaren und unverantwortlichen Folgen zu erkennen und tragen damit Mitverantwortung für die Vorbereitung eines sich abzeichnenden Bürgerkrieges, dessen Verlierer die Menschen in Afrika und dessen Gewinner die Strategen im Kreml sein müßten." „Wer die sofortige Verwirklichung von Maximalforderungen ohne Wenn und Aber verlangt, öffnet das Tor zu Bürgerkrieg,

Gewalt und Niedergang. ... Ein Libanon sollte eigentlich genügen ... Es kann nicht Aufgabe verantwortungsbewußter westlicher Politiker sind, die Republik Südafrika auf einen Weg zu zwingen, der in kürzester Zeit zu Zuständen führen müßte, wie wir sie heute in Zimbabwe ... erleben. Westliche Hoffnungen und Illusionen haben sich dort nicht erfüllt. ..." Und natürlich Moskau: Wenn es dem Kreml gelänge, das südliche Afrika unter seine Kontrolle zu bringen, *„wäre es der wirkliche Herr in Europa — ohne einen Schuß abzugeben."*

Mit diesen Sätzen sprach Strauß das aus, was als Grundlinie der BRD-Politik gegenüber Südafrika galt und gilt. **Daß** Strauß dies in einer solchen provokativen Klarheit sagen konnte, ist ein Zeichen für die schlappe Solidarität in dieser Republik mit dem Kampf der Unterdrückten in Südafrika. Ronald Reagan mußte sich für Ähnliches öffentlich entschuldigen, aber das ist eine andere Geschichte.

wo./Imp.-Kom.

Anmerkungen:

Soweit in diesem Artikel keine Quellen genannt sind, bezogen wir die Aussagen aus zwei Büchern, die wir sehr empfehlen wollen: **Wolff Geisler, Jürgen Ostrowsky: Südafrika, Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf** (Pahl-Rugenstein 1978); **Helmut Bley, Rainer Tetzlaff: Afrika und Bonn** (rororo 4270, 1978)

* Aus: Südafrika, Optionen für die Bundesrepublik Deutschland, Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Mai 1981, Herausgegeben vom Forschungsinstitut der FES, Reihe Internationale Politik.

Überlegungen der Konrad Adenauer Stiftung 1983

Das Interesse der Bundesrepublik als Teil des freien Westens und Mitglied der NATO muß drauf gerichtet sein, Südafrika im westlichen Lager zu halten. Dies nicht nur wegen seiner strategischen Lage und seiner reichen Bodenschätze. Es liegt ganz allgemein im Interesse des Westens, eine weitere Ausbreitung des sowjetischen Einflußbereichs im Südlichen Afrika zu verhindern.

Hinzu kommen die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik. Südafrika ist einer unserer bedeutenderen Handelspartner. Deutsche Investitionen in diesem Land sind erheblich. (...)

,One man — one vote' ist die allgemeine Forderung, und zwar möglichst sofort. Das ist Utopie. Tatsache ist, daß heute die Angst der weißen Minderheit davor, von der schwarzen Mehrheit beherrscht, unterdrückt und enteignet zu werden, so groß ist, daß sie sich immer mehr verhärtet, daß eine Beteiligung der Schwarzen an der Macht mehrheitlich abgelehnt wird. Andererseits ist die Apartheid unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten so verhaßt, daß sie zu einer Radikalisierung geführt hat, die diese Angst als durchaus begründet erscheinen läßt. Und beides nimmt täglich zu — auf der einen Seite die Angst, auf der anderen die Radikalisierung. Eine fast ausweglose Situation. (...)

Leider gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspräche nicht unseren Interessen, nun ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschaffen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik wird sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...)

Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Rictng Afrika, Asien/Pazifik und Lateinamerika; Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Chile:

Zwischen Protesttagen und Verhandlungen

Pinochet ist nicht mehr lange zu halten, diese Auffassung scheint sich nicht nur bei den letzten Anhängern der Diktatur in Chile, sondern auch bei ihren Freunden im Ausland mehr und mehr durchzusetzen. Während in Brasilien, Uruguay, Argentinien schon vor Jahren ein kontrollierter Demokratisierungsprozeß eingeleitet wurde, hielten die USA in Chile weiter an der Diktatur fest, weil sich keine gesicherte Alternative anbot. Pinochet selbst legte mit seiner sogenannten Verfassung einen Übergang zur Demokratie fest, die mit eingeschränkten Wahlen im Jahre 1989 beginnen und dem Land dann den gewählten Staatspräsidenten Pinochet bescheren sollte. Der große Druck der Massenbewegung, die nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes im Juli sofort wieder auf der Straße war, die Empörung über die letzten eklatanten Menschenrechtsverletzungen, für die höchste Stellen der Streitkräfte verantwortlich sind — was erstmalig aufgeklärt und bewiesen werden konnte — und die ausweglose wirtschaftliche Lage tragen zur wachsenden Überzeugung bei, daß man mit einem demokratischen Übergang nicht bis 1989 warten kann. Die bürgerliche Opposition bemüht sich mit allen Mitteln, eine weitere Zuspitzung, das oft beschworene bürgerkriegsähnliche Chaos, zu vermeiden und gemeinsam mit einigen ultrarechten politischen Kräften eine akzeptable Alternative zu schaffen. Neue Bemühungen um einen Dialog mit der Diktatur sind angelaufen, die linken Parteien der MDP (Volksdemokratische Bewegung: KP, PS, MIR, MOC, kleinere PS-Fraktionen) wurden davon von vornherein ausgeschlossen. Die Linke und große Teile der Bevölkerung kämpfen weiter für den Sturz der Diktatur, für eine radikaldemokratische Lösung, die nicht auf dem Verhandlungswege erreicht werden kann. Zwischen den drei Polen: Pinochet, der keinerlei Bereitschaft zum Abtritt zeigt, der bürgerlichen Opposition, die einen baldigen, aber kontrollierten, geordneten demokratischen Übergang sucht und den Linken, die für den Sturz des Regimes auf die Straße gehen, spielen sich die Ereignisse in Chile ab.



1. Mai 1985 in Santiago

Alles schon gehabt?

Die augenblickliche Situation der Oppositionskräfte ist nicht neu. Im vorigen Jahr hatte die bürgerliche Opposition bereits versucht, mit Verfassungsvorschlägen (Pacto constitucional) und Verhandlungsangeboten einen kontrollierten (aber schneller als von Pinochet geplanten) Übergang zur Demokratie zu schaffen und sich sowohl für den herrschenden Block in Chile als auch für die USA als akzeptable Alternative zur Diktatur anzubieten. Die linke Opposition ihrerseits, das heißt in erster Linie die MDP, hielt dagegen konsequent an der Linie der „sozialen Mobilisierung" fest, zog dabei auch die etwas vorsichtigeren (von linken Christdemokraten geführten) Gewerkschaften mit und konnte gegenüber der bürgerlichen Opposition enorm an Terrain gewinnen. Der nationale Streik im Oktober 1984, zu dem nur die Linke und die Gewerkschaften aufgerufen hatten, wurde zum großen Erfolg. Das Regime reagierte darauf mit der Verhängung des Belagerungszustandes,

ke und die Gewerkschaften aufgerufen hatten, wurde zum großen Erfolg. Das Regime reagierte darauf mit der Verhängung des Belagerungszustandes,

stoppte damit drastisch die Massenmobilisierung und machte der bürgerlichen Opposition klar, daß mit und unter Pinochet nicht verhandelt wird. Mit dem Belagerungszustand, d.h. mit der noch offeneren und drastischeren Gewalt der Waffen, gelang es dem Regime aber nur, sich eine relativ kurze Atempause zu verschaffen. Die Zunahme der Willkürmaßnahmen und Menschenrechtsverletzungen war so eklatant, daß schließlich auch die US-Regierung, die noch im März durch einen ihrer Chile-Besucher verkündet hatte, daß das Land in guten Händen sei, auf Aufhebung des Belagerungszustandes drängte.

Beweise für Menschenrechtsverletzungen der Militärs

Als im Juni der Belagerungszustand beendet wurde, knallte der Korken aus der Flasche. Sofort begannen wieder spontane Demonstrationen, Protestmärsche, Aktvitäten der Studenten usw. Hinzu kam, daß erstmalig die Verbrechen einer der Todesschwadrone ansatzweise aufgeklärt werden konnten. Im März waren drei Kommunisten, ein Mitarbeiter der kirchlichen Vicaria de Solidaridad, ein Lehrer und ein Maler, am hellichten Tage entführt und später ermordet aufgefunden worden. Der Fall hatte international und im Lande selbst einen riesigen Skandal ausgelöst. An der Beerdigung der drei Ermordeten nahmen trotz Belagerungszustand Zehntausende von Menschen teil. Dank der konsequenten Nachforschungen des Untersuchungsrichters konnte die Verantwortlichkeit höchster Polizeigeneräle nachgewiesen werden. Der Polizeichef und Juntamitglied der ersten Stunde (seit 1973) mußte wegen des Falles zurücktreten. Inzwischen konnten durch die weiteren Untersuchungen Geheimdienstagenten namhaft gemacht und befragt werden. Dadurch kommen stückweise Informationen über Folter, Mord und das Schicksal von Verhaftet-Verschwundenen ans Licht. Erstmalig wird die konkrete Beteiligung der Teilstreitkräfte und ihrer Geheimdienste nachgewiesen. Diese Vorgänge sind aus mehreren Gründen von außergewöhnlicher Bedeutung: Durch die Enthüllungen wird die allgemeine Forderung nach lückenloser Aufklärung des „schmutzigen Krieges", nach Gerechtigkeit und Bestrafung der Schuldigen noch aktueller und dringender. Die Vorgänge haben erheblich zur breiten Mobilisierung nach Beendigung des Belagerungszustandes beigetragen. Erstmalig gibt es Anzeichen für Zersetzungserscheinungen innerhalb des militärischen Apparates der Diktatur. Bisher war kein Fall von Verschwundenen oder Ermordeten aufgedeckt worden, auch dann

rates der Diktatur. Bisher war kein Fall von Verschwundenen oder Ermordeten aufgedeckt worden, auch dann

nicht, wenn es sich um prominente Persönlichkeiten gehandelt hatte, (der Fall des christdemokratischen Gewerkschaftsvorsitzenden, Tucapel Jimenez z.B., der 1982 mittags mitten im Zentrum erstochen wurde, ist bis heute nicht geklärt). Es gibt jetzt Anschuldigungen von der CNI gegen die Polizei, Kompetenzgerangel und innere Streitigkeiten werden bekannt. Dies ist absolut neu im Chile Pinochets, der „Apparat" scheint angekratzt. In dieser Situation fand der erste große Protesttag nach dem Ausnahmezustand Anfang September statt, der eine breite und massive Beteiligung im ganzen Land fand. Aufgerufen dazu hatten wiederum MDP und Gewerkschaften, die bürgerliche Opposition hatte ihren anfänglichen Aufruf zurückgezogen und die Kirche (d.h. die Kirchenhierarchie in Person von Kardinal Fresno) hatte explizit zur Nichtbeteiligung aufgerufen.

Neue Dialog-Bemühungen

Die bürgerliche Opposition war unterdessen damit beschäftigt, aufs neue Verhandlungsvorschläge und „gepflegte" Alternativen auszuarbeiten. Ende August unterzeichneten elf Parteien eine sogenannte „nationale Übereinkunft", die auf Initiative der Kirche zustandegekommen war. Um eine für die Rechte, die Streitkräfte und die USA akzeptable Alternative zu bilden, wurden die sogenannten Anhänger der Volksrebellion, der Gewalt, ausgeschlossen d.h. die Parteien der MDP wurden gar nicht erst zu Gesprächen eingeladen. — Dies ist, ganz nebenbei, ein besonderer Zynismus, weil der katholische Kardinal seine Initiative unter dem Motto der „Versöhnung des ganzen Landes" laufen ließ. Erreicht wurde, daß neben den Parteien der Demokratischen Allianz, vor allem der Christdemokratie, einige reaktionäre Parteien, die bisher Pinochet bedingungslos unterstützt hatten, die „Übereinkunft" unterschrieben. Einige eher links angesiedelte Gruppierungen, als wichtigste die Christliche Linke, unterstützen die „Übereinkunft". Das Anliegen der „Übereinkunft" ist — wie es im Vorspann heißt: „... *die geordnete Übergabe der politischen Macht an Autoritäten*", die Schaffung eines „*politisch-sozialen Rahmens, der die Regierbarkeit des Landes garantiert*", und neben der Betonung der einzuhaltenden Menschenrechte die Zurückweisung der Gewalt „*von wo immer sie auch kommt*" (Lateinamerikanachrichten 141). Es gibt in der „Übereinkunft" keine eindeutige Absage an Pinochets Verfassung, es wird vage von einer Verfassungsreform gesprochen; der Rücktritt Pinochets wird nicht zur Bedingung gemacht; es wird nichts über eine Demokratisierung der

sprochen; der Rücktritt Pinochets wird nicht zur Bedingung gemacht; es wird nichts über eine Demokratisierung der

Streitkräfte ausgesagt, sondern zugesichert, daß die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen ohne Demütigung der Streitkräfte ablaufen müsse. Der wirtschaftliche Teil betont die notwendige Beibehaltung des Privatbesitzes, die notwendige soziale Disziplin der Arbeiter und die anzustrebende Ausgewogenheit der Interessen von Unternehmern und Arbeitern. Etwas volksnäher ist der dritte Teil über Sofortmaßnahmen, wo die Wiederherstellung aller öffentlichen Freiheiten, die Autonomie der Universitäten, das Ende des Exils u.a. gefordert wird. Über das ganze soll in Form eines Plebiszits abgestimmt werden und es soll als Grundlage für Verhandlungen dienen. Die MDP hat in einem gemeinsamen Brief an Kardinal Fresno und in abgestuft deutlichen Stellungnahmen der einzelnen Mitgliedsparteien die Sofortmaßnahmen der „Übereinkunft" begrüßt. Kritisiert wurde der präventive Ausschluß der radikalen linken Kräfte und die fehlende Eindeutigkeit in Bezug auf die Beseitigung Pinochets und seiner sogenannten Verfassung. Die MDP-Parteien bekräftigten ihre zentralen Forderungen:

— Weg mit Pinochet
— Einberufung einer Provisorischen Regierung
— Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung

Probleme und Pluspunkte der bürgerlichen Opposition

Die Situation stellt sich mithin ähnlich wie im vergangenen Jahr. Das Regime zeigt sich zunächst nicht verhandlungsbereit. Die Linke arbeitet an der sozialen Mobilisierung und bereitet einen weiteren Streik-Protest vor. Die bürgerliche Opposition muß sich einerseits seriös geben und das Lager der verhandlungswilligen Regimeanhänger stärken, insofern tritt sie als Kraft auf, die sich bemüht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen (Nichtaufruf zu den Protesten im September). Andererseits gibt es in der Christdemokratie die linken Kräfte, die für den Sturz der Diktatur und Massenmobilisierung eintreten. Diese Kräfte sind es, die Einfluß in der Massenbewegung haben und auf die Christdemokratie, bzw. die bürgerliche Opposition, nicht völlig verzichten kann.

Es ist nach wie vor das gleiche Di-

liche Opposition, nicht völlig verzichten kann.

Es ist nach wie vor das gleiche Di-

lemma: Die Diktatur zu Verhandlungen und zur Machtübergabe zu bewegen und entsprechende Vorleistungen bzw. Garantien zu erbringen, ohne sich zu sehr von der kämpferischen Massenbewegung zu isolieren. Und — was vielleicht noch gravierender ist — die bürgerliche Opposition hat kein Konzept für die Lösung der Wirtschaftskrise. Klar scheint nur zu sein, daß sie dem herrschenden Block (Monopolgruppen und transnationales Kapital) nicht wehtun will.

Es gibt aber einige Aspekte, die für die (vorübergehende) Machbarkeit des Konzeptes der bürgerlichen Opposition sprechen. Erhebliche Teile der christ- oder sozialdemokratischen Mittelschichten sehnen sich dringlich nach Wiederherstellung der Demokratie, ohne Gefahr laufen zu wollen, daß aus Chile ein neues Nicaragua wird. Die bürgerliche Opposition und die „nationale Übereinkunft" haben die Unterstützung der katholischen Kirche, und es ist geglückt, bisher standfeste Pinochet-Anhänger ins Lager der Opposition zu ziehen, d.h. zumindest ins Lager derjenigen, die nicht bis 1989 auf eingeschränkte Wahlen warten wollen — so wie es die Pinochet-Verfassung vorsieht. Und sie haben vor allem das wachsende Wohlwollen der Imperialisten, die mit einiger Sorge die Radikalisierung der Massenbewegung verfolgen und kein Interesse an einer weiteren Zuspitzung in Chile haben. Selbst der langjährige Pinochet-freund Strauß hat inzwischen die „Übereinkunft" der 11 Parteien begrüßt und gewürdigt.

Aufschwung oder Krise der Linken?

Die Situation der radikalen Linken ist trotz ihres unbestreitbaren Masseneinflusses und trotz ihrer Mobilisierungserfolge nicht unproblematisch. Die Proteste im September haben gezeigt, daß die Armen in den Poblaciones, die Menschenrechtsgruppen, die Schüler und Studenten nicht bereit sind, sich auf einen eventuell irgendwann einmal stattfindenden Dialog vertrösten und damit ruhig stellen zu lassen.

Die radikalen Teile der Massenbewegung und die Kräfte der MDP sind aber trotz allem m.M.n. nicht stark genug, um kurzfristig den radikalen

gung und die Kräfte der MDP sind aber trotz allem m.M.n. nicht stark genug, um kurzfristig den radikalen

Sturz des Regimes durchzusetzen. Ein Hinweis dafür ist die Zeit des Belagerungszustandes, in der es zwar gelungen ist, ständig kleine Aktionen, Blitz-Demos, Veranstaltungen etc. durchzuführen, auch die Organisationsstrukturen einigermaßen aufrechtzuerhalten. Das reichte aber nicht aus, um den Belagerungszustand ernsthaft in Frage zu stellen.

Dies ist Ausdruck einer unbestreitbaren Schwäche der Linken (die in Zeiten relativer „Öffnung" ihren Masseneinfluß stärken konnte und für die Phase härterer Repressionen kein gangbares Konzept hatte).

Aktuell stellt sich erneut die Frage nach dem Verhältnis der Linken zur bürgerlichen Opposition und ihren Dialogoffensiven.

— Einigkeit herrscht darüber, daß die bürgerliche Opposition nicht in der Lage sein wird, die tiefe Wirtschaftskrise des Landes zu lösen. Eine tiefergehende Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten der Unterbezahlten, Arbeitslosen und Armen, ein Moratorium oder eine radikale Lösung der Frage der Außenschuld, all dies kann und will die bürgerliche Opposition nicht verwirklichen. Soziale und politische Konflikte sind damit weiter vorprogrammiert.

— Einigkeit herrscht auch darüber, daß die „soziale Mobilisierung" fortgesetzt und intensiviert werden muß, um den Druck auf die Diktatur und auch auf die bürgerliche Opposition zu verstärken und die Forderungen des Volkes so stark wie möglich zu verankern. Es ist klar, daß der Charakter eines zukünftigen demokratischen Systems weitgehend von der Breite und Intensität der Massenaktionen ab-



1. Mai 1984 in Santiago

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

hängt, und daß es nicht gleichgültig ist, auf welche Weise Pinochet zum Abtritt gezwungen wird.

— Einigkeit herrscht schließlich auch darüber, daß ein breiteres Bündnis, das über die radikalen Kräfte der MDP hinausgeht, dringend erforderlich ist. Deswegen wurde im März dieses Jahres die Gruppe der kompromißlosen Demokraten gebildet (Intransigencia democratica), die sich aus Persönlichkeiten der MDP-Parteien, linken Christdemokraten, einigen Vertretern des sozialistischen Blocks, bekannten Intellektuellen und Unabhängigen zusammensetzt. Der Grundkonsens ist, daß es keine Verhandlungen mit diesem Regime geben kann, daß die Diktatur gestürzt werden muß und daß die ,,soziale Mobilisierung'' das wesentliche Kampfmittel ist. Diese Initiative hat einigen Spielraum zur Mitte hin geöffnet, den Durchbruch — nämlich wesentliche Teile der Christdemokratie für den kompromißlosen Weg zu gewinnen — aber nicht erreichen können.

Die ,,nationale Übereinkunft'' der bürgerlichen Opposition hat vorhandene Widersprüche und Diskussionen aktualisiert, die nicht nur zwischen den verschiedenen Parteien der Linken, sondern auch quer durch die Parteien existieren.

— Wie dringlich ist die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition, um den schnellstmöglichen Sturz (oder Abgang) der Diktatur zu erreichen? Welche Zugeständnisse ist man bereit zu machen, um in den von der bürgerlichen Opposition eingeleiteten Prozeß einbezogen werden zu können? — Es geht dabei im wesentlichen um die Gewaltfrage, die immer wieder als zentrale hochgespielt wird. Mit Kräften, die *alle* Kampfformen, auch bewaffnete Aktionen akzeptieren und durchführen, — so die Mehrheit der bürgferlichen Opposition — könne es keine Gemeinsamkeit geben. (In Bezug auf diese Frage zitterten manche Leute um die ,,Standfestigkeit'' der KP, die immerhin 7-8 Jahre lang das Bündnis mit der Christdemokratie gesucht hat und erst seit etwa 1980 *alle* Kampfformen akzeptiert. Zunächst hat die KP aber in ihrer Stellungnahme zur ,,nationalen Übereinkunft'' das Recht auf ,,Volksrebellion'' bekräftigt.) Die PS hat von

ihrer Stellungnahme zur ,,nationalen Übereinkunft'' das Recht auf ,,Volksrebellion'' bekräftigt.) Die PS hat von

allen MDP-Parteien die moderateste Stellungnahme abgegeben, der MIR hat eindeutig erklärt, daß mit Mördern nicht verhandelt wird, ähnlich der MOC.

— Weitere Auseinandersetzungen gibt es um die Frage der Langfristigkeit des Kampfes und der Gewichtung zwischen aktuten sozialen und ökonomischen Kämpfen einerseits, dem Ausbau der Selbstverteidigungsmilizen und der organisierten bewaffneten Aktionen andererseits. Allgemein betrachtet gibt es hier keine Widersprüche, alles was zur schnellen Herbeiführung demokratischer Verhältnisse — und seien sie auch begrenzt — beiträgt, verbessert die Situation des Volkes und seine Kampfbedingungen. Angesichts der begrenzten Kräfte und Mittel vor allem der kleineren linken Parteien (MIR, MOC, PS-Fraktionen) stellt sich die Frage aber doch widersprüchlich, welche aktuellen Schwerpunkte zu setzen sind: Ausbau der Parteistrukturen, der bewaffneten Gruppen, der Schulung usw. für den langfristigen Kampf um den Sozialismus — oder Kanalisierung aller Kräfte und Mittel in die Massenorganisationen, in den Kampf für eine baldige (bürgerliche) Demokratie.

Nicht ohne Grund hat es in der chilenischen Linken — trotz der Existenz der MDP — weitere Abspaltungen, Fraktionierungen (v.a. PS und MOC) und scharfe Auseinandersetzungen gegeben. Es fehlt letztlich (und dies bekanntlich und leider nicht nur in Chile) das theoretische Konzept für die Verbindung von demokratischem und sozialistischem Kampf in einer relativ entwickelten und differenzierten Gesellschaft, in der sich nicht nur ausgebeutete Massen und Diktator gegenüberstehen, sondern kleinbürgerliche und Mittelschichten mit ihren politischen Vertretungen Gewicht haben.

Der Traum von der großen Chance, heute die revolutionäre Situation im krisengeschüttelten Chile zu schaffen (so der MIR 1984) oder vom nahtlosen Übergang von der Diktatur zur revolutionären Volksdemokratie scheint im Augenblick noch verfrüht. Zur Verwirklichung der Forderungen der überwiegenden Mehrheit des chilenischen Volkes nach menschenwürdigen Lebensbedingungen, nach Gerechtigkeit und Menschenrechten beizutragen und den langfristigen Kampf für den Sozialismus adäquat damit zu verbinden, das ist die schwierige Aufgabe, vor der die chilenische Linke im Augenblick steht.

m., Lateinamerika-Kommission

«Wir haben den strategischen Ansatz des Volkskrieges»

Interview mit Commandantes aus El Salvador

Seit einigen Monaten hat sich ein heftiger Streit in der Solidaritätsbewegung um die Einschätzung des Befreiungskampfes in El Salvador entwickelt. Die Meinungen, die in den Blättern des IZ3W, dem IDES, ILA-Info und anderen Organen dargelegt oder kritisiert werden, reichen bis zur der Auffassung, die FMLN sei am Ende, ihr Kampf gescheitert und die Revolution nicht mehr zu gewinnen.

Wir lassen im folgenden die Position derjenigen, die in El Salvador kämpfen, zu Worte kommen. Es handelt sich um Auszüge einer Pressekonferenz, die von Mitgliedern des Generalkommandos der FMLN am 6. Juli 85, im Zentrum des Krieges, in Morazan, El Salvador, vor nordamerikanischen Journalisten gehalten wurde.

Comandante Villalobos, innerhalb der salvadorianischen Armee betrachtet man die aktuelle Lage optimistisch. Es wird davon gesprochen, die Guerilleros seien vereinzelt worden, aufgerieben; sie würden militärische Niederlagen erleiden. Wie sehen Sie die aktuelle Situation des salvadorianischen Krieges?

Cdte. Villalobos: Wir gehen davon aus, daß, wenn es die zunehmende US-Intervention nicht gäbe, wir diesen Krieg bereits gewonnen hätten. Die Armee hatte rund 12.000 Leute und die Luftwaffe 30 Hubschrauber bzw. Flugzeuge, als der Krieg begann. Jetzt verfügt die Armee über rund 42.000 Leute und die Luftwaffe über 50 Hubschrauber und Flugzeuge, und wir haben ihnen 18.000 Verluste zugefügt.



Armeekontrolle in der Provinz Usulatan

D.h. die Armee, mit der wir den Krieg angefangen haben, haben wir praktisch aufgerieben. Wir haben ihr zwischen einem Viertel und einem Drittel des Territoriums abgenommen.

In Regionen, wie dem Osten des Landes, stehen die 20 Bezirksverwaltungen, wo die Armee ihre machtpolitische Struktur in Form der lokalen Machtinstanzen verteidigt, einer Gesamtzahl von 86 gegenüber. D.h. die Armee ist zu einer Unmenge von mobilen Einheiten geworden, die sich eher davor hüten, noch mehr Verluste einzustecken, als ihr politisches und wirtschaftliches Projekt zu verteidigen.

Es ist klar, daß von ihrer Seite aus mit diesem Ansatz versucht wird, eine irreguläre Kriegsführung, wie wir sie anwenden, anzunehmen. Der Unterschied zu uns ist allerdings, daß sie ihrem politischen und wirtschaftlichen Projekt verpflichtet ist und deshalb natürlich viel zu verteidigen hat. Wir hingegen haben nichts zu beschützen, nicht mal Terrain. Für uns ist das Terrain konkret Operationsgebiet, ist Front, Rückzugsgebiet, es kann alles mögliche sein.

Der Interventionsprozeß stellt uns jetzt vor die Tatsache, daß wir nicht weiterhin einen herkömmlichen Krieg gegen einen Feind führen können, der eine unerschöpfliche Nachschubquelle hinter sich hat. Gegen diesen Feind einen, als kurzfristig definierten Krieg zu führen, der strategisch gesehen aus einer ununterbrochenen Reihe von Offensivaktionen besteht, die darauf hinzielen, die Städte zu erreichen, wäre ein Fehler. Mit einer Strategie dieser Art würden wir nicht vorankommen. Wir haben uns also zum Ziel gesetzt, den Widerstand und die Fähigkeit der Reagan-Administration zu brechen, die Armee weiterhin aufrechtzuerhalten. Wenn erst einmal dieser Widerstand und die Bereitschaft der derzeitigen Administration gebrochen ist, weiterhin Armee und Regierung El Salvadors zu unterstützen, haben wir den Krieg gewonnen. Nachdem wir uns diese Situation bewußt gemacht haben, haben wir entschieden, die Form des Zermürbungskrieges anzuwenden.

Diese Art des Krieges bringt notwendigerweise einige Änderungen in der Definition, was als positive Entwicklung aufgefaßt werden kann, mit sich. Diese Änderungen haben z.T. die optimistischen Urteile, die die Armee abgibt, nach sich gezogen.

Außerdem ist es üblich, daß die Armee jedesmal, wenn sie einen militärischen Plan umsetzt, zu triumphalistischen Erklärungen greift.

Die Bereitschaft der USA brechen, die Armee weiter aufrecht zu erhalten

Wie will die FMLN die Möglichkeiten, die Bereitschaft der USA zerstören, als wichtigste logistische Quelle der Regierung El Salvadors zu fungieren?

Cdte. Shafick Handal: Wir haben nicht die Absicht, die USA als materielle, logistische Quelle zu zermürben, das ist ja nicht durchführbar ... Der Punkt ist, daß es in den USA eine Bereitschaft zur Intervention gibt, die sich als uneffektiv erweisen muß und auf dieser Basis als ungerechtfertigt.

Einer Sache sind wir uns sicher: wir können hier sehr, sehr lange Zeit weiterkämpfen, die Zeit steht nicht gegen uns. Die Zeit steht gegen die Linie politischer Aggression, die heute in den USA hinsichtlich El Salvadors und ganz Mittelamerikas vorherrscht. Das Zeitproblem hat Reagan; er muß sich die Frage stellen: wie lange kann durch ein einfachstes ideologisches Schema die Bereitschaft der USA bestehen bleiben, ihre Aggressionen in diese Richtung zu lenken? Das ist das Problem, vor dem er steht. Was uns betrifft, hat Joaquin Ihnen ja schon eine sehr wichtige Sache gesagt, die ich folgendermaßen ausdrücken möchte: die salvadorianische Revolution hat noch nicht den 5. Teil ihrer Möglichkeiten erreicht.

Wir haben uns in den am meisten rückständigen Zonen entwickelt. In jeder Hinsicht ist das Hauptpotential der salvadorianischen Revolution dort, wo sich jetzt der Feind aufhält, in den dicht besiedelten, wirtschaftlich wichtigen Gebieten des Landes.

Die Hauptreserven der Revolution

Hauptreserven der Revolution sind die, die heute in den Kampf eintreten. Unser strategischer Plan versucht auf politischer Ebene, Raum für den Kampf des Volkes zu schaffen. Der Zermürbungsprozeß ist gleichzeitig ein Prozeß, der es dem Volk ermöglicht, seine organisierte Aktion wiederaufzunehmen, seine politische Aktion, seine Bürgerrechtsaktion und seine revolutionäre Aktion. Er ermöglicht ihnen, den Prozeß, der durch die Ermordung von 50.000 Menschen abgebrochen worden ist, wiederaufzunehmen. 50.000 Tote haben eine kurzfristige Unterbrechung des revolutionären Volkskampfes, eine Paralysierung des nicht-militärischen Kampfes der Massen für 2 oder 3 Jahre, mit sich gebracht. Was wir heute miterleben ist, daß es mit dem Massenmord nicht möglich war, die Kampfbereitschaft des Volkes zu brechen, zu vernichten, niederzuschlagen. Diese Kampfbereitschaft ist stärker, entschloßener als jede Bereitschaft zu intervenieren. Das ist unsere Ansicht. Wir sind überzeugt, daß sogar das Volk der USA selbst auf diese irreale und ungerechte Linie ihrer Regierung wird reagieren müssen.

Welches sind die Minimalbedingungen, um die Waffen niederzulegen?

Cdte. Joaquin Villalobos: Um die Waffen niederzulegen? Da gibt's keine Bedingungen, weil wir nicht bereit sind, die Waffen überhaupt jemals niederzulegen.

Und um mit der Regierung zu verhandeln?

Cdte. Joaquin Villalobos: Die Hauptbedingung für einen Verhandlungsprozeß ist der Stopp der US-Intervention.

Verstehen Sie sich als Marxisten, als Sozialdemokraten, oder wie definieren Sie sich?

Cdte. Joaquin Villalobos: Diese Frage läßt sich in eine bestimmte Intention der Reagan-Administration einordnen, diesen Konflikt zu ideologisieren. Er soll als Teil des Ost-West-Konfliktes erscheinen, und unser Kampf soll als Teil des sowjetischen Expansionismus,

soll als Teil des Ost-West-Konfliktes erscheinen, und unser Kampf soll als Teil des sowjetischen Expansionismus,

wie sie es nennen, dargestellt werden. Man will verhindern, daß er als sozialer Kampf verstanden wird.

Innerhalb der FMLN/FDR gibt es unterschiedliche Denkweisen. Ich glaube, nötiger als daß wir hier definieren, ob wir Marxisten sind oder nicht, ist, daß die US-Administration versteht, daß es wissenschaftliche Maßstäbe gibt, daß es in diesem Kontinent auch andere Denkweisen gibt, daß es sie in ganz Amerika gibt, Denkweisen, mit denen sie sich in den kommenden Jahren wird verständigen müssen ...

Die FMLN/FDR sagt: ja, hier gibt es Marxisten-Leninisten, aber wir sehen das nicht als Todsünde an. Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Tatsache, daß es innerhalb der FMLN Marxisten-Leninisten gibt, dazu dienen soll, den Konflikt in El Salvador in den Bereich des Ost-West-Konfliktes zu verlagern. Unser Problem ist ein soziales: die Tatsache, daß in diesem Land der Boden auf eine Weise verteilt ist, die nicht mehr dazu dient, die sozialen Probleme zu lösen.

Welche Aktionen werden wir in den nächsten Monaten im Rahmen der Entwicklung neuer Taktiken der FMLN zu erwarten haben?

Cdte. Joaquin Villalobos: In erster Linie eine Zunahme der Aktivität an der Periferie der Städte und in den Städten selbst. Operationen wie die von El Caro, Santa Lucia, Santa Ana, El Picacho ... Solche oder ähnliche Aktionen. Das sind die Indikatoren für die Entwicklung unserer Strategie. Die Aktion von El Picacho betraf das Dept. San Salvador, und die von Santa Lucia das Dept. Santa Ana; die Erhöhung der Sabotage, die Erhöhung der feindlichen Verluste. Im Augenblick handelt es sich nicht darum, Waffen zu erbeuten, auch nicht Terrain zu definieren. Es interessiert uns auch nicht weiter, Dörfer oder Städte einzunehmen: so viele Dörfer, die wir einnehmen könnten, gibt es nicht mehr. Was eingenommen werden muß, sind die größeren Städte, und die muß man auf eine andere Weise erobern. Dazu ist politische Organisation innerhalb dieser Städte nötig. Deshalb beginnen wir den Annäherungsprozeß an die Periferie.

In diesen Momenten ist eine Akkumulation der Verluste wichtig: ein, zwei, drei, vier Verluste, die zusammenkommen, das ist von großem Wert. Die Vermehrung von Hinterhalten, von Überraschungsaktionen ist ein weiteres wichtiges Element. Kleine, schnelle Angriffe, die nur wenige Stunden dauern. Vor einigen Tagen hat es hier so einen gegeben, in der Nähe von Corinto, mit neuen Verlusten auf Regierungsseite, drei Gewehre sind erbeutet worden — kleine Operationen, aber zahlreich. Die Hinterhalte sind ebenfalls Aktionen, die weniger als 40 Minuten dauern. Das ist die Art von militärischer Aktivität, die die Entwicklung unseres strategischen Schemas beinhaltet. D.h. vorher war es jeweils zu bestimmten Zeiten eine großangelegte Offensive, basierend auf Militärkampagnen. Heute ist es eine permanente Aktivität, ununterbrochen und im gesamten Territorium.

Was ebenfalls wichtig ist und einen weiteren Indikator darstellt, ist das Ansteigen unserer militärischen Aktivität in der gesamten südlichen Zone im Landesinnern, in der Nähe von San Salvador, in der westlichen Zone und weiterhin die Zermürbung der Regierungsoffensiven gegen all diese Zonen.

Dazu kommt der Krieg, der in den östlichen Landesteilen geführt wird, der schon die gesamte Region erreicht hat.

Wir denken, daß wir innerhalb eines Jahres den Krieg ins gesamte Territorium verlagert haben werden.

Innerhalb von ca. 8 Monaten wird die einzige für den Feind stabile Region die Zone an der Pazifikküste sein, die im Westen des Landes an Guatemala grenzt. Wir rechnen damit, daß wir um diese Zeit schon im Süden des Dept. San Salvador sein werden, im Dept. La Paz an der Grenze zu Guatemala, und so praktisch das gesamte Gebiet erreichen können. Wir werden in den Dörfern, an den Landstraßen, den bedeutenden Städten und den Produktionszentren aktiv sein.

Das ist in groben Umrissen die Entwicklung unseres militärischen Schemas.

Dokumente, die bei der Commandante Nidia Diaz gefunden worden sind, beschreiben Nicaragua als wichtigste lo-

Dokumente, die bei der Commandante Nidia Diaz gefunden worden sind, beschreiben Nicaragua als wichtigste lo-

gistische Quelle derFMLN. Wie stellen Sie sich zu dieser Tatsache?

Cdte. Joaquin Villalobos: Unabhängig von irgendwelchen Dokumenten möchte ich meinen, daß es Dinge gibt, die einfach logisch sind. Es ist absurd, sich diesen Krieg auf der Basis einer ausländischen Hilfeleistung zu erklären. Wir sind von der FMLN feindlichen gesonnenen Staaten umgeben. Im Westen Guatemala, Honduras im Norden; der Golf von Fonseca von US-Spezialradar, Flugzeugträgern, Kreuzern kontrolliert. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen, auch nur einen einzigen Beweis dafür zu liefern, daß eine in strategischer Weise bedeutsame Lieferung stattfindet und das sich daraus der Krieg in unserem Land erklärt.

Man muß sich einmal die albernen Bemühungen vor Augen halten, die sie gemacht haben, um Beweise zu erbringen. Ich führe 2 Beispiele an: vor ein paar Monaten hat Herr Paul Gorman ein paar Esel vorgeführt, um zu beweisen, daß wir Logistik beliefert bekommen. Hat einer sich darüber Gedanken gemacht, wieviel Munition ein Esel tragen kann? Wie soll ein Krieg, in den die USA fast 300 Berater und mehr als 2000 Millionen Dollar investiert haben, dadurch erklärt werden, daß man vier Esel zeigt, die mit ein paar Körben beladen sind? Das ist blanker Unsinn ...

Aus diesem Grund ist unser strategischer Ansatz der eines Volkskrieges. Das ist der Grund, weshalb wir den Einsatz selbstfabrizierter Waffen vervielfachen. Dieser Krieg ist nicht durch irgendwelche Waffenhilfe zu erklären — obwohl wir das Recht darauf hätten, aber wir haben keine optimalen Möglichkeiten, sie zu bekommen — Nicaragua grenzt nicht direkt an unsere Gebiete ...

Sogar unsere revolutionären Freunde haben sich gefragt, wie es möglich ist, daß wir eine revolutionäre Strategie entwerfen, die beinhaltet, eine so große Macht wie die USA zu besiegen, und das in einer geographischen Lage wie der unseren. Nun, das ist das Experiment, das wir uns vornehmen, und wir werden es bewahrheiten und diesen Krieg gewinnen.

Entweder gewinnen wir ihn auf dem Verhandlungswege, mittels eines Friedensvertrages zwischen den nationalen Kräften, was für uns vielleicht kein totaler Sieg wäre, aber ein Sieg des Volkes, ein ehrenvoller, würdiger Ausweg, der eines gerechten Friedens, oder wir gewinnen ihn nach allen Regeln der Kunst auf dem militärischen Gebiet, wir besiegen die Intervention.

Neues Verfassungsschutzgesetz geplant
Dieses war der zweite Streich ...

Zur Zeit beraten die Innenpolitiker der Koalitionsfraktion über einen Vorentwurf zur Novellierung des „Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfasungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz". Dieser mit „VS — nur für den Dienstgebrauch" gekennzeichnete Entwurf ist bereits das zweite Gesetzeswerk, mit dem die durch das Volkszählungsurteil erforderlich gewordene Neuregelung der Datenverarbeitung im Bereich „Innere Sicherheit" bewerkstelligt werden soll. Die Innenministerkonferenz hatte bereits Anfang des Jahres Vorschläge zur Änderung des Polizeirechts vorgelegt (der AK berichtete ausführlich in Nr. 256 und 257). Nach Auskunft der Bundesregierung sind weitere Gesetze bzw. Gesetzesänderungen zum MAD, zur Strafprozeßordnung, zum BKA und zum Straßenverkehrsgesetz geplant bzw. liegen bereits entsprechende Entwürfe vor.

Zur Erinnerung: Mit dem Volkszählungsurteil vom Dezember 1983 hatte das Bundesverfassungsgericht nicht nur das konkrete Vorhaben „Volkszählung" gestoppt, sondern darüber hinaus allgemeine Grundsätze zum „informellen Selbstbestimmungsrecht", zur Amtshilfe und zum Datenschutz aufgestellt. Wesentliches Ergebnis davon ist, daß sämtliche „informationellen Eingriffe", d.h. Datenerhebungen, Datenspeicherungen und Datenverarbeitung sowie -weitergabe, künftig gesetzlich geregelt werden müssen. Dabei Datenspeicherungen und Datenverarbeitung sowie -weitergabe, künftig gesetzlich geregelt werden müssen. Dabei muß die Zulässigkeit solcher Eingriffe eindeutig und für den Bürger verständlich in den Gesetzen beschrieben werden. Im Sinne einer „informationellen Gewaltenteilung" müssen die erhobenen Daten einer strengen Zweckbindung unterliegen, damit eine Totalerfassung ausgeschlossen ist.

Der Jubel der Datenschützer über diesen rechtsstaatlichen Fortschritt war groß. Doch er sollte ihnen im Halse stecken bleiben. Was in Ministerien und Ausschüssen bisher produziert worden ist, läßt jede kritische Überprüfung der bisherigen Überwachungspraktiken zugunsten des neu entdeckten Grundrechts auf „informationelle Selbstbestimmung" vermissen. Genau wie im Polizeirecht soll auch im Bereich des Verfassungsschutzes die bisher in verwaltungsinternen Richtlinien geregelte Praxis einfach in Gesetzesform gegossen werden.

Im einzelnen sieht der Vorentwurf zum Bundesverfassungsschutzgesetz folgendes vor (der vollständige Text ist in der taz vom 4.10.1985 dokumentiert):

Keinerlei Einschränkungen gibt es für den Verfassungsschutz bei der Erhebung und Verarbeitung von Informationen, die er *„zur Erfüllung seiner Aufgaben"* benötigt. Dabei darf er auch *„nachrichtendienstliche Mittel"* anwenden (§ 5). Was „nachrichtendienstliche Mittel" sind, wird dabei nicht geregelt. In der Begründung zu § 5 werden als Beispiele das Einschleusen oder Anwerben von V-Leuten, die Observation, das geheime Fotografieren und die Post- und Telefonüberwachung genannt.

Die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten, die ja eigentlich „bereichsspezifisch" und „präzise" zu regeln gewesen wäre, wird ebenfalls in generalklauselartiger Weite zugelassen: *„Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten erheben, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist"* (§ 6, Abs. 1) und es *„darf für Zwecke des Verfassungsschutzes personenbezogene Daten in Dateien speichern"* (§ 7, Abs. 1). Es wird also nicht differenziert, ob es sich um Spionageabwehr, „Terrorismusbekämpfung" oder einfach nur um Ausforschung „extremistischer" Bestrebungen handelt. Aus der Begründung zu § 6 geht hervor, daß hiermit sogar die „ *‚Abklärung' der Eignung einer beabsichtigten operativen Maßnahme, wie etwa der Eignungsüberprüfung von V-Leuten"* gemeint ist. Zu all diesen Zwecken dürfen ebenfalls *„Nachrichtendienstliche Mittel"* angewendet werden, wenn *„die Erforschung des Sachverhalts auf* fen ebenfalls *„Nachrichtendienstliche Mittel"* angewendet werden, wenn *„die Erforschung des Sachverhalts auf* *andere Weise nicht möglich"* ist und wenn die *„Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts"* dem entspricht.

Am deutlichsten rückt der Vorentwurf aber bei der Regelung der Datenweitergabe an andere Behörden von den Forderungen des Volkszählungsurteils ab. Dort wurde noch eine *„konkrete Zweckbindung"* und ein *„amtshilfefester Schutz gegen Zweckentfremdung durch Weitergabe- und Verwertungsverbote"* verlangt. Stattdessen findet sich in den Vorschriften des Entwurfs der vage Begriff der **„Zweckvereinbarkeit"**. Damit werde, so die Begründung, *„gesetzgeberisches Neuland beschritten"*. In der Tat ist juristisch völlig unklar, wo die Grenzen liegen, wenn es in § 10 heißt, der Verfassungsschutz dürfe Daten übermitteln, *„wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben oder der Aufgaben der Empfängerbehörde erforderlich ist und der Empfänger die Daten für Aufgaben benötigt, die mit dem Zweck des Verfassungsschutzes vereinbar sind"*. Sehr zu recht stellt die Humanistische Union in einem Offenen Brief an die FDP-Bundestagsabgeordneten Baum und Hirsch heraus, daß sich diese Voraussetzung *„immer konstruieren (läßt), zumal jeder Angehörige des öffentlichen Dienstes verpflichtet ist, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten. Die vorgesehene Formel deckt die gegenwärtige Praxis der Verfassungsschutzbehörden, fragwürdige ‚Erkenntnisse' Einstellungsbehörden, der Polizei, Gerichten etc. hinter dem Rücken der Betroffenen mitzuteilen"*. Und niemand sollte sich über die schlechten Absichten der Entwurfs-Verfasser täuschen, die sich völlig darüber im klaren sind, daß sie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes mißachten. Der Begriff der „Zweckvereinbarkeit" sei verwendet worden, heißt es in der Begründung, *„um der durch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15. Dezember 1983 angeregten (!) Rechtsentwicklung in einer für die Staatspraxis zuträglichen Weise (!) Rechnung zu tragen. Solange der Zweckbegriff selbst in Theorie und Praxis noch nicht hinreichend präzisiert ist, kann ein Rückgriff auf den Begriff der 'Zweckidentität' nicht zu praktikablen Ergebnissen führen, da es in der Regel nicht mehrere Behörden gibt, die zu genau demselben Zwecke tätig werden, so daß im Ergebnis jegliche Datenweitergabe zwischen Behörden ausgeschlossen wäre."*

Besonders wenig rechtsstaatliche Sensibilität haben die Verfasser bewiesen, als sie die Datenübermittlung an ausländische Behörden gestatteten. Neben der *„Übermittlung personenbezogener Daten an Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte"*, die unter denselben Bedingungen zulässig ist wie an inländische Behörden, können ausnahmslos auch alle ausländischen sowie über- und zwischenstaatliche Stellen von den „Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes profitieren, sofern *„die Datenübermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen der Stelle, der sie übermittelt werden, erforderlich ist"* und die *„Belange des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder der anderen Stelle"* gegenüber den *„schutzwürdigen Belangen des Betroffenen"* überwiegen (§ 10 Abs. 4). Was diese Regelung beispielsweise für abgewiesene Asylbewerber, die wieder in ihr Heimatland zurück müssen, heißt, kann jeder aufgeklärte Mensch sich denken.

Da ein bundesdeutsches Gesetz natürlich nur innerstatliche Stellen verpflichten kann, beschränken sich die Regelungen über den Datenfluß in umgekehrter Richtung — also Übermittlung von Daten **an** den Verfassungsschutz — auf deutsche Behörden. Diese sind dafür zu allen nur erdenklichen Hilfeleistungen verpflichtet. Auf Ersuchen müssen alle öffentlichen Stellen Daten mitteilen bzw. Registereinsicht gewähren, wenn der Verfassungsschutz *„die Erforschung auf andere Weise nicht, nur mit unverhältnismäßigem Aufwand oder nur durch eine den Betroffenen stärker belastende Maßnahme"* (§ 9) betreiben kann. Das Ersuchen muß noch nicht einmal begründet werden, so daß die ersuchte Behörde gar nicht prüfen kann, ob die Voraussetzungen gegeben sind. Grenzen ergeben sich lediglich aus schon bestehenden Gesetzen, z.B. dem Schutz bestimmter Sozialdaten, nicht jedoch aus dem Gebot der „Zweckbindung", von dem hier überhaupt nicht mehr die Rede ist. Sogar ohne Ersuchen, also von sich aus müssen alle Behörden den Verfassungsschutz unterrichten, wenn sie glauben, etwas über *„sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten"* oder über verfassungsfeindliche Bestrebungen, *„die darauf gerichtet sind, Gewalt anzuwenden oder Gewaltanwendung vorzubereiten"*, in Erfahrung gebracht zu haben (§ 8, Abs.2).

Abesehen von dem Inhalt des Entwurfs, spricht auch die Art und Weise, **wie** hier von den zuständigen Stellen im Staatsapparat die Sache in Szene gesetzt worden ist, nicht gerade für demokratisches und rechtsstaatliches Bewußtsein.

In unserer Analyse des Volkszählungsurteils (vgl. AK Nr. 257) hatten wir herausgearbeitet, daß die Forderung nach gesetzlicher Regelung für alle „informationellen Eingriffe" den entscheidenden Fortschritt insofern darstellt, weil damit zwangsweise eine öffentliche Debatte verbunden ist. Solange die Datenverarbeitung durch staatliche Stellen entweder gar nicht oder bestenfalls in verwaltungsinternen Vorschriften geregelt ist, die von der Exekutive selbst erlassen und vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden können, finden kritische Stimmen keinen Rahmen vor, in dem sie sich Gehör verschaffen können. Dagegen muß der Verabschiedung von Gesetzen durch das Parlament ein breiter Konsensbildungsprozeß vorangehen.

Dieses Licht der Öffentlichkeit und dieser Zwang, seine Ziele diskutierbar zu machen, sind es, was die Verfasser des „Vorentwurfs" scheuen: Der Entwurf wurde erst einmal zur geheimen **„Verschlußsache"** erklärt. Offenbar wollte man sene Pläne so weit wie möglich zunächst untereinander abstimmen, um zu vermeiden, daß durch öffentliches Gezänk die Bevölkerung erst aufmerksam wird. Demselben Ziel dient wohl auch ein von der taz (4.10.) berichtetes Manöver, wonach der Entwurf statt von der Bundesregierung von den beiden Koalitionsparteien im Bundestag eingebracht werden soll. Damit — so die taz — wird eine Abstimmung im Bundesrat umgangen, so daß dieser erst die fertigen Gesetze vorgelegt bekommt. Die Ländervertreter können dann nur noch pauschal dem Gesetz zustimmen oder es ablehnen und dem Vermittlungsausschuß übergeben.

Offenbar bedurfte es wieder mal einer illegalen Handlung — der Weitergabe vertraulicher Unterlagen an Organisationen und Presseorgane — um wenigstens ein Stück weit gewisse demokratische Spielregeln wiederherzustellen.

E. Anti-Repressions-Kommission Hamburg

PS.: In den nächsten Wochen erscheint eine Sonderausgabe der Zeitschrift **cilip,** die sich mit den geplanten Gesetzen beschäftigt. cilip ist zu beziehen über:
Red. Cilip, Winklerstr. 49
1000 Westberlin 33

Herbst 84: Störmanöver Hildesheim

Die Ermittlungen des Staatsschutzes sind noch nicht abgeschlossen. Es werden immer wieder neue Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß alle diejenigen, die von weiteren Ermittlungen (bzw. Vorladungen) betroffen sind, sich umgehend mit dem *EA Hildesheim, c/o Verein zur Förderung von Kommunikation e.V., Postfach 1111, 3200 Hildesheim* in Verbindung setzen.
Wichtig: Mittlerweile gibt es — zusätzlich zu den bekannten Nötigungsverfahren — weitere Ermittlungen in Sachen *„Landfriedensbruch/Sachbeschädigung"*. Dieses neuerliche Konstrukt des Staatsschutzes bezieht sich auf Vorfälle am *Samstagvormittag, den 22.9.84, in Oerie/Pattensen* bei einem defekt liegengebliebenen Panzer, wo von der Polizei überfallartig Verkehrs-und Personenkontrollen durchgeführt und Autokennzeichen notiert wurden.
Wir haben bisher Kontakt zu drei Betroffenen, wissen aber, daß es mehr gibt!
Meldet Euch umgehend beim EA Hildesheim!
Bitte weitersagen!

Am 26.10.85 findet ab 14 Uhr in Hannover im Kinderladen des UJZ-Kornstraße für alle Störmanöver-Angeklagten und Interessierte ein weiteres **Betroffenentreffen** statt. Themen: Politische Plattform, weitere Öffentlichkeitsarbeit, Finanzen! **Kommt zahlreich!**

Prozeß wg. WWG-Demo
3000 Mark und ein Jahr auf Bewährung

Um dringende Hilfe und Unterstützung bittet der Bonner Ermittlungsausschuß. Im September wurde in einem Prozeß nicht nur ein Demonstrant wegen „schweren Landfreidensbruch in Tateinheit mit schwerem Widerstand, versuchter schwerer Körperverletzung, sowie fortgesetzten schweren Widerstands bei der Festnahme" abgeurteilt. Auch eine Zeugin, die aussagte, der Demonstrant sei getreten worden, soll nun wegen Falschaussage vor den Kadi kommen. Das Gericht will nicht glauben, daß die Bullen vor der „Weltöffentlichkeit" auf dem Platz herumgewütet haben. Der Ermittlungsausschuß sucht weitere Fotos und Zeugen. Folgender Leserbrief erschien dazu in der TAZ (9.10.85).

„Am 5.9. wurde der Wiesbadener Andi S. nach sechs Verhandlungstagen zu einem Jahr Knast, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung und zusätzlich DM 3.000 — in monatlichen Raten, zu zahlen an ai, verurteilt. Das Bonner Amtsgericht (Schöffen) unter Vorsitz von Richter Fritz Hasse folgte damit weitgehend dem Antrag des Staatsanwaltes. Der hatte für schweren Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerem Widerstand, versuchter schwerer Körperverletzung sowie fortgesetztem schweren Widerstand bei der Festnahme insgesamt 15 Monate ohne Bewährung gefordert. Bei einer Auseinandersetzung auf dem Bonner Münsterplatz soll Andi von zwei, ihn später festnehmenden SEK-Bullen bei einem Steinwurf beobachtet worden sein. In der Urteilsbegründung blieb lediglich ein ‚schwerer Gegenstand' übrig, den Andi mit einer ‚jeden vernünftigen Zweifel ausschließenden Sicherheit' geworfen haben soll. Begründung für den ‚schweren Landfriedensbruch' war ein Leuchtraketenabschußgerät (frei erhältlich für jeden über 18 J.), das bei ihm gefunden wurde. Allerdings bestätigte ein Sachverständiger, daß das gefundene Gerät funktionsuntüchtig war. Das Gericht allerdings bescheinigte Andi neben ‚unbeschreiblichem gewalttätigen Tätigwerden', er habe mit dieser ‚Waffe' gegen Art. 8 GG verstoßen, sich nämlich ‚friedlich und ohne Waffen zu versammeln' ... Er sei nach Bonn gekommen, nur um ‚Krawall zu machen', ein politisches Anliegen wurde ihm abgesprochen. Eine Zeugin, die beim Bonner Ermittlungsausschuß anrief und die Festnahme meldete, berichtete, er sei massiv in den Unterleib getreten worden. Das Gericht bezeichnete dies schlicht als ‚Mär'. Die Zeugin wurde eingeschüchtert mit der Drohung, es werde möglicherweise ein Verfahren wegen Falschaussage gegen sie eingeleitet. Die SEKler konnten sich nämlich an Tritte nicht erinnern. Nach Einschätzung des Gerichts hätte es sich — unter den Fernsehkameras der Weltöffentlichkeit — auch kein Polizist an diesem Tag erlaubt, so mit einem Gefangenen umzugehen. Im übrigen sei Schlagen und Treten von Seiten der Bullen auch ganz legal, wenn permant Widerstand geleistet werde. Die Zuhörer wurden während der sechs Verhandlungstage nach sitzungspolizeilichen Anordnungen' des Richters Hasse beim Betreten des Gerichts durchsucht ... Nicht nur einen WDR-Journalisten (der immerhin noch den Weg vom Lambsdorff-Prozeß rüberfand!) erinnerte das an Stammheim. Die Verteidigung wird in die Berufung gehen.
Wichtig: ***Der Bonner EA braucht weiterhin dringendst Fotos und Zeugenaussagen speziell für den Zeitraum der Auseinandersetzungen um das Beethovendenkmal, ziemlich am Anfang auf dem Münsterplatz!***
Tel. 0228-65 21 90 oder 0228-63 00 32. Bonner Ermittlungsausschuß, c/o de Schnüss.
Wilhelmstr. 3, 5300 Bonn 1
Grüße Karin"

Das Konto des Ermittlungsausschusses lautet:
Rechtshilfekonto Postgiroamt Köln
B. Jung
BLZ 370 100 50
Kto.-Nr. 34 22 14-502
Stichwort: Weltwirtschaftsgipfel

Unterschlagen hat die TAZ allerdings ihren Lesern jenen Teil des Leserbriefes, aus dem hervorging, warum über diesen Prozeß erst 1 1/2 Monate nach Beginn in der taz berichtet werden konnte (wahrscheinlich ein völlig unüblicher Vorgang bei der taz, der sich auch nie wiederholen wird, war doch die taz als Zeitung der Initiativen angetreten). In dem Leserbrief des Bonner Ermittlungsausschusses hieß es:

„SO NICHT!
Jetzt ist es zwar, schon einige Zeit her, doch ist unser Ärger noch nicht verraucht. Es geht um was grundsätzliches, deshalb wird dieser Leserbief etwas länger; (...) Trotz mündlicher Absprache mit jemandem von der Berliner Nachrichten-Redaktion einerseits und dem Bonner taz-Büro andererseits, mit einer festen Zusage für zwei Spalten hat es die Berliner Endredaktion oder wer auch immer für die Entscheidung zuständig war, nicht für nötig gefunden, auch nur einen Satz über den Prozeß am Bonner Amtsgericht gegen Andi S. aus Wiesbaden, der anläßlich der Demo gegen den WWG/Bonn festgenommen wurde, zu berichten!

Als wir uns nach dem 1. Prozeßtag, am 20.8. — die Bonner taz-Redaktion war gerade im Urlaub — mit einem Artikel in Berlin meldeten, hieß es: „Schickt mal rüber". Auf späteres Nachfragen hieß es dann: „Laufende Verfahren sind nicht so interessant". Parallel zum 5., dem vorletzten Verhandlungstag, begann im gleichen Gebäude, nämlich am Bonner Landgericht, der Lambsdorff-Prozeß. Die taz berichtete ausführlich über ihre Probleme, in den Prozeß reinzukommen! Über Andis Prozeß keine Silbe! Am 6. Tag, dem Tag der Plädoyers und Urteilsverkündung hörten wir auf Anruf bei der taz-Redaktion in Bonn: „Keine Zeit. Schreibt Ihr doch was. Wir sorgen für 2 Spalten am Samstag." Parallel aber saß natürlich jemand für die taz sich den Hintern platt im Lambsdorff-Prozeß!

Wir schrieben also, versuchten uns im taz-üblichen Einheitsstil, tippten mit rauchenden Köpfen auf Spalte, sprachen alles nochmal durch mit Andi — der Brief lag Freitag früh, wie verabredet, bei der Bonner Redaktion. Außer einer telefonischen Bestätigung von M. und daß sie den Artikel nach Berlin schicken werde, passierte nichts. Nichts kam, weder Samstag, noch Montag, noch Dienstag ... nicht mal ein Zwei-Zeiler unter Eurer netten Rubrik „Was fehlt ..."!

Auf Nachfragen erhielten wir die Antwort ‚Na, wird wohl der Auslese zum Opfer gefallen sein ...'. Ja, ist wohl so! Der Graf kriegt eine Hofberichterstattung von einer halben 1. Seite - für einen mickerigen Demonstranten gegen den WWG '85 war da wohl kein Platz mehr! Interessiert ja auch niemanden, wie der Prozeß gelaufen ist, unter schärfster Bullenbewachung, mit Durchsuchung und Personalausweiskontrolle der Zuschauer, interessiert ja wohl auch keinen, wie Stimmung gemacht wurde mit der ‚Eskalation der Gewalt', für die Andi dann wohl stellvertretend zu büßen hat. Interessiert ja auch niemanden, wenn einer von den Leuten, die gegen den WWG demonstriert haben, verknackt wird. Wen in diesem gottverdammten eitlen BRD-Landstrich interessiert es denn auch, wieviele Leute für sowas Knast kriegen, wen interessieren die politischen Gefangenen, wenn sie nicht gerade Christian Klar oder Brigitte Mohnhaupt heißen?

Eure neueste Werbung gibt Aufschluß, für wen Ihr offensichtlich schreibt: von Schily über Parnass, bis Schröder. Sogar Frau Dickmann liest die taz! Sieh mal an, gute Mischung! Noch lesen auch wir die taz! Auch ohne Foto auf eurem Werbeblatt! Aber das könnte sich sehr bald ändern, wenn Ihr nicht ernsthafter über das auch berichtet, was die Leute angeht, die Opposition in diesem Land sind, Opposition auf der Straße gegen das, was der Staat uns hier so zumutet! Und nicht kommentierend von einem Parlaments- oder Fernsehstudiosessel aus!"

Die Polizei in den 90er Jahren oder auch: Uddl Ratlos baut vor

Die Polizei der BRD hat durch ihr Kaderinstutut der Polizeiführungs-Akademie (PFA) in Hiltrup eine Prognose für die 9oer Jahre vorlegen lassen. Der an Horst Herold geschulte Durchschnittslinke erwartet nun einen politischen, mindestens aber einen polizei-strategischen Entwurf einer Politik der ,,inneren Sicherheit" bis zum Jahr Zweitausend, vergleichbar dem wie er in den 7oer Jahren für die 80er vorgelegt wurde.

Aber auch bei der Polizei scheint gegenwärtig nicht die Zeit der großen Visionäre wie weiland Herold, später der berüchtigte Stümper zu sein. Nachlaßverwalter wie der Nachfolger Herolds im Kanzleramt, Boge und eine neue Generation von Sicherheits-Technikern haben das Erbe der SPD-Reform der ,,Inneren Sicherheit" angetreten. Ernüchternd, was sie den weiterhin nach Sicherheit und einer überschaubaren Zukunft lechzenden Bundesbürgern zu bieten haben.

Doch es ist gerade die nüchterne Dürftigkeit, die eine genauere Betrachtung dieses — wie die Herren Bullen sagen — ,,Versuchs einer beachtenswerten Prognose" so recht interessant macht. Riskieren wir also einen kleinen analytischen Blick auf das neueste Handwerkszeug polizeilicher Astrologie.

Zunächst die Rahmenfakten, die eine Einschätzung des Stellenwerts dieses Prognoseversuchs ermöglichen: Er wurde vorgelegt als Schwerpunktheft des Kaderorgans ,,Die Polizei"(9/85), herausgegeben von der PFA Hiltrup. Das Heft ist eine redaktionell bearbeitete Zusammenfassung von Referaten und Kurzfassungen lanfristig erstellter Analysen des Bundesinnenministeriums (BMI), des BKA und des ,,Arbeitskreis II" (,,Innere Sicherheit") der Länderinnenminister-Konferenz (IMK), sowie der Bundeswehrhochschule München ua., also des geballten brain-storming-Potentials der BRD-,,Sicherheitspolitik".

Erstmalig schulungsmäßig vorgetragen wurden die Ergebnisse dieser langjährigen Untersuchungen auf einer Kommandeurstagung von Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz im ersten Halbjahr 1985. Diese Tagung war eine aus der Reihe der 43 sog. Fortbildungsveranstaltungen der Hiltruper Akademie in diesem Jahr, hat also unmittelbar ideololgie- und kaderbildende Funktion für die Polizei und den BGS. Darüberhinaus nehmen an den Veranstaltungen der Hiltruper Akademie inzwischen üblicherweise auch Vertreter der Ministerialbürokratien, der Geheimdienste und der Bundeswehr teil. Zur Erinnerung: Zur Vorbereitung des sog. heißen Herbstes der Friedensbewegung 1985 waren bei gemeinsamen Tagungen außer diesen BRD- ,,Sicherheitskräften" auch NATO-Offiziere Teilnehmer solcher Tagungen.

Erster Referent der Tagung war Helmut Gerbert , Inspekteur der Polizei des Landes Baden-Würthemberg, ein Schüler des Hauses Stümper. Er scheint seinen Meister in letzter Zeit in puncto öffentlichen Auftretens ein wenig entlasten zu müssen. Gerbert sprach von den ,,sich wandelnden Aufgabenschwerpunkten in den 90er Jahren" bescheiden, wie diese schwäbische Schule nun einmal zu sein scheint — ,,am Beispiel Baden-Württembergs."

Die Welt im Wandel....

Nichtsdestoweniger skizzierte Gerbert stellvertretend für die versammelten ,,Sicherheits"kader ganz im Stümperschen Stil zunächst das Weltlagebild der möglichen zukünftigen Konfliktfelder, in dessen Rahmen die ,,Problemlösungen der Zukunft" diskutiert werden müßten.

Nach einem allerdings nicht sehr fantasiereichen Umweg über die üblichen futuristischen Dauerbrenner wie ,,3. industrielle Revolution", ,,ökologische Veränderungen", ,,außen- und innenpolitische Veränderungen durch sicherheitspolitische Entscheidungen und Maßnahmen oder die Klimaveränderungen zwischen den beiden Supermächten" uä., unter denen nur die ausdrückliche Erwähnung der ,,wissenschaftlichen Veränderungen im Bereich der Medizin oder der Gentechnik mit gesellschaftsverändernden Wirkungen" als Neuerwerb auffällt, konzentriert sich Gerberts Skizze zukünftiger Konfliktfelder auf das wachsende Unbehagen des ,,verwalteten Menschen."

Der Staat werde heute nicht mehr ,,Nachtwächterstaat", sondern in zunehmendem Maße als Garant der ,,*Daseinsvorsorge*" begriffen.. Mit der konkreten Daseinsvorsorge sei aber in erster Linie eine Verwaltung betraut, die dem Bürger auf diese Weise mehr denn je zu einer ,,schicksalhaften Größe" geworden sei. Von der Politikwissenschaft werde es daher bereits als Gesetzmäßigkeit betrachtet, daß der ,,*verwaltete Mensch*" durch den Druck der gerade auch durch Maßnahmen des Staates entstehenden Gefährdung dieser Zukunftssicherung ,,*in wachsendem Maße soziale Antitoxine entwickele und sein Protest- und Komplementärpotential zu aktivieren beginne.*"

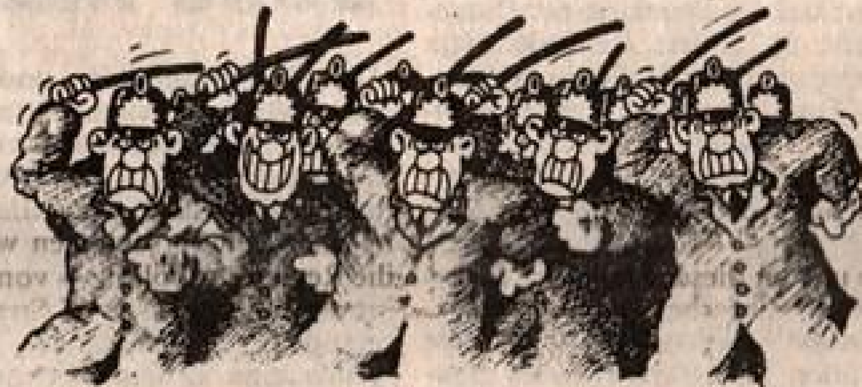
Und weiter im Namen dieser nicht genannten Wissenschaftler: ,, *Der organisierte Protest poche auf ein staatsbürgerliches Recht zur Rücksprache bei folgenreichen Entscheidungen, und der Rückzug in die soziale Gesinnungsgruppe werde weniger als Ausdruck der Resignation als vielmehr Ausdruck der Besinnung auf die eigene Lebens- und Überlebenskraft definiert. So gesehen füge sich das Bürgerengagement in Bürgerinitiativen und Umweltverbänden nahtlos in die Struktur- und Funktionslogik der indirekten, d.h. der repräsentativen Demokratie.*" Auf deutsch: In dem Maße wie der Staat als Garant einer sicheren Zukunft versagt, bzw. diese selbst aufs Spiel setzt, neigt die Bevölkerung dazu, sich selber zu helfen.

... In Grenzen halten

Dem muß natürlich vorgebeugt werden! So lautet selbstverständlich die einzige für polizeiliches Denken mögliche Konsequenz; und folgerichtig fordert Gerbert: ,,Angesichts dieser Erkenntnisse muß in der Polizei die Einsicht wachsen, daß das Prinzip des bloßen Reagierens auf bestimmte polizeirelevante Vorgänge der Vergangenheit angehört. Wie in Ansätzen seit der Mitte der 70er Jahre erkennbar, muß die Polizei bemüht sein, von Anfang an das Gesetz des Handelns zu bestimmen und durch strategisches Planen die Krisen zu bewältigen, zumindest aber in den Grenzen zu halten, die unsere Gesellschafts- und Rechtsordnung gezogen hat."

Ein solches polizeistrategisches Handeln ist nach Gerberts Ansicht aber nur möglich, wenn ,,die völlige Übereinstimmung zwischen politischem Willen der politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern und der für die Polizeistrategie verantwortlichen Gremien bzw. Fachleute .. gewährleistet" ist.

Da schimmert sie wieder hervor, die Stümpersche Schule: die Forderung nach einem ,,sicherheitspolitischen Konzept aus einem Guß" in einem von der Polizei total durchdrungenen Staat. (1)


...AUF DIE DIE POLIZEI MIT GELASSENHEIT UND PSYCHOLOGISCHEM GESCHICK REAGIERT.

Nichts Genaues weiß man nicht

Hinter der so gezogenen Linie sekundiert Dr. Heinrich Boge, Nachfolger von H. Herold in der Präsidentschaft des BKA, mit dem Referat ,,Die Sicherheitslage und Kriminalitätsentwicklung für die Polizei in den 90er Jahren — Analyse — Prognose — Aufgaben."

Was Boge allerdings als ,,Analyse" präsentiert, kommt nicht über eine Buchhaltung der Kriminalitätsstatistik hinaus. Danach sei das ,,Gesamt-Kriminalitätsaufkommen" 1984 erstmals seit 1973 rückläufig. Eine Trendwende könne daraus aber nicht abgeleitet werden. Vielmehr handle es sich eher um einen Rückgang im Bereich der sog. Kleinkriminalität. Die Ursache für diesen Rückgang sei eher in einer Umstellung der statistischen Erfassungsmetoden zu suchen. Auch die Veränderung der Versicherungsbedingungen spiele eine Rolle, sodaß sich z.B. das Anzeigen-Verhalten bei Kraftfahrzeug- oder Fahrraddiebstählen geändert habe. Anzeigen lohnten weniger, usw. Kurzum: nichts Genaues weiß man nicht.

Sicher sei lediglich, daß sich in einer ,,Vielzahl anderer bedeutsamer Bereiche" demgegenüber bereits ,,seit Jahren zu beobachtende zunehmende Tendenzen fortgesetzt" hätten.

So bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten, bei denen auch durch Einführung der Eurocheks und sonstiger Kreditkarten mit ,,weiteren erheblichen Zuwachsraten" zu rechnen sei.

So in diversen Aspekten der Wirtschaftskriminalität, bei der die Kriminalstatistik sowieso nicht durch das tatsächliche Kriminalitätsaufkommen, sondern durch die Grenzen der Ermittlungskapazitäten bestimmt werde. Besonders zukunftsträchtig sei in diesem Bereich die Computerkriminalität, d.h. Computermanipulation, unberechtigte Benutzung von Rechnern, das Kopieren von Programmen, die Sabotage an Hard- und Software, der Nachbau und Schmuggel von Geräten. Bis jetzt habe die Polizei, nicht zuletzt wegen des Problems, Computerkriminalität eindeutig zu definieren, und wegen des nicht abschätzbaren Dunkelfeldes kein eindeutiges Lagebild zu dieser Kriminalitätsform. Andere Bereiche der Wirtschaftskriminalität zeigten ebenfalls ansteigende Tendenzen wie die Wirtschaftsspionage, illegale Vermittlung und Verleih ausländischer Arbeitskräfte, Konkursstraftaten, Anlagenbetrug und schließlich als aktuellstes und sich ständig ausweitendes Gebiet die Umweltkriminalität.

,,Kernproblem" auch in Zukunft: Terrorismus

Nachdem Boge auch der Rauschgiftkriminalität, obwohl für sie 1984 im Vergleich zu den Vorjahren kein Anstieg registriert worden sei, ihre ,,anhaltende Gefährlichkeit" bescheinigt hat, kommt er — schon traditionell — zum eigentlichen Thema: ,,Nicht übersehen werden aber können die Ereignisse seit Herbst vergangenen Jahres, zuletzt anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels, die erneut sichtbar gemacht haben, daß der Terrorismus unverändert ein Kernproblem für die innere Sicherheit ist."

Die RAF habe ihre logistischen und personellen Einbußen ausgeglichen. Sie zeige unbegrochene Aktivität und Konzeptionstreue und habe, wie der letzte Hungerstreik gezeigt habe, Zulauf aus ihrem Umfeld. Realistisch müsse festgestellt werden, ,,daß nur sehr bedingt Einblick in diese Wanderbewegung besteht und daß die bisher übliche Einteilung in harter Kern — engeres, militantes Umfeld und weiteres Umfeld fragwürdig geworden ist. Die reale Szene läßt sich in dieses Kästchendenken nicht einpassen."

Ganz im Sinne dieser, für die einen ,,Sicherheits"verwalter wie Boge möglicherweise tatsächlich neuen Erkenntnis, heißt es über die ,,Revolutionären Zellen", denen nach vorübergehendem Rückgang ihrer Aktivitäten im Jahr 1984 für die Zukunft wieder eine zunehmende Gefährlichkeit attestiert wird: ,,*An das erfolgreiche Konzept der ,RZ' lehnen sich zahlreiche Gruppen an, die teilweise eindeutig der terroristischen Szene, teilweise dem linksextremistischen Lager zuzurechnen sind. Hier zeigt sich, wie eng die Berührungspunkte zwischen Terrorismus und politischem Extremismus sind; die Übergänge sind zunehmend fließend. Die wieder ansteigende Zahl der politisch motivierten Brand- und Sprengstoffanschläge unterstreicht die anhaltende Bereitschaft, Probleme, Streitfragen oder Meinungsverschiedenheiten mit Gewalt zu lösen. Als Anknüpfungspunkt dient praktisch alles — von Rüstung über Ökologie bis Tierschutz; ein unerschöpflicher Fundus für sogenannte Rechtfertigungen. Die Polarisierung der Meinungen schlägt auf das Kriminalitätsgeschehen durch.*"

Wenn unsere ,,Sicherheitsstrategen" von ,,Kriminalitätsentwicklung" reden, dann meinen sie neben der ,,allgemeinen Kriminalität" immer zugleich den ,,Terrorismus", den ,,Linksextremismus", und — eingedenk der Zukunftsvisionen Gerberts bzgl. Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden — die Entwicklung radikaldemokratischer Bewegungen und Protest und darüberhinaus letztlich immer die organisierte Arbeiterbewegung.. Das ist und bleibt tatsächlich das ,,Kernproblem der inneren Sicherheit", wie Boge richtig sagt.. Interessanterweise ist von Gefahren durch neonazistische Aktivitäten in diesem Zukunftsszenario weder bei Gerbert noch bei Boge die Rede. Der Gegner ist eindeutig nach links gegen radikaldemokratische und revolutionäre Staatsfeindlichkeit definiert. Und nicht nur das: In dem Maße wie die Grenzen zwischen radikaldemokratischen Protesten, Linksextremismus und Terrorismus immer ,,fließender" werden, müssen es natürlich auch die ,,Maßnahmen" der Polizei zur ,,Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung", in Gerberts Worten der Sicherheit staatlicher ,,Daseinsvorsorge" werden. Bei aller Plattheit dieser Bestandsaufnahme, soll man sich diese Kampfansage für die 90er Jahre gut merken!

Alles fließt..

Wo der BKA-Präsident nun auf dem Boden der ohnehin schon schwankenden Bestandsaufnahme der kriminalitätsstatistischen Analyse zum Prognoseversuch ansetzt, verliert er vollkommen den Boden unter den Füßen. Eine bemerkenswerte Beliebigkeit und Orientierungslosigkeit der polizeilichen Zukunftsprognostik wird offenbar. In Boges eigenen Worten: ,,*Bereitet es bereits Schwierigkeiten, die Kriminalitäts- oder Sicherheitslage, wie sie sich gegenwärtig darbietet, zu beschreiben, um wieviel schwieriger ist eine brauchbare Prognose — vielleicht ist dies bezogen auf die Gesamtkriminalität in ihrer Komplexität sogar unmöglich. Es fehlen zuverlässige Aussagen über Kriminalitätsursachen. Somit ist es äußerst problematisch, aus gegenwärtig erkennbaren Entwicklungen, die ja selbst schon nicht zuverlässig vorausgesagt werden konnten, auf ihre Einflüsse auf die zukünftige Kriminalitätsentwicklung zu schließen.*"

Da sind zuerst die Politiker, die der Polizei das Leben schwer machen: beispielsweise sei nicht abzusehen, welche Folgen die gegenwärtige Diskussion um weitere datenschutzrechtliche Restriktionen für polizeiliches Handeln haben werde. Zu befürchten seien jedenfalls Einschränkungen der polizeilichen Handlungsfähigkeit (2). Weiter: niemand vermöge heute zu beurteilen, wie sich die politische Entscheidung zum Abbau der Grenzkontrollen zwischen den Staaten der EG und darüberhinaus auf die Entwicklung der Kriminalität auswirken werde. Das ,,erfolgreich eingesetzte Instrument der Beobachtenden Fahndung" werde an Bedeutung verlieren. Ob und in welchem Umfang ,,kompensierende Maßnahmen", etwa die Verlagerung der Kontrollen an die Außengrenzen der EG, die Angleichung nationaler Rechtsnormen, die Vereinfachung der internationalen Rechtshilfe und der Auslieferungsverfahren oder die Bildung einer Fahndungsunion die bisherigen grenzpolizeilichen Kontrollen ersetzen könnten, bleibe abzuwarten.

Sieht die Polizei Ihre Zukunft schon durch die Politiker unsicher gemacht, die sich immer noch nicht an den polizeilichen Wunsch nach einem ,,sicherheitspolitischen Konzept aus einem Guß" halten, so fühlt sie sich offenbar angesichts unübersehbarer sozialer und gesellschaftlicher Bedingungen gänzlich chaotisiert. ,,Die Auswirkung dieser in ihrer Gesamtheit kaum faßbaren Faktoren" klagt Boge, lasse sich ,,noch weniger absehen und unterliegt überdies , je nach der politischen Anschauung, häufig unterschiedlicher Bewertung."

Sieht man davon ab, daß Klappern zum Handwerk gehört, so bleibt doch der unabweisbare Eindruck, daß auch die ,,Sicherheitsorgane" trotz ihrer bereits überdimensionalen Ohren das Gras offensichtlich keineswegs wachsen hören, sondern sich immer noch den Unwägbarkeiten sozialer und politischer Entwicklung als nachvollziehendes Organ ausgeliefert sehen.

Gewiefte Polizeifeinde mögen und dürfen sich ungeniert darüber freuen und dabei ein ganz klein wenig ihre Omnipotenzängste gegenüber diesem Staat abbauen. Für die Strategen der ,,Inneren Sicherheit" dagegen ist eine solche Unsicherheit selbstredend staatsgefährdend, unerträglich und daher mit deutscher Gründlichkeit zu beseitigen.

So ließ denn Boge auf dieser Tagung auch aus dem Sack, was darin offenbar schon ziemlich lange zur Beseitigung des futurologischen Stückwerks herumgetragen worden ist: ,,*Um zu möglichst differenzierten Aussagen über die Kriminalitätsentwicklung zu kommen, muß versucht werden, über die Straferfassung hinaus auch kriminolo-*

Fortsetzung nächste Seite

Wir leben am Ausgang dieses Jahrhunderts in der Zeit einer tiefgreifenden geschichtlichen Umformung. Erstmalig werden tragfähige Voraussetzungen für den Aufbau einer Welt des gesicherten Friedens sichtbar. Was noch vor einigen Jahrzehnten echte Utopie war, rückt heute in greifbare Nähe. Zugleich aber zeichnet sich die Möglichkeit einer globalen oder teilglobalen Katastrophe ab. Eine Alternative dieser Größenordnung hat es in der Geschichte noch nicht gegeben.

Am unmittelbarsten wird die neue geschichtliche Situation von der Jugend empfunden. Sie reagiert darauf in der verschiedensten Weise — mit verwegener Kleidung und Blumenfesten oder Protestaktionen gegen alle etablierten Ordnungen. Auch in Musik, Literatur und bildenden Künsten werden Formen erkennbar, in denen ein neues Lebensgefühl seinen Ausdruck sucht. Alle diese Erscheinungen sehen vielfach wie belanglose Modeströmungen aus, jedoch sollte die Tatsache, daß es sich hierbei um eine weltweite Entwicklung handelt, hellhörig machen. Die politische Relevanz dieser Phänomene wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es kaum ein modernes Land gibt, dessen Struktur und Politik nicht durch Studentenunruhen in Frage gestellt wird. Da es aber mehr als eine Redensart ist, wenn gesagt wird, daß die Zukunft der Jugend gehört, kann man annehmen, daß wir am Anfang folgenschwerer Auseinandersetzungen um die Gestaltung unserer Zukunft stehen. Die weitreichendsten Veränderungen zeichnen sich schließlich durch den Aufstieg der bislang nicht industrialisierten Völker ab. Zeiten großer Umformungen sind bei aller Faszination, die sie für den aufmerksamen Beobachter haben, mit erheblichen Gefahren verbunden. In ihnen kann es zwischen den vorwärtsdrängenden Kräften und jenen, welche um die Sicherung des Bestehenden besorgt sind, zu so schweren Spannungen kommen, daß gewalttätige Revolutionen oder bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte daraus hervorgehen. Wenn man solche zerstörerischen Entwicklungen vermeiden will, muß man alle Anstrengungen darauf richten, die Ursachen der Spannungen zu klären und auf dieser Grundlage nach konstruktiven Lösungen zu suchen. Erst wenn gangbare Wege in die Zukunft sichtbar gemacht worden sind, kann man versuchen, sie zu beschreiten. Der Ansatz für die Deutung der Umwälzungen unserer Zeit wird beim naturwissenschaftlich-technischen Entwicklungsprozeß gesehen. Hier haben wir ein Geschehen vor uns, welches sich mit zunehmender Beschleunigung auf alle Lebensbereiche auswirkt. Es möge genügen, an die rasche Ausbreitung der modernen Kommunikationsmittel, den Sprung in den Kosmos oder die das persönliche Leben tief beeinflussenden medizinischen und pharmazeutischen Fortschritte zu denken, um sich die Größenordnung und Dynamik dieser Vorgänge zu vergegenwärtigen.

Das Zukunftsbild

aus: ,,Die Polizei" (9/85)

Fortsetzung von vorheriger Seite

gische, demographische, soziologische und psychologische Daten einzubeziehen. Einen derartigen Versuch stellt die Schaffung eines Prognose-Gremiums Entwicklung der Kriminalität dar, mit einer an das Kriminalistische Institut beim BKA angegliederten Verbindungsstelle, dem drei Wissenschaftler, ein Kriminologe, ein Soziologe, ein Sozialpsycholge und drei leitende Polizeibeamte angehören." Das Gremium erarbeite „Szenarien". Im Mittelpunkt habe dabei bisher die Jugendkriminalität gestanden. Z.Zt. befasse sich das Gremium mit der „Erarbeitung von Indikatoren, die die Erfassung aller typischen Symptome eines Deliktbereichs" ermöglichen solle. „Zur Aufhellung dieses Problemkreises" werde das Projekt „Jugend und Erwachsenenkriminalität in den Großtädten der Bundesrepublik" erarbreitet. Für neue Delikte, wie z.B. Computer- und Umweltkriminalität habe sich aber schon gezeigt, „daß die vorhandenen Daten für den bisher gewählten Szenario-Ansatz nicht ausreichend sind."

Na bitte, ein blitzblankneues „Prognose-Gremium" als Deus-Ex-Machina zur Rettung unserer bedrohten Zukunft, das ist die Lösung, die deutscher Erfahrung und deutscher Gründlichkeit auf diesem Gebiet entspricht. Aber auch dieses „Prognose-Gremium", institutionell und personell ohnehin nicht so ganz neu, sondern vermutlich eher eine Fortsetzung bzw. Neuauflage der sog. „Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung des Terrorismus und Extremismus" von 1978/9, scheint bisher nicht in der Lage gewesen zu sein, den BRD- „Sicherheits"planern das gewünschte sichere Lagebild zukünftiger Konfliktlinien zu geben. So sieht sich Boge denn gezwungen, seinen Beitrag mit dem Zugeständnis abzuschließen: „*Zum*

von 1978/9, scheint bisher nicht in der Lage gewesen zu sein, den BRD- „Sicherheits"planern das gewünschte sichere Lagebild zukünftiger Konfliktlinien zu geben. So sieht sich Boge denn gezwungen, seinen Beitrag mit dem Zugeständnis abzuschließen: „Zum

Thema ‚Prognose' mußte ich mich darauf beschänken, im wesentlichen die Schwierigkeiten anzuzeigen, die eine zuverlässige Kriminalitätsvorhersage behindern. Eine umfassende Lösung vermag ich nicht anzubieten. Die Einrichtung des Prognosegremiums stellt lediglich einen Versuch dar. Nach einem Erfahrungszeitraum wird Bilanz zu ziehen sein, ob der eingeschlagene Weg weiter zu verfolgen ist. Die ersten Ergebnisse sind zwar brauchbar, aber nicht so überzeugend, daß eine positive Entscheidung bereits getroffen werden könnte. Eine langfristige und fundierte Prognose wäre aber Voraussetzung, die Aufgaben der Polizei in den 90er Jahren exakt aufzuzeigen. Da diese gesicherte Basis nicht vorhanden ist, muß ich im folgenden wesentlich auf Erfahrung zurückgreifen."

Angesichts des hochfliegenden Themas ist diese Aussage Boges eine bemerkenswert harte Landung auf dem Boden der Realität: Letztlich weiß man eben nicht, was kommt, hat man trotz aller umfänglichen Datengewinnung und kriminologischen Forschung keineswegs das von den Strategen wie H. Herold und A. Stümper seinerzeit immer wieder geforderte „Gesamtkonzept aus einem Guß". Zu unsicher sind die sozialen und politischen Variablen in den prognostischen Zukunftssimulationen. Zu stark war auch der bisherige Widerstand der Bevölkerung gegen die gigantischen Ausforschungsprojekte wie die 1973 vorläufig geplatzte Volkszählung, wie die aufgeschobene Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte uam.

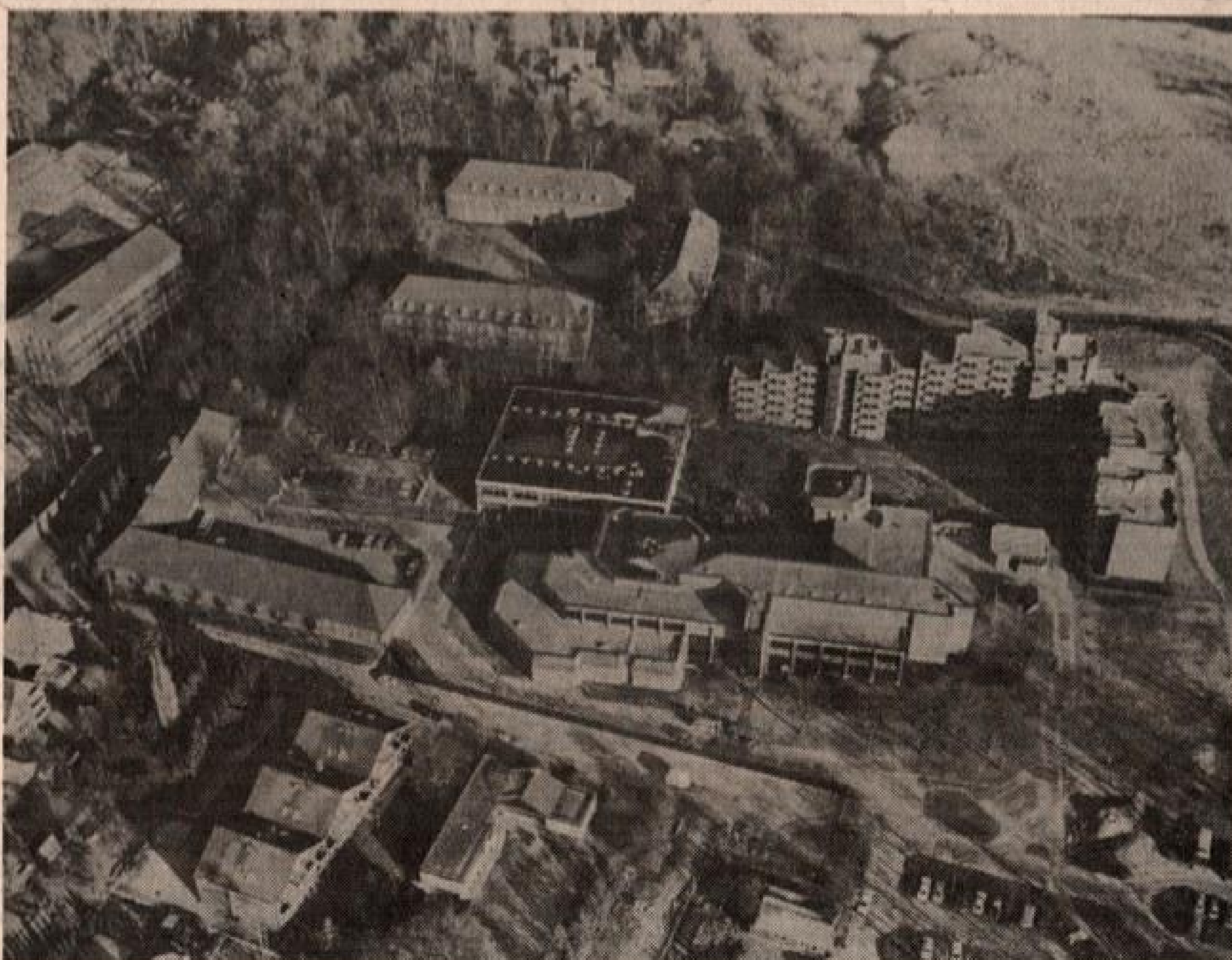
Die hier sichtbar werdenden prinzipiellen Grenzen polizeilicher Prävention sind im Rahmen dieses Sonderheftes der PFA eine der interessantesten Aussagen über die Polizei der 90er Jahre.

Konsequenz: „ständiger Optimierungsprozeß"

Was den „Sicherheits"-Astrologen bleibt, ist einerseits der klassische Rückgriff auf die „Erfahrungen" und deren grobe Verlängerung nach vorn. Originalton Boge: „Da diese gesicherte Basis nicht vorhanden ist, muß ich im folgenden im wesentlichen auf Erfahrungen zurückgreifen." Entsprechend klingt dann auch die nach so viel futuristischer Schaumschlägerei verblüffend schlichte Schlußfolgerung, es würden „sich die polizeilichen Aufgaben insgesamt wohl nicht entscheidend verändern."

Andererseits resultiert gerade aus der Unsicherheit die Fortsetzung und Intensivierung der präventiven Aufrüstung, um für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. In den Worten des BKA-Präsidenten: „*Gewährleistet werden muß jedoch, daß wir nicht hinter den erreichten Stand zurückfallen. Dies setzt einen ständigen Optimierungsprozeß in bezug auf die technische Ausstattung voraus...Die notwendigen Haushaltsmittel hierfür müssen verfügbar gemacht werden...Die personellen Resourcen sind rationell einzusetzen..."*

Ganz im Geiste dieser pragmatischen „Optimierungs"-Strategie Boges



Polizeiakademie Hiltrup

digen Haushaltsmittel hierfür müssen verfügbar gemacht werden...Die personellen Resourcen sind rationell einzusetzen..."
Ganz im Geiste dieser pragmatischen „Optimierungs"-Strategie Boges

halten sich die übrigen von der PFA Hiltrup in dieser Zukunftsnummer von „Die Polizei" veröffentlichen Beiträge: Statistiken zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und Personalplanung bei den „Sicherheitsorganen"; keine konzeptionellen Entwürfe, dafür aber ein Programm der beabsichtigten Intensivierung der Organisations-Strukturen, der technischen Ausstattung und der Ausbildung der Polizeien.

Ohne uns an dieser Stelle mit furztrockenen statistischen und technischen Details herumzuschlagen, seien die wesentlichen Aspekte dieses zukunftsorientierten „Optimierungsprozesses" hier knapp skizziert:

1) Die „Personallücke":
Der von einer Analyse des BMI sowie der Bundeswehrhochschule München prognostizierte Rückgang der Gesamtbevölkerung der BRD von heute 61,5 Mio auf 48 Mio im Jahr 2030 und 44 Mio im Jahr 2040 wird seitens der Polizei mittels detaillierter Untersuchungen der dabei entstehenden Verschiebungen der Altersstrukturen, sowie des Verhältnisses von einheimischem und ausländischem Bevölkerungsanteil dahingehend interpretiert, daß daraus kein Minder- sondern ein Mehrbedarf an Polizeikräften für die BRD herauskommt. In einer allgemeinen Analyse des BMI-Berichts ist die Rede von einer „Personallücke" in den 90er Jahren für die „öffentlichen Bedarfsträger" Bundeswehr, Polizeien und Zivilschutz von jährlich 100.000 Mann, wobei ein „erfahrungsgemäß erforderlicher Zusatzbedarf von etwas 50.000 Mann zur Sicherstellung einer qualifikationsgerechten Besetzung der Dienstposten" dabei unberücksichtigt bleibe.

In Gerberts exemplarischer Analyse für Baden-Württemberg heißt es: „*Die Vorausschätzungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2000 zeigen, daß in den meisten Ländern bis zu diesem Zeithorizont mit einem Anstieg des Personalbedarfs zu rechnen ist...Da der Rückgang erst nach dem Jahr 2010 in Baden-Württemberg erwartet werden kann, ist frühester Zeitpunkt für den Einsatz von Reduzierungs-Strategien deshalb auch ungefähr das vorgenannte Jahr. Das bedeutet im Klartext: Eine Sparpolitik durch die Legislative oder durch exekutive Planung oder Initiativen wäre gegenwärtig unter allen Umständen falsch.* (3)

2) Computerisierung:
Dies können wir hier noch knapper halten: Dem Heft liegt eine Studie zugrunde, die von der Forschungs- und Entwicklungsstelle für Polizeitechnik der Polizeiführungs-Akademie Hiltrup in Zusammenarbeit mit dem AK II der Länderinnenministerkonferenz seit April 83 zum Thema „Führungs- und Einsatzmittel zur Kommunikation bei der Polizei" erarbeitet wurde.

Herzstück dieser Studie sind Planungsvorhaben für die Vervollkommnung, bzw. Neuentwicklung diverser Kommunikations-Sondernetze der Polizei, mit denen die Polizei —, und die ihr angeschlossenen sonstigen „Sicherheitsorgane" von öffentlichen Netzen unabhängig werden sollen: Ausbau des vorhandenen Fernsprech-, Fernschreib- und Datensondernetzes.

der Polizei, mit denen die Polizei —, und die ihr angeschlossenen sonstigen „Sicherheitsorgane" von öffentlichen Netzen unabhängig werden sollen: Ausbau des vorhandenen Fernsprech-, Fernschreib- und Datensondernetzes.

Ab 1988 soll dann das „dienstintegrierende Digitalnetz" der Bundespost der Polizei für ihre gesonderten Zwecke zur Verfügung stehen. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtigen Verkabelungsaktivitäten. Weiterhin ist der Ausbau drahtloser Daten-, Fernschreib-, UKW-Sprechfunk- und Funkbildübertragungs-Netze im Planung. Insgesamt ein gigantisches technisches Programm, das Millionen DM in einer Zeit verschlingen wird, in der die Regierungspolitik — von wem auch immer vertreten — auf Sparhaushalte orientiert.

Besonderer Aufwand soll mit dem Aufbau von EDV-unterstützten Einsatzleitzentralen betrieben werden. Die Errichtung der letzten „noch anstehenden" großen Einsatzleitzentralen dieser Art in Hamburg, West-Berlin, Kiel, Nürnberg, München wird z.Zt. mit Vorrang vorangetrieben. Danach soll der Schwerpunkt auf den Ausbau der mittleren Funkleitstellen gelegt werden. Sie sollen an das allgemeine INPOL-Datennetz der Polzei, sowie an die polizeilichen Sondernetze angeschlossen sein, außerdem ab sofort per Funkmeldesystem und Mikrocomputer über eine elektronische Fahrzeugübersicht verfügen, Anfang der 90er Jahre dann schon über computerisierte Ortungsverfahren für Einsatzfahrzeugez, sowie über Möglichkeiten der Spracheingabe zur „Mensch-Maschine-Kommunikation.. überall dort, wo im Einsatz keine Tastatur zur Verfügung steht oder der Benutzer beide Hände für andere Aufgaben frei haben muß".

Auch für Führungstäbe sollen Micrcomputeranlagen installiert werden. Bei der PFA Hiltrup und beim BGS wurden 1985 bereits entsprechende Anlagen angeschafft, um „experimentell zu ermitteln, welche Unterstützung damit dem Führungsstab, insbesondere bei der Beurteilung der Lage, der Erstellung von Befehlen und als einsatzunterstützende Informationsquelle, gegeben werden kann."

Diese technische Planung für die 90er Jahre zielt darauf, die durch die Polizeireform der „Inneren Sicherheit" seit den 70ern geschaffene dynamische Kommando-Infrastruktur der miteinander verkoppelten Lagezentren der verschiedensten Kommando-Ebenen durch Computerisierung weiter zu intensivieren, um möglichst viel Personal für den unmittelbaren Polizeidienst freizumachen. Dies verweist auf den dritten Schwerpunkt der vorgelegten Planung für die 90er Jahre. (4)

3) Ausbildung:
Am Modell Baden-Württemberg demonstriert Gerbert, worum es im Konkreten gehen muß, nämlich — neben Erhaltung und weiterem Ausbau „bewährter" Spezialeinheiten wie des in den letzten Jahren neugeschaffenen Zweigs geheimpolizeilicher Sonderkommandos, UCAs , stehende Bereitschaftskräfte uä. — offenbar vor allem um die Schaffung des vielseitig verwendbaren, gut ausgebildeten „Allroundpolizeibeamten".

Die seit Anfang der siebziger andauernde Phase der wildwuchernden Spezialisierungen, die für jede neue Aufgabe eine neue Spezialeinheit aufbaute

wendbaren, gut ausgebildeten „Allroundpolizeibeamten".
Die seit Anfang der siebziger andauernde Phase der wildwuchernden Spezialisierungen, die für jede neue Aufgabe eine neue Spezialeinheit aufbaute

und damit zu einer extensiven Nutzung der vorhandenen Kräfte führte, soll in Zukunft stärker in eine neue Phase der intensiven Nutzung der Kräfte durch eine allgemeinene Qualifikation des normalen Streifenpolizisten für „bürgernahes" Eingreifen überführt werden. Insbesondere soll auch die mittlere eührungsebene des „gehobenen Polizeivollzugsdienstes" durch gründlichere fachliche und politische Aus- und Fortbildung gestärkt werden. „Hier den Hebel anzusetzen," meint Stratege Gerbert, „ halte ich für außerordentlich wichtig, weil es sich bei diesem Führungsbereich um die Korsettstangen der Polizei überhaupt handelt."

Worum es dabei im Kern geht, entnimmt man der Klage Gerberts über „*Defizite*" beim „*Erkennen politischer Zusammenhänge. Die rein schematische Rechtsanwendung ohne die Fähigkeit, politische Wirkungen zu erkennen, scheint mir nicht auszureichen, den modernen Anforderungen an diese Funktionen genügen zu können.*"

In dieselbe Kerbe haut die Schlußbemerkung der technischen Planung für die 90er Jahre: „*Die Einführung neuer Technologien wird auch Konsequenzen für den sozialen Bereich in der Polizei haben. Die Funktionsträger der oberen und mittleren Führungsebenen müssen in Zukunft eine überzeugende Einstellung zum Einsatz der neuen Technik in ihrem Aufgabenbereich besitzen. Sie werden dabei eine Moderatorenkompetenz gegenüber den Mitarbeitern entwickeln müssen, um so Berührungsängste auf deren Seite beim Einsatz neuer Technik abbauen zu können.*"

Anders gesagt, der allgemeine Polizeidienst soll auf das Niveau, das in den diversen — auch technischen — Spezialkommandos der letzten Jahre erreicht wurde, angehoben und deren ideologisches und organisatorisches Know-how zum allgemeinen Level der „normalen" Polizei gemacht werden.

Im Gegensatz zum „Programm Innere Sicherheit" der 70er Jahre, das eine konzeptionelle Umwälzung des polizeilichen Selbstverständnisses, der polizeilichen Organisationsstrukturen und Einsatzmethoden und einen extensiven Ausbau der „Sicherheitskräfte" mit sich brachte, zielt die polizeiliche Zukunftsplanung angesichts einer schwer kalkulierbaren sozialen und politischen Entwicklung auf Sicherung und Intensivierung des bestehenden, inzwischen bewährten heutigen „Sicherheitsapparats." Das ist zwar eine weniger spektakuläre, aber nicht minder gefährliche Entwicklung. Faktisch zielt sie auf eine weitere Vorverlagerung von Polizei in den Alltag — bei gleichzeitiger weiterer Stärkung des explizit politischen Arms wie einer „europäischen Sicherheitspolizei gegen den Terrorismus", gemeint: gegen die Linke und letztlich eine potentiell unruhige Arbeiterbewegung Europas.

Angesichts der sichtbar werdenden Grenzen polizeilicher und „sicherheitspolitischer" Präventivstrategien bekommt der weitere „Optimierungsprozeß" in ideologischer, personeller und technischer Hinsicht als weitere Intensivierung jederzeit abzufordernder Einsatzbereitschaft für alle Fälle für die Polizei offensichtlich eine zunehmende Bedeutung. über diese Wechselbeziehung zwischen den Grenzen präventiv-polizeilicher Krisenlösungs-Strategien und den unter gegebenen Umständen für nötig erachteten Einsatz unmittelbarer Repressionsgewalt durch die Polizei und andere „Sicherheitsorgane" der BRD schafft die gegenwärtige Planung der Polizei für die 90er Jahre eine dankenswerte Klarheit. Niemand sollte sich deshalb vom mittelmäßig anmutenden Pragmatismus der vorliegenden Prognosen einlullen lassen.

F.

Anmerkungen:
1) siehe dazu AK 237, S. 7, „Loccumer und andere Gespräche: Sage mir, mit wem du sprichst...", eine Charakteristik der Stümper-Strategien zum „heißen Herbst" der Friedensbewegung 1983, sowie weiterführende Hinweise auf frühere Grundsatzartikel zu Stümper und präventiven Polizeistrategien seines Hauses.
2) siehe dazu AK 256, S. 17: „Heimlich, still und leise — Polizei bastelt an Schnüfflermächtigung," und AK 257, S. 40: „Das neue Polizeigesetz — die Abkehr vom rechtsstaatlichen Polizeirecht."
3) siehe dazu in „Die Polizei",(9/85): Bericht des BMI, „Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik auf einzelne staatliche Bereiche in den 90er Jahren," auf S.270ff, sowie die Analyse aus polizeilicher Sicht dazu S. 262ff.
4) siehe dazu: „Eine Kurzfassung der Grobstudie der PFA Hiltrup über die zukünftige Entwicklung von Führungs- und Einsatzmitteln zur Kommunikation bei der Polizei," auf S. 280ff.

Mit
teln zur Kommunikation bei der Polizei," auf S. 280ff.

Mit der Polizei auf dem Weg zum Sozialismus

Solange mensch denken kann, gehört diese Zeitung zu den Kritikern der Polizei im allgemeinen und einer Geheimpolizei im besonderen. In diesem Sinne wurden vor allem die verdeckten Ermittlungsmethoden mit V-Leuten, Untergrundfahndern und moderner Überwachungstechnologie als Schritte hin zu einer Geheimpolizei gescholten. Doch es wird Zeit, daß wir umdenken!

In der „*leidigen Diskussion um den UCA*" (under-cover-agent) „*befürchten Kritiker moderner polizeilicher Arbeit im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens immer wieder Gefahren für den Rechtsstaat, sehen hier also im wesentlichen rechtsstaatlich-ideologische Probleme. Darum kann es aber überhaupt nicht gehen ... Es ist vielmehr ein politisches Problem zwischen einer mehr liberalen oder einer mehr sozialen Einstellung in der Kriminalpolitik. Das politisch-ideologische Spannungsfeld liegt also zwischen Liberalismus und Sozialismus. Es geht darum, ob man mehr der freien Entfaltung (auch mit weitreichenden Auswirkungen und sehr ernstzunehmenden Gefahren bezüglich des Kriminalitätsgeschehens ...) Platz geben soll oder ob man mehr darauf zu achten hat, daß die ‚einfacheren' Bürger dadurch nicht noch weiter an Leib, Leben, Gut und sonstigen Werten geschädigt werden*" (Stümper, Landespolizeipräsident Stuttgart, in: Kriminalistik 1985, S. 293f). Als Sozialisten dürfen wir uns also in dieser Frage nicht gegen die Polizei und auf die Seite bürgerlicher Liberaler stellen, **sondern müssen mit der Polizei für den Sozialismus auch in der Kriminalpolitik kämpfen!** Dieses hat — obwohl kein Sozialist — das prominente GRÜNEN-Mitglied **Otto Schily** bereits erkannt. Auf einer Podiumsdiskussion, die kürzlich von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen in Lübeck veranstaltet worden ist, warnte er zwar vor einer Verwicklung zwischen Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung, sprach sich aber für die Notwendigkeit von verdeckten Ermittlungen aus. Vielleicht läßt sich Herr Schily ja auch noch für weitere sozialistische Ziele gewinnen?

E.

Alt-SSler wittern ihre Stunde

Jubelfeier zum 35-jährigem Bestehen der HIAG in Hamburg geplant

Das Opfer der jüngsten polizeigeschützten Nazi-Provokation, Günter Sare, war noch nicht begraben, da wurde in Hamburg bereits die nächste Provokation in Szene gesetzt: Am 26.10. will die SS-HIAG, Nachfolgeorganisation der verbotenen Waffen-SS, in Hamburg eine Gedenkfeier zu ihrem 35-jährigen Bestehen durchführen.

Die Hamburger Linke will die Durchführung einer solchen Jubelfeier nicht hinnehmen. Ein Aktionsbündnis ruft die Hamburger demokratische Öffentlichkeit dazu auf, das Treffen aktiv zu verhindern. An dem Bündnis ist das ganze Spektrum der Hamburger Linken beteiligt: von den autonomsten Autonomen bis hin zu den Jusos — wobei die Jusos Schwierigkeiten wegen der bisherigen Politik des SPD-geführten Hamburger Senats in Sachen Neo-Nazismus haben. Schließlich wurde der Hamburger Senat für seinen massiven Polizeischutz zugunsten der Kühnen/ANS-Bande, bezeichnenderweise auch „Hansa-Bande" genannt, in den Jahren 77 und folgende geradezu berüchtigt. 1980 trieb die Hamburger Polizei bei einer Anti-Strauß-Kundgebung Olaf Ritzmann bei ihrer Jagd nach Demonstranten auf einem Bahnhofsgelände vor die Gleise einer S-Bahn, wo er starb. Einschließlich DKP und VVN sieht außer den Jusos niemand einen Grund, dies zu verschweigen.

Trotzdem wird der Senat aufgefordert, das Treffen zu verbieten und sich für ein Verbot der SS-HIAG einzusetzen. Von einigen Autonomen wird eine solche Verbotsforderung an den Senat nicht mitgetragen. Es sei Illusionsmacherei, derartige Forderungen an einen Staat zu stellen, der so eindeutig bewiesen habe, daß es auf Seiten der Nazis stehe.

Der Aktions-Konsens des Versuchs einer massenhaften Mobilisierung zur Verhinderung des Nazi-Treffens vor Ort in einer einheitlichen Aktion wurde aber bisher nicht infrage gestellt.

Für den Fall, daß das SS-Treffen an den Stadtrand Hamburgs oder in eine kleinere norddeutsche oder andere Stadt der BRD verlegt werden sollte, beschloß das Bündnis, auch dort entsprechende Aktivitäten zur Verhinderung der Nazi-Veranstaltung zu unterstützen.

Noch ist weder der konkrete Treffpunkt in Hamburg bekannt, noch gibt es Informationen über eventuelle Verschiebungen. Auf jeden Fall gilt es aber nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Städten, mindestens aber in den Kleinstädten rund um Hamburg, aufmerksam zu sein, ob sich etwas anbahnt. Der folgende Artikel macht deutlich, wer und was die SS-HIAG ist und was ihre erst kürzlich erfolgte Seligsprechung durch den Verfassungsschutz als verfassungskonforme Organisation bedeutet: die Integration der „soldatischen Tradition" der Waffen-SS als normaler Bestandteil der BRD-Demokratie. Dies wirft kein Licht, sondern starken Schatten auf den Zustand und auf die Verfassung dieser Demokratie.

F.

SS-Nachfolgeorganisation HIAG — Bestandteil der «FDGO»

35 Jahre „Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG)" in der BRD: das sind 35 Jahre Leugnung von Kriegsverbrechen, Deckung und Unterstützung etlicher Nazischlächter, Propaganda zur Rehabilitation der SS.

35 Jahre HIAG, das ist aber auch Verschwörung, „Dialog" und Integration einer ehemaligen Partei-Eliteorganisation gegenüber einem an „fähigen Experten" immer interessierten westdeutschen Staat.

Der folgende Artikel soll einen kleinen Einblick geben in den großen Weg von der Parteipolizei Hitlers zum begehrten Ansprechpartner einer „freiheitlichen Demokratie".

Bereits Mitte der zwanziger Jahre galten die Bestrebungen der NSDAP dem Aufbau einer von der „Massenorganisation" der SA abgegrenzten „Eliteeinheit der Partei". Unter strenger Auswahl besonders zuverlässiger Parteimitglieder wurde 1925 der „Stoßtrupp Adolf Hitler", wenig später umbenannt in „Schutzstaffeln" (SS) aufgebaut, dessen Aufgabe es war, „*auch die Vorgänge in anderen Parteien zu beobachten, und (...) verantwortlich (zu sein) für die Sicherheit der Partei im Innern; sie wird eingesetzt zur Verhütung und Niederwerfung von Parteirevolten*". (1)

Killer-Kommandos

Schon im Juni 1934 zeigte die 1933 als eine Art parteiinterne „Stabswache" aufgestellte, später zum Kern der Waffen-SS gehörende „Leibstandarte Adolf Hitler", was in ihr steckte: im Rahmen des von der Parteiführung zur Liquidierung der SA inszenierten „Röhm-Putsches" übernahm sie die Exekution der SA-Führer und die Zerschlagung der Strukturen der SA.

Bis 1938 war die SS auf die Stärke von vier Regimentern angewachsen. Hitler ordnete am 17.8.1938 an, daß diese „Verfügungstruppen" als stehendes Heer zu seiner eigenen Verfügung zu gelten hätten. „*Die Auswahl der Rekruten erfolgte nach strengen rassischen und körperlichen Maßstäben. Der Dienst war freiwillig und wurde als Ableistung der Wehrdienstpflicht angerechnet. (...) Zu der regulären militärischen Ausbildung, die in mancher Hinsicht besser war als die des Heeres,*

schen und körperlichen Maßstäben. Der Dienst war freiwillig und wurde als Ableistung der Wehrdienstpflicht angerechnet. (...) Zu der regulären militärischen Ausbildung, die in mancher Hinsicht besser war als die des Heeres,

erhielten die SS-Truppen eine intensive politische und weltanschauliche Unterweisung." (2) Insgesamt dürften ca. 900.000 Mann diesen kasernierten Mordkommandos angehört haben, deren Wirkungsfeld erst im Krieg vollends zum Tragen kam.

Als persönlich auf Hitler vereidigter „Stoßtrupp für Europa", der sich in den letzten Jahren des „Dritten Reiches" zusätzlich ca. 250.000 sog. „Volksdeutscher" bediente, traten Waffen-SS-Kommandos an — immer mit anderen „Sicherheitskräften" zu „Sonderkommandos" zusammengestellt — zur „Bandenbekämpfung" hinter der Front, d.h. zum brutalsten Terror gegen Partisanen und Bevölkerung. So folgten beispielsweise vier aus Waffen—SS, Sicherheitsdienst (SD), KriPo, Hilfspolizei (u.a. „Stahlhelm") und Sicherheitspolizeieinheiten (SiPo) zusammengestellte Einsatzgruppen der Armee in die Sowjetunion und massakrierten dort innerhalb von knapp sechs Monaten ca. 500.000 „politisch und rassisch Unerwünschte". (3)

Überall dort, wo eine besonders brutale Hand gefordert war, wurden diese „Einsatzgruppen" herbeigerufen. Beispielhaft seien erwähnt:

— Blindwütige Erschießungen gleich nach Kriegsbeginn in Polen 1939;
— Sommer 1940: beim „Massaker von Le Paradis" in Flandern Hinrichtung von ca. 100 britischen Gefangenen durch die „Leibstandarte";
— Sommer 1941: Ermordung von 295 sowjetischen Soldaten und 6.504 Zivilisten als „Befriedungsaktion" in den Pripetsümpfen;
— August 1941: Ermordung von 600 galizischen Juden durch die SS-Division „Wiking" als „Vergeltungsmaßnahme";
— September 1941: Ermordung von 920 Juden bei Minsk durch die SS-Division „Das Reich";
— September 1943: Massenexekutionen und wüsteste Zerstörungen durch die „Leibstandarte" in Boves/Italien;
— Juni 1944: Hinrichtung von 64 kanadischen und britischen Soldaten durch die SS-Panzerdivision „Hitler-Jugend" unter Kurt „Panzer"-Meyer;
— Juni 1944: Operation „Blut und Asche" in Frankreich, der auch das Dorf Oradour und fast alle Einwohner zum Opfer fallen;
— August 1944: bestialische Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstandes durch Einheiten der Waffen-SS. (4)

Zudem wurden die KZ-Lagermannschaften ständig neu besetzt durch aus der Waffen-SS abgezogene Faschisten.

Selbst in den letzten Kriegstagen wüteten die Nazischergen noch mit grausamer Hand: selber auf dem Rückzug befindlich, liquidierten sie eine zahlenmäßig nicht erfaßbare Menge Soldaten der Wehrmacht wegen „Feigheit vor dem Feind".

1947: Waffen-SS ist verbrecherisch

Zu Recht wurden die Einheiten der

1947: Waffen-SS ist verbrecherisch

Zu Recht wurden die Einheiten der Waffen-SS 1947 vom Interalliierten Militärtribunal (IMT) als verbrecherische Organisationen eingestuft. Das Tribunal kam zu dem Schluß, daß „*die Erschießung von unbewaffneten Kriegsgefangenen in einigen Waffen-SS-Divisionen allgemeiner Brauch war. (...) Divisionen der Waffen-SS waren für viele Massaker und Grausamkeiten in den besetzten Gebieten, wie z.B. für die Blutbäder in Oradour und Lidice verantwortlich. (...) Es ist unmöglich, auch nur einen Teil der SS auszunehmen, der nicht an diesen verbrecherischen Handlungen teilnahm.*"

In seinem Urteil betonte das IMT abschließend: „*Die SS wurde zu Zwecken gegründet, die nach dem Statut verbrecherisch sind. (...) In die SS schließt der Gerichtshof alle Personen ein, die als Mitglieder in die SS aufgenommen worden waren, einschließlich der Mitglieder der Allgemeinen SS, der Mitglieder der Waffen-SS, der Mitglieder der SS-Totenkopfverbände und der Mitglieder aller verschiedenen Polizeieinheiten, welche Mitglieder der SS waren.*" (5)

Verurteilt von den Tausenden Angehörigen der Mordkommandos wurden allerdings ganze 24 Personen. Gegen 14 von ihnen wurde die Todesstrafe verhängt, von denen nur vier vollstreckt wurden. Der Rest wurde zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, die allerdings in den wenigsten Fällen abgesessen werden mußten. (6)

Die Waffen-SS reorganisiert sich

Ihrer ehemals bestimmten Aufgabe enthoben, organisierten die z.T. internierten Waffen-SS'ler bereits frühzeitig den mehr oder weniger bruchlosen Übergang in die „neue Zeit". Noch während die Rückzugsgefechte der faschistischen Armee andauerten, kamen etliche SS-Führer, unter ihnen etwa der belgische SS-Offizier Leon Degrelle oder der „Mussolini-Befreier" Otto Skorzeny, zu dem Schluß, daß es wohl besser sei, sich den Amerikanern mit ihren „reichhaltigen Erfahrungen" zur Verfügung zu stellen. „*Sie träumten davon, den Amis klarzumachen, daß man das 'falsche Schwein' geschlachtet hat.*" (7)

In der sicheren Erwartung, daß man — angesichts des sich abzeichnenden Auseinanderfallens der Anti-Hitler-Koalition — mit einer, wenn auch im Untergrund, bereits wieder zusammengeführten „Elitearmee", die einerseits den Vorteil der entsprechenden „Kampferfahrung" gegenüber der SU hätte, andererseits aber auch u.U. die wackeligen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland in bewährter Manier im Griff halten könnte (8), bei den Amerikanern anklopfen dürfe, knüpften in den alliierten Lagern und in den besetzten Zonen SS-Führer eifrig an einem Netz der „ehemaligen Kämpfer".

Unter den Augen der westalliierten Geheimdienste, z.T. gar auf deren gut dotierten Gehaltlisten stehend (9) — wie etwa Klaus Altmann (Barbie) —,

besetzten Zonen SS-Führer eifrig an einem Netz der „ehemaligen Kämpfer".
Unter den Augen der westalliierten Geheimdienste, z.T. gar auf deren gut dotierten Gehaltlisten stehend (9) — wie etwa Klaus Altmann (Barbie) —,

organisierten die Mitglieder der geheimen Zusammenschlüsse „Die Spinne" und ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) einerseits die Flucht gesuchter Kriegsverbrecher und faschistischer Massenmörder über Österreich und Italien nach Lateinamerika (10), dabei großzügig unterstützt vom Roten Kreuz und Vatikan.

Weiter jedoch leisteten sie „*ganz bewußt damit zugleich auch schon logistische Infrastrukturarbeit für die Zukunft, nämlich (...) für den 'Kampf um Europa' von morgen.*" (11)

Sinnfälligster Ausdruck dieser Bemühungen, bruchlos den elitären SS-Anspruch eines „Stoßtrupps für Europa" zu übernehmen, war die Geheimorganisation „Bruderschaft". Bereits 1945 gegründet, vereinigten sich hier unter der Führung des Generalleutnants von Manteuffel, der ehemaligen Gauleiter Kaufmann und Lauterbacher sowie des Rechtanwalts und späteren FDP-Bundestagsabgeordneten Achenbach etliche Offiziere der Elitedivision „Großdeutschland" sowie der himmlerschen Polizei zu einem konspirativen Netz über alle vier Besatzungszonen. Innerhalb von vier Jahren gelang es der „Bruderschaft", eine zwei Divisionen (!) umfassende Geisterarmee auf die Beine zu stellen. Deren Vertreter von Manteuffel offerierte im Dezember 1949 auf einem Geheimtreffen mit Adenauer — motiviert durch dessen an die Westmächte gerichtetes Angebot eines deutschen Tuppenkontingents — diese Divisionen als „*Generalstab und Kern einer zukünftigen deutschen Armee.*".

Verschwörer aus der HIAG

Zwar konnte diese brisante Offerte angesichts der Adenauerschen Orientierung auf eine völlige Westintegration des westdeutschen **Teilstaates** und der damit verbundenen faktischen Anerkennung der deutschen Teilung nicht in der gewünschten Form greifen; dies allerdings führte nur dazu, daß 1951 mit dem Auftauchen des ehemaligen Goebbelschen Staatssekretärs Werner Naumann die „Bruderschaft", weiterhin unter der alten Führung, in „Naumann-Kreis" umbenannt wurde. Ziel dieser pikanten Geheimrunde, die beste Kontakte in fast sämtliche bürgerliche und faschistische Kreise pflegte, war die Unterwanderung großer Teile verschiedener bürgerlicher Parteien, insbesondere der FDP, um von dort ruckartig eine faschistische „Nationale Sammlung" zu initiieren. Mit dieser sollte der Wunschtraum eines „*bolschewismusfreien Großraums Europa mit einem Großdeutschen Raum als seinem Kern*" (12) in die Realität umgesetzt werden.

„Betreut" durch Vertreter des Naumann-Kreises, gedacht als **eine** legale Operationsbasis dieser Bemühungen und unter dem Deckmantel des „Suchdienstes und der Kameradschaftshilfe" antretend, gingen aus o.g. Kreisen die ersten Gruppen der „Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS", kurz HIAG, hervor. In Hamburg durch den ehemaligen Generalmajor der Waffen-SS und letzten Kommandanten der „Leibstandarte Adolf Hitler" Otto Kumm sowie Angehörige der durch ihre bestialische Wüterei in Jugoslawien berüchtigten SS-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" (13) bereits Ende 1949 zusammengerufen (14), breitete sich die HIAG schon 1950 innerhalb weniger Wochen unter der Leitung des zeitweiligen Hitler-Adjutanten und ODESSA-Beauftragten (15) Richard Schulze-Kossens mit Ortsgruppen über die ge-

(13) bereits Ende 1949 zusammengerufen (14), breitete sich die HIAG schon 1950 innerhalb weniger Wochen unter der Leitung des zeitweiligen Hitler-Adjutanten und ODESSA-Beauftragten (15) Richard Schulze-Kossens mit Ortsgruppen über die ge-

samte BRD aus. Bereits zu Beginn 1951 verfügte die Organisation, zu deren Hamburger Treffen allein bis zu 1700 Mitglieder (!) erschienen, über 376 Gruppen (16).

Zunächst „lediglich" zusammengehalten durch eine „Bundesverbindungsstelle" sowie die Herausgabe des zentralen Organs „Wiking-Ruf", orientierte der Verband auf eine offene Rehabilitierung der Waffen-SS als „europäischer Stoßtrupp", der in edelster militärischer Absicht nur eins gewollt habe: „Land und Volk vor dem Kommunismus retten!" (17)

Mit dem Ziel, sich die durch das IMT versagten politischen und sozialen „Rechte" zu sichern, aber auch, generell eine Reinwaschung der faschistischen Elitetruppen zu bewerkstelligen, ging seitdem eine wahre Propaganda-Welle über die BRD hinweg, die in ihrem Kern die Waffen-SS zum „harmlosen" regulären 4. Wehrmachtsteil stilisieren sollte und soll.

Parallel zu diesem Schritt begannen die SS'ler zugleich die Legalisierung ihrer bis dahin im Untergrund wirkenden Flucht- und Gefangenenhilfeorganisation ODESSA. 1951 gründete sich als eingetragener Verein die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.", die bis heute mit reichlich finanzieller und ideeller Unterstützung von Vertretern **aller** bürgerlichen Parteien und der Bourgeoisie für allerlei pikante Hilfen sorgt (18).

„Integration"

Während die Naumann-Verschwörung mit ihren allzu dreisten Zielen im Januar 1953 von der britischen Besatzungsmacht hochgenommen wurde (natürlich ohne daß ihre Führer jemals verurteilt wurden), konnte sich die HIAG nun erst recht schwungvoll entwickeln: sie war bereit, trotz aller noch auftretenden **taktisch** „verfehlten schrillen Töne", die gewünschte Anpassungsleistung an die NATO-Orientierung der BRD zu erbringen und auf die unmittelbare „Heimholung der deutschen Ostgebiete" vorläufig zu verzichten.

Wenig später folgte das Echo: Bundeskanzler Adenauer besuchte den zu diesem Zeitpunkt noch inhaftierten SS-General Kurt („Panzer"-) Meyer und gab die Erklärung ab, „*daß von deutscher Seite alles nur Mögliche für sie* (die inhaftierten Naziverbrecher) *getan wird.*" (19) Und mit der Begründung „*Die Männer der Waffen-SS waren Soldaten wie die anderen auch.*" (20) wurden im August 1953 die „Richtlinien des Personalbegutachterausschußes" verabschiedet, nach denen in den folgenden Jahren für die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS unter Anerkennung ihrer Dienstgrade die Tore zu Bundeswehr, Polizei, BGS und Ministerialbürokratien geöffnet wurden!

Ab diesem Zeitpunkt wurde die HIAG, die nach wie vor an den generellen Inhalten und Traditionen der SS, nur eben „europäisch" aufgeputzt, demonstrativ festhielt und z.T. auch — bis heute — die verschiedensten Kontakte in neofaschistische Kreise aufrechterhielt, von Abgesandten der bürgerlichen Parteien regelrecht hofiert. Es gehörte wieder zur „Normalität", daß Vertreter von CDU/CSU, FDP und SPD **öffentlich** auf den teilweise von bis zu 12.000 Alt-SS'lern besuchten Treffen ihre Sympathiebekundungen für die „tapferen Soldaten" ablegten.

Der Integrationsprozeß war so er-

CSU, FDP und SPD öffentlich auf den teilweise von bis zu 12.000 Alt-SS'lern besuchten Treffen ihre Sympathiebekundungen für die „tapferen Soldaten" ablegten.
Der Integrationsprozeß war so er-

folgreich abgeschlossen, daß sich die Parteienvertreter für die HIAG ins Zeug schmissen. SPD-Führer Kurt Schumacher: „*Die Waffen-SS ist als eine Art vierter Wehrmachtsteil geführt worden und als Massenformation für Kriegszwecke geschaffen worden.*"

CSU-Strauß: „*Sie* (die Waffen-SS) *sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges eingeschlossen.*" (21)

Eben jenem „Panzer"-Meyer, den Adenauer im Knast besuchte, und der wenige Jahre später zum Bundessprecher der HIAG avancierte, gelang es sogar, in diesen Jahren mit der DGB-Führung ins Geschäft zu kommen. So konnte beispielsweise das HIAG-Bundestreffen 1956 in Minden nach entsprechenden Absprachen ohne den leisesten Protest über die Bühne gehen (22).

Mit der offiziellen Konstituierung zum „Bundesverband der ehemaligen Waffen-SS (HIAG)" 1959, dem Jahr der Freilassung aller übriggebliebenen Naziverbrecher, und der Herausgabe des nun in „Der Freiwillige" umbenannten Organs hatten die SS'ler schließlich den Schritt zur Integration getan, in einen Staat, der „*ein verfassungsmäßig deklarierter Übergang für kommende Entwicklungen*" sein sollte, wie Kurt Meyer tröstend erklärte (23). Die de-facto-Anerkennung der eingeklagten Versorgungsansprüche ehemaliger Waffen-SS'ler 1961 war schließlich auch die ökonomische Rehabilitierung.

Die HIAG ist vorbildhaft ...

Von Beginn ihrer Existenz an gehörte für die HIAG die Durchsetzung und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Beeinflußung von Soldatenverbänden und Militär zu den wichtigen Aufgaben. Als im September 1951 der „Verband Deutscher Soldaten'' gegründet wurde, sicherten sich ehemalige SS'ler blitzschnell Sitze im Präsidium. Trotz angeblich vorhandener Spannungen, was die Bewertung des Nationalsozialismus betraf (24) hielten sich die „alten Kämpfer'' auf dem kleinsten Nenner des militanten Antikommunismus bis heute standhaft im Milieu der kriegsverherrlichenden Kameraderie.

Nicht verwunderlich also, daß die HIAG auch innerhalb der Bundeswehr immer wieder dreist werben und sich darstellen konnte. An dieser Stelle wegen der **hohen Anzahl** gegenseitiger Ehrbezeugungen und Veranstaltungen nicht annähernd darstellbar, kam es immer wieder zu „Kameradschaftsabenden'', gemeinsamen Kranzniederlegungen und politischen Veranstaltungen bis in die heutigen Tage hinein, bei denen *„zwischen ,alten Hasen' und den jüngeren (...) Erfahrungsaustausch und Freundschaft''* (25) gehegt und gepflegt wurden.

Allein in einem Zeitraum von knapp zwei Monaten konnten beispielsweise 1976 insgesamt 16 Treffen dieser Art gezählt werden (26). Zwar wanden sich die jeweiligen Bundesregierungen gegenüber Kritikern dieser Zusammenhänge immer wieder mit fadenscheinigen Ausreden, als etwa 1976 aufgedeckt wurde, daß sich die HIAG ungehindert regelmäßig in einer von der Bundeswehr finanzierten Tagungsstätte in Koblenz treffen konnte, heraus. Zwar stellte der parlamentarische Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums von Bülow 1978 fest: *„Es gibt keine offiziellen Verbindungen der Bundeswehr zur HIAG.''* (27) Gleichzeitig mußte allerdings ob der erdrückenden Last gegenteiliger **Fakten** eingeräumt werden, daß es Treffen dieser Art gäbe. Als drastisches Beispiel dieser Realität sind sicherlich die Vorfälle bei der Beerdigung des ehemaligen Nazifliegers und engstens in der Szene von Neonazis, „Hilfsorganisationen'' und HIAG wirkenden Hans Ulrich Rudels Ende 1982 zu werten. Während der von rund 3.000 Nazis besuchten Trauerfeier erstatteten im Tiefflug passierende Düsenjäger der Bundeswehr ihrem Vorbild die „letzte Ehre''. Entsprechende kritische Reaktionen wurden vom Verteidigungsministerium schlicht als „Gespenstergeschichten'' (28) abgetan.

Aber nicht nur für die Bundeswehr, auch für die US-Army haben die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS als „faire und tapfere Kämpfer'' Vorbildcharakter:

— So beteiligten sich Mitglieder der HIAG 1976 neben hohen Offizieren der USA, der BRD, Frankreichs und Großbritaniens an einem unter der Schirmherrschaft des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Goppel (CSU) stehenden „Deutsch-Amerikanischen Freundschaftstreffen'', bei

Großbritaniens an einem unter der Schirmherrschaft des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Goppel (CSU) stehenden „Deutsch-Amerikanischen Freundschaftstreffen'', bei

dem es um eine Debatte über die „Schaffung einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht'' ging (29);

— So zeichnete eine US-Division Ende 1976 ausgerechnet den Odessa-Verbindungsmann und HIAG-Funktionär Schulze-Kossens wegen seiner „Fairness'' mit der Ehrenmitgliedschaft aus (30);

— So ehrte die 70. US Infantry Division im September 1983 anläßlich des 25jährigen Jubiläumstreffens den „Traditionsverband der 6. SS-Gebirgsdivision ,Nord' '' (31).



NS-Propagandaminister Goebbels empfängt eine Abordnung der SS-Panzergrenadierdivisionen „Leibstandarte Adolf Hitler'' und „Totenkopf'', die sich bei Charkow besonders „hervorgetan'' haben. 2. April 1943, Zweiter von links: Der spätere HIAG-Funktionär SS-Sturmbannführer Meyer Foto: Die Tat

Damals

Heute

Ein Fotodokument, das die Verbindungen zwischen SS-HIAG und Bundeswehr belegt: Bundesoffiziere in Zivil und Uniform wirken am SS-Treffen der HIAG mit. Hier im Bild der 25-Jahr-Feier der HIAG in Stuttgart (links Meyer) Foto: Die Tat



... verfassungskonform ...

Einigen, zweifellos berechtigten Wirbel verursachte 1983 die Streichung der HIAG aus dem Verfassungsschutzbericht durch die neue CDU/FDP-Regierung. Vorbereitet durch eine Erklärung Kurt Biedenkopfs im Juli 83, die Waffen-SS sei eine *„reine Kampfeinheit''*, die mit der *„allgemeinen SS sehr wenig bis gar nichts zu tun hatte''* (32) und unterstützt durch Helmut Kohl, der sich dagegen wandte, *„einer Gruppe von Leuten, die als 19- oder 20jährige eine Entscheidung getroffen hätten, bis ans Lebensende das Kainsmal des Rechtextremismus anzuhängen''* (33) teilte CSU-Spranger der Öffentlichkeit mit, daß *„nach eingehender Prüfung dieser Angelegenheit (...) der Bundesvorstand der HIAG bis auf weiteres im VS-Bericht nicht mehr als rechtsextremistische Gruppe erwähnt werden wird.''* (34) Neu allerdings oder gar ein besonderer qualitativer Sprung ist diese Haltung aber eben gerade nicht.

Bereits unter der sozialliberalen Koalition hatte sich die HIAG damit gebrüstet, daß nach Stellungnahmen des Bundesministeriums *„keine Erkenntnisse über eine Herabsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere des Parlamentarismus oder der Grundrechte sowie über positive Äußerungen zu den 'Werten des 3. Reiches' auf den offiziellen Treffen der Vereinigung''* vorliegen würden (35). Aufkommende antifaschistische Kritik wurde kaltschnäuzig mit der Feststellung abgekanzelt, die Bundesregierung würde sich mit dieser Frage nicht beschäftigen (36).

Während allerorten HIAG-Treffen von den Lokalmatadoren sämtlicher bürgerlicher Parteien unter Hinweis auf den Status als eingetragener, z.T. sogar als gemeinnützig anerkannter Verein (37) begrüßt wurden, lief inner-

Während allerorten HIAG-Treffen von den Lokalmatadoren sämtlicher bürgerlicher Parteien unter Hinweis auf den Status als eingetragener, z.T. sogar als gemeinnützig anerkannter Verein (37) begrüßt wurden, lief inner-

halb der SPD der Streit um die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in beiden Organisationen bis Ende 1981. Noch 1979 hatte sich der damalige Geschäftsführer Egon Bahr unter Berufung auf Kurt Schumacher dagegen gewandt, *„28 Jahre später einen Unvereinbarkeitsbeschluß herbeizuführen und zusätzliches Recht zu schaffen.''* (38)

Und dem HIAG-Mitglied Hans Wissebach, seinerzeit Mitglied der SS-„Totenkopf''-Division und nach 1945 wegen der Beteiligung an den Massakern in Charkow (SU) zu 25 Jahren Knast verurteilt — die er freilich schon 1954 „abgesessen'' hatte (39) —, der sich insbesondere in seiner Zeit als CDU-Bundestagsabgeordneter als penetranter Lobbyist seines Vereins hervorgetan hatte, wurde 1979 zum 60. Geburtstag das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse vom damaligen Präsidenten Scheel verliehen (40).

... und honorig!

Angesichts der Integration der HIAG in die Werte bundesrepublikanischen

... und honorig!

Angesichts der Integration der HIAG in die Werte bundesrepublikanischen

Machtstrebens, angesichts des HIAG-Zugeständnisses, die Waffen-SS sei, wie Schulze-Kossens 1983 nochmals festhielt, *„die Inkarnation des selbstlosen und dienenden Soldatentums''* gewesen, die *„als Bollwerk gegen einen Gegner, gegen den heute die NATO steht''*, gekämpft habe (41), ist nur folgerichtig, daß sich die Vertreter von CSU bis SPD über die letzten vierzig Jahre hinweg penetrant als deren Interessenvertreter andienten.

Sei es Helmut Schmidt (*„Ich werde deshalb auch bei meiner zukünftigen Arbeit im Bundestag versuchen, für gleichmäßige Gerechtigkeit zugunsten aller ehemaligen Soldaten zu wirken''*, 1965), sei es der ehemalige Vizepräsident und SPD-Abgeordnete im hessischen Landtag Hans Otto Weber (der sich 1974 für die HIAG verwandte, *„bei deren politischer Rehabilitierung zu helfen''*), seien es Bahr, Kohl, Spranger, Strauß, Mende usw. usf.: sie alle lieferten die Grundlage für politische und soziale Rehabilitierung der Waffen-SS, für Polizeischutz und Rechtfertigung gegenüber demokratischen Protesten (42).

Vor diesem Hintergrund sind selbst die Auseinandersetzungen um den Besuch Reagans und Kohls anläßlich der 40-Jahr-Feierlichkeiten der Zerschlagung des Faschismus im Mai 1985 auf dem Soldaten- und Waffen-SS-Friedhof in Bitburg nicht so sehr als plötzlicher und außerordentlicher Rehabilitierungsversuch zu verstehen, sondern vielmehr als **Weiterführung** der Integration einer Killer-Truppe, deren für diese Kreise immer noch aktuelle Hauptaufgabe in der Niederschlagung innerer „Unruheherde'' und der „Rettung Europas vor dem Bolschewismus'' besteht.

Pe.

Hinweis: Weiteres Hintergrundmaterial

Die HIAG agiert wie eine Spinne im Netz des neofaschistischen und stramm konservativen Untergrunds, in dessen weitgefaßter völkischer bis deutschnationaler Subkultur, Gemeinschaften und Organisationen. So z.B. in der „Gesellschaft für freie Publizistik'' (GfP), einem Zentrum neofaschistischer Propaganda, so in dem „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes'', einem Zentrum völkisch-deutscher Unkultur, so innerhalb der losen Kooperation der diversen „Traditions''-und Soldatenverbände, die vor allem von Frey's über 100.00 Exemplare pro Auflage starkem „Deutschen Anzeiger'' repräsentiert werden u.a.m. Das kann hier aus Platzgründen nicht weiter ausgebreitet werden, ist allerdings wichtig zu wissen, wenn es um die Beurteilung der Bedeutung der HIAG *heute* geht. Interessierte finden eine ausführliche Analyse dieser Rolle der HIAG in AK 60, S. 33 und AK 62, S. 34, außerdem einen Nachdruck dieser Artikel in „Droht ein neuer Faschismus'', erweiterte Auflage von 1976, S. 200 und 216.

Quellen und Anmerkungen:

(1) zit. in PDI, Die SS — ein 4. Wehrmachtsteil?, München 1979, S. 10
(2) G.H.Stein, Geschichte der Waffen-SS, Düsseldorf 1978, S. XVI
(3) ebd., S.237
(4) ebd., S.243 ff.
(5) zit. in: VVN, Waffen-SS in der Bundesrepublik, Ffm 1978, S.12 f.
(6) AK 62, Juni 1975
(7) Stern, 24.5.1984
(8) vgl. bei Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Ffm.1984, S.246
(9) Zu diesen übernommenen Nazis heißt es deutlich in einem CIC-Memorandum: „Sie waren bewegt von fanatischem Interesse für die zukünftigen Gefahren, die Europa unvermeidlich vom Osten drohten. (...) Sie waren alle aufrichtig, wenn nicht fanatisch antikommunistisch." und damit nützlich! S. Stern, a.a.O.
deutlich in einem CIC-Memorandum: „Sie waren bewegt von fanatischem Interesse für die zukünftigen Gefahren, die Europa unvermeidlich vom Osten drohten. (...) Sie waren alle aufrichtig, wenn nicht fanatisch antikommunistisch." und damit nützlich! S. Stern, a.a.O.
(10) Pomorin u.a., Geheime Kanäle, Dortmund 1981, S.60 ff.
(11) Opitz, 1984, a.a.O., S.244
(12) ebd., S.279
(13) Stein, a.a.O., S.246
(14) vgl. Kumms abwiegelnde Darstellung, zit. in PDI, 1979, S.97 ff.
(15) Pomorin 1981, S.168 f.
(16) Dudek/Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Opladen 1984, Bd.1, S.107, zit. dort den „Wiking Ruf" 1/1951
(17) zit. nach Tauber, Beyond Eagle and Swastika, Middletown/GB 1968, S.354
(18) vgl. Pomorin 1981, a.a.O., S.7 ff.
(19) dpa, Mai 1953, zit. in AK 62
(20) Konrad Adenauer nach: „Deutsche Soldatenzeitung", 8/56, zit. in ebd.
(21) ebd.
(22) Tauber 1968, a.a.O., S.359 f.
(23) auf dem Bundestreffen 1959 in Hameln, zit. in: „tat", 9.9.83
(24) Die HIAG stach in diesen Auseinandersetzungen hervor mit der Verurteilung jedweden Widerstandes sowie der Legitimierung des Angriffskrieges gegen Polen und die SU. Vgl. Dudek 1984, a.a.O., S.84
(25) zit. nach „tat", 9.9.83
(26) vgl. AK 93, 15.11.76
(27) FR, 23.1.78
(28) taz, 28.12.82
(29) AK 84, 12.7.76
(30) AK 93, 15.11.76
(31) DVZ, 20.1.84
(32) zit. in faz, 10.7.83
(33) zit. in FR, 27.8.83. Interessant hier, neben der Abkanzelung der Kritiker als „Nachgeborene", die sich nicht sachkundig gemacht hätten, die Feststellung Kohls, im übrigen würde es um die „Erhaltung des inneren Friedens" gehen!
(34) FR, 24.8.83
(35) zit. in: „Der Freiwillige", 6/78
(37) z.B. 1982 Anerkennung der „Kameradschaft der Leibstandarte Adolf Hitler" durch das Finanzamt Stuttgart, vgl. PDI „Blick nach rechts", 15.8.83;
(38) „tat", 5.1.79
(39) vgl. Meyer/Rabe, Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern, Bornheim-Merten 1980, S.46
(40) „Der Freiwillige", 10/79
(41) in: „DF", 7/8 1983, zit. in: DVZ, 2.3.84
(42) Zuletzt in Nesselwang 1985, wo Antifaschisten von einem martialischen Polizeiaufgebot auseinandergeknüppelt wurden. Vgl. AK 259, 3.6.85

Hamburger HIAG — HIAG in Hamburg — Who ist who? —

Eingeladen zum „Fest des 35jährigen Bestehens unseres HIAG-Landesverbandes'' haben die beiden Landessprecher **Franz Schmitz**, langjähriger Funktionär dieses Vereins, und **Gerhard Schröder**.

Gefeiert werden soll die 1950 unter Betreuung der Geheimorganisation **„Bruderschaft''** durch den letzten Kommandanten der „Leibstandarte Adolf Hitler (LSSAH)'', **Otto Kumm** gegründete erste legale HIAG-Gruppe in der BRD.

Heute bestehen rund 120 HIAG-Ortsgruppen, zusammengefaßt im „Bundesverband der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS''.

Bis heute haben Mitglieder des Hamburger Landesverbandes ihre Finger maßgeblich in der Gesamtorganisation stecken: So wurde die „Kameradschaft LSSAH'' bis vor kurzem von dem Hamburger **Albert Stenwedel** und dem langjährigen NPD-Mitglied **Walter Krüger** geführt. Letzterer mußte wegen Presseveröffentlichungen über seine Äußerungen zur „Gaskammerlüge'' beim HIAG-Treffen in Nesselwang 1985 allerdings abdanken. Ebenso gehört der ehemalige Nazi-Offizier und Kühnen-Förderer f3 Ernst Remer aus Hamburg zum Verband.

Zum diesjährigen Treffen wird als Hauptredner der Bundessprecher **Hubert Meyer** (nicht zu verwechseln mit „Panzer''-Meyer) auftreten. Meyer, 1913 geboren, trat 1934 in die „Politische Bereitschaft Württemberg'' ein und verpflichtete sich ein Jahr später für die „SS-Verfügungstruppe''. Ab 1937 Offizier in der „Leibstandarte Adolf Hitler'', nahm Meyer an etlichen SS-Stoßkommandos in ganz Europa teil („Sudeteneinsatz'', Überfall auf Polen, Frankreich, Niederlande, „Balkanfeldzug'', Sowjetunion, Normandie, Charkow/SU, Ardennenoffensive bis zu den Rückzugsschlachten in Österreich und Ungarn), wurde hoch dekoriert und wanderte 1945 erstmal in Haft.

Im „Malmedy-Prozeß'' als Zeuge der Verteidigung aufgetreten, gehörte Meyer von Anbeginn zu den „Schützlingen'' der Nazi-Hilfsorganisationen wie der „Stillen Hilfe'', was sich u.a. in seiner Berufung in die „Bundesverbindungsstelle'' der HIAG ausdrückt (bis 1956).

Hervorgetan hat sich Meyer, der 1969 zum 1. Bundessprecher avancierte, durch seine Kontakte und Unterstützung der „Kappler-Befreier'' **Ziemssen, Marloh** und

(bis 1956).

Hervorgetan hat sich Meyer, der 1969 zum 1. Bundessprecher avancierte, durch seine Kontakte und Unterstützung der „Kappler-Befreier'' Ziemssen, Marloh und

Schulze-Kossens. Ersterem hielt er bei dessen Beerdigung eine entsprechende Laudatio: „Ihr Name wird mit den Namen von zwei Orten verbunden bleiben: mit Malmedy und Gaeta. Sie haben ein Beispiel für den ungebrochenen Geist der Kameradschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS gegeben.''

Einen Eklat löste 1977 Meyers Versuch aus, das von seinem Schwiegersohn **Patrick Hinchey** herausgegebene Machwerk „Die Waffen-SS'' gemeinsam mit **Schulze-Kossens** in England persönlich vorzustellen. Aufgrund turbulenter Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit und im Parlament, wurden die ehemaligen Nazioffiziere von der Polizei festgenommen und des Landes verwiesen.

Meyer repräsentiert den nach einem „freien Europa'' strebenden Alt-SSler, der gerne noch an die „alte schwere Zeit der höchsten Bewährung'' (Meyer in „DF'', 11/74) zurückdenkt.

In der Vergangenheit gelang es der HIAG Hamburg immer wieder, auch städtische Räumlichkeiten für ihre Feierlichkeiten gestellt zu bekommen. 1975 feierte sie im Rahmen der „21. ordentlichen Bundesversammlung'' ihr 25jähriges Bestehen in der Festhalle von „Planten und Blomen''.

Bis heute verlegten sich Vertreter des Senats immer wieder entweder auf — mit der „Verfassungskonformität'' der HIAG begründeten — Verharmlosung oder aber, wie auch jetzt, „Unkenntnis''.

Die Bundeswehr und ihr «Verteidigungs-auftrag»

Bereits drei Jahre nach der vernichtenden Niederlage der Nazi-Wehrmacht wurden in Westdeutschland wieder detaillierte Überlegungen angestellt, wie ein Krieg gegen die Sowjetunion zu führen und zu gewinnen sei. Adenauer, damals Präsident des Parlamentarischen Rates, hatte den früheren Wehrmachtsgeneral Hans Speidel mit den — selbstverständlich streng geheimzuhaltenden — militärischen Vorplanungen beauftragt. Bis 1950 verfaßte Speidel drei Denkschriften — an der dritten waren auch die Generale Foertsch und Heusinger beteiligt —, in denen bereits zentrale Gedanken für die spätere Aufstellung und ideologische Rechtfertigung der Bundeswehr entwickelt wurden.



Erster Auftritt eines Bundeswehradmirals beim NATO-Oberbefehlshaber

„Die militärpolitische Lage Westdeutschlands ist so ungünstig wie niemals zuvor in der Geschichte", mußten die Generale feststellen. Es fehlten *„alle Grundlagen für den Wiederaufbau einer Wehr"* (1). Jede militärische Betätigung stand, ebenso wie jegliche Planung dafür, unter schwerer Strafandrohung — das „Gesetz zur Ausschaltung des Militarismus" der alliierten Hohen Kommissare vom 16.12.49 hatte das nochmals bestätigt. Hinzu kam, daß es mit der Kriegsbegeisterung der Deutschen nicht so weit her war. Klage der Generäle: *„Der Pazifismus des deutschen Volkes ist ernst. Es will keinen Krieg, weder in noch um Deutschland noch in irgendeinem Teil der Welt. Die Jugend ist ebenso wie die ältere Generation dem Waffendienst abgeneigt. Anstelle von Abwehrbereitschaft besteht weithin Gleichgültigkeit. ... Das Schlagwort „ohne mich" ist zu einer Art Weltanschauung geworden. Der Neutralitätsgedanke ist in der westdeutschen Gedankenwelt noch sehr virulent."* (2).

Adenauer hatte in aller Stille bereits Kontakte mit den Westmächten aufgenommen und den General der Panzertruppen a.D. Graf von Schwerin zu seinem Berater in militärischen und Sicherheitsfragen ernannt. *„Aufgrund bestehender Gesetze"*, gesteht die offizielle Militärgeschichtsschreibung ein, *„mußte die Existenz der ‚Dienststelle Schwerin' zunächst streng vertraulich behandelt werden."* (3). Sie erhielt die unverfängliche Bezeichnung „Zentrale für Heimatdienst" und wurde mit den Vorarbeiten für die Aufstellung einer „mobilen Bundesgendarmerie" betraut. Es muß den Verantwortlichen wie ein Geschenk des Himmels erschienen sein, als Ende Juni 1950 der Koreakrieg ausbrach. Parallelen zum geteilten Deutschland waren schnell gezogen, und eine großangelegte Propagandakampagne zur „Umstellung der öffentlichen Meinung" (4) lief an. Adenauer konnte es sich erlauben, öffentlich einen „deutschen Wehrbeitrag" ins Gespräch zu bringen. Zugleich rief von Schwerin einen Ausschuß militärischer Experten zu einer Tagung im abgeschiedenen Eifelkloster Himmerod zusammen. Sie arbeiteten die Entwürfe Speidels zu einer Denkschrift aus, die auch von der amtlichen Militärgeschichte selbst „gewissermaßen als die ‚Magna Charta' der deutschen Wiederbewaffnung" angesehen wird. (5). Die Liste der Tagungsteilnehmer ist aufschlußreich: *„Unter den früheren Offizieren der ehemaligen deutschen Wehrmacht ... waren allein zehn Generale/Admirale; vier von ihnen fanden im gleichen bzw. entsprechenden Rang in der Bundeswehr wieder eine Verwendung (Heusinger, Speidel, Röttiger, Ruge). Von den fünf Stabsoffizieren erlangten drei in den neuen Streitkräften ebenfalls Generalsränge (Kielmansege, Baudissin, Krüger). ... Sie stiegen bis zu den höchsten Dienststellungen auf, die in den Streitkräften zu besetzen waren: Generalinspekteur, Inspekteur einer Teilstreitkraft und Oberbefehlshaber in NATO-Kommandobereichen."* (6). Zwei weitere Teilnehmer wurden hochrangige
ne Verwendung (Heusinger, Speidel, Röttiger, Ruge). Von den fünf Stabsoffizieren erlangten drei in den neuen Streitkräften ebenfalls Generalsränge (Kielmansege, Baudissin, Krüger). ... Sie stiegen bis zu den höchsten Dienststellungen auf, die in den Streitkräften zu besetzen waren: Generalinspekteur, Inspekteur einer Teilstreitkraft und Oberbefehlshaber in NATO-Kommandobereichen." (6). Zwei weitere Teilnehmer wurden hochrangige
Mitarbeiter des späteren BND, sechs starben, bevor sie ihr altes Handwerk wieder aufnehmen konnten.

In der Himmeroder Denkschrift wurden viele der militärtheoretischen Grundannahmen und strategischen Überlegungen entwickelt, an denen sich der Aufbau der Bundeswehr später orientierte. Zentrale Inhalte wie militärische Integration (in eine europäische Armee, später in die NATO), Verteidigung so weit östlich wie möglich, Vorwärtsstrategie, bewegliche Kampfführung, Fähigkeit zum Blitzkrieg und Totalisierung des Krieges für alle Lebensbereiche, wurden in den Planungen des Expertenausschusses niedergelegt. Die politisch-militärischen Ziele für die neue Armee verstanden sich fast von selbst: *„Die Rückgabe der entrissenen Ostgebiete ist unabdingbare Notwendigkeit für die Existenz des deutschen Volkes"*. Das war für Speidel ein Hauptpunkt der *„klare(n) politische(n) Zielsetzung unter leitender europäischer Idee"*, unter der sich der Aufbau der neuen Armee vollziehen sollte. (7).

Im folgenden sollen einigg der wichtigsten Grundlinien im militärischen Denken der Bundeswehrführung nachgezeichnet werden, wie sie bereits in den angeführten Denkschriften auftauchen und wie sie in den 50er und 60er Jahren präzisiert und ausformuliert wurden.

Integration ohne Verzicht auf eigene Handlungsfähigkeit

„Westdeutschland kann nie aus eigener Kraft seine äußere Sicherheit herstellen", diese Erkenntnis stand am Anfang des Planungsprozesses (8). Von vornherein war daher gedacht an einen Beitrag *„im Rahmen einer europäischen Armee"* (9). Damals schien allenfalls ein „Wehrbeitrag" Deutschlands, nicht aber ein Wiedererstehen einer selbständigen deutschen Armee durchsetzbar zu sein. Aber auch von der Sache her hatte man aus dem Fiasko des 2. Weltkrieges den Schluß gezogen, es nicht noch einmal im Alleingang zu versuchen: *„Die Technisierung des Krieges führt in eine immer stärkere Abhängigkeit von einer komplizierten und leistungsstarken Verteidigungs- und Versorgungswirtschaft. Diese zu unterhalten und damit über alle Mittel zur Kampfführung in einem großen Kriege zu verfügen, übersteigt die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit von Staaten europäischer Größenordnung einschließlich Großbritanniens. Für diese*
gang zu versuchen: „Die Technisierung des Krieges führt in eine immer stärkere Abhängigkeit von einer komplizierten und leistungsstarken Verteidigungs- und Versorgungswirtschaft. Diese zu unterhalten und damit über alle Mittel zur Kampfführung in einem großen Kriege zu verfügen, übersteigt die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit von Staaten europäischer Größenordnung einschließlich Großbritanniens. Für diese
Länder gibt es keine Verteidigung mehr allein aus nationaler Kraft. Sie sind gezwungen, sich zu regionalen und überregionalen Bündnissen zusammenzuschließen."(10).

Westdeutsche Militärtheoretiker untersuchten sehr aufmerksam die Koalitionskriegserfahrungen des früheren Oberkommandos der Wehrmacht, insbesondere mit Finnland und Italien. Als genereller Mangel wurde das Fehlen von einheitlichen integrierten Führungsorganen und einer einheitlichen Gesamtkonzeption festgestellt, das die Niederlagen mit herbeigeführt habe. *„Es fehlte eine wohlausgewogene Koalitionskriegsführung, es fehlte ein Wehrmachts-Generalstab mit einer Planungsabteilung." (11).*

Innerhalb der NATO wurde die BRD daher zum überzeugten Verfechter einer möglichst engen militärischen Integration. Damit entstand etwas in der Militärgeschichte völlig Neuartiges, weit über bisherige Kriegskoalitionen Hinausgehendes: Von der Korpsebene an gemeinsame, international besetzte Stäbe und eine einheitliche Kommandogewalt. „Im Verlauf einer Spannungszeit, spätestens aber bei Ausbruch der Feindseligkeiten, übernehmen die Nato-Kommandobehörden die volle Verantwortlichkeit hinsichtlich der Operationsführung. Sie realisieren damit eine Integration verbündeter Streitkräfte, die zwar noch nicht lückenlos ist — so ist z.B. die Logistik von der Integration noch ausgenommen —, die aber in dieser Form bisher weder im Frieden noch in einem Kriege jemals erreicht worden ist." (12). 1966 stellte Speidel fest, das Prinzip der Integration habe sich „voll bewährt": *„Die praktischen Vorteile der Integration liegen in einheitlicher Planung — auch in den atomaren Fragen — einheitlicher Führung und Ausbildung der Verbände, einheitlicher Organisation, Ausrüstung und Versorgung, gemeinsamer Forschung und Entwicklung."* (13) Gedrängt wurde von der BRD auf die Integration auch der Logistik — ein Bereich, der in nationaler Verfügung blieb, weil hier die gegensätzlichen Interessen der einzelnen Rüstungsindustrien zu kraß gegeneinander standen.

Die militärische Integration in der NATO, das angebliche *„Fehlen eines nationalen deutschen Generalstabs"* (sowie die räumliche Trennung der drei deutschen Korps) — so wird von offiziösen Darstellungen der Bundeswehr behauptet — *„läßt selbstständige Operationen der Bundeswehr nicht zu"* — was deren rein defensiven Charakter im Rahmen des westlichen Bündnisses beweisen soll. (14) Tatsächlich hat die
der standen.
Die militärische Integration in der NATO, das angebliche „Fehlen eines nationalen deutschen Generalstabs" (sowie die räumliche Trennung der drei deutschen Korps) — so wird von offiziösen Darstellungen der Bundeswehr behauptet — „läßt selbstständige Operationen der Bundeswehr nicht zu" — was deren rein defensiven Charakter im Rahmen des westlichen Bündnisses beweisen soll. (14) Tatsächlich hat die
Bundeswehrführung das völlige Angewiesensein auf integrierte Stäbe stets als Mangel begriffen. *„Gegenwärtig sind die militärischen Überlegungen der Bundesrepublik ... noch zu sehr — teilweise sogar in einem unzumutbaren Maße — von Erwägungen einiger Verbündeter abhängig."* (15) Deshalb hat sie schon früh versucht, die Fähigkeit zu begrenzten eigenständigen Operationen zu erlangen und auszubauen. Mitte der 60er Jahre wurde bereits offen über die Möglichkeit von Aktionen außerhalb der NATO diskutiert: *„Es sind ... Konfliktsituationen denkbar, die nicht oder nicht sofort als NATO-Bündnisfall gewertet werden, trotzdem aber militärische Aktionen fordern. In diesem nationalen Verteidigungsfall würde die NATO Teile des deutschen Kontingents freistellen."* (16) Ministerialrat Klaus Seemann aus der militärischen Abteilung im Bundeskanzleramt sah das Ziel von Aktionen solcher zeitweilig aus der NATO herausgelöster Bundeswehrverbände darin, daß die bei einem möglichen Überraschungsschlag gewonnenen „Faustpfänder" *„eine möglichst gute Ausgangsposition für Verhandlungen"* herbeiführen würden. (17) Gedacht war dabei ganz offensichtlich an das Ausnutzen günstiger Gelegenheiten zur Wiederinbesitznahme (von Teilen) der DDR. Hatte doch Außenminister Schröder seine Ostpolitik so erklärt: *„Was wir brauchen, ist eine Politik des langen Atems, verbunden mit der Fähigkeit, auch plötzlich eintretende Veränderungen der weltpolitischen Lage im Interesse der Einheit unseres Vaterlandes zu nutzen."* (18)

Inzwischen werden die Teilstreitkräfte von Inspekteuren befehligt, die mit ihren Stäben das Oberkommando bilden. Neben dem formellen Befehlshaber, dem Verteidigungsminister, nimmt der Generalinspekteur als Chef des Stabes der Gesamtstreitkräfte die zentrale Stellung ein. Der Führungsstab der Streitkräfte unter den Unterstäben der Teilstreitkräfte soll gewährleisten, *„daß die Bundesregierung jederzeit über die notwendigen Informationen verfügt, um verantwortliche Entscheidungen treffen zu können"*, und die BRD *„zu angemessener Verteidigungsvorbereitung auch schon in solchen Krisenphasen befähigt ist, in denen die NATO noch nicht in Aktion tritt."* (19) Vorbild ist für den ehemaligen Herausgeber der Wehrkunde, Ex-Bundeswehrgeneral Meyer-Detring, Israel. Er schrieb nach Israels Überfall auf Ägypten 1967: *„Wirklichen Einfluß in den Krisentagen selbst hatte nur das zur Tat entschlossene Israel, das die naturbedingte Schwerfälligkeit supranationaler Organisationen richtig einschätzte. Seine Folgerung aus dieser Erkenntnis war der ‚Sinai-Blitz'. ... Ein ‚pre-emptive blow' konventioneller Art, ein dem unmittelbar bevorstehenden Angriff zuvorkommender Schlag, war die einzige Möglichkeit ..."* Für die „Krisenbeherrschung" durch die BRD und das Gewappnetsein auf die *„Abwehr des begrenzten lokalen Krieges"* sei es notwendig, daß die Bundeswehrtruppen *„schnell zuschlagen können"*, bis die NATO als supranationale Großorganisation „Startschwierigkeiten" behoben habe. *„Die nationale politische und militärische Führung sollte neben Bündnismodellen und automatischer Integration auch solche Möglichkeiten durchdenken; Präsenz, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung müssen auch darauf abgestimmt sein."* (20) Bei dieser nationalen Landesverteidigung sei der *„Zeitfaktor von einer viel größeren Bedeutung als früher."* (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-
Bedeutung als früher." (21)
Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-
rung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Aufstieg zur NATO-Hauptmacht in Europa

Mit dem Aufstieg der Bundeswehr zur stärksten Militärmacht Westeuropas rückten Bundeswehrgeneräle in wichtige Stabs- und Kommandostellen der NATO ein. Meilensteine waren die Ernennung Speidels zum Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte am 1.4.57 und die Wahl Heusingers zum Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses am 13.12.60. *„Insgesamt versahen im Jahre 1961 bereits 22 Generale und 255 Generalstabsoffiziere sowie 925 Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Zivil beschäftigte der Bundeswehr in NATO-Stäben ihren Dienst."* (22) Aber nicht etwa, daß sich die BRD damit zufrieden gegeben hätte: Nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration und dem Freiwerden entsprechender Kommandoposten sah Speidel *„folgende Probleme für eine Reorganisation der NATO verhandlungsreif: Wie auf dem politischen Sektor im Stabe des NATO-Generalsekretariats muß eine größere Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland in den entscheidenden militärischen Kommandostellen erfolgen."* (23) Auch wenn die von Speidel geforderte *„Neuverteilung der Oberbefehlshaberstellen in Mitteleuropa nach den tatsächlichen Stärkeverhältnissen und Aufgaben"* sich nicht durchsetzen ließ, fiel doch für die BRD einiges ab. Nach wie vor fühlen sich die bundesdeutschen Vertreter jedoch benachteiligt, v.a gegenüber Großbritannien (24), so daß immer wieder Vorstöße auf neue Kommandostellen folgten.

Über die Zahl der jeweils gehaltenen Kommandoposten hinaus bestimmt heute schon das militärische Gewicht der Bundeswehr innerhalb der NATO jegliche militärische Planung der Allianz unausweichlich an vorderster Stelle mit: Die BRD stellt
- — fast 60% der Mannschaftsstärke aller Heereseinheiten,
- — mehr als 60% aller mittleren Kampfpanzer,
- — ungefähr 55% aller Artillerierohre,
- — mehr als 70% aller taktischen Nuklearwaffenträger
- — etwa 25% aller Kampfflugzeuge, und
- — fast 80% aller Marineeinheiten, die dem Brüsseler NATO-Stab unterstehen. (26).

Angesichts dieser bestimmenden Anteile an der „gemeinsamen Verteidigung" sowie ihrer wirtschaftlichen und politischen Stärke hat die BRD es geschafft, ihre operativen Maximen in der NATO durchzusetzen und ihr Prinzip der Vorwärts- bzw. Vorneverteidigung zur Grundlage jeder militärischen Planung des Bündnisses zu machen.

Das Prinzip der Offensive

Im operativen Teil der Himmeroder Denkschrift wird zu allererst die grundlegende These aufgestellt, die auch heute noch für die NATO-Strategie bestimmend ist: *„Der westeuropäische Raum muß soweit ostwärts wie möglich verteidigt werden."* (27) Gegenüber der Planung der Alliierten, von einer Verteidigungslinie" am Rhein auszugehen, wurde kategorisch festgestellt, angesicht der geringen Tiefe des Bundesgebiets sei die Aufgabe von Terrain nicht zu verantworten. Aber dies war nur die halbe Wahrheit. Mit „so weit ostwärts wie möglich" war keineswegs eine Verteidigung an der Grenze gemeint: *„Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß, wo es durchführbar ist. ... Es wird also darauf ankommen, mit einer Gruppe zwischen Main und Lüneburger Heide das Vorgehen frontal aufzuhalten und je einer Gruppe aus*
von Terrain nicht zu verantworten. Aber dies war nur die halbe Wahrheit. Mit „so weit ostwärts wie möglich" war keineswegs eine Verteidigung an der Grenze gemeint: „Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß, wo es durchführbar ist. ... Es wird also darauf ankommen, mit einer Gruppe zwischen Main und Lüneburger Heide das Vorgehen frontal aufzuhalten und je einer Gruppe aus
dem Süddeutschen und Schleswig-Holstein'schen Raum so bald und so stark wie möglich den Angreifer anzufallen. Daß diese Kampfhandlungen möglichst bald auf ostdeutschen Gebieten vorgetragen werden, muß mit allen Mitteln angestrebt werden." (28)

Das heißt: Gedacht war an eine großangelegte Zangenbewegung (man erinnerte sich wohl wehmütig an die gewonnenen Kesselschlachten zu Beginn des Rußlandfeldzuges), mit der die sowjetischen Kräfte von Norden und Süden umfaßt werden sollten, während ihnen ein Durchstoßen in die BRD durch einen Sperriegel von Fulda bis zur Norddeutschen Tiefebene unmöglich gemacht würde. Die Luftstreikräfte der USA und Großbritanniens wurden für dieses Konzept mit eingeplant. Ihnen sollte die Heeresunterstützung und die weitreichende Unterbrechung („long-range-interdiction") der sowjetischen Versorgungslinie zufallen. *„Zugleich sollten die ersten Einsätze der anglo-amerikanischen Luftwaffe mit Schwerpunkt der Unterstützung des Erdkampfes dienen durch Zerschlagung der über die Weichsel laufenden Verbindungen, Niederkämpfen der feindlichen Luftwaffe und Angriffe auf die angreifenden sowjetischen Divisionen selbst. Dagegen werden großangelegte Angriffe nach Rußland mit Ausnahme vom Einsatz der Atom-Waffe und Vernichtung des Ölgebietes in Baku voraussichtlich erst erfolgen können, wenn das russische Vorgehen zu Lande zum Stehen gebracht worden ist. ... Auch U-Boote, Schnellboote und Landungsverbände*



Der Gründungshaufen von Offizieren der Bundeswehr am 12. November 1955

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sollten von vornherein im Bereich des nördlichen Eismeeres, vor allem aber auch in der Ostsee und im Schwarzen Meer auftreten, um auch ihrerseits den offensiven Charakter zu betonen.“ (29)

Das Offensivprinzip, der Grundsatz, den Krieg ostwärts der BRD-Grenzen zu führen, war eine zentrale Forderung aller bürgerlichen Parteien in der BRD. Für die SPD hatte Ernst Schumacher am 17.9.1950 in Stuttgart erklärt: „*Die deutsche militärische Leistung hat dann einen Sinn, wenn die Weltdemokratie Deutschland offeniv nach dem Osten verteidigt, das heißt, Deutschland vor den schwersten Zerstörungen bewahren und als Antwort auf einen russischen Angriff östlich von Deutschland die Kriegsentscheidung suchen will. Das ist die erste und einzige Voraussetzung für das Ja und Nein zur deutschen Aufrüstung.*“ (30) Schumacher kann die zweifelhafte Ehre für sich in Anspruch nehmen, in scharfer Polemik gegen Adenauer als erster öffentlich und massiv die vorrangigen Kriegsziele des wiederformierten deutschen Imperialismus umrissen und als Bedingung für jede Remilitarisierung gefaßt zu haben: „*Alle die kleinen Schieber mit der ‚partiellen Aufrüstung' und mit der ‚Verteidigung der Elbelinie', das sind doch die Abschreiber von Ostdeutschland und Berlin. Das Nichtabschreiben ist nur möglich in der Form der Defensive, die zur Offensive übergeht und die die Entscheidung zwischen der Weichsel und dem Njemen sucht.*“ (31)

Das 1951 geschaffene „Amt Blank“ (erst 1955 wurde Theodor Blank offiziell zum Verteidigungsminister ernannt) richtete die Streitkräfteplanungen entsprechend den zitierten Zielsetzungen aus. Zur Durchführung der Offensivstrategie war in der Himmeroder Denkschrift die Aufstellung von 12 (Panzer)-Divisionen gefordert worden — ein „Planungsvolltreffer“, wie einer der Beteiligten im Rückblick stolz feststellt. „*Diese Zahl 12 erschien als das Höchstmaß des Zumutbaren gegenüber den Alliierten — sowohl psychologisch als auch hinsichtlich der erwarteten Materiallieferungen.*“ (32) Militärische Alternativplanungen zur Offensivkonzeption, wie die des (im übrigen stramm rechten) Leiters der Planungsabteilung im Amt Blank, des Obersten i.G. a.D. Bogislaw von Bonin, wurden rasch abgewürgt. Von Bonin „*hatte vorgeschlagen, mit der Aufstellung einer Freiwilligentruppe von 120.000 bis 150.000 Mann zu beginnen und diese so zu gliedern und zu bewaffnen, daß sie entlang der Grenze zur DDR einen festen Panzerabwehrriegel bilden könnten.*“ (33) Sein „*militärtechnisch bis auf die ... zu kurz angesetzte Aufstellungsdauer in allen wesentlichen Punkten einwandfrei durchgearbeiteter Vorschlag.*“ (34) wurde „*sowohl aus politischen wie auch aus militärischen Gründen abgelehnt.*“ (35) Von Bonin wurde entlassen — womit die Verhältnisse ein für allemal geklärt waren.

„... höchst beweglich operieren ...“

Ein Dogma, das mit der Offensiv-Strategie engstens zusammenhängt (und in der Anfangsphase der Bundeswehrplanung direkt als Synonym verwendet wurde), ist das der beweglichen Verteidigung. „Entfernung zwischen den Alpen und der Nordsee beträgt etwa 700 Kilometer. Der Westen“ — so der spätere erste Generalinspekteur Heusinger 1953, und so bis heute die offizielle Bundeswehrargumentation — „*wird nicht in der Lage sein, genügend Kräfte zu sammeln, eine starre Verteidigungslinie solcher Länge aufzubauen und zu halten*“. (36) Heute ist die „bewegliche Kampfführung“ einer der Begriffe, hinter der sich die offensive Kriegsführungskonzeption der Bundeswehr versteckt. Man muß deshalb wissen, wie Heusinger (in demselben Artikel) als einer der Väter dieses Begriffs ihn definierte, indem er fortfährt: „*Deshalb besteht nur ein Mittel gegen einen russischen Angriff: die bewegliche Verteidigung. Der Verteidiger muß seinerseits den Angreifer angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet. Mit dieser Kampfmethode sollte der Westen dem Osten gegenübertreten. Man muß versuchen, so schnell wie möglich den russischen Operationsplan zu durchkreuzen. Mit anderen Worten, es gilt so schnell wie möglich die Initiative zu erringen. Aus diesem Grunde sollten in Westdeutschland Kräfte bereitgestellt werden, die Gegenangriffe durchführen können. ... Eine solche bewegliche Verteidigung darf nicht auf die Operationen der Landstreitkräfte beschränkt werden. Sie gilt in besonderem Maße für die See- und Luftstreitkräfte.*“ (37) Diese bewegliche Art der Kriegsführung, die keine statische Frontführung, die keine statische Frontlinie mehr kennt und deshalb schon aus ihrer immanenten Logik heraus jede Begrenzung etwa auf bundesdeutsches Staatsgebiet völlig unlogisch macht, solle, so schrieb Speidel schon 1949, „*auch deshalb dem Sowjetgegner aufgezwungen werden, weil nach den jüngsten Kriegserfahrungen die rote Führung einer solchen Kampfesweise nicht voll gewachsen war.*“ (38)

Mit dem Aufbau der Bundeswehr wurde die Beweglichkeit zunehmend absolut gesetzt. Wurde in der Himmeroder Denkschrift noch die (unterstützende) „*Anlage von Befestigungen und Sperrungen aller Art*“ für wirkungsvoll und notwendig gehalten (39), so wurden solche „starren“ Elemente später praktisch ganz aufgegeben. In den 60er Jahren wurden Sperrgürtel durch Atomminen (Trettner-Vorschlag) diskutiert, später flexibler zu handhabende „Pakte“ von sonstigen Nuklearwaffen in Erwägung gezogen. Alles in allem aber zog die Bundeswehrführung aus der, wie sie es formulierte, „*gewaltigen Steigerung der Feuerkraft durch die Atomwaffen*“ den Schluß, „*der erhöhten Wirkung des Feuers müsse durch erhöhte Beweglichkeit begegnet werden. Alle Überlegungen seien darauf zu richten, wie die Beweglichkeit verbessert werden könnte.*“ (40) Auf die Konsequenzen aus dieser Forderung für Bewaffnung, Ausrüstung und Struktur der Bundeswehr wird weiter unten noch einzugehen sein.

Von der „Vorwärts-“ zur „Vorne-Verteidigung“

„*Wichtigstes, vor allen Dingen deutschen Interessen entsprechendes Prinzip der NATO-Verteidigungsplanung ist die Vorneverteidigung. Vorneverteidigung bedeutet grenznahe, zusammenhängende Verteidigung mit dem Ziel, keine Gebiet preiszugeben und Schäden zu begrenzen.*“ (41) Diese Sätze aus dem Weißbuch 1983 hören sich gut an — wohl abgewogen und keineswegs aggressiv. Richtig verstehen kann den Inhalt des Begriffs „Vorneverteidigung“ jedoch nur, wer seine Genese und die seiner Verkündung vorausgegangene Diskussion um „forward strategy“ und der Vorwärtsverteidigung kennt.

Die „forward strategy“ war von den USA 1950/51 proklamiert worden (42), ohne daß sie zunächst über die militärischen Mittel — vor allem die notwendige Menge an konventionellen Landstreitkräften — zu ihrer Verwirklichung verfügt hätten. Mit dem Aufbau der Bundeswehr wurde der „*Beginn der Verteidigung unmittelbar am Eisernen Vorhang*“ — so die offizielle Begriffserklärung — möglich und zum wichtigsten Etappenziel der bundesdeutschen NATO-Politik. (43) Das war eine bewußt gewählte Formel, um zu verschleiern, worum es der NATO wirklich ging: „*Westdeutschlands Verteidigungsminister und seine Generäle wissen, daß der Abwehrraum in einem Ernstfall nicht diesseits, sondern jenseits des Eiseren Vorhangs liegen sollte.*“ (44) Dieser Sachverhalt — „*militärisch eine glatte Selbstverständlichkeit*“ — sei dann eben mit dem Begriff „Vorwärtsverteidigung“ belegt worden. „*Diese oft angegriffene Formulierung ist weniger eine Ungenauigkeitkeit als vielmehr ein sehr genauer Ausdruck des Zwiespaltes zwischen dem militärisch Wünschenswerten und dem politsch Sagbaren.*“ (45) Heute ist der Begriff tabu — in der amtlichen Geschichte der Bundeswehr etwa wird er nicht einmal erwähnt. 1963 aber war die Erklärung der Vorwärtsverteidigung zur verbindlichen Strategie für die NATO Landstreitkräfte Europa-Mitte und das Kommando Ostseezugänge Anlaß für lautes Triumphgeschrei militärischer und ziviler Stellen in der BRD. „Seit ihrem Eintritt in die atlantische Gemeinschaft“, so „Verteidigungs“minister v. Hassel, habe die Bundesrepublik die Vorwärtsverteidigung vertreten. „*Heute ist dieser Gedanke Allgemeingut der NATO geworden. Kräfte und Mittel, strategisches Konzept und Verteidigungspolitik der NATO werden in zunehmenden Umfang hiernach bemessen und ausgerichtet.*“ (46) Daß es nicht bei Proklamationen blieb, sondern man zügig an die Verwirklichung der materiellen Voraussetzungen des Konzepts ging, verdeutlicht der damalige Heeres- (und spätere General-)Inspekteur der Bundeswehr, de Maizière als er über die Konsequenzen der „Vorverlegung der Abwehrräume“ spricht. „*Die verlängerten Aufmarschwege erfordern unterstützende Maßnahmen der Landesverteidigung. Zusätzliche Bauten im Bereich der Infrastruktur, Pioniermaßnahmen aller Art, eine weitere Vermaschung der Fernmeldeverbindungen, die Erweiterung der Verkehrsnetze mit ihren Kunstbauten, logistische Vorsorge, eine ergänzende Planung für den Bereich des zivilen Bevölkerungsschutzes und der Polizei sowie die Sicherung neu hinzukommender schutzbedürftiger Objekte und Anlagenn müssen bedacht und vorbereitet werden.*“ (47) Minister v. Hassel kündigte „erhebliche Investitionen für infrastrukturelle Maßnahmen“ an. „*Wichtig ist zum Beispiel die Vorverlegung von Depots, die Verlängerung von Ölleitungen und die Einrichtung von zusätzlichen Flußübergängen.*“ (48)

Noch 1966 nahmen die NATO-Verteidigungsminister „*von den für den Zeitraum bis 1970 ins Auge gefaßten Verbesserungen Kenntnis und hießen ... einen Streitkräfteplan der NATO für diesen Zeitraum innerhalb des in allgemeiner Übereinstimmung gefaßten Konzepts der Vorwärtsverteidigung gut*“. (49) Damit war es der BRD gelungen, trotz verschiedener Bedenken und Differenzen anderer NATO-Staaten, die in der Strategiediskussion seit 1963/64 geäußert worden waren, trotz des Ausscheidens Frankreichs aus der militärischen Integration, welches teils auch in dem Wunsch begründet lag, nicht direkt an mögliche westdeutsche Abenteuer gekoppelt zu sein, ihre Position im Bündnis durchzusetzen. (50)

Dazu kam, daß die „Vorwärtsstrategie“ selbstredend auf massiven Protest in allen RGW-Staaten stieß und die Stellung der Sowjetunion als Schutzmacht für diese Länder stärkte. Dem westlichen Interesse an Spaltung und ideologischer Diversion des RGW konnte das nur schaden. Die BRD konnte sich den Kritikern in der NATO gegenüber der Tatsache kaum verschließen, daß mit der vollmundigen Verkündung der „Vorwärtsverteidigung“ noch lange kein realisierbares Konzept für eine siegreiche Kriegführung gegen den Warschauer Pakt gefunden war. „*Den Abwehrraum im Kriegsfall von Westdeutschland hinweg über den Eisernen Vorhang zu schieben, dem stehen nicht nur politische Formulierungsschwierigkeiten entgegen, sondern die östliche Militärmacht ... Ein Teil der Bundesrepublik würde unvermeidlich Kamfraum und Operationsfeld, trotz der bestehenden Maxime der Vorwärtsverteidigung.*“ *(51)* Das mußten auch westdeutsche Militärschriftsteller erkennen.

Der Ausdruck „Vorwärtsverteidigung“ entsprach der propagandistischen Absicht, unter Soldaten und Bevölkerung eine ideologische Kriegsbereitschaft herzustellen — vorzuspiegeln, daß der Krieg erstens zu gewinnen sei, und zweitens, daß die Schäden im eigenen Land begrenzt werden könnten. Als allgemein erkannt wurde, daß diese Propagandalinie nur politische Nachteile ohne konkreten und aktuellen Nutzen mit sich brachte, wurde sie sang- und klanglos fallen gelassen. Der Begriff der „Vorneverteidigung“ wurde kreiert, verkündet von Gerhard Schröder, der Ende 1966 in der Großen Koalition das Verteidigungsministerium übernahm. „Schröders Formel entsprang einer diplomatischen Überlegung“, meint Baumann trocken, an den Zielen der BRD und der NATO habe sich dadurch jedoch nichts geändert. „Von einer Verwässerung der ursprünglichen Direktive durch den Austausch der Begriffe kann demnach nicht die Rede sein“. (52)

Die Hoffnung und die Anstrengungen, ein Kräfteverhältnis zu erreichen, in dem es wieder möglich und sinnvoll sein würde, über eine Vorwärtsstrategie zu reden, wurden von westdeutschen Militärstrategen und der Bundeswehrführung nicht aufgegeben. Aber erst ab Ende der 70er Jahre, im Zusammenhang mit der Einführung neuer konventioneller Waffentechnologien und der darauf aufbauenden Entwicklung von Strategien wie Airland-Battle, wurde wieder offen der „Verteidigungsraum“ bis weit nach Osteuropa ausgedehnt: „*Das gegnerische Angriffsdispositiv muß dann durchkreuzt werden, wenn es am verletzlichsten ist, beim Antreten zum Angriff, bevor der Angriff Schwung gewinnt.*“ (53) Die Vorneverteidigung wurde wieder ausdrücklich im Sinne der Vorwärtsstrategie definiert: „*Zwingt die Sowjetunion die Bundesrepublik Deutschland also zu langwieriger nuklear-taktischer Kriegsführung, ist es völlig legitim, daß das Bündnis versucht, die Kampfhandlungen auf das gegnerische Territorium zu verlagern. Die Konzeption der Vorneverteidigung sieht auch Operationen auf gegnerischem Gebiet vor, das ist quasi eine Wiederbelebung der 1967 geführten Diskussion um die Vorwärtsverteidigung. Sie deutet an, daß man in der Defensive offensiv sein kann.*“ (54) Airland Battle läßt die Vorwärtsstrategie wieder realisierbar erscheinen, auch wenn man sich in der BRD noch scheut, das allzu offen auszusprechen. Die offizielle Definition der „Vorneverteidigung“ im Weißbuch 1985 macht immerhin deutlich, daß die bis dahin gebrauchte Formel: Vorneverteidigung = Abwehr an den Grenzen, erheblich ausgeweitet wurde: „*Vorneverteidigung umfaßt neben der grenznahen Abwehr von Angriffen auch Operationen, um besetztes Gebiet zurückzugewinnen, Verteidigung im eigenen rückwärtigen Gebiet, Sicherung des Luftraums im NATO-Vertragsgebiet, die Kontrolle entscheidender Seegebiete zur Sicherstellung der Verstärkungs- und Versorgungstransporte nach Europa und die Bekämpfung des gegnerischen Potentials in der Tiefe.*“ (55)

Angriff als wichtigste Gefechtsart

Nach dem verlorenen Krieg widmeten sich die bundesdeutschen Militärtheoretiker mit besonderer Energie der Auswertung des Rußlandfeldzuges. Während die britischen und die US-Erfahrungen im Krieg für relativ belanglos gehalten wurden, waren die Osterfahrungen der Nazi-Wehrmacht im Amt Blank für eine künftige imperialistische Militärkoalition „für unentbehrlich erkannt worden“. (56) Die Fragestellungen dieser Untersuchungsarbeiten waren nicht abstrakt-militärhistorisch, sondern stets — mit Blick auf künftige praktische Verwertbarkeit — recht konkret gewählt. Die Ergebnisse waren wenig überraschend. In der „Wehrkunde“ wurde etwa der Schluß gezogen, daß ‚sich unsere Führungs- und Gefechtsgrundsätze“ (die HDv 300/1 der NS-Wehrmacht),„bis zum letzten Tage des Krieges bewährt haben“. (57) Nicht nur für strategische und operative Grundsätze, sondern auch für die Taktik im Gefecht, konnte man also auf „Bewährtes“ zurückgreifen: „*Auch in Zukunft wird der Angriff die wirkungsvollere Kampfform bleiben. Psychologische und praktische Überlegungen machen ihn zum Schwerpunkt für Führung und Ausbildung. Eine Armee ohne Angriffsgeist gleicht dem „Ritter ohne Schwert“. Eine angriffsfreudige Truppe, die diese Kampfart beherrscht, wird auch, entsprechend ausgebildet, in der Verteidigung ihren Mann stehen.*“ (58) So die zentrale Schlußfolgerung von E. Middeldorf in seinem 1957 schon in zweiter Auflage erschienenen Buch „Taktik im Rußlandfeldzug“. Auch die Verteidigung, heißt es an anderer Stelle, müsse so geführt werden, daß man baldmöglichst zum Gegenangriff übergehen könne. „*Der Gegenschlag schließt normalerweise an die Verteidigung an. Diese Kampfform ist aber auch selbständig oder nach vorhergehendem Verzögerungsgefecht denkbar. ... Eine solche Abwehrkampfführung stellt aber an das Können von Truppen und Führern und an die technischen Kampfmittel so hohe Anforderungen, daß sie vorläufig noch nicht zum Grundsatz erhoben werden kann. Sie ist jedoch das Ziel, welches es zu erreichen gilt. Ihre Beherrschung wird im Atomkrieg das Unterpfand des Sieges sein.*“ (59) Der Verfasser, übrigens Mit-Autor der Himmeroder Denkschrift, unterweist seine Leser anhand von detaillierten Kampfbeispielen aus dem Rußlandfeldzug in diversen taktischen Raffinessen.

In der entsprechenden Bundeswehr-Dienstverordnung findet man dann die folgenden Sätze: „*Nur durch Angriff kann dem Gegner das Gesetz des Handelns vorgeschrieben werden, nur durch Angriff kann eine Entscheidung herbeigeführt werden. Daher ist der Angriff bei allen anderen Gefechtsarten möglichst oft anzuwenden. Das Bewußtsein, der Angreifer zu sein, steigert das Gefühl der Überlegenheit.*“ (60) Entsprechend werden die Bundeswehrverbände bevorzugt im Angriff ausgebildet, was im Sinne des Offensivprinzips und der „beweglichen Verteidigung“ auch nur konsequent ist. Vor allem auch unter der Bedingung des Atomkrieges sollten sie in der Lage sein, die „Initiative“ an sich zu reißen, tief vorzustoßen und „die Entscheidung herbeizuführen“. Heeresinspekteur Moll empfiehlt „*jedem Offizier als Leitfaden und Anhalt bei der Bewältigung taktischer Aufgaben*“ (61) ein Werk des (inzwischen zum Bundeswehrgeneral aufgestiegenen) Ostfeldzugsspezialisten Middeldorf: „Führung und Gefecht. Grundriß der Taktik“. In dem noch immer maßgeblichen Handbuch sind 71 Seiten der Gefechtsart Angriff gewidmet, ebensoviel Platz, wie die beiden anderen Kampfarten, die die Bundeswehr kennt, zusammen einnehmen (49 Seiten über „Abwehr“, 23 Seiten über „Verzögerung“).

So ist es kein Wunder, wenn die US-Army-Militärs heute, angesichts der Umstellung ihrer Truppen auf die Strategie der Airland-Battle, feststellen müssen: „Von der Ausrüstung und Bewaffnung ist das Heer der Bundeswehr heute schon besser für den offensiven Kampf geeignet, als es die US-Army vielleicht jemals sein wird.“ (62)



Das Schlagwort von der Gesamtverteidigung: Vorbereitung auf den totalen Krieg

Bei Aufstellung der Bundeswehr stand zunächst — bis etwa 1962 — der Aufbau der NATO-unterstellten Verbände im Vordergrund. Damit war aber nach Ansicht der Bundeswehr nur ein Teil dessen abgedeckt, was für eine erfolgreiche Kriegsführung notwendig schien. Dem zweiten Bein der „Gesamtverteidigung“, der „Landesverteidigung“, wandte sich nun die Aufmerksamkeit zu. Nach dem späteren Generalinsekteur der Bundeswehr de Maiziere, fallen der Landesverteidigung „*folgende gleichzuordnende Aufgaben zu:*
— Aufrechterhaltung der Grundordnung des Staates sowie der innerstaatlichen Ordnung und Sicherheit
— Herstellen der Verteidigungsbereitschaft und Erhalten der Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik; Ausschöpfung nationaler Kraftquellen für die Führung der Verteidigung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

— Gewährleisten der Operationsfreiheit der NATO-Streitkräfte auf dem nationalen Territorium
— Schutz der Bevölkerung der Bundesrepublik und Gewährleisten wesentlicher Voraussetzungen für das Überleben
— Festigen der inneren und äußeren Widerstandskraft des Volkes.'' (63)

Die grundlegenden Gedanken des Konzepts der Gesamtverteidigung wurden Anfang der 60er Jahre entwickelt. Es entstand eine lebhafte Diskussion um das zu erwartende ,,Kriegsbild'' und die Konsequenzen, die daraus für den militärischen, vor allem aber auch für den zivilen Bereich zu ziehen sind. Das neue Kriegsbild, führte General Baudissin in einem Grundsatzartikel aus, werde durch die Faktoren Technik, Weltanschaulichkeit, Weltweite und Totalität bestimmt. (64)

Um den letzten Begriff rankten sich eine Reihe weiterer Stellungnahmen: Für die BRD werde der Krieg ,,*mit allen Mitteln, bis zur letzten Konsequenz für Volk und Soldaten total geführt''*. er ,,*dürfte der Kriegspartei keinerlei Gewinnchancen mehr einräumen, deren Streitkräfte plus gesamtes Volk nicht in jeder Hinsicht und in jeder Ebene auf alle Arten und Methoden künftiger Kriege frühzeitig vorbereitet sind''*. (65) Der ,,totale Krieg'', den Goebbels 1943 im Berliner Sportpalast ausgerufen hatte, wurde explizit als nacheifernswertes und noch zu übertreffendes Beispiel für die Gesamtverteidigung ins Feld geführt: ,,*Schon im zweiten Weltkrieg sollte unter dem Begriff ,Totaler Krieg' eine Gesamtverteidigung geschaffen werden, wozu man versuchte, alle Kräfte des Volkes auf wirtschaftlichem und psychischem Gebiet mobilzumachen. Der späte Zeitpunkt, zu dem diese Maßnahmen ausgelöst wurden, ließ das Ziel nicht mehr erreichen.''* (66)

Klaus Seemann forderte in der ,,Wehrkunde'' schließlich von einer ,,verständigen'' Staatsführung, alle militärischen Maßnahmen müßten ,,*unter dem Gesichtspunkt des Ausrottungskrieges neu durchdacht werden''*. (67) ,,*Man kann nicht in der Theorie die totale Bedrohung und das Kriegsbild des totalen Krieges vertreten, ohne die hieraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen.''* Da in einem totalen Krieg keine Seite und kein Zweig der Kriegsvorbereitung vernachlässigt werden dürfe, sei ,,die Einheit zwischen dem Bündniskrieg zu Land, zu See und in der Luft mit den nationalen militärischen Anstrengungen der zivilen Verteidigung, der psychologischen Kampfführung, dem Wirtschaftskrieg unter Ausnutzung aller Kraftquellen der Nation sicherzustellen.'' (68)

Nur durch diktatorische Zwangsmaßnahmen — das lag auf der Hand — war ein solches ,,ausschöpfen aller nationalen Hilfsquellen'' ,,sicherzustellen''. Es müßte insbesondere möglich sein, jeden Widerstand ohne viel Federlesens niederzumachen. Schon 1950 hatten Speidel und Konsorten für alle ,,notwendig erscheinenden'' Maßnahmen verlangt, ,,eine Notstandsgesetzgebung vorzubereiten, die auch die widerstreitenden Bestimmungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen außer Kraft zu setzen ermöglicht.'' (69) Mitte der 60er Jahre hielt man die Zeit für reif, nun auch mit diesem ,,Defizit'' des parlamentarischen Systems Schluß zu machen: Die Regierung legte ihre lange vorbereiteten Notstandsgesetze dem Bundestag vor. ,,Verteidigungsminister'' v. Hassel begründete die Gesetzesvorhaben: die Bundeswehr könne ,,ihren Kampfauftrag nicht erfüllen, wenn nicht für eine entsprechende Stabilität im Inneren'' gesorgt werde. ,,*Ohne eine Notstandsverfassung werden die bewaffneten Streitkräfte im Ernstfall vor Probleme gestellt, die dicht an die Entziehung ihrer Existenzgrundlagen rühren ... eine sich selbst überlassene Bevölkerung, die sich vielleicht schon auf Gerüchte hin auf wilde Flucht begibt, Paniklagen schafft und unkontrollierte Massenreaktionen auslöst, kann Zustände schaffen, die jede militärische Operation unmöglich machen. ... Ohne Notstandsgesetze ist die Ausschöpfung des nationalen Potentials nicht gesichert.''* (70) Zwangsarbeit, Beschlagnahmeberechtigung privaten Gutes für militärische Zwecke, Aufenthaltsverfügungen, Lebensmittel- und Benzinrationierung sind nur einige der Erfordernisse für die Organisation des totalen Krieges. Das Leitmotiv, unter dem sich die Bundeswehr für die Notstandsgesetzgebung stark machte, umriß der damalige Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte: ,,*Es gibt zuviel konkurrierende Ansprüche und Interessen. Beim Abwägen dieser dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß nach Kriegsbeginn den Erfordernissen der Operationsführung wo auch immer nur möglich der Vorrang eingeräumt werden sollte, und daß dort, wo Zusammenarbeit und Koordination nicht mehr ausreichen, es auf klare, rasche, entschlossene, der jeweiligen Situation angepaßte Führung ankommen wird.''* (71)



Der Gehalt von Begriffen wie etwa ,,Gesamtverteidigung'' oder ,,Vorneverteidigung'' wird erst sichtbar, wenn mensch ins Detail geht, sich anschaut, was Bundeswehrstrategen und ,,Verteidigungspolitiker'' mit ihren gedrechselten Sätzen wirklich konkret meinen. Im Laufe ihrer Geschichte hat die Bundeswehr eine ganze Terminologie mit ihrer eigenen inneren Logik entwickelt. Ihr Begriff von ,,Verteidigung'' unterscheidet sich von klassischen Offensivkonzeptionen nur durch eines: Er postuliert einen vorangegangenen sowjetischen Angriff. Daß diese Voraussetzung in Rahmen der Entwicklung einer Krise und des NATO-,,crisis management'' manipulierbar ist — zumal wenn ein ,,dem feindlichen Angriff unmittelbar zuvorkommender Schlag'' in Erwägung gezogen wird — versteht sich eigentlich von selbst. Um für einen solchen Fall ,,100%ig zuverlässige Informationen'' über sowjetische Angriffsvorbereitungen zu liefern, ist der BND ja allemal gut.

Die ,,bewegliche Verteidigung'', auf die opererative Planung und taktische Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr ausgerichtet sind, erlaubt es, alle Vorbereitungen für einen Angriffskrieg zu treffen, ihn bis ins Letzte zu üben und im Ernstfall alle seine militärischen Vorteile auszuschöpfen. Und sie vereint all das mit einer geschickten Verkaufsstrategie: Sie soll Öffentlichkeit und Soldaten bis zuletzt in dem Glauben lassen, die Bundeswehr ,,erfülle nur ihren Verteidigungsauftrag''. Wenn das gelingt, hat die Pervertierung der Begriffe ihren Zweck erreicht.

Quellen und Anmerkungen

1 Denkschrift der Generäle Foertsch, Heusinger und Speidel vom 14.8.50; zit.n. Klaus von Schubert (Hg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977. Teil 2, Köln 1979 (im folgenden Schubert), S. 71, 73
2 ebd. S. 72 f.
3 Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr. 1950 - 1972, München 1975, S. 30 f.
4 Denkschrift des militärischen Experteausschusses über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas vom 9.10.1950 (Himmeroder Denkschrift), zit.n. Schubert, S. 93
5 Verteidigung im Bündnis, S. 32
6 Hans-Jürgen Rautenberg/Norbert Wiggershaus: Die „Himmeroder Denkschrift" vom Oktober 1950, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, H. 1/77, S. 150 f.
7 Hans Speidel: Denkschrift vom 5.4.1949, zit.n. Schubert, S. 70
8 Speidel/Foertsch/Heusinger: Denkschrift vom 14.8.50, zit.n. Schubert, S. 73
9 Hans Speidel: Denktschrift vom 15.12.1948, zit. n. Schubert, S. 67
10 Ulrich de Maizière: Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung. Untersuchung und Schlußvolgerungen, Hamburg/Berlin 1964 (im folgenden: Maizière), S. 11
11 Albert Kesselring: Gedanken zum Zweiten Weltkrieg, Bonn 1955, zit.n.: Bundeswehr — Armee für den Krieg. Aufbau und Rolle der Bundeswehr als Aggressionsinstrument des westdeutschen Imperialismus, 2. völlig überarb. Aufl. Berlin (DDR) 1968 (im folgenden: AfdK), S. 97. Siehe auch W. Hubatsch: Koalitionskriegsführung in neuester Zeit, historisch-politisch betrachtet, in: Schicksalsfragen der Gegenwart, Handbuch politisch-historischer Bildung, Hg. v. Bundesministerium für Verteidiung, 1. Bd., Tübingen 1957
12 Maizière, S. 13
13 Hans Speidel: Die Verteidigung Mitteleuropas, in: Wolfram von Raven (Hg.): Bundeswehr — Armee gegen den Krieg, Stuttgart-Degerloch 1966 (im folgenden: Raven), s. 215 f. Eine „*bloße Addition der nationalen Streitkräfte der einzelnen Bündnispartner, also die Parallelschaltung von nationalen Armeen im Sinne der historischen Koalitionen*" sei demgegenüber, so Strauß in „Die Welt" vom 26.11.1960, völlig unzureichnend.
14 Peter Barth/Günter Pfau/Karl Streif: Sicherheitspolitik und Bundeswehr, Frankfurt/M. 1981, S. 311
15 Studie über die Reorganisation des Bundesministeriums der Verteidigung, zit. n. AfdK, S. 403
16 Brigadegeneral d.R. von der Heydte, im Rheinischen Merkur, 23.4.1965, zit.n. AfdK, S. 366
17 Klaus Seemann: Probleme der Bündnispolitik der BRD, in Wehrwissenschaftliche Rundschau (WWR), H. 2/67, S. 71
18 Rede auf einer Kundgebung in Meinerzhagen bei Lüdenscheid, UPI, 18.7.65, zit.n. AfdK, S. 344
19 So die Forderung im Weißbuch 1970, S. 38
20 Wilhelm Meyer-Detring: Nahostkonflikt und Verteidigung Europas, in: Wehrkunde (Wk), H. 7/67, S. 338 f.
21 Johann Adolf Graf Kielmansegg (Oberbefehlshaber der NATO-Streikräfte Europa-Mitte): Geleitwort zu: Maizière, S. 5
22 AfdK, S. 272
23 Speidel, in Raven, S. 222
24 Barth/Pfau/Streif (S. 316 f.) betonen das „*Interesse der Bundesrepublik daran, ihre Abhängigkeit vom Bündnis durch einen erhöhten Einfluß zu kompensieren. ... Dem militärischen und wirtschaftlichen Beitrag zum Nordatlantikpakt entspricht allerdings nicht die Besetzung von Kommandopositionen durch die Bundesrepublik. Auf allen militärischen Führungsebenen herrscht ein Führungsdreieck: der Oberbefehlshaber (oder Befehlshaber), sein Stellvertreter und der Chef des Stabes, und nur in diesem engen Zirkel fallen die Entscheidungen, die natürlich politische Entscheidungen vorbereiten und beeinflussen, da z.B. bei der Bedrohungsanalyse die Politiker weitgehend auf den Sachverstand der Militärs angewiesen sind. In diesen wichtigsten Kommandobehörden haben sich die Amerikaner und die Engländer die Führung gesichert. Ob in diesem ‚amerikanisch-britischen Club' allerdings tatsächlich die Forderungen der Bundesrepublik so wenig Gewicht haben, wie die geringe Anzahl der deutschen Generale vermuten läßt, ist zu bezweifeln.*"
25 entfällt
26 nach Barth/Pfau/Streif, S. 315
27 zit. n. Schubert, S. 96
28 ebd., S. 96— Aus der Stellungnahme des Grafen von Schwerin zur Himmeroder Denkschrift: „*Die ausführlich und überzeugend behandelten operativen Überlegungen erscheinen mir besonders beachtenswert. Sie geben die deutsche strategische Auffassung wieder. ... Nur in dieser Form der Kampfführung vermag sich die individuelle geistige Überlegenheit des westlichen Menschen gegenüber der asiatischen Masse durchzusetzen.*" (zit. n. Rautenberg/Wiggershaus, S. 190)
29 Himmeroder Denkschrift, zit. n. Schubert, S. 96 f.
30 Ernst Schumacher: Rede vor SPD-Körperschaften in Stuttgart am 17.9.1950, vom SPD-Vorstand als Broschüre herausgegeben, zit. n. Schubert, S. 87
31 ebd. S. 86 — Strauß z.B. hatte denselben Gedanken 1952 deutlich zurückhaltender ausgesprochen: „*Wir wollen und müssen erreichen, daß die Allierten das Risiko einer Verteidigung Europas ostwärts der deutschen Grenzen vorbereiten und auf sich nehmen.*" (Franz Josef Strauß in der Bundestagsdebatte am 7.2.52, zit. n. AfdK, S. 132 f.) Die „Aufgeschlossenheit" der damaligen SPD-Führer für die Interessen der Militärs — während zur selben Zeit Millionen gegen die Remilitarisierung Deutschlands protestierten — wird auch von Generalmajor a.D. Kurt Ferber bestätigt, damals G3 der deutschen Delegation (Organisation/Ausbildung/Planung Landstreitkräfte) bei den EVG-Verhandlungen in Paris: „Ich erinnere mich sehr gut an einen Besuch von Herrn Erler in Paris, es muß Ende 1953, Anfang 1954 gewesen sein. Ich war beeindruckt, als damals ein Sozialdemokrat kam, der für uns mehr Verständnis hatte als der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der CDU. Bei denen sprach man gegen Mauern, während man bei Herrn Erler auf Verständnis stieß. Das war für uns überraschend." (Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, Boppard a.Rh. 1975, S. 108 f.)
32 Kurt Fett: Die Grundlagen der militärischen Planung, in: ebd. S. 173 u. 172
33 Johannes Fischer: Militärpolitische Lage und militärische Planung bei Aufstellungsbeginn der Bundeswehr, in: Militärgeschichte. Probleme — Thesen — Wege, Stuttgart 1982, S. 471
34 Fett, S. 183
35 Fischer, S. 471
36 Artikel des Generals a.D. Adolf Heusinger über die Verteidigung Westeuropas vom 21.10.53, zit. n. Schubert, S. 100
37 ebd. — Der spätere Bundeswehrgeneral E. Middeldorf kommt in seinem Buch „Taktik im Rußlandfeldzug" zu ähnlichen Schlußfolgerungen: „*Moderne Kriegführung bedeutet bewegliche Kriegführung. Sieger im neuzeitlichen Kampf wird die Armee sein, die sich schneller und leichter als ihr Gegner bewegt. Das gilt für die Führung, die Waffen, die Truppengliederung und taktische Überraschung, die überlegene Wendigkeit auf dem Gefechtsfeld und die Schlagkraft für blitzschnelle Angriffe und Gegenangriffe kombinierter Panzer- und Grenadierverbände am entscheidenden Punkt. Es ist eine Kampfführung, die weniger ein Gelände erobern, als den Feind vernichten will.*" (Darmstadt 2. Aufl., 1957, S. 245)
38 Speidel, Denkschrift vom 5.4.49, zit. n. Schubert, S. 69
39 Himmeroder Denkschrift, nach Schubert, S. 97
40 Ulrich de Maizière: Heer im Atomzeitalter, in Raven, S. 228
41 Weißbuch 1983, S. 146
42 „*Ich glaube, General Eisenhower sprach zuerst von Vorwärtsstrategie. ... Man verstand damals darunter, das linke Rheinufer zu halten. Sogar 1951 war das als politisches Ziel unanehmbar, aber es war das beste, was wir zu tun hoffen konnten. Etwa 1954/55 glaubten wir, es besser machen zu können, und wir gingen über den Rhein hinaus. So sind wir schrittweise vorwärtsgegangen. Ich glaube, daß wir uns nunmehr dem Stadium nähern, an dem wir zu einer wahren Vorwärts-Strategie übergehen können.*" (General Norstad im Dezember 1961 vor der WEU Versammlung in Paris, zit. n. Emil Obermann, Hg.: Verteidigung der Freiheit. Idee — Weltstrategie — Bundeswehr, Stuttgart 1966 S. 296)
43 „*Die vordere Begrenzung der Verteidigung*", berichtet Speidel, „lag bei meiner Übernahme des Oberbefehls über die verbündeten Landstreitkräfte Europa-Mitte am 2. April 1957 am Rhein. Am 8. Oktober 1959 trug ich auf Grund der zunehmenden Verwirklichung des deutschen Verteidigungsbeitrages ... General Norstad ... den Plan einer Vorwärtsverteidigung so weit ostwärts wie möglich vor. General Norstand befahl daraufhin die Führung der Verteidigung am Eisernen Vorhang. Bei einem überraschenden, unprovozierten Angriff der Sowjets sollten die NATO-Streitkräfte die Operationsfreiheit gewinnen, dem Gegener das Gesetz des Handelns aufzwingen, um ihn unter Anwendung aller Kampfarten und aller modernen Kampfmittel zu schlagen." (Hans Speidel: Zeitbetrachtungen. Ausgewählte Reden, Mainz 1969, S. 57)
44 Dieter Göbell: Ist Westdeutschland zu verteidigen? Düsseldorf/Wien 1966, S. 42
45 ebd. S. 42 f.
46 Kai-Uwe von Hassel: Deutsche Sicherheitspolitik und Atlantische Allianz, in Wk 7/63, S. 346 ff, zit. n. Schubert, S. 145. — Noch einige Kostproben aus diesem Enthusiasmus: „*Mit dem Durchsetzen der Vorwärtsverteidigung hat die Bundesregierung einen entscheidenden Erfolg errungen...*" (Maizière, S. 30) „*Die Wichtigkeit dieses Vorgangs kann nicht genug unterstrichen werden, denn darin erfüllt sich erst der Sinn unserer Verteidigungspolitik.*" (Dr. Georg Kliesing, Wehrexperte der CDU, auf dem Verteidigungspolitischen Kongreß der CDU in Kassel am 10.10.64, zit. n. Obermann, S. 309) Natürlich stand auch die SPD nicht abseits: Europa, so Fritz Erler im Dezember 1963 im „Vorwärts", „*muß an seinen gegenwärtig bestehenden Grenzen, an den Grenzen der Freiheit, verteidigt werden. Das ist die Bedeutung der ‚Vorwärtsstrategie' der NATO.*" (zit. n. Gerhard Baumann: Sicherheit. Deutsche Friedenspolitik im Bündnis, Darmstadt 1970, S. 94)
47 Maizière, S. 30
48 Kai-Uwe von Hassel: Die Bundeswehr von morgen, in Raven, S. 42
49 Schlußkommuniqué der Tagung, nach Neue Zürcher Zeitung, 27.7.66, zit. n. AfdK, S. 375
50 Der führende französische Stratege Beaufre legte — höflich im Ton, aber klar in der Sache — die Bedenken seines Landes dar: „*In dem Maße, in dem sich die nukleare Abschreckung gegenseitig aufhebt, könnten die konventionellen Streitkräfte der Versuchung unterliegen, einzugreifen, wenn es zu schwerwiegenden politischen Ereignissen jenseits des Eisernen Vorhangs kommt. Ein neuer Ungarnaufstand in Ostdeutschland oder anderswo, so sich sowjetische Streitkräfte beteiligen würden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, würde zu einer außerordentlich ernsten Krise führen, deren Auswirkungen sowohl in politishcer wie in militärischer Hinsicht schwerwiegend sein könnten.*" Beaufre deutet damit die Gefahr bundesdeutscher Militäraktionen im Alleingang an, die für andere NATO-Partner vollendete Tatsachen schaffen würden. Es sei „*nicht mehr möglich*", fährt er fort, „*den ständigen Drang eines Teils der öffentlichen Meinung zur Wiedervereinigung Deutschlands, ja sogar Forderungen auf die 1937 zu Deutschland gehörenden östlichen Gebiete, zu vertuschen*". Eine Wiedervereinigung Deutschlands unter „*Anwendung militärischer Mittel*" bezeichnete er als „*nicht vorstellbar*". (André Beaufre: Vorfeld und Hinterland. Verteidigung für Deutschland und Frankreich — Gemeinsamkeiten und Gegensätze, in Raven, S. 180, 183 u. 184) Man war in Frankreich nicht bereit — unter der Gefahr atomarer Eskalation, sollte sich eine bundesdeutsche „Polizeiaktion" als doch nicht so einfach herausstellen — für die (West-)Deutschen die Kartoffeln aus dem Feuer zu holen
Auch der ehemalige Außenminister Großbritanniens, P.G.Walker, erklärte zur Vorwärtsverteidigung: „*Obgleich dieses Konzept von den anderen Verbündeten gebilligt wurde, ist es nie ganz übernommen worden.*" Er führte das „starre" Festhalten der westdeutschen Regierung an der Vorwärtsverteidigung auf ihren Alleinvertretungsanspruch für Gesamtdeutschland zurück. Vor dem Hintergrund des nuklearstrategischen Patts einerseits, der kräftebindenden britischen Kolonialinteressen in Asien, die ein übermäßiges Engagement in Europa nicht zuließen, andererseits, forderte er, die NATO-Strategie müsse „*technischen Veränderungen im Gleichgewicht der Macht und den wesentlichen Verschiebungen auf der weltpoltischen Szenerie angepaßt werden können.*" (Patrik Gordon Walker: Das Ziel heißt Entspannung, in Raven, S. 165)
51 Göbel, S. 43
52 Baumann, S. 93
53 Adalbert Weinstein: Der Raum ist für die NATO keine Waffe. Interview mit dem Oberbefehlshaber Europa-Mitte, Franz Joseph Schulze, in FAZ, 20.7.77, zit. n. Karl-Peter-Graf: Der Einfluß der Technologie auf die NATO-Strategie, Diss. Münster 1979, S. 320
54 Graf, ebd. S. 392. Graf verweist dabei auf: Alexander Haig: NATO-Strategie schließt Verteidigung auf dem Gebiet des Angreifers nicht aus, Interview, Die Welt, 16.8.77
55 Weißbuch 1985, S. 78
56 Hans Doerr: Über den Wert und Unwert von Kriegserfahrungen, in WWR, H. 9/54, S. 397 u. 398, zit. n. AfdK, S. 95
57 ebd.
58 Eike Middeldorf: Taktik im Rußlandfeldzug, Darmstadt 1957, S. 115
59 F.M. von Senger und Etterlin: Der Gegenschlag. Kampfbeispiele und Führungsgrundsätze der beweglichen Abwehr, Neckargemünd 1959, S. 142 f.
60 zit. n. Wolfgang Roschlau: Grundzüge der strukturellen Entwicklung der BRD-Landstreitkräfte in den letzten 30 Jahren, in: Militärgeschichte, H. 4/83, S. 406
61 Vorwort zu Eike Middeldorf: Führen und Gefecht. Grundriß der Taktik, 2. vollst. neubearb. Aufl. Frankfurt/M 1968, S. 5
62 Ein Dozent des „Army War College" in Carlisle/Pennsylvania gegenüber dem Spiegel, H. 21/85
63 Maizière, S. 19
64 Wolf Graf von Baudissin: Das Kriegsbild, in: WWR, H. 7/62, S. 363-375
65 Hubert Walitschek (Oberstleutnant i.G. an der Akademie der Bundeswehr für Wehrverwaltung und Wehrtechnik): Probleme des modernen Kriegsbildes, in: WWR, H. 4/64, S. 202
66 Oberst Emil Schuler: Die Landesverteidigung der Bundesrepublik, Neckargemünd 1962, S. 21, zit. n. AfdK, S. 381
67 Klaus Seemann: Die Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland als organisatorisches Problem, in: Wk, H. 5/66, S. 225
68 Klaus Seemann: Vorschläge zu einer neuen Organisation der Landesverteidigung, in: WWR, H. 10/65, S. 553 u. 555
69 Speidel/Foertsch/Heusinger: Denkschrift vom 14.8.1950, zit. n. Schubert, S. 79
70 Kai-Uwe von Hassel in der Notstandsdebatte des Bundestages, nach Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 22.6.65, zit. n. AfdK, S. 539
71 General Johann Adolf Graf Kielmansegg: Geleitwort zu Maizière, S. 5

J.N.

Der Artikel ist Teil einer Untersuchung zu Grundlagen, Struktur und Bewaffnung der Bundeswehr, die im Spätherbst in der von der Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V. herausgegebenen Broschüre „Die BRD in der NATO" erscheinen wird.

BRAUNE IN OLIV

Die Bundeswehr — Exerzierplatz für Neofaschisten

Wenn in diesem Herbst 30 Jahre Bundeswehr im Fackelschein und unter klingendem Spiel abgefeiert werden, wird sich die bundesdeutsche Truppe in demokratische Ausgehuniform kleiden. Von braunen Flecken auf weißen Generalshandschuhen wird da ebensowenig die Rede sein, wie von symbolischen ,,Judenverbrennungen'' in bierseliger Rekruten-Runde. PR-Offiziere, angetreten zum Manöver ,,großangelegte Publikumstäuschung'', haben den Auftrag zu verschleiern, daß die Bundeswehr nicht nur Instrument zur militaristischen und rechten Formierung der Gesellschaft ist, sondern darüberhinaus ein Tummelplatz für allerlei braunes Gesindel darstellt.

Alter Geist und alte Kameraden

September 1950: Auf einer NATO-Ratstagung fällt die grundsätzliche Entscheidung für einen ,,deutschen Wehrbeitrag''.

Bald darauf versammelten sich, von Adenauers ,,Zentrale für Heimatdienst'' beauftragt, ehemalige Nazi-Offiziere bei einer geheimen Tagung im Eifelkloster Himmerod. Über erste Forderungen von bundesdeutscher Seite ist man sich in der Militaristenrunde schnell einig: ,,*Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten*'' (einschließlich der Waffen-SS), die ,,*Freilassung der als ,Kriegsverbrecher' verurteilten Deutschen*'', sowie eine ausdrückliche Ehrenerklärung der Westmächte für die ehemaligen Angehörigen der faschistischen Wehrmacht. (1)

Als 1955 die ersten westdeutschen Komißstiefel über einen provisorischen Exerzierplatz marschierten, waren die feldgrauen Corps aus dem großdeutschen Generalstab bereits wieder auf dem Weg nach oben. Der überwiegenden Mehrheit der Bundeswehrkorps war eins gemein: Ihre Karrieren hatten sie in den letzten Jahren, teilweise auch in den letzten Tagen des zweiten Weltkriegs gemacht. Sie hatten sich so als die treuesten unter Hitlers Befehlsempfängern erwiesen. Unter des ,,Teufels Generälen'' in Amt und Würden bei der Bundeswehr waren Figuren wie General Heusinger, der das Attentat vom 20. Juli 1944 in Tuchfühlung mit seinem Führer erlebte, General Förtsch, der eindeutig als Kriegsverbrecher überführt wurde oder auch der ,,hundertfünzigprozentige Nationalsozialist'' General Schnez. (2) In dem 1968 in Berlin (DDR) erschienenen Buch: ,,Bundeswehr — Armee für den Krieg'' heißt es: ,,***Sämtliche über 100 Generale und Admirale, die heute***'' — 1959 — ,,*die Bundeswehr kommandieren, sind ehemalige hohe und höchste Hitleroffiziere. Es gibt nicht einen einzigen Bonner General oder Admiral, der unter Hitler nicht zumindest den Dienstgrad eines Obersten hatte. 71 Bonner Generale dienten den verbrecherischen Führern des Dritten Reiches als Generalstabsoffiziere bzw. leitende Mitarbeiter des Oberkommandos der Wehrmacht, 45 standen bereits unter Hitler im Generalsrang. Mindestens 7 Generale oder Admirale sind abgeurteilte Kriegsverbrecher oder stehen auf alliierten Kriegsverbrecherlisten.*''

Darüberhinaus fanden in den Gründungsjahren der Bundeswehr über 2.000 ehemalige Offiziere der Waffen-SS bis zum Dienstgrad Obersturmbannführer den Weg in westdeutsche Kasernen. (3) Die Bundeswehr rekrutierte sich — vom Kommandeur bis SS bis zum Dienstgrad Obersturmbannführer den Weg in westdeutsche Kasernen. (3) Die Bundeswehr rekrutierte sich — vom Kommandeur bis zum Kanonenfutter — ausschließlich aus den Resten der geschlagenen Wehrmacht.

Als ,,demokratisches Zugeständnis'' wurde 1955 dem Antrag der SPD auf Einsetzung eines Personalgutachterausschußes (PGA) stattgegeben. Der Ausschuß sollte alle ,,*Soldaten, die für die Einstellung mit dem Dienstgrad vom Obersten an aufwärts vorgesehen*'' waren ,,*auf ihre persönliche Eignung*'' überprüfen (4). In der ,,Welt'' vom 1.2.1958 wurde ein Resümee der Arbeit des PGA gezogen: ,,*In verhältnismäßig vielen Fällen waren ferner durch die Prüfungsstellen ehemalige Mitglieder der Waffen-SS zugelassen worden, ohne daß sie einer besonderen Prüfung unterzogen worden wären...*'' Entschlußfreudiger war der Ausschuß offenbar im Hinblick auf die andere Seite im politischen Spektrum der Bewerber: ,,*Eine Mitgliedschaft in der ,Antifa' oder in den Offiziersbünden während der russischen Gefangenschaft führte normalerweise zur Ablehnung des Bewerbers.*''

Um jedoch nicht den Eindruck entstehen zu lassen, der PGA werde **jedem** Ex-Nazi einen Freibrief für Amt und Würde in der Bundeswehr erteilen, erklärten die Prüfer in der ,,Welt'': ,,*Haß gegen den Kommunismus. Das allein genügt nicht zur Erkenntnis unserer politischen Gesamtsituation.*'' In 486 von 553 Fällen gab der Ausschuß seine Zustimmung zu den Bewerbern (5). 1973 wurde der Personalgutachterausschuß aufgelöst.

Die Übernahme von altem Geist und alten Idealen war nie ein Problem für die Truppe. Der aus der Nazi-Wehrmacht übernommene Bundeswehr-General Speidel äußerte 1964 auf einer Veteranenversammlung in Stuttgart: ,,*Wenn wir die Bundeswehr bitten, es den alten Soldaten gleichzutun, richte ich nun Mahnung und Bitte an Euch, meine lieben Kameraden, bewährte Kämpfer in zwei Weltkriegen, nehmt euch unserer jungen Burschen an.*'' In den ,,Ausbildungsbemerkungen 3/65'' der Bundeswehrerziehung hieß es: ,,*Es bestehen keine Bedenken, Bilder — meist Fotos — hervorragender Heerführer, Truppenführer oder Soldaten des 2. Weltkrieges im Original aufzuhängen, auch wenn auf diesen Bildern zwangsläufig Hoheitsabzeichen oder Orden des dritten Reiches in ihrer ursprünglichen Form sichtbar sind.*''

Daß die Bundewehr kein gebrochenes Verhältnis zur faschistischen Wehrmachtstradition hat, demonstrierte sie mit den Jahren immer offener. Nicht nur das 47 Bundeswehr-Kasernen die Namen von Nazi-Heroen und Weltkrieg I-Helden tragen; 1967 wurden die drei kampfstärksten Schiffe der Bundesmarine nach Rommel, Mölders und Lütjens, hochrangige Militärs der Nazi-Wehrmacht, benannt. Rommel metzelte für das ,,Dritte Reich'' in Frankreich und Nordafrika, Mölders war Hitlers oberster Jagdflieger und der Durchhalte-Admiral Lütjens hatte 1941 sein schwer angeschlagenes Schlachtschiff mit 1.977 Mann selbst versenkt. Der damalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium — ein gewisser Karl Carstens — sagte über den Suizid-Admiral: Die ,,*hingebungsvolle Pflichttreue*'' des Selbstversenkers solle auch ,,*kommenden Generationen der Marine als Vorbild*'' dienen.

Der personelle Aufbau der Bundeswehr mit NS-Generalstäblern sowie die Übernahme der alten Wehrmachtstraditionen und -Ideologien haben den Nährboden für das faschistische Potential in der Truppe bereitet.

Wir rechts ist die Truppe?

Die politische Haltung der Bundeswehr ist in ruhigen Zeiten schwer erkennbar. Zudem sind die Soldaten nach dem Soldatengesetz zur parteipolitischen Zurückhaltung verpflichtet. Die in der Geschichte der Bundeswehr immer wieder durchgeführten politischen Studien geben einen kleinen Einblick in die rechtsradikalen Neigungen der Streitkräfte.

In einer aufsehenerregenden Studie ermittelten 1965 die Politologen Wildenmann und Schatz neofaschistisches Gedankengut in der Bundeswehr. Noch vor der eigentlichen Hochphase der NPD in den Jahren 1967-69 stellten die Demoskopen ein potentielles NPD-Wählerreservoir von fast 25% unter den Soldaten fest. Der Kern dieses Potentials lag bei den älteren Unteroffizieren und jüngeren Offizieren (6). Vom Bundeskanzleramt wurde die peinliche Studie unter Verschluß genommen und nie in der Originalfassung veröffentlicht. 1969 ließ sie eine verharmloste und ,,überarbeitete'' Fassung erscheinen (7).

Der NPD-Abgeordnete und Bundeswehrhauptmann Wolfgang Ross sprach 1967 von ,,*20% Prozent aller Soldaten in den bayerischen Garnisonen , die bei den letzten Landtagswahlen*'' für die Nazi-Partei gestimmt hätten. Der ,,Spiegel'' ergänzte im selben Jahr: ,,*Tatsächlich wurden in Bayern in einzelnen Wahllokalen der Bundeswehrgettos besonders viele NPD-Stimmen gezählt — in Sonthofen fast 60%.*''(8)

Gemäß dem allgemeinen Trend im rechtsradikalen Lager war die NPD laut Infas-Umfrage vom Herbst 1974 in der Gunst der Soldaten unter 2% gesunken. Dies bedeutet weder gesamtgesellschaftlich noch für die Bundeswehr, daß etwa der rechtsradikale Einfluß oder Aktivitäten zurückgegangen wären. Im Gegenteil: Eine politische Studie, die im selben Zeitraum unter Offiziersstudenten durchgeführt wurde, setzte die Bundeswehr wieder ins ,,rechte Licht''. Anhand ,,politisch brisanter Fragen'' stellten Hamburger Sozialwissenschaftler bei 543 Offiziersstudenten der Jahrgänge 1973 bis 75 einen Anteil von 10,6% mit ,,starker Ausprägung'' zum Rechtsextremismus fest. Der CDU/CSU-Wehrexperte Würzbach nannte gereizt den gesamten Vorgang ,,dilletantisch''. Die Interpretationen würden ,,hinten und vorne'' nicht stimmen. Der Wehrbeauftragte Berkhan (SPD) beschwichtigte: ,,*Alle Armeen der Welt, auch im Ostblock, ziehen konservative Menschen an, daher allerdings gleich auf Rechtsextremismus zu schließen halte ich für fraglich.*'' (Morgenpost, 13.10.78)

Die Soldatenpartei

Die Anfänge des organisatorischen Kontaktes zwischen neofaschistischen Jugendbünden oder auch alten Militaristenverbänden und der Bundeswehr gehen weit in die Geschichte der westdeutschen Armee zurück.

1960 meldete die ,,Hannoversche Presse'', daß der ,,erste Bundesleiter des Jugendcorps ,Scharnhorst' '' ein ,,Hauptmann der Bundeswehr'' sei, ,,der bis vor wenigen Monaten noch an der Heeresoffiziersschule I in Hannover Dienst tat.''(9) Mit Fahrzeugen ihrer Einheiten gingen Angehörige der Bundeswehr zusammen mit Mitgliedern des rechtsradikalen ,,Jugendbund Adler'' auf Fahrt. Ziel waren Jugendherbergen, in denen wehrpolitische Lehrgänge abgehalten wurden. 1965 meldete der ,,Stern'', daß der neonazistische Jugendbund ,,Steuben'' beim Raketenartilleriebataillon 150 eingeladen war. Die Bundeswehrausbilder unterwiesen die Jungen im ,,Knacken sowjetischer Panzer''.

Recht spektakulär verlief die Wiedergründungsversammlung des durch die verschiedensten Zeitläufe der deutschen Geschichte geschleppten militaristischen Fossils ,,Stahlhelm — Bund der Frontsoldaten'' im Jahre 1966. Bei der Versammlung in Bergzabern stellten Soldaten und Unteroffiziere des Fernmeldebataillons 768 einen Großteil des Publikums. Bundeswehr-Feldwebel Benitz trat als Versammlungsleiter der rechtsradikalen Zusammenkunft auf. Zur rechten Einstimmung sprach ein ehemaliger NSDAP-Kreisleiter und SS-Mann, der sich als ,,alter Nationalsozialist'' bezeichnete und den Faschismus als ,,große geschichtliche Leistung'' feierte.

Die demokratische Öffentlichkeit war schockiert. Benitz mußte abdanken, den anderen teilnehmenden Bundeswehr-Angehörigen geschah nichts. Der Stahlhelm protzte: ,,Ein Drittel aller Mitglieder sind Aktive oder Reservisten der Bundeswehr.'' Verteidigungsminister von Hassel beschwichtigte: ,,Stahlhelm — nicht überbewerten.''

Überhaupt waren Beschwichtigungen und Verharmlosungen meist die einzigen Reaktionen der offiziellen Stellen auf rechtsradikale Vorstöße oder Skandale. Als sich Mitte der 60er Jahre mit der Gründung der NPD wieder die hoffnungsvolle Alternative einer neofaschistischen Organisierung bot, gab es sehr bald zahlreiche Hinweise auf finanzielle Zuwendungen aus der Bundeswehr für die Rechts-Partei. Das Bundesinnenministerium behauptete im August 1969: ,,Die Unwahrheit des Vorwands finanzieller Zuwendungen (für die NPD, d. Verf.) seitens der Bundeswehr ist offensichtlich.'' Nicht dementieren — weil für jeden ersichtlich — konnte das Bundesministerium, daß die Bundeswehr über Werbeanzeigen in NPD-Blättern finanzielle Unterstützung leistete.

Als 1966 der Bundeswehr-Hauptmann und NPD-Kandidat Wolfgang Ross als Abgeordneter in den bayerischen Landtag einzog, fand Verteidigungsminister Schröder lobende Worte für den braunen Soldaten: ,,*Für die dem deutschen Volk geleisteten treuen Dienste spreche ich ihm Dank und Anerkennung aus.*'' Die bundesdeutsche Neonazi-Presse überschlug sich in stolzem Übermut.

In der Zeit ihres Aufschwunges konnte die NPD als ,,Soldatenpartei'', die einen Generalstab, die Militärgerichtsbarkeit und die Verurteilung der Kriegsverbrecherprozesse forderte, bei der Bundeswehr mehr und mehr politischen Geländegewinn verzeichnen. In Günzburg bei Ulm waren im Januar 1967 von den etwa 35 Mitgliedern des NPD-Stadtkreisverbandes 10 Angehörige der Streitkräfte. Der Kommodore des dortigen Leichten Kampfgeschwaders 44 erklärte gar: ,,*Zu 75% sind unsere Leute mit den Zielen der NPD einverstanden.*'' (10) NPD-Chef von Thadden brüstete sich im gleichen Jahr: ,,*Wir haben mindestens 1.200 Bundeswehr-Männer die Mitglieder unserer Partei sind.*'' (11) Die Propaganda-Leiterin der schleswig-holsteinischen NPD, Waltraud Schnoor, sah die Bundeswehrsoldaten gleich ,,scharenweise zu uns'' kommen, wo sie dann von der braunen Partei fordertem: ,,Gebt uns echte Aufgaben''. (Graubuch)

Die NPD-Infiltration der bundesdeutschen Armee alarmierte bald auch Politiker und Journalisten in den verbündeten NATO-Staaten. General de Maizière sah sich zur Beschwichtigung genötigt. In einem Interview erklärte der Bundeswehr-Chef, daß weniger als 1,5% der braunen Kader Soldaten seiner Truppe seien. Der Bundesvorsitzende der Rechtspartei kam bei seiner Zählung auf den dreifachen Anteil.

Verharmlosungen des NPD-Marsches in die Armee waren in der Regel eher Ermutigungen für die Rechtsradikalen: Der ,,nationale'' Oberstleutnanmt Witt provozierte Ende 1973 recht ungeniert seine obersten Dienstherren. In einem Leserbrief verlautbarte der stramme Rechte: ,,*Wir wollen nicht vergessen, daß auch heute noch die Sozialdemokraten entfernte Verwandte der Kommunisten sind.*'' Und dann in klassischem Neo-Nazi-Stil: ,,*Dem Bundeskanzler Brandt-Frahm-Martin-Flamme (oder wie er sonst noch heißen mag) wird der Friedensnobelpreis verliehen, während eine Persönlichkeit wie der neunundsiebzigjährige Rudolf Heß ... seit über 30 Jahren in Spandau hinter Gittern schmachtet.*'' (12) Oberstleutnant Witt wurde für keinen seiner rechtsradikalen Ergüsse zur Verantwortung gezogen.

Juden verbrennen

Ein Spähfunker jüdischer Abstammung bekam in den frühen 60er Jahren das Traditionsverständnis der Bundeswehr zu spüren. Sein Vorgesetzter im Pionierbataillon München Freimann, Hauptmann Niemann, beschimpfte den Soldaten: ,,*Du schmieriger Judenlümmel bist nicht wert, mit Katzendreck erschossen zu werden.*'' — Junge Leutnants riefen sich beim Manöverbiwak zu: ,,*Gib mal ein paar Juden* *lümmel bist nicht wert, mit Katzendreck erschossen zu werden.*'' — Junge Leutnants riefen sich beim Manöverbiwak zu: ,,*Gib mal ein paar Juden* *rüber, das Feuer ist am Ausgehen.*'' Auch ein anderer Leutnant nimmt den Mund voll: ,,*Wenn ich es zu tun gehabt hätte, dann hätte ich so viele Juden die Straße lang aufgehängt, daß ich vom Heuberg bis Tel Aviv im Schatten laufen könnte.*'' — In der Ausbildungskompanie 2/12 in Wildflecken/Rhön erzählte Unteroffizier Lehmann den ,,Witz'': ,,*Kennen Sie die Wiedergutmachungsmaschine? Man steckt oben ein Stück Seife hinein, und unten kommt ein Jude heraus.*'' (13) — Leutnant Helmut Weis machte klar, wo die Truppe steht: ,,*Hier herrscht Ruhe! Wir sind nicht in der Knabenschule in Tel Aviv, sondern in der Bundeswehr.*'' (Stern, 22.1.1967) Und wozu diese da ist, verdeutlicht ein Ausbilder in der Pionier-Panzerkaserne von Brannenburg/Südbayern: ,,*Das ist die Kombizange, die wir brauchen, um den toten Russen die Goldzähne auszubrechen.*'' (Stern 44/78)

Das Gespenst der ,,jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung'' existiert noch immer in stahlhelmbewehrten Kommißköpfen der Bundeswehr. Daß aggressive Bedrohungsphantasien nicht das Privileg der unteren Ränge sein müssen, bewies der Kommandeur des Panzerartillerie-Lehrbataillons in Idar-Oberstein, Oberstleutnant Leggewie bereits 1964 bei einer Rekrutenvereidigung. Der stramme Kommandeur orakelte, es gehe in Europa darum, ,,*dem Eroberungssturm aus dem Osten, der vor Jahrhunderten von Hunnen, Ungarn oder Türken vorgetragen wurde*'', mutig entgegenzutreten. Die Soldaten müßten zum ,,*heiligen Krieg*'' bereit sein. (14) Ein Oberleutnant der Panzerkaserne von Darmstadt bei Ulm rüstete seine Soldaten für den ,,heiligen Krieg'' mit dem entsprechenden Liedgut aus. Dort schmetterte man: ,,*Panzergrenadiere, vorwärts, wir greifen an! Wie einst in Polen und Flandern ...*'' (Stern 44/78) — Im selben Jahr stand Flottenadmiral Horst Wenig,

Fortsetzung nächste Seite



Der Heeresinspekteur der Bundeswehr, General Hildebrandt, 1975 als Teilnehmer der letzten ,,Siegesparade'' des faschistischen Franco-Spaniens.

Der Heeresinspekteur der Bundeswehr, General Hildebrandt, 1975 als Teilnehmer der letzten ,,Siegesparade'' des faschistischen Franco-Spaniens.

Fortsetzung von vorheriger Seite

stellvertretender Chef des Marine-Amtes Wilhelmshaven, im Rampenlicht rassistischer Bundeswehr-Skandale. Nach Aussagen eines Zeugen hatte Wenig über den österreichischen Bundeskanzler Kreisky gesagt: *,,Auch so ein Sozi-Schwein, dazu noch ein Jude! Schade, den hätte Hitler mit vergasen müssen. Der hat ja noch viel zu wenig Juden vergast.''* Der ins Schußfeld der öffentlichen Kritik geratene Flottenadmiral ging in Deckung und wies die Vorwürfe zurück. (15)

Allen strafrechtlichen Ermittlungen waren auch die Matrosen des Schulschiffes ,,Deutschland'' entgangen, die 1973 auf einer Auslands-Ausbildungsreise im Braunhemd den Führer-Geburtstag gefeiert hatten. Bei der rechten Festlichkeit hatten Angehörige der Bundesmarine Nazilieder gegrölt und ihren Freizeitdreß mit Hakenkreuzarmbinden verziert. Ein Obermaat hatte es originell gefunden, vorbeikommende Soldaten mit ,,Heil Hitler'' zu grüßen und stellte den Obergefreiten Ludwig Stieling zur Rede, weil dieser den ,,Deutschen Gruß'' nicht erwidert hatte. Die bundesdeutsche Staatsanwaltschaft hielt dies lediglich für eine ,,geschmacklose Entgleisung''. — ,,Entgleist'' war auch Fregattenkapitän Fried, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, als er auf Intellektuelle in Zivil zu sprechen kam. 1968 erklärte der schneidige Mariner — pikanterweise in einem Schulungsheim der ÖTV: *,,Junge Politologen sind halb gebildet, weil ihnen das Wehrwissen fehlt. Dafür gammeln und stinken sie.''* (FR, 20.8.1969)

Offiziersstudenten der Bundeswehrhochschule München führten im Februar 1977 eine ,,symbolische Judenverbrennung'' durch. Während sie das Horst-Wessel-Lied sangen, beschmierten sie Papierfetzen mit dem Wort ,,Jude'' und verbrannten diese. Erst als einige andere empörte Offiziere handgreiflich wurden, ließen die rechtsradikalen Bundeswehr-Studenten von ihrem Treiben ab. In einer schulinternen Besprechung beschlossen die Beteiligten ein Schweigeabkommen mit ihrem Vorgesetzten. Es beinhaltete neben der Geheimhaltung der Vorfälle eine ,,pädagogische Aufarbeitung'' der symbolischen Judenverbrennung.

Doch bereits wenige Wochen danach kam es in der Bundeswehrhochschule zu einem weiteren Zwischenfall: Ein Offizier beschmierte eine Seminarliste mit Hakenkreuzen. Erst ein halbes Jahr später wurden die braunen Umtriebe der Militärstudenten durch die Veröffentlichung von Recherchen eines Journalisten der ,,Frankfurter Rundschau'' bekannt. (16)

,,Der Skandal kommt nicht aus heiterem Himmel'', wußte die ,,Süddeutsche Zeitung'' über die antisemitischen Vorfälle zu berichten: *,,Neben den bekannt gewordenen Vorfällen soll es an der Bundeswehrhochschule noch weitere rechtsextreme Ungereimtheiten gegeben haben: Faschistische Kraftakte verbaler Art sowie das offene Auslegen der ‚National- und Soldatenzeitung'*

der Bundeswehrhochschule noch weitere rechtsextreme Ungereimtheiten gegeben haben: Faschistische Kraftakte verbaler Art sowie das offene Auslegen der ‚National- und Soldatenzeitung'

sind noch das mindeste; sogar von antisemitischen Entgleisungen auf einer Wien-Reise wird gemunkelt.'' (SZ, 30.8.77) Daß es sich beim letztgenannten Fall nicht nur um Gemunkeltes handelte, bestätigte der ,,Stern''(44/78): Die Bundeswehrhochschüler hatten in der Judengasse in Wien gegrölt: *,,Juden raustreten zum Erschießen''.*

Mit den üblichen Beschwichtigungsversuchen konnte es das Bundesministerium für Verteidigung nach diesen Vorfällen und den bestürzten Reaktionen vor allem im Ausland nicht bewenden lassen. Per Befehl wurde die ,,pädagogische Aufarbeitung'' des Themas Antisemitismus angeordnet. Zunächst wurde als Reaktion auf die Münchner ,,Judenverbrenner'' eine antifaschistische Ausstellung auf dem Hochschulgelände durchgeführt. Von 2.500 Bundeswehr-Studenten erschienen 30.

Wen sich die Bundeswehr als Gastreferent zum verordneten Thema: ,,Antisemitismus und Antizionismus; Geschichte — Probleme — Perspektiven'' auserkor, wirft weiterhin ein bezeichnendes Licht auf die Truppe. Auf den Pflichtveranstaltungen der Bundeswehr-Hochschulen München und Hamburg sprach Professor Joachim Schoeps — seines Zeichens Historiker und Mitbegründer der vom Verfassungsschutz als neonazistisch eingestuften Gruppe ,,Außerparlamentarische Mitarbeit''. Schoeps zählte während der Nazidiktatur zu jenen deutschen Bürgern jüdischen Glaubens, die sich um eine Zusammenarbeit mit den Nazis bemühten. Zu diesem Zweck hatte er 1933 einen ,,Deutschen Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden'' gegründet. (17)



Ein letzter Gruß am Grab des Hitler-Nachfolgers Dönitz: Reserveleutnant der Bundeswehr Ingo Lohmüller

Nachdem auch von der Hamburger Bundeswehrhochschule bekannt wurde, daß dort Offiziere braune Sprüche oder Lieder hinausposaunten, interessierte sich die Öffentlichkeit mehr und mehr auch für die Gesinnungslage der hanseatischen Bundeswehr-Schützlinge. Der Pressesprecher der Bundeswehr-Hochschule Hamburg, Dr. Schulz-Gerstein, baute vor: Im Falle einer rechtsextremen Provokation *,,würden wir dafür sorgen, daß es nicht an die Öffentlichkeit kommt, weil wir es nicht für symptomatisch halten.''* (spontan 11/78).

Ein Bürger in Hannover stellte zwei Männer zur Rede, die Hetzparolen wie: *,,Kauft nicht bei Juden''* oder *,,Rotfront verrecke''* an die Wände schmierten. Beide bedrohten daraufhin den Bürger mit durchgeladenen Pistolen. Einer drückte ihm die Waffe an die Schläfe. Bei einer Gegenüberstellung im Gerichtssaal identifizierte der Bedrohte einen 23 Jahre alten Maat der Bundesmarine als einen der Täter. (Tat, 3.11.78))

Der Fall Rudel

Der Fall Rudel

Mit dem Fall Rudel hatten Bundeswehr und Bundesregierung alle beschwichtigenden Hände voll zu tun.

Rudel, einst Offizier der berüchtigten ,,Legion Condor'', von Hitler als einziger deutscher Offizier mit dem ,,Goldenen Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz'' ausgezeichnet, war auch nach 1945 unermüdlich in nazistischem Sinne aktiv. Wie andere Naziverbrecher mußte Rudel zunächst nach Lateinamerika fliehen. Bereits 1951 versuchte er mit dem späteren NPD-Führer von Thadden und mit dem ehemaligen NS-Staatssekretär Naumann eine ,,Nationale Rechte'' zu gründen. 1953 kandidierte Rudel für die (später verbotene) Nazi-Sekte ,,Deutsche-Reichs-Partei'' und erhält in Bayern Redeverbot. In der Folgezeit erscheint Rudel immer wieder als Buchautor, Kandidat oder Versammlungsredner auf der rechtsradikalen Bühne.

Seinen spektakulärsten Auftritt jedoch verschafft ihm die Bundeswehr: Ende Oktober 1976 fand in der Bundeswehr-Kaserne Bremgarten ein Traditionstreffen des dort stationierten Aufklärungsgeschwaders S 1 ,,Immelmann'' mit dem Traditionsverband des Sturzkampfgeschwaders ,,Immelmann'' der Nazi-Wehrmacht statt. Als besonderen Gast hatten die Kameraden den ,,Adler der Ostfront'' Oberst a.D. Rudel eingeladen. Die Teilnahme des alten und neuen Faschisten Rudel erregte in der Öffentlichkeit einiges Aufsehen. Die Bundeswehr-Generäle Krupinski und Franke — getreu der militärischen Devise: ,,Angriff ist die beste Verteidigung'' — ließen die Presse, auf den SPD-Abgeordneten Herbert Wehner anspielend, wissen: *,,Solange noch Linksextremisten und ehemalige Kommunisten, die früher in Moskau waren, im Bundestag sitzen, können sie doch die Teilnahme Rudels nicht tadeln.''* Nicht etwa ihr Einsatz für den hochdekorierten Faschisten Rudel, sondern diese Beleidigung Wehners führte daraufhin zum Rausschmiß aus der Bundeswehr.

Im ,,Stern'' (47/76) berichteten Offiziere des Geschwaders ,,Immelmann'', daß einige Offiziere ihrer Einheit bereits lange vor dem skandalumwitterten Traditionstreffen Kontakte zum Nazi-Heroen Rudel unterhalten hatten. Interessant für die heutigen Leser: Besonders vehement für die Teilnahme des braunen Fliegers am Kameradschaftstreffen in der Bundeswehr-Kaserne hatte sich ein CDU-Abgeordneter namens Manfred Wörner eingesetzt. In einem Brief an den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Limberg, sprang der ehemalige CDU-Wehrexperte für Rudel in die Bresche: *,,30 Jahre nach Kriegsende sollen wir endlich die innere Freiheit, die Unbefangenheit und den Mut aufbringen, soldatischen Leistungen der deutschen Kriegsteilnehmer den schuldigen Respekt zu zollen ...''* Auf sozialdemokratischer Seite zeichnete der ehemali-

soldatischen Leistungen der deutschen Kriegsteilnehmer den schuldigen Respekt zu zollen ...'' Auf sozialdemokratischer Seite zeichnete der ehemali-

ge Staatssekretär und Oberst der Reserve, Hermann Schmidt, für den Bundeswehr-Auftritt NS-Rudels verantwortlich.

Auch nach der Affäre von 1976 ,,rudelten'' die Militaristen weiter: Im Mai 1977 traf sich der Traditionsverband des Wehrmachtsgeschwaders ,,Immelmann'' in Gießen auf der Staufenburg. Wieder dabei: Hitlers höchst-dekorierter Soldat und Offiziere des Bundeswehrgeschwaders ,,Immelmann''. In der ,,National-Zeitung'' vom 27.5.77 wird Nazi-Rudels herzliche Begrüßung für die Bundeswehr-Offiziere zitiert: *,,Ich freue mich ... über die vielen neuen ‚Immelmänner', die bei uns sind, wenn auch in Zivil.''*

1979 rotteten sich Bundeswehrangehörige und Rechtsradikale wieder um das Staufenburger Stuka-Denkmal zusammen. Braunes Glanzlicht der Versammlung: Oberst Rudel, der den verlorengegangenen Weltkrieg bedauerte. Als das Deutschland-Lied (erste Strophe natürlich) ertönte, grüßte ein Obergefreiter der Bundeswehr zackigmilitärisch das Immelmann-Mahnmal. (19)

Im Dezember 1982, bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für den ,,Adler der Ostfront'' im fränkischen Dornhausen durften sich die etwa 3.000 anwesenden Trauer-Nazis über eine besondere Ehrerweisung der Bundeswehr freuen: Im Tiefflug donnerten Bundeswehr-Düsenjäger über den Friedhof, flogen nach Augenzeugenberichten in der Formation eines Kreuzes über die letzte Ruhestätte des Fliegerkameraden. Für Verteidigungsminister Wörner, eine vertraute Figur im Fall Rudel, waren solcherlei Zeugenaussagen ,,Gespenstergeschichten''. Die Grabesflüge der Bundesluftwaffe beschäftigten im Januar 1983 den Bundestag — Konsequenzen wurden keine gezogen. (20)

1976 erschien eine Dokumentation der VVN, die die engen Beziehungen der HIAG, dem Verband der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen und den ,,Bürgern in Uniform'' nachwies: Bundeswehr-Ehrenwachen für Feiern der Ex-SSler, Gedenkfeiern von Bundeswehroffizieren gemeinsam mit den uniformierten Mördern von gestern, Suchdiensttreffen und Kameradschaftsschießen. Als im April 1975 die HIAG den 80. Geburtstag des SS-Generals Gustav Lombard feierte, war unter den Festrednern auch der ehemalige Viersternegeneral des Bundeswehr, Graf von Kielmannsegg sowie eine Abordnung von Bundeswehroffizieren in Uniform. Mitten in der Braunzone wieder dabei: Major der Reserve Dr. Manfred Wörner. Seite an Seite mit den Mannen der SS-HIAG sprach der damalige verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU auf einer Veranstaltung der ,,Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände'' im März 1975 in Stuttgart. Das Wörner-Thema: ,,Wie sicher ist die Bundesrepublik?''

Auslandskontakte

Alle Untersuchungen über die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und den Armeen oder militärischen Institutionen faschistischer Staaten haben mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß nur selten genaueres über diese Kontakte an die Öffentlichkeit kommt. Von der Ausbildung des Oberstleutnants Kraushaar aus dem faschistischen Chile bei der Bundeswehr im Jahr 1973 erfuhr die Öffentlichkeit erst, nachdem dieser vor der örtlichen Prominenz in Hildesheim einen Vortragsabend mit dem Thema: ,,Chile — mein Heimatland'' abhielt. (ED. 19.9.75) Im Stab der 1. Panzer-Grenadier-Brigade in Hildesheim nahm der chilenische Militärobere im Sommer 1975 an einem Vorbereitungslehrgang für einen nachfolgenden Generalstabs-Lehrgang für ausländische Offiziere in der Hamburger Führungs-Akademie in Blankenese teil.

Die ersten Proteste gegen die Ausbildung eines Mannes, der aus einer Armee stammte, die in Chile Tausende internierte, folterte und umbrachte, wurden laut. Verteidigungsminister Leber ging in Deckung: ,,Ich wußte von nichts''. Anders dagegen Oberst Kommer, Sprecher des Kriegsministeriums: *,,Es handelt sich um ein übliches Verfahren, wie es zwischen Ländern, die nicht der NATO angehören, aber diplomatische Beziehungen mit Bonn unterhalten, seit zehn Jahren praktiziert wird.''* Und: *,,Die Bundeswehr wird die Ausbildung chilenischer Offiziere fortsetzen.''* (21) Wenige Tage danach versuchte sich Leber nochmals im Rechtfertigen: Er sei ,,dankbar'' für jeden Offizier aus einem undemokratisch regierten Land. Nur so könnten diese die demokratischen Verhältnisse im Rechtsstaat BRD kennenlernen. Die Proteste gegen die Ausbildung des Junta-Offiziers wuchsen jedoch an. Die SPD beschloß eine ,,Ver-

nisse im Rechtsstaat BRD kennenlernen. Die Proteste gegen die Ausbildung des Junta-Offiziers wuchsen jedoch an. Die SPD beschloß eine ,,Ver-

urteilung'' der Vorgänge, die ohne Folgen blieb. Ende 1975 trat Kraushaar unbehelligt den Generalstabslehrgang für ausländische Offiziere in Hamburg an.

Der Bundeswehr-Gast aus der Folter-Diktatur befand sich in nobler Gesellschaft: Mit ihm wurden Offiziere aus dem Iran des Schah, Argentinien, Brasilien, Indonesien und Südkorea ausgebildet. Für fast ein Jahr wurde es ruhig um den Kraushaar-Skandal. Doch mit seiner von der Bundeswehr beklatschten Abschiedsrede, einem Loblied auf Pinochet, nach Abschluß des Lehrgangs vor fast 200 hohen Bundeswehr-Offizieren gelangte der chilenische Offizier wieder in die Medien. Dazu schrieb die Süddeutsche Zeitung vom 13.7.76: *,,Mit (der Rede) werden die bösen Befürchtungen all derer sogar noch übertroffen, die den Gast-Offizier aus grundsätzlichen Erwägungen nicht an der Eliteschule der Bundeswehr sehen wollten ...''* Begeistert hingegen war der neofaschistische Verleger Frey (DVU). Er veröffentlichte die Kraushaar-Rede in seiner ,,National-Zeitung'' (30.7.76).

Ein Mitarbeiter des NDR erhielt einen Mitschnitt der Kraushaarschen Lobeshymne auf die Diktatur und sorgte für einen Bericht über den Bundeswehr-Skandal. Nicht gegen den Werbe-Offizier von Pinochets Gnaden oder etwa gegen seine beifallklatschende Bundeswehr-Zuhörerschar, sondern gegen den NDR-Mitarbeiter ermittelte der Statsanwalt (die tat, 1.4.77). Für den mit Bundeswehr-Kenntnissen ausgestatteten Kraushaar ließ sich, zurück in Chile, schnell eine angemessene Verwendung finden. Er wurde Kommandant in einem Konzentrations-Lager des Regimes. (Nach einem Bericht der UN-Arbeitsgruppe über geheime KZ in Chile)

Ein anderer chilenischer Bundeswehr-Schützling, Christian Ackerknecht, wurde noch vor dem Militärputsch in Chile 1970/71 beim Generalstabs-Lehrgang in Hamburg ausgebildet. Seine eigentliche Karriere begann jedoch — zurück im Andenstaat — nach der Errichtung von Pinochets Terror-Regime. Ackerknecht war verantwortlich für die willkürliche Verhaftung von 3.500 Antifaschisten, sowie (nach Berichten ehemaliger chilenischer Häftlinge) selbst an Folterungen und Mißhandlungen beteiligt. 1977 wurde der ehemalige Standort-Kommandant als Militärattaché der chilenischen Terror-Junta nach Bonn geschickt. Nach massiven Protesten wurde Ackerknecht im Spätsommer 1977 vom chilenischen Regime wieder abberufen.

,,Teutonisches Blut''

Selbstverständlich waren nicht nur chilenische Militärs in der BRD zu Gast, auch umgekehrt machten Vertreter der Bundeswehr dem Henkerregime ihre Aufwartung.

Einer von ihnen muß dabei besonders eifrig gewesen sein. 1977 erhielt der aus Santiago abberufene Militärattaché Oberstleutnant Gerd Mathes einen Verdienstorden aus der Hand des stellvertretenden Oberbefehlshabers des faschistischen Heeres in Chile. Mathes zeigte sich erkenntlich. Über das Folterregime von Santiago sagte der scheidende bundesdeutsche Militärattaché: *,,In einer nach links abgleitenden Welt scheint eine militärische Regierung, die nicht nach dieser Seite neigt, auch wenn ihr die Vernunft beisteht, auch wenn sie genügend Fähigkeiten besitzt, einfach unbegreiflich.''* Der Junta-General beschwor die vielfältigen Bindungen zwischen Chiles faschistischer Armee und der deutschen Bundeswehr: *,, Viele unserer Söhne (in der Armee) haben teutonisches Blut.''*

Der Junta-General beschwor die vielfältigen Bindungen zwischen Chiles faschistischer Armee und der deutschen Bundeswehr: *,, Viele unserer Söhne (in der Armee) haben teutonisches Blut.''*

(ED, 11.11.77)

In der bundesdeutschen Heimat indes fand die teutonische Blutbrüderschaft ihre inoffizellen Weg. Im ,,Deutsch-Chilenischen-Freundeskreis'' versammelten sich Bundeswehr-Größen wie General a.D. Albert Schnez, der ehemalige Brigade-General und spätere SPD-MdB Friedrich Beermann und der Inspekteur der Bundesmarine Heinz Kühnle — neben Kurt Adolff, chilenischer Konsul für Aachen, oder auch der chilenische Konsul für Bayern und Baden-Württemberg, Fritz Bohmüller. Die politischen Sympathien für das chilenische Militärregime hatten in der Bundeswehr ein solides Fundament.



Oktober 1976: Eine Ehrenstaffel des Geschwaders 51 der Bundesluftwaffe ist für Hitlers Lieblingsoffizier, den NS-Propagandisten Rudel angetreten.



Der Major der Reserve, Manfred Wörner, spricht auf Einladung der „Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände", zu der auch die SS-HIAG gehört, im März 1975 in Stuttgart.

Die Auslandskontakte der bundesdeutschen Truppe beschränkten sich jedoch nicht auf die chilenischen Faschisten. Unter zahlreichen Landsleuten nahm auch der argentinische Oberst-Leutnant Mansueto-Swendson am Hamburger Generalstabslehrgang teil. Seine westdeutschen Kontakte nutzte der argentinische Krieger, um in der faschistischen „National-Zeitung" des DVU-Bosses Gerhard Frey für die Militär-Diktatur seines Heimatlandes zu werben („Konkret" 9/77).

Im September 1976 kamen ein indonesischer Oberstleutnant und ein südkoreanischer Generalmajor in die Mittenwalder Bundeswehrkaserne, um eine Rekrutenbesichtigung vorzunehmen. Ein Jahr zuvor hatte ein Oberleutnant der Reserve in der „Frankfurter Rundschau" berichtet: „*Ich habe selbst gesehen, wie südkoreanische Folteroffiziere westdeutschen Gesinnungsgenossen beibrachten, wie man das jeweilige Folterobjekt zum Reden oder zum Schweigen bringt*" (27.9.75).

Im Oktober desselben Jahres besuchte ein Offizier des rhodesischen Rassistenregimes die Panzergrenadierbrigade 32 in Bremen, wo er die Übung „Weiße Birke" beobachtete („KVZ", Oktober 1975).

In einem Fall jedoch war dem Verteidigungsministerium der Kontakt zu den Rassisten im südlichen Afrika zu peinlich: Luftwaffengeneral Rall stattete dem Atomforschungszentrum „privat" einen Besuch ab. Nachdem der Fall publik wurde, zog man den „Südafrikaexperten" aus dem aktiven Dienst zurück. 1975 belegte der Berliner „Extra Dienst" die Vermittlung eines ehemaligen Bundeswehrangehörigen an die Luftwaffe des Rassistenregimes am Kap (19.12.75).

Die italienische Faschisten-Szene „Südafrikaexperten" aus dem aktiven Dienst zurück. 1975 belegte der Berliner „Extra Dienst" die Vermittlung eines ehemaligen Bundeswehrangehörigen an die Luftwaffe des Rassistenregimes am Kap (19.12.75). Die italienische Faschisten-Szene hatte bereits ein Jahr vorher die Armee der nördlichen NATO-Partner entdeckt: Über die auffällig häufigen Besuche italienischer Rechtsradikaler bei der Bundeswehr berichteten am 2.11.74 der sozialdemokratische „Vorwärts" und die antifaschistische Wochenzeitung „die tat": Die Namen dreier Besucher wurden genannt: Gino Ragno, Abgeordneter der neofaschistischen MSI in Italien und Vorsitzender der „Gesellschaft für Deutsch-Italienische Freundschaft", deren prominentestes Mitglied ein Herr Franz-Josef Strauss sein dürfte; Guido Giannettini und Pino Rauti, beide 1974 wegen faschistischer Bombenattentate, Mordversuche und einer Reihe ähnlicher Verbrechen verurteilt. „*Auch bei geheimen NATO-Treffen tauchte Giannettini im trauten Verein mit hohen und höchsten NATO-Offizieren auf*". Diese dubiosen Gestalten wurden bei Bundeswehreinheiten in Koblenz und in der Bundeswehr-Schule für psychologische Kriegsführung in Euskirchen gesehen.

Bevor Faschisten-General Franco seinen Marsch unter die Erde antrat, machte ihm nochmals ein Bundeswehr-Angehöriger seine Aufwartung. Der Heeresinspekteur Horst Hildebrandt nahm im Mai 1979 an der faschistischen Siegesparade des Franco-Regimes in Madrid teil, ein Besuch des höchsten Offiziers des Bundesheers beim spanischen Folter-General höchstpersönlich inbegriffen. In DGB und SPD wurde Protest laut. Doch SPD-Verteidigungsminister Leber nannte Hildebrandts Ehrbezeugung für die spanische Diktatur lediglich eine „Unbedachtsamkeit" („FR", 4.6.75/30.5.75).

Nazi-Banden und Bundeswehrwaffen

Nicht nur am Beispiel des ehemaligen Bundeswehrleutnants Michael Kühnen wird deutlich, daß sich aus dem rechtsradikalen Truppenpotential auch Nazi-Terroristen im kriminellen Untergrund rekrutieren.

Nach Informationen des Arbeitskreises Demokratischer Soldaten (ADS) hatte sich 1976 in der Panzergrenadierbrigade 16 in Hamburg eine Naziclique festgesetzt, die ihre Stuben mit faschistischen Emblemen, NS-Dolchen und einer Hakenkreuzflagge „schmückte". Im braunen Kreis mit dabei: Stabsunteroffizier Lothar Schulte. Ende 1977 wurde ein Telefonposten des Jägerbataillons 162 während einer Übung überfallen, zusammengeschlagen und es wird ihm dabei sein G 3-Gewehr entwendet. Dabei mußten die Täter über intime Orts- und Sachkenntnis verfügen. Nach einem Tip eines Eingeweihten führen die Ermittlungen auf die richtige Spur: Stabsunteroffizier Schulte, zwischenzeitlich wegen Mißhandlung Untergebener beurlaubt, gesteht die Teilnahme („die tat", 24.11.78).

1976 verfaßten Lüneburger Antifaschisten einen „Steckbrief", mit dem sie die Öffentlichkeit auf das Treiben des Nazi-Povokateurs Heinz Lembke aufmerksam machten. Im September 1980 explodierte beim Münchner Oktoberfest eine Bombe. Für das blutige Attentat wurde vermutlich auch ein Spezialsprengstoff aus Beständen der Bundeswehr verwendet. Kurz nach dem rechten Terrorakt wurde das Haus des Nazi-Aktivisten Lembke durchsucht. Nach der Verhaftung des Führers der „Deutschen Aktionsgruppen", Manfred Roeder, wurde Lembke im April 1981 für ein halbes Jahr in Beugehaft genommen. Nach seiner Entlassung beobachteten Waldarbeiter, wie der braune Waidmann Waffendepots in der Lüneburger Heide inspizierte. Erneut in Haft genommen, erklärte sich Lembke bereit, den Be-pen", Manfred Roeder, wurde Lembke im April 1981 für ein halbes Jahr in Beugehaft genommen. Nach seiner Entlassung beobachteten Waldarbeiter, wie der braune Waidmann Waffendepots in der Lüneburger Heide inspizierte. Erneut in Haft genommen, erklärte sich Lembke bereit, den Be-hörden weitere Verstecke zu zeigen. An insgesamt 31 Steilen hatte der fleißige Forstmann 88 Behälter mit einem imponierenden Arsenal an Waffen und militärischem Gerät vergraben und mit deutscher Gründlichkeit eine Liste seines explosiven Vorrats angelegt. Darunter waren 156 kg Sprengstoff, 230 Sprengkörper, eine Maschinenpistole, ein G 3-Gewehr, 13.520 Schuß Munition, 50 Panzerfäuste, 70 Panzerfaustladungen sowie Arsen, Strychnin, Zyankali und vieles mehr. Darüber hinaus enthielten die Kisten diverse Bundeswehrschriften und Unterlagen über das Sprengen und Minenlegen sowie entsprechende polizeiliche Schriften.

Brisant für die bundesdeutsche Truppe war eine Bemerkung der „FAZ" vom 3.11.81, wonach bei Lembkes Materialiensammlung zwar 50 Panzerfäuste gefunden wurden, die Bundeswehr selbst jedoch zuletzt 1978 17 solcher Waffen als „offenbar gestohlen" meldete. Wie „Einzeltäter" Lembke das beeindruckende Waffenpotential alleine über die Zäune der Munitionsdepots von Bundeswehr und NATO geschleppt haben sollte, blieb weiterhin unklar. Bedenklich stimmte dabei die Äußerung eines mit diesem Fall befaßten Kriminalbeamten: „*Solche Mengen kann man nicht stehlen, da muß geliefert worden sein*" („Hamburger Abendblatt", 3.11.81). Nazi-Waffensammler Lembke hätte sicherlich einige interessante Fragen beantworten können. Doch gerade an diesem brisanten Wendepunkt in den Ermittlungen — „Bundeswehrwaffen für die Nazi-Armee?" — wurde Lembke am 1.11.81 erhängt in seiner Zelle aufgefunden. — Selbstmord, selbstverständlich.

Schnell waren die zuständigen Stellen mit der Behauptung bei der Hand, die Waffen des rechten Waldarbeiters seien gar nicht aus Bundeswehrbeständen. Ein einziger Bundeswehrangehöriger, ein Feldwebel, war in der Sache verhört und gleich darauf wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Eigenartigerweise wurde jedoch nach Pressebe richten ein Großteil der entdeckten Kisten ungeöffnet an die Bundeswehr übergeben, die demzufolge auch Kenntnis vom genauen Inhalt der Behältnisse hatte (AK 212).

Die Bundeswehr, vom Traditionsverständnis wie auch von der aktuellen Ideologie begünstigt, ist ein Ort, an dem sich Alt- und Neufaschisten ungenierter als in jeder anderen Organisation der BRD tummeln und entfalten können.

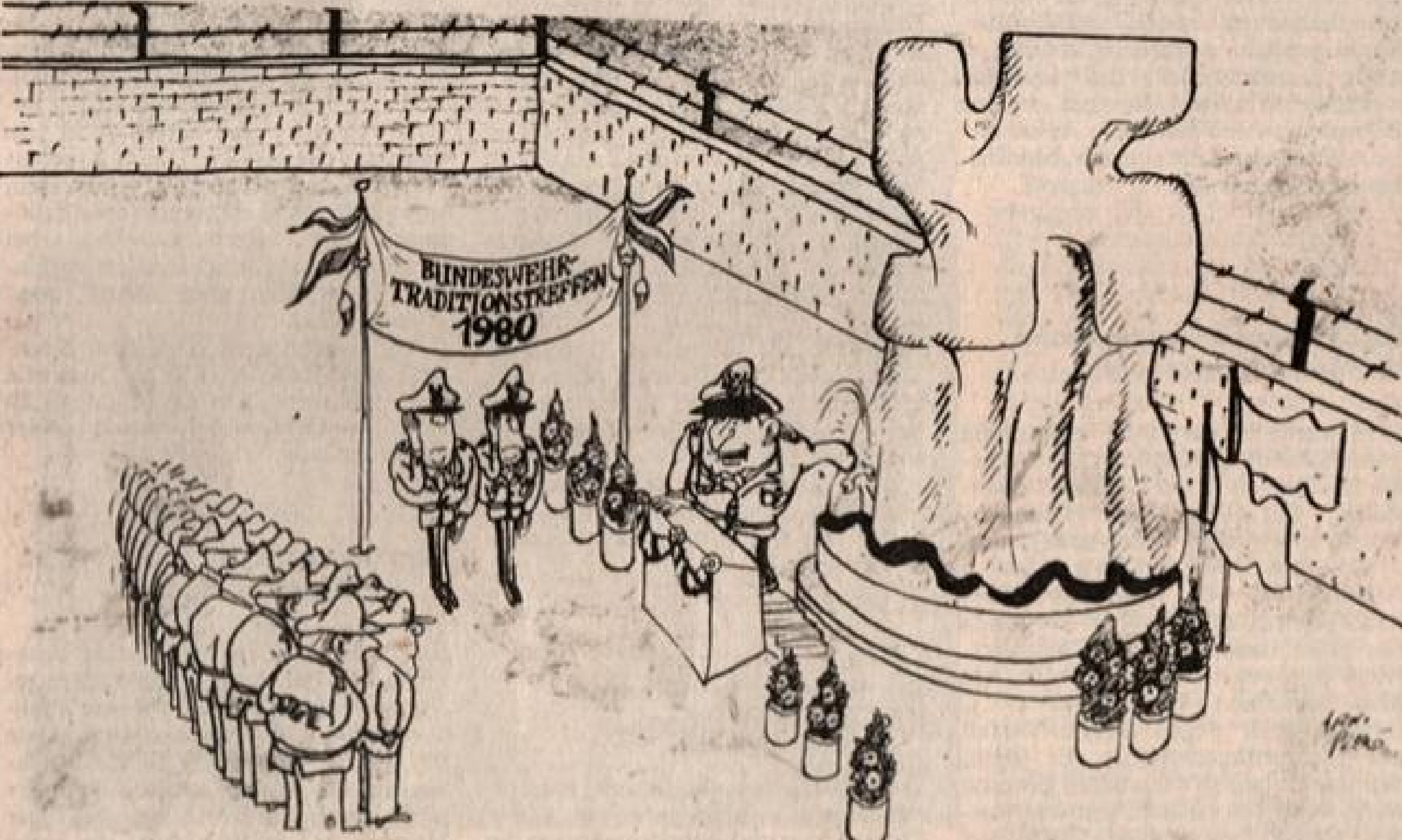
Die Bundeswehr, vom Traditionsverständnis wie auch von der aktuellen Ideologie begünstigt, ist ein Ort, an dem sich Alt- und Neufaschisten ungenierter als in jeder anderen Organisation der BRD tummeln und entfalten können.

In der „Information für die Truppe" 11/76 erklärte das Verteidigungsministerium: „Für die Bundeswehr ist der Militarismus kein Problem". Der Militärische Abschirmdienst (MAD) meinte zu den Braunen in Oliv: „Da Rechtsradikale meist soldatenfreundlich eingestellt sind, gibt es zur Zeit kaum Angriffe von dieser Seite". (22)

Wer dann noch Fragen zum Thema hat, hält sich an Brigadegeneral Friedrich. Der stramme Truppenchef erklärte in der „Frankfurter Rundschau": „Die Armee ist naturgemäß nicht demokratisch" (23). Die Bundeswehr hat dies in 30 Jahren eindrucksvoll belegt.

Rü./Freiburg

Quellen:
1) Himmeroder Denkschrift, in: K. von Schubert, Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 1945-77
2) Ex-Panzeroffizier Kunrat Freiherr von Hammerstein schätzte General Schnez als „hundertfünfzigprozentigen Nationalsozialisten" ein. Die SPD hingegen meinte, Schnez sei „der einzige Mann, der das Heer in Ordnung bringen kann". Nach Kempe: SPD und Bundeswehr, S. 158
3) Graubuch, Berlin (DDR) 1967, S. 398
4) Deutsche Kriegsbrandstifter wieder am Werk, Berlin 1959, S. 142
5) Münch, Wohin marschiert die Bundeswehr, prv, S. 61
6) Im Vergleich hierzu: Das Bundestagswahlergebnis im Jahr dieser Befragung (1965) betrug noch bescheidene 2% für die Rechts-Partei.
7) Münch, S. 74 f
8) „Der Spiegel", 20.2.1967
9) „Hannoversche Presse", 8.1.1960
10) Graubuch, S. 379
wehr, prv, S. 61
6) Im Vergleich hierzu: Das Bundestagswahlergebnis im Jahr dieser Befragung (1965) betrug noch bescheidene 2% für die Rechts-Partei.
7) Münch, S. 74 f
8) „Der Spiegel", 20.2.1967
9) „Hannoversche Presse", 8.1.1960
10) Graubuch, S. 379
11) Bundeswehr in der Demokratie, EVA 1974, S. 61
12) „Frankfurter Rundschau", 12.11.1973
13) Alle Zitate aus Graubuch, S. 375
14) Nach: Bundeswehr — Armee für den Krieg, Berlin (DDR) 1968, S. 511
15) „Stern" 44/78, S. 65 f
16) „Frankfurter Rundschau", 29.9.1977
17) PDI Hintergrunddienst, 1.4.78
18) Bundeswehr im Zwielicht, PDI-Konkret 8, S. 129
19) „metall", 27.6.1979
20) „taz", 28.12.1982; „Frankfurter Rundschau" 28.12. und 30.12.82 — Die Friedhofsüberflüge wurden u. a. mit drei Fotografien in den „Nürnberger Nachrichten" belegt, wobei auf einem der Fotos die Hoheitsabzeichen der Bundeswehr zu erkennen waren.
21) „Morgenpost", 9.9.1975; „Frankfurter Rundschau", 9.9.1975
22) „Stern", 21.2.1974
23) „Frankfurter Rundschau", 23.2.1970



„... Was vor vier Jahren mit der Einladung Rudels zu uns begann, können wir mit der Einweihung dieses Denkmals heute glücklich zu Ende bringen!"

aus: Holzarbeiter-Zeitung

— 30 Jahre Bundeswehr —

Friedensbündnis mit Schwierigkeiten

Am 30. Oktober findet in Stuttgart die „zentrale Festveranstaltung" der Bundeswehr in Baden-Württemberg statt. Bei diesem kleinen Zapfenstreich in der Stadtmitte wird auch mit Prominenz, eventuell sogar mit Kriegsminister Wörner gerechnet.

Auf Einladung der DFG/VK, der „Kontaktstelle für gewaltfreie Aktion" und des Landesverbandes der Grünen gab es Anfang September ein erstes Bündnistreffen. Überraschenderweise waren neben anderen linken Organisationen auch Gruppen aus der DKP-nahen „Landesberatung" anwesend, die — seit der Spaltung der Friedensbewegung in Deutsch-Südwest (Baden-Württemberg) Anfang 1984 — mit dem grün-„unabhängigen" Flügel („Friedensforum") kein Bündnis mehr zustande gebracht hatten. Der in zwei Sitzungen erarbeitete Aufruf bezeichnet die Bundeswehr als „*Panzerarmee des Angriffs*" seit ihrer Gründung und erwähnt ihre Rolle für die Interventionspolitik der USA, für die Kriegspolitik nach innen und für den Abbau des „Sozialen Netzes" (Kostenfaktor). Gegen den Widerstand des DKP-Spektrums geht der Aufruf von einer gleichgewichtigen und arbeitsteiligen Rolle von BRD und USA bei der Einführung neuer Kriegsführungsstrategien aus, und nicht von einer Unterordnung der Bundeswehr unter US-Interessen („Vasallentheorie").

Magenschmerzen muß allerdings der letzte Satz des Aufrufes bereiten. Ursprünglich hatte es dort geheißen: „*Die Bundeswehr (muß) wie jede Armee als Institution der Gewalt abgeschafft werden*". Dieser Satz enthielt gleich zwei bittere Pillen für die DKP: Einerseits der Hinweis auf die „Abschaffung" der Bundeswehr (statt des von der DKP favorisierten „Umbaus" auf alternative Verteidigung); andererseits die Gleichsetzung aller Armeen auf der Welt (also z.B. auch der nicaraguanischen) mit der Bundeswehr — ein Punkt, der auch uns und anderen Linken mißfiel. In einer Kompromißformel wurde jetzt in obigen Satz noch die Passage „*im Rahmen weltweiter Abrüstung*" eingeschoben, was im Grund überhaupt nichts bringt. Die entscheidende Frage nämlich, ob diese „weltweite Abrüstung" nicht bei der agressiven BRD-Armee **beginnen** müßte, wurde nirgends im Aufruf thematisiert.

Trotzdem ist der Aufruf ein für Linke tragbarer Kompromiß, da er nirgends auf Beibehaltung der Bundeswehr („Defensivierung", „Umrüstung", Alternative Verteidigung) orientiert. Auch die Grünen, die das bei Vorgesprächen im Juli noch ultimativ gefordert hatten, ließen urplötzlich von diesem Punkt ab. Dennoch gab es „Verluste": „Ohne Rüstung leben" und Volksfront/BWK verließen mit Hinweis auf den oben erwähnten letzten Satz des Aufrufs das Bündnis. Ersteren war die Kompromißformel zu DKP-nah, letztere hielten dadurch die Kritik an der Bundeswehr über das zulässige Maß hinaus abgeschwächt. Beiden Gruppen muß man bescheinigen, daß sie mit dieser Rigidität als Meßlatte natürlich nie einen Aufruf der Friedensbewegung hätten unterzeichnen können.

Während über die Demonstrationsform Einigkeit bestand (hier soll in Form eines „parodistischen Zuges" die Bundeswehr vorgeführt werden), gab es heftige Kontroversen über den te natürlich nie einen Aufruf der Friedensbewegung hätten unterzeichnen können. Während über die Demonstrationsform Einigkeit bestand (hier soll in Form eines „parodistischen Zuges" die Bundeswehr vorgeführt werden), gab es heftige Kontroversen über den Charakter der Abschlußkundgebung. War ursprünglich ganz klar die Störung der Bundeswehrfeierlichkeit Konsens gewesen, so rückte das DKP-nahe Spektrum schließlich immer mehr von dieser Zielsetzung ab.

Zum Eklat kam es auf der Bündnissitzung nach dem Tod von Günter Sare: Mit Blick auf die „Gewalteskalation" in Frankfurt und bei der Solidaritätsdemo in Stuttgart schlug das DKP-Spektrum vor, die Abschlußkundgebung vom Ort der BuWe-Feierlichkeit wegzuverlegen. Die Ereignisse zeigten, so der Sprecher, daß durch Provokationen von rechts versucht werde, die Linke in die Ecke von Terroristen zu drängen. Als Beweis für diese „Provokationen von rechts" las er anschließend einige Sätze aus einem Flugblatt Stuttgarter Autonomer (!) vor, das zur Sare-Demo erschienen war. Mit vereinten Kräften konnte dieser Vorstoß zurückgedrängt, die ursprüngliche Zielsetzung und der ursprüngliche Kundgebungsort erneut beschlossen werden. Im Gegenzug wurde im Flugblatt-Text unser Vorhaben als „gewaltfreie Aktion" festgelegt, was einerseits ein im Grund völlig unsinniger Kotau vor staatlichem Distanzierungsdruck ist, andererseits durch die verwaschene Begriffsbildung auch viele Dinge offen läßt. Klar ist auf jeden Fall, daß man durch ein massives Pfeifkonzert (Trillerpfeifen) der Bundswehr den Serenaden-Genuß verunmöglichen will. Das Motto der Aktion („30 Jahre Bundeswehr — wir pfeifen drauf!") hat also nicht nur eine übertragene Bedeutung.

Erfreulicherweise sind im Bündnis neben radikal-antimilitaristischen Gruppen (Gewaltfreie, Kein Frieden mit der NATO, KB) und dem DKP-Spektrum (DFU, DKP, SDAJ, SIFA) auch die Grünen, die AWO, die DFG/VK und sogar die Jusos vertreten. Ob die Breite des Bündnisses sich auch in Mobilisierungsfähigkeit ausdrückt, dies wird sich allerdings noch erweisen müssen.

KB/Stuttgart

Der Autor ist Mitglied der „Mitmischer"-Initiative für eine sozialistische Betriebsgruppe in der BASF/Ludwigshafen. Bei dem Artikel handelt es sich um eine korrigierte Tonbandabschrift eines Referats auf dem Dioxinkongreß in Ludwigshafen am 1. und 2. Juni 1985. Zwischenüberschriften und Anmerkungen hat die Redakton eingefügt.

Wolfgang Hien

Chemische Produktion und gesundheitliche Belastung am Arbeitsplatz



Dioxin ist nur die Spitze des Eisbergs. Es gibt eine Vielzahl von Stoffklassen, die eine ähnliche oder doch in diese Richtung gehende Gefährlichkeit haben, vor allem durch ihre chronische Einwirkung. Insgesamt hat die chemische Industrie in den letzten zwanzig Jahren eine Unzahl neuer Stoffe synthetisiert. Vor zwanzig Jahren gab es ca. 200.000 synthetische Stoffe. Heute gibt es über 5 Millionen. Eine sehr kleine Zahl, ein Bruchteil dieser 5 Millionen Stoffe wurde toxikologisch (1) untersucht. Die Mehrheit dieser Stoffe sind in ihren chronischen gesundheitlichen Auswirkungen und in ihren Auswirkungen auf die Umwelt wenig oder gar nicht untersucht. Es geht aber nicht nur um die Produkte, die auf den Markt kommen und den Verbraucher treffen, sondern es geht um die Einwirkungen innerhalb der Produktion. Die Beschäftigten, die unmittelbaren Produzenten, kommen am ehesten, am direktesten in Kontakt mit diesen schädlichen Stoffen.

Dichlordimethyläther und Lungenkrebs

Ich möchte beginnen mit einem wenig bekannten Beispiel, dem Arbeitsstoff Dichlordimethyläther.

Dies ist ein Stoff, der 1948 synthetisiert wurde und seit 1952 in verschiedenen chemischen Fabriken der Welt als Monomer eingesetzt worden ist; d.h. als Ausgangsstoff für einen Kunstharz. Dieser Kunstharz wurde vornehmlich, das ist das Pikante dabei, in der Atomindustrie als Ionenaustauschharz zur Anreicherung hochradioaktiver Stoffe eingesetzt. Dichlordimethyläther wurde als erstes entdeckt und produziert in der Fabrik Rohm und Haas. Das ist ein großer Konzern, der in Amerika viele Zweigbetriebe hat. In Philadelphia arbeiteten dort in den fünfziger Jahren 2.000 Leute. 1962 wurde dort eine außergewöhnliche Häufung von Krebserkrankungen festgestellt. 14 Arbeiter waren bereits an Lungenkrebs oder Bronchialkrebs gestorben. Das Durchschnittsalter der Gestorbenen war 50 Jahre. Die Werksleitung schob aber diese unglaublich hohe Lungenkrebsrate auf das Rauchen, auf Tuberkulose, die vielleicht nicht entdeckt worden war und sich dann bösartig entwickelt hat, und — noch etwas Pikantes — auf den radioaktiven Fallout der Atomwaffenversuche, die damals gemacht worden sind.

den radioaktiven Fallout der Atomwaffenversuche, die damals gemacht worden sind.

1966 gab es Ergebnisse der werksinternen und industrieinternen Tierversuche. Dichlordimethyläther wurde als hochtoxisch und karzinogen, d.h. krebserzeugend betrachtet. Rohm und Haas hat diese Information nicht verbreitet und hat ihr Bekanntwerden verhindert. Dennoch wurden zwischen 1967 und 1969 an Universitäten eine Reihe weiterer Untersuchungen gemacht, die das gleiche Ergebnis hatten. Mehr als die Hälfte der eingesetzten Mäuse und Ratten starb an Krebs, an verschiedenen Krebsformen, und zwar innerhalb der ersten Hälfte ihrer normalen Lebenserwartung.

Spätestens das hätte ein Alarmzeichen sein müssen, aber es wurde weiter produziert. Zwischen 1962 und 1968 kamen bei Rohm und Haas weitere 54 Lungenkrebsfälle hinzu. Mit Hilfe eines Arztes rekonstruierte ein kranker Arbeiter die Krankheitsgeschichten seiner Kollegen und fand so heraus, daß von 44 unmittelbar mit Dichlormethyläther Beschäftigten weitere 4 an Lungenkrebs gestorben waren. Diese Daten wurden veröffentlicht. Die Regierung hat dann veranlaßt, daß die Produktion eingestellt wurde.

Die BASF hat diesen Stoff in einem Versuchstechnikum ebenfalls seit 1952 produziert. Was tat die werksärztliche Abteilung? Die BASF-Werksmedizin besteht aus 17 Arbeitsmedizinern und insgesamt 170 Fachkräften. Die Abteilung Toxikologie hat eine ähnliche Größenordnung. Die BASF-Arbeitsmedizin und -Toxikologie wird weltweit als die bestausgerüstete und die bestinformierteste betrachtet. Man hätte annehmen können, daß unter diesen Umständen die folgenden Vorfälle nicht hätten passieren dürfen:

In dem Versuchstechnikum U 18 waren 18 Leute beschäftigt, mit Dichlordimethyläther direkt waren zwölf in Kontakt. Davon sind bis 1971 sechs an Lungenkrebs gestorben, bis 1980 waren es bereits neun, d.h. 75% der Abteilung. Dieser Stoff wurde dann in den sechziger Jahren in die Produktion gegeben. In den Produktionsgebäuden M 400 und D 404 arbeiteten insgesamt 88 Menschen damit, und es ist zu befürchten, daß manche von ihnen nach dieser langen Latenzzeit ebenfalls an Lungenkrebs erkranken werden. In einer BASF-eigenen Veröffentlichung über „Arbeitsmedizin und Gesundheitsschutz in der BASF" war unlängst zu lesen: *„1971, sofort beim Auftauchen des ersten Verdachtes, daß Dichlordimethyläther kanzerogen (2) wirken könnte, wurde die Produktion eingestellt."* So viele, meist aus der Produktion heraus gestorbene Arbeiter —

chen des ersten Verdachtes, daß Dichlordimethyläther kanzerogen (2) wirken könnte, wurde die Produktion eingestellt." So viele, meist aus der Produktion heraus gestorbene Arbeiter —

ein „Verdacht", daß dieser Stoff schädlich sein könnte? Und 1971, Jahre danach — „sofort"? Dies ist der Standard der BASF-Arbeitsmedizin.

Es gehört an dieser Stelle dazu zu sagen, daß Dichlordimethyläther nicht nur als reiner Stoff die Beschäftigten in dieser schrecklichen Weise trifft, sondern es kann auch dort überall entstehen, wo Formaldehyddämpfe und Salzsäuredämpfe zusammentreffen. Das ist eine Untersuchung, die von der amerikanischen Umwelt- und Krebsbehörde gemacht worden ist, d.h. es ist nicht auszuschließen, daß tausende weiterer Arbeiter, die mit beiden Dämpfen zu tun hatten in ihrem Arbeitsleben, ebenfalls einem hohen Risiko unterworfen sind.

BASF: Gegen Tierversuche für Menschenversuche

1978 wurde in der BASF eine große wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Sicherheit in der Chemie" veranstaltet. Der Toxikologe Henschler, Vorsitzender der Senatskommission „Gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe" der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat zwischen den Zeilen damals die BASF kritisiert. Nicht nur wegen anderer Stoffe, wie dem bekannten Vinylchlorid (VC), sondern auch wegen diesem Vorfall mit Dichlordimethyläther. Er sagte, daß das Unheil zu verhindern gewesen wäre, wenn Tierversuche gemacht worden wären, bevor diese Stoffe auf Menschen losgelassen wurden. Er argumentierte, daß 90% aller krebserzeugenden Stoffe im Tierversuch als solche erkannt werden können, ohne daß diese schrecklichen Beweise mit Menschen stattfinden müssen.

Die BASF sieht das anscheinend anders. Prof. Dr. Thies, bis vor ein paar Monaten leitender Werksarzt der BASF, hat in den letzten Jahren eine Flut von epidemiologischen (3) Untersuchungen produziert, bei denen meistens herauskam, daß eine Gefährlichkeit der jeweiligen Stoffe (über 40) nicht bestünde. Er hat auch sog. Morbiditätsstudien (4) durchgeführt, d.h. er hat noch in der Produktion befindliche Arbeiter untersucht und hat dann festgestellt, daß sie gar nicht krank sind, jedenfalls nicht so krank, daß man es auf einen bestimmte Stoff zurückführen könnte. Die, die krank wa-

che Arbeiter untersucht und hat dann festgestellt, daß sie gar nicht krank sind, jedenfalls nicht so krank, daß man es auf einen bestimmte Stoff zurückführen könnte. Die, die krank wa-

ren, waren entweder nicht mehr in der Produktion oder waren schon gestorben. So kann man leicht die Unschädlichkeit bestimmter Stoffe nachweisen. Es gab mindestens 13 solcher Studien, die veröfentlicht wurden. Thies hat dann in einem Interview mit dem „Mannheimer Morgen" im November 1978, im gleichen Monat, in dem dieses Symposium stattfand, folgendes geäußert: *„Einen ähnlichen Fall wie Dichlordimethyläther kann es auch in der Gegenwart oder in der Zukunft geben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß auch in der laufenden Produktion kanzerogene Stoffe, die bisher noch nicht als solche erkannt worden waren, vorkommen."* In dem erwähnten Buch über Arbeitsmedizin und Gesundheitsschutz in der BASF schlußfolgert Thies folgendes: *„Es können nur Beobachtungen am Menschen darüber Aufschluß geben, ob ein Stoff gefährlich ist oder nicht."* D.h., es wird der Nachweis am Menschen gefordert! Tierversuche oder andere Studien über Mutagenität (5) oder Kanzerogenität werden so lang als — jedenfalls für die chemische Industrie — nicht relevant angesehen, wie nicht der Nachweis am Menschen erbracht ist. Dies ist eine durch und durch menschenfeindliche Forderung!

Statistisch signifikante Krebserkrankungen ...

Wir haben gerade das Beispiel mit Formaldehyd erlebt, wo genau die großen Toxikologen und Arbeitsmediziner der BASF sagen, zuerst müßt ihr nachweisen, statistisch signifikant, wie es immer so schön heißt, daß Formaldehyd beim Menschen Krebs macht. Die Tierversuche, die Nasenkrebse bei Ratten, die interessieren uns nicht. Das Verrückte an dieser Geschichte ist, daß Formaldehyd durch die andere Atemphysiologie des Menschen wahrscheinlich ganz normale Bronchial-Lungenkrebse macht, die durch viele andere Stoffe in der Produktion, in der Umwelt und in unserer verseuchten Luft ebenfalls und in der gleichen Form entstehen können. Es ist also sehr unspezifisch, was Formaldehyd macht. Rein methodisch ist diese Forderung der Toxikologen der BASF gar nicht realisierbar, es sei denn, es wäre ein so gravierender Fall wie Dichlordimethyläther.

Außerdem sind diese Schäden dann schon eingetreten, d.h. man wartet,

xikologen der BASF gar nicht realisierbar, es sei denn, es wäre ein so gravierender Fall wie Dichlordimethyläther. Außerdem sind diese Schäden dann schon eingetreten, d.h. man wartet,

wenn statistisch überhaupt etwas zu sehen ist, solange, bis diese Signfikanz eintrifft, d.h. genügend Menschen gestorben sind. Ein Beispiel für diese Signifikanz: In der BASF wird Acrylnitril produziert, das ist ein Rohstoff, ein Comonomer (6) für Acrylsäureester und für Acryl-Kunststoffe und -Kunstharze. Es sind in der BASF 27 Krebsfälle aufgetreten, von Beschäftigten oder ehemals Beschäftigten. Der Erwartungswert gegenüber der Gesamtbevölkerung in der BRD beträgt 20. D.h. man rechnet die Todesursachenverteilung, die es in der Gesamtbevölkerung gibt, um auf die Anzahl der Beschäftigten. Danach hätten es 20 sein dürfen, es waren 27. Dieses Ergebnis ist nicht signifikant. D.h. Thies kann sagen, es gibt keine signifikante Erhöhung der Krebshäufigkeit bei Acrylnitril-Arbeitern. Dies ist zumindest fragwürdig, aber allemal menschenfeindlich.

Mit Forderungen nach dem Nachweis am Menschen will die Industrie Zeit gewinnen, d.h. sie will noch 20 Jahre weiterproduzieren und weiter Profit machen.

Chemie nicht nur in der Chemieindustrie

Es gibt noch eine große Anzahl weiterer Stoffe, die hier nur sehr kurz angerissen werden können, die eine ähnliche Popularität verdienen würden wie das Dioxin. Ich meine z.B. alle aromatischen Amine und Azofarbstoffe. Es gibt eine Untersuchung bei der Hoechst AG in Frankfurt, die sogar offiziell von dem dortigen Arbeitsmediziner Loskant gemacht worden ist. Darin wird kleinlaut angemerkt, daß 96 Blasenkrebse aufgetreten sind, bei Arbeitern, die mit aromatischen Aminen zu tun hatten. Der Erwartungswert wäre 44,8 gewesen, d.h. es ist mehr als doppelt soviel Blasenkrebs bei Amin-Arbeitern aufgetreten als in der Allgemeinbevölkerung.

Weiteres Beispiel: VC, der Grundbaustein für PVC. Es gab eine Untersuchung der arbeitsmedizinisch zuständigen Gewerbeärzte, in die 14.000 Beschäftigte einbezogen wurden. Es sind 12 sehr seltene Leberkrebse aufgetreten, der Erwartungswert wäre 0,9 gewesen — 15 mal so viele wie zu erwarten waren. Thies kann dies nicht verstehen. In dem Buch über Arbeitsmedizin und Umweltschutz sagt er sinngemäß, daß die Untersuchungen anderer Institute, nach denen VC eine erhöhte Rate an Leberkrebs verursacht, nicht bestätigt werden können.

Acrylnitril oder Vinylcyanid, eine Verbindung, die die gleiche Doppelbindung enthält wie das VC, auch Styrol, Butadien usw.: das sind alles Stoffe, die heute in der Toxikologie als ähnlich gefährlich angesehen werden wie VC, weil sie einen ähnlichen Stoffwechsel haben, weil sie sich im Körper ähnlich verhalten, und weil sie im Körper ganz ähnliche Schäden hervorrufen. Aber nichts passiert. Styrol hat einen MAK-Wert (7) von 100 ppm (8). Die Erkenntnis, daß Styrol möglicherweise krebserzeugend ist, steht auf dem Papier, hat aber keine praktischen Konsequenzen. Es wirddrauf los produziert und wieder darauf gewartet, bis es zu spät ist. Dies ist genau die Strategie des Gesundheitsschutzes, die die chemische Industrie verfolgt.

Der Fortschritt in der Chemie, jedenfalls so, wie er bis heute betrieben wurde, hat Auswirkungen auf sämtliche Industriezweige. Einige Beispiele aus der Metallindustrie: Chrom-Nickel-Schweißer haben ein bis zu sieben Mal höheres Lungenkrebsrisiko als die Normalbevölkerung. Metallarbeiter können, wenn sie mit Lösungsmitteln, vor allem mit benzolhaltigen Lösungsmitteln beschäftigt waren oder sind, an Blutkrebsen erkranken. Sie sind durch die synthetischen Kühlschmierstoffe, in denen bis zu 3% hochkanzerogene Nitrosamine gefunden worden sind, einem hohen Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Als letztes Beispiel: die große Anzahl der Kunststoffe, Kunstharze und Lacke, die in der weiterverarbeitenden Industrie benutzt werden, und mit denen zehntausende von Arbeitern in der BRD täglich in Berührung kommen. Das sind dann genau wieder PVC-, Acrylharz-Lacke usw. Es ist nicht nur eine Frage der krebserzeugenden Wirkung der Stoffe. Meistens gibt es vor Ausbruch einer solchen schlimmen Krankheit Anzeichen dafür, daß der Körper diese Stoffe nicht verträgt. Als erstes sind hier die Allergien zu nennen. Allergien sind das Resultat einer Schädigung des Immunsystems, aber das ist nur ein Teil immuntoxischer Schädigungen. Für viele andere Stoffe, die sich nicht allergisch äußern, ist ebenfalls nachgewiesen, daß sie das Immunsystem schä-

Immunsystems, aber das ist nur ein Teil immuntoxischer Schädigungen. Für viele andere Stoffe, die sich nicht allergisch äußern, ist ebenfalls nachgewiesen, daß sie das Immunsystem schä-

digen. Z.B. VC unterdrückt auch bestimmte Funktionen des Abwehrsystems. Die Menschen werden anfälliger gegen andere Stoffe, gegen Bakterien und gegen Viren.

Das Zusammenwirken sehr vieler Stoffe, die gleichzeitig oder in zeitlicher Abfolge auf den Menschen einwirken, ist ein weiterer Punkt. Das wichtigste Beispiel sind die sog. Tumorpromotoren, Stoffe, die nicht selber als krebsgefährdend eingestuft werden, die aber ebenfalls Krebs machen. Sie regen degenerierte Zellen, die vereinzelt bis zu einer Zahl von einer Million in jedem Körper vorkommen, zu verstärktem Wachstum an. Normalerweise sind diese Zellen aufgrund unseres Immunsystems nicht gefährlich, sie werden abgefangen und ausgeschieden. Viele Stoffe in der chemischen Produktion wirken als solche Tumorpromotoren, z.B. Chlorkohlenwasserstoffe, viele Aromate, Weichmacher in Kunststoffen, die Pthalsäureester. Es gibt Kunststoffe, die bis zu 60% Weichmacher enthalten, die über Jahre hinweg ausdiffundieren, in unsere Lebensmittel gehen und damit in unseren Körper.

Viele Medikamente gehören zu diesen Stoffen. Die Menschen bekommen, so krank sie durch Produktion und Umwelt werden, oftmals Medikamente, die die schädlichen Auswirkungen der ursprünglichen Belastung langfristig noch verschlimmern.

Schichtarbeit und Gesundheitsschutz

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der leider oft vergessen wird: es sind

nicht nur die chemischen Stoffe, es ist die Situation im Betrieb, in dieser Produktion im allgemeinen, die krankmachend ist. Dies ist der Rahmen, in dem diese krankmachenden Faktoren wirken.

Diese Behauptung sei am Beispiel Schichtarbeit erläutert. In der BASF sind von über 50.000 Beschäftigten 12.000 Schichtarbeiter. Sie arbeiten 12-Stunden-Schicht, die sog. Flieger-Schicht. Sie arbeiten also von morgens 6 bis abend 6 Uhr und am nächsten Tag von abends 6 bis morgens 6 Uhr, es ist jeden Tag Schichtwechsel. Das machen sie durchgehend über Wochenende, Feiertage, über die ganzen Jahre. Es ist schon vom Augenschein her leicht einsehbar, daß ein Körper, der diesen Bedingungen unterworfen ist, nicht so widerstandsfähig sein kann, wie ein gesunder, unter relativ normalen Umständen lebender Körper. Es ist aber auch die gesamte Existenz, die Lohnarbeiter-Existenz, die einen so fertig macht, die einen empfänglich macht für Unwohlsein, für Infekte und für schwere Krankheiten. Wir müssen alle arbeiten, damit wir Geld haben, damit wir leben können. Wir werden nicht gefragt nach unserer Persönlichkeit, nach unserer Kreativität, nach dem was wir vielleicht Selbstverwirklichung nennen könnten, wenn wir im Betrieb arbeiten. Wir müssen das tun, was uns dort gesagt wird. Wir müssen uns der Hierarchie unterwerfen. Das ist der normale Alltag in jedem Betrieb, ob es die BASF ist, Daimler-Benz oder ein anderer.

In uns existieren sozusagen zwei Welten, die die ich draußen lebe, als Persönlichkeit, wie auch immer, und die drinnen, wo ich die eine sozusagen ein bißchen abtöten muß, und wo ich diese Funktion erfüllen muß, die von mir gefordert wird. Die Konsequenz daraus ist, daß sehr viele Dinge, wie Befindlichkeitsstörungen sich elend fühlen und richtige Krankheiten, verleugnet werden. Es gibt eine innere Zensur, die sagt, daß du nicht krank werden darfst, also wird die Krankheit verleugnet.

Ein weiteres Problem ist das Herrschaftswissen. Es ist ein Problem, aber man kann es verstärken, wie es in den chemischen Großbetrieben gemacht wird, oder man kann versuchen erste Brücken zu bauen. Wenn nur in lateinischen Fremdwörtern geredet wird, wenn nur medizinische und chemische Fachausdrücke benutzt werden, dann kann erst mal kein Arbeiter etwas damit anfangen. Die Chemiker, Mediziner und Toxikologen in der BASF beabsichtigen das. Das, was die Arbeiter nicht wissen sollen, wird so formuliert, daß sie es nicht verstehen können. Das was man an verharmlosenden Dingen sagen kann, das wird dann sehr verständlich ausgedrückt. Dies ist eine ganz schlimme politische Verhaltensweise Verantwortlicher innerhalb der chemischen Großbetriebe, und nicht nur dort, sondern das ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem. Dieses Herrschaftswissen fängt im Laboratorium, in der Forschung, in der Anwendungstechnik an. Da reinigt oder analysiert man einen Stoff, synthetisiert irgendwo noch eine Methyl-Gruppe dran, kriegt aber nicht gesagt, und darf auch nicht fragen, wozu dieser Stoff dient. Es gibt eine ganze Reihe Chemiker — sogar Chemiker! — die nicht wissen, was mit den Stoffen gemacht wird, die sie synthetisieren.

Viel schlimmer stellt sich das Problem für die Leute, die noch nicht mal ein chemisches Fachwissen haben, denen es vorenthalten worden ist, und denen es weiter vorenthalten wird. Die Frage, wie der Mensch seine Fähigkeiten wiedererlangt, über seine Belange, seine Gesundheit, und seine Zukunft zu diskutieren und zu entscheiden hängt damit zusammen, in welcher Richtung Wissenschaft und Forschung betrieben wird. Wir können nicht Chemiepolitik an den Beschäftigten vorbei betreiben. Wir müssen diskutieren wie wir die Fragen, wie und was produziert wird, in den Bereich der unmittelbaren Produzenten hineintragen. Dies ist bis heute nur in Ansätzen zu erkennen, z.B. durch unsere Betriebszeitungen oder durch Flugblätter und Informationsmaterial, das an den Toren verteilt wird — das ist erst ein ganz kleiner Anfang.

Die Grenzwerte-Problematik

Die chemische Industrie behauptet in ihrer Öffentlichkeitsarbeit andauernd, sie würde alles tun, um die Produktion dem Menschen anzupassen. Das Gegenteil ist der Fall. Das fängt bei der Forschung an und das hört bei der Arbeitsmedizin auf. Es ist nicht so, daß Befindlichkeitsstörungen oder sich krank fühlen von den Werksmedizinern ernstgenommen würde, dort wirst du durch die Mangel einer ausgetüftelten Laboratoriums-Diagnostik gedreht, dort wirst du bis hin zu Gewebeentnahmen gequält, damit festgestellt werden kann, ob du krank bist oder nicht. Was du selbst fühlst, denkst, welche Beobachtungen du gemacht hast, daß ist denen egal. Der Mensch wird entäußert. Er wird nicht nur entäußert, in dem Sinne, daß er getrennt ist von dem, was und wofür er produziert, von den Produktionsmitteln mit denen er produziert, die ihm ja nicht gehören, sondern er wird auch getrennt von seinem Leben, von seinem Körper, von seiner Gesundheit, auch das wird ihm abgenommen.

Dazu einige Beispiele aus der BASF, die das verdeutlichen. Man kann der BASF im großen und ganzen nicht vorwerfen, sie würde Grenzwerte nicht einhalten. Sie tut es sehr wahrscheinlich. Sie hat jüngst das Ergebnis einer Untersuchung veröffentlicht, die an 12.000 Produktions-Arbeitsplätzen durchgeführt wurde. Der Beschäftigte trug jeweils ein Sammelröhrchen, das danach gaschromatografisch auf angeblich über dreihundert Stoffe hin ausgewertet worden ist. Nur die wenigsten Arbeitsplätze seien wirklich kritisch gewesen, im großen und ganzen würden die Bedingungen weit unterhalb zulässiger Grenzwerte liegen. Was sind das denn für Grenzwerte, gerade für krebserzeugende Stoffe? Es sind keine medizinisch begründeten Grenzwerte, sondern sog. technische Richtkonzentrationen.

Am Beispiel Benzol will ich dies verdeutlichen: Benzol hat eine technische Richtkonzentration von 8 ppm, das sind 8 Volumenteile auf 1.000.000 Volumenteile. Wenn man das mittels der Gasgesetze umrechnet, dann entspricht das in der flüssigen Phase, also in den ganzen Lösungsmitteln, mit denen der Chemiearbeiter zu tun hat, etwa der Konzentration von einem Gewichtsprozent. Das ist genau die Konzentration, die anfällt in den Lösungsmitteln, die gerade noch gesetzlich erlaubt ist und die dann auch in den Produkten drin ist. Hier sind vor allem die Maler und Lackierer betroffen, bei denen ja schwere Schädigungen aufgetreten sind. Benzol ist nachweislich blutkrebserzeugend, und dennoch hat es einen sehr hohen Grenzwert, nämlich 8 ppm — das ist ein Skandal. Dies ist nur ein Beispiel, es gibt sehr viele solcher Stoffe, und die Absicht der zuständigen Gremien und Komissionen, in denen ja die BASF-Vertreter mitarbeiten, ist für möglichst viele Stoffe solche Werte aufzustellen, die sich nicht nur nach medizinischen Gesichtspunkten richten, das sagen sie selber, sondern auch nach technischen Gegebenheiten, d.h. nach wirtschaftlichen, und nach machtpolitischen Gegebenheiten.

Die BASF sagt: Was wollt ihr denn? Wir untersuchen doch unsere Beschäftigten regelmäßig arbeitsmedizinisch. In der BASF werden sehr viele arbeitsmedizinische Vorsorge-Untersuchungen durchgeführt, dafür gibt es Richtlinien der Chemie-Berufsgenossenschaft. Sogenannte ,,Grundsätze" zur Vorsorge-Untersuchung. Da sind mittlerweile auch über 40 krebserzeugende Stoffe mit einbezogen worden. Da wird wiederum Labordiagnostik betrieben, um zu sehen, wieweit der Mensch schon geschädigt ist, wie die Leberwerte hochgehen, wo man anfangen muß, den Menschen zu versetzen, ihn von diesem Arbeitsplatz wegzunehmen. Oder aber es wird eine Ursache gesucht, die im persönlichen Verschulden liegt, weil er keine Maske getragen hat. Es wird offiziell von vielen Arbeitern in der chemischen Produktion verlangt, daß sie länger als eine Stunde eine Maske tragen — die trägt dann natürlich keiner, das geht nicht. Sich länger als eine Stunde dieser Qual zu unterziehen, das ist Wahnsinn. Statt die Quellen zu verschließen, statt diese Produkte rauszunehmen aus der Produktion, werden die Arbeiter unmöglichen Bedingungen unterworfen, die sie doch nicht einhalten können, um ihnen später sagen zu können: Ihr seid ja selber schuld an eurer Krankheit.

Aussonderung der ,,Nicht-Chemie-Festen"

Das Konzept dieser Vorsorge-Untersuchungen ist sehr fragwürdig und in der Tendenz wiederum menschenfeindlich. Es werden z.B. Lungen-, Leber- und Nieren-Funktionstests gemacht. Der Mensch wird als ganzes überhaupt nicht beachtet. Diese Tests sind daraufhin ausgerichtet, Risiko-Gruppen zu charakterisieren, festzustellen und zu isolieren. Das beginnt schon bei der Einstellung. Überhöhte Leberwerte werden erstmal dem Alkoholismus zugeschrieben, das ist der normale Fall. Ob da medikamentöse Schädigungen vorliegen, oder Schädigungen von früheren Betrieben, fragen die nicht, oder es interessiert die wenig. Dafür fragen die nach Familien-Anamnese (9). Familien-Anamnese heißt: Aufnehmen der Krankheitsbilder in der Familie, die irgendwann schon einmal aufgetreten sind. Das ist ein Punkt, der gegen die Beschäftigten gewand wird. Das steht jetzt neuerdings auch in den berufsgenossenschaftlichen Richtlinien zu diesen Vorsorge-Untersuchungen drin. Da wird dem Werksarzt gesagt, er soll nach Krebserkrankungen in der Familie fragen. Sind da augenscheinlich erhöhte Krebsfälle zu verzeichnen, ist dieser Mensch von der Familie her vorbelastet und möglichweise einem höheren Risiko ausgesetzt. Dieser Mensch soll dann nicht in diesen Produktionsbereichen beschäftigt werden. Das bedeutet für viele heute Arbeitslosigkeit. Nicht die Produktion wird verändert, sondern die Menschen werden raussortiert. Das ist die neue Linie in der Arbeitsmedizin, und auch in der Umweltmedizin. Man versucht Leuten zu sagen, das hat der Albrecht ja schon gesagt, sie sollen aufs Land ziehen, wenn sie die Luft in der Stadt nicht vertragen. Man versucht Leute zu isolieren und ihnen zu sagen: ,,Ihr seid halt nicht chemie-fest" — und bei uns muß man eben chemie-fest sein.

In den neuen Richtlinien der Berufsgenossenschaften ist vorgesehen, daß für jeden Beschäftigten, der mit krebserzeugenden Stoffen zu tun hat, eine Gesundheitsakte geführt wird — in der BASF wird sie übrigens für alle geführt, die diesen Vorsorge-Untersuchungen unterliegen — und eine Kopie davon wird bei der Berufsgenossenschaft geführt. Gleichzeitig wird eine laufende epidemiologische Abfrage gemacht, d.h. bestimmte Entwicklungen hinsichtlich von Risiko-Gruppen oder Risiko-Populationen, wie das genannt wird, sollen dann entdeckt werden, wenn sie bereits da sind, und bestimmte Maßnahmen der Ausgrenzung und der Selektion sollen durchgeführt werden, bevor das alles publik wird. Wieder steht der Nachweis am Menschen dahinter. Es wird gefordert, wenn Toxikologen sagen, dieser oder jener Stoff ist gefährlich, dann muß sich das auch an den statistischen Erhebungen der Berufsgenossenschaften zeigen. Es muß aus dem Belastungs-Kataster herausgesehen werden, daß dieser Stoff krebserregend ist. Der arbeitsmedizinische Sprecher der Bayer-AG Korallus sagte, es sollte ein lückenloses Belastungskataster aufgestellt werden, welches zeigen soll, ,,*daß es durchaus tolerable Grenzwerte für kanzerogene Stoffe gibt, wie es der allgemeinen arbeitsmedizinischen Erfahrung auch entspricht.*" Es ist falsch, als Betroffene Gesundheitsakten zu fordern, denn diese gibt es bereits, aber sie werden gegen uns verwendet. Die entscheidende Frage ist, wer die Kontrolle über alle diese Maßnahmen hat. Und das sind nicht wir. Die großen Konzerne kontrollieren die Gremien, die dafür verantwortlich wären, und sie kontrollieren auch die Berufsgenossenschaften.

Arbeitsmedizin als Hilfestellung für menschenfeindliche Produktion

Dafür sprechen entscheidende Indizien und Tendenzen. Ich möchte dazu noch ein Beispiel bringen. Es geht nicht nur um Grenzwerte am Arbeitsplatz, sondern auch im ,,biologischen Material", wie es so schön heißt. Im Klartext: es wird festgelegt, wieviel Gift einer in seinem Körper mit sich herumtragen darf. Die Medizin erfindet Toleranzbereiche, innerhalb derer uns chronische Vergiftungen zugemutet werden. Konkret: Die MAK-Werte-Liste enthält neuerdings für eine steigende Zahl von Stoffen ,,Biologische Arbeitsstoff-Toleranzwerte" — die BAT-Werte. Das macht selbst vor eindeutig kanzerogenen Stoffen nicht halt: auch für Benzol gibt es jetzt eine sogenannte Korrelationstabelle, die für den Durchschnittsmenschen, unter durchschnittlichen Stoffwechsel- und Fremdstoffverteilungsbedingungen im Körper, die der äußeren Belastung entsprechenden Blut- und Urinwerte ausweist.

Zur arbeitsmedizinischen Vorsorge gehört nicht zuletzt die Überwachung der BAT-Werte, beziehungsweise der Giftekonzentrationen oder ihrer Metaboliten im Körper. Wer dauerhaft bis zu 20 mg Phenol im Blut hat — was dem Benzoleinwirkungsgrenzwert von 4 ppm entspricht — ist im juristischen Sinn keiner Einwirkung ausgesetzt.

Es ist nicht nur so, daß der Mensch als billiger Meßwertaufnehmer mißbraucht wird — die Kontrolle des Menschen statt die des Arbeitsplatzes — er wird auch noch einer naturwissenschaftlichen Definitionsgewalt unterworfen: soundsoviel haben dir gefälligst nichts auszumachen, zumindest nicht akut, alles andere ist eben dein Pech!

Die herrschende Arbeitsmedizin betreibt eine Individualisierung des Risikos, eine Ausgrenzung von gesundheitlich Gefährdeten als unwerte Menschen. Letztendlich wird hier eine Rassenpolitik betrieben. Dies ist z.B. anhang dreier Techniken zu belegen, welche bei der BASF schon angelaufen sind bzw. erprobt werden.

Erstens: Chromosomenuntersuchungen. Die BASF macht seit 1970 Chromosomenuntersuchungen, d.h. die Erbsubstanz von Mitarbeitern, die mit kanzerogenen Stoffen arbeiten, wird von Zeit zu Zeit auf mikroskopisch sichtbare Schäden untersucht. Werden hierbei erhöhte Raten an Erbsubstanzschäden festgestellt, so werden diese Arbeiter versetzt. In den VC- und Ethylenoxid-Betrieben wurde dies festgestellt. Die Werksmedizin argumentierte hier, es habe bei vielen Mitarbeitern eine Mischexposition vorgelegen, und man könne nicht genau sagen, woher die Chromosomenschäden kommen. Also ist nicht bewiesen, daß Ethylenoxid die Chromosomen schädigt. Dies wird von hochangesehenen Toxikologen und Arbeitsmedizinern der BASF nach wie vor aufrechterhalten.

Zweitens: Bluttests. Bei Bluttests werden vorwiegend giftende und entgiftende Enzyme auf ihre Aktivität untersucht. In der Arbeitsgruppe Oesch in Mainz werden diese Bluttests weiterentwickelt, und die BASF wendet diese zum Teil schon an, bzw. schickt Mitarbeiter nach Mainz zur Untersuchung.

Drittens: Urintests. An der Uni Essen wurde ein Verfahren entwickelt, das es gestattet, den Urin auf Stoffwechsel-Produkte der Erbsubstanz zu untersuchen. Hier wird geprüft, ob z.B. Verbindungen zwischen der Erbsubstanz und bestimmten Stoffen wie VC vorliegen. Hiermit wird die innere Belastung der Arbeiter bestimmt. Sie werden als lebende Meßstation mißbraucht. Blinkt das rote Licht, werden sie versetzt oder ganz herausgenommen.

Dies sind menschenfeindliche Hilfestellungen der medizinischen Wissenschaften für eine menschenfreindliche Chemieproduktion: Nicht die Gifte werden abgeschaft, sondern die Arbeiter, die diese Gifte nicht verkraften.

Für eine alternative Arbeitermedizin

Ich möchte zum Schluß die Frage aufwerfen: in welche Richtung müssen wir diskutieren? Die Ziele sind klar: Wir müssen die Produktion verändern, d.h. den gesamten Komplex chemischer Forschung und Produktion. Das ist kein chemisches Problem. Wir müssen überhaupt die gesamte Industrie und industrielle Produktion verändern. Wir müssen andere Stoffe entwickeln, nämlich Stoffe, die mit der menschlichen Gesundheit und der Natur verträglich sind. Wir müssen zu neuen Inhalten in der Produktion kommen. Wir sollten nicht auf eine verstärkte Abfall- und Entsorgungstechnologie setzen, sondern wir müssen versuchen, ganz neue Inhalte zu entwickeln. Davon sind wir sehr weit entfernt, auch wenn die Grünen heute anfangen, das Entgiftungsprogramm zu diskutieren. Die wirtschaftliche und politische Macht der Großkonzerne ist nach wie vor ungebrochen! Sie können ihre Produkte noch immer, auch dann wenn es Alternativen gibt, als vorwiegende Produkte durchsetzen. Die Voraussetzungen, um zu einer Änderung zu kommen, sind Aufklärung und Information der unmittelbar Betroffenen, sind Demokratisierung des Wissens, Wegkommen von diesem Herrschaftswissen, gegen das Expertengehabe, Wecken von Interessen für Inhalte der Produktion, für die Forschung, für die Entwicklung, für die Anwendung von Produkten, in den Belegschaften selbst. Vor allem auch: Wecken von Interesse am eigenen Körper, an der eigenen Gesundheit, Dinge wahrzunehmen, die man bisher sich versagt hat. Dies wurde in Italien unter dem Stichwort Arbeitermedizin diskutiert. Die Arbeitermedizin geht davon aus, daß man seine Gesundheit nicht an Gremien delegieren kann, auch nicht an Ärzte und Experten, sondern, daß der erste große Fachmann der Betroffene selbst ist. Deshalb muß die eigene Fähigkeit, die Kompetenz, erste Störungen zu erkennen, wieder entwickelt werden. Dazu müssen Experten, die von ihrem Expertensessel herunter wollen, die den Betroffenen helfen wollen, etwas zu tun. Mehr tun als nur in Parlamenten zu diskutieren, sondern versuchen, in Kontakt mit den Betroffenen selbst oder mit Gruppen, die mit Betroffenen zu tun haben, zu kommen. Diese Fragen müssen dort ernsthafter diskutiert werden als dies bisher passiert ist.

Zu den Mitteln, in eine neue Richtung etwas zu entwickeln: es muß diskutiert werden über die Kontrolle, aber die Kontrolle schlechthin, was, wie und wofür produziert wird. Es muß die gesellschaftliche Trennung zwischen Produzenten und Konsumenten aufgehoben werden. Es sind alles dieselben Menschen, die produzieren und konsumieren. Das muß in das Bewußtsein! Es muß diskutiert werden über die Herrschaftsverhältnisse in der Produktion, im Betrieb und in der ganzen Gesellschaft. Es muß diskutiert werden, wie der politische Wille der unterdrückt gehaltenen Massen, seien es die arbeitenden oder die arbeitslosen Massen, zur Änderung ihrer gesellschaftlichen Lage entwickelt werden kann.



Formaldehyd-Anlage in Ludwigshafen: Die BASF ist der mit Abstand größte Produzent dieser Chemikalie in der Bundesrepublik.

Anmerkungen:
1) Toxikologie: Lehre von den Giften und Vergiftungen
2) kanzerogen: wie karzinogen = krebserzeugend
3) Epidemiologie: die Lehre von den Epidemien
4) Morbiditätsstudien: Untersuchungen über die Häufigkeit von Erkrankungen in der Bevölkerung
5) Mutagenität: die Erzeugung von Veränderungen
6) Comonomer: Baustein hochmolekularer Stoffe
7) MAK-Wert: Zulässige maximale Arbeitsplatz-Konzentration
8) ppm: parts per million, Teile auf eine Million
9) Anamnese: Vorgeschichte einer Krankheit

Für das 'Recht' auf ein behindertes Kind

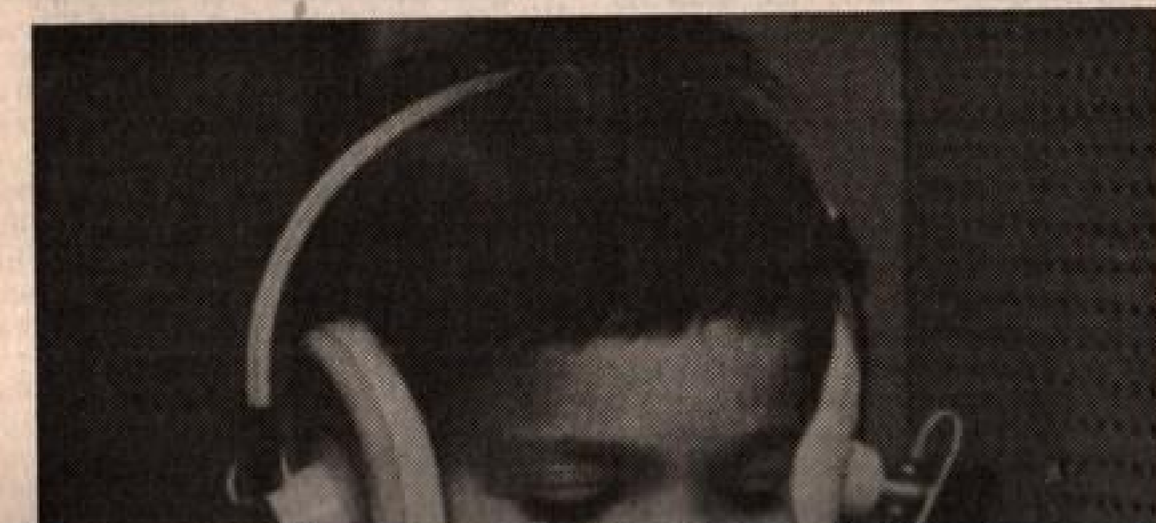
In der letzten Zeit wird — auch innerhalb der Frauenbewegung — immer häufiger die Frage „Behindertes Kind — Ja oder Nein?" erörtert. Zum einen sicherlich dadurch, daß durch die Genforschung immer mehr dieses Thema hervorgerufen und diskutiert wird. Zum anderen wohl aber auch, weil immer mehr Frauen berechtigte Angst vor umweltbedingten Behinderungen haben.

Die Gentechnologen forschen jedoch in der Regel nicht nach umweltbedingten Behinderungen und deren Vorbeugung, bzw. Beseitigung der schädlichen Umwelteinflüsse, sondern versuchen, die Schäden des „Erbguts" festzustellen. Einige Behinderungen sind mittlerweile auch schon vor der Geburt feststellbar.

Am häufigsten empfohlen wird Frauen über 35 eine Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung) machen zu lassen, da bei ihnen eine erhöhte Gefahr an Behinderungen für das Embryo/Fötus vorliegen soll (wir haben uns bewußt für die Bezeichnung „das" Embryo/Fötus entschieden). Im besonderen handelt es sich hierbei um das Down-Syndrom (früher „mongolische Idioten"; auch Mongolismus genannt, rassistisch anlehnend an das Aussehen der Menschen, die in der Mongolei leben). Genau hier setzen sie bei der Angst vieler Menschen an.

Aufgrund der Diskussion von Forschern und einer allgemeinen Stimmung gegen Behinderte, haben Frauen Angst, ein behindertes Fötus (wenn dies während der Schwangerschaft festgestellt wurde) abtreiben zu müssen, da die Forderung vieler Wissenschaftler dahin geht, die Gesellschaft nicht mit diesen Menschen zu belasten. Deshalb haben einige Frauen die Forderung aufgestellt „Für das ‚Recht' auf ein behindertes Kind".

Bringt frau diese Forderung aber in die Diskussion, wird gar nicht darauf eingegangen. Die Frauen (häufig auch Frauen, die gar keine Kinder wollen) kontern sofort und fordern ihr „‚Recht' auf ein nicht behindertes Kind", ohne auf die andere Forderung einzugehen. Teilweise geht die Angst vor Behinderungen so weit, daß frau meint, wenn eine schwangere Frau es psychisch nicht verkraftet, daß das Kind mit einer Hasenscharte auf die Welt kommen würde, die Frau das Recht haben muß, sich aus diesem Grund, wenn es sich feststellen ließe, das Embryo abzutreiben. Ebenso bei Zuckerkrankheit etc.





Das Recht, ein behindertes Kind abzutreiben ist jedoch nicht beschnitten und die Herrschenden sind dankbar für jedes abgetriebene behinderte Embryo/Fötus (ganz im Gegensatz zur sozialen Indikation). Deshalb geht es uns in diesem Artikel auch nicht darum, sondern um die Auseinandersetzung über die Forderung, ein behindertes Kind austragen zu können. Es geht uns **nicht** darum, den Frauen die Abtreibung, aus welchen Gründen auch immer, auszureden oder gar zu verbieten. Wir wollen aber einige Argumentationen hinterfragen und versuchen aufzudecken, welche Ängste uns derzeit eingeflößt werden und wie wir gerade dabei sind, sie voll aufzusaugen.

Wir wollen im Folgenden versuchen, unsere Position darzustellen, ohne dabei auch unsere Unsicherheiten — die wir in verschiedenen Punkten haben — wegzuwischen. Es geht um eine kritische Auseinandersetzung, der hoffentlich eine weitere Diskussion folgt!

Gängige Vorsorgeuntersuchungen

Wie in allen anderen Bereichen sind verschiedene Vorsorgeuntersuchungen für uns selbstverständlich geworden. Wird eine Frau schwanger und möchte (oder muß?) das Kind austragen, bekommt sie vom Arzt ihren „Mutterpaß" für Blut- und Urinuntersuchungen, zweimal Ultraschall und in bestimmten Fällen eine Amniozentese (= Fruchtwasseruntersuchung).

Blutuntersuchung: Bestimmt wird die Blutgruppe, dabei insbesondere das Vorhandensein des Rhesus-Faktors der Schwangeren. Hat die Schwangere keinen Rhesus-Faktor, ist also Rh negativ, kann sie gegen das Blut des Fötus, wenn dieser Rh positiv ist, Antikörper entwickeln, die in der Lage sind, die roten Blutkörperchen des Fötus zu zerstören (Rhesusfaktorsensibilisierung). Bei rechtzeitiger Feststellung können medizinische Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Abhorchen oder Aufzeichnen der Herztöne: Hier geht es im wesentlichen darum festzustellen, ob das Embryo/Fötus regelmäßige Herztöne von sich gibt. Es kann vorkommen, daß das Fötus in der Gebärmutter abstirbt, was auch zum Tod der Frau führen kann, wenn dies nicht rechtzeitig bemerkt wird.

Ultraschall: Mit Hilfe von Ultraschall (= Hochfrequenzwellen, d.h. Wellen, deren Frequenz über 20 khz liegt = 20 000 Schwingungen pro Sekunde) wird das Fötus sichtbar gemacht. Je nachdem wie das Fötus gerade liegt, sind von Ärzt/inn/en das Vorhandensein der Gliedmaßen, starke anatomische Störungen, evtl. zu erwartende Mehrlingsgeburten und das Geschlecht zu erkennen.

Amniozentese: Eine kleine Menge des Fruchtwassers, das das Fötus umgibt, wird mit einer Punktionsnadel durch die Bauchdecke entnommen. Mit den in der 16. bis 20. Schwangerschaftswoche im Fruchtwasser schwimmenden Zellen des Fötus wird eine Kultur angelegt, die eine Zelluntersuchung möglich macht. Eine Reihe von genetisch bedingten Behinderungen können diagnostiziert werden, wie z.B. Down-Syndrom, Spina bifida (einige Wirbel sind unvollständig ausgebildet, kann in relativ schwachen Behinderungen vorkommen bis hin zu offenem Rücken, Wasserkopf etc.), Tay-Sachs-Syndrom (das Kind stirbt daran in den ersten Jahren). Ebenso ist ein Nebenprodukt dieser Untersuchung die Feststellung des Geschlechts. In Indien wird die Amniozentese nur zur Geschlechtsfeststellung angewandt; daß damit auch bestimmte Behinderungen festgestellt werden können, ist den meisten Frauen in Indien nicht bekannt.

Chorionbiopsie: Die Chorionbiopsie wird ebenfalls bei ständiger Ultraschallkontrolle vorgenommen. Hierbei wird ein Katheter in die Vagina eingeschoben und durch den Muttermund bis zu der Membran geführt, die das Fötus umgibt. Dann werden einige Zellen angesaugt, die innerhalb von Stunden auf ihre Struktur hin untersucht werden. Im Gegensatz zur Amniozentese kann dies bereits in der 7. Schwangerschaftswoche vorgenommen werden. Es ist für die Frau schmerzhaft und für den Arzt schwieriger als eine Amniozentese. Das Embryo ist sehr viel kleiner und das Ultraschallbild dadurch unsicherer. Die Gefahr der Verletzung des Embryos ist hierbei gegeben.

Da zu diesem Zeitpunkt noch zu viele mütterliche Zellen in der Probe enthalten sein können, muß dieser Vorgang teilweise mehrmals wiederholt werden. Das Fehlgeburtsrisiko dieser Untersuchung wird zur Zeit auf ca. 3% geschätzt. Die Ärzte haben für diese

tese kann dies bereits in der 7. Schwangerschaftswoche vorgenommen werden. Es ist für die Frau schmerzhaft und für den Arzt schwieriger als eine Amniozentese. Das Embryo ist sehr viel kleiner und das Ultraschallbild dadurch unsicherer. Die Gefahr der Verletzung des Embryos ist hierbei gegeben.

Da zu diesem Zeitpunkt noch zu viele mütterliche Zellen in der Probe enthalten sein können, muß dieser Vorgang teilweise mehrmals wiederholt werden. Das Fehlgeburtsrisiko dieser Untersuchung wird zur Zeit auf ca. 3% geschätzt. Die Ärzte haben für diese

Untersuchungsmethode noch nicht genug Erfahrung und üben noch an Abortmaterial. In der Stoeckenius-Beratungsstelle ist man jedoch schon lange in das „Stadium der diagnostischen Anwendung" eingetreten (1).

Diese Aufzählung von Vorsorgeuntersuchungen ist nicht vollständig, sondern nur beispielhaft für die am häufigsten angewandten Methoden. Die aufgezählten Untersuchungen haben sich weitläufig als „normal" und „ungefährlich" durchgesetzt, Einschränkungen müssen hier bei der Amniozentese gemacht werden, da diese besonders „älteren" Gebärenden (über 35 Jahren) dringend empfohlen wird, wie auch Frauen mit festgestellten bzw. vermuteten „genetischen Risiken" in der Familie.

Wir halten in dieser Aufzählung die Blutuntersuchung und das Kontrollieren der Herztöne für wichtig (und ungefährlich), da bei beiden Methoden eine Lebensgefahr für die schwangere Frau und auch ein Absterben des Fötus erkannt bzw. verhindert werden kann.

Der Ultraschall hingegen wird zu Unrecht als „normale", ungefährliche Methode dargestellt. Diese Untersuchung wird erst seit ca. 10 Jahren als „Regeluntersuchung" durchgeführt, mögliche Spätschäden wurden noch nicht nachhaltig erforscht. Es melden sich jedoch in den letzten Jahren erste Stimmen mit ernsthaften Bedenken an der allgemein angenommenen Harmlosigkeit. So wandten sich Mediziner in den USA dagegen, „*Untersuchungen von Schwangeren mit Ultraschall zur Routine werden zu lassen. Obwohl bislang keine auf Ultraschall zurückzuführenden Schäden bei Embryos beobachtet worden seien, sollte diese Methode auf Fälle beschränkt werden, wo sie aus medizinischen Gründen angezeigt sei*", betonte ein vom US-Ministerium einberufenes Gremium. Grund zur Warnung sehen die Wissenschaftler „*weil Tests mit Tieren und Zellkulturen gezeigt hätten, daß hohe Dosierungen von Ultraschall das Wachstum von Embryos beeinflussen und Zellen schädigen können*" (2).

Es sei hierbei daran zu denken, daß auch das Röntgen früher als ungefährlich galt. Erst nach vielen Jahren konnten die Schäden der Röntgenstrahlen klar nachgewiesen werden.

Mittlerweile hat es sich durchgesetzt, Ultraschall in der Regel mindestens zweimal anzuwenden, teilweise sogar noch öfter (bei Amniozentese und Chorionbiopsie besonders), was das Risiko erhöht. Wir schätzen das Risiko der Zellschädigung je größer ein, desto jünger das Embryo ist und je länger die Untersuchung dauert. Ein geringeres Risiko vermuten wir bei Ultraschalluntersuchungen kurz vor der Geburt, wenn auch das Gehirn schon weit entwickelt ist. Die Amniozentese beinhaltet die Überlegung, ein Fötus mit Behinderung bzw. anderen unerwünschten Merkmalen wie z.B. dem „verkehrten Geschlecht" (in der Regel ist das weibliche Geschlecht verkehrt — zur Zeit in Indien und China praktiziert) abzutreiben. In der BRD besteht diese Möglichkeit „*bis zum Ende der 22. Woche nach der Empfängnis*" ..., „*wenn dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß ein Kind, wenn es zur Welt käme, wegen einer Erbkrankheit oder wegen schädlicher Einflüsse während der Schwangerschaft an einer nicht behebbaren Gesundheitsschädigung leiden würde, die so schwer wiegt, daß von der Frau die Fortsetzung ihrer Schwangerschaft nicht verlangt werden kann.*" (3) In den meisten Ländern besteht eine ähnliche Regelung.



Gefahr der Behinderung durch „Vorsorgeuntersuchungen"

Bei der Amniozentese ist ein mögliches Risiko eine sofortige Fehlgeburt. Die Höhe des Risikos wird mit 1-1,5% angegeben (4). Da bei ca. 95% aller durchgeführten Amniozentesen keine „Abnormalitäten" festgestellt werden, ist dies unseres Erachtens nach ein recht hohes Risiko. Weiterhin besteht „*ein etwas vergrößertes Risiko von vorgeburtlichen Blutungen, von Abnormalitäten wie Klumpfuß und ausgerenkter Hüfte, von Atembeschwerden bei der Geburt und von Rhesus-Sensibilisierung bei der Mutter. Zudem erhöht sich die Möglichkeit einer Fehlgeburt bei zukünftigen Schwangerschaften*" (4). Das einzige Risiko, auf das offen hingewiesen wird, ist die Gefahr einer sofortigen Fehlgeburt. Um den Rest herauszufinden, muß frau bohren. Die meisten Ärzte wissen bzw. erzählen dies nicht.

Ein weiteres Problem ist, daß die Amniozentese in Zusammenhang mit Ultraschall durchgeführt wird, um die Gefahr einer Verletzung des Fötus mit der Nadel zu vermindern. In der Zeit der Schwangerschaft, in der die Amniozentese gemacht werden kann (s.o.), bewegt sich das Fötus bereits, was die Verletzungsgefahr erhöht (hierzu konnten wir leider keine Zahlen entdecken). Um die Ultraschalluntersuchung durchzuführen, wird ein Kontaktgel benötigt, das auf den Bauch der Schwangeren aufgetragen werden muß. Dieses Gel kann je nach Herstellungsart 35%iges Formaldehyd enthalten, was ca. 0,8% des Kontaktgels ausmacht. Die Auswirkungen hiervon sind uns nicht bekannt. Auf jeden Fall ist Formaldehyd schädlich und hat auch in einer kleinen Menge nichts auf unserem Bauch zu suchen.

Wie hoch ist die Gefahr einer Behinderung bei „älteren" Frauen?

Die Gefahr einer Behinderung hängt nicht nur von dem Alter der Frau ab, sondern auch von dem des Mannes. „*Wenn beide Eltern über 41 Jahre alt sind, beträgt das Risiko für einen Mongolismus beim Kind über fünf Prozent. Wenn ein Elternteil über 41 Jahre und der andere Elternteil zwischen 35 und 41 Jahre ist, liegt das Risiko noch über zwei Prozent. Es beträgt ein bis zwei Prozent. Es beträgt ein bis zwei Prozent, wenn ein Elternteil über 41, der andere dagegen unter 35 ist, und ebenfalls zwischen ein und zwei Prozent liegt das Risiko dann, wenn beide Eltern zwischen 35 und 40 Jahre alt sind*" (5). Lohnt sich das Risiko einer Amniozentese mit Ultraschalluntersuchung bei einer Fehlgeburtenrate von 1-1,5%, einer möglichen Fehldiagnose und den diversen anderen Gefahren, die wir schon aufgezeigt haben?

Das perfekte Baby?

Was ist nun Ziel und Inhalt von Ultraschall, Amniozentese und anderen Methoden der vorgeburtlichen Früherkennung von Behinderungen? Man empfiehlt und bietet uns Möglichkeiten, nicht in die Lage kommen zu müssen, Föten mit bestimmten Behinderungen auszutragen. Was jedoch bei diesen Untersuchungen festgestellt wird, sind nur ganz **bestimmte** Arten von Behinderungen. So kann es sein, daß eine Frau all diese Untersuchungen über sich ergehen läßt und ein Kind bekommt mit einer anderen Behinderung, die nicht untersucht bzw. festgestellt werden konnte. Was dann? Nach all dem unsicheren Warten während der Auswertung der Zellkulturen, der anschließenden Beruhigung durch das ärztliche Ergebnis hat sie jetzt trotzdem ein behindertes Kind. Was passiert mit diesem Kind, was ist mit einem eventuellen Regreßanspruch gegen den Arzt? Wird er deshalb in Zukunft lieber sagen, das Kind wird behindert, als einmal verkehrt die Diagnose einer Nichtbehinderung zu stellen?

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wie bei anderen Untersuchungen auch, kann die Amniozentese mal ein verkehrtes Ergebnis bringen. Zudem kann bei den festgestellten Behinderungen nicht vorhergesagt werden, **wie stark** sie sind. Es kann durchaus eine sehr leichte Behinderung sein. So gibt es z.B. Fälle von Down-Syndrom, wo die Kinder in ihrer Entwicklung ca. um zwei Jahre zurückgeblieben sind bzw. wo sich im Laufe der Zeit der Entwicklungsstand angleicht.

Nichts und niemand kann eine wirkliche Gewähr dafür geben, daß ein Kind nicht behindert wird. Dies zu erwähnen, halten wir für sehr wichtig, da viele Menschen meinen, durch die „Vorsorgeuntersuchung" würden jegliche Risiken ausgeschlossen. Selbst wenn es bis zur Geburt ein „perfekter" Fötus ist, kann durch unterschiedliche Möglichkeiten wie z.B. durch terminlich geplante Geburt (d.h. künstlich eingeleitet, damit das Kind z.B. nicht an einem Sonntag geboren wird), Fehler bei einer Zangengeburt etc. während des Geburtsvorganges eine Behinderung auftreten.

Selbst wenn das Kind „perfekt" geboren wird, kann es eine Krankheit mit bleibenden Schäden bekommen, einen Unfall erleiden usw.

Durch diese „Voruntersuchungsmöglichkeiten" wird (uns) suggeriert, daß wir kein behindertes Kind zu bekommen brauchen. Doch behindert werden kann jede/r von uns in jedem Alter, schon durch einen Autounfall.

von Menschen. Unsere Beschränkungen sind vielleicht nach außen deutlicher sichtbar, wir sind vielleicht offensichtlicher auf Hilfe angewiesen, aber gilt für uns nicht genauso wie für alle anderen, daß wir vor allem darunter ‚leiden', daß wir nicht genug menschliche Wärme erfahren, daß wir nicht genügend akzeptiert werden, daß man uns mit zu wenig Respekt begegnet?" (6).

Innerhalb dieser ganzen Debatte müssen wir unser Denken gegenüber Behinderten endlich einmal überprüfen. Wir haben in vielen Fragen eine Mitleidsebene drauf, durch die es uns erschwert wird, sich mit behinderten Menschen ernsthaft auseinanderzusetzen, und wir haben teilweise Vorstellungen von „lebensunwertem" Leben.

Es ist auch interessant, welche Arten von Behinderung soweit wie möglich ausgeschlossen werden sollen. Mit Rollstuhlfahrer/inne/n könnnen wir immerhin noch „etwas besser" umgehen als mit Behinderungen, die „unseren klaren Verstand" einschränken.

Beseitigung der Umwelteinflüsse, die Behinderungen hervorrufen!

Da viele Krankheiten aufgrund der fortlaufenden Umweltverschmutzung zunehmen, wie Pseudo-Krupp, Leukämie, Allergien, Krebsarten und auch Spina bifida, können die tatsächlichen Gefahren für Behinderungen unserer Gesundheit und körperlicher Funktio-

Müllverbrennungsanlagen liegt. Der Stadtteil Bergedorf, ebenfalls im Osten Hamburgs und in Windrichtung gelegen, weist eine weitere Besonderheit auf. Viermal höher als nach der Statistik erklärbar, liegt hier die Rate an Kindern mit Spina bifida (7).

Zudem ist Hamburg eine Stadt, die offiziell „*die höchste Mißbildungsrate der Bundesrepublik hat und die höchste Rate an schweren Mißbildungen*" hat (7).

Zur verseuchten Umwelt kommen dann noch Behinderungen, die Medikamente, u.a. das Akne-Heilmittel Acuutane, hervorrufen können (8). Diese Liste könnten wir beliebig fortsetzen.

Aufgrund dieser Tatsachen schlußfolgern wir: Nicht mehr Voruntersuchungen brauchen wir, sondern eine Umwelt, die weniger schadstoffbelastet ist.

In Form der „Vorsorgeuntersuchungen", so kann frau/man uns jetzt vorhalten, haben wir doch eine Möglichkeit, uns zumindest in dem von uns beeinflußbaren Bereich gegen ein behindertes Kind zu entscheiden, was für uns aber nur zu einer Verschleierung führt. Die „Vorsorgeuntersuchungen" dienen einer Beruhigung der schwangeren Frauen und beheben keine der Ursachen, die man mit einer besseren Umweltpolitik beseitigen könnte.

Das Private ist nicht vom Politischen zu trennen!

Sicher haben wir die Möglichkeit der individuellen Entscheidung, wenn wir eine Amniozentese haben durchführen lassen, trotz aller Risiken (s.o.). Das „Recht" auf ein nicht-behindertes Kind (d.h. Abtreibung bei Behinderung, ein anderes Recht haben wir bisher nicht) macht uns auch niemand streitig — im Gegenteil, nicht nur auf nationaler Ebene haben wir die Möglichkeit, auch bei überschrittener Drei-Monats-Frist bei drohender Behinderung abzutreiben.

So wurde z.B. auch in Spanien bei Gefahr für das Leben der Mutter, bei drohender Behinderung sowie Vergewaltigung das generelle Abtreibungsverbot gelockert.

Es gibt auch noch andere, die ein Interesse am „gesunden" Kind haben. Denn „der gesunde Mensch" ist billiger und produktiver. Bei einer Zunahme Behinderter könnte ein noch stärkerer nicht gedeckter Bedarf entstehen an entsprechenden Kindergärten, Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Und das alles kostet den Staat Geld, bis hin zu Sozialhilfe und Unterstützungen über das Arbeitsförderungsgesetz.

Weiter müssen wir uns mit den möglichen gesellschaftlich-politischen Konsequenzen auseinandersetzen, wenn in einer behindertenfeindlichen Gesellschaft plötzlich die Möglichkeit besteht, Behinderte schon von vornherein abzutreiben. Wie leicht wird dann das gesellschaftliche Problem, behindertengerechte Einrichtungen zu fördern, zu einem privaten Problem, nach dem Motto „die Frauen haben ja selbst Schuld, heute braucht niemand mehr ein behindertes Kind zu bekommen".

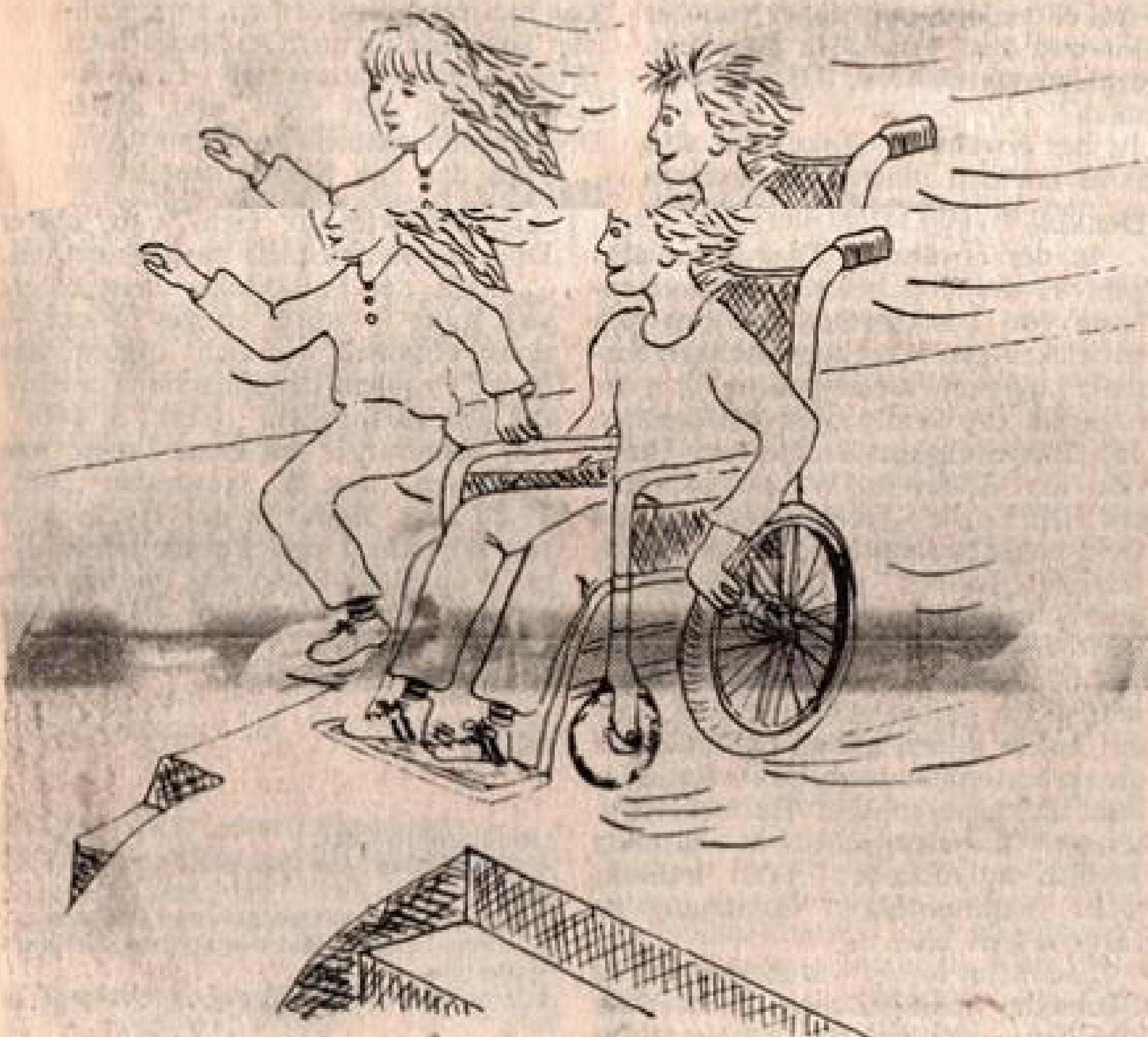
Daß die Tendenz in diese Richtung geht, belegen Äußerungen wie die von Bentley Glass, ehemaliger Präsident der Amerikanischen Gesellschaft für den Fortschritt der Wirtschaft: „*In einer Welt, in der jedes Paar sich im Durchschnitt auf höchstens zwei Kinder beschränken muß, muß an erster Stelle ... das Recht jedes Kindes stehen, körperlich und geistig gesund geboren zu werden, basierend auf einem gesunden Genotyp. Kein Elternpaar wird dann das Recht haben, die Gesellschaft mit einem mißgebildeten oder geistig unzulänglichen Kind zu belasten.*" (9).

Oder: „*Wenn eine schwangere Frau ihr Recht auf Abtreibung aufgegeben und sich entschlossen hat, den Fötus auszutragen, nimmt sie eine ‚bedingte zukünftige Haftung' für nachlässiges Handeln gegenüber dem Fötus auf sich, falls er lebend geboren wird ... Wenn die notwendige pränatale Vorsorge verweigert wird, wenn die Ernährung unangemessen ist, wenn der Fötus Mutagenen oder Teratogenen ausgesetzt wird oder aber auch wenn er der schadhaften mütterlichen intrauterinen Umgebung ausgesetzt wird, hervorgerufen durch ihren Genotyp ... könnte all dies ein geschädigtes Kind zur Folge haben, das argumentieren könnte, sein Recht, körperlich und geistig gesund geboren zu werden, sei verletzt worden.*" (10).

Solcherlei Äußerungen könnten wir noch eine ganze Menge bringen. Sie sind von bekannten Wissenschaftlern, Nobelpreisträgern, Ärzten etc. Ihre Tendenz geht in der Regel dahin, die Gesellschaft nicht mit behinderten Menschen zu belasten. Sie würden gerne Gesetze erlassen, die die Frauen zu einer Abtreibung zwingen können.

Auch folgende Feststellung von Hans Nachtsheim spricht für sich: „*Wenn Kinder mit Erbleiden wie*

Fortsetzung nächste Seite



Warum „Angst", ein behindertes Kind zu bekommen?

Die Angst vieler Frauen, ein behindertes Kind zu bekommen, hat verschiedene Gründe. Zum Teil verständliche.

Wir leben in einer behindertenfeindlichen Gesellschaft, in deren Geschichte „unwertes Leben" vergast/ermordet wurde, in der es Behinderten schwer gemacht wird, „normal" zu leben, in der auch heute noch/wieder Behinderte reihenweise sterilisiert werden und wo neue humangenetische Beratungsstellen in der Planung sind. Eltern mit behinderten Kindern stehen in der Regel alleine da. Sie bekommen in ihrem Umfeld kaum Unterstützung und sind so schnell überfordert.

Kindergärten/Schulklassen, in denen sowohl Behinderte als auch Nichtbehinderte zusammen sein können, sind nach wie vor eine Seltenheit. Die Heime sind meist in katastrophalem Zustand, der aufgrund verschärfter Sparmaßnahmen noch verschlimmert wird. Behinderten Menschen wird größtenteils nur mit Mitleid begegnet, was den Gedanken hervorruft „ich möchte ein Kind nicht auf diesen Leidensweg schicken". Hierzu schreibt eine selbst betroffene Frau, die mit Spina bifida geboren wurde und selbst ein Kind haben will: „*Es gibt zweifellos behinderte Menschen, die unter ihrem körperlichen Zustand ‚leiden'. Es gibt sogar solche, die sich vielleicht lieber dafür entscheiden würden, ihr Leben zu beenden, als mit Schmerzen oder schweren Einschränkungen weiterzuleben — aber gilt das nicht genauso für nicht-behinderte Menschen, die unter emotionalen Schmerzen und beschränkten Ressourcen leiden? Als Gruppe gesehen ‚leiden' behinderte Menschen auch nicht mehr als irgendeine andere Gruppe oder Kategorie*

nen nicht durch eine vorgeburtliche Untersuchung gelöst, sondern höchstens verschleiert werden.

Besonders interessant ist es hierbei, Spina bifida nachzugehen. Diese Behinderung gibt es schon länger, weshalb sie als vererbbar durch Schäden am „Erbgut" gilt (auch bei der Amniozentese feststellbar).

In einem Saigoner Kinderspital wurden nach den Giftsprühaktionen der USA im Vietnam-Krieg Untersuchungen angestellt, die ergaben: „*Insbesondere fanden die amerikanischen Ärzte einen Anstieg der ‚spina bifida' (offener Rücken) genannten Mißbildung. Hatte die Rate in den Jahren 1959/65, also vor den Sprühaktionen noch bei 0,7 Prozent gelegen, so stieg sie 1967/68 auf 2,1 Prozent, also auf das Dreifache an!*" Weiter wurden Mißbildungen wie Gaumenspalte, Zyklopie (7) usw. festgestellt.

Im Osten von Hamburg wurden acht Kinder geboren, die alle „*auffallende und eindeutige Ähnlichkeiten mit Mißbildungen in Vietnam*" aufzeigten. „*Besonders auffallend für die untersuchende Ärztin Dr. Burck: Keins der Kinder besitzt irgendwelche Chromosomenschäden (genetische Ursachen scheiden aus). Bei der schwersten Form der sogenannten Zyklopie hat sich das Gehirn nicht geteilt, es besteht lediglich aus einer mit Wasser gefüllten Blase. Bei der Erscheinungsform der Zyklopie fehlen dem Kind außerdem die Augen, auf der Stirn trägt es einen penisartigen, den Rest der Nase und der Augen bildenden Fortsatz.*" (7). Bei den leichteren Formen dieser Mißbildung fehlt dem Kind das Riechhirn, sowie ein Teil der Nasenscheidewand, die Augen sind viel zu nahe aneinandergerückt.

Die acht Kinder wurden in einem Teil von Hamburg geboren, der in der dioxintragenden Windfahne berüchtigter Hamburger Chemiewerke und

Anmerkungen zum Artikel «Für das 'Recht' auf ein behindertes Kind»

Greift der Artikel einerseits die Individualisierung des Problems, behinderte Kinder zu bekommen, an (Vorsorgeuntersuchungen beschränken sich auf wenige, in der Person begründete feststellbare Behinderungen, Umweltgefahren werden nicht berücksichtigt; Eltern mit behinderten Kindern werden von der Gesellschaft alleingelassen usw.), so wird andererseits auch von den Autorinnen das Problem an die einzelnen Individuen/Frauen zurückgegeben.

Frau muß ein schlechtes Gewissen bekommen, kein behindertes Kind zu wollen, weil es nach Ansicht von At. und C. nur „zum Teil" verständliche Gründe für die Angst, ein behindertes Kind zu bekommen, gibt. Anmerken möchte ich hier nur, daß viele Frauen die (gesellschaftlichen) Voraussetzungen für sich nicht einmal als gegeben sehen, ü b e r h a u p t ein Kind zu bekommen, obwohl sie gern eines hätten; Frauen, die kein behindertes Kind wollen, zu unterstellen, behindertes Leben quasi als „unwertes Leben" zu betrachten, wenn sie für sich entscheiden, diesen Belastungen nicht gewachsen zu sein, baut m.E. falsche Fronten auf.

Mein Ziel bei der Diskussion dieser Frage der Vorsorgeuntersuchungen und negativen Eugenik wäre auch nicht, daß „*die Zahl der gemachten Amniozentesen und Chorionbiopsien ... stark zurückgehen*". Mein Ziel ist vielmehr, daß insgesamt die Aufmerksamkeit verstärkt darauf gelenkt wird, daß die berechtigten Ängste von Frauen (und Männern), behinderte Kinder in die Welt zu setzen, genutzt werden, um mit Hilfe gentechnologisch verfeinerter Vorsorgeuntersuchungen, mit verstärktem Ausbau humangenetischer Beratungsstellen und gleichzeitigem Forcieren eines Zwangssterilisationsgesetzes eine Ideologie zu verbreiten, behindertes Leben habe in der Volksgemeinschaft nichts zu suchen, weil es nur Kosten und keine Leistungen bringe und die Volksgemeinschaft dadurch in unerhörter Weise belaste; eine Ideologie, die vor allem spürbare Konequenzen für die l e b e n d e n Behinderten hat. Zum anderen bringt dies eine neue Blüte der Theorien mit sich, daß viele Krankheiten, ja sogar Charakter, Kriminalität und dergleichen mehr, vererbbar seien und z.B. Schizophrenie eine Erbkrankheit sei (die in der NS-Zeit zu Zwangssterilisation führte).

Wenn man sich vor Augen führt, was in der NS-Zeit und auch heute z.B. in der Humangenetischen Beratungsstelle in Hamburg-Barmbek (unter Leitung der berüchtigten Frau Stoeckenius) und auch in pseudo-wissenschaftlichen öffentlichen Vorträgen über Psycho-Physiognomik („natürliche Rangordnung der Menschen", „taz"-Bericht vom 30.9.85) usw. als „Behinderung" definiert wird, müssen auch wir uns als Betroffene sehen: Wessen Mutter ist nicht sehr einfach, wessen Eltern sind nicht geschieden, wo gibt es nicht Verwandte, die ihre Lehre nicht beendet haben und ständig Stellen wechseln (aus den Unterlagen von Frau Stoeckenius); es ist die Rede vom „moralischen Schwachsinn", unter den jedes unangepaßte Verhalten, jedes „fanatische Weltverbesserertum" usw. gepackt werden.

Angesichts der in der NS-Zeit vorgenommenen Zwangssterilisation aufgrund von Daten aller möglichen Erbberatungsstellen, psychiatrischen Krankenhäuser, Gesundheitsamtbesuchern usw., nach der z.B. fast die Hälfte der Frankfurter Bevölkerung („FR", 20.5.85) und auch der Hamburger Bevölkerung („taz", 21.1.85) „archiviert" waren, ist nichts Gutes zu erwarten angesichts der heute von Humangenetischen Beratungsstellen gewünschten Datenverbindungen zu diversen medizinischen Erfassungsstellen und auch bereits praktizierten Datensammlung z.B. von Gesundheitsbehörden.

Zurück zur Vorsorgeuntersuchung: Auch der im Artikel erwähnte „Wunsch" des Bundesgesundheitsministeriums, daß für jedes Ehepaar eine humangenetische Beratung anzustreben sei, erinnert an die Ehetauglichkeitszeugnisse der NS-Gesundheitsämter.

Meines Erachtens liegt die Gefahr der Vorsorgeuntersuchungen nicht darin, daß sie von Frauen f r e i w i l l i g wahrgenommen werden, die kein behindertes Kind möchten, sondern daß sie ausarten in eine Z w a n g s vorsorge, ähnlich der Zwangsberatung bei Abtreibungen und möglicherweise nicht nur die schwangeren Frauen betreffen, sondern auch die potentiell schwangeren Frauen.

Eine weitere Gefahr sehe ich darin, daß der Fötus als Patient entdeckt worden ist und in diesem Zusammenhang von der schwangeren Frau als „Umfeld" des Fötus, das in Ordnung gehalten/gebracht werden muß, die Rede ist.

Der Frau wird die Verpflichtung für das Recht des Fötus auf gesunde Geburt auferlegt; diese Rechtsauffassung setzt sich nur für eine K o n t r o l l e der Frauen, nicht für eine Änderung ihrer Lebensbedingungen ein. Die Frau soll den Konsum von Tabak und Alkohol einschränken, soll sich gut ernähren usw., wie sie diese optimalen Bedingungen schafft, ist ihr persönliches Problem.

Es wurde z.B. eine hohe Früh- und Fehlgeburtenrate bei Arbeiterinnen in der Lederindustrie festgestellt; gefordert wird, daß diese Frauen auch ja die Vorsorgeuntersuchungen regelmäßig wahrnehmen, nicht aber, daß ihre Arbeitsbedingungen verändert werden müssen. Ähnliches gilt für die bestrittene Gefährlichkeit der Strahlungen an Bildschirmarbeitsplätzen. Diejenigen, die das Recht des Fötus auf eine gesunde Geburt fordern, fordern allerdings nicht, daß schwangere Frauen möglichst nicht an diesen Arbeitsplätzen arbeiten sollen. Sie zählen auch nicht zu denjenigen, die Pseudo-Krupp-Initiativen unterstützen oder sich in anderer Weise in Umweltfragen engagieren.

Eine wesentliche Aufgabe der Schwangerschaftsvorsorge/-betreuung ist, evtl. auftretende Komplikationen zu verhindern, die Säuglings- und Müttersterblichkeit zu verringern. „*Frauen, die während der Schwangerschaft nur unzureichend ärztlich überwacht werden, haben dreimal häufiger eine Frühgeburt als Frauen, die sich regelmäßig — am besten alle vier Wochen — untersuchen lassen.*" — „*Bei Frauen aus niedrigem sozialen Milieu, z.B. bei Sozialhilfeempfängern oder in Familien von ungelernten Arbeitern liegen die Frühgeborenenraten deutlich über denen der gehobenen und der höchsten Sozialstufe.*" („FR", 25.7.1985) Wo sind aber die Beschützer des Fötus auch als Kämpfer gegen die Armut, gegen Arbeitslosigkeit und Gift-Arbeitsplätze zu finden? Das macht doch ihre ganze Heuchelei, im Interesse eines medizinischen Beitrags zur modernen Eugenik, deutlich!

Diese Punkte finden sich zwar auch alle im Artikel wieder, doch kommen sie meines Erachtens zu kurz angesichts der Auseinandersetzung mit den „ängstlichen, z.T. selbst behindertenfeindlichen" Frauen.

Noch eines zum Schluß: Die Autorinnen schreiben, die Herrschenden seien „*dankbar für jeden abgetriebenen Embryo/Fötus*". Da wäre ich mir nicht so sicher, angesichts der Tatsache, daß die Kirche auch zu den Herrschenden gehört. Diese Macht der Kirche spiegelt sich in einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs wider, in der gesagt wird, „*ein Mensch (müsse) grundsätzlich sein Leben so hinnehmen, wie es von der Natur gestaltet sei, und (habe) keinen Anspruch auf seine Verhütung oder Vernichtung durch andere*" („FAZ", 30.3.85).

E., Frauenzelle Hamburg-Eimsbüttel

Fortsetzung von vorheriger Seite

Zuckerkrankheit, Retinoblastom, Bupbtalmus dank der Fortschritte der ärztlichen Kunst geheilt werden können, so leisten wir damit dem Kranken zwar einen großen Dienst, hemmen aber nicht die Ausbreitung und Vermehrung des Erbleidens, was auch Aufgabe des Arztes ist, sondern fördern sie noch ... Die früher unterbliebene Fortpflanzung des Erkrankten muß naturnotwendig zu deren Zunahme von Generation zu Generation führen. Die einzige Möglichkeit, die verlorengegangene natürliche Auslese bei dem Erbkranken auszugleichen, ist der freiwillige Verzicht auf Nachkommenschaft'' (10).

Wenn frau sich dann noch die Praxis anguckt, wie in den Krankenhäusern mit behinderten Neugeborenen umgegangen wird, läßt sich ganz klar erkennen, daß ein Fötus, wenn es behindert ist und dies vorher erkannt werden kann, nicht mehr ausgetragen werden soll/darf. ,,*In den USA werden lebensfähige Aborte und mißgestaltete Kinder in Kliniken getötet, indem man sie entweder liegen läßt (obwohl sie oft noch stundenlang schreien) oder indem man ihnen Gift-Spritzen verabreicht.*'' (11).

Dies wurde auch in England mit Spina bifida-Geborenen so gehandhabt. Ein Beispiel aus der BRD ist der Arzt Appel, der in einer Klinik ein behindertes Neugeborenes tötete und im Prozeß erklärte, ,,*das haben wir in Ulm immer so gemacht*'', an der Uni-Klinik wurde auch ,,*schon mehrfach aus Kollegenkreisen*'' vom ,,*Liegenlassen*'' gesprochen (11).

Dazu kommt dann noch der ,,Wunsch'' des Bundesgesundheitsministeriums, ,,*daß für jedes Ehepaar eine humangenetische Beratung anzustreben sei*'' (12). Ob es bei diesem Wunsch und nur einer Beratung bleibt, wird von uns in Frage gestellt.

Zwar haben wir noch die Möglichkeit, einen Fötus mit festgestellter bzw. vermuteter Behinderung auszutragen, doch schon jetzt wird erfahrungsgemäß Druck auf diese Schwangeren ausgeübt, doch abtreiben zu lassen. Weiterhin ist fraglich, ob die behinderten Neugeborenen mit Wissen der Mutter/Eltern getötet wurden.

Unser eigener Entscheidungsbereich wird mehr und mehr eingeschränkt, daher dürfen wir nicht warten, bis uns noch mehr Schweinereien zu Ohren kommen, sondern müssen schon bzw. endlich jetzt fordern, daß wir uns f ü r ein behindertes Kind entscheiden können. Diese Forderung kann und muß

endlich jetzt fordern, daß wir uns f ü r ein behindertes Kind entscheiden können. Diese Forderung kann und muß

auch von Frauen getragen werden, die sich nicht vorstellen können, Föten mit bestimmten Behinderungen auszutragen.

Gegen den § 218 gingen auch Frauen mit Kindern, mit Kinderwunsch und Schwangere auf die Straße und kämpfen weiterhin dagegen. Da stellt sich auch keine Frau hin und sagt, ,,aber ich will ein ,Recht' auf ein Kind''. Ebenso wie in dieser Frage können die möglichen Konsequenzen uns alle treffen. Außerdem sind wir nicht bereit, uns den Humangenetikern und Gynäkologen als Versuchskaninchen zur Verfügung zu stellen.

Wir hoffen, daß nach Lesen des Artikels die Zahl der gemachten Amniozentesen und Chorionbiopsien, zumindest in unserem Leserinnenkreis, stark zurückgehen werden!

At. und C.
Frauenzelle HH-Eimsbüttel

Quellen, Zitate:

1) „taz", 17.4.85
2) „FR", 11.2.84
3) ‚Jede werdende Mutter hat ein Recht auf Hilfen', Aktion Familienplanung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln
4) ‚Retortenmütter' (Rowohlt)
5) „FR", 2.3.85
6) ‚Retortenmütter'
7) „taz", 30.5.84
8) „SZ", 4.10.85
9) ‚Retortenmütter'
10) ‚Retortenmütter'
11) Dr. med. Mabuse, Nr.27
12) ‚Materialien gegen die Bevölkerungspolitik', Hamburg
13) „taz", 17.11.84

Linke und Gentechnologie

Anmerkungen zum Artikel in AK 262

In dem AK-Artikel ,,Gegen die Dämonisierung der Gentechnologie'' werden die Thesen aufgestellt:
— Die Gentechnik wird maßlos überschätzt.
— Die Kritik an ihr ist entweder naturmystifizierend (Grüne) oder die vorgebrachten Bedenken hätten mit der Technologie selbst nichts zu tun (Linke),
— hier würden die Produktivkräfte für die Produktionsverhältnisse verantwortlich gemacht, also Ursache und Wirkung verwechselt.
— Eine rationale linke Kritik, die die Forderung nach Stop oder Einschränkung der Gen-Forschung begründen könnte, gäbe es nicht.

Dazu im folgenden einige Anmerkungen. Fangen wir mit letzterem an. Es gibt seit dem Gesundheitstag 1984 eine Debatte um dieses Thema, einige der linken Kritiker haben sich jetzt in dem von Friedrich Hansen und Regine Kollek herausgegebenen Band ,,*Gentechnologie, die neue soziale Waffe*'' (konkret-Verlag) geäußert. Das sollte gelesen und diskutiert werden. Meine Informationen beziehen sich auf diesen Band.

Zum ersten Punkt: Wenn gesagt wird, daß im Bereich der Gentechnik aus kommerziellen Gründen geblufft werde, so muß man wohl dazu sagen, daß erstens der wissenschaftliche Fortschritt gerade auf diesem Gebiet in den letzten 20 Jahren ganz enorm gewesen ist und weiter intensiv auf diesem Sektor geforscht wird, und daß zweitens damit noch nichts über die grundsätzliche Problematik ausgesagt ist. Die angeratene Beruhigung erscheint so — milde formuliert — unbegündet.

Wer sich mit Gentechnologie befaßt, kommt nicht umhin, sich mit einigen Vorgängen und Begrifflichkeiten vertraut zu machen, z.B. mit
— *Genomanalyse:* Erkennung der Verantwortlichkeit der spezifischen Gene für traditionelle Erbkrankheiten, Veranlagungen und Dispositionen (z.B. Empfindlichkeiten gegenüber bestimmten Umweltbelastungen), angestrebt wird die vollständige genetische Kartierung des Menschen, also die Zuordnung von menschlichen Eigenschaften zu Chromosomenbereichen.

Kartierung des Menschen, also die Zuordnung von menschlichen Eigenschaften zu Chromosomenbereichen.

— *Technik der monoklonalen Antikörper:* Beinhaltet eine atemberaubende Ausweitung der bisherigen Diagnosetechnik. Es können ganz neue Krankheiten erkannt werden, für die es noch keine Therapie gibt, bzw. wird der Krankheitsbegriff selbst aufgeweicht (in Richtung ,,Abweichung vom Normalen'').
— *Klonen von Genen:* Künstliche Herstellung und Vermehrung von identischen Genen.
— *Ein- und Ausschalten von Genen:* Aktivierung von ,,stummen'' krankheitsverursachenden Genen, Problematik der richtigen Positionierung der ,,eingeschalteten'' Gene im Körper, langfristige Auswirkungen unbekannt, Mensch als Experimentierfeld.
— *Genetische Mutation:* Veränderungen des Erbmaterials, Problem der Positionierung der eingeschleusten ,,Ersatzgene''. Grundsätzlich aber kann das Transferproblem als lösbar angesehen werden. Es wird unterschieden zwischen somatischer Gentherapie (nur das einzelne Individuum betreffend) und Keimbahntheorie (in die Vererbungsgeschichte eingreifend und nachfolgende Generationen berührend). Von überragender Bedeutung ist hier die Teratomtechnik, d.h. Verschmelzung von Fremdgenen und jungen Embryonen im Reagenzglas zu ,,Mosaiklebewesen''. Die heute mögliche Reagenzglasbefruchtung ist Grundlage, Voraussetzung und Hilfstechnik für genetische Eingriffe an Embryonen und somit in die menschliche Keimbahn (Vererbungsgeschichte). Die Herausgeber des erwähnten Buches schreiben in diesem Zusammenhang: ,,Die Gefährlichkeit der Gen-Technik liegt gerade in ihren Kombinationsmöglichkeiten sowohl mit der Zell- und Entwicklungsbiologie als auch der neuen Fortpflanzungsmedizin. Die bei der Retortenbefruchtung unweigerlich anfallenden überzähligen Embryonen sind derzeit das begehrteste Forschungsobjekt der Gentechniker'' (S. 7).

Linke Befürchtungen

Nun in kurzen Stichworten einige der Befürchtungen der Kritiker der Gen-Technologie:
— Wiederaufleben der Eugenik! ,,Das wissenschaftlich weitgehend akzeptierte Methodenrepertoire der molekularen Genetik trägt zur Rehabilitation der durch den Nationalsozialismus in Verruf geratenen Erfassung und Klassifizierung der menschlichen Erbanlagen bei und ersetzt deren wissenschaftlich fragwürdige Rassenkundliche Meßverfahren'' (ebd.).
— Das vielschichte Phänomen ,,Gesundheit'' wird zunehmend reduziert auf die ,,richtigen'' oder ,,falschen'' Gene, für die jeder selbst die ,,Verantwortung'' trägt, und nicht die gesellschaftlichen Umstände.
— Das Individuum wird reduziert auf seine individuelle Gen-Charakteristik (die als Gen-Ausweis bereits mit in die Wiege gelegt wird). Krankengeschichte, Biographie, Lebensumstände und Umwelteinflüsse treten in den Hintergrund. Neue molekular-genetische Forschungen in der Sowjetunion an 7000 Familien haben (wieder einmal) den Nachweis erbracht, daß Schizophrenie genetisch (!) verursacht sei!
— Der Begriff der Erbkrankheiten wird radikal ausgeweitet. Vorgeburtliche genetische Diagnostik kann eine Vielzahl von Abweichungen definieren, die bislang als halbwegs normal gegolten haben. Eugenischen Kriterien (Erbgesundheit) bestimmen dann verstärkt Entscheidungen über ,,lebensunwertes Leben''. Behinderungen, da ,,vermeidbar'', werden noch weniger gesellschaftlich toleriert.
— Die Ökogenetik erlaubt die Auswahl der genetisch geeigneten (d.h. weniger empfindlichen) Arbeitskräfte für die jeweiligen verseuchten Arbeitsplätze. In Großbetrieben der USA werden bereits genetische Reihenuntersuchungen (Screening) durchgeführt, ähnliche Experimente laufen in der DDR. Motulsky, prominenter US-Genetiker: ,,Haben Individuen, die wissen, daß sie abweichende Gene besitzen, das Recht, ihrem Arbeitgeber dies zu verschweigen?'' (ebd.).
— Der medizinische Wissenschaftsbetrieb entwickelt eine molekulargenetische Eindimensionalität, mit deren Hilfe hochkomplexe Lebenszusammenhänge auf einfache Ursache-Wirkung-Relationen reduziert und so-

ren Hilfe hochkomplexe Lebenszusammenhänge auf einfache Ursache-Wirkung-Relationen reduziert und so-

wohl eugenische wie auch biologistisch-sozialdarwinistische Vorstellungen in den Köpfen verankert werden.
— Alle Keimzellexperimente sind in ihrer Vielschichtigkeit und langfristigen Auswirkung auf die genetische Integrität nachfolgender Generationen nicht abschätzbar.
— Fazit: ,,Die biologistische Utopie einer Gesellschaft ohne Behinderte, dafür mit asexuell gezeugten, vollkommen an die chemieverseuchte Umwelt angepaßter Nachkommenschaft zeichnet sich am Horizont ab'' (ebd.).

Ursache und Wirkung

Für M., den Autor des erwähnten Artikels in AK 262, hat das mit der Gen-Technologie in den meisten Fällen nichts zu tun. Ursache — er getraut es sich kaum zu sagen — sei die kapitalistische Produktion und Aneignung. Eine in gewisser Hinsicht beneidenswerte Welt, die mit einem Satz so in Ordnung zu bringen ist.

Jahrzehntelange Diskussionen über instrumentelle Vernunft, technologischen Schleier, kapitalistische Rationalität, abstraktes Denken und Warengesellschaft gleiten von diesem ideologischen Fels ab wie von einem Ölfilm. Zum Vorschein kommt ... der Realsozialist. So hätte es auch in der ,,uz'' stehen können.

Eigentlich kann an dieser Stelle nicht mehr getan werden als auf die Existenz einer Diskussion unter Marxisten (s. Literaturhinweise am Ende) hinzuweisen, die darüber nachgedacht haben, wie Denken (und in gewissem Sinn auch Technologie) durch die kapitalistischen Grundstrukturen geprägt werden, ausgehend von einem Zitat von Marx aus den ,,Grundrissen'', das in diesem Zusammenhang oft genannt wird: ,,Die *Logik* — das *Geld* des Geistes, der spekulative, der Gedankenwert des Menschen und der Natur ... — das entäußerte und daher von der Natur und dem wirklichen Menschen abstrahierende *Denken*, das *abstrakte* Denken.''

In der erwähnten Diskussion also geht es um den inneren Zusammenhang von Denkformen mit der sich entwickelnden Warengesellschaft; formale Logik und die abstrakte Form der Identität im Denkprozeß entsprechen der Entstehungsgeschichte und Funktion des Geldes im Warentauschprozeß. Die Logik — nicht anders als das Geld und das Kapital — bleibt grundsätzlich ,,formal'' gleichgültig gegenüber dem konkreten gesellschaftlichen Prozeß. Sie erscheint als scheinbar zeitlos: Für Sozialismus wie für Kapitalismus gleich gültig. Es käme m.E. darauf an, in diesen neuen Technologien die sie bestimmende abstrakte Rationalität aufzuspüren und Herrschaftsin-

auf an, in diesen neuen Technologien die sie bestimmende abstrakte Rationalität aufzuspüren und Herrschaftsin-

teressen in diesem scheinbar neutralen Bereich aufzudecken. Statt indirekt mehr (kapitalistische) Forschung zu fordern (AK 262).

Es scheint so, als würden bestimmte Gedanken marxistischer Theoretiker erst heute von der Realität eingeholt und in einem praktischen Sinn ,,aktuell'', so fand ich z.B. die Positionen von K.H. Roth zu dieser Thematik, aus einer anderen ,,Ecke'' kommend, bedenkenswert: Er schreibt über die makabren Visionen einer neuen schönen Gen-Welt des ,,linken'' Genforschers und Nobelpreisträgers Muller: ,,Muller war ein klassischer Exponent der Reduktion des Lebendigen auf immer kleinere, mit Hilfe von Logik und Versuchsanordnung faßbar zu machende Elemente. Die schrankenlose Reduktion des Lebendigen durch die Forscher, die dabei ja weiter komplexe menschliche Wesen bleiben, bringt eine gefährliche Kluft zwischen ihnen und ihrem Objekt hervor.

Der Fall Muller zeigt, was passieren kann, wenn ein persönlich durchaus integrer Forscher dabei aus der Balance gerät. Auf der einen Seite reduziert er den Menschen auf immer kleinere Partikel, er abstrahiert in endloser Stufenleiter bei seiner Jagd nach der Erkenntnis über das Lebendige, andererseits setzen sich die ja immer unvollständig bleibenden Erkenntnisfragmente tendenziell in Selbstverachtung und in Haß gegen alles real Lebendige um. Anders gesagt: Je abstrakter die Erforscher des Lebendigen für eine neue Erkenntnis werden müssen, desto stärker geraten sie in Gefahr, ihren Realitätsverlust gegenüber komplexem Lebendigen in ein totalitäres Menschenbild zurückzuübersetzen, um es zumindest gedanklich von seinen unerträglich werdenden Geheimnissen zu reinigen.

Nur so kann der aberwitzige Versuch erklärt werden, die unglaubliche Komplexität von Mensch, menschlicher Sozialisation und Gesellschaft mit Hilfe kompensatorischer Entwicklungstheorien auf Gen- und später DNS-Baukastenspiele zurückzustufen. ... Falls der Fall Muller beispielhaft sein sollte — wofür einiges spricht — dann kommen wir nicht umhin, das ganze Problem der Forschungsmethodik neu aufzurollen!'' (ebd., S. 146)

Für Hamburger AK-Leser/innen: Am Mittwoch, den 6. November 1985, 19.00 Uhr, findet in der Hochschule für Wirtschaft und Politik (Universität, Von-Melle-Park) eine Podiumsdiskussion mit den Autoren des erwähnten Buches statt. Veranstalter ist der Buchladen Gegenwind.

St. St.

St. St.

Literaturhinweise:
A. Sohn-Rethel: Geistige und körperliche Arbeit
A. Sohn-Rethel: Warenform und Denkform;
A. Sohn-Rethel: Materialistische Erkenntnistheorie
Adorno/Horkheimer: Dialektik der Aufklärung
M. Horkheimer: Kritik der instrumentellen Vernunft
W. Müller: Geld und Geist
K. Marx: Grundrisse der Ethik der politischen Ökonomie
A. Schmidt: Begriff der Natur in der Lehre von Marx
H. Marcuse: Der eindimensionale Mensch
St. Breuer: Krise der Revolutionstheorie

Leserbrief zu:
«Gegen die Dämonisierung der Gentechnologie»

M. behauptet im obigen Artikel: ... Computer in ihrer heutigen Form ohne militärische Förderung nicht denkbar wären ...''. Gedacht wurden solche Maschinen schon erheblich früher, als sich M. dies wahrscheinlich träumen läßt. Schon Babbage (engl. Mathematiker, 1792-1871) entwickelte eine Rechenmaschine die als Vorläufer der heutigen Computer betrachtet wird. A.M. Turing (engl. Mathematiker, 1912-1954) entwickelte in den dreißiger Jahren die sog. Turingmaschine. Ein **mathematisches** Maschinenmodell, daß allen heute konkret vorhandenen Rechnersystemen gleichwertig ist. Konrad Zuse, Konstrukteur der ersten programmgesteuerten Rechenmaschinen in Deutschland, mußte in den vierziger Jahren ohne die Unterstützung und Hilfe der deutschen Militärs auskommen, obwohl er sich mehrfach darum bemühte, und bestritt die Kosten der ersten Maschine aus privaten Mitteln.

Die Behauptung, daß Computer in der heutigen Form ohne die Unterstützung der Militärs nicht **denkbar** seien, bricht unter der Last der Tatsachen zusammen (von denen die obigen nur eine kleine Auswahl sind).

,,Die Forderung nach einem **Verbot** (Hervorhebung M.) nicht nur der industriellen Anwendung sondern sogar der Forschung auf dem Gebiet der Gentechnologie hat aber keine rationale Grundlage''. Dies ist falsch. Eine rationale Grundlage die solch ein Verbot begründet, sind die Interessen der Arbeiterklasse. Schon K. Marx stellte fest, daß die geistigen Potenzen der Arbeit (also die Wissenschaft) der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß als feindliche Macht gegenübertreten (in Form der Maschinerie).

M. versucht eine Trennung von Forschung und der Anwendung der Ergebnisse dieser Forschung vorzunehmen. Diese Trennung ist jedoch im Kapitalismus nicht zu entdecken, falls es je solch eine Trennung in dem von M. gemeinten Sinne gab. Die Novellierung des HRG zeigt doch deutlich wie Wissenschaft begriffen wird: noch bessere Anpassung der Forschung an die Erfordernisse der kapitalistischen Produktionsweise. Nicht zu vergessen die Bindung der Wissenschaft an Glaubenswerte durch das GG (insb. Art 5).

Daß die Ergebnisse der Genforschung und deren industrielle Anwendung heute nicht die Schreckensrufe rechtfertigen mögen, die zu hören sind sagt doch aber nicht viel. Entscheidend sind doch die potentiellen Möglichkeiten, die den Kapitalisten durch derartige Forschungen erschlossen werden. Und da scheinen doch erhebliche Befürchtungen durchaus gerechtfertigt. Ich unterstütze daher die Forderung nach einem Verbot der Genforschung, zumindest solange die Klasse der Kapitalisten die Macht in dieser Gesellschaft innehat. Und auch bei Diktatur der Proletariats wird man sich ziemlich genau über die Bedingungen der Zulassung solcher Forschungen unterhalten müssen.

Auch die Ablehnung jeglicher Wissenschaft unter den heutigen Bedingungen schreckt mich nicht besonders. Das Proletariat würde wohl keinen großen Schaden erleiden. Die bürgerliche Wissenschaft produziert doch im wesentlichen Mittel und Methoden um Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats zu verbessern. Auch vergißt M., daß die Wissenschaft, welche in der Lage ist die Widersprüche in dieser Gesellschaft aufzuklären und aufzuheben (bzw. die Methoden zur Aufhebung der Widersprüche weist) verboten ist. Die Kapitalistenklasse läßt unter ihrer Herrschaft nur Wissenschaft zu, welche ihre Herrschaft ideologisch untermauert und stützt, andererseits die Produktion aufrechterhält und neue Methoden und Technologien der kapitalistischen Produktion entwickelt.

Ein Ziel der proletarischen Revolution ist die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Das heißt aber nichts anderes als Beseitigung der bürgerlichen Wissenschaft, welche sich gerade auf diese Trennung stützt.

jnl.



«Das kommt in jedem Betrieb vor ...»

Interview mit Vertretern des Hamburger Bhagwan-Centers

Die Musterkommune der Bhagwan-Gemeinde in Oregon, zugleich Sitz des Meisters, hat sich mit Schimpf und Schande gespalten. Die bisherige Vertraute Bhagwans in Lehr- und Glaubensfragen, sowie gleichzeitig Hauptorganisatorin der Bhagwan-Bewegung und ihrer ausgedehnten Geschäfte, Sheela, verließ mit einer beträchtlichen Zahl weiterer Sanyasins aus leitenden Positionen, vornehmlich Frauen, die Kommune und setzte sich nach Europa ab.

Bhagwan ließ ihr sofort alle Kontovollmachten sperren und ersetzte sie durch eine neue Crew seines Vertrauens, die sog. Hollywood Gang, die die angeschlagenen Millionen-Geschäfte der Kommune aufrechterhalten sollen. Er erklärte, es sei ein Fehler von ihm gewesen, drei Jahre zu schweigen und alle Geschäfte und Außenkontakte Sheela zu überlassen, In Zukunft werde er wieder den direkten Kontakt zu seinen Leuten suchen. Ob sich das vornehmlich auf seine Lehrtätigkeit oder auf die Supervision der Kommune-Unternehmungen bezieht, ließ er offen.

In einer öffentlichen Kampagne, die sie sich beiderseits PR-trächtig auch von der westdeutschender Sensationspresse bezahlen lassen, bewerfen sich die beiden Parteien seitdem gegenseitig mit Schmutz und Schund. Sheela wirft Bhagwan im ,,Stern'' unstillbare Prunksucht, Machtgier und Verlogenheit vor und erklärt, daß sie Grund habe, sich vor seinen gedungenen Mördern in Acht nehmen zu müssen. Bhagwan bezichtigt sie - in der ,,Quick'' - der dogmatisierenden Verfälschung seiner Lehre zur Religion, des Millionendiebstahls aus der Kasse der Kommune, des Mordversuchs an ihm sowie anderen und nennt sie eine Faschistin, die aus der Oregon-Kommune einen Polizeistaat gemacht und eine entsprechende Herrschaft über die übrigen Kommunen der Bewegung angestrebt habe.

Das FBI ist eingeschaltet. Die bürgerliche Presse hat weltweit ihre Sensation. Vor internationalen Fernsehkameras inszenierte Bhagwan im Kreis singender und lachender Oregoner Sanyasins die Verbrennung des von Sheela herausgegebenen Lehrbuches über den Rajneeshismus. Ihre Kleider wurden zur Sicherheit gleich mit verbrannt. Damit soll seine angeblich von Sheela zum ,,ismus'' verfälschte reine Lehre in ihrer Ursprünglichkeit demonstrativ wiederhergestellt werden.

Der Kampf um die geistige Führung und damit das Millionenvermögen der Sekte hat erst begonnen. Ob die Masse der Sektenmitglieder und Symphatisanten den neuesten Schwenk ihres Gurus mitmacht oder ob das bisherige blinde Vertrauen in ihn durch die Ereignisse erschüttert wurde, bleibt abzuwarten. Ebenso offen ist, ob es Sheela und ihrer Crew gelingen wird, eine neue Gruppe zu bilden.

Der Kampf scheint nicht zuletzt um den westdeutschen Teil der Rajneesh-Gemeinde geführt zu werden. Das gilt für Oregon, wo rund 30% der dortigen Sanyasins Westdeutsche sind und das gilt offenbar auch für gezielte Aktivitäten in Westdeutschland. Bhagwan, der sich z.Zt. immer noch als illegal Eingereister in den USA aufhält, hat für den Fall einer Ausweisungsverfügung, die derweil von US-Gerichten gegen ihn angestrebt wird, seinen Umzug in die BRD angekündigt. Sheela reist mit ihren ca. zwanzig Leitungskräften auf Kosten des 'Stern' in der BRD herum, um hier ein neues Domizil aufzuschlagen. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, daß auf diese Weise der Kommune-Traum westdeutscher Alternativ-Spiritueller wie z.B. Bahro - angeregt durch die Konkurrenz des Shismas zwischen Bhagwan und Sheela - auf westdeutschem Boden einen unerhofften Boom erfährt.

Zur Zeit sieht es so aus, als ob die westdeutsche Gemeinde trotz schwerer Erschütterung weiter zu Bhagwan hält. Statt blindem Vertrauen soll zukünftig bloßes Vertrauen die Beziehung zu Bhagwan bestimmen. Er will schließlich nicht mehr als Gott, sondern nur noch als Mensch verehrt werden.

Wer glaubt, daß die westdeutsche Bhagwan-Szene nach diesem Einbruch der Realität in das Idyll des von ihrem Guru propagierten ,,neuen Menschen'' auseinanderfallen könnte, dürfte sich täuschen. Es sieht eher so aus, als ob sie es als Chance für einen neuen Anfang begreifen.

Der Linken kann das nicht gleichgültig sein, begreift sich der Alternativ-Spiritualismus der Sanyasins schließlich doch u.a. als Erbe enttäuschter Linker Hoffnungen.

Das folgende Interview mit Veechi Mali (B) und Jayadip (M) vermittelt einen Eindruck davon, worauf Mensch sich einzustellen hat.

F.

ARBEITERKAMPF: Die Oregon-Kommune hat sich gespalten. Sheela nennt Bhagwan einen prunksüchtigen und machtgierigen Despoten, der nicht vor einem Mord an ihr zurückschrecken würde. Bhagwan wirft Sheela die Veruntreuung von Millionenvermögen, versuchte Mordanschläge auf sich und andere vor und nennt sie eine Faschistin. Was stimmt?

B: Es stimmt vieles in der Presse, erstaunlicherweise. Aber es stimmt nicht alles, was über die Konsequenzen hier in Europa geschrieben wird.

M: Um mit dem Faschismus anzufangen. Es ist eine wesentliche Sache,ersteinmal zu sehen, daß solche Dinge, wie sie da nun mal vorgekommen sind, eigentlich überall gang und gäbe sind in der ganzen Gesellschaft. Wenn du irgendwo bist und hältst dich nicht an die Regeln, wirst du rausgeschmissen. Das kommt in jedem Betrieb vor. Wir haben gedacht, das kommt bei uns nicht vor. Und der Schock für uns war eben: das kommt bei uns auch vor.

Auf der anderen Seite muß man sehen, daß das schon auf einem ganz anderen Level passiert, wo das, was als Faschismus angesehen wird, irgendwie feiner angesetzt wird als in der normalen Gesellschaft. Wir reagieren auf subtile faschistische Strukturen irgendwie schon viel empfindlicher.Es werden viel, viel feinere Machtsachen schon als Faschismus bemerkt. Wir hatten schon ne unheimlich freie Art zu leben. Aber jetzt wird es noch freier durch noch tiefere Machtstruktur-Aufhebung.

B: Durch Sheela ist in den letzten drei Jahren sehr viel Struktur reingekommen. Sie war sehr oft in Deutschland, in Europa und hat vorgegeben, wie wir strukturieren sollen. Dadurch, daß das jetzt wegfällt, wird hier unheimlich viel Freiheit kommen. Das wird so empfunden von allen. Das ist irgendwie so wie ein ganz neuer Anfang.

AK: Wie kann das sein, daß die Entwicklung von zwei sich gegenseitig so ausschließenden Positionen wie die Bhagwans und Sheelas nicht bemerkt worden ist? Von denen in Oregon? Von euch?

M: Es ist nicht so. Unheimlich viele Sachen sind bemerkt worden. Immer in so kleinen Bereichen. Das Problem ist dabei, daß Sheela in der Position des Vermittlers zwischen Bhagwan und uns gestanden hat, und daß die Beziehung der Sanyasins nicht ne politische Beziehung, sondern ne Herzensbeziehung ist.

AK: Es bleibt aber meine Frage..

B: Es ist nicht nur deine Frage. Wir haben sie auch. Wir versuchen uns die Fakten irgendwie zusammenzuschieben. Wir wissen inzwischen, daß viele was gemerkt haben. Wir selbst haben auch irgendwas bemerkt. Aber es hat sich nicht in einen großen Rahmen zusammenführen lassen.

AK: Und Bhagwan? Bei dem Anspruch an Erleuchtung, den er an sich hat, hat er doch erkennen müssen, was sich da abspielt. Warum hat er das laufen lassen?

B: Erleuchtet sein ist nicht dasselbe wie informiert sein, auch nicht allwissend. Erleuchtet sein heißt, über sich selbst bescheid wissen. Das darf man nicht verwechseln.

AK: Die Frage stellt sich aber auch an die Kommunen, speziell die in Oregon. Warum haben sie nicht eingegriffen? Wo ist das Selbstbewußtsein derer, die das beobachteten?

M: Das ist unheimlich schwierig. Es hat schon Versuche gegeben, aber wenn du zu andern Leuten im Organisationsapparat gegangen bist, z.B. zum Bürgermeister oder zu deinem Tempelkoordinator, dann waren das letztlich eben alles von Sheela eingesetze Leute, die in dieser Konspiration irgendwie zusammen waren. Niemand wußte das. Aber wenn du zu jemand hingegangen bist und sagstest, mir fällt das und das auf, dann hast du Probleme gekriegt. Dann bist zu mit Zitaten von Bhagwan abgewürgt worden. Man hat zu dir gesagt, guck mal, wie es mit dir ist. Das Apolitische an den Leuten ist ausgenutzt worden, ohne daß die Leute es gemerkt haben aufgrund des Vertrauens, das sie zu Bhagwan hatten. Bhagwan hat davon nichts gewußt. Er hat sich dreieinhalb Jahre nicht darum gekümmert. Sheela hat unheimlich darauf geachtet, daß nur sie es war, die ihm Informationen bringen konnte. In dieser Konspiration konnte sie mit anderen , die engen Kontakt zu Bhagwan hatten, die Abhöranlagen installieren und die Mordpläne machen.

AK: Woher nehmt ihr eigentlich eure Sicherheit, daß Sheela schuldig ist? Was befähigt euch, das zu beurteilen?

B: Weißt du, da kann man letztlich gar nicht so klar sagen: das oder das. Wir kriegen nur Bruchstücke mit. Auf der Ranch können sie selbst nicht sagen: das und das und das. Aber was für mich, seit ich Sanyasin bin, wichtig ist, ist meine Beziehung zu Bhagwan. Und die ist auch weiterhin genauso stark. Sheela war irgendwie dazwischen wie so ein Sprachrohr. Ich hab zwischendurch auch gemerkt, das und das fühlt sich nicht richtig an. Ich hab irgendwie immer gedacht, naja, wenn sie die Vermittlerin von Bhagwan ist, dann wird das schon stimmen, ich versteh es nur im Moment nicht.Und so habe ich ihr vertraut. Ich habe durch die Ereignisse jetzt total gelernt, daß ich keinem mehr blind vertraue. Das ist eigentlich auch das, was Bhagwan immer gesagt hat. Vertraut euch selbst und euren eigenen Erfahrungen.

AK: Wenn ich richtig verstehe, dann ist Bhagwans Autorität also nicht in Frage gestellt durch die Ereignisse?

B: Paß auf, Autorität von Bhagwan kannst du so nicht sagen. Für mich ist Bhagwan jemand, der Anstöße gibt. Und das ist er weiterhin. Aber wichtig geworden ist jetzt für mich, daß ich ihn wirklich nur als Anstoß nehme und seine Aussagen nicht als Leitsätze verstehe, wie ich das manchmal vielleicht getan habe. Das ist für mich durch alles, was jetzt passiert ist, noch einmal unheimlich klar geworden, daß nämlich das letztlich Entscheidende für mich mein Gefühl ist.

Es ist auch nicht so, wie du sagst, daß Bhagwan dabei unbeschadet davon kommt. Es gibt auch jetzt viele Punkte, wo ich mit ihm nicht übereinstimme. Damit kann ich leben. Bhagwan hat immer gesagt ,,I am an ordinary man'' auch ,,ordinary mad man''. Das verstehe ich jetzt auch mehr.

B: Er hat auch immer gesagt, ,,you are not my followers'', ,,trust only yourself'', ,,trust your doubts''. Aber wir haben es auch nicht so ganz hören wollen. Wir haben uns natürlich gern an jemanden herangehängt.

AK: Bhagwan wird also von einem Gott auf menschliches Maß reduziert?

B: Bhagwan war nie Gott für uns.

AK: Das stimmt doch nicht. Bei unserem letzten Interview war ich derjenige, der sagte, Bhagwan könne doch nur ein Anstoß sein. Von euren Leuten kam ständig Bhagwan vorn, Bhagwan hinten. Und was ist mit den Rajneeshismus?

B: O.K. — Rajneeshismus war für kurze Zeit eine Religion. Zwei Jahre. Ich weiß nicht genau, wann das angefangen hat. Der Gott, das Göttliche ist in uns. Für mich hat sich an Bhagwan nichts verändert.

M: Bhagwan war für mich immer nur jemand, der ne Stuation geschaffen hat.

B: Von dem wir lernen können.

M: Der unheimlich intensiv war. Das Problem während der Zeit, in der Bhagwan geschwiegen und Sheela die ganze Power gehabt hat, bestand darin, daß die Bereitschaft der Leute, Dinge auszuprobieren, für bestimmte machtpolitische Ziele ausgenutzt worden ist. Da sehe ich nicht nur Sheela, sondern auch die Tatsache, daß ich da irgendwie mitgemacht habe. Aber ich bin unheimlich dankbar für die Erfahrung. Ich war immer gegen Faschismus. Ich war auch lange politisch. Aber jetzt habe ich Faschismus am eigenen Leibe erlebt. In einer Intensität, wie ich das vorher nie erlebt habe. Faschismus ist ja nicht nur nachher die Auswirkung, indem du dann Menschen umbringst, irgendwelche Leute zu irgendwelchen Sachen zwingst. Faschismus hat seine Wurzeln tief drin im Verhalten. An diese Wurzeln fühle ich mich nahe herangeführt. Das meine ich. Letztlich, was auch immer Menschen machen, kommt es aus uns selbst heraus. Das ist ein Potential, was in uns drin ist. Sei es nun aus dem Unbewußten oder aus dem kollektiven Unbewußten. Es sind Strukturen, die sich über Jahrtausende aufgebaut haben. An diese Wurzeln ranzukommen, war ne Erfahrung, die mir jetzt total klar wird. Das empfinde ich als unheimlich wertvoll.

AK: Ich habe ein etwas anderes Verständnis von Faschismus.

M: Da widerspreche ich dir. Ich glaube nicht, daß du ein anderes Verständnis hast. Du sprichst nur mehr von den äußeren Sachen. Ich kenne das ein bißchen, wie ihr das Thema behandelt.

AK: In eurem Konflikt kommt die normale bürgerliche Gesellschaft zum Ausbruch, die ihr durch einfachen Entschluß glaubtet aus der Welt schaffen zu können.

B: Nicht durch einfachen Entschluß: durch ein entsprechendes Leben. Viel davon ist auch wirklich gelaufen hier in der Kommune bei uns. Durch das, was jetzt passiert ist, haben wir noch einmal begriffen, worum es wirklich geht, sodaß wir jetzt den Anfängen wirklich entgegentreten können.

AK: Bedeutet der Einbruch der gesellschaftlichen Realität in euer Kommune-Experiment nicht dessen Scheitern?

M: Du mußt das in Oregon von dem, was hier passiert ist, trennen. Das sind zwei verschiedene Sachen.

AK: Es war immerhin eure Musterkommune und der Sitz eures Meisters.

B: Das stimmt. Trotzdem ist es hier anders gelaufen. In unseren Kommunen gab es wirklich das System, daß sich ständig die Jobs veränderten, daß die Koordinatoren sich veränderten, und daß hier keiner lange Zeit in einer Position war. Niemand ist in einer wirklichen Machtposition.

M: Hier gab es auch so Strukturen. Die sind aber nach ein bis zwei Jahren immer gebrochen worden.

AK: Wenn ich euch richtig verstanden habe, dann meint ihr, daß euch die aktuellen Auseinandersetzungen zu größerer Selbstbestimmtheit und Selbstsicherheit führen?

M: Ja, wir haben unsere Organisation sofort in dieser Richtung verändert. Z.B. gab es früher das, was wir Mamas nannten. Unter Sheela hatten sie bestimmte Koordinationsfunktionen und waren zugleich das Herz der Kommune. Nehmen wir mal die Funktion des Center-Koordinators, der Center-Mama seinerzeit. Sie konnte nicht nur als letzte Instanz bestimmen, wer was macht, wo was läuft usw., sondern sie wußte auch viel über das Persönliche des einzelnen, weil man zu ihr gegangen ist, wenn es einem dreckig ging oder auch wenn es einem gut ging, weil man bei ihr sein Herz ausgeschüttet hat, wo es um tiefe persönliche Gefühle ging. Das kann ausgenutzt werden. Wir haben das sofort gestoppt. Diese Doppelfunktion gibt es nicht mehr. Wenn jetzt jemand persönliche Probleme hat, dann geht er wieder zu unseren Therapeuten, wie jeder andere auch, oder zu Freunden, aber nicht mehr zu den Mamas. So ist ein wesentlicher Punkt geknackt.

B: Ein weiteres Beispiel ist der Jobchange.Es war schon immer sehr abwechslungsreich mit den Jobs bei uns. Du hast nie deinen Job ein Leben lang gemacht. Wenn du keine Lust mehr hattest, konntest du wechseln. Aber jetzt ist das völlig anders: Du kannst jede Woche sagen, ob du deinen Job weitermachen willst. Jeder kann sich ständig aussuchen, was er machen will. Du reichst deinen Wunsch ein, dann wird geguckt, wer kann den ersetzen. Jeder kann kommen und sich was aussuchen.Es ist wie ein Arbeitsamt. So kannst du dir deine Kommunen aussuchen, ob du in Köln, Hamburg oder München sein willst.

AK: Das habt ihr bei unserem ersten Interview auch schon gesagt. Was hat sich denn da überhaupt verändert?

M: Während vorher die Verantwortung auf einigen wenigen Personen gelegen hat, ist jetzt die ganze Kommune dafür verantwortlich. Da kann nicht irgendeine Mama ankommen und baut das ganze Ding ohne Verbindung zu den Leuten um. Der spezielle Unterschied zu früher ist die Abschaffung der Mamas, d.h. der Vereinigung von Koordination und Emotionale-Stütze-Geben.

AK: Ist der Konflikt Bhagwan - Sheela auch der Konflikt zwischen Männern und Frauen in eurer Organisation? Mit der Super-Mama Sheela sind ja auch eine ganze Reihe weiterer starker Frauen gegangen. Was heißt die Abschaffung der Mamas für die Frauen in euren Kommunen?

B: Bhagwan hat den Frauen mal eine Chance gegeben rauszukommen, weil die immer irgendwie unterdrückt waren, nie die Stellung hatten, die die Männer haben. Er hat einfach mal den Spieß umgedreht. Bhagwan hat den Frauen die Möglichkeit gegeben, dieselben Erfahrungen zu machen wie die Männer. Die Frauen hatten ja nie die Gelegenheit gehabt, diese Erfahrung zu machen, wie man mit Macht umgeht. Diese Möglichkeit haben sie jetzt gehabt und sie haben die Macht genauso mißbraucht wie sie auch Männer in diesen Funktionen mißbrauchen. So sehe ich das. Im Grunde ist da kein Unterschied. Ich bin enttäuscht. Wir haben alle dieselben Strukturen in uns. Und wenn die Frauen so viel Macht in die Hände kriegen, dann ist halt die Gefahr genauso da wie bei den Männern. Jetzt ist klargeworden, daß es nicht nur ein chauvinistisch-männliches Verhalten gibt, sondern daß so ein Verhalten bei Frauen auch möglich ist. Das ist eine Lehre für viele.

AK: Welche Konsequenzen ziehst du daraus?

B: Für mich ist das eine tolle und erleichternde Erfahrung, dieses Verständnis von Frau, daß da solche Unterschiede nicht sind. Auf einer gewissen Ebene gibt es Unterschiede zwischen Mann und Frau. Aber je tiefer du kommst, umso mehr vereinigen sich alle Sachen, führen zu einem gleichen Punkt. Letztendlich ist der Unterschied nur ein äußerlicher, je weiter du nach innen kommst.

Fortsetzung auf Seite 46

Faschisierung oder «präventiver Sicherheitsstaat»?

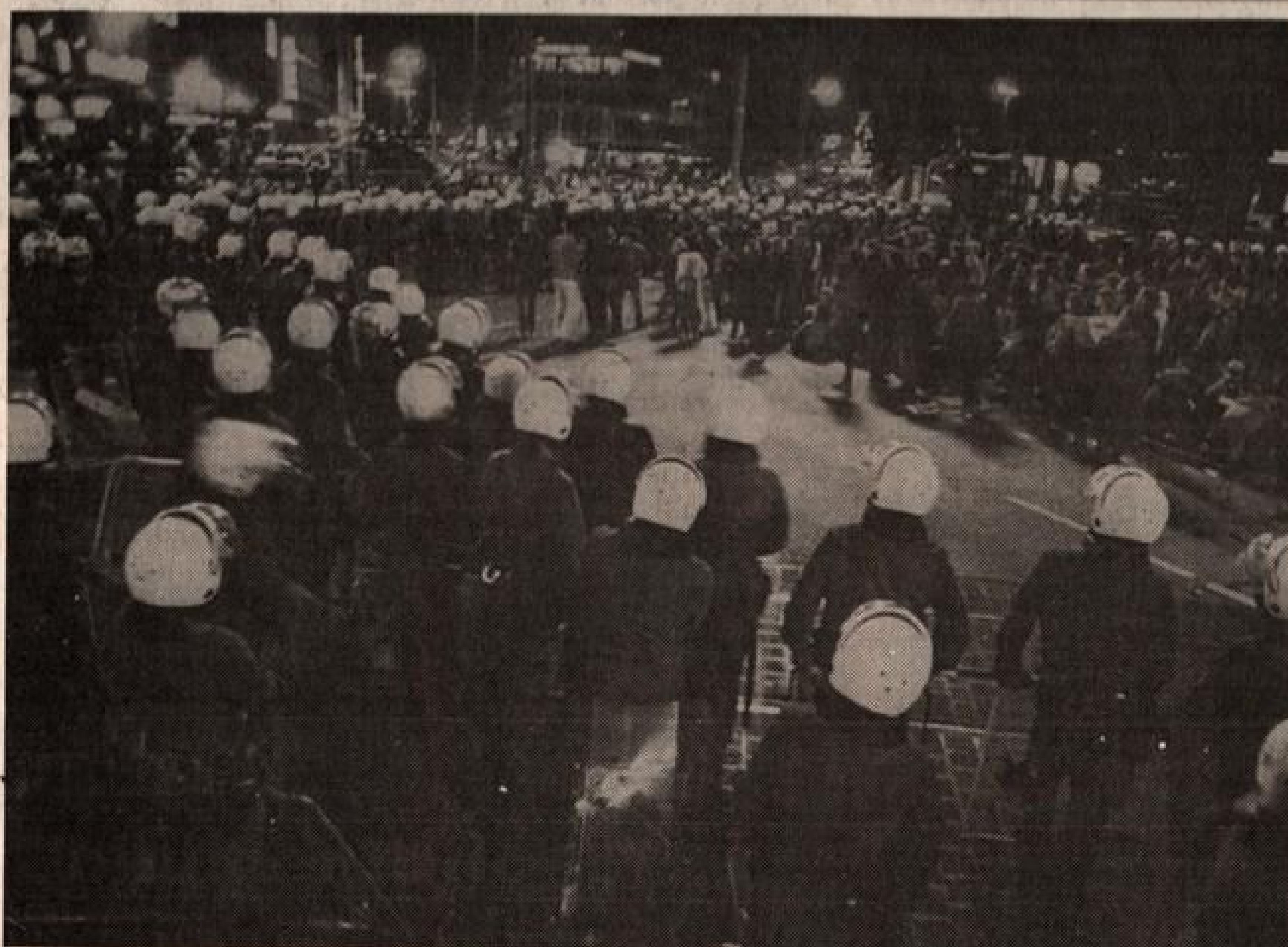
Ein Beitrag zur Diskussion um die Thesen von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Wenn ich mich im folgenden mit der Artikelserie von F. (siehe AK 256-259: „Was ist los mit der Faschisierung?'') auseinandersetze, tue ich dies mit durchaus gemischten Gefühlen. Dies rührt daher, daß ich mich derzeit überhaupt erst dem KB nähere, an der Entwicklung der Faschisierungsthese also weder teilgenommen noch in einem engen Bezug zum KB über einen längeren Zeitraum hinweg gearbeitet habe. Weiterhin befinde ich mich selbst in einem Theoriebildungsprozeß, den ich als noch nicht abgeschlossen und unfertig einschätze, der in dieser Unabgeschlossenheit aber Eingang in diese Auseinandersetzung findet. Zusätzlich habe ich mich nicht primär mit der Faschismusproblematik selbst beschäftigt, so daß meine empirischen Kenntnisse durchaus ihre Grenzen haben. Andererseits wird die Teilnahme an dieser Diskussion vielleicht auch von anderen als notwendig empfunden, die sich dem KB nähern wollen oder sich ein Stück weit, möglicherweise aber nicht unwiderruflich, von ihm entfernt haben.

Mein Beitrag wird sich nahezu ausschließlich auf der Ebene der Begriffsbildung bewegen. Dies ist der Bereich, in dem ich selbst arbeite und der mir in der Auseinandersetzung am wichtigsten erscheint. Dies nicht so sehr, weil die abstrakte Auseinandersetzung um Begriffsbildungen so wichtig wäre, sondern weil mit der Begriffsbildung unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Handlungen bzw. Handlungsperspektiven und Optionen verbunden sind. Der Genosse W.R. hat dies in seinem Leserbrief (AK 260, S. 25) exemplarisch deutlich gemacht, als er auf die handlungspraktischen Konsequenzen eines „Begreifens'' der Situation in Chile in der Kategorie der Militärdiktatur oder derjenigen des Faschismus aufmerksam gemacht hat. Wenn die MIR die Junta als Militärdiktatur begriffen hat und hieraus die politische Zielvorstellung einer Einheit der Linkskräfte entwickelte, ist dies unterschieden von der Auffassung der KP, die Junta als faschistisch zu verstehen und hieraus die Perspektive einer antifaschistischen Einheit unter Einschluß von Teilen der Bourgeoisie abzuleiten.

Der Punkt, an dem sich die Geister scheiden bzw. meiner Ansicht nach scheiden sollten, ist die von F. vorgenommene begriffliche Gegenüberstellung von „Faschisierung'' und „präventivem Sicherheitsstaat'' in dem Sinn, daß nur eines von beiden die
scheiden sollten, ist die von F. vorgenommene begriffliche Gegenüberstellung von „Faschisierung'' und „präventivem Sicherheitsstaat'' in dem Sinn, daß nur eines von beiden die
Wirklichkeit treffend beschreiben kann.

Eine solche Gegenüberstellung ergibt sich aus den Schlußbemerkungen von F., wenn er formuliert: *„Ich ziehe es vor, bis zum Beweis des Gegenteils dieses heutige imperialistische Staatsgebilde als ‚präventiven Sicherheitsstaat' zu bezeichnen''* (AK 259, S. 46, Hervorhebung im Original). F. gibt zwar eine Seite vorher durchaus zu diskutierende und m.A. nach in bestimmten Punkten notwendige Weiterentwicklungen von möglichen Bestimmungen des Faschismusbegriffes an, verfolgt diesen Gedanken aber nicht weiter, sondern propagiert den Begriff des „präventiven Sicherheitsstaates''. In diesen Begriff fließen zwei unterschiedliche Ebenen der Analyse ein: Die eine Ebene untersucht die aktuellen Handlungen und Strategien der Staatsmacht gegenüber sozialem und politischem Protest, die man beispielsweise gegenüber der Friedensbewegung eingeschlagen hat, was von F. eingehend analysiert worden ist. Die andere Analyse-Ebene hat die Strukturen innerhalb dieses Staatswesens zum Gegenstand und ihre Enwicklung seit ca. 20 Jahren. Zu verdeutlichen ist diese Unterscheidung beispielsweise daran, daß F. im Teil 3 (AK258) unter dem *„Stichwort: präventive Aufrüstung des Staatsapparates''* von den Strukturen dieses Apparates spricht und hierfür den Begriff des „Sicherheitsverbunds'' verwendet, während er in AK 259 unter der Überschrift *„Fazit: präventiver Sicherheitsstaat''* offenbar die aktuelle Strategie des BRD-Imperialismus bezeichnet. Zur Begründung seiner Begriffsbildung des „präventiven Sicherheitsstaates'' führt F. aus, daß er für


Vor dem Frankfurter Hauptbahnhof, 29.9.85: Moderne Sicherheitstechnik, 255 Festnahmen Foto: H. Fricke

den von ihm angeführten „Zustand von imperialistischem Verstaatlichungsprozeß'' keinen wirklich zutreffenden Begriff habe; alle von ihm bis zu diesem Fazit verwandten Begriffe wie „konservative Stabilisierung, repressiver Integrationsstaat, präventiver Normierungs- bzw. Befriedungsstaat'' würden die Wirklichkeit nur annähernd treffen wie auch der von Poulantzas verwendete Begriff des „autoritären Etatismus''. Diese Begriffsbestimmungen beziehen sich offensichtlich auf aktuelle Strategien von Teilen der Staatsgewalt, wovon die Strukturen im Sinne von Rahmenbedingungen und politischen Optionen innerhalb des Staatsapparates zu unterscheiden sind.

Die Kritik an dieser Gegenüberstellung beinhaltet drei Aspekte:

sind.

Die Kritik an dieser Gegenüberstellung beinhaltet drei Aspekte:

1. Des einen Sicherheit ist des anderen Unsicherheit

Der Begriff des „präventiven Sicherheitsstaates'' beinhaltet die „Sicherheit'' diese Staates aber auch keinen Deut mehr. Mit dieser Bezeichnung des „Sicherheitsstaates'' wird noch nicht einmal der von F. angeführte „imperialistische Verstaatlichungsprozeß'' inhaltlich getroffen, was auch durch die Zusatzbezeichnung „präventiv'' nicht besser wird. Das Attribut der Prävention verweist zwar vielleicht irgendwie auf diesen „Verstaatlichungsprozeß'', der Begriff des „Sicherheitsstaates'' als allgemeine Kennzeichnung dieses imperialistischen Staates ist dennoch vollkommen verfehlt. Wenn F. formuliert, daß *„imperialistische Politik ... aktuell darauf (orientiert), sich durch präventive Sicherheitspolitik innerhalb seiner eigenen Grenzen zumindest ein möglichst ruhiges Hinterland zu schaffen, um so größtmögliche Manövrierfähigkeit für globale Auseinandersetzungen zu haben''*, so kennzeichnet dies einen Teilbereich der aktuellen Politik, der sowohl geographisch wie im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel (ruhiges Hinterland für globale Auseinandersetzungen) begrenzt ist. Hier stellt sich doch die Frage: Sicherheit für wen oder was? Diese „Sicherheitspolitik'' ist nach F.'s eigener Einschätzung instrumentelles Mittel einer Politik höchster Unsicherheit, der Vorbereitung auf globale Auseinandersetzungen, der Führung von Kriegen. F. selbst formuliert: *„Das Gewaltmonopol des Staates und seine ‚Sicherheitsapparate' sowie deren ‚Sicherheitsideologie' werden von der großen Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich großer Teile der Linken anerkannt und als gesellschaftlich notwendig empfunden.''* Genau dies ist der Punkt. Bei der Verwendung des Sicherheitsbegriffes handelt es sich um Ideologie! Mit der Zuordnung von verschiedenen staatlichen und sonstigen politischen Strategien, Aktivitäten und scheinbaren Notwendigkeiten zum Begriff der Sicherheit wird ideologisch verschleiert, daß es sich ganz im Gegenteil um die Schaffung von extremer Unsicherheit handelt: „Verteidigung'' der „Sicherheit des Westens'' an den Ölfeldern des Persischen Golfs, „nationale Sicherheit'' durch Kriegsvorbereitung, „wirtschaftliche Sicherheit'' durch Rüstungsexport, „Stabilisierung'' der Währungen und Volkswirtschaften des „freien Westens'' durch weltweiten Hunger und Unterdrückung — all diese scheinbare Sicherheits- oder auch Stabilitätspolitik mag für und in be-
Währungen und Volkswirtschaften des „freien Westens'' durch weltweiten Hunger und Unterdrückung — all diese scheinbare Sicherheits- oder auch Stabilitätspolitik mag für und in be-
stimmten Teilbereichen kapitalistischer Gesellschaften und Staaten Sicherheit bedeuten, sie beinhaltet allerdings nichts weniger als extreme Unsicherheit in anderen Teilbereichen einer Gesellschaft oder für die Menschen in anderen Gesellschaften. Die Verwendung des Begriffes „Sicherheitsstaat'' halte ich ganz einfach für absurd, wenn wir den Begriff des Imperialismus nur halbwegs mit Inhalt füllen und uns die umfassende Wirklichkeit dieses Staatsgebildes vor Augen führen. Dies wird von F. selbst indirekt eingestanden, indem er seinen Begriff nie ohne Anführungszeichen beputzen mag.

Aus der Analyse staatlicher Strategien in bestimmten Teilbereichen der gesellschaftlichen Totalität — z.B. Strategien gegenüber der Friedensbewegung — auf den Oberbegriff eines „Sicherheitsstaates'' schlechthin zu schließen, bedeutet, andere Teilbereiche dieser Staatstätigkeit extrem zu verharmlosen. Die inhaltliche Unbestimmtheit dieses Begriffes auf der einen Seite und der gleichzeitig transportierte positive Wert Sicherheit auf der anderen Seite machen diesen Begriff zu einem vorzüglichen Objekt der ideologischen Legitimation von Inhalten, die dem Wert der Sicherheit vollkommen entgegengesetzt sind.

Darüber hinaus hat der Begriff „Sicherheit'' einen zumindest tendenziell faschistischen Inhalt. Dies macht sich nicht nur fest an Begriffen wie demjenigen des „Reichs-Sicherheits-Hauptamts'', in welches niemand anderes als GeStaPo und SD im Faschismus integriert gewesen sind. Dieser Kontext des Sicherheitsbegriffes mit Elementen faschistischer Ideologie ergibt sich m.A. nach nachweisbar, wenn sich etwa die „Doktrin der nationalen Sicherheit'' in den USA und in lateinamerikanischen Diktaturen auf faschistische Geopolitik oder die Ludendorff-Schrift „Der totale Krieg'' (1935) bezieht.

Dieser Kontext ergibt sich dann, wenn wir den Begriff der Sicherheit in seiner möglichen Verabsolutierung betrachten, in der Loslösung des Sicherheitsbegriffes von jeglichen konkreten Inhalten. Eine „totale'' Sicherheit ist nichts anderes als der „totale'' Krieg. In diesem Verständnis der totalen Sicherheit hat die Konzeption des faschistischen totalen Krieges Eingang in die Doktrin der Nationalen Sicherheit in verschiedensten lateinamerikanischen Diktaturen gefunden.

Ein letzter Punkt zu dieser Form der Begriffsbildung. Selbst wenn wir mit F. davon ausgehen, daß die aktuelle politische Strategie der Herrschenden
Ein letzter Punkt zu dieser Form der Begriffsbildung. Selbst wenn wir mit F. davon ausgehen, daß die aktuelle politische Strategie der Herrschenden
in der BRD eine Strategie der „präventiven'' oder aktuellen „Befriedung'' von sozialem Protest und Widerstand ist, fällt in den Ausführungen von F. auf, daß er häufig den Begriff des Imperialismus im Zusammenhang mit demjenigen der „Normalität'' verwendet. Auch wenn dies zum Zweck geschieht, den faschistischen Staat im Gegensatz zum formal demokratischen Staatswesen als „Ausnahmestaat'' zu kennzeichnen (um diesen Poulantzas-Begriff zur Verdeutlichung heranzuziehen), ist daran zu erinnern, daß es keine Normalität des imperialistischen Staates geben kann. Die Aufgabe stellt sich gerade umgekehrt, nachzuweisen, daß die Normalität in einem formal demokratisierten imperialistischen Staatswesen im wertenden Verständnis höchst „unnormal'' ist.

2. Nicht zwangsläufig bedeutet nicht: Unmöglich!

Der Beitrag von F. ist meiner Wahrnehmung nach von einer sozusagen klassischen Schwarz-Weiß-Malerei gekennzeichnet. F. ordnet alle seine Ausführungen in den Gegensatz von Faschisierung oder präventivem Sicherheitsstaat ein. Wenn F. in seinem dritten Teil formuliert: *„Die präventive Aufrüstung des Staatsapparats zur Eindämmung, gegebenenfalls auch unmittelbar terroristischer Unterdrückung aktueller, vor allem aber potentieller Unruhen hat stattgefunden''*, dies empirisch belegt und resümiert: *„Hier sind Elemente faschistischer Strukturen (im Sinne der gewaltsamen Aufhebung von Organisations- und Meinungsfreiheit für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung), die gegebenenfalls für die Installierung einer faschistischen Herrschaft nutzbar sind, deutlich erkennbar''*, dann argumentiert er im Grunde f ü r eine, wenn auch modifizierte Faschisierungsthese. F. begründet seine Auffassung, diese Entwicklung nicht als faschistisch zu bezeichnen, damit, daß es sich hierbei um Elemente solcher Strukturen handelt, *„die unter Umständen für eine faschistische Herrschaftsausübung genutzt werden **können**, keineswegs aber müssen.''* Darüber hinaus sei eine solche Entwicklung nicht absehbar und könne auch die Entwicklung des Staatsapparates *„seit der Krise Mitte der 60er Jahre nicht als Faschisierung bezeichnet werden — wenn Faschisierung das unmittelbare Vorbereiten der terroristischen Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung bedeuten soll''* (alle Zitate zu diesem Punkt Ak 258, S. 44).

Die entscheidende Differenz gegenüber der Faschisierungsthese reduziert sich hier auf die Problematik von „können'' oder „müssen'', also die Problematik der gesetzmäßigen Abfolge auf der einen Seite und die Kritik an einer falschen Totalisierung der These auf der anderen Seite. Wenn wir m i t F. davon ausgehen, daß die *„präventive Aufrüstung des Staatsapparates zur Eindämmung, ggfls. auch unmittelbar terroristischer Unterdrückung aktueller, vor allem aber potentieller Unruhen''* stattgefunden hat und hier Elemente faschistischer Strukturen zu erkennen sind, dann ergibt sich die logische Konsequenz, daß es sich hierbei zwar nicht um einen Faschismus „in Aktion'' handelt, wohl aber um den Versuch der Erlangung einer faschistischen Option. Wenn ich von einer möglichen falschen Totalisierung der Faschisierungsthese spreche, meine ich damit den begrifflichen Unterschied einer Faschisierung v o n Staat und Gesellschaft und der Faschisierung i n Teilen von Staat und Gesellschaft. Wenn wir den Ausdruck Faschisierung v o n Staat und Gesellschaft verwenden, ist hiermit verbunden die Vorstellung, daß die Faschisierung ein finaler Prozeß ist, der ab einem gewissen Zeitpunkt mit gesetzmäßiger Logik in einen faschistischen Herrschaftsappparat münden wird — es sei denn, diese Logik wird durch revolutionäre Entwicklungen durchbrochen. Wenn wir dagegen von Faschisierung i n Teilen von Staat und Gesellschaft sprechen, verstehe ich darunter die systematische
wicklungen durchbrochen. Wenn wir dagegen von Faschisierung i n Teilen von Staat und Gesellschaft sprechen, verstehe ich darunter die systematische
Schaffung von Voraussetzungen und Möglichkeiten einer faschistischen Krisen„lösung''. Diese systematische Herstellung einer Option zur faschistischen Krisen„lösung'' ist am weitesten fortgeschritten ausgerechnet in den Strukturen und Handlungsmöglichkeiten, die F. als „präventiven Sicherheitsstaat'' bezeichnet. Nur indem F. Faschisierung als Begriff versteht, der eine ganz bestimmte und einzugrenzende Totalität bezeichnet, kann er auf der einen Seite sagen, daß die *„von uns prognostizierte Faschisierung nicht stattgefunden hat und z.Zt. nicht stattfindet''* (AK 256, S. 37) und auf der anderen Seite von Elementen „faschistischer Strukturen'' sprechen, die zudem „deutlich erkennbar'' seien (AK 258, S. 44). An dieser Stelle ist daran zu erinnern, daß F. in diesem Punkt argumentiert, daß diese Strukturen für eine faschistische Herrschaftsausübung genutzt werden „können'', aber „keineswegs ... müssen'' (AK 258, S. 44). Auf der gleichen Seite stellt F. selbst, wohlgemerkt F. selbst, die Überlegung an, daß es *„durchaus reizvoll (sei), darüber nachzudenken, welchen Einfluß die Linke auf diese Entwicklung hatte — gerade auch durch ihre antifaschistisch orientierte Mobilisierung''*. Gemeint ist die historische Entwicklung, daß *„die Kräfte des BRD-Imperialismus, die Mitte der 60er und später für eine Konfrontationslinie in der Außen- und Innenpolitik, vielleicht gar für eine Faschisierung eintrateh''*, sich nicht durchgesetzt haben. Eine der meiner Auffassung nach unbestreitbaren Leistungen der Faschie-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sierungsthese besteht (unabhängig von der theoretischen Diskussion) in ihrer Konsequenz für das politische Handeln, eben jene von F. angesprochene ,,antifaschistisch orientierte Mobilisierung''. Wenn F. nun von sich aus die Überlegung anstellt, daß es ,,durchaus reizvoll'' sei, über die Frage nachzudenken, welchen Anteil die Linke daran hatte, daß sich die faschistisch orientierten Kräfte nicht durchsetzen konnten, dürfte diese Überlegung eigentlich das stärkste Argument für die Beibehaltung der Faschisierungsthese sein. Die ,,Kräfte des BRD-Imperialismus'', die für eine ,,Konfrontationslinie in der Außen- und Innenpolitik, vielleicht gar für eine Faschisierung'' eintraten, haben sich zwar bisher nicht durchgesetzt — dies bedeutet aber nicht, daß sie nun für alle Zeit das Zeitliche gesegnet hätten, F. ist zuzustimmen, wenn er zu Beginn seiner Serie konstatiert, daß die ,,.... *prognostizierte Faschisierung nicht stattgefunden hat und z.Zt. auch nicht stattfindet''* (AK 256, S. 37, Hervorhebung d.Aut.). Dies heißt allerdings noch keineswegs, daß in bestimmten Teilbereichen von Staat und Gesellschaft nicht sehr wohl eine Faschisierung stattgefunden hat. F. benennt ja selbst die Schaffung von Elementen faschistischer Strukturen in Bezug auf die Entwicklung der Staatsgewalt. Die Problematik besteht darin, daß zwar auf der einen Seit die e r w a r t e t e Faschisierung nicht stattgefunden hat und der Staat auch nicht als faschistischer zu begreifen ist (ein solches Verständnis würde jeden historischen Unterschied aufheben und dem historischen Faschismus nicht gerecht werden). Auf der anderen Seite ist aber festzuhalten, daß i m R a h m e n eines bürgerlichen, parlamentarisch-demokratischen Staates in Form von Gesetzen, der Aufrüstung und Strukturierung von Polizei, Bundesgrenzschutz, der Schaffung von ,,Lagezentren'' usw. die notwendigen Strukturen für eine zumindest tendenzielle faschistische Krisen,,lösung'' geschaffen wurden. Der Staat in der BRD ist kein faschistischer Staat, aber i n n e r h a l b des Staatsapparates existieren die Strukturen für eine faschistische Krisenlösung und sind in den letzten 20 Jahren systematisch geschaffen worden. F. schätzt die ,,Maßnahmen staatlicher Aufrüstung und seine Präventionspolitik'' (des Staates) zwar als Prozeß des Abbaus von Einschränkungen ein, denen die BRD durch die historische Niederlage des deutschen Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg unterworfen gewesen ist. Dies ist wiederum in Teilbereichen durchaus richtig; dagegen steht allerding die von F. vorgenommene Kennzeichnung dieses ,,Sicherheitsverbunds'' sowie die führende Rolle der BRD in der Etablierung von solchen Strukturen in ganz Europa.

Wenn F. nun erstens formuliert, daß ,,*tendenziell bzw. unter anderen politischen Umständen als denen der gegenwärtigen und absehbaren relativen in-*

Europa.

Wenn F. nun erstens formuliert, daß ,,*tendenziell bzw. unter anderen politischen Umständen als denen der gegenwärtigen und absehbaren relativen in-*

nenpolitischen Stabilität (...) die Strukturen dieses Apparats jedoch die der parlamentarischen Demokratie ohne neue Anstrengungen wesentlich einschränken bzw. Grundlage faschistischer Herrschaftsausübung werden'' (ebd.) können, und wenn F. zweitens die Besonderheit der Entwicklung in den letzten Jahren in der Fähigkeit des BRD-Imperialismus sieht, ,,*seinen Herrschaftsapparat nach der Krise 66/67 zu stabilisieren, ohne auf die NS-Gesetze zurückgreifen zu müssen''* (gemeint sind die Notstandsgesetze; AK 258, S. 44), so besteht diese Besonderheit darin, daß sich der gleiche Imperialismus im selben Zeitraum die organisatorischen usw. Voraussetzungen für eine faschistische Option geschaffen hat und zwar innerhalb des bürgerlichen Staates selbst.

Ob wir mit F. von einer ,,gegenwärtigen und absehbaren relativen innenpolitischen Stabilität'' ausgehen können, ist vielleicht gesondert zu diskutieren. F. selbst bindet die ,,Entwicklung der Präventionslinie der SPD/FDP-Regierung zu der konkreten Form der heutigen Konfliktdämpfungspolitik der CDU/CSU/FDP-Regierung'' ein in die Bedingung eines expandierenden BRD-Imperialismus, ,,*der trotz Krisenmanagement zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung noch immer in der Lage ist, den Sozialstaats-Konsens aufrechtzuerhalten''* (AK 258, S. 44). Wenn F. formuliert, daß o f f e n sei, was geschieht, wenn dies in Frage gestellt wird — offen nicht nur für die Linke, ,,*sondern ebenso für die Herren bürgerlichen Strategen der Präventionsplanung''* (ebd.) — und damit diese Frage auch für ihn offen ist, während er gleichzeitig so vehement gegen die Faschisierungsthese argumentiert, halte ich dies für politisch abenteuerlich. Dies vor allem deswegen, weil die von F. genannten Bedingungen an die Aufrechterhaltung der ,,Präventionslinie'' in absehbarer Zeit durch die Entwicklung der Weltwirtschaft in Frage gestellt werden. Gegen eine falsche Totalisierung der Faschisierungsthese spricht einiges, mindestens genauso viel gegen ihre völlige Ersetzung.

Diese bloße Gegenüberstellung von Faschisierungsthese gegenüber derjenigen des präventiven Sicherheitsstaates folgt offenbar aus einer Verkürzung des Faschismusbegriffes bzw. desjenigen der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. F. gibt zwar eine ganze Palette von Essentials an, die in die Faschisierungsthese des KB eingeflossen sind, diskutiert auch verschiedene Varianten der Erklärung des Faschismus, an mehreren Stellen seiner Ausführung verkürzt er den Faschismusbegriff allerdings ganz entscheidend. Diese Verkürzung erscheint bezeichnenderweise genau an dem Punkt, an dem er die Faschisierungsthese pauschal und vollständig zurückweist. So stellt F. zu Beginn seiner Ausführungen die schon zitierte Behauptung auf, daß die prognostizierte Faschisierung nicht stattgefunden hat, ,,*wenn wir von dem Begriff der Faschisierung ausgehen''*, den er bezeichnet als ,,*akute Offensive zur unmittelbaren Einrichtung faschistischer Herrschaftsverhältnisse''* und das hieße ,,*der terroristischen Niederhaltung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten''* (AK 256, S. 37). Über diesen Punkt kann man bestimmt geteilter Meinung sein, nur ist die reine terroristische Niederhaltung der Arbeiterklasse nicht unbedingt alleiniges Kennzeichen von Faschismus, sondern nahezu jeder Militärdiktatur; zudem erschöpfte sich die Faschisierungsthese eben nicht diesem Punkt.

Noch deutlicher wird diese Verkürzung an einer anderen Stelle. So argumentiert F. nach Darstellung der präventiven Aufrüstung des Staatsapparates, daß die ,,*Entwicklung des Staatsapparats seit der Krise Mitte der 60er Jahre nicht als Faschisierung bezeichnet werden (kann) — wenn Faschisierung das unmittelbare Vorbereiten der terroristischen Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung bedeuten soll''* (AK 258, S. 44). In der Antifaschistischen ,,Russel-Reihe'', Bd. 5 (Nach Schleyer: ,,Sonderkommandos'' in der BRD - Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo) heißt es dagegen: ,,*Nach der Stammheim-Mogadishu-Offensive der westdeutschen Bourgeoisie sind in der Hülle des ,Demokratischen Rechtsstaates' deutlicher als je zuvor die Konturen eines faschistischen Machtapparats erkennbar, wie ihn die Nazis mit dem ,Reichs-Sicherheits-Hauptamt' (RSHA) und der ihm eingegliederten GeStaPo und SD hatten. Nicht anders als heute entwickelte sich auch der faschistische Machtapparat im demokratischen Gewande und durch eine s c h r i t t w e i s e Beseitigung demokratischer Srukturen. Nicht anders als heute fand sich der ,Gesetzgeber' immer bereit, schon vollzogene Schritte abzusegnen''* (ebd. S. 214, Hervorh. im Original). F. muß in gewisser Hinsicht seinen Faschismusbegriff auf den

als heute fand sich der ,Gesetzgeber' immer bereit, schon vollzogene Schritte abzusegnen'' (ebd. S. 214, Hervorh. im Original). F. muß in gewisser Hinsicht seinen Faschismusbegriff auf den

Aspekt des ,,unmittelbaren Vorbereitens der terroristischen Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung'' reduzieren, weil er in der Überprüfung der von ihm augeführten Essentials ansonsten eine deutliche Bestätigung zumindest eines dieser Essentials feststellen müßte, nämlich des von ihm so formulierten Punkts: ,,*Erwartung einer präventiven Aufrüstung des Staatsapparats und seiner repressiven Organe wie Polizei, Geheimdienst, Militär, u.a. Im Zusammenhang damit Einschränkung demokratischer Freiheiten in dem Bemühen, die Bevölkerung an die Repression als Alltag zu gewöhnen''* (AK 258, S. 41).

Meiner Wahrnehmung nach diskutiert F. die von ihm aufgezählten Essentials der Faschisierungsthese des KB nicht exakt in den einzelnen Aussagen, sondern ausschließlich von der in der letzten These angebenen ,,Definition des Faschismus''. Wenn F. u.a. angibt: ,,*Erwartung einer schnellen Zuspitzung der globalen Widersprüche des Imperialismus bis hin zu seinem nicht allzufernen Zusammenbruch''* (AK 258, S. 41), so wäre über diese Aussage gesondert zu diskutieren. Eine gesonderte Behandlung dieses Aspektes würde ergeben, daß wiederum die Erwartungen an die ,,schnelle Zuspitzung der globalen Widersprüche des Imperialismus'' sich nicht unbedingt erfüllt haben, daß andererseits diese damals prognostizierte Zuspitzung in Form der internationalen Schulden- und Währungskrise mit ,,Verspätung'' einzutreffen scheint. Ich will damit nicht sagen, daß alle damaligen Prognosen nun heute ,,endlich'' doch noch Wirklichkeit werden würden, sondern vielmehr, daß eine gesonderte Untersuchung aller einzelnen ,,Essentials'' zu einer differenzierteren Betrachtung der Alternative Faschisierung oder ,,präventiver Sicherheitsstaat'' beitragen würde. Indem F. diese Alternative stellt, gerät er in die Gefahr einer vollständigen Verharmlosung der realen kapitalistischen Enwicklung: So heißt es bei F.: ,,*Die langfristige Perspektive des Imperialismus ist heute entgegen unseren ,Thesen' viel besser als in den 50er Jahren''* und auf der gleichen Seite: ,,*Ihre aktuelle relative Stabilität gibt den imperialistischen Ländern, allen voran den USA, der BRD (im Rahmen der EG) und Japan gegenüber den 70er Jahren größeren Handlungsspielraum. Dies verringert einerseits die Wahrscheinlichkeit aktueller Zuspitzungen innerimperialistischer Widersprüche (enge Märkte, Arbeitslosigkeit u.ä.) und die Zwangsläufigkeit krisenhafter Zuspitzung im imperialistischen Gesamtsystem (Verschuldung der ,3. Welt' u.a.).''*

Auffällig an diesen sehr pauschalen und kategorischen Aussagen ist nicht nur, daß sie in keinster Weise belegt sind und eine Überprüfung der Essentials in diesem Bereich im Sinne einer detaillierten Auseiandersetzung nicht stattgefunden hat (F. argumentiert hier anscheinend mit ,,Augenmaß'' oder dem ,,äußeren Anschein''). Auffällig ist vor allem auch, daß diese eindeutig erscheinenden Aussagen zur wirtschaftlichen Perspektive des Kapitalismus sofort wieder relativiert werden, wenn F. im Anschluß an diese Aussagen formuliert: ,,*Wann, wie, welche Destabilisierungsfaktoren zu Brüchen führen, ob Zuspitzungen und wenn, dann unter welchen Bedingungen von führenden imperialistischen Staaten forciert oder umgekehrt aufgefangen werden, ob sie ggf. überhaupt auffangbar sind — dies alles ist nicht nur für die Bevölkerungen der imperialistischen Staaten, so auch die Linken, sondern auch für die imperialistischen Strategen nicht mit Sicherheit kalkulierbar''* (AK 259, S.46). Wenn es denn für die Linken nicht kalkulierbar ist und somit auch für F., dann sollte man dies auch so sagen und nicht zur Widerlegung eines der Essentials der Faschisierungsthese behaupten, daß die l a n g f r i s t i g e Perspektive des Imperialismus heute entgegen früheren Annahmen ,,viel besser ist als in den 50er Jahren'' (ebd.). (Eine ähnliche Problematik ergibt sich m.A. nach in der Einschätzung der Kriegsgefahr, was ich unter einem anderen Aspekt noch behandeln werde).

Wenn F. in Bezug auf die ,,Elemente faschistischer Strukturen'' feststellt, daß diese unter anderen Bedingungen ,,zu einem Instrument der Selektion und Liquidation politischer und anderer Minderheiten im großen Stil werden'' können, dagegen aber argumentiert (um Mißverständnisse zu vermeiden, wie er sagt), es seien Elemente solcher Strukturen, die unter Umständen für eine faschistische Herrschaftsausübung genutzt werden können, keineswegs aber müssen, wollen wir diese Feststellung umdrehen: **Müssen nicht, aber können.** Daß dieses ,,Können'' eine reale Möglichkeit der Krisen,,lösung'' beinhaltet, wird durch nichts deutlicher als durch die in der Tat weitgehend erfolgte Realisierung der Voraussetzungen einer solchen Option auf der Ebene des ,,präventiven Sicherheitsstaates'' (Zitate AK 258, S.44).



Aus: Adolf Hitlers Mein Kampf von Kurt Halbritter

3.Reduzierter Faschismusbegriff

In einem dritten Teil wollen wir auf die Begriffsbildung in Bezug auf den Faschismus bzw. die Faschisierung eingehen, wie sie F. vornimmt.

A. Die vollständige Entgegensetzung des Begriffes des ,,präventiven Sicherheitsstaates'' gegenüber der Faschisierungsthese und vor allem die völlige Zurückweisung der Faschisierungsthese ergibt sich im Wesentlichen aus der Definition von Faschismus, die F. vornimmt. Diese Definition ist im letzten der von F. so genannten Essentials enthalten: ,,*Die Ableitung der empirischen Einschätzungen aus der Definition des Faschismus als ,extremster Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion' in der Form der ,offenen, terrroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals' und aus der Definition der ,Faschisierung' als ,akuter Angriff', der über eine Reihe von Vorbereitungsetappen', unmittelbar' den Machtantritt des Faschismus fördert''* (AK 258; S.41). Die Problematik des methodischen Ansatzes von F. liegt ganz offensichtlich darin, daß er auf der einen Seite diese Definition von Faschismus und Teile der anderen Essentials zur Grundlage seiner Überprüfung verwendet, aber auf der anderen Seite einen wesentlich anderen oder zumindest veränderten Faschismusbegriff für notwendig hält. Von der oben angegebenen Definition von Faschismus verbleibt nicht mehr allzuviel übrig, wenn ,,*die Definitionen Dimitrovs und damit der ,offiziellen' Faschismusdefinition der III. Internationale ... aus heutiger Sicht zu differenzieren und zu erweitern, vielleicht auch zu korrigieren''* sind. (AK 259, S.45) Diese Punkte sind nach F.: Einschätzung des Faschismus als Endprodukt der Fäulnis des Kapitalismus, Definition des Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals, Definition des Faschismus als offene terroristische Diktatur (des Finanzkapitals).

Um die methodische Problematik zu verdeutlichen: F. stellt die Faschisierungsthese und die Essentials dieser These in ihrer inhaltlichen Aussage vor, verfolgt die Entwicklung dieser Thesen und versucht sie anhand der von ihm dargestellten historischen Entwicklung vor allem der BRD zu überprüfen. Eine solche Überprüfung mit dem Ziel der Widerlegung dieser Thesen kann zu zwei unterschiedlichen Konsequenzen führen: Die eine Konsequenz ist möglicherweise diejenige, daß die prognostizierte Faschisierung, wie sie bestimmt worden ist in den Thesen und Essentials, nicht stattgefunden hat, die Entwicklung der BRD also nicht mit dem Begriff der Faschisierung zu erfassen und beschreiben ist.

Die andere Konsequenz aus dem gleichen Überprüfungsergebnis wäre diejenige, daß die Faschisierungsthese und die Essentials einer Korrektur und Überprüfung bedürfen. Eine Entscheidung für oder gegen eine der beiden angeführten Schlußfolgerungen ist methodisch gesehen aus der rein empirischen Überprüfung der Faschisierungsthese nicht möglich. Die Alternative aus dem gleichen Überprüfungsergebnis der Faschisierungsthese kann entweder heißen: Umformulierung/Korrektur der Thesen selbst oder aber die Bezeichnung dieses imperialistischen Staatsgebildes mit einem anderen Begriff. Bevor wir diesen zweiten Schritt gehen, müßte zumindest die Frage gestellt werden, inwieweit die Faschisierungsthese modifiziert, korrigiert und konkretisiert werden kann, um die empirische Wirklichkeit zu erfassen, um erst im Falle einer Verneinung auch dieser Fragestellung eine der Wirklichkeit angemessenere Begriffsbildung zu suchen. Ein solcher methodischer Schritt könnte nur dann außer acht gelassen werden, wenn die begriffliche Bestimmung der ,,Faschisierung von Staat und Gesellschaft'' so eindeutig wäre, daß mit der Überprüfung der von F. angegebenen Essentials eine Faschisierungsthese grundsätzlich ausgeschlossen werden könnte, diese Essentials somit den begrifflichen Inhalt von ,,Faschismus'' bzw. ,,Faschisierung'' so genau wiedergäben, daß eine Weiterentwicklung nicht mehr möglich erscheint. Dies fällt in der Argumentation von F. besonders deshalb ins Gewicht, weil er selbst eine solche Weiterentwicklung des Faschismus-Begriffes, und da bin ich mit ihm einverstanden, für notwendig hält.

B) F. überprüft die Faschisierungsthese, verwirft diese These in ihrer Gesamtheit und ersetzt sie durch den Begriff des präventiven Sicherheitsstaates, obwohl er gleichzeitig von einem in bestimmten Punkten verschiedenen Faschismusbegriff ausgeht. Indem F. diesen Zwischenschritt der Auseinandersetzung mit einer Modifizierung der Faschisierungsthese übergeht, gerät er in die Gefahr eines ,,platten'' Empirismus, der außer acht läßt, daß die Auseinandersetzung um begriffliche Bestimmung von komplexen sozialen

Faschisierungsthese übergeht, gerät er in die Gefahr eines ,,platten'' Empirismus, der außer acht läßt, daß die Auseinandersetzung um begriffliche Bestimmung von komplexen sozialen

Prozessen wie desjenigen, den wir unter dem Begriff des Faschismus zusammenfassen, vor allem auch eine theoretische Komponente enthält. Die Art und Weise der ,,empirischen'' Überprüfung von Thesen und theoretischen Ansätzen ist nicht zuletzt wesentlich von der Fragestellung selbst abhängig. Um dies in der Argumentation von F. zu verdeutlichen: F. ist der Auffassung, daß der Entwicklungsprozeß der BRD seit der Krise 66/67 mit dem Begriff Faschisierung nicht zu erklären sei, und argumentiert: ,,*Nach bisherigem Verständnis bezeichnet der Faschismus b e s o n d e r e Herrschaftsform des Kapitalismus, mit der sich die herrschenden Kräfte der Bourgeoisie unter b e s o n d e r e n Umständen oder für b e s o n d e r e Umstände die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft sichern''*. Er schlußfolgert: ,,*Die Faschisierung bezeichnet den Prozeß des zwar längerdauernden oder kürzeren, aber doch unmittelbaren Herankommens an diese besondere Situation''* und dann: ,,*Nach inzwischen schon nahezu zwanzig Jahren erweist sich der seit Ende der 60er Jahre in der BRD stattfindende Gesamtprozeß keineswegs mehr als Heranführung an eine solche b e s o n d e r e politische Krisensituation...''* (alle Zitate AK 259, S.46, Hervorhebungen im Original). Lediglich eine Seite vor diesen Ausführungen argumentiert F. allerdings gerade für eine Modifizierung der Kriterien, anhand derer er überprüft: ,,*Entscheidungen für die Einführung faschistischer Herrschaftsmethoden kommen trotz relativer Hochorganisiertheit von Kapital und Staat im Kampf der unterschiedlichen Inter-*

Fortsetzung nächste Seite

Diskussion

Fortsetzung von vorheriger Seite

essen, politischen Strömungen und Kräfte der herrschenden Schicht miteinander zustande'' und zieht als Fazit zu diesem Aspekt die Schlußfolgerung: *„Diese Tatsachen verbieten gefährlich vereinfachende und daher an den realen Bruchlinien des so hergestellten Konsens des Kapitals vorbeigehende Vorstellungen von der Einführung ,des' Faschismus durch ,das' Kapital''* (ebd., S.45). Wenn allerdings „Entscheidungen für die Einführung faschistischer Herrschaftsmethoden'' nach F. „im Kampf'' von Interessen und Kräften der herrschenden Schichten zustande kommen, ist es problematisch, den Begriff der Faschisierung als „Heranführung an eine solche b e s o n d e r e politische Krisensituation'' zu begreifen und dieses „Heranführen'' zu beziehen auf den in der BRD stattfindenden *„Gesamtprozeß''*.

Ein „Kampf'' beinhaltet eine widersprüchliche Entwicklung, ein „Heranführen'' an eine politische Krisensituation als Aussage in Bezug auf einen **Gesamt**prozeß beinhaltet dagegen eine relativ einheitliche Entwicklung. Ich hatte dies zu verdeutlichen versucht in der Unterscheidung der Faschisierung i n (Teilen von) Staat und Gesellschaft und derjenigen v o n Staat und Gesellschaft. Auch wenn ich hier auf dieses philosophische Problem nur hinweisen kann, möchte ich doch anmerken, daß meiner Auffassung nach ein „Gesamtprozeß'' grundsätzlich nicht durch eine einheitliche, „logische'' begriffliche Bestimmung zu bezeichnen ist, wenn wir davon ausgehen, daß die historische Entwicklung durch die Entwicklung von Widersprüchen und Gegensätzen gekennzeichnet ist. Wenn wir einen „Gesamtprozeß'' begrifflich bezeichnen wollen, können wir uns glücklich schätzen, wenn es uns gelingt, die Widersprüche und Gegensätze und ihre Entwicklung richtig zu bezeichnen.

Die „logische Bestimmung eines „Gesamtprozesses'' sollte erfolgen durch die Bestimmung der Widersprüche und Gegensätze, die historische durch das Aufzeigen der Entwicklung dieser Widersprüche. So ist meiner Auffassung nach schon aus methodologischen Gründen die Bestimmung dieses „Gesamtprozesses'' in der BRD weder mit dem Begriff der Faschisierung noch mit demjenigen eines präventiven Sicherheitsstaates möglich. Eine solche Möglichkeit würde sich nur dann ergeben, wenn ein Teilbereich der gesellschaftlichen Entwicklung alle anderen Teilbereiche derart dominieren würde, daß auch diese anderen Teilbereiche unter diesen Aspekt einzuordnen wären. Meiner Wahrnehmung nach ist die Geschichte der BRD in den letzten 20 Jahren keineswegs so eindeutig durch Konfliktdämpfung, Deeskalation, Entspannung etc. dominiert, daß man die widersprüchliche Entwicklung auf eine einheitliche Begriffsbildung reduzieren könnte.

Ich sehe mich nicht wie F. in der Lage, aus der Entgegensetzung von Fa-

tig durch Konfliktdämpfung, Deeskalation, Entspannung etc. dominiert, daß man die widersprüchliche Entwicklung auf eine einheitliche Begriffsbildung reduzieren könnte.

Ich sehe mich nicht wie F. in der Lage, aus der Entgegensetzung von Fa-

schisierungsthese gegenüber derjenigen des präventiven Sicherheitsstaates zum gegenwärtigen Zeitpunkt politische Schlußfolgerungen für die Orientierung der Linken zu geben. Wenn ich aus der Kritik an F.s Vorschlägen hierzu eigene Orientierungen diskutiere, sind diese an die Vorgaben von F. gebunden und nicht aus einer eingehenden eigenen Analyse von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Entwicklungen abgeleitet; meine kurzen Anmerkungen zu diesem Punkt haben somit noch sehr vorläufigen Charakter. Zur Sache: *„Nicht die Ausnahmeentwicklung eines möglichen neuen Faschismus, sondern die Gesetze, nach denen der Alltag des präventiven Sicherheitsstaates funktioniert, müssen gegenwärtig im Vordergrund unserer analytischen Arbeit und einer entsprechenden antistaatlichen Propaganda stehen. Dies schließt eine gründliche antifaschistische Aufklärung und Mobilisierung gegen die Normalisierungspropaganda dieses Staates ein.''* Soweit F., der anfügt, daß auf dieser Grundlage die Bruchlinien erforscht werden müßten, an denen der präventive Sicherheitsstaat in einen „Unsicherheitsstaat'' übergehen bzw. überführt werden könnte (AK 259, S.46).

Zunächst einmal halte ich es für zweifelhaft, inwieweit es gelingen kann, eine „gründliche antifaschistische Aufklärung und Mobilisierung'' gegen einen Staat zu entwickeln, der begrifflich in seiner Totalität als „präventiver Sicherheitsstaat'' im Verständnis von F. zu begreifen wäre. Eine solche Propaganda und Mobilisierung halte ich für prinzipiell richtig und notwendig, nur erscheint mir diese Forderung etwas hohl und in der Gefahr, zur verbalen Phrase zu werden, wenn sie gegen das exakte Gegenteil eines faschistischen Ausnahmestaates, gegen einen „Sicherheitsstaat'' oder auch „imperialistischen Normalstaat'' gerichtet sein soll. Gegenüber der allgemein richtigen Forderung nach einer solchen Verbindung scheint das Problem konkreter Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit ziemlich offen zu sein, wenn wir diese beiden Staatsformen mit F. ausschließlich als Gegensätze begreifen.

Richtig ist sicherlich die Untersuchung der Funktionsmechanismen, nach denen der von F. so bezeichnete „präventive Sicherheitsstaat'' arbeitet. Dies vor allem deswegen, weil Protest und Widerstand gegen bestimmte kapitalistische Entwicklungen sich nicht automatisch gegen dieses Gesellschaftssystem selbst richten, sondern sogar in den meisten Fällen „umfunktioniert'' werden können. In Bezug auf diese Problematik der „Umfunktionierung'' oder „Umstrukturierung'' von gesellschaftlichem Protest und Widerstand gegen bestimmte Teilelemente kapitalistischer Entwicklung sind die Möglichkeiten der Präventionsstrategien zwar noch nicht erschöpft, sie sind aber nicht die einzigen. In Bezug auf die Entwicklung in England spricht Stuart Hall im neuesten „Argument'' beispielsweise von einem autoritären Populismus, den er in Weiterentwicklung, aber auch im Gegensatz zum Begriff des „autoritären Etatismus'' von Poulantzas entwickelte. So formuliert er: *„Diese äußerst widersprüchliche Strategie — ... zugleich, beim Abbau des Wohlfahrtsstaats, ,anti-staatlich' in ihrer ideologischen Selbstdarstellung und in höchstem Maße staatszentralistisch und dirigistisch in vielen ihrer strategischen Operationen — würde die Politik auf neue Weise verändern''* („Argument'' 152' S. 535). Meiner Auffasung nach ist die aktuelle Entwicklung durch eine „Arbeitsteilung'' von autoritärem Etatismus und autoritärem Populismus gekennzeichnet, sodaß gesellschaftlichem Widerstand keineswegs nur mit Präventionsstrategien begegnet wird.

Für F. scheint nach seinen Worten eines sicher zu sein: *„Die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme für die Linke durch Zugang zum Parlament seitens der Grünen, durch Entstehung vielfältiger basisdemokratischer Ansätze, durch Entwicklung kulturpolitischer Alternativen zum herrschenden System sind gewachsen''* (AK 259, S.46). So wie diese Aussage von F. formuliert wird, ist sie richtig und falsch zugleich, sie überdeckt die widersprüchliche Entwicklung. Da die Verbindung von Parlamentsbeteiligung (indirekt durch den Zugang der Grünen zum Parlament) und Basisdemokratie bis in die Wortwahl dem theoretischen Ansatz von Nicos Poulantzas entspricht, will ich diese Sicherheit von F. mit Poulantzas in Frage stellen: Poulantzas formuliert in Bezug auf sein Konzept der Transformation des Staates und der Entfaltung der direkten Demokratie, das sich in unserem Fall auf Parlamentsbeteiligung und Entwicklung von Formen von Basisdemokratie konkretisiert: *„Wenn es diese entfaltete und aktive Bewegung*

sein Konzept der Transformation des Staates und der Entfaltung der direkten Demokratie, das sich in unserem Fall auf Parlamentsbeteiligung und Entwicklung von Formen von Basisdemokratie konkretisiert: *„Wenn es diese entfaltete und aktive Bewegung*

nicht gibt ... (die Massenbewegung, die sich auf breite Volksbündnisse gründet, d. Aut.), *und wenn es der Linken nicht gelingt, diese Bewegung hervorzurufen, wird nichts die Sozialdemokratisierung dieses Experiments verhindern können. So radikal die verschiedenen Programme auch sein mögen, daran werden sie nicht viel ändern''* (Poulantzas, Staatstheorie, S.242). Poulantzas erscheint realistischer als viele seiner Interpreten.

C. Ein letzter Punkt muß angefügt werden, der hier nur angedeutet werden kann, da er die Grundlagen der Faschismustheorie selbst betrifft. F. leitet seine Differenzierungen in Bezug auf den Faschismusbegriff ein mit der Feststellung dessen, was aus seiner Sicht festgehalten werden müsse: *„Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen bürgerlicher Demokratie und Faschismus als zwei unterschiedlichen Methoden bürgerlicher Herrschaft, die zwar ineinander übergehen können, aber sehr wohl auseinandergehalten werden müssen, war zu Dimitrovs Zeiten richtig und ist es noch heute.''* Nachdem sich hierüber auch noch alle marxistischen Forscher nach F. einig sind, will ich auch in diesen Chor einstimmen und gleichzeitig behaupten, daß dies nur „die halbe Miete'' ist (Zitat AK 259, S. 45). Zur Verdeutlichung will ich auf eine Aussage im Schulungsinfo des KB über den Staat eingehen. Nachdem der ungezeichnete Autor(in?) betont, daß er eine Prognose über die Gefahr eines neuen Faschismus „hier und/oder global'' nicht für möglich halte, differenziert er: *„Nota bene: Hiermit ist nichts über die Gefahr drohender globaler Kriege ausgesagt, sondern über die gesellschaftliche Organisation, in deren Rahmen diese Kriege gegebenenfalls ausgetragen werden''* (Schulungsinfo Nr. 14, S.35).

Der/die Autor/in unterscheidet offensichtlich zwischen der gesellschaftlichen Organisation des Faschismus und der Austragung von globalen Kriegen. Sicherlich besteht ein realer Unterschied zwischen diesen beiden Aussagen, da sie sich auf unterschiedliche Gegenstände beziehen. Problematisch halte ich dies allerdings in dem Punkt, daß die gesellschaftliche Organisierung mit dem Begriff des Faschismus in Verbindung gebracht wird, die Austragung von „globalen Kriegen'' jedoch nicht. Ist denn die bewußte Entfesselung eines auch atomar geführten Weltkrieges nur dann als faschistisch zu bezeichnen, wenn auch die gesellschaftliche Organisation eine faschistische ist?

Meiner Auffassung nach wäre die Entfesselung eines Weltkrieges bspw. durch die USA resp. die NATO mit der bewußten Inkaufnahme von hundert(en) Millionen Toten unter der Voraussetzung, daß die „richtige'' Seite „siegt'', ganz notwendigerweise faschistisch, unabhängig von der gesellschaftlichen Organisation (bezogen auf die Gegenüberstellung von Formen bürgerlicher Herrschaft oder derjenigen des Faschismus). Ähnliches gilt m.M. nach für die z.T. bewußte Entfachung von Hungerkatastrophen in Ländern der „Dritten Welt''. Um diesen Punkt auf die Bestimmung des Faschismusbegriffes zurückzuführen: Der Faschismusbegriff kennzeichnet meiner Auffassung nach unterschiedliche Sachverhalte, die zwar ganz logischerweise voneinander abhängen, aber nicht vollständig auf ein einheitliches Prinzip zurückzuführen sind.

So kennzeichnet der Faschismusbegriff Sachverhalte in Bezug auf die Staatsform, die Ideologie, die Massenvernichtung von Menschen, die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes im „Osten'' sowie die spezifische Form der imperialistischen Kriegsführung, die auf der einen Seite nicht vollständig voneinander determiniert sind und auf der anderen Seite jeweils für sich einen qualitativen Sprung gegenüber dem „normalen'' Imperialismus darstellen. In jedem dieser Bereiche ist eine Kennzeichnung als „faschistisch'' und somit auch diejenige einer „Faschisierung'' prinzipiell möglich.

Nun kann man argumentieren, daß ausschließlich der deutsche Faschismus alle hier genannten Ebenen in sich vereinigt hatte, und deshalb nur eine vollständige Kombination dieser Ebenen wiederum die Bezeichnung als Faschismus rechtfertigen würde. An dieser Stelle ist daran zu erinnern, daß die französische Revolution (insofern wir sie als bürgerliche Revolution verstehen) sich als bürgerliche Revolution niemals wieder in dieser Form ereignet hat. Die bürgerliche Revolution hat danach ganz andere Wege eingeschlagen, gerade weil die französische Revolution ihren speziellen Verlauf genommen hat. Niemand anderes als Bismarck hat später argumentiert: „Lieber Revolution machen als erleiden''; die bürgerliche Revolution in Deutsch-

nach ganz andere Wege eingeschlagen, gerade weil die französische Revolution ihren speziellen Verlauf genommen hat. Niemand anderes als Bismarck hat später argumentiert: „Lieber Revolution machen als erleiden''; die bürgerliche Revolution in Deutsch-

land entwickelte sich als neue Symbiose von Feudalismus und Kapitalismus, von Reaktion und Modernität und war somit vorbildhafter für den realen kapitalistischen Entwicklungsweg als es die französische Revolution jemals sein konnte. Wenn wir diese Entwicklung der bürgerlichen Revolution bedenken und folgern, daß ein „neuer'' Faschismus wahrscheinlich niemals die historische Form des deutschen Nationalsozialismus annehmen wird, gerade wegen der besonderen Form dieses Faschismus, ist die Reduktion von Faschismus als eine besondere Form von bürgerlicher Herrschaft im Gegensatz zu bürgerlich-demokratischen Formen zu überdenken. Die von F. getroffene Unterscheidung, in der sich alle marxistischen Forscher einig sind, ist auf der spezifischen Ebene des Staatsapparates sicherlich richtig, hier sollten wir auch keine Vereinfachungen und falsche Gleichsetzungen vornehmen. Etwas anderes ist allerdings die Frage, ob auf anderen gesellschaftlichen oder politischen Ebenen, von denen ich einige versucht habe aufzuzählen, eine ganz andere Entwicklung im Gange ist, die zumindest ganz entscheidend sein kann auch für den Übergang von einem „Sicherheitsstaat'' in einen „Unsicherheitsstaat'', oder eventuell sogar als „Faschisierung'' zu begreifen ist trotz Aufrechterhaltung des formal-demokratischen Rahmens des Staatsapparates. Die Entgegensetzung von bürgerlich-demokratischen Staatsformen und von Faschismus ist auf dieser Analyseebene sicherlich richtig, die Reduktion von Faschismus auf diesen einzelnen Bereich wird dem Problem der Faschisierung aber allein nicht gerecht.

Rudolf, Frankfurt

«Das kommt in jedem Betrieb vor ...»

Interview mit Vertretern des Hamburger Bhagwan-Centers

Fortsetzung von Seite 43

AK: Und wie siehst du das als Frau?
B: Letztlich kommt es aufs Herz an und darauf, daß ich wirklich ehrlich bin. Dann ist es ganz wurscht, ob du Mann oder Frau bist. Worauf willst du speziell hinaus? — Ich war lange in der Frauenbewegung, weißt du.

AK: Ich frage nach den konkreten Konsequenzen, die die Abschaffung der Mamas für die Position der Frauen in eurer Gemeinschaft hat.
M: Bhagwan hat in einer seiner letzten lectures klar gesagt, er hätte den Frauen die Macht aus Mitgefühl gegeben, weil sie von allen Gesellschaften auf der Welt unterdrückt wurden, daß er jetzt auch dazu steht, daß er zu 50:50 steht, daß wir es zusammen machen können.
B: Ich habe totale Schwierigkeiten auf die Frage zu antworten, weil ich Menschen nicht mehr so auseinanderklamüsere in Mann und Frau.
M: Man kann eigentlich den Geschlechterkampf droppen.
B: Ja, damit kann ich im Grunde nichts mehr anfangen.

AK: Lassen wir es dabei. Eine andere Frage: In Oregon sind vor den laufenden Kameras die von Sheela herausgegebenen Bücher verbrannt worden. Wie fühlt ihr euch als West-Deutsche dabei?
B. und M. lachen
B: Ich kann damit nichts anfangen. Ich habe mich auch nicht dafür eingesetzt, daß wir das hier auch machen. Ich finde das unwichtig. Das Buch hat mich nie angesprochen. Jetzt hat sich herausgestellt, daß es von Sheela auf den Markt gebracht wurde und nicht von Bhagwan. Für mich ist allein wichtig, daß das Buch keine Bedeutung mehr hat. Es zu verbrennen, das ist für mich nicht wichtig. Wenn die das in Köln machen, ist das fein. Wenn sie das auf der Ranch machen, ist das fein. Das ist nicht mein Ding.

AK: Dir steigen keine schlechten Erinnerungen auf?
B: Wir verbrennen unser eigenes Buch! Insofern ist das schon etwas anderes als in der Hitlerzeit, wo Hitler andere Bücher verbrennen ließ.

AK: Bhagwan verbrennt das Buch seiner Gegnerin!
B: Na gut, insofern kannst du das vielleicht schon sagen.
M: Aber das war nicht das Buch seiner Gegnerin. Sie hat ganz klar gesagt, das sei das Buch von Bhagwan. Ich habe es aus ihrem eigenen Munde gehört. Sie hat Bhagwan mißbraucht.
B: Es ist einfach beendet, finished.

AK: Dann kann man es doch einfach finished sein lassen. Wozu noch die Verbrennung?
M: Du mußt es in einem anderen Kontext sehen. Wenn wir sterben, dann lassen wir uns verbrennen. Das ist un-

AK: Dann kann man es doch einfach finished sein lassen. Wozu noch die Verbrennung?
M: Du mußt es in einem anderen Kontext sehen. Wenn wir sterben, dann lassen wir uns verbrennen. Das ist un-

sere Art und Weise, das zu machen. Und der Rajneeshismus ist gestorben und damit das, was dieses Buch ausgedrückt hat.
B: Durch das Verbrennen ist das eben auch sehr deutlich.

AK: Das stimmt. Sehr deutlich.

AK: Von den „Stern''-Interviewern wird vermutet, daß es sich bei der ganzen Geschichte um einen geschickt eingefädelten Finanzcoup handeln könnte. Ein recht interessanter Gedanke.
B: Ich habe bisher nur aus der Zeitung darüber gehört.

AK:B Nach Sheelas Fortgang ist die finanzielle Situation in Oregon offenbar sehr angespannt. Die Banken haben Bhagwan Kredite gesperrt.
M: Nein, die Lage ist nicht angespannt. Bhagwan hat Sheela die Kreditkarten auf das Millionenvermögen der Ranch gesperrt. Das ist normal, weil die nicht das Recht haben, über das Geld der ganzen Kommune zu verfügen.

AK: Da lügen doch beide Seiten. Habt ihr Einsicht in die Fianzlage dort?
B: Nein, vieles können wir überhaupt nicht beurteilen.
M: Am Wochenende haben wir ein Meeting darüber. Es kommt jemand von der Ranch. Da klären wir das. Wir können nicht alles übers Telefon sagen. Du weißt, es gibt Möglichkeiten, alles anzuzapfen: FBI. Das machen wir privat.

AK: Bedeutet all das, was wir jetzt besprochen haben, daß die soziale und politische Realität, die sich im Inhalt und Stil der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Bhagwan und Sheela ausdrückt, in Zukunft mehr von euch beachtet werden wird?
B: Ich weiß nicht, was wir in Zukunft machen werden. Ich glaube nicht, daß wir damit nach außen gehen und damit mehr Politik treiben werden. Ich glaube, daß es Auswirkungen auf uns haben wird, daß wir bewußter sein werden in Situationen, wo wir auch Kontakt zu anderen Leuten haben. Die kriegen das mit. Aber nach außen gehen wir nicht. Das wäre dasselbe, was wir vorher gemacht haben.

AK: Was meinst du damit?
B: Als ich politisch tätig war. Ich werde jetzt nicht nach außen gehen und sagen, macht das so und so....
M: Wenn die Welt „down the drain'' geht, dann geht sie. Ich bin nicht derjenige, der die Verantwortung für die ganze Welt trägt. Ich übernehme die Verantwortung für das, was ich mache, für das um mich herum. Ich übernehme nicht die Verantwortung für die ganze Menschheit. Das habe ich ganz lange gemacht, als ich politisch tätig war. Es hat mir nichts gebracht.

AK: Was wird aus der Oregon-Kommune?
M: Keine Ahnung - Wenn das ganze Kommune-Modell zuende ist, dann ist es eben zuende. Es ist nicht etwas, was unbedingt weitergehen muß. Wenn es nicht mehr geht, dann ist es fein, daß es so ist.

AK: Was wird aus den BRD-Kommunen ?
B: Wir haben im Moment einen Aufschwung. Das ist total exciting für uns alle. Es fängt was Neues an, von dem keiner weiß, wo es hingeht. Es fühlt sich lebendig an. Verfallen werden die Kommunen hier nicht.

AK: Und was ist mit dem in Oregon angelegten Geld? Ich habe gehört, daß es bei westdeutschen Sanyasins Befürchtungen geben soll?
M: Gibt es und hat es gegeben. Es gibt Leute, die haben ihr Geld zurückgeholt. Es gibt aber auch solche, die direkt in dieser Situation investiert haben.
B: Es wollen auch weiterhin Leute Sanyasins werden. Und das Witzige ist, daß sie alle Rot und die Mala wollen, obwohl es ihnen völlig freigestellt ist.

AK: In der Presse werden die kirchlichen Sektenbauftragten zitiert. Danach sollen gegenwärtig die Mitglieder eurer Gemeinde massenweise in die einzig noch intakten Kommunen in West-Berlin, Köln und Hamburg strömen. Die Situation in diesen Kommunen sei unerträglich. Die Gefahr von massenhaften Selbstmorden eurer Mitglieder wird beschworen. Was sagt ihr dazu?

West-Berlin, Köln und Hamburg strömen. Die Situation in diesen Kommunen sei unerträglich. Die Gefahr von massenhaften Selbstmorden eurer Mitglieder wird beschworen. Was sagt ihr dazu?

B: Das ist ein totales Gerücht. Alle Sanyasins, die in den letzten Wochen hierherkommen z.B., sind natürlich genauso verunsichert wie wir im Ashram zu Anfang auch. Es tut sich bei allen was. Und viele sind zwischendurch an einem Punkt gewesen, wo sie nicht wußten. Aber ich spüre — und nur davon kann ich ausgehen — daß etwas Neues angefangen hat.
M: Und somit ist es in gewisser Form auch tot. Das ist typisch für Bhagwan. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß aus solcher Asche etwas neues entstanden ist.

AK: Dazu passend die letzte Frage: Wird es um Sheela herum den Aufbau einer neuen Gruppe geben?
B: Das kann sein. Das will ich nicht ausschließen.

AK: Sie ist eine starke Frau. Sie hat Ausstrahlungskraft.
B: Ja, ja.
M: Das wird die Zukunft bald zeigen.
B: Ich kann mir nur nicht vorstellen, von wo diese Leute kommen sollen.

AK: Du meinst, weil Sheela keine spirituelle Kraft hat, sondern nur organisatorische?
B: Ja, das ist genau der Punkt.
M: Sie hat ne organisatorische Power-Kraft. Viele Leute haben auch Angst davor gehabt. Sie hatte nie das Warme, dieses Gefühl, das wir zu Bhagwan haben. Ich kenne niemanden, der das so empfunden hat. Sie war immer hart, unheimlich klar in der Organisation. Ich habe sie nie geliebt.
B: Aber die Liebe zu Bhagwan ist immer noch da.

AK: Danke euch für das Gespräch.

Lernfähigkeit und veränderte Bündnispolitik der Partei propagieren dynamische DKPler heutzutage allenthalben, Fehler hüben und drüben werden schon mal jovial eingestanden. Daß es damit in der Realität der Partei nicht weit her ist, belegte jüngst wieder die DKP-Zeitung UZ. Am 16.10.85 veröffentlichte sie einen Bericht vom Treffen der Schiedskommissionen der DKP aus Kreisen, Bezirken sowie der Bundeszentrale (siehe untenstehendes Dokument).

Da wird in bekannter DKP-typischer Manier in die Klamottenkiste gegriffen und jede Abweichung von der eigenen Linie zum Werk *„der Herrschenden, Regierenden, ihren Geheimdienstzentralen und den bürgerlichen Medien gegen die DKP"* erklärt. Fast nichts wird ausgelassen, ob *„selbsternannte ‚kritische Kommunisten'"* aus der Gründerzeit der Partei für die Zulassung von Fraktionen warben oder eine kritische Diskussion der Ereignisse in der CSSR unter „konterrevolutionärer Entwicklung" abgehandelt wird. *„Maoistische und trotzkistische Gruppen"* der siebziger Jahre, von denen Genscher *„gesagt haben soll"*, er wolle auf sie *„nicht verzichten"*, gehören ebenso in diese Giftküche wie Kritiker der Behandlung Biermanns und Rudolf Bahros in der DDR und die Eurokommunisten. Kritiker der aktuellen Politik der DKP waren nicht ernstzunehmende, nachdenkende Menschen, sondern *„Träger falscher Anschauungen"*, die der *„politische Gegner fand"*. Die Schiedskommissionen hatten darüber zu befinden, ob diese Mitglieder *„prinzipiell ehrlich"*, aber *„irregeleitet"* seien *„oder aber prinzipiell parteifeindliche Positionen"* bezögen usw.

So offen die Partei sich nach außen hin zu geben bemüht ist, so wenig scheint in der Partei eine kontroverse Debatte für fruchtbar angesehen zu werden, wenn — wie zu sehen — jede Abweichung ins Lager des Klassenfeindes verbannt wird. So sehr es das Recht einer Partei ist, sich von Leuten zu trennen, die mit der politischen Linie nicht mehr im Einklang stehen, so wenig darf akzeptiert werden, daß bei solchen Auseinandersetzungen Kritiker der DKP — innerhalb wie außerhalb — zu Werkzeugen der Herrschenden erklärt werden. Das ist leider seit Gründung der DKP bis heute zur Erhaltung der „inneren Sicherheit" bewahrt geblieben; es ist DKP-typisch, aber unkommunistisch.

Innere Sicherheit in der DKP — alles beim Alten

Erfahrungs- und Meinungsaustausch der Schiedskommission der DKP

Im Zentrum der Angriffe steht die Ideologie der Partei

Zu einer Beratung ideologischer Fragen und Probleme im Zusammenhang mit ihren spezifischen Aufgaben trafen sich am vergangenen Wochenende über 80 Mitglieder von Bezirks- und Kreisschiedskommissionen der DKP. Zu diesem Erfahrungs- und Meinungsaustausch hatte die Zentrale Schiedskommission der DKP eingeladen.

Gerade in der großen Parteidiskussion um den Entwurf der Thesen zum 8. Parteitag wird versucht, Antworten auf wichtige neue Erscheinungen, Probleme und Fragen in der Entwicklung des Klassenkampfes zu geben. Aus diesen Antworten, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Schiedskommission, Lilo Schneider, in ihrem Referat, ergeben sich auch die neuen politisch-ideologischen Maßstäbe für die Arbeit der Schiedskommissionen.

Parteiordnungsverfahren und Verfahren zur Wahrung statuarischer Rechte von Mitgliedern und Parteiorganisationen haben nahezu immer ideologische Ursachen, sind ihrem Inhalt nach Ausdruck des sich verschärfenden ideologischen Klassenkampfes. Das wurde in der im Referat gezogenen Bilanz aus der 17jährigen Erfahrung der Schiedskommission der DKP deutlich.

Gescheiterte Spaltungsversuche

Deutlich zu erkennen sind die verschiedenen Inhalte der Angriffe, die von den Herrschenden und Regierenden, ihren Geheimdienstzentralen und den bürgerlichen Medien gegen die DKP, ihre Politik, ihre Einheit und Geschlossenheit geführt wurden. Das begann in der Phase der Neukonstituierung der DKP, als selbsternannte „kritische Kommunisten" ebenso wie „wohlmeinende Gönner" mit der Empfehlung hervortraten, in einer kommunistischen Partei Fraktionen zuzulassen als angeblich notwendige Schlußfolgerung aus geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung.

Die Partei entschied sich jedoch für die Leninschen Prinzipien der Einheit und Geschlossenheit als notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen das hochorganisierte Monopolkapital.

In diese Phase fiel auch das Scheitern des Versuchs, in der CSSR eine konterrevolutionäre Entwicklung durchzusetzen. Das führte zu einer beispiellosen Hetze gegen die sozialistische Staatengemeinschaft, vor allem gegen die Sowjetunion und die DDR. Die DKP hat diesem Druck standgehalten und sich in harten Auseinandersetzungen auf konsequent internationalistischen Positionen neukonstituiert.

In der Diskussion um die ersten programmatischen Aussagen der DKP – um die Thesen des Düsseldorfer Parteitages – hatte es die DKP mit dem Versuch zu tun, über maoistische und trotzkistische Gruppen deren Ideologien in die DKP zu transportieren. Gruppen, über die der damalige Innenminister Genscher in trauter Runde gesagt haben soll, daß er auf sie in der innenpolitischen Landschaft der Bundesrepublik nicht verzichten wolle.

Einen erneuten Versuch, die sich festigende DKP auf „kritische Distanz" zum realen Sozialismus, zum Protest gegen „Unterdrückung" einer angeblichen sozialistischen Opposition in der DDR zu bringen, gab es in der Zeit, da das Programm der DKP, das auf dem Mannheimer Parteitag 1978 zu beschließen war, in der Partei diskutiert wurde. Da wurden ein Wolf Biermann und ein Rudolf Bahro als Kronzeugen gegen das angeblich „verknöcherte" System in der DDR aufgeboten.

Gleichlaufend war das Bemühen, der DKP sogenannte kommunistische Positionen aufzuzwingen. Auch dieser Versuch scheiterte, weil jene Lücken im prinzipiellen Verhältnis der DKP zu den sozialistischen Ländern, in welche eurokommunistische, und das heißt revisionistische Anschauungen hineingepaßt hätten, nicht geschlagen werden konnten. In all diesen Auseinandersetzungen fand der politische Gegner einzelne Mitglieder der DKP, die er als Träger solcher falschen Anschauungen gewinnen konnte. Hier hatten die Schiedskommissionen in enger Zusammenarbeit mit den Vorständen auf allen Ebenen die Verantwortung, genau zu prüfen und zu unterscheiden, wo es um prinzipiell ehrliche, aber irregeleitete Mitglieder der DKP oder aber um prinzipiell parteifeindliche Personen ging. In all diesen politisch-ideologischen Auseinandersetzungen konnte die Partei verhindern, daß der politische Gegner Einfluß gewann.

Einschüchterung und Denunziation

Gerade aus diesem Grund wurden die Versuche verstärkt, mit administrativen Maßnahmen, mit Berufsverboten, mit verstärkten Ansprech- und Anwerbungsversuchen durch die Geheimdienste „Verfassungsschutz" und MAD, mit Einschüchterungsversuchen und Denunziationen auf die Partei einzuwirken und sie zu verunsichern.

„Wir überschätzen die Geheimdienste nicht", sagte Lilo Schneider, „sind sie doch letzten Endes ein Beweis für die Labilität und Defensivhaltung des politischen Gegners. Wir unterschätzen sie aber auch nicht – stehen ihnen doch große materielle und personelle Mittel zur Verfügung für den Kampf gegen unsere Partei, gegen die mit uns freundschaftlich verbundenen Organisationen, gegen alle anderen konsequenten Demokraten, gegen die Friedensbewegung, gegen Sozialdemokraten, gegen Gewerkschafter." In der umfangreichen Diskussion wurde sichtbar, mit welchen Mitteln und Methoden versucht wird, auf die Partei einzuwirken.

Mit allen Mitteln

Da wurde berichtet, daß auf einer Parteiveranstaltung zufällig von Genossen eine Plastiktüte entdeckt wurde. Ihr Inhalt: Angebliche Flugblätter der RAF. Das Ziel dieser Provokation wurde klar, als nach der Veranstaltung der Wagen der Partei, der übriggebliebenes Parteimaterial transportierte, von der Polizei angehalten und durchsucht wurde; die DKP sollte in die terroristische Ecke gestellt werden.

Zunehmend werden auch bei Demonstrationen politische Provokationen gestartet, wie zum Beispiel die sogenannten Krefelder Krawalle, wo der Verfassungsschutzagent Tröber als Aufwiegler für Gewalttaten auftrat. Besonders im Zusammenhang mit den Frankfurter Ereignissen um den Tod von Günter Sare, so wurde in der Diskussion hervorgehoben, ist mit dem Auftreten von Provokateuren zu rechnen. Um von den brutalen Ausschreitungen von Polizisten gegen Demonstranten abzulenken und den demokratischen und antifaschistischen Kräften die Schuld zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen in die Schuhe zu schieben.

Auch über besonders ekelhafte Spitzelwerbungen wurde berichtet, so darüber, daß einem Drogenabhängigen Straffreiheit versprochen wurde, wenn er in die DKP eintrete und über sie und ihre Aktivitäten berichte.

Aus solchen und ähnlichen Erfahrungen Schlußfolgerungen für die eigene politische Tätigkeit zu ziehen, die im Programm und Statut beschlossenen Organisationsprinzipien, die Prinzipien der Beschlußverbindlichkeit und der politischen Wachsamkeit zu beachten, ist Aufgabe nicht nur der Schiedskommission, sondern der ganzen Partei. „Das hat", so der Vorsitzende der Zentralen Schiedskommission, Otto Hans, in seinem Schlußwort, „nichts mit Angst- oder Panikmache und nichts mit der Verbreitung von Mißtrauen zu tun. Aber es wäre schlimm, für jeden einzelnen und die ganze Partei, wenn nicht verhindert würde, daß gerade auch jüngere, unerfahrene Genossinnen und Genossen den undemokratischen Praktiken des politischen Gegners ausgeliefert wären."

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, so wurde unterstrichen, müßte in der Partei über die Fragen der politischen Wachsamkeit informiert und diskutiert werden. Die Bilanz der Tätigkeit der Schiedskommission ist gut. Bewährt hat sich die kameradschaftliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit von jüngeren und älteren Mitgliedern der Schiedskommission, bewährt hat sich die enge Zusammenarbeit zwischen den Schiedskommissionen und den Vorständen der Partei auf allen Ebenen. Die Partei weiter zu stärken, hierin waren sich die Teilnehmer der Beratung einig, daran arbeiten auch die Mitglieder der Schiedskommission im Thälmann-Aufgebot in Vorbereitung auf den 8. Parteitag.

DS bleiben Partei

Die DS bleiben Partei, so beschloß — mit großer Mehrheit, wie die „linke zeitung" vom 11.10. schreibt — der außerordentliche Parteitag am 28. und 29.9. in Frankfurt. Zurückgewiesen wurde damit ein Antrag des DS-Bundesvorstandsmitglieds Herwart-Achterberg, der die Aufhebung des Parteistatus und die Reduzierung der DS auf einen gemeinsamen politischen Interessenzirkel vorsah (vgl. AK 262). Gegen Achterbergs Vorschlag hatten verschiedene DS-Gruppen heftig protestiert. Sie sahen die Gefahr der Auflösung der verbliebenen Parteistrukturen, sprachen von „linker Kurzatmigkeit" angesichts der derzeitigen Krise, befürchteten, daß damit ein Projekt sozialistischer Partei in der BRD auf immer gestorben sei.

„Auch wenn sich die Bedingungen für die Entwicklung der DS seit der Parteigründung kontinuierlich verschlechtert haben ..., ist die objektive Notwendigkeit der Herausbildung einer sozialistischen Alternative links von der SPD genauso aktuell wie 1982", resümiert die „linke zeitung", die dem Parteitagsbeschluß zugrundegelegte Mehrheitseinschätzung. Manfred Coppik, 1982 Promotor und neben Karl Heinz Hansen als ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter einstmals Gallionsfigur der DS, hatte bereits am 9. August die DS verlassen, da er in ihnen keine Perspektive mehr sah (siehe nebenstehendes Dokument).

Der DS-Bundesvorstand soll eine neue und straffere Organisationsstruktur erarbeiten und die Finanzen sollen zugunsten der Bundesebene umverteilt werden. Die derzeit mit monatlich 2.000,- bis 3.000,- DM bezuschußte „linke zeitung", die bisher zweimonatlich erschien soll ab 1986 monatlich als Magazin mit Schwerpunktsetzung auf Hintergrundberichte und Analysen herauskommen.

Die Parteitagsdelegierten, die am 28. September an der Frankfurter Demonstration gegen die NPD teilnahmen, verabschiedeten am Sonntag eine Erklärung zum Tod Günter Sares, in der es u.a. heißt: *„Aufgrund eigener Beobachtungen können wir nichts anderes als feststellen, daß dieser Unfall fahrlässig, wenn nicht vorsätzlich von der Polizei verursacht wurde. Wir verlangen, daß die für diesen Polizeieinsatz Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden."*

hr.

Leserbrief:

«Demokratische Sozialisten — gibt's die noch?» (AK 262)

Liebe Genoss/inn/en!
Zunächst möchte ich Euch danken für Eure faire Darstellung unserer innerparteilichen Diskussion; viele Blätter hätten sich eher versucht gefühlt, eine Art politischer Leichenschändung anzusagen. Auch benennt ihr die Schwachstelle der Argumentation richtig. Der Parteitag hat hier organisatorische und inhaltliche Beschlüsse gefaßt, die uns ein Stück weiterbringen; konsequent votierte der Parteitag mit überraschend großer Mehrheit für die Beibehaltung des Parteistatus.

Die Demokratischen Sozialisten waren der erste Versuch seit langem, eine unabhängige sozialistische Partei in der BRD aufzubauen. Die politisch größte Schwierigkeit war die unterschiedliche Vergangenheit ihrer Mitglieder und Aktiven. Die bei uns sichtbaren unterschiedlichen Politikvorstellungen ließen sich oft nur schwer vereinbaren; am Beispiel der Hessenwahlteilnahme 1983 verdeutlicht, endete das meist in für alle Beteiligten böse ausgehenden Kampfabstimmungen.

Zweitgrößtes Hindernis war der Glaube, durch das Fehlen klarer Strukturen ließe sich Basisdemokratie erreichen. Wir haben erfahren, daß gerade die fehlenden Strukturen und die daraus resultierende mangelhafte Verbindlichkeit bis in die politische „Führung" hinein erst bewirkte, daß sich eine relativ kleine Gruppe Apparat, Presse und Finanzen sichern konnte, wie Herwart Achterberg dies treffend beschreibt. Dies schadet uns bis heute: erst am Ende dieses Jahres werden wir die letzte Verbindlichkeit los, die einige unserer Mit-Gründer uns mit unüberlegten und verschwenderischen Verträgen aufgedrückt haben.

Die Euphorie, mit der viele in die DS gegangen sind, hat uns ebenfalls geschadet. Sei es aus alten sozialdemokratischen Politikvorstellungen, sei es aus Blauäugigkeit und Wunschdenken, nur wenigen war klar, daß ein Organisationsaufbau Knochenarbeit ist. Als dieser Realitätsschock sich langsam durchsetzte, verkrafteten viele Mitglieder diesen nicht und stiegen aus.

Unabhängig davon, ob die DS eine Zukunft hat, lassen sich aus der bisherigen Geschichte einige Lehren ziehen:
1. Wir sind nicht *die* sozialistische Partei der Zukunft, sondern ein möglicher Kern einer solchen. Das bedeutet, daß die Lernprozesse, die unsere Mitglieder durchlaufen haben, von denen, die ausgestiegen sind, erst noch nachgeholt werden müssen. Ansonsten dürfte klar sein, daß sich in zukünftigen Organisationen die Fehler unserer Anfänge wiederholen werden.
2. In zukünftigen Zusammenhängen muß die Vergangenheit der Mitglieder besser aufgearbeitet werden, als dies uns gelungen ist. Personen wie der mittlerweile ausgestiegene Manfred Coppik verdeutlichen nur, daß viele mit den DS nur eine bessere Sozialdemokratie wollten, aber nicht wirklich bereit waren, sich auf Lernprozesse einzulassen. Dieses Phänomen gibt es ebenso auf der anderen Seite der K-Gruppen-Tradition.
3. Zukünftige Organisationsversuche müssen von vornherein klare Strukturen und Verbindlichkeiten festklopfen, damit ein finanzieller und organisatorischer Mißbrauch des „Apparates" unmöglich wird. Dies widerspricht Vorstellungen von Basisdemokratie in keiner Weise; Struktur bedeutet ja nicht die Vorgabe von Inhalten.
4. Die unterschiedlichen Kräfte, die in eine zukünftige sozialistische Partei einfließen, müssen ihren Organisationsegoismus aufgeben. Weder dürfen sie den „Apparat" einkassieren, noch sich heraushalten. Auch dürfen Fehlentscheidungen der Organisation nicht gleich zu Massenaustritten führen, sondern müssen in offener und solidarischer Debatte verarbeitet werden.

Ohne diese Vorgaben wird eine zukünftige sozialistische Partei auf westdeutschem Boden unmöglich sein.

Ralf Fischer
Mitglied im Bundesvorstand der DS

Dokumentation:
Austrittserklärung von M. Coppik

Mit Schreiben vom 9. August 1985 an den Parteivorstand erklärte Manfred Coppik seinen Austritt aus den Demokratischen Sozialisten. Wir dokumentieren diesen Brief im Wortlaut.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich erkläre meinen Austritt aus der Partei Demokratische Sozialisten.

Nach meiner Überzeugung ist die Partei DS unter den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Bedingungen in der Bundesrepublik weder programmatisch noch organisatorisch in der Lage, relevant in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen oder gar die mit ihrer Gründung verbundene Hoffnung auf die Entwicklung einer unabhängigen sozialistischen Partei in der Bundesrepublik zu erfüllen. Andererseits haben sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sowohl global wie auch in der Bundesrepublik so verschärft, daß ein Sozialist nach meiner Überzeugung es sich nicht leisten kann, dabei abseits zu stehen, auf bessere Zeiten zu warten und sich vorerst nur mit der künstlichen Beatmung der DS zu befassen.

Meine Skepsis hinsichtlich des Weges, den die DS eingeschlagen hat, ist seit meinem vor zwei Jahren erschienene lz-Artikel „DS am Ende?" bekannt. Ich habe in diesen zwei Jahren nach Wegen gesucht, auch durch Bündnispolitik, die DS aus der Sackgasse zu führen. Das ist zwar in gewissem Umfang finanziell, aber nicht politisch gelungen, so daß ich vor der Frage stand, ob ich nun für eine DS-Umgestaltung, andere Sinngebung, Statusveränderung oder Auflösung auf dem September-Parteitag kämpfen oder einfach dem Weg anderer folgen und austreten soll. Ich habe mich für das letzte entschieden, weil ich den DS-Genossen, die meine Auffassung nicht teilen, nicht mehr Schaden zufügen will, als sich das unvermeidbar aus meinem Ausscheiden ergibt. Viele DS-Genossen, die ich persönlich und politisch schätze und achte, teilen meine negative Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der DS nicht. Sie wollen weitermachen und ich habe nicht die Legitimation, meine Entscheidung ihnen aufzuoktroieren, diese Entscheidung auf dem September-Parteitag massiv durchzusetzen zu versuchen und damit letztlich mein Ausscheiden mit dem Ende der DS zu verbinden. Wer meine Auffassung nicht teilt, soll weitermachen. Sollte er Erfolg haben, und damit dem Zeugungsakt des Jahres 1982 doch noch eine historische Bedeutung verleihen, würde mich das freuen. Nur: Ich glaube nicht daran und werde deshalb nach anderen Wegen suchen, um für eine demokratische sozialistische Politik zu kämpfen.
(...)

„Es wird empfohlen, daß:
1. die Deutsche Bank liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,
3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden."

Office of Military Government for Germany, United States
Finance Division – Financial Investigation Section

OMGUS

Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland
Finanzabteilung – Sektion für finanzielle Nachforschungen



Ermittlungen gegen die DEUTSCHE BANK

Sonderband der Anderen Bibliothek
Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger
Verlegt bei Franz Greno, Nördlingen

Um die Jahreswende 1945/46 nahm das ,,Deutsche Bank Team'' seine ,,Ermittlungen gegen die Deutsche Bank'' auf. Dieses Team kam aus dem von Henry Morgenthau geleiteten US-Finanzministerium, in dem seit Anfang der 40er Jahre entschiedene Gegner des Faschismus versammelt waren, aus Deutschland emigrierte Juden, Linksintellektuelle, Anhänger des New Deal. Nach der Kapitulation Deutschlands arbeitete es in der Finanzabteilung (Sektion für finanzielle Nachforschungen) der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland (O.M.G.U.S.).

In der Zusammenfassung seines Ende 1946 fertiggestellten Berichts konstatiert das ,,Deutsche Bank Team'':

,, (...) Die Deutsche Bank war die größte aller deutschen Geschäftsbanken und schwang sich während des Krieges zur größten Bank des europäischen Kontinents auf. (...) Die Anwendung der verschiedenen Mittel, die der Bank für die Kontrolle der Industrie zur Verfügung standen, zeigte sich darin, daß einige Industrieunternehmen de facto von ihr beherrscht wurden. (...) Sie versorgte das Reich mit riesigen Fonds für Wiederaufrüstungszwecke. (...) Die Deutsche Bank spielte eine führende Rolle unter den Geschäftsbanken bei der Ausbeutung der wirtschaftlichen Reserven der annektierten, okkupierten und zu Satelliten gemachten Länder Europas. (...) Auch diente die Deutsche Bank der deutschen Regierung mehr als einmal als institutionelle Speerspitze bei der wirtschaftlichen Durchdringung der annektierten, okkupierten und völlig abhängig gemachten Länder europas. (...) Die Deutsche Bank nahm an zahlreichen ,Arisierungstransaktionen' in Deutschland sowie in den annektierten, okkupierten und zu Satelliten gemachten Ländern Europas teil und profitierte davon erheblich. (...) Das große Expansionsprogramm der Deutschen Bank wurde während der zwölf Jahre des Naziregimes in erheblichem Umfang durch die Gestaltung enger Beziehungen zu den Ministerien der Regierung und zur Partei sowie zu den angeschlossenen Organisationen verwirklicht. (...) In den Aufsichtsrat der Deutschen Bank kamen immer mehr überzeugte Parteigenossen und gleichgesinnte Mitläufer. (...) Die Deutsche Bank steuerte während des Naziregimes auch große Summen für eine Vielzahl von politischen Fonds bei. (...) Die Deutsche Bank benutzte ihre gewaltige Macht in der deutschen Wirtschaft, um bei der Durchführung der verbrecherischen Politik des Naziregimes auf wirtschaftlichem Gebiet mitzuwirken. (...)''

Die Betonung direkter Verbindungen mit dem faschistischen Regime legt die Annahme nahe, die Deutsche Bank habe dem Faschismus besonders nahegestanden. Dies jedoch gilt in viel größerem Umfang für die Dresdner Bank (im Volksmund: ,,SS-Bank''), die dennoch weniger erfolgreich war als die Deutsche Bank. Nicht der Faschismus war es, der die Deutsche Bank zu der in der oben zitierten Zusammenfassung dargestellten Geschäftspolitik veranlaßte, sondern der ,,Horror vor Abwesenheit von Profit'' (Marx). ,,Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, und es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.'' (Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 788)

Im März 1947 gab das ,,Deutsche Bank Team'' einen Zusatzbericht heraus, der nach Sicherstellung von Auslandsakten der Bank möglich geworden war: ,,Die hierdurch gewonnenen Informationen weisen auf einige höchst ungewöhnliche Transaktionen hin, die die Bank zusätzlich belasten dürften, an Ausplünderungs- und ,Arisierungsmaßnahmen' beteiligt gewesen zu sein.'' Diese Transaktionen waren in der Tat so ,,ungewöhnlich'', daß sogar ein hochrangiger Faschist, SS-Obergruppenführer Wilhelm Keppler, seinerzeitiger Reichskommissar in Wien, nach Berlin meldete: ,,DB (Deutsche Bank) will rauben, ist mit 20 Mann nach wien gekommen, um die CA (Creditanstalt-Bankverein) zu übernehmen.'' Leiter der Abordnung war übrigens Hermann Josef Abs.

H.J. Abs war es auch, der 1970 vor Gericht erfolgreich gegen Eberhard Czichon, autor des buches ,,Der Bankier und die Macht'', und dessen Kölner Pahl-Rugenstein Verlag prozessierte. Weitere Versuche, die Rolle der Deutschen Bank im ,,Dritten Reich'' kritisch darzustellen, wurden ebenfalls, z.T. schon vor der Veröffentlichung, mithilfe der Gerichte abgeblockt. Gestützt auf eine riege bankeigener Historiker wie auf diese juristischen Erfolge konnte die Deutsche Bank ihre im Zusammenhang der Flick-Affäre bekannt gewordenen Spenden (seit 1957 DM 114 Mio.) ,,als Beitrag zur friedlichen und freiheitli-

Flick-Affäre bekannt gewordenen Spenden (seit 1957 DM 114 Mio.) ,,als Beitrag zur friedlichen und freiheitli-

chen Fortentwicklung unseres Landes'' in eine historische Kontinuität stellen: ,,Diese Grundhaltung hat während des nunmehr 115jährigen Bestehens die Stellung der Deutschen Bank gegenüber Staat und Gesellschaft bestimmt. Sie hat zu bereitwilliger Hilfe ebenso motiviert wie, in der Zeit nach 1933, zu versagender Zurückhaltung.'' (,,Handelsblatt'', 15.11.84)

Diese Selbstdarstellung aufrechtzuerhalten und ggf. gerichtlich durchzusetzen, dürfte der Deutschen Bank in Zukunft kaum mehr möglich sein. Von einem spezialisierten Anwaltsbüro zuvor penibel überprüft erschienen Anfang September die ,,Ermittlungen gegen die Deutsche Bank'' in der Reihe ,,Die Andere Bibliothek'' als Sonderband (DM 25,-). Übersetzt und — so sorgfältig wie hilfreich — kommentiert wurden die Arbeit von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg. Karl-Heinz Roth hat dem Band ein (*vorher* zu lesendes!) Nachwort beigegeben, in dem er über den historischen Kontext der ,,Ermittlungen'' informiert, eine Lesehilfe gibt und die Mängel der Untersuchung diskutiert.

Dicke Bücher (sofern sie nicht ,,Im Namen des unendlichen Nebels von Avalon'' o.ä. heißen) sind heutzutage ungeliebt. Und dies ist, mit seinen über 500 Seiten, ein ,,dickes Buch''. Wer sich aber in eine wirklich ,,fantastische'' Geschichte vertiefen will, in der es von Schurken nur so wimmelt; wer erfahren will, wie und warum die BRD geworden, was sie ist; wer sein Wissen vom Imperialismus (Abteilung Finanzkapital) schon längst über Lenins entsprechende Arbeiten hinaus erweitern wollte, der lese, lese, lese diese ,,Ermittlungen gegen die Deutsche Bank''.

K., Hamburg

Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland, Finanzabteilung — Sektion für finanzielle Nachforschungen: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg mit einem Nachwort von Karl-Heinz Roth. Die Andere Bibliothek — Sonderband. Nördlingen: Franz Greno, 1985. 544 S., fester Pappeinband, DM 25,-.

Inhalt

Afrika
Handel, Investition, Profit
Die Südafrikapolitik der BRD ....S. 23